

STATISTIK VON BADEN-WÜRTTEMBERG
BAND 105

AO - Volkszählung 1961

Ergebnisse der
Volks- und Berufszählung
am 6. Juni 1961

Heft 1

Organisation und Methode
der Volks- und Berufszählung 1961

Zusammenfassende textliche Darstellung
der Zählungsergebnisse

HERAUSGEGEBEN VOM STATISTISCHEN LANDESAMT BADEN-WÜRTTEMBERG
STUTTGART 1966

Vorwort

Am 6. Juni 1961 wurde im Bundesgebiet eine Volks- und Berufszählung durchgeführt, nachdem seit der letzten Zählung am 13. September 1950 fast elf Jahre vergangen waren. Es war Aufgabe dieser Zählung, Aufschlüsse über die Bevölkerungs- und Erwerbsstruktur sowohl in tiefer regionaler als auch sachlicher Gliederung zu gewinnen. Dementsprechend wurden besonders die regionalen sowie die feingegliederten demographischen und erwerbsstatistischen Merkmale wie auch die wichtigsten Daten über Haushalte in einer Totalauswertung erarbeitet. Ergebnisse einer ausführlichen Haushalts- und Familienstatistik wurden in einer zehnprozentigen Repräsentativauswertung ermittelt.

In Band 105 der Schriftenreihe „Statistik von Baden-Württemberg“ werden die Ergebnisse der Totalauswertung der „Volks- und Berufszählung 1961“ für das Land Baden-Württemberg veröffentlicht. Die Darstellung der Ergebnisse entspricht dem von den Statistischen Landesämtern vereinbarten Mindestveröffentlichungsprogramm der Länder. Dieses wurde für Baden-Württemberg insoweit erweitert, als alle für Länder vorgesehenen Tabellen auch für Regierungsbezirke aufgestellt wurden.

Der Umfang des Tabellenwerks, das vornehmlich der Dokumentation und weniger der aktuellen Berichterstattung dient, erfordert eine Unterteilung des Bandes 105 in elf Hefte, deren Inhalt auf der zweiten Umschlagseite erläutert ist. Hinweise auf weitere Veröffentlichungen von Ergebnissen der Volks- und Berufszählung 1961 sowie auf die entsprechenden Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes finden sich auf den letzten Umschlagseiten.

Im vorliegenden Heft 1 werden zunächst Organisation, Erhebungsmethode sowie die Bearbeitung der Zählpapiere dargestellt. Ein besonderer Abschnitt ist den Summenkarten gewidmet, denen als Datensammlung des Zählungswerks besondere Bedeutung zukommt. Es folgen die Definitionen und methodischen Hinweise. Eine textliche Darstellung der wichtigsten Ergebnisse der Volks- und Berufszählung ist als Sammlung der bereits in den „Statistischen Monatsheften Baden-Württemberg“ erschienenen Einzelaufsätze in einem eigenen Abschnitt zusammengefaßt. Am Schluß des Heftes findet sich ein Abdruck der wichtigsten Zählungsdrucksachen.

Die „Volks- und Berufszählung 1961“ wurde in der seinerzeit von Vizepräsident Dr. Haas geleiteten Abteilung „Bevölkerung- und Kulturstatistik“ von Oberregierungsrat Kaeser, der auch die Zusammenstellung dieses Heftes besorgte, in Zusammenarbeit mit Diplomvolkswirt Dr. Gawatz durchgeführt.

Stuttgart, Dezember 1966

Statistisches Landesamt
Baden-Württemberg

Dr. Werber
Präsident

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Abschnitt I Organisation, Erhebungsmethode und Bearbeitung der Zählpapiere	9
Allgemeines	10
Rechtsgrundlage	10
Probeerhebungen	10
Durchführung der Erhebung	13
Organisation	13
Ablauf der Erhebung	13
Terminplanung	
Allgemeine Unterrichtung der Stadt- und Landkreise sowie Gemeinden	
Druck der Gebädelisten	
Verteilung der Gebädelisten	
Gebäudevorerhebung	
Druck der Erhebungspapiere	
Auslieferung der Erhebungspapiere	
Unterweisungen	
Öffentlichkeitsarbeit	
Zählerwerbung	
Einteilung des Gemeindegebietes in Zählbezirke	
Bereitstellung der Zählpapiere für den Zähler	
Unterweisung der Zähler	
Verteilung der Zählpapiere	
Zählungstichtag	
Einsammeln der Zählpapiere	
Kontrolle der Zählpapiere durch die Gemeinde	
Rücksendung der Zählpapiere	
Erhebungskontrollen	21
Sofortkontrolle	22
Alphabetkontrolle	22
Merkmalskontrolle	22
Aufbereitung der Erhebungspapiere	22
Eingangskontrolle	22
Vollzähligkeitskontrolle der Zählpapiere	22
Alle Zählpapiere	
Gebädelisten	
Haushaltslisten	
Anstaltslisten	
Arbeitsstättenbogen	
Trennen der Zählpapiere	23
Prüfung des Inhalts der Haushaltslisten	23
Alle Zählbezirke	
10 % — Zählbezirke	
Feststellung der Wohnbevölkerung	23
Haushaltsabgrenzung	
Zuordnung der Personen zur Wohnbevölkerung	
Anstaltsabgrenzung	
Kontrolle der Erfassung von Personen in Anstalten	
Anstaltspersonen in Haushaltslisten	
Ergebniserstellung	
Signierung der Totalaufbereitung	27
Allgemeine Angaben	
Angaben zur Person	
Angaben für Vertriebene und Flüchtlinge	
Angaben über Erwerbstätigkeit und Lebensunterhalt jeder Person	
Angaben über Lebensunterhalt und Erwerbstätigkeit des Ernährers bei wirtschaftlich Abhängigen	
Angaben über den Arbeits- bzw. Schulweg	
Angaben für Pendler	
Angaben über eine abgeschlossene Ausbildung an einer Berufsfach-, Fach- oder Hochschule	
Angaben für Anstaltspersonen	
Arbeitsunterlagen	
Signierung der 10 % — Aufbereitung	29
Auswahl	
Signierung	
Sonstige mit der Signierung verbundene Arbeiten	32
Auswertung der landwirtschaftlichen Kleinbetriebe	
Ausschreiben der Zählblätter für die Alphabetkontrolle	
Ausschreiben der Zählblätter für die Pendelwanderung	

	Seite
Bearbeitung der Lochkarten	32
Erster Kontrolldurchlauf	
Zweiter Kontrolldurchlauf	
Dritter Kontrolldurchlauf	
Erstellung der Summenkarten und Tabellen	34
Sofortprogramm	
Mindestveröffentlichungsprogramm	
Nachschlageprogramm	
 Abschnitt II Summenkarten	 37
Die Summenkarten und die daraus erstellten Tabellen	39
Vorspalte	
Sortierspalten	
Lochfelder	
Zusammenfassende Übersicht aller Summenkarten	
Reihenfolge der Summenkarten	
Regionale Gliederung der Summenkarten	40
Gesamtbevölkerung	
Vertriebene	
Ausländer	
Sachliche Gliederung der Summenkarten	43
Gesamtbevölkerung	
Vertriebene	
Ausländer	
Summenkartenübersicht	50
 Abschnitt III Definitionen und methodische Hinweise	 95
 Abschnitt IV Textliche Darstellung der wichtigsten Ergebnisse	 105
(Name des Verfassers in Klammer)	
Die Wohnbevölkerung (Kaeser)	108
Gliederung der Gemeinden nach Größenklassen (Dr. Gawatz)	114
Personen mit Wohnraum in mehreren Gemeinden (Kaeser)	118
Personen der Wohnbevölkerung, die im Ausland wohnen (Kaeser)	124
Die Bevölkerungsstruktur (Kaeser)	126
Altersaufbau und Familienstandsgliederung der Bevölkerung (Dr. Gawatz)	132
Die Religionszugehörigkeit der Bevölkerung (Steinki)	139
Heimgekehrte, Kriegsgefangene, Zivilinternierte und Zivilverschleppte (Dr. Gawatz)	148
Vertriebene sowie Deutsche aus der sowjetischen Besatzungszone und dem Sowjetsektor von Berlin (Dr. Gawatz)	150
Die Ausländer (Dr. Gawatz)	155
Unterhaltsquellen und Erwerbstätigkeit der Bevölkerung (Kaeser)	160
Die Erwerbspersonen (Kaeser)	166
Altersaufbau der Erwerbspersonen (Kaeser)	170
Die wirtschaftliche Gliederung der Erwerbspersonen (Kaeser)	181
Die Entwicklung der wirtschaftlichen Gliederung der Erwerbspersonen zwischen 1950 und 1961 (Kaeser)	186
Die Pendelwanderung (Kaeser)	193
Personen mit abgeschlossener Ausbildung an einer Berufsfach-, Fach- oder Hochschule (Dr. Gawatz)	205

	Seite
Abschnitt V Rechtsgrundlagen und Zählungsdrucksachen	217
.Volkszählungsgesetz 1961	219
Verordnung der Landesregierung	221
Anordnung der Landesregierung	222
Drucksache Nr. 1 Gebäudeliste	223
Drucksache Nr. 1a Merkblatt zur Gebäudeliste	225
Drucksache Nr. 2 Haushaltsliste	227
Drucksache Nr. 2b Merkblatt zur Haushaltsliste	231
Drucksache Nr. 3 Anstaltsliste	233
Drucksache Nr. 3a Einzelbogen zur Anstaltsliste	237
Drucksache Nr. 3b Merkblatt zum Einzelbogen der Anstaltsliste	239
Drucksache Nr. 4 Arbeitsstättenbogen	241
ohne Nummer Anstaltsliste Bundeswehr	245
ohne Nummer Einzelbogen zur Anstaltsliste Bundeswehr	247
Drucksache Nr. 5/5a Zählbezirksliste	249
Drucksache Nr. 6 u. 7 Leitfaden für den Zähler mit Schlagwortverzeichnis	251
ohne Nummer Zählpapiere und ihre Numerierung (Numerierungsbeispiel)	279
Drucksache Nr. 8 Anleitung für die Gemeindebehörde	281
Drucksache Nr. 9 Anleitung für die Unterrichtung der Zähler	301
Drucksache Nr. 10 Anleitung für das Prüfen der Zählpapiere in den Gemeinden	313
Drucksache Nr. 11 Gemeindebogen	317
ohne Nummer Richtlinien für die Aussonderung „Erneuerungsbedürftiger Wohngebiete“	319

ABSCHNITT I

Organisation, Erhebungsmethode und Bearbeitung der Zählpapiere der Volks- und Berufszählung 1961

Allgemeines

Zur Durchführung einer Volks- und Berufszählung muß das Statistische Landesamt an sämtliche Einwohner des Landes herantreten, um ihre Zahl sowie die zur Ermittlung eines Strukturbildes erforderlichen Einzelangaben ermitteln zu können. Es bedarf hierzu eines umfangreichen organisatorischen Aufwandes, der es erst ermöglicht, die Erhebung in allen Gemeinden methodisch in der gleichen Weise durchzuführen. Es ist deswegen verständlich, wenn mit der Volks- und Berufszählung 1961 wieder — wie schon im Jahre 1950 — eine Arbeitsstättenzählung und auch Feststellungen über bewohnte Gebäude verbunden waren. So konnten mit ein und demselben Zählerstab die Zählpapiere für drei Zählungen an die Bevölkerung verteilt, eingesammelt und dem Statistischen Landesamt zur Auswertung zugeleitet werden. Es waren dies

Gebäudelisten,
Haushalts- und Anstaltslisten sowie
Arbeitsstättenbogen.

Bis zur Vollzähligkeitskontrolle der Zählpapiere im Statistischen Landesamt bestand eine gemeinsame Organisation für alle Zählungsteile, die vom Referat Volks- und Berufszählung der Abteilung A geleitet wurde. Mit der Trennung der Zählpapiere trennten sich auch die Zuständigkeiten für die Ermittlung der Ergebnisse. Es waren zuständig

Abteilung A, Referat Volks- und Berufszählung,
für die Bearbeitung und Auswertung der Haushalts-
und Anstaltslisten,

Abteilung C, Referat Arbeitsstättenzählung,
für die Bearbeitung und Auswertung der Arbeits-
stättenbogen und

Abteilung D, Referat Gebäude- und Wohnungszählung,
für die Bearbeitung und Auswertung der Gebäudelisten.

In Band 105, Heft 1—11 der Reihe „Statistik von Baden-Württemberg“, wird über die Gesamtorganisation der Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung, über die Bearbeitung der Haushalts- und Anstaltslisten, über die Aufbereitungsmethode sowie über die Ergebnisse der Totalauswertung der Volks- und Berufszählung berichtet. Über die ebenfalls aus den Haushalts- und Anstaltslisten gewonnenen Ergebnisse der 10%-Repräsentativauswertung zur Haushalts- und Familienstatistik werden sich in Band 111 der „Statistik von Baden-Württemberg“ Veröffentlichungen finden.

Die Auswertung der Gebäudelisten fand als „Ergebnisse der Gebäudezählung 1961“ ihren Niederschlag in Band 88 der „Statistik von Baden-Württemberg“.

Die Auswertung der Arbeitsstättenbogen wird in den Bänden 100 und 101 der „Statistik von Baden-Württemberg“ unter „Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung 1961“ beschrieben.

Rechtsgrundlage

Auf Grund von § 6 des „Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes)“ vom 3. September 1953 werden Bundesstatistiken durch Gesetz angeordnet. Demzufolge wurde für die Durchführung der Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung 1961, mit der auch Feststellungen über bewohnte Gebäude verbunden waren, das „Gesetz über eine Zählung der Bevölkerung und der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten und Unternehmen im Jahr 1961 sowie über einen Verkehrszensus im Jahr 1962 (Volkszählungsgesetz 1961)“ vom 13. April 1961, BGBl. I, S. 437, erlassen.

Gemäß § 7, Abs. 1 des Volkszählungsgesetzes war hierzu eine „Verordnung der Landesregierung zur Durchführung des Volkszählungsgesetzes 1961“ vom 19. April 1961, Staatsanzeiger für Baden-Württemberg vom 22. April 1961, ergangen, welche bestimmte, daß die Gemeinden Erhebungsstellen für diese Zählung sind.

Außerdem wurde in Baden-Württemberg eine „Anordnung der Landesregierung zur Durchführung des Volkszählungsgesetzes 1961“ vom 19. April 1961, Staatsanzeiger für Baden-Württemberg vom 22. April 1961, herausgegeben, in welcher

insbesondere die Bereitstellung von Zählern durch Landes- und Gemeindebehörden geregelt war.

Das vom Bund erlassene Gesetz sowie die vom Land gegebene Verordnung und Anordnung hatten für die vielfältigen Vorbereitungsarbeiten einer Großzählung zu spät Rechtskraft erlangt. Ohne auf die Gründe, die für diese Verzögerung bestimmend waren, einzugehen, muß künftig damit gerechnet werden können, daß Gesetze für Großzählungen sowie die dazugehörigen Durchführungsverordnungen wenigstens sechs Monate vor dem Zählungstichtag verkündet sind. Nur dann ist es möglich, die umfangreichen Vorbereitungsarbeiten mit der Gründlichkeit durchzuführen, die erforderlich ist, um ein Zählungswerk solchen Ausmaßes minutios abwickeln zu können. Mußten doch die Probeerhebungen, die Gebäudevorerhebung sowie Druck und Verteilung der Zählpapiere bereits abgeschlossen sein, bevor die Rechtsgrundlagen endlich verkündet werden konnten. Auch für die Zählerwerbung — insbesondere in den größeren Städten — kam die Anordnung der Landesregierung zu spät; denn erst sie gab den Städten offiziell die Möglichkeit, sich wegen der Zählerbeschaffung an Behörden des Bundes und Landes zu wenden.

Probeerhebungen

Zur Durchführung einer Volks- und Berufszählung mit einem in die Millionen gehenden Kostenaufwand ist es erforderlich, die Zählpapiere und den Arbeitsablauf der Erhebung so rationell wie möglich zu gestalten. Dies konnte nur dadurch erreicht werden, daß man sich so früh wie möglich ein Bild davon verschaffte, wie einerseits die Bevölkerung die geplanten Fragebogen ausfüllen und wie andererseits Gemeinden und Zähler auf die vorgesehenen Arbeitsanweisungen reagieren würden.

Um hierüber Erfahrungen zu sammeln, wurden zwei Probeerhebungen durchgeführt. An der ersten, die im Jahr 1959 stattfand, hat das Statistische Landesamt Baden-Württemberg nicht teilgenommen. Sie diente dazu, die endgültige

Form der Haushaltsliste zu ermitteln. Standen doch seinerzeit vier Entwürfe zur Diskussion, die sich im wesentlichen wie folgt unterschieden:

1. Fragenanordnung in der Vorspalte mit Antwortvorgabe,
2. Fragenanordnung in der Vorspalte ohne Antwortvorgabe,
3. Fragenanordnung im Kopf ohne Antwortvorgabe (die sog. „klassische“ Form, wie sie bei früheren Volks- und Berufszählungen verwendet wurde),
4. Fragebogen in Heftform.

Es stellte sich heraus, daß jede der getesteten Fragebogenformen ihre Vor- und Nachteile hatte, daß jedoch die Form 1 infolge der an vielen Stellen eingefügten Antwortvorgaben,

Erhebungsorganisation der Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung 1961 sowie Verteilung und Rücklauf der Zählpapiere

Zählpapiere

— Verteilung

- - - Rücklauf

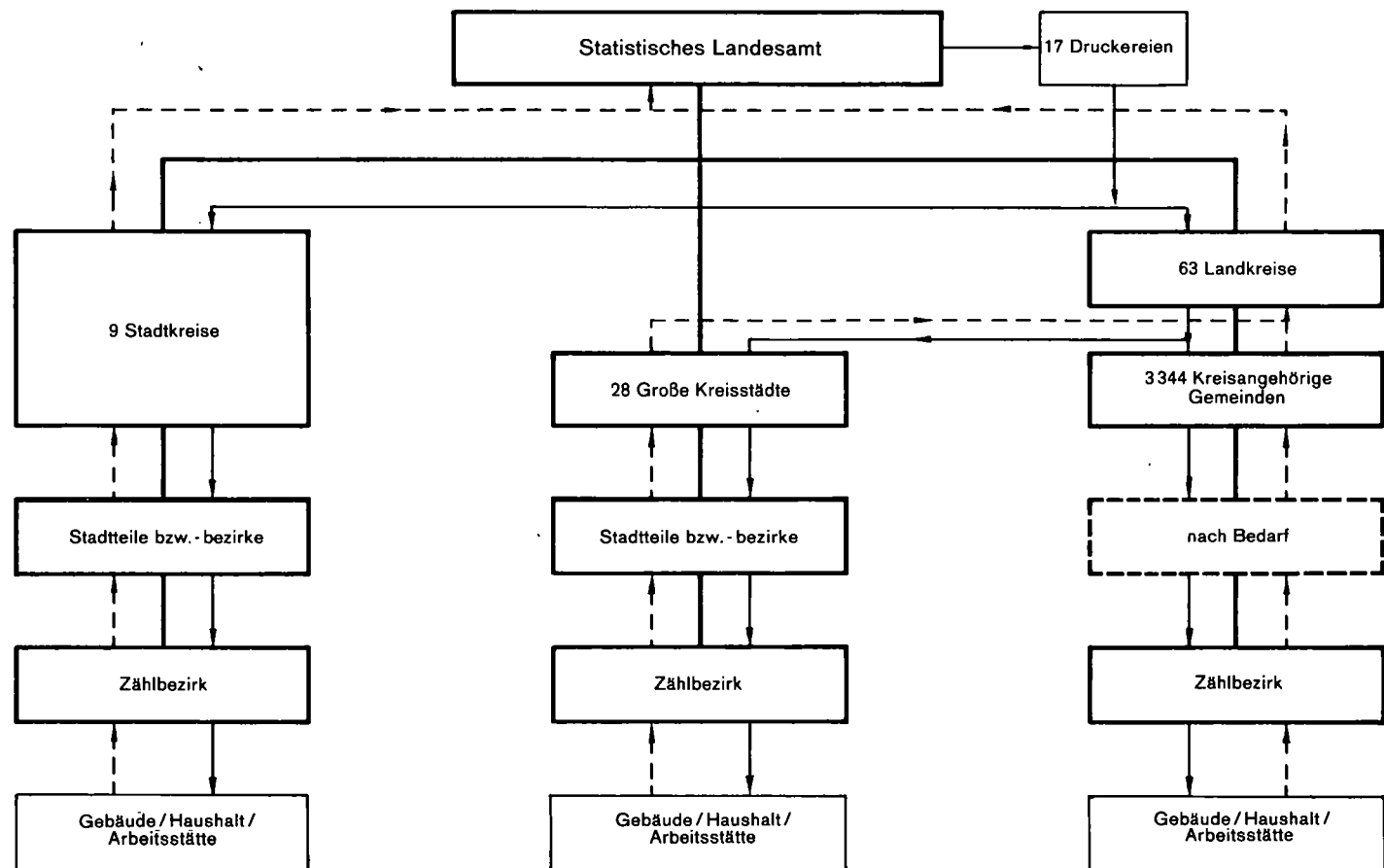
Kreiszahlungsleiter

Gemeindezahlungsleiter

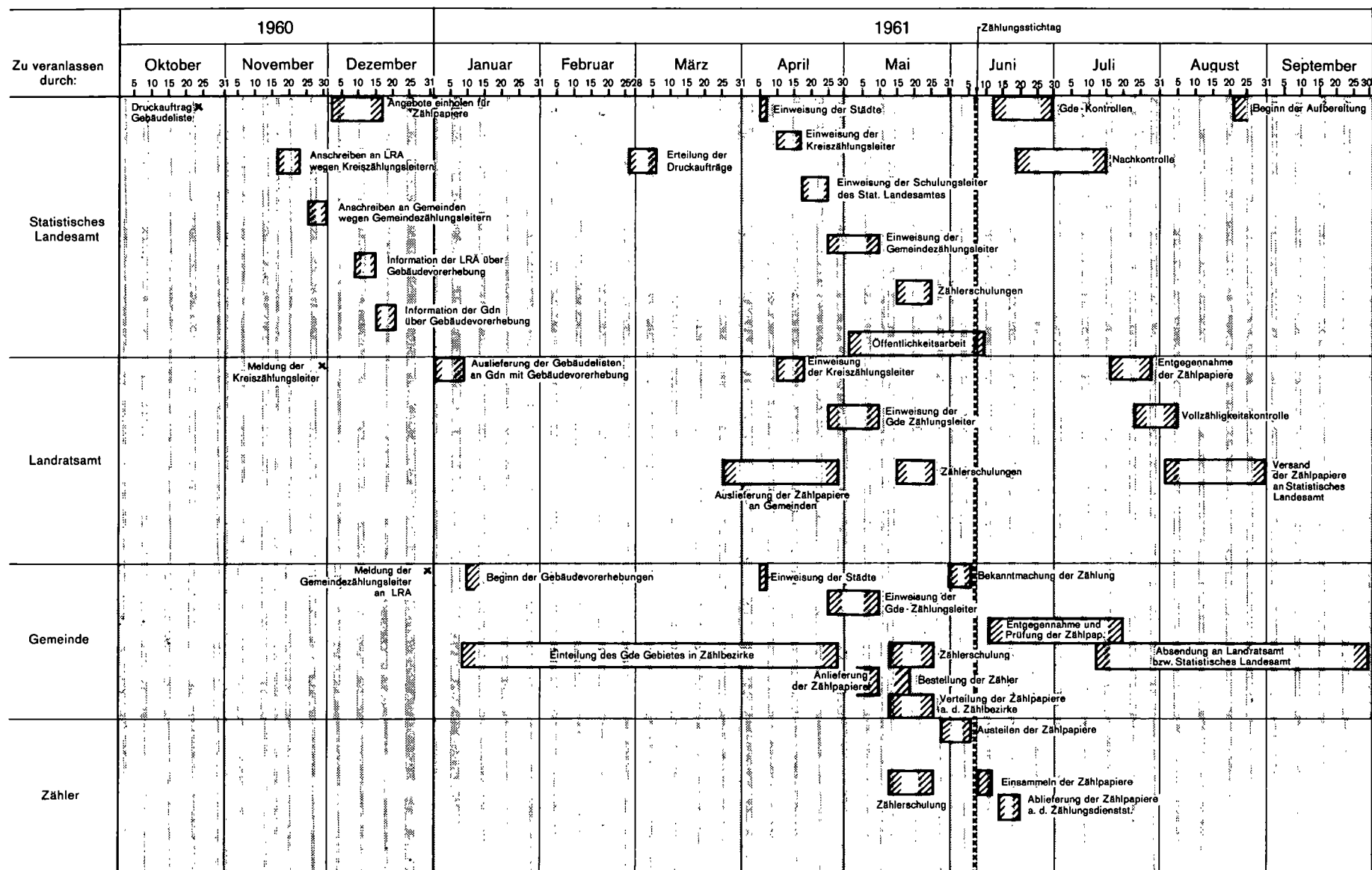
Oberzähler

Zähler

Auskunftspflichtige



Zeitplan für die Vorbereitung der Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung 1961
Stichtag am 6. Juni 1961



die lediglich durch Ankreuzen zu beantworten waren, vielerlei Vorteile — hauptsächlich für die Kontrolle und Signierung — aufwies. Aufgrund dieser Probebefragung wurde daher beschlossen, Form 1 des Erhebungsbogens als endgültige Form zu verwenden.

Dieser Entwurf der Haushaltsliste wurde im Rahmen einer zweiten Probezählung im Frühjahr 1960 nochmals überprüft. Der Test führte zu verschiedenen Vorschlägen zur Verbesserung der Fragestellung. Außerdem konnten Regierung und Verwaltung auf Grund dieser Probebefragung veranlaßt werden, auf verschiedene Auskünfte, wie z. B. nach der Altersversorgung und nach der Krankenversicherung, zu verzichten, da die hier zu erwartenden Antworten mit einer unverhältnismäßig großen Fehlerquote behaftet waren.

Durchführung der Erhebung

Organisation

In Baden-Württemberg war das Statistische Landesamt für die Durchführung der Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung 1961, mit der auch Feststellungen über bewohnte Gebäude verbunden waren, zuständig. Die Gemeinden waren gemäß der Verordnung der Landesregierung als Erhebungsstellen tätig. Entsprechend der Verwaltungsgliederung des Landes wurden auch die Landratsämter in das Zählgeschäft insoweit eingeschaltet, als ihnen die Dienstaufsicht über die Tätigkeit der Gemeindezählungsleiter in den kreisangehörigen Gemeinden und die Verteilung der Erhebungspapiere an alle Gemeinden des Landkreises sowie deren Rückleitung an das Statistische Landesamt übertragen waren.

Um den Aufbau der Zählungsorganisation einzuleiten, waren seitens der Landratsämter bis zum 30. November 1960 je ein Kreiszahlungsleiter und ein Vertreter zu benennen. Es wurde Wert darauf gelegt, daß sich diese Bediensteten besonders für die Bewältigung organisatorischer Aufgaben eigneten und daß sie einen guten Kontakt mit den Bürgermeistern der Landkreise besaßen.

Die Zahlungsleiter der Stadtkreise und Großen Kreisstädte sowie deren Stellvertreter, die bis zum 2. Januar 1961 dem Statistischen Landesamt zu benennen waren, waren in Städten mit Statistischen Ämtern die Leiter dieser Ämter und deren Vertreter, in den anderen Städten Bedienstete, die sich der Bewältigung organisatorischer Aufgaben großen Umfanges gewachsen zeigten und sich nach Möglichkeit bei der Durchführung ähnlicher Aufgaben schon einmal bewährt hatten.

Die Zahlungsleiter der kreisangehörigen Gemeinden und deren Stellvertreter waren den Landratsämtern bis zum 30. Dezember 1960 zu benennen. In kleineren Gemeinden waren dies meist die Bürgermeister, Ratsschreiber oder Schulleiter — in selteneren Fällen auch rüstige Rentner —, die mit dieser Aufgabe betraut wurden. In größeren Gemeinden wurden organisatorisch befähigte Bedienstete aus dem Bereich der Gemeindeverwaltung als Zahlungsleiter benannt.

Die Aufgaben der Zahlungsleiter waren wie folgt umrissen:
Kreiszahlungsleiter:

Vor dem Zählungstichtag:

1. Verteilung der Erhebungspapiere an die Gemeinden auf Grund der vom Statistischen Landesamt erstellten Verteilerlisten,
2. Überwachung der Vorbereitungsarbeiten in den Gemeinden,
3. Leitung der Bürgermeisterschulung,
4. Überwachung und Durchführung der Zählerschulung in den Gemeinden.

Nach dem Zählungstichtag:

1. Überwachung der in den Gemeinden vorzunehmenden Überprüfung der Zählpapiere,
2. Rücksendung der Zählpapiere an das Statistische Landesamt.

Zugleich mit diesem letzten Test der Haushaltsliste waren auch die Gebäudeliste und der Arbeitsstättenbogen gemeinsam mit allen Leitpapieren und Anweisungen an die Gemeindebehörden und an die Zähler im Rahmen einer in ausgewählten Zählbezirken zählungsgerecht durchgeführten Probebefragung auf einwandfreies Funktionieren überprüft worden. Es wurden darüber hinaus Erfahrungen hinsichtlich der Arbeitsbelastung der Zähler und über die günstigste Form der Zählereinweisung gesammelt. Außer der Gebäudeliste wurde nun auch eine Zählbezirksliste als Leitpapier entwickelt, die zum Nachweis der erfaßten Gebäude, Arbeitsstätten, Haushalte und Anstalten diente und auf welcher in Baden-Württemberg auch die erfaßten Personen einzutragen waren.

Gemeindezählungsleiter (Stadtkreise, Große Kreisstädte, kreisangehörige Gemeinden):

Vor dem Zählungstichtag:

1. Einteilung des Gemeindegebietes in Zählbezirke,
2. Durchführung von Gebäudevorerhebungen, sofern solche geplant waren,
3. Zählerwerbung,
4. Vorbereitung der Zählpapiere,
5. Zählerschulung,
6. Ortsübliche Bekanntmachung der Zählung,
7. Überwachung der Zählertätigkeit.

Nach dem Zählungstichtag:

1. Überprüfung der abgelieferten Zählpapiere auf Richtigkeit und Vollständigkeit,
2. Rücksendung der Zählpapiere.

Das letzte Glied in der Organisation der Volkszählung, dem die wichtige Aufgabe der vollständigen und sachlich richtigen Erfassung der geforderten Einzelangaben übertragen war, war der Zähler. In verschiedenen Gemeinden waren zur Entlastung der Gemeindezählungsleiter noch Oberzähler tätig, die die Arbeiten für Stadtteile bzw. -bezirke oder auch nur für 5—10 Zählbezirke koordinierten.

Ablauf der Erhebung

Terminplan

Eine Übersicht über den Ablauf der Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung, kann am ehesten an Hand der Terminplanung gegeben werden, die bereits im September 1960 abgeschlossen werden mußte, um eine einwandfreie Durchführung der Erhebung sicherstellen zu können. Nur eine ausgefeilte Zeiteinteilung, die einzig auf den Stichtag der Erhebung abgestellt war, gestattete es, die vielen Arbeitsgänge und Tätigkeiten so aufeinander abzustimmen, daß das Zählgeschäft reibungslos abgewickelt werden konnte. Wesentliche Kriterien für die im Terminplan dargestellte Zeiteinteilung waren außer dem Haupttermin, die Termine für den Beginn von Gebäudevorerhebungen, die rechtzeitige Auslieferung der Zählpapiere an die Gemeinden sowie der Zeitpunkt der Ablieferung der Zählpapiere an das Statistische Landesamt.

Bei der Vorbereitung und Durchführung des Zählungswerkes 1961 ließen sich folgende Phasen unterscheiden, die im Terminplan unterzubringen waren:

Tätigkeiten vor dem Zählungstichtag:

Allgemeine Unterrichtung der Stadt- und Landkreise sowie Gemeinden,
Druck der Gebäudelisten,
Gebäudevorerhebung,
Druck der übrigen Erhebungspapiere,
Auslieferung der Erhebungspapiere,
Unterweisung der Stadt-, Landkreise und Großen Kreisstädte,
Unterweisung von Schulungsgruppen,
Unterweisung der Gemeinden,

Ausgelieferte und ausgefüllte Zählungsdrucksachen bei der Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung 1961

Nr. der Drucksache	Bezeichnung der Drucksache	An die Erhebungsstellen ausgelieferte Zählpapiere		Ausgefüllte bzw. benötigte Zählpapiere		
		Stück	Gewicht kg	Stück	% der ausgelieferten	Gewicht kg
	Drucksachen zur Verteilung an die Auskunftspflichtigen					
1	Gebäudeliste	2 000 000	16 800	1 127 808	56,4	9 474
1 a	Merkblatt zur Gebäudeliste	2 000 000	6 000	1 127 808	56,4	
2	Haushaltsliste	3 436 000	40 888	2 624 140	76,4	31 227
2 b	Merkblatt zur Haushaltsliste	3 436 000	10 720	2 624 140	76,4	
3	Anstaltsliste	50 000	595	6 520	13,0	78
3 a	Einzelbogen zur Anstaltsliste	495 000	2 228	232 623	47,0	1 047
3 b	Merkblatt zum Einzelbogen zur Anstaltsliste	495 000	2 079	232 623	47,0	
4	Arbeitsstättenbogen	800 000	6 720	380 234	47,5	3 194
—	Anstaltsliste (Bundeswehr)	} nicht bekannt				
—	Einzelbogen zur Anstaltsliste (Bundeswehr)					
12	Rechtsgrundlage	4 149 000	6 224	2 624 140	63,2	
	Drucksachen für den Zähler					
—	Zählermappe	148 000	6 660	90 000	60,8	4 050
5	Zählbezirksliste (Entwurf)	166 000	1 394	90 000	54,2	
5 a	Zählbezirksliste (Reinschrift)	166 000	1 394	90 000	54,2	756
6 u. 7	Leitfaden für den Zähler mit Schlagwortverzeichnis	148 000	6 438	90 000	60,8	
6 a	Leitfaden für den Anstaltszähler	19 000	171	6 520	34,3	
1 b	Gebäudeliste mit Rot-Eindruck (Prüfmuster)	150 000	1 260	90 000	60,0	
2 a	Haushaltsliste mit Rot-Eindruck (Prüfmuster)	150 000	1 785	90 000	60,0	
4 a	Arbeitsstättenbogen mit Rot-Eindruck (Prüfmuster)	149 000	1 252	90 000	60,4	
—	Numerierungsmuster	150 000	900	90 000	60,0	
—	Zählerausweis	147 000	559	90 000	61,2	
—	Übersetzungsmuster für die Haushaltsliste spanisch/italienisch	80 000	672	} ca. 106 000	66,3	
—	Übersetzungsmuster für die Haushaltsliste griechisch/polnisch	80 000	672			
	Drucksachen für die Gemeindebehörde					
8	Anleitung für die Gemeindebehörde	18 000	558	3 381	18,8	
9	Anleitung für die Unterrichtung der Zähler	18 000	333	3 381	18,8	
—	Ein Gang durch den Zählbezirk (Schaubild)	5 000	54	ca. 3 400	68,0	
10	Anleitung für das Prüfen der Zählpapiere in den Gemeinden	19 000	114	3 381	17,8	
11	Gemeindebogen	53 000	223	ca. 15 000	28,3	63
	Sonstige Drucksachen					
—	Plakate DIN A 3	31 210	337	ca. 30 000	96,1	
—	Arbeitsmappe für Arbeitsstättenbogen	26 250	649	18 000	68,6	445
—	Arbeitsmappe für Gebäudelisten	60 000	1 596	22 500	37,5	599

Öffentlichkeitsarbeit,
Zählerwerbung,
Einteilung des Gemeindegebietes in Zählbezirke,
Bereitstellung der Zählpapiere für den Zähler,
Unterweisung der Zähler (Zählerversammlung),
Verteilung der Zählpapiere an die Auskunftspflichtigen.

Zählungssichttag.

Tätigkeiten nach dem Zählungssichttag:

Einsammeln der Zählpapiere,
Kontrollen der Zählpapiere durch die Gemeinde,
Rücksendung der Zählpapiere,
Sofortkontrollen.

Der Inhalt der einzelnen Arbeitsphasen wird nachstehend ausführlich erläutert.

Allgemeine Unterrichtung der Stadt- und Landkreise sowie Gemeinden

Die erste allgemeine Unterrichtung der Stadt- und Landkreise, der Großen Kreisstädte und der kreisangehörigen Gemeinden wurde Ende November/Anfang Dezember 1960 mit dem Schreiben vorgenommen, mit denen auch die Benennung der Zählungsleiter gefordert war. Zugleich mit den entsprechenden Rundschreiben war auch ein „Merkblatt zur Einteilung des Gemeindegebietes in Zählbezirke“ verteilt worden, das die Gemeinden in die Lage setzte, die Einteilung des Gemeindegebietes bereits in die Wege zu leiten.

Vor diesen allgemeinen Mitteilungen war bereits im Juni 1960 bei den Städten mit 10 000 und mehr Einwohnern die Notwendigkeit von Gebäudevorerhebungen erfragt worden. Mit den Stadtkreisen lief seit August 1960 ein Schriftwechsel über die Vorbereitung von Stadtteilauswertungen und über eine Auswertung der innerstädtischen Pendelwanderung; seit Ende Dezember 1960 stand das Statistische Landesamt in Gedankenaustausch mit den Großen Kreisstädten über die Auswertung von Stadtteilergebnissen in diesen Gemeinden.

Auf Grund dieser allgemeinen Unterrichtung waren alle unteren Verwaltungsbehörden des Landes und alle Selbstverwaltungskörperschaften zum Teil bereits drei Vierteljahre vor dem Zählungssichttag, spätestens jedoch ein halbes Jahr vorher, über den Termin und die wichtigsten Probleme der Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung 1961 informiert worden.

Außer diesen Informationen war das Problem der Großzählung auch bereits in den zuständigen Gremien des Deutschen Städtetages, des Städteverbandes Baden-Württemberg sowie des Badischen und Württembergischen Gemeindetages erörtert und den Mitgliedern zur Kenntnis gebracht worden.

Druck der Gebäudelisten

(siehe Druck der Erhebungspapiere)

Verteilung der Gebäudelisten

(siehe Auslieferung der Erhebungspapiere)

Gebäudevorerhebung

Die Gebäudeliste, die außer ihrer Funktion als Erhebungspapier, dem Zähler auch noch als Leitpapier diente, mußte so rechtzeitig ausgefüllt sein, daß der Zähler sie beim Verteilen der übrigen Zählpapiere als „Inhaltsverzeichnis“ des Gebäudes verwenden konnte. Dies war besonders in den größeren Städten nur dadurch zu erreichen, daß Gebäudevorerhebungen durchgeführt wurden. Dies geschah in der Zeit zwischen Januar und April 1961 in 48 Gemeinden mit insgesamt 256 973 Wohngebäuden (22,8 %). In 26 dieser Gemeinden mit 116 179 Wohngebäuden wurde sie total, d. h. in allen Gebäuden und in 22 Gemeinden mit 140 794 Wohngebäuden partiell durchgeführt. In den Gemeinden mit teilweiser Gebäudevorerhebung wurden in der Regel nur diejenigen Wohngebäude in die Vorerhebung einbezogen, deren Besitzer nicht im Gebäude wohnte und damit anläßlich der Zählung auch nicht kurzfristig erreichbar war. Hierdurch

war dem Zähler in diesen Gemeinden über die Information hinaus, die ihm eine ausgefüllte Gebäudeliste bei der Zählung vermittelte, ein Großteil des Zählgeschäftes von vornherein abgenommen. Selbstverständlich erhöhte sich dadurch die Arbeit der Zählungsdienststelle nicht unwesentlich, da sie die Gebäudelisten im allgemeinen mit der Post an die Gebäudebesitzer senden und den Rücklauf dieser Zählpapiere eingehend überwachen mußten. Außerdem waren die Gebäudelisten nach dem Rücklauf noch den Zählbezirken, die meist erst in der Zwischenzeit gebildet worden waren, zuzuordnen.

Druck der Erhebungspapiere

Wenn hier auch über solche für einen Statistiker fast alltägliche Vorgänge, wie es der Druck von Erhebungspapieren ist, gesprochen wird, so deswegen, weil die pünktliche Erledigung dieser Massenarbeit ausschlaggebend für das Gelingen der Zählung war. Insgesamt wurden die in der Tabelle aufgeführten 31 verschiedenen Erhebungspapiere gedruckt, die sich in folgende Gruppen einteilen lassen:

Drucksachen zur Verteilung an die Auskunftspflichtigen,
Drucksachen für den Zähler,
Drucksachen für die Gemeindebehörde und
Sonstige Drucksachen.

Es ist leicht einzusehen, daß der Druck und die Verteilung von Papiermassen, die zusammen 119 Tonnen wogen, Probleme aufwarfen, die rechtzeitig bedacht werden mußten. Waren doch, um diese öffentlichen Aufträge einigermaßen über das Land zu streuen, bei 35 Druckereien Angebote einzuholen, bevor die Druckaufträge an 17 Druckereien vergeben werden konnten. Auch mußte berücksichtigt werden, daß bei Aufträgen dieses Umfanges außer den Druckzeiten auch noch Zeiten für die Papierbeschaffung zu kalkulieren waren.

Um die Gebäudevorerhebung ab Januar 1961 durchführen zu können, waren die Gebäudelisten bereits im November 1960 zu drucken. Für die übrigen Zählpapiere wurden die Angebote zumeist Anfang Dezember 1960 eingeholt. Die Zusagen über die umfangreichsten Druckaufträge, wie Haushaltsliste, Arbeitsstättenbogen, Anstaltsliste, wurden den Druckereien Ende Dezember 1960 erteilt. Eine Trennung von Zusage und endgültigem Druckauftrag war erforderlich, da einerseits das Papier beschafft werden mußte, andererseits die Fragen in der Haushaltsliste noch nicht endgültig formuliert werden konnten, weil das Gesetz noch nicht verabschiedet war. Die endgültigen Druckaufträge gingen den Druckereien Anfang März 1961 zu, als die Gesetzgebungsprozedur soweit abgeschlossen war, daß ziemlich sicher damit gerechnet werden durfte, daß keine Änderung des Erhebungstermines und des Inhaltes der Fragebogen mehr zu erwarten standen.

Auslieferung der Erhebungspapiere

Die Anzahl der in den Gemeinden benötigten Zählpapiere wurde vom Statistischen Landesamt bereits im Jahr 1960 aus den für die Gemeinden vorhandenen Unterlagen berechnet. Bei ihrer Ermittlung war angestrebt worden, den örtlichen Bedarf in seiner regionalen Streuung so genau und so sicher wie möglich zu bestimmen und dafür Sorge zu tragen, daß der Gemeinde und dem Zähler genügend Zählpapiere jeder Sorte zur Verfügung gestellt wurden; dies bedeutete, daß sowohl beim Statistischen Landesamt wie auch bei Landratsämtern und Gemeinden stets ausreichende Reserven vorliegen mußten, um Nachforderungen, gleichgültig aus welchen Gründen immer diese gestellt wurden, sofort befriedigen zu können. Dem wurde dadurch Rechnung getragen, daß für die Gemeinden einmal ein genereller Sicherheitszuschlag Berücksichtigung fand und daß bei verschiedenen Zählpapieren nochmals bestimmte Grundmengen für Zählbezirke und Gemeinden hinzuaddiert wurden. Auf diese Weise war sichergestellt, daß auch Formulare zum Üben bei Zählerschulungen in genügender Zahl vorhanden waren. Den Stadt- und Landkreisen wurden je nach Art der Zählpapiere nochmals Zuschläge zwischen 2 % und 10 % des errechneten Bedarfs als Kreisreserve zugeteilt.

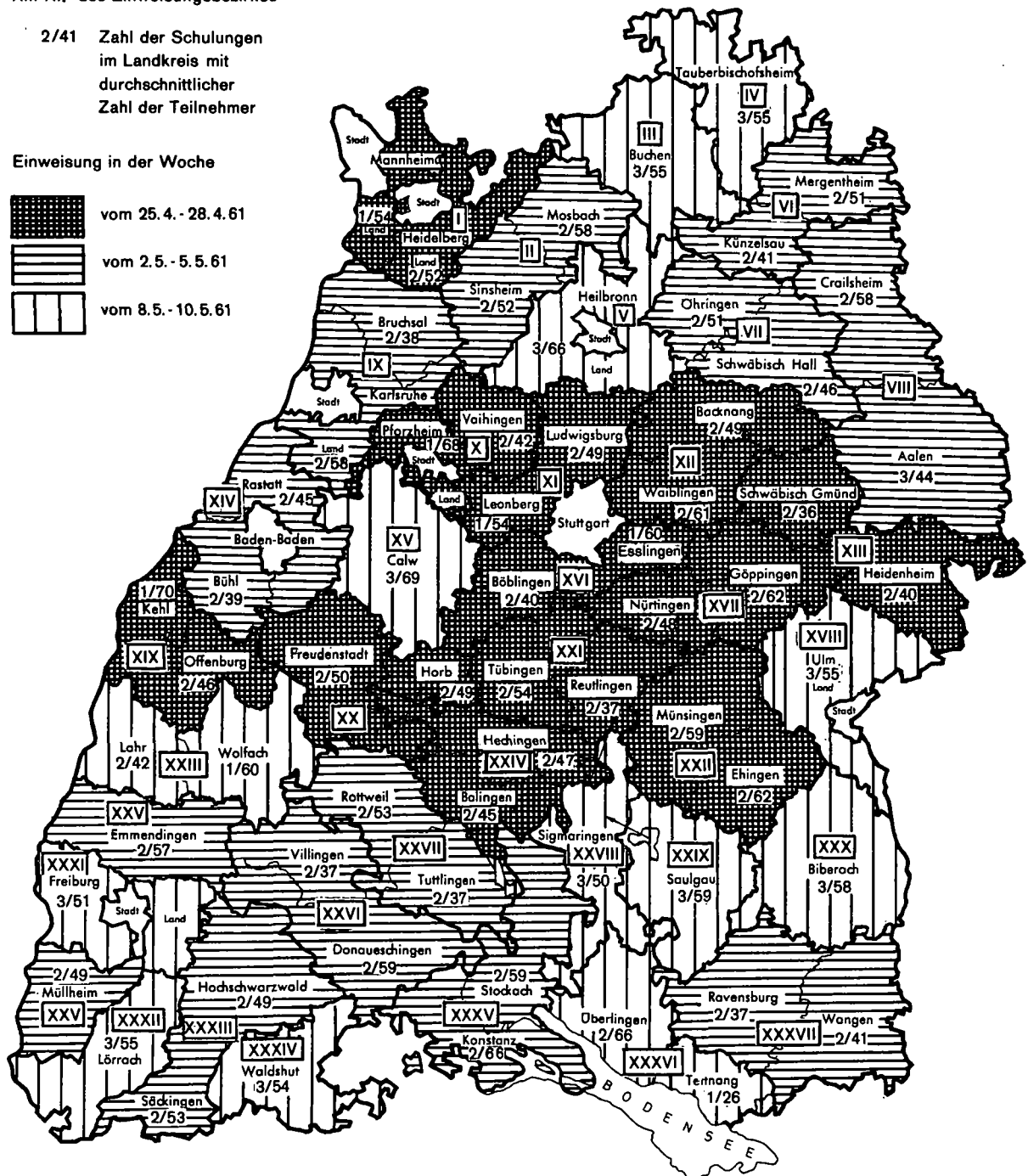
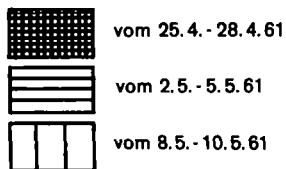
Die Bezirkseinteilung für die Einweisung der Gemeindezählungsleiter bei der Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung 1961

Jeder Bezirk wurde von einer Einweisungsgruppe bearbeitet

XIII Nr. des Einweisungsbezirkes

2/41 Zahl der Schulungen
im Landkreis mit
durchschnittlicher
Zahl der Teilnehmer

Einweisung in der Woche



Die Auslieferung der Zählpapiere an die Gemeinden wurde zur Vermeidung zeitraubender Arbeiten beim Statistischen Landesamt wie folgt vorgenommen:

1. Die Druckereien lieferten die Zählpapiere direkt an die Statistischen Ämter der Stadtkreise und an die Landratsämter,
2. die Landratsämter verteilten die Zählpapiere an die Großen Kreisstädte und an die kreisangehörigen Gemeinden.

Den Druckereien wie auch den Landratsämtern waren die Verteilerlisten mit den errechneten Bedarfszahlen vom Statistischen Landesamt aus zugegangen.

Unterweisungen

Für das Gelingen einer Großzählung ist es unbedingt erforderlich, das Interesse für die Zählung und deren Sinngehalt bei allen Beteiligten zunächst zu wecken und dann intensiv wachzuhalten. Dies wurde bei den beteiligten Behörden und Dienststellen dadurch erreicht, daß diese frühzeitig — wie oben schon geschildert — über die Probleme einer Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung unterrichtet wurden. Von besonderem Wert für die Zählungsarbeit erwiesen sich, wie schon bei früheren Großzählungen, Besprechungen mit den Zählungsleitern aller Zählungsdienststellen, die in Form von Vorträgen und Diskussionen abgehalten wurden.

Diese Unterweisungen konnten wegen des verhältnismäßig spät angelaufenen Drucks der Zählpapiere erst am 5. April 1961 beginnen. An diesem und am folgenden Tag fanden Besprechungen mit den Zählungsleitern der Stadtkreise und Großen Kreisstädte und deren Stellvertreter statt. Ein Termin, der 14 Tage bis drei Wochen früher gelegen hätte, wäre zweckmäßiger gewesen, da eine ausführliche Aussprache über alle Zählungsprobleme in Gemeinden dieser Größenordnung so früh wie möglich stattfinden muß, um alle Zählungsarbeiten einheitlich gestalten zu können.

Entsprechende Unterweisungen der Kreiszahlungsleiter, die um diese Zeit bereits stark mit der Verteilung der Zählpapiere beschäftigt waren, wurden zwischen dem 10. und 17. April 1961 in den Städten Stuttgart, Karlsruhe, Freiburg im Breisgau und Mengen abgehalten. Hierbei wurden die Kreiszahlungsleiter besonders mit ihren Aufsichtsfunktionen vertraut gemacht und in die Lage versetzt, die Arbeiten der Gemeinden zu kontrollieren und zu koordinieren.

Als nächste Aufgabe stand die Einweisung der Zählungsleiter der kreisangehörigen Gemeinden und ihrer Stellvertreter bevor. Sie mußte bis zum 10. Mai 1961 beendet sein, so daß den letzten Gemeinden noch mindestens drei Wochen Zeit blieben, um die Vorbereitungsarbeiten zur Volkszählung abzuschließen. Um die erforderlichen 131 Einweisungen in 11 Arbeitstagen durchführen zu können, mußten zunächst 13 Einweisungsgruppen — je aus einem Referenten und einem Sachgebiets- oder Gruppenleiter bestehend — soweit mit den Zählungsproblemen vertraut gemacht werden, daß sie den Gemeindezahlungsleitern den ordnungsgemäßen Ablauf der Zählung darstellen und den Inhalt der Zählpapiere ausführlich erläutern konnten. Diese Unterrichtung der Einweisungsgruppen fand vom 18. bis 24. April 1961 statt. Die Einweisung der Gemeindezahlungsleiter der kreisangehörigen Gemeinden selbst wurde zwischen dem 25. April und 10. Mai 1961 entsprechend dem abgedruckten Einsatzplan durchgeführt. Jede Einweisungsgruppe hatte täglich eine Einweisung vorzunehmen, zu der zwischen 26 und 70 Gemeindevertreter erschienen waren. Insgesamt wurden bei diesen 131 Einweisungen 6688 Gemeindevertreter durch Angehörige des Statistischen Landesamtes in ihren bei der Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung 1961 zu versiehenden Arbeitsbereich eingewiesen.

Öffentlichkeitsarbeit

Bei der Vorbereitung der Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung 1961 war man sich darüber im klaren, daß das Ergebnis der Zählung nicht unwesentlich verbessert und die Arbeit des Statistischen Landesamtes bedeutend erleichtert werden kann, wenn die Zählung in der Öffentlichkeit eine

gewisse Resonanz gefunden hat und wenn die Problemstellung der Zählung einer möglichst breiten Bevölkerungsschicht bekannt geworden ist. Dies konnte nur durch eine breit angelegte Öffentlichkeitsarbeit erreicht werden. Angeregt durch einen Journalistenwettbewerb den eine private Werbeagentur im Auftrag des Statistischen Bundesamtes ausgeschrieben hatte, wetteiferten Presse, Funk, Fernsehen und Film um die ansprechendsten Artikel, Bildstreifen, Karikaturen und Sendungen. In 31 Lieferungen des „Pressedienstes Volkszählung 1961“ waren hierzu die notwendigen Unterlagen geliefert worden. Darüber hinaus stellte das Statistische Landesamt der Presse 8 „Informationen“ zur Verfügung, die sich besonders mit Spezialfragen der Zählung befaßten. Die Gemeinden, insbesondere die größeren, berichteten in den örtlichen Tageszeitungen, zum Teil in sehr detaillierter Form, über ihre Zählungsarbeit.

Verstärkt wurde die Werbeaktion noch durch den Anschlag von Plakaten. An einer umfassenden Plakataktion an allen Litfaßsäulen und Anschlagtafeln konnte sich das Land Baden-Württemberg aus Kostengründen nicht beteiligen. Es brachte jedoch gemeinsam mit dem Bayerischen Statistischen Landesamt ein eigenes Plakat heraus, das besonders zum Ausgang bei Behörden und an den Anschlagtafeln der Gemeinden gedacht war.

Die gesteuerte Öffentlichkeitsarbeit begann im Januar 1961 und konzentrierte sich besonders auf die Monate April und Mai sowie auf die erste Woche des Juni 1961. Wie die von verschiedenen Zeitungen vorgelegten Zeitungsausschnitte zeigten, hatten sehr viele Presseorgane die von der Werbeagentur ausgearbeiteten Informationen veröffentlicht und auch Anregungen der örtlichen Zählungsdienststellen über die Zählungsorganisation, über den Einsatz und die Tätigkeit des Zählers zu ausführlichen Berichten verarbeitet.

Die von der Werbeagentur durchgeführte Wirkungskontrolle ergab, daß sich das Wissen um Volkszählungen durch die Öffentlichkeitsarbeit nicht unwesentlich verbessert hatte und daß auch die Notwendigkeit von Volkszählungen in weit größerem Umfang eingesehen wurde als vor Beginn der Werbung. Als besonders werbewirksame Publikationsmittel erwiesen sich Zeitungen und Zeitschriften, Rundfunk, Fernsehen sowie Plakate an Anschlagssäulen und Verkehrsmitteln. Durch sie hatten 80 % der Erwachsenen vor Beginn der Zählung etwas über die Volkszählung gehört.

Zählerwerbung

Die Werbung der Zähler lag in Händen der Gemeinden. Diese bemühten sich, hauptsächlich Bedienstete aller in der Gemeinde ansässigen Behörden einschließlich der Lehrpersonen zur ehrenamtlichen Mitwirkung heranzuziehen, wie dies für alle Bürger der Gemeinden gemäß §§ 15—19 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg vom 25. Juli 1955 möglich ist. Außerdem konnte nach § 7 des Volkszählungsgesetzes jeder Deutsche vom 18. Lebensjahr an zur Übernahme der Zählertätigkeit verpflichtet werden. Jugendliche, die das 16. Lebensjahr vollendet hatten, durften nur mit Zustimmung der Erziehungsberechtigten als Zähler tätig sein.

Nach § 8 des Volkszählungsgesetzes waren alle Behörden des Bundes, der Länder, der Gemeinden und Gemeindeverbände sowie der sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts verpflichtet, sovielen ihrer Bediensteten für die Zählertätigkeit abzustellen, wie vom Zählungsleiter der Gemeinde angefordert wurden.

Diese bundesgesetzlichen Bestimmungen wurden in Baden-Württemberg durch „Anordnung der Landesregierung zur Durchführung des Volkszählungsgesetzes 1961“ vom 19. April 1961 nochmals ausdrücklich allen Dienststellen bekanntgemacht.

Zum Teil wurden Zähler auch durch Zeitungsaufrufe geworben. Jedoch haben nur wenige Gemeinden von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht.

Einteilung des Gemeindegebietes in Zählbezirke

Es war Aufgabe der Zählungsdienststelle dafür Sorge zu tragen, daß das gesamte bewohnte Gemeindegebiet in Zähl-

bezirke eingeteilt wurde. Nur dann konnte die vollständige Erfassung aller Gebäude, Personen und Arbeitsstätten gewährleistet werden. Die Zählbezirke sollten, um dem Zähler die Arbeit nicht zu sehr zu erschweren, etwa 25 bis 30 Haushalte oder 100 Personen umfassen. Den Gemeinden waren keine Bestimmungen auferlegt worden, die Zählbezirke so zu bilden, daß später aus den Zählbezirksergebnissen Daten für Häuser- bzw. Straßenblocks oder auch für Straßenzüge erstellt werden konnten. Erst mit der Darstellung der Ergebnisse nach Zählbezirken durch das Statistische Landesamt und mit dem daran erwachten Interesse der Städtischen Planungsämter waren derartige Wünsche bekanntgeworden, die jedoch erst bei der nächsten Volkszählung realisiert werden können. Es war jedoch Vorsorge getroffen worden, daß diejenigen Stadtkreise und Großen Kreisstädte, die ein Interesse an einer Aufgliederung der Ergebnisse nach Stadtteilen bekundeten, solche Ergebnisse auch erhalten konnten.

Über die vorstehend geschilderte Einteilung des Gemeindegebietes in Zählbezirke hinaus war grundsätzlich für jeden Wohnplatz unabhängig von der Zahl der Haushalte mindestens ein Zählbezirk zu bilden. Nur dadurch konnte die Erstellung eines Wohnplatzverzeichnis mit reichlich statistischen Daten für jeden Wohnplatz sichergestellt werden. Darüber hinaus waren auf Grund einer vom Bundesministerium für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung, der Arbeitsgemeinschaft der für das Bau- und Siedlungswesen zuständigen Minister der Länder (Argebau) und dem Statistischen Bundesamt gemeinsam erarbeiteten Richtlinie alle die Zählbezirke durch „E“ zu kennzeichnen, die überwiegend in „Erneuerungsbedürftigen Wohngebieten“ lagen. Die Kennzeichnung sollte im Einvernehmen mit den örtlich zuständigen Bau- und Planungsbehörden vorgenommen werden. Als Merkmale für die Zuordnung waren

- Bebauungsgrad,
- Baudichte,
- Belichtung, Besonnung und Belüftung,
- Stör- und Gefahrenquellen sowie Hofflächen,
- Gemeinschaftsanlagen und Anlagen des Gemeinbedarfs

angemessen zu berücksichtigen.

Da die vorstehend skizzierte Kennzeichnung zu kurzfristig anberaumt worden war und da die zu berücksichtigenden Merkmale zu allgemein formuliert waren, konnte die Erfassung der erneuerungsbedürftigen Wohngebiete nicht nach einheitlichen, allgemeingültigen Gesichtspunkten durchgeführt werden. Ergebnisse für die solcherart gekennzeichneten Zählbezirke wurden deswegen in der Volks- und Berufszählung nicht erstellt.

Zur Vereinfachung des Zählgeschäftes wurden bei Anstalten, die mit Anstaltslisten zu erfassen waren, Sonderzählbezirke gebildet. Es waren dies hauptsächlich

- Anstalten für Unterricht, Bildung und Erziehung,
- Anstalten der Erholung und des Gesundheitswesens,
- Nur der Unterkunft dienende Einrichtungen (außer Beherbergungsgewerbe),
- Anstalten für religiöse Zwecke,
- Anstalten der Streitkräfte, der öffentlichen Sicherheit und Ordnung,
- Straf-, Besserungs- und Verwahranstalten,
- Sonstige Massenunterkünfte,
- Schiffe,
- Beherbergungsbetriebe (größere).

Diese Anstalten wurden meist durch Sonderzähler bearbeitet, die in der Regel aus dem Personal der Anstalten ausgewählt waren und somit die beste Kenntnis der örtlichen Verhältnisse aufwiesen.

Die Anstalten der Streitkräfte, die ebenfalls als Sonderzählbezirke behandelt wurden, waren wie folgt zu erfassen:

- In Anstalten der Ausländischen Streitkräfte war nur das Dienstpersonal, das nicht den Streitkräften angehörte, in die Liste des Personals aufzunehmen.

- In Anstalten der Bundeswehr wurde die Erhebung durch die Bundeswehr selbst vorgenommen, welche die für jeden kasernierten Soldaten ausgefüllten Erhebungs-

bogen direkt dem Statistischen Landesamt übersandte. Dieses ordnete die Zeit- und Berufssoldaten der Erhebungsgemeinde zu, die Soldaten im Grundwehrdienst und auf Wehrübung hingegen der Wohnbevölkerung des Heimatortes.

Von den Gemeinden war ein Zählbezirksverzeichnis anzulegen, in das alle Zählbezirke mit den dazu gehörigen Grundstücken einzutragen waren. An Hand dieses Verzeichnisses wurde die Zählbezirksbeschreibung gefertigt, die jedem Zähler auf der Zählbezirksliste (Drucksache 5/5a) mitgegeben wurde. Die Mitgabe von Adremalisten, auf denen die Bewohner des Zählbezirkes verzeichnet waren, wurde in verschiedenen Städten mit Erfolg praktiziert und erleichterte dort den durch das Gesetz zugelassenen Vergleich mit der Einwohnerkartei.

Bereitstellung der Zählpapiere für den Zähler

Auf Grund der Zählbezirksbeschreibung und der Kenntnis des Zählungsleiters über die auf den Grundstücken wohnenden Haushalte sowie die dort befindlichen Arbeitsstätten, konnten dem Zähler alle für seinen Zählbezirk erforderlichen Zählpapiere zugeteilt werden. Dabei war unbedingt darauf zu achten, daß jeder Zähler den für ihn vorgesehenen „Leitfaden für den Zähler mit Schlagwortverzeichnis“ (Drucksache Nr. 6/7), erhielt. Als Prüfmuster für die von ihm einzusammelnden Listen wurden ihm eine Gebäude-Liste, eine Haushaltsliste und ein Arbeitsstättenbogen mit „Roteindruck“ mitgegeben. Diese Listen enthielten die wichtigsten Kontrollen, die vom Zähler vorzunehmen waren, in Form einer in die Originallisten rot eingedruckten Prüfanweisung. Außerdem wurde dem Zähler ein Ausweis mitgegeben.

Die Vorbereitung und die Bereitstellung der Zählpapiere für den Zähler war nach der Zählbezirkseinteilung die umfassendste Aufgabe der Zählungsdienststelle. Für jeden Zählbezirk war eine Zählermappe anzulegen, auf die der Regierungsbezirk, der Kreis, die Gemeinde, der Gemeindeteil (Wohnplatz), die Nummer des Zählbezirkes sowie Name und Anschrift des Zählers einzutragen waren. Außerdem war auf die Zählermappe und die Zählbezirksliste die „Gemeindekennzahl“ einzustempeln. Diese Gemeindekennzahl liegt in jeder Gemeinde als Stempel für die Bearbeitung der polizeilichen An- und Abmeldungen vor und kennzeichnet in Form einer achtstelligen Schlüsselnummer das Land, den Regierungsbezirk, den Kreis und die Gemeinde. Durch diese Kennzeichnung wurden Verwechslungen der Zählpapiere zweier Gemeinden ausgeschlossen.

Unterweisung der Zähler (Zählerversammlung)

Die für jeden Zählbezirk vorbereiteten Zählpapiere wurden dem Zähler anlässlich einer Unterweisung durch den Gemeindezählungsleiter übergeben. Bei dieser Unterweisung wurde der Zähler eingehend mit seinen Aufgaben vertraut gemacht. Es konnten Rückfragen gestellt und unklare Fälle erörtert werden. Die Zählerversammlungen wurden in der Regel vom Gemeindezählungsleiter abgehalten. In manchen Fällen wurden die Zähler mehrerer Gemeinden vom Kreis-zählungsleiter zu einer Zählerversammlung zusammengefaßt. Einige Zählerversammlungen in größeren Gemeinden wurden auf Antrag des Gemeindezählungsleiters vom Statistischen Landesamt durchgeführt.

Den Gemeindezählungsleitern stand in Form der „Anleitung für die Unterweisung der Zähler“ (Drucksache Nr. 9) ein ausgearbeiteter Vortrag für die Zählerversammlung zur Verfügung, dem auch ein Schaubild „Ein Gang durch den Zählbezirk“ beigegeben war.

Verteilung der Zählpapiere

Auf Grund der ihm von der Gemeinde mitgegebenen Zählbezirksbeschreibung hatte der Zähler zunächst die Aufgabe, sich durch Ortsbegehung einen Überblick über seinen Zählbezirk zu verschaffen. Hernach hatte er für jedes Wohngebäude und für jedes bewohnte Nichtwohngebäude eine Gebäudeliste an die Gebäudeeigentümer auszuteilen, sofern

1. Familienname (in Blockschrift): _____												
Vorname (in Blockschrift): _____		Geschlecht: männlich <input type="checkbox"/> weiblich <input type="checkbox"/>										
2. Stellung zum HV: _____	3. Geb. am _____	Tag _____	Monat _____	Jahr _____								
VIII. Nur für vorübergehend Anwesende												
Grund der Anwesenheit: _____												
Ständiger Wohnort: _____												
Gemeinde _____		Kreis _____	Straße _____	Haus-Nr. _____								
Erfassungsadresse: _____												
ZÄHLBLATT für die ALPHABETKONTROLLE		Nicht ausfüllen										
		<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 25%;">Gemeindeschlüssel-Nr.</td> <td style="width: 25%;">Zählb.-Nr.</td> <td style="width: 25%;">HL-Nr.</td> <td style="width: 25%;">GGK</td> </tr> <tr> <td colspan="3">Zählbezirk bei der Sofortkontrolle überprüft</td> <td>ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/></td> </tr> </table>			Gemeindeschlüssel-Nr.	Zählb.-Nr.	HL-Nr.	GGK	Zählbezirk bei der Sofortkontrolle überprüft			ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/>
		Gemeindeschlüssel-Nr.	Zählb.-Nr.	HL-Nr.	GGK							
		Zählbezirk bei der Sofortkontrolle überprüft			ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/>							
Gem. Art												
Zahl der zum Haushalt gehörenden Personen (einschl. der nicht zur Wohnbev. gezählten); bei Anstalten, Anstaltsart angeben: _____ Hauptmieter <input type="checkbox"/> Untermieter <input type="checkbox"/> Wohnungseigent. <input type="checkbox"/> Hauseigent. <input type="checkbox"/> Zugehörigkeit zur Wohnbev. (lt. Zuordnungsziff. im Kopf der Eintragungssp.) _____ Wohnort, Straße und Haus-Nr.: _____				Signierleiste 7 <div style="border: 1px solid black; width: 50px; height: 50px; margin: 0 auto; transform: rotate(45deg); transform-origin: center;"></div>								
4. Familienstand: led. <input type="checkbox"/> verh. <input type="checkbox"/> verw. <input type="checkbox"/> gesch. <input type="checkbox"/>				13								
8a. Jahr des Zuzugs in das Bundesgebiet: _____				19-20								
b. Vorheriger Wohnsitz in der SBZ oder im Sowj. Sekt.: ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/>				21								
9. Flüchtlings- bzw. Vertriebenenausweis: A <input type="checkbox"/> B <input type="checkbox"/> C <input type="checkbox"/>				22								
10. Weiterer Wohnraum: ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/>				<div style="border: 1px solid black; width: 50px; height: 50px; margin: 0 auto; transform: rotate(45deg); transform-origin: center;"></div>								
a. Anschrift des weiteren Wohnraums: _____												
11a. Grund der Abwesenheit: _____												
b. Art der Unterkunft: _____												
12. Erwerbs- oder berufstätig: ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/>				23								
13. Arbeitslos <input type="checkbox"/> Renten- usw. -empfänger <input type="checkbox"/> Hausfrau <input type="checkbox"/> Schüler/Student <input type="checkbox"/> Soldat im Grundwehrd. <input type="checkbox"/> Zeit-/Berufssoldat <input type="checkbox"/>				24								
14. Überwiegende Unterhaltsquelle: Erwerbs-/Berufstätigkeit <input type="checkbox"/> Unterhalt d. Ehemann usw. <input type="checkbox"/> Soz. vers. rente <input type="checkbox"/> sonst.: _____				25								
16. Geschäftszweig: _____				26-28								
17. Arbeitsort: _____				29-32								
18. Ausgeübte Tätigkeit/Beruf: _____				33-34								
19. Stellung im Beruf: _____												
Nur für Soldaten im Grundwehrdienst bzw. auf Wehrübung												
Bundeswehr-Einzelbogen liegt vor: ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/>												
in der Haushaltsliste eingetragen: ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/>												

diese nicht schon bei der Gebäudevorerhebung ausgefüllt worden war und ihm nunmehr bereits zur Verfügung stand. Einen oder zwei Tage später konnte er die Gebäudeliste wieder einziehen, die ihm jetzt als Leitpapier für das ganze Gebäude zur Verfügung stand; waren doch vom Gebäude-eigentümer alle Wohnungen, alle Haushalte und alle Arbeitsstätten in dieser Liste aufzuführen. An Hand dieser Gebäudeliste konnte der Zähler nun Haushaltslisten und Arbeitsstättenbogen so rechtzeitig verteilen, daß sie bis zum 5. Juni 1961 in allen Haushalten vorlagen.

Auf allen seinen Gängen durch den Zählbezirk war es die vornehmlichste Aufgabe des Zählers, stets um eine vollständige Erfassung bemüht zu sein; dies konnte nur durch intensives Umhören und Umsehen geschehen. Hierbei diente der Entwurf der Zählbezirksliste (Drucksache Nr. 5) als Hilfsmittel, in der Austeilung und Einzug aller Erhebungspapiere zu vermerken waren.

Zählungsstichtag

Er war auf den 6. Juni 1961, 0.00 Uhr (Mitternacht vom Montag, den 5. Juni auf Dienstag, den 6. Juni) festgelegt worden. Danach waren folgende Personen in der Haushalts- bzw. Anstaltsliste aufzuführen:

- Alle vor dem 6. Juni 1961 geborenen Kinder,
- Alle sonstigen vor dem 6. Juni 1961 in den Haushalt aufgenommenen Personen,
- Alle am 6. Juni 1961 oder danach gestorbenen Personen,
- Alle am 6. Juni 1961 oder danach weggezogenen Personen.

Nicht aufzuführen waren dagegen:

- Alle am 6. Juni 1961 oder danach geborenen Kinder,
- Alle am 6. Juni 1961 oder danach in den Haushalt aufgenommenen Personen,
- Alle vor dem 6. Juni 1961 verstorbenen Personen,
- Alle vor dem 6. Juni 1961 weggezogenen Personen.

Einsammeln der Zählpapiere

Nach dem Zählungsstichtag waren die Erhebungspapiere vom Zähler wieder einzuziehen und dabei die Vollständigkeit und die Richtigkeit der gemachten Eintragungen unter Zuhilfenahme der Prüfmuster der Erhebungspapiere (Erhebungspapiere mit Rot-Eindruck) zu kontrollieren. Hierbei war auch nochmals festzustellen, ob auch alle Personen, die zum Haushalt gehören, in den Haushaltslisten eingetragen waren und ob alle Untermieter eine eigene Haushaltsliste abgegeben hatten. Weiter war es möglich, daß sich erst aus den Angaben auf der Haushaltsliste Hinweise dafür ergaben, ob sich evtl. eine Arbeitsstätte in der Wohnung befand oder ob hier eine Person wohnte, die, ohne eine Arbeitsstätte im engeren Sinne (Werkstatt, Büro o. ä.) zu haben (z. B. selbständiger Künstler), trotzdem verpflichtet war, einen Arbeitsstättenbogen abzugeben.

Nach dem Einsammeln der Erhebungspapiere hatte der Zähler diese nach Straße und Hausnummer zu ordnen und die Reinschrift der Zählbezirksliste (Drucksache 5a) aufzustellen. In dieser Liste war die Zahl der eingesammelten Gebäudelisten, Haushaltslisten und Arbeitsstättenbogen nachzuweisen. Außerdem war die Zahl der erfaßten Personen

getrennt nach Geschlechtern zu ermitteln. In der Reihenfolge der Eintragung in die Zählbezirksliste waren die Gebäudelisten, Haushaltslisten und Arbeitsstättenbogen jeweils innerhalb des Zählbezirks laufend zu numerieren. Die Nummern waren sowohl in die Zählbezirksliste einzutragen wie auch auf den Zählpapieren anzubringen. Da das Ordnen und die Numerierung der Zählpapiere erfahrungsgemäß zu den Arbeiten zu rechnen ist, die häufig Schwierigkeiten mit sich bringen, war jedem Zähler ein nach einem Entwurf des Hessischen Statistischen Landesamtes ausgearbeitetes mehrfarbiges Numerierungsmuster der Zählpapiere ausgehändigt worden. Nachdem alle Zählpapiere vollständig geordnet vorlagen, konnte sie der Zähler beim Gemeindezählungsleiter oder, falls ein solcher eingeschaltet war, beim Oberzähler abgeben.

Kontrolle der Zählpapiere durch die Gemeinde

Nach der Ablieferung beim Gemeindezählungsleiter wurden die Zählpapiere zunächst nochmals auf vollständige Erfassung überprüft. Hierzu durften gemäß Volkszählungsgesetz 1961 die Einwohnerkarteien herangezogen werden, mit deren Hilfe manche Erhebungslücke geschlossen werden konnte. Die bei diesem Karteivergleich ermittelten Haushalte und Personen mußten nachträglich eine Haushaltsliste ausfüllen. Bei dieser Gelegenheit erhielten die Gemeinden auch Kenntnis von solchen Personen, die noch in den Karteien standen, aber schon verzogen waren, oder von Personen, die noch nicht in der Einwohnerkartei verzeichnet waren. Da Karteien erfahrungsgemäß etwas überhöhte Bestände aufweisen, war diese Aktion bestens geeignet, die laufend geführte Einwohnerkartei auf den neuesten Stand zu bringen.

Außer der vollständigen Erfassung war von der Gemeinde auch die Richtigkeit und Vollständigkeit der Eintragungen in den Erhebungspapieren nochmals auf Grund der Kenntnis der örtlichen Verhältnisse zu prüfen. Anschließend wurden die Erhebungspapiere versandfertig gemacht und die vom Zähler erstellte Ordnung nochmals dahingehend kontrolliert, daß in einer Zählermappe zunächst die Zählbezirksliste und dann die Gebäudelisten in der numerischen Ordnung lagen. In die Gebäudelisten waren in der Reihenfolge der numerischen Ordnung die in dieses Gebäude gehörenden Haushaltslisten, Anstaltslisten und Arbeitsstättenbogen einzulegen. Die Zählermappen mit den geordnet eingelegten Zählpapieren waren nach Zählbezirken sortiert zusammenzustellen. Als gemeindeweise Zusammenstellung der Zahl der Zählpapiere und zur Ermittlung der Zahl der in der Gemeinde erfaßten Personen wurden die entsprechenden Ergebnisse aus den Zählbezirkslisten im Gemeindebogen (Drucksache Nr. 11) für jeden Zählbezirk aufgeführt und daraus das Gemeindeergebnis ermittelt.

Rücksendung der Zählpapiere

Kontrollisten und geordnete Zählpapiere waren von den Gemeinden an das Landratsamt zu senden. Dieses überprüfte an Hand des Gemeindebogens nochmals die Vollständigkeit der Zählbezirke und übersandte alle Erhebungspapiere des Landkreises als Frachtgut in Bundesbahnbehältern der Größe „A“ an das Statistische Landesamt.

Erhebungskontrollen

Bei der Durchführung von Großzählungen hat man bisher, vertrauend auf die Wirksamkeit der Erhebungsorganisation, die Tätigkeit der Zähler und der Zählungsdienststellen, auf operative oder deskriptive Kontrolle des Zählungsergebnisses verzichtet. Wenn auch in Baden-Württemberg seit 1946 Kreiszählungsleiter oder vom Statistischen Landesamt eingesetzte Zählungskontrolleure die Funktion des Erhebungsapparates kontrollierten, so war bisher noch nie versucht worden festzustellen, inwieweit bei einer Großzählung die Vollständigkeit der Erfassung gewährleistet war.

Die bei der Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung 1961

durchgeführten Kontrollen waren durchweg repräsentativen Charakters und beschränkten sich auf die Erfassung der Personen, sowie auf die Überprüfung der Richtigkeit der für die Personen angegebenen Merkmale. Sie dienten überwiegend der Nachprüfung der Wohnbevölkerung. Sie wurden beim Statistischen Bundesamt ausgewertet, das auch in seinen Veröffentlichungen über die Ergebnisse dieser Nachkontrollen berichten wird. Es wurden drei Kontrollen mit verschiedenartiger Aufgabenstellung durchgeführt. Es waren dies die „Sofortkontrolle“, die „Alphabetkontrolle“ und die „Merkmalskontrolle“.

Sofortkontrolle

Die Bezeichnung „Sofortkontrolle“ rührt daher, daß sie „sofort“ nach der Zählung, d. h. Ende Juni/Anfang Juli 1961 vorgenommen wurde. Sie hatte die Aufgabe, festzustellen, inwieweit Lücken in der Erfassung von Gebäuden, Wohnungen, Haushalten und Personen aufgetreten sind. Die Kontrolle wurde in Baden-Württemberg in 175 Zählbezirken (0,19 %) für Gebäude, Haushalte und Personen durchgeführt. Die im Rahmen einer Stichprobe zufällig ausgewählten Zählbezirke waren mit dem jeweils nördlich an sie angrenzenden Zählbezirk, der nur hinsichtlich der Zahl der erfaßten Gebäude zu kontrollieren war, gemeinsam zu untersuchen; dies besonders im Hinblick darauf, ob an der Nahtstelle zwischen beiden Zählbezirken, also an der Zählbezirksgrenze, in verstärktem Maße ganze Gebäude ausgelassen oder etwa doppelt erfaßt worden waren.

Alphabetkontrolle

Sie wurde so genannt, weil hier ein Bevölkerungsausschnitt, der auf Grund des Alphabets zufällig ausgewählt war, einer besonderen Nachprüfung unterzogen wurde. Für alle Personen, deren Familienname mit A, Ae oder Ä beginnt, war eine Karteikarte mit allen demographischen Merkmalen, insbesondere mit Angaben über einen weiteren Wohnsitz anzulegen.

Personen, die in mehreren Gemeinden einen Wohnsitz hatten, waren in jeder dieser Gemeinden zu erfassen, aber nur in der Gemeinde der Wohnbevölkerung zuzurechnen, von der aus sie auch zur Arbeit oder Ausbildung gingen. Um diese Fälle herausarbeiten zu können, war in die Haushaltsliste eine entsprechende Fragestellung aufgenommen worden. Da jedoch damit zu rechnen war, daß diese Fragen nicht in allen Fällen korrekt beantwortet waren, war es das Ziel der Alphabetkontrolle festzustellen, wieviele Personen

wegen unrichtiger oder unvollständiger Beantwortung dieser Fragen mehrfach oder evtl. auch überhaupt nicht der Wohnbevölkerung zugerechnet wurden. Der Bearbeiter der Gemeinde A konnte bei der Feststellung der Wohnbevölkerung dieser Gemeinde nicht wissen, wie eine Person mit weiterem Wohnsitz in der Gemeinde B dort in die Haushaltsliste eingetragen war. Er hatte nämlich nicht die Möglichkeit, beide Angaben miteinander zu vergleichen. Eine totale Kontrolle aller dieser Fälle, die etwa 3 % der Wohnbevölkerung umfassen, konnte wegen des damit verbundenen Arbeitsaufwandes und wegen der dadurch unweigerlich hervorgerufenen Störung des Arbeitsablaufes nicht durchgeführt werden. Man beschränkte sich deswegen auf den vorstehend genannten Alphabetausschnitt, innerhalb dessen man nun über Gemeinde, Namen und Geburtsdatum alle Fälle zusammenführte, die Angaben über weitere Wohnsitze gemacht hatten. Aus dem Vergleich der Karten beider Wohnsitze ließ sich dann erkennen, ob Personen richtig, doppelt oder überhaupt nicht der Wohnbevölkerung zugerechnet worden waren.

Merkmalskontrolle

Bei dieser Kontrolle handelte es sich darum, festzustellen, inwieweit die Bevölkerung für die Merkmale der Person (Geburtsdatum, Vertriebeneneigenschaft, Erwerbstätigkeit, Beruf usw.) richtige Angaben gemacht hatte. Diese Kontrolle war dadurch möglich geworden, daß man die Erhebungslisten der 0,1 % Mikrozensus-Erhebungen vom April und Juni 1961 — von den Erhebungen also, die direkt vor bzw. direkt nach dem Stichtag der Volkszählung 1961 lagen — mit den entsprechenden Haushaltslisten der Volkszählung verglich. Die erforderlichen Angaben für die drei Erhebungen wurden beim Statistischen Landesamt aus den Zählungsunterlagen herausgeschrieben.

Aufbereitung der Erhebungspapiere

Eingangskontrolle

Zweck der Eingangskontrolle war es, die von den Stadt- und Landkreisen übersandten Erhebungspapiere innerhalb kürzester Frist an Hand eines Gemeindeverzeichnisses und des Gemeindebogens zu überprüfen, um evtl. fehlende Zählpapiere ganzer Gemeinden oder Zählbezirke so schnell wie möglich nachfordern zu können.

Eine weitere, in diesem Arbeitsgang wahrzunehmende Aufgabe bestand darin, die Zählbezirkseinteilung nach folgenden Gesichtspunkten zu überprüfen:

1. Ist für jeden der bereits früher gemeldeten Wohnplätze ein eigener Zählbezirk gebildet worden?
2. Sind in den von den Kreisbauämtern mitgeteilten Gemeinden mit „Erneuerungsbedürftigen Wohngebieten“ auch Zählbezirke dieser Art gemeldet und mit „E“ gekennzeichnet worden (E-Bezirke)?
3. Ist die laufende Numerierung der Zählbezirke in jeder Gemeinde (bei Stadtkreisen in jedem Stadtteil oder -bezirk) beginnend mit 001 in arabischen Ziffern ohne irgendwelche Zusätze vorgenommen worden?

Nach einer gegebenenfalls erforderlichen Richtigstellung der überprüften Angaben, die zum Teil im Einvernehmen mit den Gemeinden erfolgen mußte, war die regionale Ordnung der Zählpapiere herzustellen. Diese waren dann zu Bearbeitungsbunden zusammenzufassen, die die Zählpapiere von etwa zehn Zählbezirken, höchstens jedoch einer ganzen Gemeinde enthielten.

Vollzähligkeitskontrolle der Zählpapiere

Für den weiteren Verlauf der Arbeit an allen Zählungsteilen mußte zunächst die Vollständigkeit der Zählpapiere an Hand der in den Gebäudelisten, Arbeitsstättenbogen und Haushaltslisten gemachten Angaben überprüft werden. Es ergaben sich dabei folgende Prüfmöglichkeiten:

Alle Zählpapiere

Liegen die in der Zählbezirksliste eingetragenen Zählpapiere alle vor?

Liegen für jedes in der Zählbezirksbeschreibung aufgeführte Grundstück

entweder eine ausgefüllte Gebäudeliste allein (z. B. bei leerstehenden Gebäuden mit Wohnraum) bzw. mit einer oder mehreren ausgefüllten Haushaltslisten (Anstaltslisten),
oder eine ausgefüllte Gebäudeliste mit einer oder mehreren ausgefüllten Haushaltslisten (Anstaltslisten) und mit einem oder mehreren ausgefüllten Arbeitsstättenbogen,
oder eine ausgefüllte Gebäudeliste mit einem oder mehreren ausgefüllten Arbeitsstättenbogen,
oder lediglich eine oder mehrere ausgefüllte Arbeitsstättenbogen vor?

Liegt für jedes auf einem Grundstück stehende bewohnte bzw. bewohnbare Gebäude eine eigene Gebäudeliste vor?

Liegen alle zu einer Gebäudeliste gehörenden Haushaltslisten und Arbeitsstättenbogen vor?

Gebäudelisten

Sind die Gebäudelisten innerhalb des Zählbezirkes richtig nummeriert? Sind alle Haushalte (auch Untermieter) richtig in der Gebäudeliste eingetragen?

Sind die Nummern der Haushaltslisten der in einem Gebäude wohnenden Haushalte in der entsprechenden Spalte der Gebäudeliste eingetragen?

Ist die Zahl der in jeder Haushaltsliste eingetragenen Personen in die entsprechende Spalte der Gebäudeliste übertragen?

Ist die Zahl der Haushaltslisten in der Gebäudeliste richtig vermerkt? Sind Gebäude oder Wohnungen, die von Angehörigen ausländischer Streitkräfte bewohnt werden, als solche gekennzeichnet?

Sind Gebäude oder Wohnungen, die dem Inhaber als zweiter Wohnsitz dienen (Wochenendhäuser), als solche gekennzeichnet?

Sind Wohnungen bzw. Gebäudeteile, die als Anstalt genutzt werden (z. B. auch Unterkünfte oder Wohnungen von im Gebäude liegenden Beherbergungsbetrieben, in denen nur familienfremdes Personal wohnt oder in denen der Betriebsinhaber und sechs und mehr Personen familienfremdes Personal wohnt), richtig gekennzeichnet?

Stimmen die vergleichbaren Angaben auf der Gebäudeliste und Haushaltsliste miteinander überein?

Sind Wohnungen, die dem Inhaber eines im Gebäude liegenden Beherbergungsbetriebes, bei dem fünf und weniger Personen familienfremdes Personal wohnen, als solche gekennzeichnet (Gaststättenhaushalte)?

Haushaltslisten

Sind die Haushaltslisten innerhalb des Zählbezirkes richtig numeriert?

Stimmen die vergleichbaren Angaben auf der Haushaltsliste und Gebäudeliste bzw. Arbeitsstättenbogen miteinander überein?

Liegt für jeden in der Gebäudeliste eingetragenen Haushalt eine Haushaltsliste vor?

Anstaltslisten

Sind die Anstaltslisten innerhalb des Zählbezirks richtig numeriert?

Liegt für jede im „Verzeichnis der Einzelpersonen (Personal und Insassen), die keinen eigenen Haushalt führen“ eingetragene Person ein Einzelbogen zur Anstaltsliste vor?

Liegt für jeden im „Verzeichnis des Personals und der Insassen, die innerhalb der Anstalt einen eigenen Haushalt bilden“ eingetragenen Haushalt eine Haushaltsliste vor?

Liegt für jede in der Anstaltsliste im „Verzeichnis der Arbeitsstätten auf dem Anstaltsgelände“ eingetragene Arbeitsstätte ein Arbeitsstättenbogen vor?

Arbeitsstättenbogen

Sind die Arbeitsstättenbogen innerhalb des Zählbezirks richtig numeriert?

Liegt für jede in einer Gebäudeliste eingetragene Arbeitsstätte ein Arbeitsstättenbogen vor?

Liegt für jeden in der Haushaltsliste eingetragenen Selbständigen außerhalb der Landwirtschaft, für jeden Zwischenmeister und für jeden Heimarbeiter, die ihre Arbeitsstätte und Wohnung im gleichen Zählbezirk haben, ein Arbeitsstättenbogen vor?

Stimmen in diesen Fällen die vergleichbaren Eintragungen im Arbeitsstättenbogen und in der Haushaltsliste miteinander überein?

Bei den vorstehend beschriebenen Prüfungen als fehlend festgestellte Zählpapiere wurden bei den Gemeinden zur Nachlieferung angefordert.

Trennen der Zählpapiere

Nach der Vollzähligkeitsprüfung und nach Durchführung des sachlichen Vergleichs der Erhebungspapiere untereinander wurden die verschiedenen Zählpapiere getrennt und den zuständigen Abteilungen zur Bearbeitung wie folgt weitergeleitet:

Haushaltslisten, Anstaltslisten mit den dazugehörigen Haushaltslisten und Einzelbogen	} verbleiben in Abt. A, Referat Volks- u. Berufszählung,
Arbeitsstättenbogen gehen an Abt. C, Referat Arbeitsstättenzählung, Gebäudelisten gehen an Abt. D, Referat Gebäudezählung.	

Die weiter folgenden Ausführungen über den Ablauf der Zählung befassen sich nur noch mit der Bearbeitung der Haushalts- und Anstaltslisten.

Prüfung des Inhalts der Haushaltslisten

Gleichzeitig mit der nachstehend beschriebenen Feststellung der Wohnbevölkerung wurde geprüft, ob die Haushaltslisten vollständig ausgefüllt, ob sie also signierfähig waren. Dabei war zu unterscheiden, ob es sich um Zählbezirke der Total- oder der 10%-Auswertung handelte. In letzteren waren die mit der Prüfung verbundenen Rückfragen insofern intensiver durchzuführen, als mehr Angaben für die Signierung der Haushalts- und Familienzusammensetzung benötigt wurden.

Alle Zählbezirke

Es waren grundsätzlich alle Fragen auf vollständige Ausfüllung und Wahrscheinlichkeit der gemachten Angaben zu überprüfen. Dabei waren Rückfragen in folgenden Fällen zu stellen:

- Fehlendes Geburtsjahr,
- Fehlende Staatsangehörigkeit, wenn Ausländer vermutet wurde,
- Fehlendes Zuzugsjahr bei Sowjetzonenflüchtlingen,
- Unklare Eintragungen bei „weiterem Wohnsitz“,
- Fehlende Angabe über Erwerbstätigkeit bei Personen zwischen 20 und 65 Jahren, wenn Erwerbstätigkeit zu vermuten war,
- Fehlende Angaben von Firma, Beruf, Stellung im Beruf bei Erwerbstätigen, sofern diese nicht aus den sonstigen Angaben ergänzt werden konnten,
- Fehlende Angaben über landwirtschaftliche Fläche und die sich daraus ergebenden Angaben über Erwerbstätigkeit.

10%-Zählbezirke

In den 10%-Zählbezirken war außerdem in folgenden Fällen eine Rückfrage durchzuführen:

- Fehlende Angaben über die Stellung zum Haushaltsvorstand,
- Fehlendes Eheschließungsjahr,
- Fehlende Angaben über den Weg zur Arbeits- oder Ausbildungsstätte,
- Fehlende Angaben über abgeschlossene Ausbildung, wenn eine solche auf Grund des Berufes zu vermuten war.

Feststellung der Wohnbevölkerung

Da das Zählungswerk 1961 einen erheblichen Kostenaufwand verursachte, war schon bei dessen Vorbereitung seitens der Finanzminister des Bundes und der Länder gefordert worden, die entstehenden Kosten auf einen möglichst langen Zeitraum zu verteilen. Dies konnte nur dadurch erreicht werden, daß die Gesamtzeit für den Ablauf der Hauptarbeiten an der Volks- und Berufszählung 1961 auf etwa drei Jahre festgelegt wurde. Auf Grund des danach erarbeiteten Zeitplanes hätten die Ergebnisse über die Wohnbevölkerung frühestens im Jahre 1963 vorgelegt werden können. Dem standen jedoch die Bedürfnisse der Verwaltung entgegen, die spätestens nach einem Jahr wenigstens die Daten über die Wohnbevölkerung der Gemeinden benötigte, um alle an diese Zahlen gebundenen Verwaltungsakte (z. B. Gemeindefinanzausgleich, Erklärung von Städten zu Großen Kreistädten, Zahl der Gemeinderatsmitglieder bei der nächsten Gemeinderatswahl) so schnell wie möglich in die Wege leiten zu können. Es wurde deswegen beschlossen, zunächst die Wohnbevölkerung in einem besonderen Arbeitsgang manuell zu ermitteln, bevor die Signierung der Zählpapiere vorgenommen wurde. Auf diese Weise konnten die endgültigen Zahlen der Wohnbevölkerung den ersten Gemeinden bereits im Dezember 1961, den letzten im Mai 1962 mitgeteilt werden.

Mit dieser Vorwegmittlung der Wohnbevölkerung wurde auch den Bedürfnissen der Gemeinden Rechnung getragen,

Schema für die Zuordnung zur Wohnbevölkerung

In der nachstehenden Übersicht wird vorausgesetzt, daß die Fragen 10, 10a, 10b, 11a und 11b beantwortet sind. Fehlt die Eintragung zu einer dieser Fragen, ist zunächst zu prüfen, ob die Zuordnung zur Wohnbevölkerung trotzdem eindeutig erfolgen kann – evtl. unter Heranziehung der zu Frage 17 und 24 eingetragenen Anschrift der Arbeitsstätte bzw. Schule und der Angaben über den Weg zur Arbeitsstätte bzw. Schule (Fragen 22 bis 24). Reichen die vorhandenen Eintragungen für eine Zuordnung nicht aus, ist der Fall dem Gruppen- bzw. Sachgebietsleiter zur Entscheidung vorzulegen.

Frage 10 Haben Sie noch anderswo weiteren Wohnraum?	Frage 10a Genauere Anschrift dieses weiteren Wohnraums	Frage 10b Gehen Sie von dort aus zur Arbeit oder Ausbildung?	Nur für Haushaltsmitglieder, die z.Zt. der Zählung abwesend sind		Kennziffer
			Frage 11a Grund der Abwesenheit	Frage 11b Art der Unterkunft am Aufenthaltsort	
nein	-	-	Geschäftsreise, Fernfahrt, Montage, Krankheit, Kur, Erholung, Urlaub, Besuch, Untersuchungshaft	Hotel, Gaststätte, Übernachtungsheim, Krankenhaus, Pension, bei Verwandten, Haftanstalt	1
	-	-	Berufliche Gründe	Baulager, Baubaracke, Wohnwagen	
	-	-	Krankheit	Psychiatrisches Landeskrankenhaus 1)	
	-	-	-	-	
ja	Passagierschiff	ja nein	Berufsausbildung, Geschäftsreise, Urlaub	Schiff	1
	Gemeinde	nein	Krankheit	Psychiatrisches Landeskrankenhaus 1)	
	Gemeinde	nein	Krankheit, Kur	Kuranstalt, Sanatorium, Heilstätte, Klinik, Entbindungsklinik, Säuglingsheim	
	Ausland, Berlin (Ost) SBZ, Ostgebiete	nein	beliebig	beliebig	
	Gemeinde	ja nein	Soldat im Grundwehrdienst bzw. auf Wehrübung	Kaserne 2)	
	Gemeinde	nein	Geschäftsreise, Fernfahrt, Montage, Erholung, Urlaub, Besuch, Untersuchungshaft	Hotel, Gaststätte, Übernachtungsheim, Pension, bei Verwandten, Haftanstalt	
ja	Gemeinde	nein	-	-	2
	Gemeinde	nein	beliebig	beliebig	
	Gemeinde	nein	Erholung, Urlaub	Wochenendhaus	
	Bauzug der Deutschen Bundesbahn	ja	berufliche Gründe	Bauzug	
ja	Ausland, Berlin (Ost) SBZ, Ostgebiete	ja	beliebig	beliebig	2 a
ja	Gemeinde	ja	-	-	3
	Gemeinde	ja	Berufssoldat – Soldat auf Zeit	Kaserne	
	Gemeinde	ja	Berufliche Gründe	Baulager, Baubaracke	
	Gemeinde	ja	Berufsausübung, Unterricht, Studium	Wohnung, möbl. Zimmer, Schlafstelle, Internat	
	Gemeinde	nein	Strafverbüßung	-	
	Gemeinde	nein	-	Altersheim, Pflegeheim, Kloster, Waisenhaus	
	Gemeinde (x vor der Anschrift)	nein	-	-	
	Gemeinde	nein	Krankheit	Psychiatrisches Landeskrankenhaus 1)	

1) Bei Personen, für die aus den Spalten 10/11 ersichtlich ist, daß sie sich in einem psychiatrischen Landeskrankenhaus aufhalten, ist im Benehmen mit dem Gruppenleiter festzustellen, ob diese Personen in der Anstaltsliste des betreffenden Landeskrankenhauses eingetragen sind. Ist dies der Fall, dann ist in der Haushaltsliste mit "3" zu signieren.

2) Soldaten im Grundwehrdienst und auf Wehrübung sind in der Haushaltsliste zu streichen; an Stelle der Eintragung in der Haushaltsliste tritt der hellbraune Einzelbogen, der zu signieren ist.

Kriegsgefangene und Vermißte gehören nicht zur Wohnbevölkerung. Sie sind in der Haushaltsliste zu streichen.

Personen, die in Bauzügen untergebracht sind, zählen zur Wohnbevölkerung der Gemeinde, in der sie ihren ständigen Wohnsitz haben.

die in Zweifelsfällen über die Personen informiert sein wollten, die wohl erfaßt, nach ihren Angaben in der Haushaltsliste aber nicht zur Wohnbevölkerung zu rechnen waren.

Diese vorweg zu erledigende Ermittlung der Wohnbevölkerung erforderte einen zusätzlichen Arbeitsgang; dieselben Ergebnisse sind nämlich nach der Signierung und Ablochung der Belege bei der Tabellierung der Lochkarten sowieso angefallen. Aus Gründen der Kostenersparnis waren deswegen mit ihm zugleich die Prüfung der Zählpapiere auf richtige und vollständige Eintragung aller Angaben verbunden worden.

Die Feststellung der Wohnbevölkerung wurde gesondert für die Angaben in Haushaltslisten und Anstaltslisten durchgeführt, da bei der Bearbeitung von Anstalten mehr Gesichtspunkte zu beachten waren, die die besonderen Verhältnisse in Anstalten berücksichtigten. Außerdem mußten für die Anstalten auch Unterlagen für die Bevölkerungsfortschreibung in Form von Karteikarten bereitgestellt werden.

Haushaltsabgrenzung

Zur Feststellung der Wohnbevölkerung waren die Haushaltslisten zunächst darauf zu überprüfen, ob alle in die Haushaltsliste eingetragenen Personen auch zum Haushalt gehörten. Der Überprüfung lag die Definition des Haushalts zugrunde, die besagt, daß zu einem Haushalt alle Personen zählen, die in einer Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaft zusammen leben. Für das gemeinschaftliche Wohnen war der nach äußerlichen Merkmalen bestimmte Wohnungsbegriff maßgebend. Für das gemeinsame Wirtschaften waren weitgehend die Vorstellungen der Auskunftspflichtigen über die gemeinschaftliche Bestreitung des Lebensunterhaltes bestimmend. Die Haushaltsabgrenzung konnte demnach nur dann geändert werden, wenn ein Erfordernis hierzu aus den Eintragungen in der Haushaltsliste unzweifelhaft hervorging.

Folgende Grundregeln waren dabei zu beachten:

Untermieter bilden grundsätzlich einen eigenen Haushalt.

Personen unter 15 Jahren können keinen eigenen Haushalt bilden (z. B. Schüler in Untermiete). Sie zählen zum Haushalt des Wohnungsinhabers.

Schlafgänger zählen zum Haushalt des Wohnungsinhabers.

Zum Haushalt (nicht unbedingt zur Wohnbevölkerung) zählen auch Familienmitglieder, die anderswo vorübergehend oder für längere Zeit weiteren Wohnraum haben und von dort aus zur Arbeit oder Ausbildung gehen (z. B. Arbeiter auf Montage, Studenten).

Nicht zum Haushalt gehören Personen, die sich nur vorübergehend (z. B. Besuch) im Haushalt aufhalten.

Hausgehilfinnen, Gesellen, Lehrlinge zählen zum Haushalt des Arbeitgebers, wenn sie mit ihm in einer Wohnung wohnen. Eine Ausnahme bildet das Personal von Beherbergungsbetrieben, das nur dann zum Haushalt des Arbeitgebers zählt, wenn 5 und weniger familienfremde Personen mit ihm in der Wohnung wohnen.

Bei den Angehörigen der in der Bundesrepublik (einschl. Berlin-West) stationierten ausländischen Streitkräfte bzw. bei den Angehörigen diplomatischer und konsularischer Vertretungen, die in privatrechtlich gemieteten Wohnungen wohnen, zählt nur das im Haushalt beschäftigte und auch dort wohnende Personal zum Haushalt.

Soldaten im Grundwehrdienst oder auf Wehrübung zählen nur dann zum Haushalt, wenn für sie ein Einzelbogen zur Anstaltsliste der Bundeswehr in die Haushaltsliste eingelegt worden war; ansonsten waren sie zu streichen. Einzelbogen von Soldaten im Grundwehrdienst und auf Wehrübung, die keiner Haushaltsliste der Wohngemeinde, in der sie vor der Einberufung zum Wehrdienst wohnten, zugeordnet werden konnten, wurden als selbständige Haushaltslisten behandelt.

Zuordnung der Personen zur Wohnbevölkerung

Hierzu waren alle in den Haushaltslisten nach Durchführung der Haushaltsabgrenzung eingetragenen Personen wie folgt zu kennzeichnen:

Personen, die nur eine Wohnung in der Erhebungsgemeinde haben = 1

Personen, die mehrere Wohnungen haben und von der Erhebungsgemeinde aus zur Arbeit oder Ausbildung gehen = 2

Personen, die mehrere Wohnungen haben und von einer anderen Gemeinde aus zur Arbeit oder Ausbildung gehen,
wenn diese andere Gemeinde außerhalb des Bundesgebietes einschl. Berlin (West) liegt = 2a
wenn diese andere Gemeinde im Bundesgebiet einschl. Berlin (West) liegt = 3

Personen mit mehreren Wohnungen erhalten, sofern sie nicht in Arbeit oder Ausbildung stehen, die Kennzeichnung, die sich ergibt, wenn an Stelle der Arbeitsgemeinde die Gemeinde tritt, die ihr überwiegender Aufenthaltsort ist.

Zur Wohnbevölkerung zählen alle Personen mit der Kennzeichnung 1, 2 und 2a.

Über die Zuordnung von Einzelfällen gibt das „Schema für die Zuordnung zur Wohnbevölkerung“ Auskunft.

Anstaltsabgrenzung

Hierzu wurden die Anstaltslisten sowie die Einzelbogen zur Anstaltsliste gesondert von der Bearbeitung der Haushaltslisten einer Prüfung unterzogen. Hierbei war zu kontrollieren, ob alle öffentlichen und privaten Einrichtungen, die der gemeinsamen Unterkunft, Verpflegung und Betreuung von Personen dienen, auch als Anstalten mit Anstaltslisten erfaßt worden waren (s. Anstaltserfassung). Bei der Erhebung selbst war die Behandlung der Beherbergungsbetriebe, der Arbeiterunterkünfte in Wohnungen, der Übergangswohnheime, Wohnheime für heimatlose Ausländer und ausländische Flüchtlinge sowie der Durchgangslager noch nicht eindeutig geregelt worden. Sie wurde bei der Aufbereitung wie folgt festgelegt:

Beherbergungsbetriebe zählten nur dann als Anstalten,

wenn der Betriebsinhaber nicht in der Beherbergungsstätte wohnte, wohl aber Personal dort untergebracht war oder

wenn der Betriebsinhaber in der Beherbergungsstätte wohnte und wenn für 6 und mehr familienfremde Arbeitskräfte Haushaltslisten oder Einzelbogen vorlagen.

Arbeiterunterkünfte in Wohnungen wurden als Anstalten behandelt,

wenn der Wohnungsinhaber nicht in der Wohnung wohnte.

Wohnte der Wohnungsinhaber mit in der Wohnung, so waren alle dort außer der Familie des Wohnungsinhabers untergebrachten Personen als Untermieter zu behandeln.

Die Übergangswohnheime, wie sie im Jahr 1961 bestanden, dienten der vorübergehenden Unterbringung von Flüchtlingen und Vertriebenen. Bei diesen Übergangswohnheimen handelte es sich um normale, in der Regel in Wohnblöcken beisammenliegende Wohnungen, in denen bis zur endgültigen Unterbringung der Vertriebenen und Flüchtlinge in jedem Zimmer eine Familie untergebracht wurde. Diese Familien benutzten die Küche und die sanitären Einrichtungen der Wohnung gemeinsam. Da diese Unterbringung für Familien nicht als normal anzusehen war, da die Übergangswohnheime Anstaltscharakter hatten und da die Insassen dort wohnungslos eingewiesen waren, waren sie über Anstaltsliste zu erfassen.

In Baden-Württemberg bestanden in den nachstehend aufgeführten Gemeinden Übergangswohnheime, für die jeweils eine Anstaltsliste vorliegen mußte:

Regierungsbezirk Nordwürttemberg

Wasseraalengen	Kirchheim unter Teck
Ldkr. Aalen	Ldkr. Nürtingen
Sindelfingen	Nürtingen
Ldkr. Böblingen	Ldkr. Nürtingen
Crailsheim	Öhringen
Ldkr. Crailsheim	Ldkr. Öhringen
Esslingen	Böbingen
Ldkr. Esslingen	Ldkr. Schwäb. Gmünd
Göppingen-Holzheim	Lorch
Ldkr. Göppingen	Ldkr. Schwäbisch Gmünd
Göppingen-Jebenhausen	Bühlertann
Ldkr. Göppingen	Ldkr. Schwäb. Hall
Heidenheim-Aufhausen	Vellberg
Ldkr. Heidenheim	Ldkr. Schwäb. Hall
Heidenheim-Mergelstetten	Stuttgart-Stammheim
Ldkr. Heidenheim	Ulm, Römerstraße
Niedernhall	Plüderhausen
Ldkr. Künzelsau	Ldkr. Waiblingen
Weißbach	Schorndorf
Ldkr. Künzelsau	Ldkr. Waiblingen
Weikersheim	
Ldkr. Mergentheim	

Regierungsbezirk Nordbaden

Bruchsal	Forchheim
Ldkr. Bruchsal	Ldkr. Karlsruhe
Heidelberg, Stadt	Mannheim-Neckarstadt
St. Ilgen	Mannheim-Rheinau
Ldkr. Heidelberg	
Karlsruhe, Herzstraße	Pforzheim, Güterstraße
Karlsruhe, Wolfartsstraße	Pforzheim, Schillerstraße
Ettlingen	Niefern
Ldkr. Karlsruhe	Ldkr. Pforzheim

Regierungsbezirk Südbaden

Donaueschingen	Gaggenau
Kenzingen	Ldkr. Rastatt
Ldkr. Emmendingen	Rastatt, Baumeisterstraße
Freiburg im Breisgau	Ldkr. Rastatt
Rennen	Rastatt, Lessingstraße
Ldkr. Kehl	Ldkr. Rastatt
Radolfzell	Säckingen
Ldkr. Konstanz	Ldkr. Säckingen
Singen	Markdorf
Ldkr. Konstanz	Ldkr. Überlingen
Lahr-Dinglingen	St. Georgen
Ldkr. Lahr	Ldkr. Villingen
Lörrach	Villingen
Ldkr. Lörrach	Ldkr. Villingen
Schopfheim	Waldshut
Ldkr. Lörrach	Ldkr. Waldshut
Zunsweiler	Wutöschingen
Ldkr. Offenburg	Ldkr. Waldshut

Regierungsbezirk Südwürttemberg-Hohenzollern

Ebingen	Hechingen
Ldkr. Balingen	Ldkr. Hechingen
Tailfingen	Ravensburg
Ldkr. Balingen	Ldkr. Ravensburg
Biberach, Am weißen Bild	Weingarten
Ldkr. Biberach	Ldkr. Ravensburg
Ehingen	Gomaringen
Ldkr. Ehingen	Ldkr. Reutlingen

Reutlingen
Ldkr. Reutlingen
St. Johann
Ldkr. Reutlingen
Rottweil
Ldkr. Rottweil
Oberndorf
Ldkr. Rottweil
Schramberg
Ldkr. Rottweil

Schwenningen
Ldkr. Rottweil
Riedlingen
Ldkr. Saulgau
Tettang
Ldkr. Tettang
Aldingen
Ldkr. Tuttlingen
Tuttlingen
Ldkr. Tuttlingen

Die Wohnheime für heimatlose Ausländer und ausländische Flüchtlinge dienen, wie der Name sagt, der anstaltsmäßigen Unterbringung des oben genannten Personenkreises, der als wohnungslos in diese Unterkünfte eingewiesen war. Ihre richtige Erfassung in den nachstehend aufgeführten Gemeinden und Stadtteilen mußte überprüft werden.

Regierungsbezirk Nordwürttemberg

Stuttgart-Bad Cannstatt	Wendlingen
Stuttgart-Vaihingen	Ldkr. Nürtingen
Stuttgart-Weilimdorf	Lorch
Heilbronn-Neckargartach	Ldkr. Schwäb. Gmünd
Goldshöfe	Schwäbisch Gmünd
Ldkr. Aalen	Ldkr. Schwäb. Gmünd
Cottenweiler	Sulzdorf
Ldkr. Backnang	Ldkr. Schwäb. Hall
Fichtenberg	Mähringen, Ob. Eselsberg
Ldkr. Backnang	Ldkr. Ulm
Unterjettingen	Mühlacker
Ldkr. Böblingen	Ldkr. Vaihingen
Crailsheim	Vaihingen an der Enz
Ldkr. Crailsheim	Ldkr. Vaihingen
Malmsheim	Schorndorf
Ldkr. Leonberg	Ldkr. Waiblingen
Ludwigsburg	Waiblingen
Ldkr. Ludwigsburg	Ldkr. Waiblingen
Nürtingen	Winnenden
Ldkr. Nürtingen	Ldkr. Waiblingen

Regierungsbezirk Südwürttemberg-Hohenzollern

Hechingen, Ortsteil Weiher (Lag)	Tuttlingen
Ldkr. Hechingen	Ldkr. Tuttlingen

In den Durchgangslagern waren Vertriebene und Flüchtlinge vorübergehend anstaltsmäßig untergebracht. Sie waren dort bis zur Einweisung in eine andere Unterkunft, in der ein längerer Verbleib möglich war, als Wohnungslose eingewiesen. Die richtige Erfassung der nachstehend aufgeführten Durchgangslager war zu kontrollieren.

Regierungsbezirk Nordwürttemberg

Backnang	Weinsberg
Ldkr. Backnang	Ldkr. Heilbronn
Gaildorf	Malmsheim
Ldkr. Backnang	Ldkr. Leonberg
Böblingen	Ludwigsburg
Ldkr. Böblingen	Ldkr. Ludwigsburg
	Ulm, Sedanstraße

Regierungsbezirk Nordbaden

Pforzheim, Grünstraße	Babstadt
	Ldkr. Sinsheim

Regierungsbezirk Südwürttemberg-Hohenzollern

Biberach, Ortsteil Lindele
Ldkr. Biberach

Kontrolle der Erfassung von Personen in Anstalten

Hierbei war grundsätzlich zwischen Personal und Insassen zu unterscheiden. Die Erfassung des Personals bereitete keine besonderen Schwierigkeiten, da Personal, das in der Anstalt wohnte, auch in Einzelbogen oder bei familienmäßiger Unterbringung (z. B. Anstaltsleiter, Lehrpersonal, Hausmeister) in Haushaltslisten einzutragen war. Die Zuordnungsprinzipien zu den vier Bevölkerungsgruppen galten hier genauso wie bei den über Haushaltslisten erfaßten Personen (siehe hierzu: „Zuordnung der Personen zur Wohnbevölkerung“).

Bei den Insassen war über die Zuordnungsprinzipien, wie sie für die vier Bevölkerungsgruppen galten, hinaus zu berücksichtigen, daß nur solche Insassen zur Wohnbevölkerung (Bevölkerungsgruppe 1, 2 oder 2a) gerechnet werden durften, die in dieser Anstalt der Meldepflicht unterlagen. Diese Abweichung von der allgemeingültigen Regel der Zuordnung zu den Bevölkerungsgruppen war erforderlich, um Doppelzählungen auf jeden Fall zu vermeiden und auch um die Bestandszahlen für die Anstaltsbevölkerung in derselben Weise zu ermitteln, wie dies bei der Bevölkerungsfortschreibung der Fall ist.

Demgemäß wurden nur die Personen in Anstalten den vier Bevölkerungsgruppen zugerechnet, die der Meldepflicht nach § 1 des „Meldegesetzes für Baden-Württemberg“ vom 7. März 1960 (Ges.Bl. S. 67) unterlagen. Dabei waren nachstehende im Meldegesetz festgelegte Sonderregelungen zu berücksichtigen:

In Beherbergungsunternehmen,

Klöstern,

Ordensniederlassungen,

Exerzitienhäusern,

Heimen von Religionsgemeinschaften,

Sportheimen,

Wanderheimen,

Jugendheimen,

Jugendherbergen,

Volkshochschulheimen und

Schulungsheimen berufsständischer Organisationen

unterlagen nur die Personen der Meldepflicht, deren Aufenthalt die Dauer von zwei Monaten überschritt. War schon bei der Aufnahme in die Anstalt eine Aufenthaltsdauer von über zwei Monaten voraussehbar, so unterlag die Person bereits bei der Aufnahme der Meldepflicht.

In Heilstätten,

Kuranstalten und

Sanatorien

waren nur die Personen meldepflichtig, die in keiner Gemeinde im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland einschließlich des Landes Berlin nach § 1 des Meldegesetzes gemeldet waren und deren Aufenthalt die Dauer von zwei Monaten überstieg.

In den Psychiatrischen Landeskrankenhäusern in Winnenden, Weinsberg, Wiesloch, Emmendingen, Reichenau, Schussenried, Erlach und Zwielfalten

waren nur die Personen meldepflichtig, die als Pfleglinge in der Anstalt untergebracht waren oder die sich als Kranke länger als 6 Monate in der Anstalt aufhielten.

In Durchgangslagern,

Übergangswohnheimen und

Wohnheimen für ausländische Flüchtlinge

unterlagen alle Personen der Meldepflicht mit folgenden Ausnahmen:

Personen, die als Vertriebene, notaufgenommene Deutsche oder ausländische Flüchtlinge in einem Lager oder in einer ähnlichen Notunterkunft Wohnung genommen hatten, waren von der Meldepflicht befreit, wenn sie dort nicht länger als 3 Wochen wohnten. Wenn allerdings die Überschreitung der Dreiwochenfrist bereits bei der Aufnahme voraussehbar war, hatte die Anmeldung innerhalb einer Woche zu erfolgen.

In nachstehenden Lagern erfolgte keine Anmeldung bei der Meldebehörde:

Landesaufnahmestelle Rastatt,

Landesdurchgangslager Wart, Landkreis Calw, und

Landesjugendaufnahmelager Oberstadion, Landkreis Ehingen.

Die in diesen Lagern lebenden Personen zählten nicht zur Wohnbevölkerung der Anstaltsgemeinde.

In Kasernen wurden entsprechend den Bestimmungen über die Meldepflicht diejenigen Soldaten als Insassen gezählt, die als Berufssoldaten oder Soldaten auf Zeit in der Kaserne untergebracht waren.

In Strafhaft,

Untersuchungshaft,

Sicherungsverwahrung, im

Arbeitshaus sowie im

Polizeigewahrsam

befindliche Personen sind von der Meldepflicht am Unterbringungsort befreit. Abweichend von der allgemeingültigen Regel, daß Personen in Anstalten nur dann zur Wohnbevölkerung gerechnet werden konnten, wenn eine Meldepflicht gegeben war, wurden die Anstaltsinsassen, die sich in Strafhaft, Sicherungsverwahrung, im Arbeitshaus oder im Polizeigewahrsam befanden, zur Wohnbevölkerung der Anstaltsgemeinde gezählt. Untersuchungshäftlinge hingegen zählten zur Wohnbevölkerung des Familienwohnsitzes.

Von den nicht der Meldepflicht unterliegenden Personen in Anstalten wurden diejenigen, die in keiner Gemeinde im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland einschließlich des Landes Berlin nach § 1 des Meldegesetzes gemeldet waren, in die Anstaltsliste des derzeitigen Aufenthaltsortes aufgenommen.

Anstaltspersonen in Haushalten

Als solche waren diejenigen Personen anzusehen, die innerhalb von Anstalten einen eigenen Haushalt führten (z. B. Leiter der Anstalt mit Familie, Hausmeister) oder einen eigenen Haushalt bildeten (z. B. Ehepaar im Altenheim). Sie waren über Haushaltsliste zu erfassen. Die richtige Verwendung der Haushaltsliste war zu kontrollieren.

Ergebniserstellung

Innerhalb jedes Zählbezirkes wurde die Zahl der erfaßten Personen, gegliedert nach den oben aufgeführten Zuordnungsziffern und nach dem Geschlecht, ermittelt. Aus diesen Daten wurde die Wohnbevölkerung für die Gemeinden, Stadt- und Landkreise, Regierungsbezirke und das Land aufsummiert.

Die Ergebnisse wurden im Juli 1962 in Band 83 der Statistik von Baden-Württemberg im „Amtlichen Gemeindeverzeichnis Baden-Württemberg 1962“ veröffentlicht.

Signierung der Totalaufbereitung

Für alle Personen der Wohnbevölkerung wurden auf einem Signierblatt die nachstehenden Merkmale signiert. Diese wurden von dort aus später auf Lochkarten übernommen.

Allgemeine Angaben

Wohngemeinde

Zählbezirk

Gebäudelisten-Nr.

Haushalts-, Anstaltslisten-Nr.

Haushaltsgröße

Miet- oder Eigentumsverhältnis des Haushaltsvorstandes

Angaben zur Person

Geschlecht

Stellung zum Haushaltsvorstand

Geburtsjahr

Bis einschl. bzw. nach dem 5. Juni geboren

Familienstand

	Ld.	R.-B.	Kr.	Gde.	ZB.
∞					

[illegible]

Religionszugehörigkeit
Staatsangehörigkeit
Angaben über zweifache Staatsangehörigkeit

Angaben für Vertriebene und Flüchtlinge

Jahr des Zuzugs in die Bundesrepublik
Vorheriger Wohnsitz in der Sowjetischen Besatzungszone
Vertriebenen- bzw. Flüchtlingsausweis

Angaben über Erwerbstätigkeit und Lebensunterhalt jeder Person

Erwerbs- oder berufstätig
Arbeitslos, Schüler, Student, Soldat
Quellen des überwiegenden Lebensunterhaltes
Bei Erwerbstätigen und Arbeitslosen
Wirtschaftsgruppe
Beruf
Soziale Stellung
Wochenarbeitszeit
weitere Tätigkeit

Angaben über Lebensunterhalt und Erwerbstätigkeit des Ernährers bei wirtschaftlich Abhängigen

Quellen des überwiegenden Lebensunterhaltes
Wirtschaftsgruppe
Soziale Stellung

} des Ernährers

Angaben über den Arbeits- bzw. Schulweg

Zeitaufwand
im Juni 1961
im Winter 1960/61
Benutztes Verkehrsmittel
im Juni 1961
im Winter 1960/61

Angaben für Pendler (Tagespendler)

Gemeinde der Arbeitsstätte bzw. Schule

Angaben über eine abgeschlossene Ausbildung an einer Berufsfach-, Fach- oder Hochschule

Schulart
Fachrichtung der Ausbildung

Angaben für Anstaltspersonen

Anstaltsart
Personal oder Insasse

Außerdem wurde für ausgewählte Religionszugehörigkeiten der zweistellige Schlüssel der Religionssystematik signiert, so daß die Religionszugehörigkeit für Stadt- und Landkreise nach diesem Schlüssel ausgewertet werden konnte. Diese Angaben wurden nicht auf die Lochkarte übernommen.

Arbeitsunterlagen

Die Signierung der Totalaufbereitung wurde vornehmlich als Werkarbeit durchgeführt. Diese wurde im Statistischen Landesamt auf vollständige und richtige Bearbeitung überprüft. Den Signierern und Prüfern standen für die Bearbeitung folgende Unterlagen zur Verfügung:

„Arbeitsanweisung für das Signieren der Volks- und Berufszählungsangaben“ mit den wichtigsten Signierschlüsseln, den notwendigen Bearbeitungshinweisen und Beispielen,
Verzeichnisse der Gemeinden der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Rheinland-Pfalz und Hessen,
Verzeichnis der Religionsbenennungen,
Länder- und Staatsangehörigkeitsschlüssel,
Verzeichnis der sozialen Bezeichnungen, die sich von den Unterhaltsquellen herleiten,
Systematik der Wirtschaftszweige für die Berufszählung 1961 bestehend aus
Übersicht,
Kurzfassung der Systematik,

Systematisch-alphabetischem Verzeichnis und einem Alphabetischen Verzeichnis,
Alphabetisches Verzeichnis der Berufsbenennungen zur Klassifizierung der Berufe,
Verzeichnis der Amtsbezeichnungen von Beamten nach Laufbahngruppen (Stellung im Beruf),
Alphabetisches Verzeichnis der Berufsfach- und Fachschulen, Universitäten oder anderen Hochschulen,
Alphabetisches Verzeichnis der Fachrichtungen der Ausbildung,
Verzeichnis der Industriebetriebe mit 50 und mehr Beschäftigten in Baden-Württemberg,
Verzeichnis der Großhandelsbetriebe mit 2 und mehr Beschäftigten in Baden-Württemberg sowie eine Gemeindegrenzübersichtskarte von Baden-Württemberg.

Diese Verzeichnisse dienten zum Teil als echte Signierunterlagen, zum Teil als Hilfsmittel zur Einordnung von Begriffen in die Signierschlüssel.

Die Signierung wurde ab Januar 1962 zunächst mit einer Testgruppe im Statistischen Landesamt erprobt. Nachdem die wichtigsten Erfahrungen gesammelt waren, wurde diese Tätigkeit im März 1962 auch auf die ersten Werkarbeiter ausgedehnt. Bis Juni 1962 waren alle Werkarbeiter in ihr Arbeitsgebiet eingewiesen. Ende Dezember 1962 konnte die Signierung der Volks- und Berufszählung 1961 abgeschlossen werden. Die Signier-Prüfung dauerte noch bis Mitte Januar 1963.

Signierung der 10%-Aufbereitung

Auswahl

Schon bei der Vorbereitung der Volks- und Berufszählung war die Bearbeitung einer Haushalts- und Familienstatistik, die ausführliche Strukturdaten über Haushalte und Familien vermitteln sollte, beschlossen worden. Da der Arbeitsumfang dieser Statistik, über die, wie schon bemerkt, im Band 111 der „Statistik von Baden-Württemberg“ berichtet werden wird, so klein wie möglich gehalten werden mußte, war festgelegt worden, diese Auswertung nur für 10% aller Haushalte durchzuführen. Diese Haushalte wurden derart ausgewählt, daß aus jedem 10. Zählbezirk alle Haushalte in diese Aufbereitung einbezogen wurden. Da ein Zählbezirk in der Regel ein räumlich geschlossenes Gebiet umfaßte, handelte es sich hierbei um eine sog. Flächenstichprobe. Die Auswahl dieser Flächen wurde wie folgt vorgenommen:

In jedem Stadt- bzw. Landkreis wurden die Stadtteile bzw. Gemeinden nach der Zahl der Zählbezirke geordnet.

Daran anschließend wurde — beginnend mit dem 7. Zählbezirk des Landkreises Tettnang —, der seinerzeit als erster bearbeitet wurde, jeder 10. Zählbezirk ausgewählt. Die Reihenfolge der Stadt- bzw. Landkreise richtete sich dabei nach der Reihe der Bearbeitung, d. h. nach dem Eingang der Zählpapiere im Statistischen Landesamt.

Signierung

Alle auf diese Weise ausgewählten Zählbezirke wurden auf dem Gemeindebogen, auf der Zählbezirksliste und auf dem Zählbezirksumschlag mit „H“ für Haushalts- und Familienstatistik gekennzeichnet. Die Angaben für die in diese Haushaltslisten eingetragenen Personen wurden zunächst in der gleichen Weise signiert, wie bei der Signierung der Totalaufbereitung. Zusätzlich wurden diese Signaturen auch für die Personen vorgenommen, die nicht zur Wohnbevölkerung gehörten. Außerdem wurden für alle Personen zusätzlich die folgenden Sachverhalte signiert:

Zugehörigkeit zur Wohnbevölkerung

Bei Abwesenden: Gründe der Abwesenheit

Bei Verheirateten: Eheschließungsjahr

Bei Personen mit abgeschlossener Ausbildung an einer Berufsfach-, Fach- oder Hochschule: Jahr der Abschlußprüfung

Stellung zum Haushaltsvorstand ausführliche Gliederung (zweistellig)

[illegible]

<div style="border: 1px solid black; width: 100%; height: 100%; display: flex; justify-content: space-between;"> <div style="width: 30%;"></div> <div style="width: 30%;"></div> <div style="width: 30%;"></div> </div>			AG IV B
Regierungsbezirk	Kreis	Gemeinde	Zählbezirk Nr.
			Anstaltsliste Nr.

Zählkarte für Anstalten

Anstaltsbezeichnung: _____

Art und Zweckbestimmung: _____

Anschrift: _____

Name des Eigentümers: _____

Personen in der Anstalt am 6. Juni 1961

Geschlecht	Erfasste Personen (Sign. 1+2+3)			Wohnbevölkerung (Sign. 1+2)
	Personal	Insassen	Insgesamt	
männlich				
weiblich				
insgesamt				

Bearbeiter: _____

1	Wohngemeinde	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 25%; height: 20px;"></td> <td style="width: 25%;"></td> <td style="width: 25%;"></td> <td style="width: 25%;"></td> </tr> <tr> <td style="font-size: 8px; text-align: center;">Ld.</td> <td style="font-size: 8px; text-align: center;">RB</td> <td style="font-size: 8px; text-align: center;">Kr.</td> <td style="font-size: 8px; text-align: center;">Gde</td> </tr> </table>					Ld.	RB	Kr.	Gde
Ld.	RB	Kr.	Gde							
2	Geschlecht	<div style="border: 1px solid black; width: 40px; height: 20px; margin: 0 auto;"></div> <div style="font-size: 8px; text-align: center;">Sp. 8</div>								
3	Erwerbstätig - Schüler / Student	<div style="border: 1px solid black; width: 40px; height: 20px; margin: 0 auto;"></div> <div style="font-size: 8px; text-align: center;">Sp. 23/24</div>								
4	Verkehrsmittel	<div style="display: flex; justify-content: space-around; align-items: center;"> <div style="text-align: center;">Sommer</div> <div style="border: 1px solid black; width: 40px; height: 20px; margin: 0 auto;"></div> </div> <div style="font-size: 8px; text-align: center;">Sp. 45</div> <div style="display: flex; justify-content: space-around; align-items: center;"> <div style="text-align: center;">Winter</div> <div style="border: 1px solid black; width: 40px; height: 20px; margin: 0 auto;"></div> </div> <div style="font-size: 8px; text-align: center;">Sp. 46</div>								
5	Zielgemeinde	<div style="border: 1px solid black; width: 100px; height: 30px; margin: 0 auto;"></div>								
6	Name und Anschrift der Arbeits- oder Ausbildungsstätte <small>(bei unvollständiger oder schlecht lesbarer Anschrift auch Geschäftszweig / Branche)</small>									
Pendelwanderung		<div style="border: 1px solid black; width: 100px; height: 30px; margin: 0 auto;"></div>								

Zahl der Generationen im Haushalt
Ordnungszahl der Generation
Ordnungsnummer der Familie im Haushalt
Stellung zum Familienvorstand
Bei ehemaligen Kriegsgefangenen und Vermissten:

Geschlecht
Art des Gewahrsams
Gewahrsamsmacht
Beginn und Beendigung des Gewahrsams

Die Signierung der „10%-Haushalts- und Familienstatistik“ wurde ebenfalls in Werkarbeit durchgeführt. Sie wurde von besonders ausgewählten Werkarbeitern im gleichen Zeitraum vorgenommen wie die Signierung der Totalaufbereitung. Die Signierlisten der Haushalts- und Familienstatistik gingen als Durchschläge an das Statistische Bundesamt, welches in seiner Zweigstelle Berlin vereinbarungsgemäß die weitere Bearbeitung der Haushalts- und Familienstatistik besorgte. Die Originale der Signierlisten verblieben im Statistischen Landesamt, wo sie wie alle anderen Signierlisten als Ablochbelege für die Erstellung der Lochkarten der Totalaufbereitung dienten.

Sonstige mit der Signierung verbundene Arbeiten

Bei der Signierung der Haushaltslisten waren außerdem noch folgende Arbeiten durchzuführen:

Auswertung der landwirtschaftlichen Kleinbetriebe

Diese umfaßte alle Haushalte, die in Abschnitt V der Haushaltsliste Gärten, Haus- und Kleingärten sowie land- oder forstwirtschaftlich genutzte Flächen von unter 5000 qm (50 ar) eingetragen hatten. Die Angaben wurden gesondert für jede Haushaltsliste in eine Hilfstabelle übernommen.

In diese wurden die Gesamtflächen in der Gliederung nach Gartenland, Ackerland, Rebland und Sonstige landwirtschaftliche Nutzflächen eingetragen. Dabei waren folgende Größenklassen der Gesamtfläche zu unterscheiden:

unter 300 qm,
300 bis unter 1000 qm,
1000 bis unter 5000 qm.

Die Auswertung dieser Hilfslisten erfolgte in der Abteilung B „Ernährungs-, Land- und Forstwirtschaftsstatistik“ des Statistischen Landesamtes. Die Ergebnisse dieser Statistik wurden veröffentlicht in dem Aufsatz „Die Bodenverbundenheit der Bevölkerung Baden-Württemberg, Ergebnisse der Volks- und Berufszählung 1961“ Stat. Monatshefte, Heft 4, April 1964, sowie im „Agrardienst 67“ vom 27. 1. 1964,

„Land- und forstwirtschaftliche Bodennutzung in Betrieben (Haushalten) mit weniger als 0,5 ha Gesamtfläche“.

Ausschreiben der Zählblätter für die Alphabetkontrolle

Zur Durchführung der auf S. 22 näher beschriebenen Alphabetkontrolle waren für alle Personen, deren Familiennamen mit A, Ä oder Ae anfang, Zählblätter anzulegen. Bei Personen mit Doppelnamen war ein Zählblatt dann anzulegen, wenn einer der Namen mit A, Ä oder Ae begann. Wenn allerdings bei verheirateten, verwitweten oder geschiedenen Frauen der zweite Namen durch einen Schrägstrich (/) vom ersten getrennt war (z. B. Müller/Asal), so stand zu vermuten, daß es sich um die Angabe des Geburtsnamens handelte. In diesen Fällen war kein Zählblatt auszuschreiben. Die Zählblätter waren für alle in der Haushaltsliste eingetragenen Personen, auch für vorübergehend abwesende Personen und für Personen, die in der Haushaltsliste gestrichen waren, zu fertigen, damit alle Möglichkeiten der Doppel- oder Untererfassung überprüft werden konnten.

Die Auswertung der Zählblätter erfolgte beim Statistischen Bundesamt in der Zweigstelle Berlin.

Ausschreiben der Zählblätter für Pendelwanderung

Für alle Einpendler in die Städte

Stuttgart,
Mannheim,
Heidelberg,
Karlsruhe,
Würzburg,
Ludwigshafen am Rhein,
Darmstadt,
Offenbach am Main,
Frankfurt am Main und
Wiesbaden

wurden Zählblätter ausgeschrieben, um diesen Städten eine Auswertung der Einpendler nach dem Stadtteil der Arbeitsstätte zu ermöglichen. Die Zählblättchen enthielten Angaben über

Wohngemeinde,
Geschlecht,
Erwerbstätigkeit (Schüler, Student),
Verkehrsmittel,
Zielgemeinde (Abkürzung obiger Städtenamen),
Name und Anschrift der Arbeits- oder Ausbildungsstätte;

sie wurden den oben genannten Städten zur weiteren Auswertung zugeleitet.

Bearbeitung der Lochkarten

Die bei der Signierung gefertigten Signierblätter dienten als Grundlage für die Übernahme der Signaturen auf Lochkarten. Bevor aus diesen Summenkarten bzw. Tabellen erstellt werden konnten, wurden sie in nachstehenden Vollzähligkeits-, Signier- und Plausibilitätskontrollen überprüft, die alle auf einer elektronischen Datenverarbeitungsanlage des Typs IBM 1401 durchgeführt wurden, die auch für die übrigen maschinellen Arbeitsgänge zur Verfügung stand.

Erster Kontrolldurchlauf

Der erste Kontrolldurchlauf aller Lochkarten diente der Kontrolle der Vollzähligkeit der Wohnbevölkerung in den Zählbezirken im Vergleich mit der bereits manuell ermittelten Wohnbevölkerung. Im gleichen Arbeitsgang wurden die Lochkarten auch einer Signierkontrolle unterzogen, in der sie daraufhin überprüft wurden, ob sie nur Lochungen enthielten, die gemäß Signieranweisungen auch möglich waren. Weiter wurden in diesem Arbeitsgang alle Lochkarten in einer Plausibilitätskontrolle daraufhin überprüft, ob Merkmalskombinationen, die nicht möglich waren, vorkamen. In solchen Kombinationen wurden u. a. überprüft:

Alter bzw. Geburtsjahr mit Familienstand,
Alter bzw. Geburtsjahr mit der Schulart und Fachrichtung der Ausbildung,
Zuzugsjahr mit Geburtsjahr,
Familienstand mit Stellung zum Haushaltsvorstand,
Vertriebenenausweis mit Zuzugsjahr,
Lebensunterhalt mit Unterhaltsquelle,
Pendelwanderung mit Verkehrsmittel und Zeitaufwand,
Erwerbstätigkeit mit weiteren Angaben über die Erwerbstätigkeit.

Die bei diesen Kontrollen festgestellten Fehler wurden in einer mit erfahrenem Personal besetzten Prüfgruppe beseitigt.

Zweiter Kontrolldurchlauf

In einen zweiten Kontrolldurchlauf wurden nur die Karten von Erwerbspersonen einbezogen. Diese wurden einmal einer allgemeinen Plausibilitätskontrolle unterworfen, in der unter anderem folgende Merkmale miteinander verglichen wurden:
Soziale Stellung mit Staatsangehörigkeit,

für die Auswertung der Angaben im Abschn. V der Haushaltsliste der VZ 1961

Haushalte (Betriebe) mit Gartenland, land- u. forstwirtschaftlich genutzten Bodenflächen unter 5000 qm

0	8					
---	---	--	--	--	--	--

(Gemeindekennzahl)

[illegible]

Erwerbstätigkeit mit den möglichen vorkommenden Lo-
chungen

für Wirtschaftsgruppe, Beruf, Soziale Stellung, Wochen-
arbeitszeit, Zeitaufwand, Verkehrsmittel,
Weitere Tätigkeit mit Wirtschaftsgruppe, Beruf, Soziale
Stellung und Wochenarbeitszeit.

Außerdem wurden die Lochkarten für Erwerbspersonen
einer speziellen Plausibilitätskontrolle
unterzogen, in der die Kombination von Beruf, Wirtschafts-
gruppe, Stellung im Beruf, Alter und Geschlecht an Hand
eines Prüfkartensatzes überprüft wurde. In diesem Prüfkarten-
satz waren die zugelassenen Kombinationen einge-
stanz. Karten von Kombinationen, die den Voraussetzungen
nicht entsprachen, wurden auf einer Fehlerliste angelistet.
Stellte sich bei der Überprüfung heraus, daß bestimmte
Verbindungen von Wirtschaftsgruppe und Beruf zuzulassen
waren, obwohl diese Kombination im Prüfkartensatz nicht
vorgesehen war, so wurde dann, wenn die Kombination
häufig vorkam, der Prüfkartensatz erweitert. Kamen die zu-
zulassenden Fälle nur selten vor, so mußten lediglich die
ursprünglich beanstandeten Karten als richtig gekennzeichnet
werden.

Nach Beendigung der beiden Kontrolldurchläufe wurden
die Zählbezirksergebnisse geschrieben und die Summenkar-
ten für Gemeinden, Kreise, Regierungsbezirke und das
Land, bis auf diejenigen für Personen mit abgeschlossener
Ausbildung und für Anstalten, erstellt.

Erstellung der Summenkarten und Tabellen

Als Ausgangsmaterial für die Darstellung der Zählungs-
ergebnisse in Tabellenform dienten Summenkarten, die aus
den Original-Lochkarten erstellt worden waren.

Die Summenkartenübersicht war ursprünglich aus dem so-
genannten „Basisprogramm“ entwickelt worden, das alle
Tabellen enthielt, die aus dem Material der Volkszählung
erstellt werden sollten. Da dieses Programm jedoch so um-
fangreich war, daß sich seine gesamte Tabellierung auf über
ein Jahr erstreckt hätte und daß seine Durchsicht und Be-
arbeitung praktisch unmöglich geworden wäre, hat man sich
entschlossen, die Summenkarten grundsätzlich als Daten-
speicher aufzufassen und nur einen Teil der in diesen ent-
haltenen Informationen tabellarisch darzustellen. Da be-
stimmte Unterlagen besonders dringend benötigt wurden,
konnten die gewünschten Tabellen nur in der Reihenfolge
vorher festgelegter Dringlichkeitsstufen erstellt werden. Als
solche wurden festgelegt:

- das „Sofortprogramm“,
- das „Mindestveröffentlichungsprogramm“ und
- das „Nachschlageprogramm“.

Sofortprogramm

In das Sofortprogramm wurden vornehmlich Gemeinde- und
Kreisergebnisse aufgenommen. Diese wurden soweit als
möglich in den „Statistischen Berichten der Reihe AO —
Volkszählung 1961“ und in der „Gemeindestatistik 1960/1961“
veröffentlicht. Alle Originaltabellen des Sofortprogrammes
wurden den Stadt- und Landkreisen, den Planungsabteilun-
gen bei den Regierungspräsidien sowie der Planungsstelle

Dritter Kontrolldurchlauf

Vor der Erstellung der Summenkarten für Personen mit ab-
geschlossener Ausbildung und für Anstalten und vor der
Erstellung der Tabellen für Ausländer wurde nochmals eine
spezielle Plausibilitätskontrolle durchge-
führt, in die alle Originalkarten für Ausländer, für Perso-
nen mit abgeschlossener Ausbildung an einer Berufsfach-,
Fach- oder Hochschule und für Personen in Anstalten ein-
bezogen waren. Bei diesen Karten wurden u. a. folgende
Merkmale überprüft:

- Vorkommen der ausländischen Staatsangehörigkeit,
- Vergleich von Schulart mit Fachrichtung der Ausbildung,
- Vergleich der ausgeübten Tätigkeit mit Fachrichtung
der Ausbildung,
- Vergleich von Anstaltsart mit Personal/Insasse.

Die Bearbeitung der drei vorstehend beschriebenen Plausi-
bilitätskontrollen erforderte einen erheblichen Arbeitsauf-
wand, der sich zum Teil hemmend auf den Terminablauf der
Ergebnisdarstellung auswirkte. Allerdings brachten diese
Arbeiten auch wesentliche Zeitgewinne bei den nachfolgen-
den Arbeitsgängen mit sich, da nur aus bereinigten Original-
karten sachlich einwandfreie Summenkarten gefertigt wer-
den konnten, die selbst nicht mehr bereinigt werden muß-
ten. Infolgedessen konnten fast alle Tabellen ohne weitere
sachliche Prüfung direkt aus den Summenkarten veröffent-
lichungsfähig geschrieben werden.

beim Innenministerium als Arbeitsunterlagen zur Verfü-
gung gestellt.

Mindestveröffentlichungsprogramm

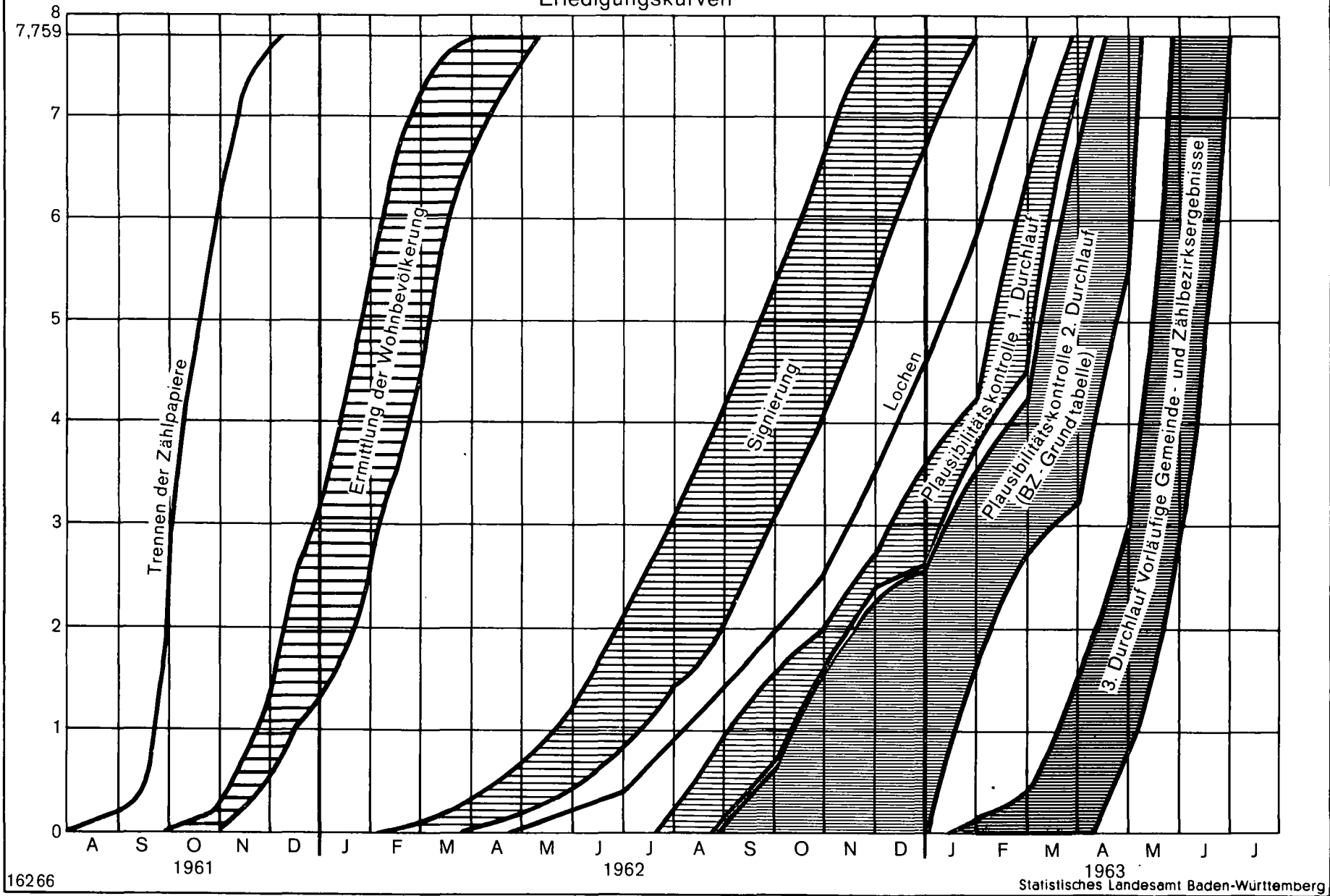
Im Mindestveröffentlichungsprogramm wurden alle die Da-
ten für das Land, die Regierungsbezirke sowie für Stadt-
und Landkreise zusammengefaßt, die von allgemeinem In-
teresse für die Beobachtung der Bevölkerungsstruktur sind.
Dieses Programm wurde in den Heften 2 bis 11 dieses Ban-
des veröffentlicht.

Nachschlageprogramm

Im Nachschlageprogramm, das in den Ländern nur zum Teil
tabelliert wurde, sind alle die Daten enthalten, die für be-
stimmte Konsumentenkreise von Interesse sind. Die Tabel-
len dieses Programms wurden nicht veröffentlicht. Sie dien-
en, wie der Name sagt, zum Nachschlagen und zum Er-
arbeiten von Übersichten, die nicht als allgemein interessie-
rend angesprochen werden können.

Über die in den vorstehenden „Programmen“ tabellarisch
dargestellten Ergebnisse hinaus sind in den Summenkarten
noch Daten enthalten, die voraussichtlich nicht tabelliert
werden, da der damit verbundene Kostenaufwand in kei-
nem Verhältnis zum allgemeinen Interesse an diesen Zah-
len stehen würde. Dies schließt jedoch in besonderen Fällen
eine Tabellenerstellung oder eine Bereitstellung von Dop-
peln dieser Summenkarten zur anderweitigen Bearbeitung
gegen Erstattung der anfallenden Kosten nicht aus.

Wohnbevölkerung in Millionen Zeitlicher Ablauf der Arbeiten an der Volks- und Berufszählung 1961 Erledigungskurven



ABSCHNITT II

Die Summenkarten der Volks- und Berufszählung 1961

Die Summenkarten und die daraus erstellen Tabellen

Um den interessierten Konsumenten einen Überblick über sämtliche bei der Volks- und Berufszählung 1961 erarbeiteten Zahlenunterlagen zu vermitteln, sind auf den Seiten 50 bis 93 alle bei der Volks- und Berufszählung 1961 erstellten Summenkarten sowie die Köpfe der Tabellen, die aus Originalkarten gefertigt wurden, dargestellt. Jedes dieser Summenkartenbilder besteht aus

Vorspalte,
Sortierspalten und
Lochfeldern.

Vorspalte

Sie enthält im Kopf Angaben darüber, ob es sich um das Bild einer aus Originalkarten erstellten Tabelle oder um eine Summenkarte handelt. Bei Summenkarten ist deren Nummer sowie die Zahl der vorhandenen Karten angegeben.

In den einzelnen Zeilen der Vorspalte ist zunächst angegeben, ob das in den Summenkarten enthaltene Zahlenmaterial veröffentlicht wurde, ob Arbeitstabellen erstellt wurden oder ob vorgesehene Tabellen oder gar die ganze Summenkarte überhaupt nicht tabelliert wurden.

Zur Unterscheidung dieser Möglichkeiten wurden folgende Abkürzungen verwendet:

VÖ = Veröffentlicht. Dahinter folgt die Quelle, in der diese Veröffentlichung zu finden ist. Sofern Abkürzungen verwendet wurden, bedeuten diese:

Sta Be = „Statistischer Bericht AO — Volkszählung 1961“.
Es folgt die Nummer des Berichtes und hinter T. die Bezeichnung und Nummer der Tabelle.

Sta BW = „Statistik von Baden-Württemberg“.
Es folgt die Nummer des Bandes und durch Schrägstrich abgeteilt die Nummer des Heftes sowie hinter T. die Nummer der Tabelle.

Gde Sta = „Gemeindestatistik Baden-Württemberg 1960/61“ Teil 1.

NV = Nicht veröffentlicht, es liegen jedoch Arbeitstabellen vor, deren Bezeichnung und Nummer jeweils aufgeführt sind.

NT = Nicht tabelliert, es liegt also keine Tabelle vor. In einigen Fällen folgen hinter NT noch Tabellenbezeichnungen und Nummern. Dies ist dann der Fall, wenn die Erstellung einer Tabelle wohl vorgesehen war, aus Einsparungsgründen aber unterblieben ist.

Sortierspalten

Sie sind im Kopf der Summenkarten- bzw. Tabellenbilder durch einen starken schwarzen Strich gekennzeichnet und enthalten die Sortiermerkmale, die angeben, für welche regionalen Einheiten und für welche Kombination sachlicher Gliederungen jeweils einzelne Summenkarten vorliegen.

In den einzelnen Zeilen sind für die in der Vorspalte aufgeführten Tabellen die Sortiermerkmale, nach denen diese Tabellen gegliedert sind, durch einen starken Strich gekennzeichnet. Die Sortiermerkmale jeder Tabelle wurden außerdem laufend numeriert. Diese Numerierung stellt die Sortierfolge der in den Tabellen enthaltenen Merkmale dar. Sie wurde in der Weise vorgenommen, daß die größte regionale oder sachliche Einheit dieser Tabelle mit der kleinsten Zahl, die kleinste regionale oder sachliche Einheit jedoch, mit der größten Zahl gekennzeichnet wurde.

Ein Beispiel möge dies verdeutlichen: Wenn angegeben ist Land 1, Regierungsbezirk 2, Wirtschaftsabteilung 3, Stellung im Beruf 4 und Geschlecht 5, so heißt dies, daß diese Tabelle aufgestellt worden ist für jedes Geschlecht innerhalb jeder Stellung im Beruf und daß diese Kombination wieder innerhalb jeder Wirtschaftsabteilung für jeden Regierungsbezirk und für das ganze Land tabelliert wurde. Würde es im obigen Beispiel lauten Wirtschaftsabteilung 4 und Stellung im Beruf 3, so wäre in der Tabelle jedes Geschlecht zunächst mit jeder Wirtschaftsabteilung kombiniert und diese Kombination dann innerhalb jeder Stellung im Beruf jeweils für die Regierungsbezirke und das Land nachgewiesen worden.

In den Sortierspalten einiger Summenkarten sind für einzelne Sortiermerkmale kombinierte Sortierfolgen angegeben. Wurde z. B. bei Stellung im Beruf 3/4 vermerkt und bei Wirtschaftsabteilung 4/3, so bedeutet dies, daß die Tabelle zweimal aufgestellt worden ist, und zwar einmal in der Kombination Stellung im Beruf/Wirtschaftsabteilung und einmal in der Kombination Wirtschaftsabteilung/Stellung im Beruf.

Lochfelder

Sie enthalten im Kopf die Bezeichnungen der in den Summenkarten zahlenmäßig enthaltenen Angaben. Die Lochfelder entsprechen den Tabellenspalten. Sie sind in den für die einzelnen Tabellen vorgesehenen Zeilen dann mit x gekennzeichnet, wenn sie zahlenmäßig in der angegebenen Tabelle nachgewiesen sind.

Zusammenfassende Übersicht aller Summenkarten

Um den Konsumenten das Auffinden der für bestimmte Sachgebiete interessierenden Summenkarten zu erleichtern, werden den Summenkarten zwei Zusammenfassungen vorangestellt, in welchen die regionale und sachliche Gliederung der Zählungsergebnisse sowie die dazugehörigen Summenkarten nachgewiesen werden. Diese Zusammenfassungen wurden wie folgt erstellt:

Regionale Gliederung

Gesamtbevölkerung	Seite 40
Vertriebene	Seite 41
Ausländer	Seite 42

Sachliche Gliederung

Gesamtbevölkerung	Seite 43 bis 46
Vertriebene	Seite 47 bis 48
Ausländer	Seite 49

Zur regionalen Gliederung der Summenkarten darf grundsätzlich bemerkt werden, daß Ergebnisse, die für eine kleine regionale Einheit tabelliert wurden, selbstverständlich auch als Summen für die übergeordneten regionalen Einheiten vorliegen. Eine Ausnahme bilden lediglich die Ergebnisse für Große Kreisstädte und für Großstädte.

Reihenfolge der Summenkarten

Die Summenkarten sind in der Reihenfolge dargestellt, wie sie in der Übersicht für die regionale Gliederung nacheinander aufgeführt sind. Es werden also zuerst die Summenkarten für die Gesamtbevölkerung nach Zählbezirken abgebildet. Es folgen die Summenkarten für Gemeinden in der Reihenfolge Wohnbevölkerung, Erwerbspersonen, Nichterwerbspersonen usw., hernach die für Große Kreisstädte, Stadt- und Landkreise, Großstädte sowie Land und Regierungsbezirke. Im Anschluß daran werden die Summenkarten für Vertriebene und Ausländer abgedruckt. Summenkarten, die z. B. sowohl Angaben über die Gesamtbevölkerung wie auch über die Vertriebenen enthalten, sind nur einmal wiedergegeben, und zwar an der Stelle, an der sie zuerst in der Zusammenstellung aufgeführt sind. In den zusammenfassenden Übersichten ist die Seite, auf der die Summenkarte abgedruckt ist, als Kursivzahl angegeben.

Regionale Gliederung der Summenkarten

Gesamtbevölkerung

Ergebnisse für:	Wohnbevölkerung		Erwerbs- personen	Nicht- erwerbs- personen	Pendler	Pers. mit abgeschl. Ausbildung an einer Berufsfach-, Fach- oder Hochschule	Schüler und Studierende	Haushalte	Anstalten
	Insgesamt	darunter nach dem überwie- genden Lebens- unterhalt des Ernährers							
Suka Nr. und Seitenzahl									
Zählbezirke	0 50	0 50	0 50						
Gemeinden	03 51 04 51 11 52	01 53 02 53	05/15 54 06/16 54 07/17 55 08/18 55 09/19 56 12/22 57 25/35 56		13/23 58 14 58 20 59 21 59	99 60 05/15 54	24 61	10 62	
Große Kreisstädte	3 A 63		3 A 63	3 A 63					
Stadt-, Landkreise	30 64 2 A 64		31 65 32 65 34 66 44 66 36/46 67 37/47 67	41 65 42 65					88 68 89 68 0 68
Großstädte			38 69 39 69			91 70 92 70 93 71 94 71 95 72 96 72 97 73 98 73			
Land, Regie- rungs- bezirke		65/75 74	38 69 39 69 51 75 52 75 53 76 54 76 55 76 56 77 58 77 59 78 63/73 78 64/74 79 66/76 79 67/77 80 68/78 80	57 81 61 75 62 75		91 70 92 70 93 71 94 71 95 72 96 72 97 73 98 73			85 82 86 82 87 83

0 = Aus Originalkarten tabelliert

Vertriebene

Ergebnisse für:	Wohnbevölkerung		Erwerbs- personen	Nicht- erwerbs- personen	Pendler	Pers. mit abgeschl. Ausbildung an einer Berufsfach-, Fach- oder Hochschule	Schüler und Studierende	Haushalte	Anstalten
	Insgesamt	darunter nach dem überwie- genden Lebens- unterhalt des Ernährers							
Suka Nr. und Seitenzahl									
Zählbezirke									
Gemeinden	11 52		12/22 57		13/23 58 14 58 20 59				
Große Kreisstädte									
Stadt-, Landkreise	33 84		34 66 44 66						88 68 89 68
Großstädte						91 70 92 70 93 71 94 71 95 72 96 72 97 73 98 73			
Land, Regie- rungs- bezirke	50 85 60 85	65/75 74	51 75 52 75 66/76 79 67/77 80 68/78 80	57 81 61 75 62 75		91 70 92 70 93 71 94 71 95 72 96 72 97 73 98 73			85 82 86 82 87 83

Ausländer

Ergebnisse für:	Wohnbevölkerung		Erwerbs- personen	Nicht- erwerbs- personen	Pendler	Pers. mit abgeschl. Ausbildung an einer Berufsfach-, Fach- oder Hochschule	Schüler und Studierende	Haushalte	Anstalten
	Insgesamt	darunter nach dem überwie- genden Lebens- unterhalt des Ernährers							
Suka Nr. und Seitenzahl									
Zählbezirke									
Gemeinden	0 86	0 86	0 86						
Große Kreisstädte									
Stadt-, Landkreise	1 A 87 0 87/88		1 A 87 0 88	1 A 87 0 89		95 72 96 72 97 73 98 73	0 89		
Großstädte									
Land, Regie- rungs- bezirke	0 90/91	0 92	0 92/93	0 92		0 93		0 93	0 93

Sachliche Gliederung der Summenkarten

Gesamtbevölkerung

Bezeichnung (alpha- betisch)	Wohnbevölkerung		Erwerbs- personen	Nicht- erwerbs- personen	Pendler	Pers. mit abgeschl. Ausbildung an einer Berufsfach-, Fach- oder Hochschule	Schüler und Studierende	Haushalte	Anstalten
	Insgesamt	darunter nach dem überwie- genden Lebens- unterhalt des Ernährers							
Suka Nr. und Seitenzahl									
Abhängige			06/16 54 08/18 55 09/19 56 12/22 57		13/23 58 14 58 20 59				
Alter	03 51 04 51 30 64	32/42 65 65/75 74	31 65 36/46 67 37/47 67 51 75 52 75 53 76 54 76 55 76 56 77 59 78 63/73 78 64/74 79 66/76 79	41 65 57 81 61 75 62 75	20 59	91 70 93 71 94 71 95 72 97 73 98 73 99 60	24 61 54 76		85 82 86 82 87 83
Angehörige	32/42 65	32/42 65 52/62 75	52 75 55 76 56 77	62 75 57 81					
Anstaltsart			0 68						85 82 86 82 87 83 88 68 89 68
Beteiligung am Erwerbs- leben		31/41 65 32/42 65 51/61 75 52/62 75	44 66 51 75 38 69 39 69 54 76	61 75		99 60	05/15 54		
Berufs- klasse			58 77 59 78 63/73 78 64/74 79			95 72 96 72 97 73 98 73			
Berufs- ordnung			38 69 39 69						
Fach- richtung						91 70 92 70 93 71 94 71 95 72 96 72 97 73 98 73 99 60			

Gesamtbevölkerung

Bezeichnung (alpha- betisch)	Wohnbevölkerung				Erwerbs- personen	Nicht- erwerbs- personen	Pendler	Pers. mit abgeschl. Ausbildung an einer Berufsfach-, Fach- oder Hochschule	Schüler und Studierende	Haushalte	Anstalten						
	Insgesamt	darunter nach dem überwie- genden Lebens- unterhalt des Ernährers															
		Suka Nr. und Seitenzahl															
Familien- stand	11	52	75	74	76	79	57	81	20	59	91	70		10	62	85	82
	30	64			77	80	61	75			92	70				86	82
	3 A	63			78	80	62	75			93	71				87	82
	2 A	64			63/73	78					94	71					
					64/74	79											
					34	66											
					44	66											
					51	75											
					52	75											
					53	76											
					54	76											
					55	76											
					56	77											
					58	77											
					59	78											
					36/46	67											
					37/47	67											
					38	69											
					39	69											
					58	77											
					59	78											
					64/74	79											
					67/77	80											
					68/78	80											
Geburts- jahr	30	64															
Haushalts- größe														10	62		
Miet- und Eigentums- verhältnis									14	58				10	62		
Personen in Anstalten																10	62
Personal/ Insassen			0	68												85	82
																86	82
																87	83
																88	68
																89	68
Religions- zugehörig- keit	11	52			34	66					92	70					
	30	64									96	72					
	2 A	64															
	3 A	63															
Rente und dgl.	31/41	65	02	53	55	76	57	81									
			32/42	65	56	77											

Gesamtbevölkerung

Bezeichnung (alpha- betisch)	Wohnbevölkerung		Erwerbs- personen	Nicht- erwerbs- personen	Pendler	Pers. mit abgeschl. Ausbildung an einer Berufsfach-, Fach- oder Hochschule	Schüler und Studierende	Haushalte	Anstalten
	Insgesamt	darunter nach dem überwie- genden Lebens- unterhalt des Ernährers							
Suka Nr. und Seitenzahl									
Schulart						91 70 92 70 93 71 94 71 95 72 96 72 97 73 98 73 99 60			
Soziale Stellung		65/75 74 66/76 79 67/77 80 68/78 80	34 66 44 66						
Stellung im Beruf		02 53	05/15 54 06/16 54 08/18 55 09/19 56 36/46 67 37/47 67 38 69 39 69 53 76 54 76 55 76 58 77 59 78 63/73 78 64/74 79 68/78 80			95 72 96 72 97 73 98 73			
Stellung zum Er- werbsleben		31/41 65 32/42 65	2 A 64 3 A 63 44 66 54 76			91 70 92 70 93 71 94 71			
Verkehrs- mittel					21 59		21 59		
Weitere Tätigkeit			38 69 39 69 54 76 58 77 44 66 63/73 78 64/74 79		20 59				

Gesamtbevölkerung

Bezeichnung (alphabetisch)	Wohnbevölkerung		Erwerbs- personen	Nicht- erwerbs- personen	Pendler	Pers. mit abgeschl. Ausbildung an einer Berufsfach-, Fach- oder Hochschule	Schüler und Studierende	Haushalte	Anstalten
	Insgesamt	darunter nach dem überwie- genden Lebens- unterhalt des Ernährers							
	Suka Nr. und Seitenzahl								
Wirt- schafts- bereiche		06/16 54 08/18 55 09/19 56		20 59					
Wirt- schafts- abteilung	01 53	12/22 57 06/16 54 07/17 55 08/18 55 09/19 56 25/35 56 63/73 78 64/74 79 67/77 80		13/23 58 14 58				85 82 86 82	
Wirt- schafts- unter- abteilung	65/75 74 66/76 79 67/77 80 68/78 80	06/16 54 07/17 55 08/18 55 09/19 56 25/35 56 34 66 36/46 67 37/47 67 44 66			95 72 96 72 97 73 98 73				
Wirt- schafts- gruppe		38 69 39 69 58 77 59 78							
Wochen- arbeitszeit		36/46 67 37/47 67							
Ohne Unter- gliederung							12/22 57 13/23 58 14 58 20 59		10 62

Vertriebene

Bezeichnung (alpha- betisch)	Wohnbevölkerung		Erwerbs- personen	Nicht- erwerbs- personen	Pendler	Pers. mit abgeschl. Ausbildung an einer Berufsfach- Fach- oder Hochschule	Schüler und Studierende	Haushalte	Anstalten
	Insgesamt	darunter nach dem überwie- genden Lebens- unterhalt des Ernährers							
Abhängige			12/22 57		13/23 58 14 58				
Alter	50 85	65/75 74	51 75 52 75 66/76 79	57 81 61 75 62 75	20 59	91 70 93 71 94 71 95 72 97 73 98 73			85 82 86 82 87 83
Angehörige			52 75	57 81 62 75					
Anstaltsart									85 82 86 82 87 83 88 68 89 68
Berufs- klasse						95 72 96 72 97 73 98 73			
Beteiligung am Erwerbs- leben		51/61 75 52/62 75	44 66 51 75	61 75					
Fach- richtung						91 70 92 70 93 71 94 71 95 72 96 72 97 73 98 73			
Familien- stand	50 85	75 74	34 66 51 75 52 75 76 79 77 80 78 80	57 81 61 75 62 75		91 70 92 70 93 71 94 71			85 82 86 82 87 83
Geburts- jahr	50 85								
Miet- und Eigentums- verhältnis					14 58				
Personal/ Insasse									85 82 86 82 87 83 88 68 89 68

Vertriebene

Bezeichnung (alpha- betisch)	Wohnbevölkerung		Erwerbs- personen	Nicht- erwerbs- personen	Pendler	Pers. mit abgeschl. Ausbildung an einer Berufsfach-, Fach- oder Hochschule	Schüler und Studierende	Haushalte	Anstalten
	Insgesamt	darunter nach dem überwie- genden Lebens- unterhalt des Ernährers							
Suka Nr. und Seitenzahl									
Religions- zugehörig- keit	33 84		34 66			92 70 96 72			
Schulart						91 70 92 70 93 71 94 71 95 72 96 72 97 73 98 73			
Soziale Stellung		65/75 74 66/76 79 67/77 80 68/78 80	34 66 44 66						
Stellung im Beruf			68/78 80			95 72 96 72 97 73 98 73			
Stellung zum Erwerbs- leben			44 66			91 70 92 70 93 71 94 71			
Vertrie- benenart	11 52 33 84 50 85 60 85		34 66						
Wirt- schafts- abteilung			12/22 57 67/77 80		13/23 58 14 58				85 82 86 82
Wirt- schafts- bereiche					20 59				
Wirt- schafts- unter- abteilung		65/75 74 66/76 79 67/77 80 68/78 80	34 66			95 72 96 72 97 73 98 73			
Zuzugsjahr	60 85								

Ausländer

Bezeichnung (alphabetisch)	Wohnbevölkerung		Erwerbs- personen	Nicht- erwerbs- personen	Pendler	Pers. mit abgeschl. Ausbildung an einer Berufsfach-, Fach- oder Hochschule	Schüler und Studierende	Haushalte	Anstalten
	Insgesamt	darunter nach dem überwie- genden Lebens- unterhalt des Ernährers							
Suka Nr. und Seitenzahl									
Angehörige		0 89/92							
Alter	0 86/88	0 86		0 89 1 A 87		0 93 95 72 97 73 98 73	0 89		
Beteiligung am Erwerbs- leben			0 88						
Berufs- klasse			0 93			95 72 96 72 97 73 98 73			
Fach- richtung						95 72 96 72 97 73 98 73			
Familien- stand	0 89/90 1 A 87	0 89	1 A 87	0 89 1 A 87					
Religionszu- gehörigkeit	0 87 1 A 87					96 72			
Schulart						95 72 96 72 97 73 98 73			
Staats- angehörig- keit	0 87/88							0 93	
Stellung im Beruf			0 92			95 72 96 72 97 73 98 73			
Stellung zum Erwerbs- leben			1 A 87	1 A 87					
Wirt- schafts- bereiche			0 92						
Wirt- schafts- gruppe			0 92						
Wirt- schafts- unter- abteilung						95 72 96 72 97 73 98 73			

0 = Aus Originalkarten tabelliert

Wohnbevölkerung und Erwerbspersonen

Aus Originalkarten erstellt	Land	Reg. Bez.	Kreis	Gemeinde	Zahlbezirk	Geschlecht	Wohnbevölkerung													Erwerbspersonen (ohne Soldaten)				
							ins-gesamt	darunter												ins-gesamt	darunter			
								Familien-stand		Religion		im Alter von Jahren				mit überwiegendem Lebensunterhalt aus		mit überwiegendem Lebensunterhalt des Ernährers aus				nach Wirtschafts-bereichen		Selbst-ständige und Mit-hel-fende
								le-dig	verh.	evange-lisch	römisch-katho-lisch	unter 15	15 bis unter 20	20 bis unter 45	45 bis unter 65	Erwerbs-tätigkeit	Rente	Land-u. Forst-wirt-schaft	Produ-zie-rendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Dienst-lei-stungen	Land-und Forst-wirt-schaft	Produ-zie-rendes Gewerbe	
								1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
VÖ Staatshandbuch für Baden-Württ. Wohnplatzverz. 1961 Gesamtbevölk.	1	2	3	4	5 ¹⁾	6 ²⁾	X				X	X					X	X					X ³⁾	
NV Gesamtbevölkerung	1	2	3	4	5	6	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
NV Personen mit weiterem Wohnraum außerhalb des Bundesgebietes	1	2	3	4		5	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X

1) Zusammenfassung nach Wohnplätzen

2) Nur Zahl der männlichen Wohnbevölkerung

3) Außerdem "Abhängige"

Die Wohnbevölkerung nach Altersgruppen

S u k a 03 ca. 7 450 Stück	Land	Reg. Bez. Kreise	Gemeinde	Geschlecht	Wohnbevölkerung Insgesamt	davon standen im Alter von Jahren																																Gemeinde- Größenklasse			
						1		2		5		6		10		14		15		16		18		20		21															
						unter	bis unter	bis unter	bis unter	bis unter	bis unter	bis unter	bis unter	bis unter	bis unter	bis unter	bis unter	bis unter	bis unter	bis unter	bis unter	bis unter	bis unter	bis unter																	
						1	2	5	6	10	14	15	16	18	20	21	25																								
	1	3	5	7	9	11	13	15	17	19	21	23	25	27	29	31	33	35	37	39	41	43	45	47	49	51	53	55	57	59	61	63	65	67	69	71	73	75	77	79	81
VÖ Sta Be 4, T. S/G 1, 1. Teil	1	2	3		4	X		X		X		X		X		X		X		X		X		X		X		X		X		X		X		X		X			
Gde.Sta 1960/61 Teil 1			11)	2 1)				X		X		X		X		X		X		X		X		X		X		X		X		X		X		X		X			
NV S/G 1, 1. Teil	1	2	3	4	5	X		X		X		X		X		X		X		X		X		X		X		X		X		X		X		X		X			
S/G 1, 1. Teil	1	2			4	X		X		X		X		X		X		X		X		X		X		X		X		X		X		X		X		X		3	

1) Altersgruppen wie nachstehend veröffentlicht:

unter 6	6 bis unter 14	14 bis unter 15	15 bis unter 21	21 bis unter 45	45 bis unter 65	65 und mehr
------------	----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-------------------

Die Wohnbevölkerung nach Altersgruppen (Fortsetzung und Schluß)

S u k a 04 ca. 7 520 Stück	Land	Reg. Bez.	Kreis	Gemeinde	Geschlecht	davon standen im Alter von Jahren																																Gemeinde- Größenklasse
						25 bis unter 30	30 bis unter 35	35 bis unter 40	40 bis unter 45	45 bis unter 50	50 bis unter 55	55 bis unter 60	60 bis unter 65	65 bis unter 70	70 bis unter 75	75 bis unter 80	80 bis unter 85	85 und älter	ohne Angabe																			
						11	13	15	17	19	21	23	25	27	29	31	33	35	37	39	41	43	45	47	49	51	53	55	57	59	61	63	65	67	69	71	73	
VÖ Sta Be 4, T. S/G 1, 2. Teil	1	2	3		4	X		X		X		X		X		X		X		X		X		X		X		X		X		X		X				
Gde.Sta 1960/61 Teil 1			11)	2 1)		X		X		X		X		X		X		X		X		X		X		X		X		X		X						
NV S/G 1, 2. Teil	1	2	3	4	5	X		X		X		X		X		X		X		X		X		X		X		X		X		X		X				
S/G 1, 2. Teil	1	2			4	X		X		X		X		X		X		X		X		X		X		X		X		X		X		X		3		

1) Altersgruppen wie nachstehend veröffentlicht:

unter 6	6 bis unter 14	14 bis unter 15	15 bis unter 21	21 bis unter 45	45 bis unter 65	65 und mehr
------------	----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-------------------

Die Wohnbevölkerung nach der Religionszugehörigkeit, nach dem Familienstand und nach der Vertriebeneneigenschaft

S u k a 11 ca. 7 450	Land	Reg. Bez.	Kreis	Gemeinde	Geschlecht	Wohnbevölkerung insgesamt	davon waren																				unter der Wohnbevölkerung waren								Gemeinde- Größenklasse						
							nach der Religionszugehörigkeit										nach dem Familienstand										Vertriebene mit Ausweis A oder B		Sowjetzonen- Flüchtlinge mit Ausweis C	Deutsche aus der SBZ ohne Ausw. A, B oder C											
							evangelisch	römisch- katholisch	Gemeinschafts- lose	Sonstige	ledig	verheiratet	verwitvert	geschieden	ohne Angabe	nicht aus der SBZ zugezogen	aus der SBZ zugezogen																								
	1	3	5	7	9	11	13	15	17	19	21	23	25	27	29	31	33	35	37	39	41	43	45	47	49	51	53	55	57	59	61	63	65	67	69	71	73	75	77	79	80
VÖ Sta Be 3, T. S/G 4	1	2	3		4	X			X		X		X		X		X		X		X		X		X		X		X		X		X		X						
Sta Be 2	1	2	3	4	5	X			X		X									X		X																			
Gde.Sta 1960/61 Teil 1			1	2					X		X																			X 1)		X 1)		X 1)		X 1)					
NV S/G 4	1	2	3	4	5	X			X		X		X		X		X		X		X		X		X		X		X		X		X		X		X				
S/G 4	1	2			4	X			X		X		X		X		X		X		X		X		X		X		X		X		X		X		X				3

1) Vertriebene und Flüchtlinge wie folgt veröffentlicht:

Von der Wohnbevölkerung am 6.6.1961 waren Vertriebene und Deutsche aus der SBZ	
ins- gesamt	darunter Vertriebene

Die Wohnbevölkerung mit überwiegendem Lebensunterhalt des Ernährers aus Erwerbstätigkeit
nach der Wirtschaftsabteilung des Ernährers

S u k a 01 ca. 7 450 Stück	Land	Reg. Bez.	Kreis	Gemeinde	Geschlecht	Wohnbevölkerung insgesamt	d a v o n																												Gemeinde- Größenklasse								
							Ernährer mit Überwiegendem Lebensunterhalt durch Erwerbstätigkeit oder Arbeitslosengeld/-hilfe und deren Angehörige																																				
							darunter Wirtschaftsabteilung																																				
							insgesamt	Land- und Forstwirtschaft Tierhaltung und Fischerei	Energiewirt- schaft und Kwasservor- sorgung, Berg- bau	Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	Bau- gewerbe	Handel	Verkehr und Nachrichten- übermittlung	Kreditinsti- tute und Versicherungsgewerbe	Dienstleistun- gen, soweit nicht an an- derer Stelle genannt	Organisationen ohne Erwerbs- charakter und Private Haus- halte	Gebietskörper- schaften und Sozialver- sicherung	ohne Angabe																									
1	3	5	7	9	11	13	15	17	19	21	23	25	27	29	31	33	35	37	39	41	43	45	47	49	51	53	55	57	59	61	63	65	67	69	71	73	75	77	79	81			
VÖ Sta Be 6, T. S/G 8, 1. Teil	1	2	3		4	X		X			X		X		X		X		X		X		X		X		X		X		X		X										
Sta BW 105/5, T. 12 a	1	2	3			X		X			X		X		X		X		X		X		X		X		X		X		X		X		X								
Sta BW 105/5, T. 12 b	1	2	3					X																																			
Gde.Sta 1960/61 Teil 1			1	2		X		nur für Wirtschaftsbereiche veröffentlicht 1)																												in Produz. Ge- werbe enthalten							
NV S/G 8, 1. Teil	1	2	3	4	5	X		X			X		X		X		X		X		X		X		X		X		X		X		X		X								
S/G 8, 1. Teil	1	2			4	X		X			X		X		X		X		X		X		X		X		X		X		X		X		X				3				

- 1) Spalte 30 Alle Wirtschaftsbereiche
Spalte 31 Land- und Forstwirtschaft
Spalte 32 Produzierendes Gewerbe (einschl. Baugewerbe)
Spalte 33 Übrige Wirtschaftsbereiche

Die Wohnbevölkerung nach dem überwiegenden Lebensunterhalt und der Stellung im Beruf des Ernährers

S u k a 02 ca. 7 450 Stück	Land	Reg. Bez.	Kreis	Gemeinde	Geschlecht	d a v o n																																Gemeinde-Größenklasse					
						Ernährer mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Erwerbstätigkeit oder Arbeitslosengeld/-hilfe und deren Angehörige																				Ernährer mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Rente u. dgl. und deren Angehörige	Personen ohne Angabe des über- wiegenden Lebensunter- halts des Ernährers																
						darunter Stellung im Beruf																																					
						Selbst- ständige	Kaufgewerbe- treibende und Zwischensektator	Mithelfende Familien- angehörige	Beamte	An- gestellte	Arbeiter (ohne Heim- arbeiter)	Heim- arbeiter	Lehrlinge usw.	ohne Angabe																													
1	3	5	7	9	11	13	15	17	19	21	23	25	27	29	31	33	35	37	39	41	43	45	47	49	51	53	55	57	59	61	63	65	67	69	71	73	75	77	79	81			
VÖ Sta Be 6, T. S/G 8, 2. Teil	1	2	3		4	X			X			X		X		X		X		X		X		X				X		X													
Sta BW 105/5, T. 12 a	1	2	3																									X		X													
Sta BW 105/5, T. 12 b	1	2	3			X			X 1)			X		X		X		X		X 2)		X		X 3)																			
Gde.Sta 1960/61 Teil 1			1	2																								X															
NV S/G 8, 2. Teil	1	2	3	4	5	X			X			X		X		X		X		X		X		X		X		X		X		X		X		X		X					
S/G 8, 2. Teil	1	2			4	X			X			X		X		X		X		X		X		X		X		X		X		X		X		X							3

- 1) Enthalten bei " Selbstständige "
2) Enthalten bei " Arbeiter "
3) Einschl. Soldaten und deren Angehörige

Die Erwerbspersonen (ohne Soldaten) nach der Stellung im Beruf sowie die nicht zu den Erwerbspersonen
gehörenden Schüler und Studierenden

[illegible]

Spalte 49 Selbständige einschl. Hausgewerbetreibende und Zwischenmeister
Spalte 50 Mith. Familienangehörige
Spalte 51 Beamte und Angestellte
Spalte 52 Arbeiter einschl. ohne Angabe
Spalte 53 Lehrlinge und dgl.

Die Erwerbspersonen (ohne Soldaten) nach Wirtschaftsbereichen und Stellung im Beruf, nach Wirtschaftsabteilungen und Wirtschaftsunterabteilungen (Fortsetzung)

[illegible]

1) Land- und Forstwirtschaft
Produzierendes Gewerbe
(einschl. Bauzwerbe)

2) Spalte 38 Land- und Forstwirtschaft
Spalte 41 Produzierendes Gewerbe (einschl. Baugewerbe)

- 1) Produzierendes Gewerbe
(einschl. Baugewerbe)
- 2) Spalte 41 Produzierendes Gewerbe
(einschl. Baugewerbe)

1

1) In den Summenkarten 08/18 und 09/19 ist die Wirtschaftsabteilung 6 "Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe" abweichend von der in der Grundsystematik festgelegten Regelung dem Wirtschaftsbereich "Handel und Verkehr" statt den "Sonstigen Wirtschaftsbereichen (Dienstleistungen)" zugeordnet worden.

3) Spalte 44 Handel und Verkehr
Spalte 47 Sonstige Wirtschaftsbereiche (Dienstleistungen)

Die Erwerbspersonen (ohne Soldaten) nach Wirtschaftsbereichen und Stellung im Beruf; nach
Wirtschaftsabteilungen und Wirtschaftsunterabteilungen (Fortsetzung)

S u k a 09 ca. 7 470 Stück S u k a 19 ca. 3 770 Stück	Land	Reg. Bez.	Kreise	Gemeinde	Geschlecht	Von den Erwerbspersonen (ohne Soldaten) gehörten zum Wirtschaftsbereich Sonstige Wirtschaftsbereiche (Dienstleistungen) 1)																																<div></div>	Gemeinde- Größenklasse	
						davon als										davon gehörten zur Wirtschaftsabteilung 7. Dienstleistungen, soweit nicht an anderer Stelle genannt																								
						Selbständige, Hausgewerbe- treibende und Zwischenmeister	Mithelfende Familien- angehörige	Ab- hängige	ins- gesamt	ins- gesamt	davon gehörten zur Wirtschaftsunterabteilung																													
											70 0	70 1/2	70 6/8	71 0/1	71 2/7	71 8																								
											1	3	5	7	9	11	13	15	17	19	21	23	25	27	29	31	33	35	37	39	41	43	45	47	49	51	53			55

08 = Erwerbspersonen (ohne Soldaten) und Schüler und Studierende
19 = Erwerbspersonen und Schüler und Studierende mit überwiegender Lebensunterhalt nicht durch Erwerbstätigkeit oder Arbeitslosengeld/-hilfe (ohne Mith., Fam.-Angehörige, Lehrlinge usw. und ohne Angabe)

Suka 09																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																											
---------	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

1) In den Summenkarten 08/18 und 09/19 ist die Wirtschaftsabteilung 6
"Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe" abweichend von der in der
Grundsystematik festgelegten Regelung dem Wirtschaftsbereich "Handel
und Verkehr" statt den "Sonstigen Wirtschaftsbereichen (Dienstleistungen)"
zugeordnet worden.

2) Spalte 47 Sonstige Wirtschaftsbereiche (Dienstleistungen)

Die Erwerbspersonen (ohne Soldaten) nach Wirtschaftsbereichen und Stellung im Beruf, nach
Wirtschaftsabteilungen und Wirtschaftsunterabteilungen (Schluß)

Suka 25 ca. 7 150 Stück	Land	Reg. Bez.	Kreis	Gemeinde	Geschlecht	Von den Erwerbspersonen (ohne Soldaten) gehörten zum Wirtschaftsbereich Sonstige Wirtschaftsbereiche (Dienstleistungen) davon gehörten zur Wirtschaftsabteilung																												Gemeinde- Größenklasse																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																											
8: Organisationen ohne Erwerbscharakter u. Priv. Haushalte davon gehörten zur Wirtschaftsunterabteilung														9: Geburtskörperschaften und Sozialversicherung davon gehörten zur Wirtschaftsunterabteilung																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																															
Ins- gesamt						80 0			80 1/7			85			Ins- gesamt	90 0,2/7,9 (ohne 90 20/2, 90 90 4)			90 1			90 90 4			90 20/2			96																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
						1	3	5	7	9	11	13	15	17		19	21	23	25	27	29	31	33	35	37	39	41	43	45	47	49	51	53		55	57	59	61	63	65	67	69	71	73	75	77	79																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																														
Suka 35 ca. 2 570 Stück	1	3	5	7	9	11	13	15	17	19	21	23	25	27	29	31	33	35	37	39	41	43	45	47	49	51	53	55	57	59	61	63	65	67	69	71	73	75	77	79																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																					
25 = Erwerbspersonen (ohne Soldaten) und Schüler und Studierende 35 = Erwerbspersonen und Schüler und Studierende mit überlegendem Lebensunterhalt nicht durch Erwerbstätigkeit oder Arbeitslosengeld/-hilfe (ohne Mitb., Fam.-Angehörige, Lehrlinge usw. und ohne Angabe)																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																													
Suka 25																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																													</

1) Spalte 47 Sonstige Wirtschaftsbereiche (Dienstleistungen)

Die Erwerbspersonen (ohne Soldaten) nach Wirtschaftsabteilungen sowie die nicht zu den Erwerbspersonen gehörenden Schüler und Studierenden
- ohne Auspendler -

S u k a 12 ca. 29 330 Stück	Land	Reg. Bez.	Kreis	Wohnsitz- Gemeinde (ohne Auspendler)	Geschlecht (ohne Auspendler)	Vertrieben usw. (4 G.)	Erwerbspersonen (ohne Soldaten)								Von den Erwerbspersonen (ohne Soldaten) gehörten zur Wirtschaftsabteilung																		Nicht zu den Erwerbs- personen gehörende Schüler und Studierende	Gemeinde- Größenklasse																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																							
							Ins- gesamt	Ab- hängige	Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	Energie(virt- schaft und Wasserversor- gung, Berg- bau	Verarbei- tendes Gewerbe (ohne Bau- gewerbe)	Bau- gewerbe	Handel	Verkehr und Nachrichten- über- mittlung	Kreditinsti- tute und Versicherungs- gewerbe	Dienstleistun- gen, soweit nicht an an- derer Stelle genannt	Organi- sationen ohne Erwerbscha- rakter und Private Haushalte	Gebiets- körper- schaften und Sozialver- sicherung	ohne Angabe																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																						
																				1	3	5	7	9	11	13	15	17	19	21	23	25			27	29	31	33	35	37	39	41	43	45	47	49	51	53	55	57	59	61	63	65	67	69	71	73	75	77	79	80																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																											
S u k a 22 ca. 15 300 Stück																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																									</

1) Diese Tabelle wurde als Addition der
Summenkarten 12 und 14 erstellt

2) Nur für Gemeinden mit 1 000 und mehr Einwohnern

3) Land- und Forstwirtschaft
Produzierendes Gewerbe
Handel und Verkehr
Sonstige Wirtschaftsbereiche
(Dienstleistungen)

Die Auspendler (ohne Soldaten) - Berufspendler sowie Schüler und Studierende - Berufspendler
auch nach Wirtschaftsabteilungen

S u k a 13 ca. 3 940 Stück	Land	Reg. Bez.	Kreis	Wohnstätten- raum-nutz- (Auspendler)	Geschlecht	Vertriebene usw. (4 Gr.)	Berufspendler		Auspendler (ohne Soldaten)																											Nicht zu den Erwerbs- personen gehörende Schüler und Studierende	Gemeinde- Größenklasse																															
							ins- gesamt	Ab- hängige	Von den Berufspendlern gehören zur Wirtschaftsabteilung																																																											
									Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	Energiewirt- schaft und Kasserver- sorgung, Be- glaub- bau	Verarbei- tendes Gewerbe (ohne Bau- gewerbe)	Bau- gewerbe	Handel	Verkehr- und Nachricht- über- mittlung	Kredit- institute und Versiche- rungsw- erke	Dienst- leistungen, sonst nicht an anderen Stellen genannt	Organi- sationen ohne Erwerbscha- rakter und Private Haushalte	Gebiets- körperschaften und Sozialver- sicherung	ohne Angabe																																																	
1	3	5	7	9	11	13	15	17	19	21	23	25	27	29	31	33	35	37	39	41	43	45	47	49	51	53	55	57	59	61	63	65	67	69	71	73	75	77	79	81																												
13 = Erwerbspersonen (ohne Soldaten) und Schüler und Studierende 23 = Erwerbspersonen und Schüler und Studierende mit überwiegender Lebensunterhalt nicht durch Erwerbstätigkeit oder Arbeitslosengeld/-hilfe (ohne Mithelfende Familienangehörige, Lehrlinge usw. und ohne Angabe) - nur für 4 Vertriebenen usw. -gruppen																																																																				
Suka 13																																																																				
VÖ Sta Be 9, T. S/G 5		1	2	3		4		X		X				X		X		X		X		X		X		X		X		X		X		X		X		X																														
Sta Be 2		1	2	3	4	5		X 1)																														X 1)																														
Sta BW 105/10, T. 20					1 2)	2		X		X				nur für Wirtschaftsbereiche veröffentlicht 3)																																																						
Gde.Sta 1060/61 Teil 1				1	2			X																																																												
NV S/G 5		1	2	3	4	5		X		X				X		X		X		X		X		X		X		X		X		X		X		X		X																														
Suka 23 NT								nicht tabelliert																																																												

1) In einer Summe als Auspendler veröffentlicht

2) Nur für Gemeinden mit 1 000 und mehr Einwohnern

3) Land- und Forstwirtschaft
Produzierendes Gewerbe
Handel und Verkehr
Sonstige Wirtschaftsbereiche
(Dienstleistungen)

Die Einpendler (ohne Soldaten) - Berufspendler sowie Schüler und Studierende - Berufspendler
auch nach Wirtschaftsabteilungen

S u k a 14 ca. 35 020 Stück	Land	Reg. Bez.	Kreis	Zielgemeinde (Einpendler)	Geschlecht	Vertrieben usw. (4 Gr.)	Einpendler (ohne Soldaten)																																		Gemeinde- Größenklasse											
							Berufspendler								Von den Berufspendlern gehörten zur Wirtschaftsabteilung																																					
							ins- gesamt	und zwar				Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	Energiewirt- schaft und Wasserversor- gung, Berg- bau	Verarbei- tendes Gewerbe (ohne Bau- gewerbe)	Bau- gewerbe	Handel	Verkehr und Nachrichteo- über- mittlung	Kredit- institute und Versicherungs- gewerbe	Dienst- leistungen, soweit nicht an anderer Stelle genannt	Organi- sationen ohne Erwerbscharakter und Private Haushalte	Gebiets- körperschaften und Sozialver- sicherung	ohne Angabe	Nicht zu den Erwerbs- personen gehörende Schüler und Studierende																													
								Ab- hängige	mit eigenem Haus oder Eigentums- wohnung	23	25													27	29	31	33	35	37	39	41	43	45	47	49	51	53	55	57	59		61	63	65	67	69	71	73	75	77	79	81
1	3	5	7	9	11	13	15	17	19	21	23	25	27	29	31	33	35	37	39	41	43	45	47	49	51	53	55	57	59	61	63	65	67	69	71	73	75	77	79	81												
VÖ Sta Be 10, T. N 21 a		1	2	3		4			X			X		X		X		X		X		X		X		X		X		X		X		X		X																
Sta Be 11, T. N 22 a 1)		1	2	3		4			X		X			X		X		X		X		X		X		X		X		X		X		X		X																
Sta BW 105/10, T. 21					1 2)	2			X		X			nur für Wirtschaftsbereiche veröffentlicht 3)																																						
Sta BW 105/10, T. 22 1)					1 2)	2			X		X			nur für Wirtschaftsbereiche veröffentlicht 3)																																						
Gde.Sta 1060/61 Teil 1				1	2				X																																											
NV N 21 a		1	2	3	4	5			X			X		X		X		X		X		X		X		X		X		X		X		X		X																
N 22 a 1)		1	2	3	4	5			X		X			X		X		X		X		X		X		X		X		X		X		X		X																
N ^m N 21 b, c, d, e		1	2	3	4	5 6			nicht tabelliert																																											
N 22 b, c, d, e		1	2	3	4	5 6			nicht tabelliert																																											

1) Diese Tabelle wurde als Addition der
Summenkarten 12 und 14 erstellt

2) Nur für Gemeinden mit 1 000 und mehr Einwohnern

3) Land- und Forstwirtschaft
Produzierendes Gewerbe
Handel und Verkehr
Sonstige Wirtschaftsbereiche
(Dienstleistungen)

Die Auspendler (ohne Soldaten) - Berufspendler sowie Schüler und Studierende - Berufspendler auch nach Familienstand, Altersgruppen, Wirtschaftsbereichen, Vertriebeneneigenschaft

S u k a 20 ca. 82 000 Stück	Wohnsitz -					Pendl. (ohne Sol- daten) insgesamt	davon																											Sonder- schlüssel	Ziel -						
	Land	Reg. Bez.	Kreis	Gemeinde	Geschlecht		Berufs- pendler	und zwar		standen in Alter von Jahren												Von den Berufspendlern													Nicht zu den Er- werbspen- dler ge- hörende Schüler und Studien-						
								selb- ständige Landwirte in der weiteren Erwerbs- tätigkeit	Ver- heir- tete	Ab- hän- gige	gehörten zum Wirtschaftsbereich																														
											unter 15	15 bis unter 25	25 bis unter 65	65 und mehr	ohne Angabe	Land- u. Forst- wirtsch., Tierzüch- tung u. Fischerei	daneben Vertrieb, mit Ausw. A oder B und Deut- sche aus der SBZ	Pro- du- zierendes Gewerbe	daneben Vertrieb, mit Ausw. A oder B und Deut- sche aus der SBZ	Handel, 1) Verkehr, Kreditin- stanz mit Ausw. A oder B und Deut- sche aus der SBZ	Sonstige Wirtsch.- bereiche (Dienst- leistun- gen)	daneben Vertrieb, mit Ausw. A oder B und Deut- sche aus der SBZ																			
1	3	5	7	9	11	13	15	17	19	21	23	25	27	29	31	33	35	37	39	41	43	45	47	49	51	53	55	57	59	61	63	65	67	69	71	73	75	77	79	80	
VÖ Sta BW 105/11 (Stromtabelle Einpendler)	5	6	7	8	9	X		X			X							X 2)	X 2)					X 3)	X	X 3)			X 3)			X 3)			X			1	2	3	4
NV S/G 6 (Auspendler) 5)	1	2	3	4	5	X		X		X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X															X						
S/G 6 b (Stromtabelle Auspendler)	1	2	3	4	9	X		X		X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X			X		X							X			X			5	6	7	8
S/G 6 c (Stromtabelle Einpendler)	5	6	7	8	9	X		X		X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X			X		X				X			X			X			1	2	3	4

- 1) In dieser Summenkarte ist die Wirtschaftsabteilung 6 "Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe" abweichend von der in der Grundsystematik festgelegten Regelung dem Wirtschaftsbereich "Handel und Verkehr" statt den "Sonstigen Wirtschaftsbereichen (Dienstleistungen)" zugeordnet worden
- 2) 25 und mehr Jahre alt

- 3) In einer Summe veröffentlicht
- 4) Nur Zielgemeinden mit 2 000 und mehr Einpendlern
- 5) Auspendler in Pendlerströmen mit 10 und mehr Personen nach einer bestimmten Zielgemeinde

Von den Auspendlern (ohne Soldaten) - Berufspendler sowie Schüler und Studierende - benutzte Verkehrsmittel

Suka 21 ca. 81 090 Stück	Wohnsitz -					Benutztes Verkehrsmittel im Juni 1961																							Ziel -															
	Land	Reg. Bez.	Kreis	Gemeinde	Geschlecht	von Berufspendlern															von Schülern und Studierenden										Land	Reg. Bez.	Kreis	Gemeinde										
						Eisenbahn	Straßenbahn	S - Bahn	U - Bahn, Hochbahn (einschl. Seil-, Schwebebahn)	Kraftomnibus, O - Bus	Personenkraftwagen, Kombikraftwagen usw.	Motorrad, Motorroller, Moped	Fahrrad	Schiff	zu Fuß und ohne Angabe	Eisenbahn	Straßenbahn	S - Bahn	U - Bahn, Hochbahn (einschl. Seil-, Schwebebahn)	Kraftomnibus, O - Bus	Personenkraftwagen, Kombikraftwagen usw.	Motorrad, Motorroller, Moped	Fahrrad	Schiff	zu Fuß und ohne Angabe																			
1	3	5	7	9	11	13	15	17	19	21	23	25	27	29	31	33	35	37	39	41	43	45	47	49	51	53	55	57	59	61	63	65	67	69	71	73	75	77	79	80				
VÖ Sta BW 105/11 (Stromtabelle Einpendler)	5	6	7	8	9	X					X	X																																
NV S/G 7 (Auspendler) 2)	1	2	3	4	5	X			X	X	X	X							X	X			X	X			X	X	X	X	X													
S/G 7 b (Stromtabelle Auspendler)	1	2	3	4	9	X		X			X	X	X	X	X	X						X	X			X	X	X	X	X	X													
S/G 7 c (Stromtabelle Einpendler)	5	6	7	8	9	X		X			X	X	X	X	X	X						X	X			X	X	X	X	X	X													

- 1) Nur Zielgemeinden mit 2 000 und mehr Einpendlern
- 2) Auspendler in Pendlerströmen mit 10 und mehr Personen nach einer bestimmten Zielgemeinde

Personen mit abgeschlossener Ausbildung an einer Berufsfach-, Fach- oder Hochschule, Beteiligung am Erwerbsleben
und Fachrichtung der Ausbildung

S u k a 99 ca. 13 000 Stück	Land	Reg. Bez.	Kreis	Gemeinde	Schulart	Geschlecht	Personen insgesamt			Erwerbspersonen mit Berufsfach-, Fachschule - oder Hochschulausbildung																		Nichterwerbspersonen mit Berufsfach-, Fachschule - oder Hochschulausbildung												Gemeinde- Größenklasse		
										insgesamt	darunter im Alter						darunter in den Fachrichtungen												insgesamt	darunter in den Fachrichtungen												
											bis unter 45 Jahre		45 bis unter 65 Jahre		Ge- werblich 10 - 19		Tech- nisch 20 - 27		Natur- wissen- schaften 30 - 38		Theo- logie und Erzieh- ungs- wesen 40 - 54		Gesund- heits- wesen 70 - 78		Geistes- wissen- schaften 80 - 98		Gewerblich und Technisch 10 - 27			Theologie und Erzieh- ungswesen 40 - 54		Gesund- heits- wesen 70 - 78										
1	3	5	7	9	11	13	15	17	19	21	23	25	27	29	31	33	35	37	39	41	43	45	47	49	51	53	55	57	59	61	63	65	67	69	71							
NV N 15 a	1	2	3	4	5	6	X			X			X		X		X		X		X		X		X		X		X		X		X		X							
N 15 a	1				3	4	X			X			X		X		X		X		X		X		X		X		X		X		X		X		2					

Die Schüler und Studierenden nach Altersgruppen

[illegible]

Die Privathaushalte nach Zahl und Größe und die Anstalten

S u k a 10 ca. 29 480 Stück	Land	Reg. Bez.	Kreis	Gemeinde	Geschlecht	Mit-/Eigent.-Verhältn.	Ei n p e r s o n e n h a u s h a l t e				M e h r p e r s o n e n h a u s h a l t e					V o n d e n M e h r p e r s o n e n h a u s h a l t e n u m f a s s t e n P e r s o n e n																		A n s t a l t e n				<div></div> <div>Gemeinde-Größenklasse</div>				
							Insgesamt	davon: von verheirateten Männern	2	3						4	5	6	7	8 und mehr																						
																				Anzahl	Personen	Anzahl	Personen	Anzahl	Personen	Anzahl	Personen															
							1	3	5	7	9	11	13	15	17	19	21	23	25	27	29	31	33	35	37	39	41	43	45	47	49	51	53	55	57	59	61					63
VÖ Sta Be 7, T. S/G 2	1	2	3		4		X				X		X			X		X		X		X		X		X		X		X		X		X								
Sta Be 7, T. S/K 2	1	2			4	3	X				X		X			X		X		X		X		X		X		X		X		X		X								
Sta Be 2,	1	2		4	5		X				X		X																													
Sta BW 105/2, T. 8	1	2	3				X				X		X			X		X		X		X		X		X		X		X		X		X								
Gde.Sta 1960/61 Teil 1			1	2			X ¹⁾				X ¹⁾																															
NV S/G 2	1	2	3	4	5		X				X		X			X		X		X		X		X		X		X		X		X		X								
S/G 2	1	2				4	X				X		X			X		X		X		X		X		X		X		X		X		X								
S/K 2	1	2	3		5	4	X				X		X			X		X		X		X		X		X		X		X		X									3	

1) Einpersonen- und Mehrpersonenhaushalte in einer Summe, darunter
Einpersonenhaushalte gesondert veröffentlicht

Die Wohnbevölkerung in den Großen Kreisstädten nach Alters- bzw. Geburtsjahren, Familienstand, Religionszugehörigkeit und Stellung zum Erwerbsleben

S u k z 3 A c. 19 900 Stück	Land	Re ^z . Bez.	Kreis	Gemeinde	Geschlecht	Altersjahr	Geburtsjahr	Wohn- bevöl- kerung	Familienstand					Religion								Erwerbspersonen (ohne Soldaten)								Nichterwerbspersonen											
									ledig	verheiratet		ohne Angabe	evange- lisch	römisch kath.	Ost- kirchen	Andere Volks- und Welt- religi- onen	ohne Angabe	ins- gesamt	überwiegender Lebensunterhalt				ins- gesamt	überwiegender Lebens- unterhalt		Schü- ler und Studie- rende															
										zu- sammen- lebend	nicht- zu- sammen- lebend								Erwerbs- tätig- keit	Ar- beits- losen- geld/- hilfe	Rente	Ange- hörige		Rente	Ange- hörige																
	1	3		5		7	9	11	13	15	17	19	21	23	25	27	29	31	33	35	37	39	41	43	45	47	49	51	53	55	57	59	61	63	65	67	69	71	73	75	77
NV S/K 4, Städte			211	1	3																					X		X		X		X		X		X		X		X	
S/K 1 a, Städte			211	1	4			X		X		X		X		X		X		X		X		X																	
S/K 1 b, Städte			211	1	3			X		X		X		X		X		X		X		X		X																	

1) Nur für Große Kreisstädte

Die Wohnbevölkerung nach Alters- (Geburts-) jahren, Familienstand und Religionszugehörigkeit

[illegible]

- 1) Nur männlich veröffentlicht
- 2) Nach 31 Positionen des "Verzeichnisses der Religionsbenennungen"
- 3) Ohne Gliederung nach Altersjahren
- 4) Nur nach Altersgruppen

Personen der Wohnbevölkerung, mit weiterem Wohnraum außerhalb des Bundesgebietes (2 a - Personen) nach Altersjahren, Familienstand, Religionszugehörigkeit und Stellung zum Erwerbsleben

[illegible]

95

- 1) Nur für das Land nach Altersjahren und nur für die Regierungsbezirke nach Altersgruppen veröffentlicht
- 2) Nur nach Altersgruppen veröffentlicht

95

- 1) Nur für das Land nach Altersjahren und
nur für die Regierungsbezirke nach Altersgruppen veröffentlicht
- 2) Nur nach Altersgruppen veröffentlicht

Die Erwerbspersonen (ohne Soldaten) nach Wirtschaftsunterabteilungen, Sozialer Stellung und Vertriebeneneigenschaft sowie nach der Religionszugehörigkeit

S u k a 34 ca. 61 250 Stück	Land	Reg. Bez.	Kreis	Geschlecht	Wirtschaftsunterteilung	Soziale Stellung	Erwerbspersonen (ohne Soldaten)					darunter								Von den Erwerbspersonen (ohne Soldaten) waren nach der Religionszugehörigkeit																<div></div>				
							Insgesamt	darunter	verheiratet	Vertriebene mit Ausweis A oder B nicht aus der SBZ zugezogen	Vertriebene mit Ausweis A oder B aus der SBZ zugezogen	Sowjetzonenflüchtlinge mit Ausweis C	Deutsche aus der SBZ ohne Ausweis A, B oder C	evangelisch				römisch-katholisch				Sonstige																		
														Insgesamt	darunter	Vertriebene mit Ausweis A oder B	Deutsche aus der SBZ	Insgesamt	Vertriebene mit Ausweis A oder B	Deutsche aus der SBZ	Insgesamt	darunter	Vertriebene mit Ausweis A oder B	Deutsche aus der SBZ																
1	3	5	7	9	11	13	15	17	19	21	23	25	27	29	31	33	35	37	39	41	43	45	47	49	51	53	55	57	59	61	63	65	67	69	71	73	75	77	79	
Vö Sta BW 105/6, T. 13	1	2		4	5 1)	3 2)		X				X		X		X		X																						
Sta BW 105/6, T. 16 a	1	2	3	5	6 1)	4 2)		X																																
Sta BW 105/6, T. 16 b	1	2	3	5	4			X																																
NV S/K 5	2	3	4	1	5 3)	6 4)		X		X		X		X		X		X		X						X					X									

- 1) Nur nach Wirtschaftsabteilungen veröffentlicht
- 2) Nur Stellung im Beruf veröffentlicht
- 3) Auch nach Wirtschaftsabteilungen tabelliert
- 4) Soziale Stellung auch Stellung im Beruf tabelliert

Die Erwerbspersonen (ohne Soldaten) nach Wirtschaftsunterabteilungen, Sozialer Stellung und Beteiligung am Erwerbsleben

S u k a 44 ca. 61 500 Stück		Land	Reg. Bez.	Kreis	Geschlecht	Wirtschaftsunterabteilung	Soziale Stellung	Von den Erwerbspersonen (ohne Soldaten) waren																				Erwerbspersonen (ohne Soldaten) mit überwiegender Lebensunterhaltung aus Erwerbstätigkeit oder Arbeitslosengeld/-hilfe											
								Erwerbstätige										Erwerbslose										Insgesamt darunter Vertriebene mit Ausweis A oder B nicht aus der SBZ zugezogen Vertriebene mit Ausweis A oder B aus der SBZ zugezogen Sowjetzonenflüchtlinge mit Ausweis C Deutsche aus der SBZ ohne Ausweis A, B oder C											
								überhaupt					Von den Erwerbstätigen hatten eine weitere Tätigkeit					überhaupt					darunter																
								Insgesamt	darunter verheiratet	überhaupt			darunter als		Insgesamt	darunter verheiratet	Selbstständige	Mith. Fam.-Angehörige	Abhängige	Insgesamt	darunter verheiratet	Vertriebene mit Ausweis A oder B nicht aus der SBZ zugezogen	Vertriebene mit Ausweis A oder B aus der SBZ zugezogen	Sowjetzonenflüchtlinge mit Ausweis C	Deutsche aus der SBZ ohne Ausweis A, B oder C														
										Insgesamt	darunter verheiratet	Insgesamt	darunter verheiratet	Insgesamt												darunter verheiratet													
																											Insgesamt							darunter verheiratet	Insgesamt	darunter verheiratet	Insgesamt	darunter verheiratet	
Insgesamt	darunter verheiratet	Insgesamt	darunter verheiratet	Insgesamt	darunter verheiratet																																		
1	3	5	7	9	11	13	15	17	19	21	23	25	27	29	31	33	35	37	39	41	43	45	47	49	51	53	55	57	59	61	63	65	67	69	71	73	75	77	79
VÖ Sta BW 105/6, T. 13	1	2		4	5 1)	3 2)		X				X				X		X		X		X			X		X		X		X								
NV S/K 6	2	3	4	1	5 3)	6 4)		X		X										X		X			X		X		X		X		X		X		X		X

- 1) Nur nach Wirtschaftsabteilungen veröffentlicht
- 2) Nur Stellung im Beruf veröffentlicht
- 3) Auch nach Wirtschaftsabteilungen tabelliert
- 4) Soziale Stellung auch Stellung im Beruf tabelliert

67

1) Nur nach Wirtschaftsabteilungen tabelliert

•

1) Nur nach Wirtschaftsabteilungen tabelliert

Die Wohnbevölkerung im Anstaltsbereich nach der Anstaltsart
(Wohnbevölkerung und Personal)

S u k a 88 ca. 1 550 Stück	Land	Reg. Bez.	Kreis	Geschlecht	Anstaltsart	Zahl der Anstalten	Wohnbevölkerung im Anstaltsbereich												Von der Wohnbevölkerung im Anstaltsbereich gehörten zum Personal (einschl. ihrer Haushaltsangehörigen)																						
							Insgesamt	darunter											Insgesamt	darunter																					
								Vertriebene mit Ausweis A oder B <u>nicht</u> aus der SBZ zugezogen	Vertriebene mit Ausweis A oder B aus der SBZ zugezogen	Sowjet- zonen- flüchtlinge mit Ausweis C	Deutsche aus der SBZ ohne Ausweis A, B oder C	Vertriebene mit Ausweis A oder B <u>nicht</u> aus der SBZ zugezogen	Vertriebene mit Ausweis A oder B aus der SBZ zugezogen	Sowjet- zonen- flüchtlinge mit Ausweis C	Deutsche aus der SBZ ohne Ausweis A, B oder C	waren Personen, die über Haushaltslisten erfaßt wurden und zwar in																									
																Ein- perso- nen- haushalten	Mehrpersonenhaushalten																								
																	Insgesamt	darunter																							
1	3	5	7	9	11	13	15	17	19	21	23	25	27	29	31	33	35	37	39	41	43	45	47	49	51	53	55	57	59	61	63	65	67	69	71	73	75	77	79	81	
NV N 3, 1. Teil	1	2	3	5	4	X		X			X		X			X				X			X		X		X			X			X			X			X		

noch: Die Wohnbevölkerung im Anstaltsbereich nach der Anstaltsart
(Insassen)

S u k a 89 ca. 1 300 Stück	Land	Reg. Bez.	Kreis	Geschlecht	Anstaltsart	Von der Wohnbevölkerung im Anstaltsbereich gehörten zu den Insassen																																			
						Insgesamt	darunter																																		
							waren								waren Personen, die über Haushaltslisten erfüllt wurden und zwar in																										
							Vertriebene mit Ausweis A oder B nicht aus der SBZ zugezogen	Vertriebene mit Ausweis A oder B aus der SBZ zugezogen	Sowjetzonenflüchtlinge mit Ausweis C	Deutsche aus der SBZ ohne Ausweis A, B oder C	Ei- n- perso- nen- haushalten	Mehrpersonenhaushalten																													
												Insgesamt	darunter																												
													Haushalts- vorstände																												
1	3	5	7	9	11	13	15	17	19	21	23	25	27	29	31	33	35	37	39	41	43	45	47	49	51	53	55	57	59	61	63	65	67	69	71	73	75	77	79	81	
NV N 3, 2. Teil	1	2	3	5	4		X				X		X			X			X			X		X																	

Wohnbevölkerung und Erwerbspersonen im Anstaltsbereich

Aus Originalkarten erstellt	Kreis	Anstaltsart	Personal/Insassen	Geschlecht	Wohnbevölkerung															Erwerbspersonen (ohne Soldaten)				
					insgesamt	darunter														insgesamt	darunter			
						Familienstand		Religion		im Alter von Jahren				mit überwiegendem Lebensunterhalt aus		mit überwiegendem Lebensunterhalt des Ernährers aus					nach Wirtschaftsbereichen		Selbstständige und Mit-helfende	
						ledig	verh.	evangelisch	römisch-katholisch	unter 15	15 bis unter 20	20 bis unter 45	45 bis unter 65	Erwerbstätigkeit	Rente	Land- u. Forstwirtschaft	Produzierendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Dienstleistungen		Land- und Forstwirtschaft	Produzierendes Gewerbe		Handel und Verkehr
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20					
NV Die Wohnbevölkerung im Anstaltsbereich 1)	1	2	3	4	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X		

1) Über Einzelbogen und Haushaltslisten erfaßte Personen

Die Erwerbspersonen (ohne Soldaten) und die verheirateten Frauen unter den Erwerbspersonen nach Wirtschaftsgruppen, Berufsordnungen und Stellung im Beruf

S u k a 39 ca. 57 800 Stück	Land	Reg. Bez.	Großstädte	verh. Frauen Geschlecht	Wirtschafts- gruppe	Berufsordnung	Erwerbspersonen (ohne Soldaten)										Von den Erwerbspersonen (ohne Soldaten) waren nach der Stellung im Beruf																	<div></div>							
							Insgesamt	davon								Erwerbs- lose	Selbständige, Hausgewerbe- treibende und Zwischen- meister	Mittelstende Familien- angehörige	Beserte	Angestellte	Arbeiter (einschl. Heim- arbeiter)	Lehrlinge usw.	ohne Angabe																		
								Erwerbstätige						Insgesamt	darunter mit weiterer Tätigkeit																										
1	3	5	7	9	11	13	15	17	19	21	23	25	27	29	31	33	35	37	39	41	43	45	47	49	51	53	55	57	59	61	63	65	67	69	71	73	75	77	79	80	
VÖ Sta BW 105/6, T. 15 c	1	2		4	3			X										X		X																					
NV N 6 a	1	2		3	4/5	5/4		X		X			X		X			X		X			X	X					X		X		X								
N 5 b	2	3		1	4/5	5/4		X		X			X		X			X		X			X	X					X		X		X								
N 6 a				1	2	3/4	4/3	X		X			X		X			X		X			X	X					X		X		X								
N 6 b			2	1		3/4	4/3	X		X			X		X			X		X			X	X					X		X		X								

Die Erwerbspersonen (ohne Soldaten) und die verheirateten Frauen unter den Erwerbspersonen mit überwiegendem Lebensunterhalt nicht durch Erwerbstätigkeit oder Arbeitslosengeld/-hilfe nach Wirtschaftsgruppen, Berufsordnungen und Stellung im Beruf

S u k a 39 ca. 17 360 Stück	Land	Reg. Bez.	Großstädte	verh. Frauen	Geschlecht	Wirtschafts- gruppe	Berufsordnung	Von den Erwerbspersonen (ohne Soldaten) hatten einen überwiegenden Lebensunterhalt nicht durch Erwerbstätigkeit oder Arbeitslosengeld/-hilfe und waren nach der Stellung im Beruf																				<div></div>												
								Insgesamt	davon								Erwerbs- lose	Selbständige, Hausgewerbe- treibende und Zwischen- meister	Mittelstende Familien- angehörige	Besarte	Angestellte	Arbeiter (einschl. Heim- arbeiter)	Lehrlinge usw.	ohne Angabe																
									Erwerbstätige																															
									Insgesamt	darunter																														
										mit weiterer Tätigkeit																														
1	3	5	7	9	11	13	15	17	19	21	23	25	27	29	31	33	35	37	39	41	43	45	47	49	51	53	55	57	59	61	63	65	67	69	71	73	75	77	79	80
NV N 6 c	1	2		3	4/5	5/4		X			X			X		X			X			X	X																	
N 6 d	2	3		1	4/5	5/4		X			X			X		X			X			X	X																	
N 6 c			1	2	3/4	4/3		X			X			X		X			X			X	X																	
N 6 d			2	1		3/4	4/3	X			X			X		X			X			X	X																	

Die Personen mit abgeschlossener Ausbildung an einer Berufsfach-, Fach- oder Hochschule nach der Fachrichtung der Ausbildung, Stellung zum Erwerbsleben und Altersgruppen

S u k a 91 ca. 20 650 Stück	Land	Reg. Bez.	Großstädte	Geschlecht	Schulart	Fachrichtung	Vertrieben usw. (4 Gr.) verb. Frauen Stellung zum Erwerbsleben																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																										
--------------------------------	------	-----------	------------	------------	----------	--------------	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

1) Nur bei "insgesamt" je Schulart veröffentlicht

70

Die Personen mit abgeschlossener Ausbildung an einer Berufsfach-, Fach- oder Hochschule nach der Fachrichtung der Ausbildung, Stellung zum Erwerbsleben und Religionszugehörigkeit

S u k a 92 ca. 20 440 Stück	Land	Reg. Bez.	Großstädte	Geschlecht	Schulart	Fachrichtung	Vertrieben usw. (4 Gr.) verh. Frauen Stellung zum Erwerbsleben		Personen mit abgeschlossener Ausbildung																																
									davon																																
									waren nach der Religionszugehörigkeit																																
									evangelisch	röm.-kath.		sonstige																													
1	3	5	7	9	11	13	15	17	19	21	23	25	27	29	31	33	35	37	39	41	43	45	47	49	51	53	55	57	59	61	63	65	67	69	71	73	75	77	79	80	
VÖ Sta BW 105/9, T. 23	1	2		4	6	7	5	1			X		X					X																							
NT N 14 a, 2. Teil	1	2		3	4	5		6			nicht tabelliert																														
N 14 a, 4. Teil	1	2			4	5		3	6		nicht tabelliert																														
N 14 b - e, 2. Teil	1	2		3	5	6	4	7			nicht tabelliert																														
N 14 b - e, 4. Teil	1	2			5	6	4	3	7		nicht tabelliert																														
N 14 a, 2. Teil				1	2	3	4		5		nicht tabelliert																														
N 14 a, 4. Teil				1		3	4		2	5	nicht tabelliert																														
N 14 b - e, 2. Teil				1	2	4	5	3	6		nicht tabelliert																														
N 14 b - e, 4. Teil				1		4	5	3	2	6	nicht tabelliert																														

1) Nur bei "insgesamt" je Schulart veröffentlicht

Die Personen im Alter von unter 30 Jahren mit abgeschlossener Ausbildung an einer Berufsfach-, Fach- oder Hochschule nach der Fachrichtung der Ausbildung, Stellung zum Erwerbsleben und Altersjahren

[illegible]

Die Personen im Alter von 55 bis unter 65 Jahren mit abgeschlossener Ausbildung an einer Berufsfach-, Fach- oder Hochschule nach der Fachrichtung der Ausbildung, Stellung zum Erwerbsleben und Altersjahren

[illegible]

Die Erwerbspersonen (ohne Soldaten) mit abgeschlossener Ausbildung an einer Berufsfach-, Fach- oder Hochschule, Fachrichtung der Ausbildung, Berufsgruppe, Wirtschaftsunterabteilung, Stellung im Beruf und Altersgruppen

[illegible]

Die Erwerbspersonen (ohne Soldaten) mit abgeschlossener Ausbildung an einer Berufsfach-, Fach- oder Hochschule, Fachrichtung der Ausbildung, Wirtschaftsunterabteilung, Stellung im Beruf und Religionszugehörigkeit

S u k k 9c ca. 9A 000 Stück	Land	Reg. Bez.	Großstädte	Geschlecht	Schulart	Fachrichtung	Berufsklasse		Wirtschafts- unterabteilung	Stellung in Beruf	Ausländer	Vertriebene usw. (4 Gr.)	Erwerbspersonen (ohne Soldaten) mit abgeschlossener Ausbildung																																			
													davon																																			
													waren nach der Religionszugehörigkeit																																			
													evangelisch								röm.-kath.								Sonstige																			
1	3	5	7	9	11	13	15	17	19	21	23	25	27	29	31	33	35	37	39	41	43	45	47	49	51	53	55	57	59	61	63	65	67	69	71	73	75	77	79									
N ^o 1 ^a , 2. Teil													1	2	3	4	6			5	7	nicht tabelliert																										
N 1 ^a , 2. Teil															1	2	3	4	6			4	6	nicht tabelliert																								

73

S u k a 98 ca. 21 360 Stück	Land	Reg. Bez.	Großstädte	Geschlecht	Schulart	Fachrichtung	Berufsklasse	Hilfskräfte- unterabteilung	Stellung in Beruf	Ausländer	Vertriebsnum. (4 Gr.)	Erwerbspersonen (ohne Soldaten) mit abgeschlossener Ausbildung im Alter von																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																													
												55 bis unter 66 Jahren																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																													
												Insgesamt	davon standen im Alter von ... Jahren																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																												
													55 bis unter 56	56 bis unter 57	57 bis unter 58	58 bis unter 59	59 bis unter 60	60 bis unter 61	61 bis unter 62	62 bis unter 63	63 bis unter 64	64 bis unter 65	65 bis unter 66	66 bis unter 67	67 bis unter 68															68 bis unter 69	69 bis unter 70	70 bis unter 71	71 bis unter 72	72 bis unter 73	73 bis unter 74	74 bis unter 75	75 bis unter 76	76 bis unter 77	77 bis unter 78	78 bis unter 79	79 bis unter 80																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																						
1	3	5	7	9	11	13	15	17	19	21	23	25	27	29	31	33	35	37	39	41	43	45	47	49	51	53	55	57	59	61	63	65	67	69	71	73	75	77	79																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																		
NT N 17, 2. Teil	1	2	3	4	6	5			7																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																</

Die Personen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Angehörige nach Alter sowie überwiegendem Lebensunterhalt,
Wirtschaftsunterabteilung und Sozialer Stellung des Ernährers

S u k a 65 ca. 52 840 Stück	Land	Reg. Bez.	Geschlecht	Ew. Lebensunterhalt	Wirtschafts- unterabteilung	Soziale Stellung des Ernährers	Personen mit überwiegendes Lebensunterhalt durch Angehörige	davon standen im Alter von ... Jahren																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
								unter 6	6 bis unter 15	15 bis unter 20	20 bis unter 25	25 bis unter 30	30 bis unter 35	35 bis unter 40	40 bis unter 45	45 bis unter 50	50 bis unter 55	55 bis unter 60	60 bis unter 65	65 und mehr	ohne Angabe																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																				
								1	3	5	7	9	11	13	15	17	19	21	23	25	27	29	31	33	35	37	39	41	43	45	47	49	51	53	55	57	59	61	63	65	67	69	71	73	75	77	79	81																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																									
65 = Personen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Angehörige insgesamt 75 = verheiratete Frauen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Angehörige																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																									
Suka 65																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																									</

1) Nur nach Wirtschaftsabteilungen tabelliert

Die Wohnbevölkerung nach Altersjahren, Familienstand, Beteiligung am Erwerbsleben und überwiegendem Lebensunterhalt

S u k a 51 Erwerbspersonen ca. 13 250 Stück S u k a 61 Nichterwerbs- personen ca. 14 000 Stück	Land	Reg. Bez.	Geschlecht	Altersjahr	Familienstand	Verheiratete u. d. Gr.) Beteiligung am Erwerbsleben	Personen insgesamt	davon mit überwiegendem Lebensunterhalt durch										<div></div>																							
								davon																																	
								Erwerbs- tätigkeit	Arbeits- losgeld /-hilfe	Rente u. dgl.	Sozialversiche- rungsrente, Pension u. dgl.	eigenes Vermögen u. dgl.	sonstige Unterhalts- quellen																												
1	3	5	7	9	11	13	15	17	19	21	23	25	27	29	31	33	35	37	39	41	43	45	47	49	51	53	55	57	59	61	63	65	67	69	71	73	75	77	79	80	
Suka 51/61																																									
VÖ Sta BW 105/5, T. 11 a	1	2		6	3	1	5	4	X	X		X			X		X			X																					
NV N 10 a, 1. Teil	2	3		5	7	4	2	1	6	X		X			X		X			X			X																		
N 10 b, 1. Teil	2	3		5	7	4	2	1	6	X		X			X		X			X			X		X																
N 10 c, 1. Teil	2	3		5	7	4	2	1	6	X		X			X		X			X			X		X																
N 10 d, 1. Teil	2	3		5	7	4	2	1	6	X		X			X		X			X			X		X																

- 1) Nur nach Altersgruppen veröffentlicht
- 2) Außerdem für verheiratete Personen gesondert erstellt (zusammenlebend und nicht zusammenlebend)

75

Die Wohnbevölkerung mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Angehörige nach Altersjahren, Familienstand und Beteiligung am Erwerbsleben

S u k a 52 Erwerbspersonen ca. 4 330 Stück	Land	Reg. Bez.	Geschlecht	Altersjahr	Familienstand Verheiratete u. d. Gr., Beteiligung am Erwerbsleben	davon mit überwiegendem Lebensunterhalt durch																Von den Personen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Angehörige erhalten diesen von einem Ernährer mit überwiegendem Lebensunterhalt durch												ohne Angabe des überwiegenden Lebensunterhalts des Ernährers																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																													
						Angehörige	Chaparrar, sofern nicht Haushalts- vorstände	in ihrer Familie	nicht in ihrer Familie, aber außerhalb von Anstalten	in Anstalten	Haushalts- vorstände	Übrige Personen	davon																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																		
													Erwerbs- tätigkeit	Arbeits- losengeld /-hilfe	Sozialversi- cherungs- rente, Pension u. dgl.	eigenes Vermögen u. dgl.	sonstige Unterhalts- quellen	ohne Angabe des überwiegenden Lebensunterhalts des Ernährers																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																													

- 1) Nur nach Altersgruppen veröffentlicht
- 2) Außerdem für verheiratete Personen gesondert erstellt (zusammenlebend und nicht zusammenlebend)

Die Erwerbspersonen (ohne Soldaten) nach Altersjahren und Stellung im Beruf

S u k a 53 ca. 3 350 Stück	Land	Reg. Bez.	Geschlecht	Altersjahr	Familienstand	Erwerbs- personen (ohne Soldaten) Insgesamt	Von den Erwerbspersonen (ohne Soldaten) waren																																		
							Erwerbstätige																																		
							davon waren nach der Stellung im Beruf																																		
							Insgesamt	Selbständige		Hausgewer- betreibende und Zwischen- meister		Mithelfende Familien- angehörige		Rente		Angestellte		Arbeiter (ohne Haus- arbeiter)		Heimarbeiter		Lehrlinge usw.		ohne Angabe																	
																						Insgesamt	derunter gewerbliche und Handwerks- Lehrlinge																		
1	3	5	7	9	11	13	15	17	19	21	23	25	27	29	31	33	35	37	39	41	43	45	47	49	51	53	55	57	59	61	63	65	67	69	71	73	75	77	79	81	
VÖ Sta BW 105/6, T. 14	1	2		5	3 1)	4)		X		X		X			X 3)		X			X			X			X			X 4)		X								X		

- 1) Von 15 bis unter 25 Jahren und von 55 bis unter 70 Jahren nach Altersjahren,
sonst nach Altersgruppen veröffentlicht
- 2) Nur für Frauen nach dem Familienstand veröffentlicht

- 3) Bei Selbständigen enthalten
- 4) Bei Arbeitern enthalten

Die Erwerbspersonen (ohne Soldaten) nach Altersjahren und Beteiligung am Erwerbsleben sowie nach der Stellung im Beruf

S u k a 54 ca. 3 150 Stück	Land	Reg. Bez.	Geschlecht	Altersjahr	Familienstand	Von den Erwerbspersonen (ohne Soldaten) waren										Von den Erwerbstätigen (ohne Soldaten) hatten eine weitere Tätigkeit										Von den Erwerbspersonen (ohne Soldaten) waren																	
						Insgesamt	Angestellte	Arbeiter (einschl. Hei- marbeiter)	ohne Angabe	Insgesamt	Selbständige	Mithelfende Familien- angehörige	Abhängige	Schüler und Studierende	Rente u. dgl.	derunter Schüler und Studierende	Insgesamt	derunter Schüler und Studierende	Angestellte	derunter Schüler und Studierende	ohne Angabe	Insgesamt	derunter Schüler und Studierende	Angestellte	derunter Schüler und Studierende	ohne Angabe	Insgesamt	derunter Schüler und Studierende	Angestellte	derunter Schüler und Studierende	ohne Angabe	Insgesamt	derunter Schüler und Studierende	Angestellte	derunter Schüler und Studierende	ohne Angabe	Insgesamt	derunter Schüler und Studierende	Angestellte	derunter Schüler und Studierende	ohne Angabe		
	1	3	5	7	9	11	13	15	17	19	21	23	25	27	29	31	33	35	37	39	41	43	45	47	49	51	53	55	57	59	61	63	65	67	69	71	73	75	77	79	81		
VÖ Sta BW 105/6, T. 14	1	2		5	3 1	4						X					X			X 3)			X 3)			X 3)				X					X								

- 1) Von 15 bis unter 25 Jahren und von 55 bis unter 70 Jahren nach Altersjahren,
sonst nach Altersgruppen veröffentlicht
- 2) Nur für Frauen nach dem Familienstand veröffentlicht

- 3) Nur in einer Summe enthalten

Die Erwerbspersonen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Rente u. dgl. nach Altersjahren, Familienstand und Stellung im Beruf

S u k a 55 ca. 3 650 Stück	Land	Reg. Bez.	Geschlecht	Altersjahr	Familienstand	Erwerbspersonen mit Überwiegen- dem Lebensunter- halt durch Rente u. dgl. bzw. durch Anghörige Insgesamt	davon hatten einen Überwiegenden Lebensunterhalt durch																																					
							Rente u. dgl.	davon waren																							Erwerbslose	Anghörige												
								Erwerbstätige																																				
								davon waren nach der Stellung im Beruf																																				
								Insgesamt	Selbständige	Hausgewer- treibende u. Zwischen- meister	Mithelfende Familien- angehörige	Rente	Angestellte	Arbeiter (ohne Heimarbeiter)	Hei- marbeiter	Lehrlinge usw.	ohne Angabe																											
1	3	5	7	9	11	13	15	17	19	21	23	25	27	29	31	33	35	37	39	41	43	45	47	49	51	53	55	57	59	61	63	65	67	69	71	73	75	77	79	81				
NV N 13, 1. Teil	1	2		3	4	51		X		X		X		X			X		X		X			X			X			X		X			X							X		

- 1) Nur für verheiratete Personen (zusammenlebend und nicht zusammenlebend)

77

1) Nur für verheiratete Personen (zusammenlebend und nicht zusammenlebend)

77

- 1) Nur nach Wirtschaftsabteilungen veröffentlicht
- 2) Nur nach Wirtschaftsunterabteilungen veröffentlicht
- 3) Nur nach Berufsgruppen veröffentlicht

Die Erwerbspersonen (ohne Soldaten) nach Berufsklassen, Stellung im Beruf, Wirtschaftsgruppen und Altersgruppen

[illegible]

- 1) Nur nach Wirtschaftsabteilungen veröffentlicht
- 2) Nur nach Wirtschaftsunterabteilungen veröffentlicht
- 3) Nur nach Berufsgruppen veröffentlicht

Die Erwerbspersonen (ohne Soldaten) im Alter von unter 25 Jahren nach Berufsklassen, Stellung im Beruf,
Wirtschaftsabteilungen und Altersjahren

[illegible]

79

[illegible]

80

1) Nur nach Wirtschaftsabteilungen tabelliert

1) Nur nach Wirtschaftsabteilungen tabelliert

1) Nur nach Wirtschaftsabteilungen tabelliert

Die Nichterwerbspersonen nach Altersjahren, Familienstand und überwiegendem Lebensunterhalt

S u k a 57 ca. 13 360 Stück	Land	Reg. Bez.	Geschlecht	Alter/Jahr	Familienstand	Verheiratete usw. (16r.)	Nicht- erwerbspersonen insgesamt	davon mit überwiegendem Lebensunterhalt durch																							<div></div>									
								Rente u. dgl.	davon				Angehörige	davon																										
									Sozialversiche- rungsrente, Pension u. dgl.	eigenes Vermögen u. dgl.	sonstige Unterhalts- quellen			von Erwerbspersonen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch						Rente u. dgl.	von Nichterwerbs- personen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Rente u. dgl.	ohne Angabe des überwie- genden Lebens- unterhalts des Erzhirers																		
														Erwerbstätigkeit oder Arbeitslosengeld/-hilfe		insgesamt	sonstige durch Erwerbs- tätigkeit																							
1	3	5	7	9	11	13	15	17	19	21	23	25	27	29	31	33	35	37	39	41	43	45	47	49	51	53	55	57	59	61	63	65	67	69	71	73	75	77	79	
VÖ Sta BW 105/8, T. 19	1	2		5	3 1)	4	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X

1) Von 15 bis unter 25 Jahren und von 55 bis unter 70 Jahren nach Altersjahren,
sonst nach Altersgruppen veröffentlicht

82

- 1) In Anstalten wohnende Einzelpersonen, die keinen eigenen Haushalt führen, ohne kasernierte Soldaten
- 2) Nur für Anstaltsinsassen veröffentlicht

4) Nur für Anstaltspersonal veröffentlicht

3) Nur für zusammengefaßte Anstaltsarten veröffentlicht

4) Nur für Anstaltspersonal veröffentlicht

1) In Anstalten wohnende Einzelpersonen, die keinen eigenen Haushalt führen, ohne kasernierte Soldaten
2) Nur für Anstaltsinsassen veröffentlicht

Die Nichterwerbspersonen unter der Anstaltsbevölkerung ¹⁾ (Personal und Insassen) nach Anstaltsart, überwiegendem Lebensunterhalt und Familienstand

S u k z 87 c. 1 500 Stück	Land	Reg. Bez. Personal/Insassen	Geschlecht	Anstaltsart	Vertriebsart (4 Gr.)	Altersgruppe	Nichterwerbspersonen unter der Anstaltsbevölkerung										Von den Nichterwerbspersonen unter der Anstaltsbevölkerung hatten einen überwiegenden Lebensunterhalt durch																										
							davon										Rente u. dgl.									Angehörige																	
																	davon									davon																	
							Insgesamt	ledig	verheiratet	verwitwet	ge- schieden	ohne Angabe	Insgesamt	ledig	verheiratet	verwitwet	ge- schieden	ohne Angabe	Insgesamt	ledig	verheiratet	verwitwet	ge- schieden	ohne Angabe																			
1	3	5	7	9	11	13	15	17	19	21	23	25	27	29	31	33	35	37	39	41	43	45	47	49	51	53	55	57	59	61	63	65	67	69	71	73	75	77	79	80			
VÖ Sta BW 105/3, T. 24 a	1	2	3	5	4		X										X											X															
Sta BW 105/3, T. 24 b	1	2	3	5	6	3	X										X											y															
N ^m N 20 a, 1. 5. und 6. Teil	1	2	5	3	4	-	nicht tabelliert																																				
N 20 b - e, 1. 5. und 6. Teil	1	2	6	3	5	4	nicht tabelliert																																				

1) In Anstalten wohnende Einzelpersonen, die keinen eigenen Haushalt führen, ohne kasernierte Soldaten

2) Nur für Anstaltsinsassen veröffentlicht

3) Nur für zusammengefaßte Anstaltsarten veröffentlicht

[illegible]

[illegible]

Die Ausländer nach Altersjahren, Familienstand, Religionszugehörigkeit und Stellung zum Erwerbsleben

S u k k a 1 A ca. 19 440 Stück	Land	Reg. Bez.	Kreis	Geschlecht	Altersjahr	Ausländer insgesamt	Familienstand								Religion								Erwerbspersonen (ohne Soldaten)								Nichterwerbspersonen				Schüler und Studierende			
							ledig	verheiratet		ohne Angabe	Evangelisch	Römisch kath.	Ost- kirchen	Andere Volks- und Welt- religionen	ohne Angabe	insgesamt	überwiegender Lebensunterhalt				insgesamt	überwiegender Lebens- unterhalt																
								zusammen- lebend	nicht zusammen- lebend								Erwerbs- tätig- keit	Arbeits- losen- geld/ -hilfe	Rente	Ange- hörige		Rente	Ange- hörige															
1	3	5	7	9	11	13	15	17	19	21	23	25	27	29	31	33	35	37	39	41	43	45	47	49	51	53	55	57	59	61	63	65	67	69	71	73	75	77
NV S/K 1 a A	2	3	4	1	5	X	X		X		X		X		X		X		X		X		X															
S/K 4 A	2	3	4	1	5																		X		X		X		X		X		X		X			

Die Ausländer nach der Staatsangehörigkeit in den Stadt- und Landkreisen

Aus Originalkarten erstellt	Land	Kreis	Staats- angehörigkeit	Ausländer		
				insgesamt	männlich	weiblich
NV S/1	1	2	3	X	X	X

Die Ausländer nach der Religionszugehörigkeit

Aus Originalkarten erstellt	Land	Reg. Bez.	Kreis	Geschlecht	Ausländer insgesamt	davon waren nach der Religionszugehörigkeit									
						Angehörige der			Evangelischen Kirchen	Röm.-kath. Kirche	Ostkirchen		Gemeinschaftslose	Sonstige	ohne Angabe
NV S/8	1	2	3	4	X	X	X	X	X	X	X				

Die Ausländer nach Altersgruppen und Staatsangehörigkeit

Aus Originalkarten erstellt	Kreis	Geschlecht	Altersgruppe	Ausländer insgesamt	Ausländer nach der Staatsangehörigkeit																									
					Europäische Staaten																	Afrik. Staaten	Amerik. Staaten	Asiatische Staaten		Australien und Ozeanien	staatenlos	ungeklärt	ohne Angabe	
					Belgien	Dänemark	Frankreich	Griechenland	Großbritannien und Nordirland	Italien	Jugoslawien	Niederlande	Norwegen	Österreich	Ostblock-Staaten 1)	Schweden	Schweiz	Spanien	Türkei	Ehemalige baltische Staaten 2)	Übriges Europa									
NV S/4, 1. und 2. Teil	1	2	3	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X

1) Albanien, Bulgarien, Polen, Rumänien, Sowjetunion, Tschechoslowakei, Ungarn

2) Estland, Lettland, Litauen

3) Ohne Ägypter mit Staatsangehörigkeit VAR

Die Ausländer nach Geburtsjahrsgruppen und Staatsangehörigkeit

Aus Originalkarten erstellt	Kreis	Geschlecht	Geburtsjahrs- gruppe	Ausländer insgesamt	Ausländer nach der Staatsangehörigkeit																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																			
					Europäische Staaten																	Afrik. Staaten	Amerik. Staaten	Asiatische Staaten		Australien und Ozeanien	staatenlos	ungeklärt	ohne Angabe																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																											
					Belgien	Dänemark	Frankreich	Griechenland	Großbritannien und Nordirland	Italien	Jugoslawien	Niederlande	Norwegen	Österreich	Ostblock- Staaten	1)	Schweden	Schweiz	Spanien	Türkei	Ehemalige baltische Staaten			2)	Übriges Europa					3)	Ägypten	Übriges Afrika	Vereinigte Staaten	Übriges Amerika	Indien	Iran	Israel	Übriges Asien																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																		
NV S/5, 1. und 2. Teil	1	2	3	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X

1) Albanien, Bulgarien, Polen, Rumänien, Sowjetunion, Tschechoslowakei, Ungarn

2) Estland, Lettland, Litauen

3) Ohne Ägypter mit Staatsangehörigkeit VAR

Die Ausländer nach der Beteiligung am Erwerbsleben sowie nach der Staatsangehörigkeit

Aus Originalkarten erstellt	Land	Kreis	Beteiligung am Erwerbsleben	Geschlecht	Ausländer insgesamt	Ausländer nach der Staatsangehörigkeit																									
						Europäische Staaten																	Afrik. Staaten	Amerik. Staaten	Asiatische Staaten		Australien und Ozeanien	staatenlos	ungeklärt	ohne Angabe	
						Belgien	Dänemark	Frankreich	Griechenland	Großbritannien und Nordirland	Italien	Jugoslawien	Niederlande	Norwegen	Österreich	Ostblock-Staaten	Schweden	Schweiz	Spanien	Türkei	Ehemalige baltische Staaten	Übriges Europa									
NV S/10, 1. und 2. Teil	1	2	3	4	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X

1) Albanien, Bulgarien, Polen, Rumänien, Sowjetunion, Tschechoslowakei, Ungarn

2) Estland, Lettland, Litauen

3) Ohne Ägypter mit Staatsangehörigkeit VAR

Die Nichterwerbspersonen unter den Ausländern nach Altersgruppen, Familienstand und überwiegendem Lebensunterhalt

Aus Originalkarten erstellt	Land	Kreis	Altersgruppe	Familienstand	Geschlecht	Nichterwerbs- personen unter den Ausländern insgesamt	davon mit überwiegendem Lebensunterhalt durch									
							Rente und dgl.	davon			Angehörige	davon				
								Sozial- versicherungs- rente Pension dgl.	Eigenes Vermögen und dgl.	Sonstige Unterhalts- quellen		von Erwerbspersonen mit überwiegen- dem Lebensunterhalt durch			von Nicht- erwerbs- personen	ohne Angabe des Lebens- unterhalts des Ernährers
												Erwerbstätigkeit oder Arbeitslosen- geld/-hilfe insgesamt	darunter durch Erwerbs- tätigkeit	Rente und dgl.		
NV S/13	1	2	3	4	5	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X

Die Schüler und Studierenden unter den Ausländern nach Altersgruppen

Aus Originalkarten erstellt	Land	Reg. Bez.	Kreis	Geschlecht	Schüler und Studierende unter den Ausländern															
					davon standen im Alter von ... Jahren															
					insgesamt	5 bis unter 6	6 bis unter 10	10 bis unter 14	14 bis unter 15	15 bis unter 16	16 bis unter 17	17 bis unter 18	18 bis unter 19	19 bis unter 20	20 bis unter 21	21 bis unter 25	25 bis unter 30	30 bis unter 35	35 und mehr	ohne Angabe
NV S/7	1	2	3	4	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	

Die Ausländer nach Altersgruppen, Familienstand und Staatsangehörigkeit

Aus Originalkarten erstellt	Land	Reg. Bez.	Altersgruppe	Familienstand	Geschlecht	Ausländer insgesamt	Ausländer nach der Staatsangehörigkeit																												
							Europäische Staaten																	Afrik. Staaten		Amerik. Staaten		Asiatische Staaten			Australien und Ozeanien	staatenlos	ungeklärt	ohne Angabe	
							Belgien	Dänemark	Frankreich	Griechenland	Großbritannien und Nordirland	Italien	Jugoslawien	Niederlande	Norwegen	Österreich	Ostlock- Staaten	1) Schweden	Schweiz	Spanien	Türkei	Ehemalige baltische Staaten	2) Übriges Europa	Ägypten 3)	Übriges Afrika	Vereinigte Staaten	Übriges Amerika	Indien	Iran	Israel					Übriges Asien
VÜ Sta BW 105/4, T. 27	1	2	3	4	5	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	

1) Albanien, Bulgarien, Polen, Rumänien, Sowjetunion, Tschechoslowakei, Ungarn

2) Estland, Lettland, Litauen

3) Ohne Ägypter mit Staatsangehörigkeit VAR

Die Ausländer nach der Staatsangehörigkeit

Aus Originalkarten erstellt	Land	Reg. Bez.	Staatsangehörigkeit	Geschlecht	Ausländer insgesamt																												
VÜ Sta BW 105/4, T. 25	1	2	3	4	X																												

Die Ausländer nach Geburtsjahren

Aus Originalkarten erstellt	Land	Reg. Bez.	Geburtsjahr	Geschlecht	Ausländer insgesamt																												
VÜ Sta BW 105/4, T. 26	1	2	3	4	X																												

Die Ausländer nach Altersgruppen, Familienstand und Staatsangehörigkeit

Aus Originalkarten erstellt	Land	Geschlecht	Altersgruppe	Familienstand	Ausländer insgesamt	Ausländer nach der Staatsangehörigkeit																											
						Europäische Staaten																	Afrik. Staaten	Amerik. Staaten	Asiatische Staaten			Australien und Ozeanien	staatenlos	ungeklärt	ohne Angabe		
						Belgien	Dänemark	Frankreich	Griechenland	Großbritannien und Nordirland	Italien	Jugoslawien	Niederlande	Norwegen	Österreich	Ostblock-Staaten 1)	Schweden	Schweiz	Spanien	Türkei	Ehemalige baltische Staaten 2)	Übriges Europa											
																									Ägypten 3)	Übriges Afrika	Vereinigte Staaten					Übriges Amerika	Indien
NV S/6 1. und 2. Teil	1	4	2	3	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X

1) Albanien, Bulgarien, Polen, Rumänien, Sowjetunion, Tschechoslowakei, Ungarn

2) Estland, Lettland, Litauen

3) Ohne Ägypter mit Staatsangehörigkeit VAR

Die Ausländer (darunter Erwerbspersonen) nach Altersjahren

Aus Originalkarten erstellt	Land	Altersjahr	Ausländer						
			insgesamt	darunter Erwerbs- personen	davon				
					männlich	darunter Erwerbs- personen	weiblich	darunter Erwerbs- personen	
NV S/2	1	2	X	X	X	X	X	X	

Die Ausländer (darunter Erwerbspersonen) nach Geburtsjahren

Aus Originalkarten erstellt	Land	Geburtsjahr	Ausländer						
			insgesamt	darunter Erwerbs- personen	davon				
					männlich	darunter Erwerbs- personen	weiblich	darunter Erwerbs- personen	
NV S/3	1	2	X	X	X	X	X	X	

[illegible][illegible]

- 1) Albanien, Bulgarien, Polen, Rumänien, Sowjetunion, Tschechoslowakei, Ungarn
- 2) Estland, Lettland, Litauen
- 3) Ohne Ägypter mit Staatsangehörigkeit VAR

Die Erwerbspersonen unter den Ausländern nach Berufsklassen, Stellung im Beruf und Staatsangehörigkeit

Aus Originalkarten erstellt	Land	Berufsklasse	Stellung im Beruf	Geschlecht	Ausländer nach der Staatsangehörigkeit																			
					ins-gesamt	darunter mit überwiegendem Lebensunterhalt durch		Europäische Staaten														Afrik. Staaten	Amerik. Staaten	Asiatische Staaten
								Belgien	Dänemark	Frankreich	Griechenland	Großbritannien und Nordirland	Italien	Jugoslawien	Niederlande	Norwegen	Österreich	1) Ostblock- Staaten	Schweden	Schweiz	Spanien	Türkei	2) Ehemalige baltische Staaten	3) Übriges Europa
						Rente	Ange- hörige																	
NV S/11, 1. und 2. Teil	1	2	3	4	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X

1) Albanien, Bulgarien, Polen, Rumänien, Sowjetunion, Tschechoslowakei, Ungarn

2) Estland, Lettland, Litauen

3) Ohne Ägypter mit Staatsangehörigkeit VAR

Die Ausländer in Privathaushalten und in Anstalten nach der Staatsangehörigkeit

Aus Originalkarten erstellt	Land	Staats- angehörigkeit	Privathaushalte 1)						Personen in Anstalten	
			insgesamt		davon					
			Anzahl der Haushalte	Anzahl der Personen	Einpersonenhaushalte		Mehrpersonenhaushalte			
					Anzahl	darunter von verh. Personen	Anzahl	Personen		
NV S/9	1	2 2)3A)	X	X	X	X	X	X	X	

1) Nur ausländische Haushaltsvorstände und Haushaltsmitglieder

2) Albanien, Bulgarien, Polen, Rumänien, Sowjetunion, Tschechoslowakei, Ungarn

3) Estland, Lettland, Litauen

4) Ohne Ägypter mit Staatsangehörigkeit VAR

Die Erwerbspersonen unter den Ausländern mit abgeschlossener Ausbildung an einer Berufsfach-, Fach- oder Hochschule nach Berufsklassen, Fachrichtung der Ausbildung, Schulart, Stellung im Beruf und Altersgruppen

us Originalkarten erstellt	Land	Berufs-klass-e	Fach-richt-ung	Schul-art	Stellung im Beruf	Geschlecht	Erwerbspersonen unter den Ausländern mit abgeschlossener Ausbildung													
							insgesamt	davon standen im Alter von ... Jahren												
								unter 20	20 bis unter 25	25 bis unter 30	30 bis unter 35	35 bis unter 40	40 bis unter 45	45 bis unter 50	50 bis unter 55	55 bis unter 60	60 bis unter 65	65 bis unter 70	70 und mehr	ohne Angabe
NV S/15	1	2	3	4	5	6	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X

ABSCHNITT III

Definitionen und methodische Hinweise
zur
Volks- und Berufszählung 1961
sowie
Vergleichbarkeit mit früheren Zählungen

Definitionen, methodische Hinweise und Vergleichbarkeit mit früheren Zählungen

Für die bei der Volks- und Berufszählung 1961 veröffentlichten Sachverhalte werden nachstehend die wichtigsten Definitionen zugleich mit der Angabe über die Vergleichbarkeit mit früheren Zählungen gegeben. Hinweise darüber, in welchem Heft des Bandes 105 Veröffentlichungen zu den einzelnen Stichworten zu finden sind, ergänzen die Übersicht.

Begriff	Erläuterungen	Vergleichbarkeit mit den Ergebnissen der Volks- und Berufszählung 1950	Veröffentlichung in Heft
Abgeschlossene Ausbildung	<p>Berufsfachschulen sind berufsvorbereitende oder berufsausbildende Schulen, die von schulentlassenen Jugendlichen freiwillig in mindestens 1 Jahr umfassendem Vollunterricht besucht werden, z. B. Handelsschulen, Kinderpflegesschulen, Hauswirtschaftsschulen.</p> <p>Fachschulen sind berufsfortbildende Schulen, die von nicht mehr berufsschulpflichtigen Personen zur weiteren beruflichen Fortbildung auf einen in der Regel höher qualifizierten Beruf freiwillig besucht werden, und zwar auf der Grundlage einer schon erworbenen Berufsausbildung und mit Vollunterricht von mindestens einem halben Jahr, z. B. Bauschulen, Ingenieurschulen, Meisterschulen.</p> <p>Hochschulen sind Universitäten sowie Technische Hochschulen, Wirtschaftshochschulen, Akademien u. dgl., nicht jedoch Lehranstalten, die allein der Forschung dienen, oder Volkshochschulen.</p> <p>Die von den Absolventen dieser Schulen angegebenen Hauptfächer wurden nach 87 Fachrichtungen geordnet. Waren für eine Person mehrere Eintragungen vorhanden, so ist nur die Fachrichtung der höheren schulischen Ausbildung berücksichtigt worden, also z. B. bei Fachschule und Hochschule der Hochschulabschluß. Volksschullehrer wurden ohne Rücksicht auf die Art der Ausbildung und des Abschlusses zu den Hochschulabsolventen gerechnet. Eine größere Zahl von Personen (insbesondere Lehrpersonen an Mittelschulen und Höheren Schulen) konnte infolge unzureichender Angaben keiner speziellen Fachrichtung zugeordnet werden. Bei der Analyse der einzelnen Fachrichtungen (z. B. Mathematik, Germanistik) ist dieser Sachverhalt zu beachten.</p>	In früheren Zählungen nicht ermittelt.	9
Abhängige	Siehe unter „Stellung im Beruf“		4, 5, 6, 7, 10
Alter	Die Angaben beziehen sich auf das Alter am Stichtag der Zählung. Eine Person z. B., die in der Zeit vom 6. 6. 1940 bis zum 5. 6. 1941 geboren wurde, hatte am 6. Juni 1961 das 20. Lebensjahr vollendet und wird in der Gruppe 20 bis unter 21 Jahren nachgewiesen.	Die Zahlen sind vergleichbar. Eine methodische Änderung ist 1961 jedoch insoweit zu verzeichnen, als Personen, die keine Angabe über ihr Alter gemacht haben, gesondert ausgewiesen wurden.	2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 11
Angehörige	Siehe unter „Überwiegender Lebensunterhalt“		3, 4, 5, 6, 8, 9
Angestellte	Siehe unter „Stellung im Beruf“		4, 5, 6, 7
Anstalten	<p>Als Anstalten zählen öffentliche und private Einrichtungen, die der gemeinsamen Unterkunft, Verpflegung und Betreuung von Personen dienen und damit die Erfüllung bestimmter Ziele auf sozialem, religiösem, gesundheitlichem oder auf einem anderen Gebiet anstreben, z. B.:</p> <p>Altersheime, Klöster, Waisenhäuser, Krankenhäuser, Heil- und Pflegeanstalten, Sanatorien, Sonstige Krankenanstalten.</p> <p>Internate, Schülerheime, Lehrlingsheime, Erziehungsanstalten, Strafanstalten.</p> <p>Flüchtlingslager, Arbeiterunterkünfte, sonstige Massenunterkünfte.</p> <p>Erholungsheime, Hotels und größere Beherbergungsbetriebe.</p>	Nach Ausgliederung der Beherbergungsbetriebe vergleichbar. 1950 wurden Beherbergungsbetriebe mit mehr als vier Fremdenbetten als Anstalt gezählt.	2, 3

Begriff	Erläuterungen	Vergleichbarkeit mit den Ergebnissen der Volks- und Berufszählung 1950	Veröffentlichung in Heft
noch: Anstalten	<p>Betriebshaushalte des Gaststätten- / Beherbergungsgewerbes wurden den Anstalten zugerechnet, wenn</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. nur das Personal im Betriebsgebäude untergebracht war, während der Betriebsleiter selbst woanders wohnte, 2. das Personal sechs und mehr Personen umfaßte und mit dem Betriebsleiter zusammen im Betriebsgebäude wohnte (Bei weniger als sechs Personen wurde das Personal des Betriebes im Privathaushalt des Betriebsleiters mitgezählt). <p>Wohnungen, die insgesamt nur von ausländischen Arbeitskräften bewohnt waren, wurden — von einigen Ausnahmen abgesehen — grundsätzlich als Anstalten gezählt.</p> <p>Bei der Zählung wurden 20 Anstaltsarten unterschieden. Falls eine Anstalt mehr als einem Zweck diente, war für ihre Zuordnung der Schwerpunkt im Hinblick auf den Anstaltszweck ausschlaggebend.</p>		2, 3
Anstaltsarten	Siehe unter „Anstalten“		3
Anstaltsbevölkerung	<p>Zur Anstaltsbevölkerung (Anstaltspersonen) zählen nur die der Wohnbevölkerung (siehe dort) zuzurechnenden Einzelpersonen (Personal und Insassen), die in der Anstalt keinen eigenen Haushalt führen oder bilden. Haushalte des Personals, z. B. der Haushalt des Anstaltsleiters, Arztes, Pförtners, sowie Haushalte von Insassen sind in der Zahl der Privathaushalte enthalten.</p> <p>Anstalten, die nur aus Privathaushalten bestehen, haben danach keine Anstaltsbevölkerung (z. B.: Wohnlager für Vertriebene, deutsche und nichtdeutsche Flüchtlinge).</p>	Nach Ausgliederung der Personen in Beherbergungsbetrieben vergleichbar (s. oben).	2, 3
Anstaltspersonen	Siehe unter „Anstaltsbevölkerung“		2, 3
Arbeiter	Siehe unter „Stellung im Beruf“		4, 5, 6, 7
Arbeitslosengeld/-hilfe	Siehe unter „Überwiegender Lebensunterhalt“		3, 5, 8
Ausbildung	Siehe unter „Abgeschlossene Ausbildung“		9
Ausländer	<p>Zu den Ausländern gehören alle Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit sowie die Staatenlosen und Personen mit „ungeklärter Staatsangehörigkeit“ mit Ausnahme der Angehörigen der ausländischen Stationierungstreitkräfte und der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen. In den Zahlen sind auch die heimatlosen Ausländer und ausländischen Flüchtlinge enthalten. Nicht zu den Ausländern zählen diejenigen Personen, die neben der deutschen Staatsangehörigkeit auch noch eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzen.</p>	<p>1950 nicht ermittelt</p> <p>Abweichungen zwischen den Ergebnissen der Volkszählung 1961 und den Auszählungen von Karteien d. Ausländerpolizei-Dienststellen erklären sich u. a. aus Unterschieden des jeweils erfaßbaren Personenkreises und aus einer gewissen Überhöhung der ausgezählten Kartenbestände.</p>	4
Auspendler	Die Pendler werden als A u s p e n d l e r bezeichnet, wenn sie der Wohngemeinde zugeordnet werden, aus der sie täglich zur Arbeit oder Ausbildung hinaus gehen.	Wie bei Pendlern.	10
Beamte	Siehe unter „Stellung im Beruf“		4, 5, 6, 7
Berufsfachschulen	Siehe unter „Abgeschlossene Ausbildung“		9

Begriff	Erläuterungen	Vergleichbarkeit mit den Ergebnissen der Volks- und Berufszählung 1950	Veröffentlichung in Heft
Berufliche Gliederung	<p>Der Auszählung der Berufe liegt das systematische und alphabetische Verzeichnis der Berufsbenennungen „Klassifizierung der Berufe“, Ausgabe 1961, zugrunde. Diese Klassifizierung unterscheidet:</p> <p>8 Berufsabteilungen 41 Berufsgruppen 150 Berufsordnungen 437 Berufsklassen</p> <p>Nähere Erläuterungen über die in den Tabellen aufgeführten Berufsgruppen und -klassen können an Hand der systematischen Nummern dem o. a. Verzeichnis entnommen werden. Ein Teil der Berufsklassen bezeichnet Doppelberufe, z. B. Klasse 3723: Bäcker und Konditor. Es handelt sich hier um verwandte Berufe, die herkömmlicherweise in der Ausbildung oder Ausübung eng miteinander verbunden sind. Es ist jedoch nur ein Teil dieser Doppelberufe als besondere Berufsklasse ausgewiesen.</p> <p>Die Personen, die einen nicht im Verzeichnis aufgeführten Doppelberuf ausübten, wurden der Berufsklasse zugeschlagen, die ihrem zuerst angegebenen Beruf entspricht, sofern die beiden Berufe einander nahestehen. Andernfalls wurde unterstellt, daß der an erster Stelle genannte Beruf die erste Tätigkeit und der zweite Beruf die weitere Tätigkeit der gezählten Person bezeichnet (Beispiel: Arzt und Schriftsteller).</p>	Die Angaben für Berufe sind unter Beachtung des für Erwerbspersonen Gesagten sowie unter Beachtung der auf S. IX bis XIV des Heftes 7 abgedruckten „Gegenüberstellung der berufssystematischen Einheiten von 1961 mit denen von 1950“ mit den Ergebnissen der Berufszählung von 1950 vergleichbar.	7
Beteiligung am Erwerbsleben	<p>Die Wohnbevölkerung gliedert sich nach der Beteiligung am Erwerbsleben in Erwerbspersonen und Nichterwerbspersonen (sogenanntes „Erwerbskonzept“).</p> <p>Zu den Erwerbspersonen rechnen die Erwerbstätigen und die Erwerbslosen.</p> <p>Als Erwerbstätige wurden alle Personen gezählt, die irgendeinem Erwerb, sei es auch nur kleinsten Umfangs — beispielsweise einige Wochenstunden —, nachgegangen sind, gleichgültig, ob sie hieraus überwiegend ihren Lebensunterhalt bestritten haben oder nicht. Es wurde demnach auch ein Teil der Schüler und Studierenden als Erwerbspersonen erfaßt. Als Erwerbslose wurden diejenigen Personen erfaßt, die sich in der Haushaltsliste, ohne eine Erwerbstätigkeit anzugeben, als arbeitslos bezeichnet haben. — Erfragt wurde neben der ersten Tätigkeit auch eine weitere Tätigkeit. Sofern in einer Tabelle nicht ausdrücklich auf die weitere Erwerbstätigkeit hingewiesen wird, handelt es sich immer um die einzige oder erste Tätigkeit. Für die Erwerbslosen wurde ihre zuletzt ausgeübte Tätigkeit berücksichtigt.</p> <p>Zu den Erwerbspersonen gehören grundsätzlich auch die Soldaten.</p> <p>Alle nicht im Erwerbsleben stehenden Personen (z. B. Schulkinder, Rentner, Nur-Hausfrauen) werden als Nichterwerbspersonen bezeichnet.</p>	Die Erwerbspersonen wurden bei der Volks- und Berufszählung 1961 nach dem Erwerbskonzept ermittelt, bei der Volks- und Berufszählung 1950 dagegen nach dem Hauptberufskonzept, nach dem außer den Erwerbslosen nur diejenigen Personen als Erwerbspersonen gezählt wurden, die einen Hauptberuf ausübten. Die nach dem neuen Begriffsinhalt gegenüber dem früheren mehr erfaßten Erwerbspersonen dürften im Durchschnitt auf ca. 2% zu veranschlagen sein; die Abweichung ist bei den Frauen größer als bei den Männern, ebenso ist die Abweichung in der Land- und Forstwirtschaft und bei den Mithelfenden Familienangehörigen größer als bei den übrigen Wirtschaftsabteilungen bzw. Stellungen im Beruf. <p>Abweichungen zwischen den Ergebnissen der Volks- und Berufszählung 1961 und der Auszählung der Arbeitnehmerkartei der Arbeitsämter erklären sich u. a. aus Unterschieden des jeweils erfaßbaren Personenkreises, der Begriffsabgrenzung der Angaben über die Stellung im Beruf und aus einer gewissen Überhöhung der ausgezählten Kartenbestände.</p>	3, 4, 5, 6, 7, 8, 9
Deutsche aus der SBZ	Siehe unter „Vertriebene“		2, 6, 11
Durchschnittliche Haushaltsgröße	Sie gibt an, wieviel Personen im Durchschnitt auf einen Privathaushalt entfallen. Für die Berechnung der durchschnittlichen Haushaltsgröße wird die Wohnbevölkerung in Privathaushalten verwendet.	Vergleichbar mit: Zahl der Personen je Haushaltung	2

Begriff	Erläuterungen	Vergleichbarkeit mit den Ergebnissen der Volks- und Berufszählung 1950	Veröffentlichung in Heft
Einpendler	Die Pendler werden als E i n p e n d l e r bezeichnet, wenn sie der Zielgemeinde zugeordnet werden, in die sie täglich zur Arbeit oder Ausbildung hinein gehen.	wie bei Pendlern	10, 11
Erwerbskonzept	Siehe unter „Beteiligung am Erwerbsleben“		3, 4, 5, 6, 7, 8, 9,
Erwerbslose	Siehe unter „Beteiligung am Erwerbsleben“		4, 6, 7
Erwerbspersonen	Siehe unter „Beteiligung am Erwerbsleben“		3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11
Erwerbspersonen am Arbeitsort	Normalerweise werden die Erwerbspersonen der Gemeinde zugerechnet, zu deren Wohnbevölkerung sie gehören. Zieht man von der Zahl der Erwerbspersonen, die in einer Gemeinde wohnen, die erwerbstätigen Auspendler ab und fügt man die erwerbstätigen Einpendler aus anderen Gemeinden hinzu, so erhält man die Erwerbspersonen am Arbeitsort. Die so gewonnenen Zahlen weichen aus methodischen Gründen von den bei der Nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstättenzählung und Landwirtschaftlichen Betriebszählung ermittelten Beschäftigtenzahlen ab.	Die Zahlen für Erwerbspersonen am Arbeitsort sind mit entsprechenden Zahlen von 1950 unter Berücksichtigung der für Erwerbspersonen gegebenen Hinweise vergleichbar.	10
Erwerbstätige	Siehe unter „Beteiligung am Erwerbsleben“		6, 7, 10
Fachrichtung der Ausbildung	Siehe unter „Abgeschlossene Ausbildung“		9
Fachschulen	Siehe unter „Abgeschlossene Ausbildung“		9
Familienstand	Personen, deren Ehegatte vermisst, aber noch nicht für tot erklärt ist, gelten als verheiratet. Personen, deren Ehegatte für tot erklärt worden ist, gelten als verwitwet.	Die Zahlen sind vergleichbar. Eine methodische Änderung ist 1961 jedoch insoweit zu verzeichnen, als Personen, die keine Angabe über ihren Familienstand gemacht haben, gesondert ausgewiesen wurden.	2, 4, 5, 6, 7, 8, 11
Fläche	Es handelt sich um die katasteramtlich erfaßte Fläche nach dem Stand vom 6. Juni 1961	Vergleichbar	2
Haushalt	Siehe unter „Privathaushalte“		2
Haushaltsgröße	Siehe unter „Durchschnittliche Haushaltsgröße“		2
Hochschulen	Siehe unter „Abgeschlossene Ausbildung“		9
Lehrlinge kaufmännische und gewerbliche	Siehe unter „Stellung im Beruf“		4, 5, 6, 7,
Nichterwerbspersonen	Siehe unter „Beteiligung am Erwerbsleben“		3, 4, 5, 8, 9
Pendler	Als P e n d l e r wurden alle diejenigen Personen gezählt, die täglich ihre Wohngemeinde, in der sie zur Wohnbevölkerung zählen, verlassen, um in einer anderen Gemeinde ihrer Arbeit nachzugehen oder um als Schüler und Studierende die Schule bzw. Hochschule zu besuchen. Die Pendler werden — entsprechend den Gründen, die sie zur Pendelwanderung veranlaßten — nach Erwerbstätigen (Berufspendlern) sowie Schülern und Studierenden (Ausbildungspendlern) unterschieden. Erwerbstätige mit ständiger Reisetätigkeit, wie Handels- und Versicherungsvertreter, ambulante Händler usw., gelten ebenso wie die sog. Wochenendpendler nicht als Pendler.	Die Zahlen für erwerbstätige Pendler sind mit den Zahlen der „Pendelwanderer“ von 1950 unter Berücksichtigung der für Erwerbspersonen gegebenen Hinweise vergleichbar. Schüler und Studierende wurden 1950 nicht als Pendler erfaßt.	10, 11

Begriff	Erläuterungen	Vergleichbarkeit mit den Ergebnissen der Volks- und Berufszählung 1950	Veröffentlichung in Heft
Privathaushalt	<p>Als Privathaushalt zählt jede Personengemeinschaft, die zusammen wohnt und eine gemeinsame Hauswirtschaft führt. Zum Haushalt können außer Verwandten auch familienfremde Personen gehören, z. B. häusliches Dienstpersonal, gewerbliche oder landwirtschaftliche Arbeitskräfte.</p> <p>Auch eine allein wohnende und wirtschaftende Person (z. B. ein Untermieter) ist ein Privathaushalt.</p> <p>Anstalten gelten nicht als Privathaushalte. Im Anstaltsbereich kommen jedoch auch Privathaushalte vor, wo sie entweder für sich einen eigenen Haushalt führen (z. B. Haushalte von Hausmeistern, Heimleitern, Haushalte in Flüchtlingslagern) oder wo sie einen eigenen Haushalt bilden (z. B. Ehepaar im Altersheim, Ehepaar unter dem Personal eines Hotels).</p> <p>Als Haushaltsvorstand wurde nach den Zählungsrichtlinien nur anerkannt, wer mindestens fünfzehn Jahre alt war.</p> <p>Die im Tabellenteil wiedergegebenen Zahlen enthalten nur Angaben über die zur Wohnbevölkerung (siehe dort) gehörenden Haushaltsmitglieder.</p>	Vergleichbar mit: „Haushaltungen ohne Anstaltshaushaltungen“	2
Religionszugehörigkeit	<p>Erfragt wurde die rechtliche Zugehörigkeit zu einer Kirche, Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaft und nicht etwa die religiöse Überzeugung. Nach dem „Verzeichnis der Religionsbenennungen“, Ausgabe 1961, werden unterschieden:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Angehörige der in der Evangelischen Kirche in Deutschland zusammengeschlossenen Kirchen 2. Angehörige der Evangelischen Freikirchen (z. B. Lutherische Freikirchen, Reformierte freie Gemeinden, Methodistenkirche in Deutschland, Heilsarmee usw. und die ausländischen evangelischen Kirchen) 3. Angehörige der römisch-katholischen Kirche einschließlich der unierten Riten 4. Angehörige der Ostkirchen (z. B. orthodoxe Christen) 5. Angehörige der altkatholischen Kirche und verwandter Gruppen 6. Angehörige christlich orientierter Sondergemeinschaften (z. B. Adventisten, Bibelforscher, Neuapostolische) 7. Angehörige der jüdischen Religionsgemeinschaft 8. Angehörige anderer Volks- und Weltreligionen (z. B. Buddhisten, Mohammedaner) 9. Angehörige von freireligiösen und Weltanschauungs-Gemeinschaften (z. B. Bund Freireligiöser Gemeinden Deutschlands, Theosophen und Antroposophen) 10. Gemeinschaftslose 11. Personen mit unklarer und fehlender Angabe der Religionszugehörigkeit <p>Freireligiöse werden nur dann unter Ziffer 9 ausgewiesen, wenn sie einer institutionalisierten Gemeinschaft angehören; Freireligiöse ohne nähere Angabe sind unter Ziffer 10 (Gemeinschaftslose) eingeordnet.</p> <p>Bei zusammenfassenden Übersichten der Religionszugehörigkeit werden als „evangelisch“ die Personen der Gruppen 1 und 2 bezeichnet, als „Sonstige“ die Angehörigen der Gruppen 4 bis 11.</p>	<p>Vergleichbar mit:</p> <p>Angehörige der Evangelischen Kirche in Deutschl.</p> <p>Angehörige Evangelischer Freikirchen (ohne christlich orientierte Sondergemeinschaften)</p> <p>Angehörige der römisch-katholischen Kirche</p> <p>Angehörige der morgenländisch-katholischen Kirche</p> <p>Angehörige der abendländischen romfreien katholischen Kirche</p> <p>Angehörige christlich orientierter Sondergemeinschaften</p> <p>Angehörige der jüdischen Religionsgemeinschaft</p> <p>Angehörige anderer Volks- und Weltreligionen</p> <p>Freireligiöse u. Freidenker</p> <p>Personen ohne Angabe d. Religionszugehörigkeit</p> <p>„evangelisch“ nur dann vergleichbar, wenn die Zahlen Veröffentlichungen entnommen werden, in denen die evangelische Bevölkerung einschließlich der Angehörigen der „Evangelischen Freikirchen“ jedoch ohne Angehörige der „Christlich orientierten Sondergemeinschaften“ nachgewiesen wurden.¹⁾</p> <p>¹⁾ Vgl. hierzu „Statistisches Jahrbuch Baden-Württemberg 1955“, S. 38/39</p>	2, 9
Rente	Siehe unter „Überwiegender Lebensunterhalt“		3, 4, 5, 6, 8, 9

Begriff	Erläuterungen	Vergleichbarkeit mit den Ergebnissen der Volks- und Berufszählung 1950	Veröffentlichung in Heft
Schüler und Studierende am Ausbildungsort	Hierzu zählen nicht nur die Schüler und Studierenden, die die Lehranstalten am Wohnort besuchen, sondern auch die aus anderen Gemeinden einpendelnden, abzüglich der in andere Gemeinden auspendelnden Schüler und Studierenden.	1950 nicht erfaßt	10
Selbständige	Siehe unter „Stellung im Beruf“		4, 5, 6, 7
Sowjetzonen-flüchtlinge	Siehe unter „Vertriebene und Deutsche aus der SBZ“		2, 6, 11
Stellung im Beruf	<p>Erwerbstätige hatten die gegenwärtige, Erwerbslose die Stellung im Beruf vor ihrer Arbeitslosigkeit anzugeben.</p> <p>Zu den Selbständigen gehören tätige Eigentümer, Mit-eigentümer, Pächter, selbständige Handwerker, selbständige Handelsvertreter usw., nicht jedoch die Personen, die in einem arbeits-rechtlichen Verhältnis stehen und lediglich innerhalb ihres Arbeits-bereiches selbständig disponieren können (z. B. „selbständige Filial-leiterin“). Zu den Selbständigen zählen auch Hausgewerbetreibende und Zwischenmeister.</p> <p>Mithelfende Familienangehörige sind in der Regel Haushaltsmitglieder, die in einem landwirtschaftlichen oder ge-werblichen Betrieb des Haushaltsvorstandes oder eines anderen Haushaltsmitgliedes mitarbeiten und nicht in einem Angestellten-oder Arbeitsverhältnis zum Betriebsinhaber stehen. Hierzu gehö-ren ferner Personen, die im Betrieb eines Familienangehörigen mitarbeiten, aber nicht im Haushalt des Betriebsinhabers leben.</p> <p>Bea m t e sind: Beamte des Bundes, der Länder, der Gemeinden, der Körperschaften des öffentlichen Rechts einschließlich der Be-amtenanwärter und der Beamten im Vorbereitungsdienst, ferner Geistliche der zur Evangelischen Kirche in Deutschland gehörenden Kirchen und der Römisch-katholischen Kirche. Nicht als Beamte gezählt wurden Beamte im Ruhestand und die Personen, die ledig-lich Berufsbezeichnungen wie Versicherungsbeamter, Bankbeam-ter, Betriebs- oder Sozialbeamter führen, ohne jedoch in einem öffentlich-rechtlichen Beamtenverhältnis zu stehen.</p> <p>Zu den Angestellten gehören u. a. kaufmännische und tech-nische Angestellte, Verwaltungsangestellte und Angestellte im öffentlichen Dienst.</p> <p>Zu den Arbeitern rechnen auch die Heimarbeiter.</p> <p>Kaufmännische Lehrlinge u. dgl. sind: kaufmännische, technische, Verwaltungslehrlinge bzw. Anlernlinge sowie Prakti-kanten und Volontäre, deren Beschäftigung normalerweise in ein Angestelltenverhältnis einmündet.</p> <p>Gewerbliche Lehrlinge u. dgl. sind: Lehrlinge bzw. An-lernlinge, deren Beschäftigung normalerweise in ein Arbeiterver-hältnis einmündet, außerdem Praktikanten und Volontäre mit ent-sprechender Tätigkeit.</p> <p>Ohne Angabe der Stellung im Beruf In dieser Gruppe sind nicht nur die Erwerbspersonen aufgeführt, deren Stellung im Beruf nicht ermittelt werden konnte, sondern auch Schulentlassene ohne Lehrstelle oder Tätigkeit.</p> <p>Zu den Abhängigen gehören neben Beamten, Angestellten, Arbeitern und Lehrlingen auch Schulentlassene ohne Lehrstelle oder Tätigkeit sowie die Personen, die keine Angabe zur Frage nach der Stellung zum Beruf gemacht haben.</p> <p>Die Zuordnung der Wohnbevölkerung zur Stellung im Beruf wurde für den Ernährer und für die von ihm abhängigen Personen entsprechend den Angaben für den Ernährer vorgenom-men, sofern dieser seinen überwiegenden Lebensunterhalt aus Erwerbstätigkeit oder Arbeitslosengeld/-hilfe bezog.</p>	<p>Unter Beachtung des für Erwerbspersonen Gesagten vergleichbar.</p> <p>Die Zuordnung der Bevöl-kerung nach dem überwie-genden Lebensunterhalt des Ernährers erfolgte 1961 zum ersten Mal; daher lie-gen für 1950 keine ver-gleichbaren Ergebnisse vor.</p>	4, 5, 6, 7

Begriff	Erläuterungen	Vergleichbarkeit mit den Ergebnissen der Volks- und Berufszählung 1950	Veröffentlichung in Heft
Überwiegender Lebensunterhalt	<p>Für jede Person wurde die Quelle des überwiegenden Lebensunterhalts ermittelt; für Personen, die überwiegend von Angehörigen (Eltern, Ehemann usw.) unterhalten werden, wurde auch der überwiegende Lebensunterhalt des Ernährers festgestellt; sogenanntes „Unterhaltskonzept“.</p> <p>Die Unterhaltsquellen sind wie folgt zusammengefaßt worden:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Erwerbstätigkeit 2. Arbeitslosengeld/-hilfe 3. Rente u. dgl. <ol style="list-style-type: none"> a) Sozialversicherungsrente, Pension u. dgl. (Sozialversicherungsrente einschl. Witwen- und Waisenrente, sonstige öffentliche Rentenleistungen wie KB-Rente, Unfallrente usw., Beamtenruhegehalt einschl. Witwen- und Waisengeld, öffentliche Fürsorgeleistungen) b) eigenes Vermögen u. dgl. (eigenes Vermögen, Einkommen aus Vermietung oder Verpachtung, Altenteil, Privatpension, Rentenzahlung aus dem Ausland) c) sonstige Unterhaltsquellen (Unterhaltszahlung des geschiedenen Ehemannes, Alimente, Stipendien usw.) 4. Angehörige (Die überwiegende Unterhaltsquelle des Ernährers konnte dann nicht ermittelt werden; wenn der Ernährer nicht zusammen mit den Abhängigen in der Haushalts- oder Anstaltsliste eingetragen war, z. B. Studenten am Studienort.) <p>Personen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Rente und dgl., durch Angehörige sowie durch Arbeitslosengeld/-hilfe können daneben noch eine Erwerbstätigkeit ausüben.</p>	Die Zuordnung der Bevölkerung nach dem überwiegenden Lebensunterhalt des Ernährers erfolgte 1961 zum ersten Mal; daher liegen für 1950 keine vergleichbaren Ergebnisse vor.	3, 4, 5, 6, 8, 9,
Unterhaltsquellen	Siehe unter „Überwiegender Lebensunterhalt“		3, 4, 5, 6, 8, 9
Verkehrsmittel	Anzugeben war das Verkehrsmittel, mit dem die größte Strecke des Weges zwischen Wohnung und Arbeitsstätte zurückgelegt wurde.	1950 nicht erfragt	11
Vertriebene ¹⁾ und Deutsche aus der SBZ	<p>Als Vertriebene wurden die Inhaber der Bundesvertriebenenausweise A oder B einschließlich ihrer Kinder gezählt (Ausweis-Vertriebene) — Kinder, die nach der Vertreibung geboren sind, erwerben die Vertriebeneneigenschaft des Vaters, uneheliche Kinder die der Mutter.</p> <p>Deutsche aus der SBZ sind — nach der Volkszählung von 1961 — Personen mit ihren Kindern, die in der Haushaltsliste angegeben hatten, nach Kriegsende aus der sowjetischen Besatzungszone oder aus dem Sowjetsektor von Berlin in das Bundesgebiet einschließlich Berlin (West) zugezogen zu sein.</p> <p>Als Sowjetzonenflüchtlinge¹⁾ wurden solche Personen mit ihren Kindern erfaßt, die den Besitz eines Bundesflüchtlingsausweises C angegeben hatten; sie zählen gleichzeitig zum Personenkreis der „Deutschen aus der SBZ“.</p> <p>¹⁾ siehe „Gesetz über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge“ in der Fassung vom 23. Oktober 1961 (BGBl. I. S. 1883)</p>	<p>Nicht vergleichbar, da 1950 alle Personen mit ihren Kindern als Vertriebene gezählt wurden, die am 1. September 1939 einen Wohnsitz im Vertreibungsgebiet hatten (Wohnsitz-vertriebene). Diese Definition wurde auch der Fortschreibung der Vertriebenenzahlen zugrundegelegt. Da nicht alle Berechtigten einen Ausweis beantragt haben, muß die Zahl der bei der Volks- und Berufszählung 1961 ermittelten „Ausweis-Vertriebenen“ niedriger liegen als die fortgeschriebene Zahl der „Wohnsitz-Vertriebenen“.</p> <p>Der früher nachgewiesene Personenkreis der Zugewanderten umfaßt diejenigen Personen mit ihren Kindern, die am 1. September 1939 im Gebiet der sowjetischen Besatzungszone oder in Gesamt-Berlin gewohnt hatten. — Bei den „Deutschen aus der SBZ“ fehlen im Gegensatz zum Personenkreis der „Zugewanderten“ die aus Berlin (West) Zugezogenen sowie die während des Krieges ins Bundesgebiet Zugezogenen.</p>	2, 6, 11

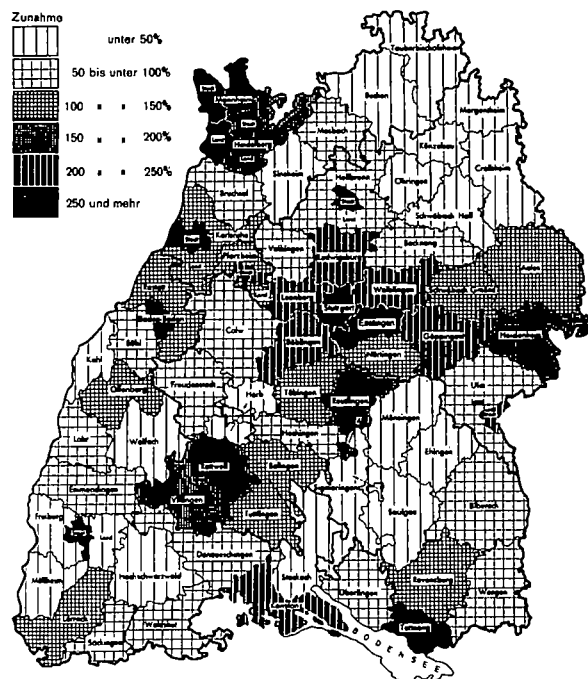
Begriff	Erläuterungen	Vergleichbarkeit mit den Ergebnissen der Volks- und Berufszählung 1950	Veröffentlichung in Heft
Weitere Tätigkeit	Es wurde die weitere Tätigkeit inner- oder außerhalb der Landwirtschaft erfragt. Die weitere Tätigkeit hat immer den Charakter einer zusätzlichen Tätigkeit eines Erwerbstätigen, d. h. ohne eine erste Tätigkeit kann es keine weitere Tätigkeit geben. Auch wenn jemand — z. B. ein Rentner — eine Tätigkeit ihres geringen Umfangs wegen nur als weitere Tätigkeit (in dem Sinne von Nebentätigkeit) bezeichnet hatte, wurde sie als erste nämlich einzige Tätigkeit erfaßt.	Unter Beachtung des für Erwerbspersonen Gesagten vergleichbar.	6
Wirtschaftliche Gliederung	<p>Erwerbstätige hatten den Geschäftszweig (die Branche) der gegenwärtigen, Erwerbslose den der früheren Arbeitsstätte anzugeben. Auf Grund einer aus der Grundsystematik (Systematik der Wirtschaftszweige) für die Zwecke der Berufszählung abgeleiteten speziellen Systematik der Wirtschaftszweige wurden</p> <p style="padding-left: 40px;">4 Wirtschaftsbereiche 11 Wirtschaftsabteilungen 38 Wirtschaftsunterabteilungen und 118 Wirtschaftsgruppen</p> <p>gebildet (Siehe auch Übersicht über die wirtschaftliche Gliederung Heft 6, Seite XI).</p> <p>Die Zuordnung der Erwerbspersonen zu den wirtschaftssystematischen Einheiten erfolgte nach dem Prinzip der einheitlichen, schwerpunktmäßigen Zuordnung. Maßgebend für die Zuordnung war der Schwerpunkt der örtlichen Einheit des Unternehmens, der für Betriebe einer bestimmten Größenordnung mit Hilfe von Verzeichnissen festgestellt wurde, die unter Verwendung der Signaturen aus der Arbeitsstättenzählung bzw. Industrieberichterstattung, Bauberichterstattung sowie Handels- und Gaststättenzählung erstellt worden waren.</p> <p>Die Zuordnung der Wohnbevölkerung zu den wirtschaftssystematischen Einheiten wurde für den Ernährer und für die von ihm abhängigen Personen entsprechend den Angaben für den Ernährer vorgenommen, sofern dieser seinen überwiegenden Lebensunterhalt aus Erwerbstätigkeit oder Arbeitslosengeld/-hilfe bezog.</p>	<p>Vergleiche mit den Ergebnissen der Volks- und Berufszählung 1950 können unter Beachtung der für Erwerbspersonen gegebenen Hinweise vorgenommen werden, wenn lediglich die drei Bereiche: Land- und Forstwirtschaft, Produzierendes Gewerbe und Übrige Wirtschaftsbereiche (Handel und Verkehr, Sonstige Wirtschaftsbereiche) gebildet werden.</p> <p>Die Zuordnung der Bevölkerung nach dem überwiegenden Lebensunterhalt des Ernährers erfolgte 1961 zum ersten Mal; daher liegen für 1950 keine vergleichbaren Ergebnisse vor.</p>	5, 6, 10, 11
Wohnbevölkerung	<p>Von den bei der Volkszählung 1961 erfaßten Personen wurden der Wohnbevölkerung der Erhebungsgemeinde zugerechnet:</p> <p>Personen in Haushalten</p> <p style="padding-left: 40px;">ohne Angabe weiteren Wohnraums; mit Angabe weiteren Wohnraums, sofern sie von dem Wohnraum in der Erhebungsgemeinde regelmäßig zur Arbeit oder Ausbildung gingen oder sofern die Erhebungsgemeinde ihr überwiegender Aufenthaltsort war; mit Angabe weiteren Wohnraums für einen vorübergehenden Aufenthalt im Ausland (z. B. zum Zwecke der Ausbildung); am Erhebungstichtag als Patienten in Krankenhäusern oder Untersuchungsgefangene von der Erhebungsgemeinde abwesend.</p> <p>Personen in Anstalten</p> <p style="padding-left: 40px;">soweit in der Erhebungsgemeinde der allgemeinen Meldepflicht unterliegend; als Strafgefangene in einer Strafanstalt der Erhebungsgemeinde.</p> <p>Soldaten</p> <p style="padding-left: 40px;">im Grundwehrdienst und auf Wehrübung, sofern sie vor der Einberufung zur Wohnbevölkerung der Erhebungsgemeinde zählten; im Dienstverhältnis als Berufssoldaten und Soldaten auf Zeit soweit kaserniert, sofern die Truppenunterkunft in der Erhebungsgemeinde lag; im Dienstverhältnis als Berufssoldaten und Soldaten auf Zeit soweit nicht kaserniert wie Personen in Haushalten.</p> <p>Nicht zur Wohnbevölkerung gehören die Angehörigen der (ausländischen) Stationierungstreitkräfte sowie der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen mit ihren Familienangehörigen.</p>	Mit 1950 vergleichbar; 1939 wurden zur Wohnbevölkerung der Standortgemeinde, unterschiedlich zur Regelung bei der Zählung 1961, auch die dort ihrer Dienstpflicht genügenden Angehörigen der Wehrmacht und des Reichsarbeitsdienstes gezählt.	in allen Heften als Gesamtzahl oder als Teilmasse

ABSCHNITT IV

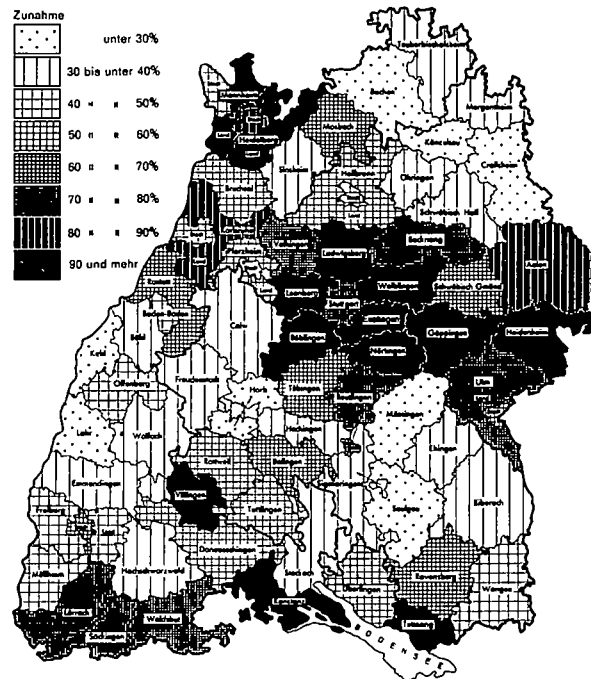
Textliche Darstellung der wichtigsten Ergebnisse der Volks- und Berufszählung 1961

Die Veränderung des Bevölkerungsbestandes in Baden - Württemberg

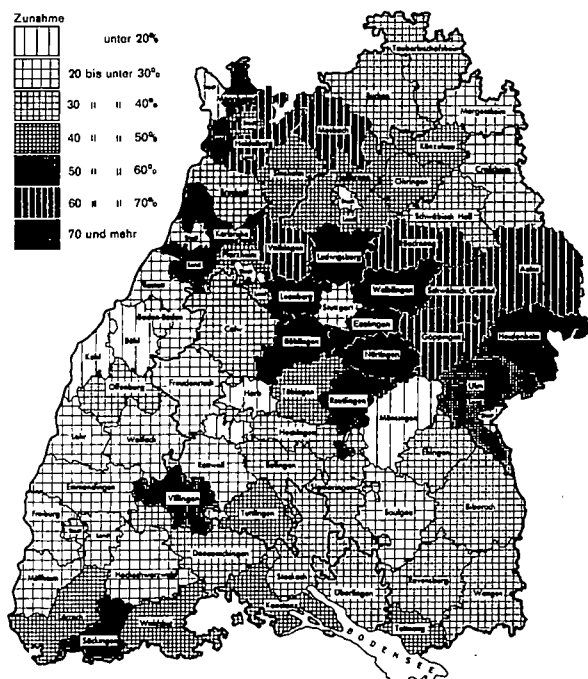
1961 gegenüber 1871



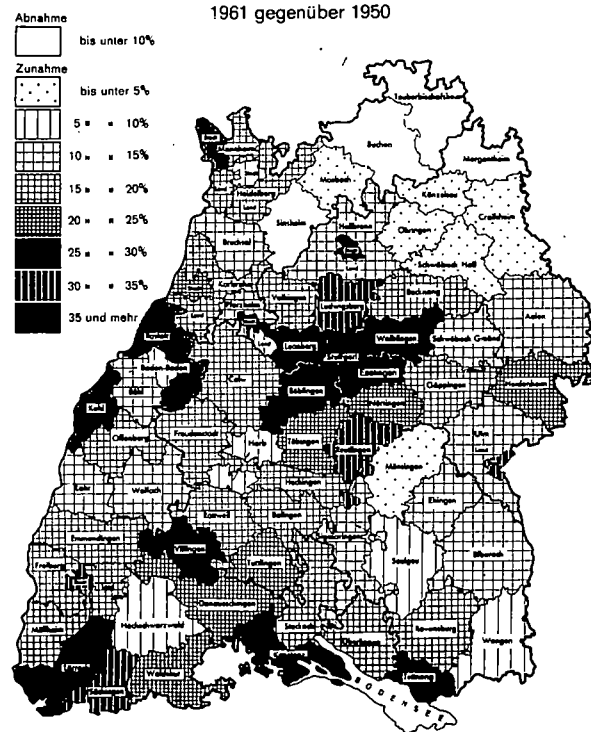
1961 gegenüber 1910



1961 gegenüber 1939



1961 gegenüber 1950



Die Wohnbevölkerung in Baden-Württemberg

Erste Ergebnisse der Volkszählung vom 6. Juni 1961 mit Vergleichszahlen von 1939, 1950 und 1956

Allgemeines

Am 6. Juni 1961 wurde in allen Ländern des Bundesgebietes auf Grund des „Gesetzes über eine Zählung der Bevölkerung und der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten und Unternehmen im Jahre 1961 sowie über einen Verkehrszensus im Jahre 1962 (Volkszählungsgesetz 1961)“ vom 13. April 1961 (BGBl. I, S. 437) eine Volkszählung durchgeführt.

Eines der wichtigsten Anliegen dieser Zählung war es, so bald als möglich die Zahl der Wohnbevölkerung festzustellen. Sie wurde nach folgender Methode ermittelt:

In den Haushaltslisten und Einzelbogen zur Anstaltsliste waren entsprechend den gegebenen Anweisungen alle Personen einzutragen, die in der Erhebungsgemeinde Wohnraum beziehungsweise Unterkunft hatten. Da Personen mit mehreren Wohnungen demnach in mehreren Gemeinden zu erfassen waren enthielt die Zahl der erfaßten Personen Doppelzählungen, die bei der Ermittlung der Wohnbevölkerung ausgeschaltet werden mußten. Hierzu diente die Fragestellung in der Haushaltsliste, in der von allen Personen anzugeben war, ob sie anderswo noch weiteren Wohnraum haben und ob sie von dort aus zur Arbeit oder Ausbildung gehen. Außerdem hatte der Zähler bei Personen, die einen weiteren Wohnraum angegeben hatten, aber keinem Erwerb nachgingen und auch nicht in Ausbildung standen, in der Haushaltsliste zu vermerken, in welcher Gemeinde sich diese Personen überwiegend aufhalten.

Von den erfaßten Personen wurden folgende der Wohnbevölkerung der Erhebungsgemeinde zugerechnet:

Personen in Haushalten

Alle Personen ohne Angabe eines weiteren Wohnraumes, alle Personen mit Angabe eines weiteren Wohnraumes, sofern sie von dem Wohnraum in der Erhebungsgemeinde zur Arbeit oder Ausbildung gingen oder, sofern die Erhebungsgemeinde ihr überwiegender Aufenthaltsort war,

alle Personen mit Angabe eines weiteren Wohnraumes für einen vorübergehenden Aufenthalt im Ausland (Berufsausübung, Ausbildung),

alle Personen, die als Untersuchungsgefangene von der Erhebungsgemeinde abwesend waren.

Personen in Anstalten

Alle Personen, die in der Erhebungsgemeinde der allgemeinen Meldepflicht unterlagen (Abschnitt I und II des Meldgesetzes für Baden-Württemberg vom 7. März 1960 Ges. Bl. S. 67),

Strafgefangene, sofern die Strafanstalt in der Erhebungsgemeinde lag.

Soldaten

im Grundwehrdienst und auf Wehrübung, sofern sie vor der Einberufung zur Wohnbevölkerung der Erhebungsgemeinde zählten,

kasernierte Berufssoldaten und Soldaten auf Zeit, sofern die Truppenunterkunft in der Erhebungsgemeinde lag,

nicht kasernierte Berufssoldaten und Soldaten auf Zeit wurden über Haushaltliste erfaßt und wie Personen in Haushalten behandelt.

Zwei Fünftel der Wohnbevölkerung leben in Nordwürttemberg

Die Wohnbevölkerung Baden-Württembergs belief sich am 6. Juni 1961 auf 7 759 154 Personen, davon waren 3 676 808 (47%) männlichen und 4 082 346 (53%) weiblichen Geschlechts. Von der Gesamtbevölkerung wohnten 3 037 778 (39%) in Nordwürttemberg, 1 697 018 (22%) in Nordbaden, 1 626 161 (21%) in Südbaden und 1 398 197 (18%) in Südwürttemberg-Hohenzollern. Im Vergleich zum Vorkriegsjahr 1939 hat sich

das bevölkerungsmäßige Gewicht von Nordwürttemberg noch etwas verstärkt; damals betrug der Anteil dieses Regierungsbezirks an der Gesamtbevölkerung 36%, er liegt also 1961 um 3 Anteilpunkte höher. Demgegenüber sind die Anteile von Nordbaden, Südbaden und Südwürttemberg-Hohenzollern um ein bis zwei Prozentpunkte gegenüber 1939 abgesunken. Die Veränderung in der Bevölkerungsverteilung entstand hauptsächlich in der Zeit von 1939 bis 1950 und ist eine Folge der Zuwanderung von Vertriebenen. Der größte Teil der Vertriebenen war in den Jahren 1945 bis 1947 in den überwiegend landwirtschaftlich orientierten Randgebieten Nordwürttembergs und Nordbadens untergebracht worden. Die Regierungsbezirke Südbaden und Südwürttemberg-Hohenzollern dagegen, die zum damaligen Französischen Besatzungsgebiet zählten, haben zunächst nur in geringem Umfang Vertriebene aufgenommen.

Seit 1950 war keine derartig ausgeprägte Veränderung der Bevölkerungsverteilung mehr zu verzeichnen; der Bevölkerungsanteil Nordwürttembergs mit seinen großen Industrie- und Gewerbezentren im Raume von Stuttgart ist von 38% im Jahre 1950 noch auf 39% im Jahre 1961 gestiegen. Gleichzeitig ist die Quote Nordbadens von 23% auf 22% zurückgegangen; die Anteile von Südbaden und Südwürttemberg-Hohenzollern hingegen sind seit 1950 mit 21 beziehungsweise 18% gleichgeblieben.

Größter Bevölkerungsanstieg in Nordwürttemberg

Die Bevölkerungszunahme belief sich im ganzen Land auf 42% der Einwohnerzahl von 1939. Die Zunahme war dabei in Nordwürttemberg mit 56% am größten. Demgegenüber beziffert sich der Bevölkerungsanstieg in den übrigen Regierungsbezirken lediglich auf etwa ein Drittel. Auch zwischen 1950 und 1961 erhöhte sich die Bevölkerungszahl in Nordwürttemberg mit einem Zuwachs um ein Viertel am stärksten. In der gleichen Zeit betrug dieser in Südbaden 22%, in Südwürttemberg-Hohenzollern 18% und in Nordbaden 16%.

Die Zahl der Männer hat gegenüber 1939 um 38% zugenommen, wogegen bei den Frauen sich der Zuwachs auf 45% stellt. Diese unterschiedliche Entwicklung bei Männern und Frauen ist in der Zeit von 1939 bis 1950 eingetreten, als der Zuwachs bei den Männern 12%, bei den Frauen dagegen 23% ausmachte. Darin zeigen sich vor allem die Auswirkungen des zweiten Weltkrieges, in dem 252 000 Männer und 20 000

Verteilung der Wohnbevölkerung auf die Regierungsbezirke in %

Regierungsbezirk Land	am			
	17. Mai 1939	13. Sept. 1950	25. Sept. 1956	6. Juni 1961
Bevölkerung insgesamt				
Nordwürttemberg	35,5	38,0	38,7	39,1
Nordbaden	23,2	22,8	22,1	21,9
Südbaden	22,5	20,8	21,0	21,0
Südwürttemberg-Hohenzollern	18,8	18,4	18,2	18,0
Baden-Württemberg	100	100	100	100
Männliche Bevölkerung				
Nordwürttemberg	35,7	38,1	39,0	39,6
Nordbaden	22,9	22,8	22,0	21,7
Südbaden	22,6	20,8	20,9	20,8
Südwürttemberg-Hohenzollern	18,8	18,3	18,1	17,9
Baden-Württemberg	100	100	100	100
Weibliche Bevölkerung				
Nordwürttemberg	35,4	37,8	38,4	38,8
Nordbaden	23,5	22,8	22,2	22,0
Südbaden	22,3	20,9	21,1	21,1
Südwürttemberg-Hohenzollern	18,8	18,5	18,3	18,1
Baden-Württemberg	100	100	100	100

Bevölkerungsveränderung zwischen den Volkszählungen 1939, 1950, 1956 und 1961 in den Regierungsbezirken Baden-Württembergs

Regierungsbezirk Land	Veränderung								
	insgesamt			davon					
				Geburtenüberschuß bzw. -defizit (-)			Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)		
	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich
vom 17. Mai 1939 bis 13. September 1950 ¹⁾									
Nordwürttemberg	494 516	185 282	309 234	35 102	- 18 094	53 196	459 414	203 376	256 038
Nordbaden	195 991	71 492	124 499	- 308	- 23 871	23 563	196 299	95 363	100 936
Südbaden	108 918	16 218	92 700	3 048	- 22 568	25 616	105 870	38 786	67 084
Südwestfalen-Hohenzollern ..	154 404	46 300	108 104	12 702	- 12 691	25 393	141 702	58 991	82 711
Baden-Württemberg	953 829	319 292	634 537	50 544	- 77 224	127 768	903 285	396 516	506 769
vom 14. September 1950 bis 25. September 1956									
Nordwürttemberg	316 720	167 041	149 679	87 899	46 527	41 372	328 821	120 514	108 307
Nordbaden	108 288	54 425	53 863	44 117	23 102	21 015	64 171	31 323	32 848
Südbaden	162 107	81 310	80 797	64 772	34 180	30 592	97 335	47 130	50 205
Südwestfalen-Hohenzollern ..	115 901	58 128	57 773	52 069	27 822	24 247	63 832	30 306	33 526
Baden-Württemberg	703 016	360 904	342 112	248 857	131 631	117 226	454 159	229 273	224 886
vom 26. September 1956 bis 5. Juni 1961									
Nordwürttemberg	280 992	154 209	126 783	111 341	58 234	53 107	169 651	95 975	73 676
Nordbaden	120 948	63 416	57 532	46 502	24 236	22 266	74 446	39 180	35 266
Südbaden	125 390	65 350	60 040	67 462	35 189	32 273	57 928	30 161	27 767
Südwestfalen-Hohenzollern ..	98 583	53 581	45 002	57 187	29 654	27 533	41 396	23 927	17 469
Baden-Württemberg	625 913	336 556	289 357	282 492	147 313	135 179	343 421	189 243	154 178

¹⁾ Unter Zurechnung der bis zum 31. 12. 1960 registrierten Kriegsverluste als Sterbefälle.

Frauen als Kriegsverluste zu beklagen waren. Seit 1950 hat die männliche Bevölkerung dagegen stets in stärkerem Maße zugenommen als die weibliche. Dies ist einmal auf den in allen Jahren nach dem Krieg festgestellten Überschuß an Knabengeburten, zum anderen auf die besonders in den letzten Jahren nach Baden-Württemberg einwandernden Arbeitskräfte zurückzuführen, bei denen es sich zum großen Teil um männliche ausländische Gastarbeiter handelt.

Bei einer Aufgliederung nach Regierungsbezirken zeigt sich, daß im stark industrialisierten Nordwürttemberg der Zuwachs an Männern besonders seit 1956 mit 12% erheblich höher war als bei den Frauen, bei denen er 9% ausmachte. In den übrigen Regierungsbezirken ist der Unterschied zwischen der Zunahme der männlichen und weiblichen Bevölkerung in dieser Zeit weniger stark ausgeprägt.

Der zwischen 1939 und 1950 unter dem Durchschnitt liegende Bevölkerungszuwachs Südbadens um 9% beruht auf einem geringen Geburtenüberschuß sowie auf einem verhältnismäßig niedrigen Wanderungsgewinn. Letzterer deutet auf eine zwischenzeitlich verstärkte Abwanderung aus diesem Regierungsbezirk hin. Sie dürfte darauf zurückzuführen sein, daß 1939 überdurchschnittlich viele Wehrpflichtige, Arbeitsmänner und Arbeitsmädchen, die aus anderen Teilen des damaligen Reichsgebietes stammten, in südbadischen Standorten untergebracht waren¹. Außerdem dürften auch für die Arbeiten am Westwall noch verhältnismäßig viele männliche Arbeitskräfte gerade im dortigen Grenzgebiet zusammengezogen gewesen sein. Die meisten dieser Personen kehrten, soweit sie nicht dort beheimatet waren nach Kriegsende wieder in ihre Wohnorte außerhalb Südbadens zurück. Außerdem war die Evakuierung der Stadt Kehl im Jahre 1944 und die Zerstörung von Gemeinden im Frontgebiet mit einer Bevölkerungsverschiebung verbunden, die sich auch noch über die Grenzen des Regierungsbezirks hinaus ausgewirkt haben dürfte.

Im Gegensatz zur Entwicklung von 1939 bis 1950 lag Südbaden in der Zeit von 1950 bis 1956 und von 1956 bis 1961 mit einer Wachstumsrate von 12 beziehungsweise 8% jeweils an zweiter Stelle hinter Nordwürttemberg, wo sich der Bevölkerungszuwachs auf 13 beziehungsweise 10% belief. In dem stärkeren Ansteigen der Bevölkerungszahlen Südbadens im Vergleich zu Südwestfalen-Hohenzollern und Nord-

baden kommt die nach 1949 einsetzende Zuweisung von Flüchtlingen auch in diesen Landesteil zum Ausdruck. Außerdem hatte Südbaden zwischen 1950 und 1956 und auch zwischen 1956 und 1961 einen verhältnismäßig großen Geburtenüberschuß von 65 000 beziehungsweise 67 000 Personen zu verzeichnen, der zusammen mit dem Wanderungsgewinn die starke Bevölkerungszunahme in diesem Regierungsbezirk begründet.

Stadtkreise seit 1930 langsamer gewachsen als benachbarte Landkreise

Die Bevölkerung des Landkreises Leonberg hat von 1939 bis 1961 am stärksten, und zwar um 121% zugenommen. Ebenso hat sich im Landkreis Böblingen die Wohnbevölkerung in diesem Zeitraum mehr als verdoppelt (+ 109%). Diese beiden Landkreise haben durch die Ausweitung der Industrie sowie durch die Nähe zur Großstadt Stuttgart einen besonders

Bevölkerungsveränderung zwischen 1939 und 1961 in den Regierungsbezirken Baden-Württembergs in %

Regierungsbezirk Land	Veränderung					
	1950	1956	1961			
				gegenüber		
	1939	1939	1950	1939	1950	1956
Bevölkerung insgesamt						
Nordwürttemberg	25,4	41,7	13,0	56,1	24,5	10,2
Nordbaden	15,4	23,9	7,4	33,4	15,6	7,7
Südbaden	8,9	22,0	12,1	32,2	21,5	8,4
Südwestfalen-Hohenzollern	15,0	26,3	9,8	35,8	18,1	7,6
Baden-Württemberg	17,4	30,3	10,9	41,7	20,7	8,8
Männliche Bevölkerung						
Nordwürttemberg	19,5	37,1	14,7	53,4	28,3	11,8
Nordbaden	11,7	20,7	8,0	31,1	17,3	8,6
Südbaden	2,7	16,2	13,1	27,0	23,7	9,3
Südwestfalen-Hohenzollern	9,3	20,9	10,7	31,7	20,5	8,9
Baden-Württemberg	12,0	25,6	12,1	38,2	23,4	10,1
Weibliche Bevölkerung						
Nordwürttemberg	31,0	46,1	11,5	58,8	21,2	8,7
Nordbaden	18,8	26,9	6,8	35,6	14,2	6,8
Südbaden	14,8	27,6	11,2	37,2	19,6	7,5
Südwestfalen-Hohenzollern	20,4	31,3	9,0	39,8	16,1	6,5
Baden-Württemberg	22,5	34,7	9,9	45,0	18,3	7,6

¹ Im Gegensatz zu 1961 wurden Wehrpflichtige 1939 zur Wohnbevölkerung des Standortes gezählt.

Fläche, Wohnbevölkerung, Bevölkerungsdichte, Bevölkerungsveränderung, Geschlechterverhältnis

Lfd. Nr.	Stadt/Landkreis Regierungsbezirk Land	Fläche am 6. Juni 1961 qkm	Wohnbevölkerung ¹⁾ am								
			17. Mai 1939		13. September 1950		25. September 1956		6. Juni 1961		
			insgesamt	darunter männlich	insgesamt	darunter männlich	insgesamt	darunter männlich	insgesamt	männlich	weiblich
1	Stuttgart Stadtkr.	207,24	496 490	234 668	497 677	230 924	601 115	283 974	637 539	304 744	332 795
2	Heilbronn "	61,33	77 569	38 277	64 643	30 482	79 458	37 034	89 100	41 979	47 121
3	Ulm "	49,77	74 387	38 430	71 132	32 751	90 530	41 749	92 701	43 662	49 039
4	Aalen Landkr.	1 079,04	85 348	42 193	125 918	59 092	132 304	63 104	142 126	67 805	74 321
5	Backnang "	589,18	53 990	26 482	76 063	35 612	81 989	38 687	89 362	42 492	46 870
6	Böblingen "	451,28	69 553	35 255	93 694	43 899	114 978	55 016	145 616	71 660	73 956
7	Crailsheim "	766,40	51 435	26 544	62 290	29 456	61 574	29 169	63 325	29 841	33 484
8	Eßlingen "	253,11	101 565	49 730	145 189	67 627	169 932	81 326	198 579	97 577	101 002
9	Göppingen "	610,49	121 824	59 705	169 836	77 792	187 612	87 787	201 967	96 126	105 841
10	Heidenheim "	624,00	62 482	29 896	91 847	42 472	103 121	48 319	113 453	53 804	59 649
11	Heilbronn "	874,32	110 509	54 010	144 073	67 772	152 649	72 501	162 658	77 836	84 822
12	Künzelsau "	342,04	21 867	10 809	30 432	14 267	29 898	14 232	30 948	14 783	16 165
13	Leonberg "	289,55	44 995	21 731	65 275	30 519	80 571	38 426	99 219	48 466	50 753
14	Ludwigsburg "	424,04	135 351	69 544	186 007	87 481	212 792	101 786	243 849	119 028	124 821
15	Mergentheim "	473,92	31 165	15 422	41 819	19 155	39 200	17 954	40 349	18 493	21 856
16	Nürtingen "	380,04	73 572	34 700	107 535	49 024	117 348	54 752	131 620	62 512	69 108
17	Öhringen "	397,60	30 247	15 088	42 021	19 934	41 441	19 710	43 587	20 731	22 856
18	Schwäb. Gmünd "	459,28	60 888	29 049	88 390	40 036	94 161	43 151	100 501	46 697	53 804
19	Schwäb. Hall "	568,42	42 980	21 311	56 674	26 532	57 018	26 726	59 273	27 780	31 493
20	Ulm "	861,05	52 849	25 731	74 827	35 040	77 577	36 835	82 926	39 651	43 275
21	Vaihingen "	384,76	46 487	22 420	63 455	29 276	68 131	32 069	75 392	36 356	39 036
22	Waiblingen "	433,37	100 297	48 249	141 269	65 383	163 387	77 260	193 688	93 753	99 935
23	Nordwürttemberg ...	10 580,23	1 945 550	949 244	2 440 066	1 134 526	2 756 786	1 301 567	3 037 778	1 455 776	1 582 002
24	Karlsruhe Stadtkr.	122,82	190 081	89 763	198 842	90 880	222 282	101 311	241 929	111 851	130 078
25	Heidelberg "	94,27	86 467	39 832	116 488	51 614	121 910	54 507	125 264	56 297	68 967
26	Mannheim "	144,94	285 753	136 670	245 634	115 366	287 210	134 837	313 890	148 811	165 079
27	Pforzheim "	55,62	79 011	36 352	54 143	24 872	71 684	32 660	82 524	37 835	44 689
28	Bruchsal Landkr.	455,50	91 387	45 004	104 344	48 987	110 548	52 323	119 009	56 675	62 334
29	Buchen "	827,50	45 162	21 976	65 861	30 351	60 296	27 900	62 073	29 044	33 029
30	Heidelberg "	487,01	90 538	43 269	127 283	59 452	133 633	62 937	146 816	69 621	77 195
31	Karlsruhe "	581,77	109 365	54 155	141 640	66 182	152 613	72 663	166 460	80 035	86 425
32	Mannheim "	313,28	102 675	49 564	136 335	64 473	146 777	70 198	158 860	76 381	82 479
33	Mosbach "	454,68	40 079	19 934	61 764	28 871	60 291	28 385	64 467	30 629	33 838
34	Pforzheim "	278,88	43 073	20 514	55 942	25 823	59 419	27 825	63 088	29 759	33 329
35	Sinsheim "	528,65	51 550	24 689	79 015	36 583	74 209	34 648	76 202	35 741	40 461
36	Tauberbischofsb. "	776,63	56 650	27 676	80 491	37 436	75 198	35 121	76 436	36 052	40 384
37	Nordbaden	5 121,55	1 271 791	609 398	1 467 782	680 890	1 576 070	735 315	1 697 018	798 731	898 287
38	Freiburgi. Br. Stadtkr.	79,98	110 110	51 078	109 717	49 649	128 401	57 111	145 016	64 647	80 369
39	Baden-Baden "	91,19	33 166	15 102	36 582	15 691	40 079	17 180	40 029	17 042	22 987
40	Bühl Landkr.	379,43	68 402	33 663	72 532	33 689	75 892	35 608	79 859	37 508	42 351
41	Donaueschingen "	766,18	51 169	26 688	54 277	25 511	61 238	29 187	66 519	32 351	34 168
42	Emmendingen "	666,03	80 938	38 767	87 877	40 227	96 838	44 751	102 345	47 822	54 523
43	Freiburg "	657,85	59 214	29 573	64 425	30 479	70 102	33 705	76 886	36 985	39 901
44	Hochschwarzwald "	717,99	33 299	15 942	39 703	18 631	41 248	19 300	42 001	19 757	22 244
45	Kehl "	310,11	50 883	27 135	42 039	19 701	49 777	23 322	53 222	24 908	28 314
46	Konstanz "	515,79	105 923	51 054	123 210	56 501	143 398	66 724	158 337	75 139	83 198
47	Lahr "	444,51	66 727	32 555	72 251	32 554	77 423	35 295	80 301	37 033	43 268
48	Lörrach "	638,53	95 353	46 325	107 101	49 884	123 385	58 649	136 333	65 788	70 546
49	Müllheim "	433,29	42 622	21 268	47 068	21 712	50 747	23 503	54 471	25 393	29 078
50	Offenburg "	467,48	74 375	35 300	84 232	38 394	94 318	43 404	98 555	45 440	53 115
51	Rastatt "	545,28	92 217	46 988	93 041	43 505	107 634	50 798	119 139	56 589	62 550
52	Säckingen "	375,10	43 649	21 333	50 263	23 482	59 430	28 443	65 797	31 769	34 028
53	Stockach "	612,79	36 216	18 087	40 793	19 140	43 074	20 373	47 219	23 394	23 825
54	Überlingen "	571,26	43 327	21 559	51 107	24 034	52 879	25 054	58 812	27 974	30 838
55	Villingen "	451,37	53 960	26 871	60 840	28 315	73 440	34 773	83 312	39 682	43 630
56	Waldshut "	590,12	46 070	22 611	54 407	25 559	61 495	29 264	65 266	31 123	34 143
57	Wolfach "	641,20	42 126	20 301	47 199	21 760	49 973	23 284	52 742	24 734	28 008
58	Südbaden	9 955,48	1 229 746	602 200	1 338 664	618 418	1 500 771	699 728	1 626 161	765 078	861 083
59	Balingen Landkr.	478,12	70 315	33 231	82 320	37 585	91 937	42 122	98 127	45 277	52 850
60	Biberach "	1 024,51	74 553	36 129	89 397	41 472	93 771	43 952	100 043	47 479	52 564
61	Calw "	882,48	88 845	42 174	100 484	45 449	108 622	49 510	117 745	55 044	62 701
62	Ehingen "	508,11	32 616	15 847	39 469	18 406	40 840	19 248	43 432	20 552	22 880
63	Freudenstadt "	612,52	46 052	21 942	50 759	23 084	55 044	24 787	58 409	26 337	32 072
64	Hechingen "	417,78	37 931	18 067	43 930	20 156	48 388	22 289	50 777	23 624	27 153
65	Horb "	358,44	35 525	17 436	38 838	17 865	39 681	18 440	42 168	19 880	22 288
66	Münsingen "	699,54	33 452	16 757	37 091	17 008	37 698	17 489	38 809	18 233	20 576
67	Ravensburg "	708,73	77 100	38 135	90 924	42 508	98 031	45 996	104 553	49 311	55 242
68	Reutlingen "	441,71	103 539	48 671	121 261	54 649	144 691	66 124	159 772	74 367	85 405
69	Rottweil "	553,13	97 342	47 582	103 553	47 747	116 690	54 203	123 496	57 835	65 661
70	Saulgau "	741,63	51 138	24 645	61 361	28 568	63 650	29 833	65 863	31 066	34 797
71	Sigmaringen "	724,41	35 775	17 078	42 109	19 333	44 309	20 367	48 336	22 811	25 525
72	Tettnang "	260,43	52 269	28 009	52 368	25 476	65 479	31 977	74 132	36 280	37 852
73	Tübingen "	481,99	84 098	40 745	100 583	46 216	111 066	52 069	123 854	59 142	64 712
74	Tuttlingen "	458,38	55 696	26 663	64 526	29 630	72 589	33 758	77 987	36 421	41 566
75	Wangen "	740,52	53 063	26 103	64 740	30 362	67 128	31 478	70 694	33 564	37 130
76	SüdWürtt.-Hohenz. ...	10 092,43	1 029 309	499 214	1 183 713	545 514	1 299 614	603 642	1 398 197	657 223	740 974
77	Baden-Württemberg	35 749,69	5 476 396	2 660 056	6 430 225	2 979 348	7 133 241	3 340 252	7 759 154	3 676 801	4 082 346

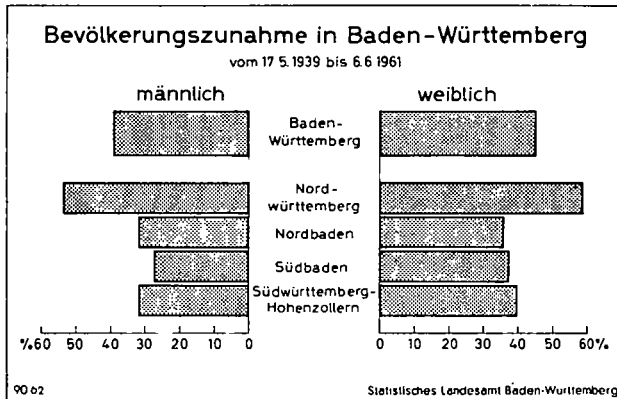
¹⁾ Gebietsstand 6. Juni 1961.

1939, 1950, 1956 und 1961 in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs

Wohnbevölkerung auf 1 qkm				Zu- bzw. Abnahme (-) der Wohnbevölkerung						Auf 1000 Männer kommen Frauen				Lfd. Nr.					
				insgesamt			männlich												
				1961 gegenüber															
1939	1950	1956	1961	1939	1950	1956	1939	1950	1956	1939	1950	1956	1961						
in %																			
2 395,7	2 401,5	2 900,6	3 076,3	28,4	28,1	6,1	29,9	32,0	7,3	1 116	1 155	1 117	1 092	1					
1 264,8	1 054,0	1 295,6	1 452,8	14,9	37,8	12,1	9,7	37,7	13,4	1 027	1 121	1 146	1 122	2					
1 494,6	1 429,2	1 819,0	1 862,6	24,6	30,3	2,4	13,6	33,3	4,6	936	1 172	1 168	1 123	3					
78,8	116,7	122,6	131,7	67,1	12,9	7,4	60,7	14,7	7,4	1 016	1 131	1 097	1 096	4					
91,6	129,1	139,2	151,7	65,5	17,5	9,0	60,5	19,3	9,8	1 039	1 136	1 119	1 103	5					
154,1	207,6	254,8	322,7	109,4	55,4	26,6	103,3	63,2	30,3	973	1 134	1 090	1 032	6					
67,1	81,3	80,3	82,6	23,1	1,7	2,8	12,4	1,3	2,3	938	1 115	1 111	1 122	7					
401,3	573,6	671,4	784,6	95,5	36,8	16,9	96,2	44,3	20,0	1 042	1 147	1 090	1 035	8					
200,0	278,2	307,3	330,8	65,8	18,9	7,7	61,0	23,6	9,5	1 040	1 183	1 137	1 101	9					
100,1	147,2	165,3	181,8	81,6	23,5	10,0	80,0	26,7	11,4	1 090	1 163	1 134	1 109	10					
126,4	164,8	174,6	186,0	47,2	12,9	6,6	44,1	14,8	7,4	1 046	1 126	1 105	1 090	11					
63,9	89,0	87,4	90,5	41,5	1,7	3,5	36,8	3,6	3,9	1 023	1 133	1 101	1 093	12					
155,4	225,4	278,3	342,7	120,5	52,0	23,1	123,0	58,8	26,1	1 071	1 139	1 097	1 047	13					
319,2	438,7	501,8	575,1	80,2	31,1	14,6	71,2	36,1	16,9	946	1 126	1 091	1 049	14					
65,8	88,2	82,7	85,1	29,5	- 3,5	2,9	19,9	- 3,5	3,0	1 021	1 183	1 183	1 182	15					
193,6	283,0	308,8	346,3	78,9	22,4	12,2	80,1	27,5	14,2	1 120	1 194	1 143	1 106	16					
76,1	105,7	104,2	109,6	44,1	3,7	5,2	37,4	4,0	5,2	1 005	1 108	1 103	1 103	17					
132,6	192,5	205,0	218,8	65,1	13,7	6,7	60,8	16,6	8,2	1 096	1 208	1 182	1 152	18					
75,6	99,7	100,3	104,3	37,9	4,6	4,0	30,4	4,7	3,9	1 017	1 136	1 133	1 134	19					
61,4	86,9	90,1	96,3	56,9	10,8	6,9	54,1	13,2	7,6	1 054	1 135	1 106	1 091	20					
120,8	164,9	177,1	195,9	62,2	18,8	10,7	62,2	24,2	13,4	1 073	1 167	1 125	1 074	21					
231,4	326,0	377,0	446,9	93,1	37,1	18,5	94,3	43,4	21,3	1 079	1 161	1 115	1 066	22					
183,9	230,6	260,6	287,1	56,1	24,5	10,2	53,4	28,8	11,8	1 050	1 151	1 118	1 087	23					
1 547,6	1 619,0	1 809,8	1 969,8	27,3	21,7	8,8	24,6	23,1	10,4	1 118	1 188	1 194	1 163	24					
917,2	1 235,7	1 293,2	1 328,8	44,9	7,5	2,8	41,3	9,1	3,3	1 171	1 257	1 237	1 225	25					
1 971,5	1 694,7	1 981,6	2 165,7	9,8	27,8	9,3	8,9	29,0	10,4	1 091	1 129	1 130	1 109	26					
1 420,6	973,4	1 288,8	1 483,7	4,4	52,4	15,1	4,1	52,1	15,8	1 173	1 177	1 195	1 181	27					
200,6	229,1	242,7	261,3	30,2	14,1	7,7	25,9	15,7	8,3	1 031	1 130	1 113	1 100	28					
54,6	79,6	72,9	75,0	37,4	- 5,8	2,9	32,2	- 4,3	4,1	1 055	1 170	1 161	1 137	29					
185,9	261,4	274,4	301,5	62,2	15,3	9,9	60,9	17,1	10,6	1 092	1 141	1 123	1 109	30					
188,0	243,5	262,3	286,1	52,2	17,5	9,1	47,8	20,9	10,1	1 019	1 140	1 100	1 080	31					
327,7	435,2	468,5	507,1	54,7	16,5	8,2	54,1	18,5	8,8	1 072	1 115	1 091	1 080	32					
88,1	135,8	132,6	141,8	60,8	4,4	6,9	53,7	6,1	7,9	1 011	1 139	1 124	1 105	33					
154,4	200,6	213,1	226,2	46,5	12,8	6,2	45,1	15,2	7,0	1 100	1 166	1 135	1 120	34					
97,5	149,5	140,4	144,1	47,8	- 3,6	2,7	44,8	- 2,3	3,2	1 088	1 160	1 142	1 132	35					
72,9	103,6	96,8	98,4	34,9	- 5,0	1,6	30,3	- 3,7	2,7	1 047	1 150	1 141	1 120	36					
248,3	286,6	307,7	331,3	38,4	15,6	7,7	31,1	17,8	8,6	1 087	1 156	1 143	1 125	37					
1 376,7	1 371,8	1 605,4	1 813,2	31,7	32,2	12,9	26,6	30,2	13,2	1 156	1 210	1 248	1 243	38					
363,7	401,2	439,5	439,0	20,7	9,4	- 0,1	12,8	8,6	- 0,8	1 196	1 331	1 333	1 349	39					
180,3	191,2	200,0	210,5	16,7	10,1	5,2	11,4	11,3	5,3	1 032	1 153	1 131	1 129	40					
66,8	70,8	79,9	86,8	30,0	22,6	8,6	21,2	26,8	10,8	917	1 128	1 098	1 056	41					
121,5	131,9	145,4	153,7	26,4	16,5	5,7	23,3	18,9	6,9	1 088	1 185	1 164	1 140	42					
90,0	97,9	106,6	116,9	29,8	19,3	9,7	25,1	21,3	9,7	1 002	1 114	1 080	1 079	43					
46,4	55,3	57,4	58,5	26,1	5,8	1,8	23,9	6,0	2,4	1 089	1 131	1 137	1 126	44					
164,1	135,6	160,5	171,6	4,6	26,6	6,9	- 8,2	26,4	6,8	875	1 134	1 134	1 137	45					
205,4	238,9	278,0	307,0	49,5	28,5	10,4	47,2	33,0	12,6	1 075	1 181	1 149	1 107	46					
150,1	162,5	174,2	180,7	20,3	11,1	3,7	13,8	13,8	4,9	1 050	1 219	1 194	1 168	47					
149,3	167,7	193,2	213,5	43,0	27,3	10,5	42,0	31,9	12,2	1 058	1 147	1 104	1 072	48					
98,4	108,6	117,1	125,7	27,8	15,7	7,3	19,4	17,0	8,0	1 004	1 168	1 159	1 145	49					
159,1	180,2	201,8	210,8	32,5	17,0	4,5	28,7	18,4	4,7	1 107	1 194	1 173	1 169	50					
169,1	170,6	197,4	218,5	29,2	28,0	10,7	20,4	30,1	11,4	963	1 139	1 119	1 105	51					
116,4	134,0	158,4	175,4	50,7	30,9	10,7	48,9	35,3	11,7	1 046	1 140	1 089	1 071	52					
59,1	66,6	70,3	77,1	30,4	15,8	9,6	29,3	22,2	14,8	1 002	1 131	1 114	1 018	53					
75,8	89,5	92,6	103,0	35,7	15,1	11,2	29,8	16,4	11,7	1 010	1 126	1 111	1 102	54					
119,5	134,8	162,7	184,6	54,4	36,9	13,4	47,7	40,1	14,1	1 008	1 149	1 112	1 099	55					
78,1	92,2	104,2	110,6	41,7	20,0	6,1	37,6	21,8	6,4	1 038	1 129	1 101	1 097	56					
65,7	73,6	77,9	82,3	25,2	11,7	5,5	21,8	13,7	6,2	1 075	1 169	1 146	1 132	57					
123,5	134,5	150,7	163,3	32,2	21,5	8,4	27,0	23,7	9,3	1 042	1 165	1 145	1 125	58					
147,1	172,2	192,3	205,2	39,6	19,2	6,7	36,2	20,5	7,5	1 116	1 190	1 183	1 167	59					
72,8	87,3	91,5	97,6	34,2	11,9	6,7	31,4	14,5	8,0	1 064	1 156	1 133	1 107	60					
100,7	113,9	123,1	133,4	32,5	17,2	8,4	30,5	21,1	11,2	1 107	1 211	1 194	1 139	61					
64,2	77,7	80,4	85,5	33,2	10,0	6,3	29,7	11,7	6,8	1 058	1 144	1 122	1 113	62					
75,2	82,9	89,9	95,4	26,8	15,1	6,1	20,0	14,1	6,3	1 099	1 199	1 221	1 218	63					
90,8	105,2	115,8	121,5	33,9	15,6	4,9	30,8	17,2	6,0	1 099	1 179	1 171	1 149	64					
99,1	108,4	110,7	117,6	18,7	8,6	6,2	14,0	11,3	7,8	1 037	1 174	1 152	1 121	65					
47,3	53,0	53,9	55,5	16,0	4,6	2,9	8,8	7,2	4,3	996	1 181	1 156	1 129	66					
108,8	128,3	138,3	147,5	35,6	15,0	6,7	29,3	16,0	7,2	1 022	1 139	1 131	1 120	67					
234,4	274,5	327,6	361,7	54,3	31,8	10,4	52,8	36,1	12,5	1 127	1 219	1 188	1 148	68					
176,0	187,2	211,0	223,3	26,9	19,3	5,8	21,5	21,1	6,7	1 046	1 169	1 153	1 135	69					
69,0	82,7	85,8	88,8	28,8	7,3	3,5	26,1	8,7	4,1	1 075	1 148	1 134	1 120	70					
49,4	58,1	61,2	66,7	35,1	14,8	9,1	33,6	18,0	12,0	1 095	1 178	1 176	1 119	71					
200,7	201,1	251,4	284,7	41,8	41,6	13,2	29,5	42,4	13,5	866	1 056	1 048	1 043	72					
174,5	208,7	230,4	257,0	47,3	23,1	11,5	45,2	28,0	13,6	1 064	1 176	1 133	1 094	73					
121,5	140,8	158,4	170,1	40,0	20,9	7,4	36,6	22,9	7,9	1 089	1 178	1 150	1 141	74					
71,7	87,4	90,6	95,5	33,2	9,2	5,3	28,6	10,5	6,6	1 033	1 132	1 133	1 106	75					
102,0	117,3	128,8	138,5	35,8	18,1	7,6	31,7	20,5	8,9	1 062	1 170	1 153	1 127	76					
153,2	179,9	199,5	217,0	41,7	20,7	8,8	38,2	23,4	10,1	1 059	1 158	1 136	1 110	77					

hohen Zuwachs erfahren. Überdurchschnittlich hoch war die Bevölkerungszunahme aus den gleichen Gründen in den Landkreisen Eßlingen (+ 96 %), Waiblingen (+ 93 %) und Ludwigsburg (+ 80 %). Der einzige Landkreis, der außerhalb des Großraumes Stuttgart seit 1939 eine Bevölkerungszunahme in dieser Größenordnung aufweist, ist Heidenheim (+ 82 %).

Bemerkenswert ist, daß im Vergleich zu 1939 die Bevölkerung in den den Großstädten benachbarten Landkreisen in stärkerem Maße zugenommen hat als im Stadtkreis selbst. So hat der Stadtkreis Mannheim nur eine um 10 % höhere Einwohnerzahl gegenüber 1939; die Bevölkerungszahl des Landkreises



Mannheim aber ist um 55 % gewachsen. Im Stadtkreis Heidelberg stieg die Bevölkerungszahl seit 1939 um 45 %, hingegen im Landkreis Heidelberg um 62 %. Während der Zuwachs in der Stadt Karlsruhe 27 % betrug, wohnen im Landkreis Karlsruhe heute 52 % mehr Einwohner als 1939. Ein entsprechendes Verhältnis ist zwischen den Stadtkreisen Pforzheim, Heilbronn und Ulm und den ihnen benachbarten Landkreisen festzustellen. In diesem Zusammenhang darf darauf hingewiesen werden, daß in zwei von neun Stadtkreisen, und zwar in Mannheim und Pforzheim, die Bevölkerungszunahme geringer ist als 10 %; unter den Landkreisen weist dagegen lediglich Kehl einen derart geringen Zuwachs auf. Die Gründe für diese unterschiedliche Entwicklung zwischen Stadt und Land dürften darin zu suchen sein, daß die Stadtkreise durch Kriegseinwirkungen einen großen Teil ihrer Wohnungen verloren hatten, die erst wieder aufgebaut werden mußten, um die ursprüngliche Bevölkerungszahl in der Stadt unterbringen zu können. Außerdem bringen es die außerordentlich hohen Wohndichten in den Großstädten und die damit verbundene schwierige Wohnungbeschaffung mit sich, daß bei den heute günstigen Verkehrsverbindungen und der zunehmenden Motorisierung immer mehr Familien ihren Wohnsitz in die weitere Umgebung der großen Städte verlegen.

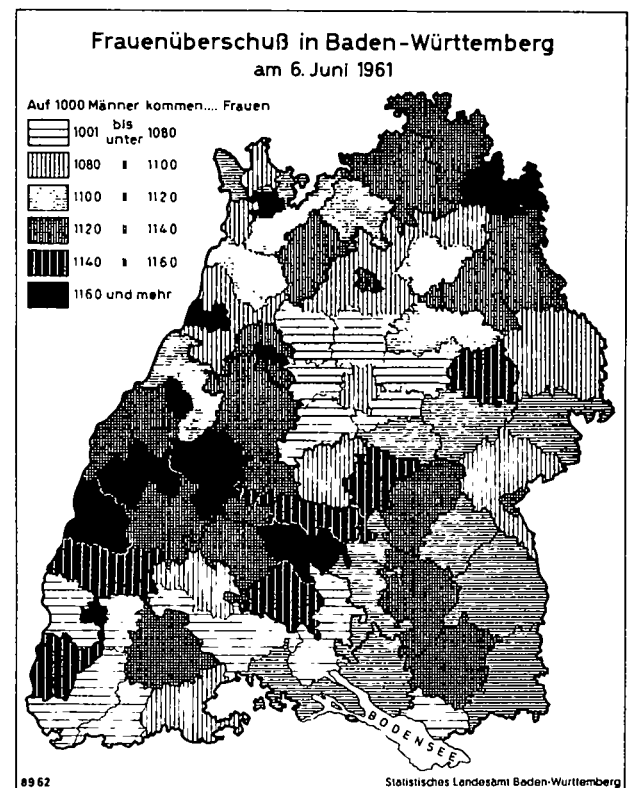
Seit 1950 ist in den Landkreisen Sinsheim, Buchen, Taubertal und Mergentheim ein geringfügiger Bevölkerungsrückgang festzustellen, während die Bevölkerungszahl in allen übrigen Stadt- und Landkreisen seither weiter gestiegen ist. Die Abnahme der Wohnbevölkerung in diesen Kreisen ist das Ergebnis einer zum Teil gelenkten zum Teil freien Binnensiedlung aus den nach dem zweiten Weltkrieg mit Flüchtlingen überbelegten Gebieten Nordwürttembergs und Nordbadens in solche Städte und Gemeinden, in denen sich den Heimatvertriebenen neue Arbeitsplätze boten. Eine seit 1950 überdurchschnittlich starke Bevölkerungszunahme von mehr als 25 % weisen die Landkreise des Stuttgarter Raumes sowie die besonders gewerblich orientierten Landkreise Villingen, Rastatt, Lörrach, Säckingen, Konstanz, Reutlingen, Tettnang und außerdem die Stadtkreise Heilbronn, Ulm, Pforzheim, Freiburg im Breisgau und Mannheim auf. Weiter ist hier noch der Landkreis Kehl zu erwähnen, dessen Bevölkerungsstand sich seit 1950 um 27 % erhöhte. In dieser Zeit ist die Stadt Kehl, die von 1944 bis 1953 mit Ausnahme des Stadtteils Sundheim nicht von Deutschen bewohnt war, wieder von den früheren Einwohnern bezogen worden.

Im Vergleich zu 1956 ist lediglich im Stadtkreis Baden-Baden die Wohnbevölkerung um 50 Personen zurückgegangen. In allen anderen Kreisen sind Bevölkerungszugänge zu verzeichnen, die sich wieder am meisten in den stark mit Industrie besetzten Landkreisen des Stuttgarter Raumes sowie in den Landkreisen Villingen und Tettnang auswirken. Erheblich über dem Durchschnitt lag auch die Bevölkerungszunahme in den Städten Pforzheim (15 %), Heilbronn (12 %) und Freiburg im Breisgau (13 %). Zu den Landkreisen, die gerade seit 1956 ein verhältnismäßig starkes Bevölkerungswachstum aufzuweisen haben, zählen auch Vaihingen (+ 11 %), Überlingen (+ 11 %), Konstanz (+ 10 %), Lörrach (+ 11 %), Rastatt (+ 11 %), Säckingen (+ 11 %), Reutlingen (+ 10 %) und Tübingen (+ 12 %).

Größte Bevölkerungsdichte in Nordbaden

Mit der Zunahme der Bevölkerungszahl ist die Bevölkerungsdichte Baden-Württembergs (Wohnbevölkerung je qkm) von 153 im Jahr 1939 auf 217 am 6. Juni 1961 gestiegen. Wie schon 1939 in Nordbaden mit 331 Personen je qkm der am dichtesten besiedelte Landesteil. Es folgen Nordwürttemberg (287), Südbaden (163) und Südwestfalen-Hohenzollern (139).

Erwartungsgemäß sind die Stadtkreise dichter besiedelt als die Landkreise. Die größte Bevölkerungsdichte wurde mit 3076 in der Landeshauptstadt Stuttgart festgestellt, es folgt Mannheim mit 2166. In den übrigen Stadtkreisen wohnen mit Ausnahme von Baden-Baden, wo 439 Einwohner je qkm errechnet wurden, jeweils zwischen 1000 und 2000 Personen auf einem Quadratkilometer.



Die Landkreise weisen die dichteste Bevölkerung in den industriellen Ballungsräumen um Stuttgart, Mannheim und Heidelberg auf. Außerdem wohnen auch im Landkreis Konstanz überdurchschnittlich viele Personen auf einem Quadratkilometer.

Schon im Jahr 1939 war eine ähnliche Streuung der Bevölkerungsdichte gegeben, wobei jedoch infolge der insgesamt geringeren Bevölkerungszahl die Dichteziffern entsprechend niedriger waren. Während damals in 29 Landkreisen noch weniger als 100 Einwohner auf einem Quadratkilometer wohnten, findet sich heute diese niedrige Bevölkerungsdichte nur

**Wohnbevölkerung, Bevölkerungsverteilung, Bevölkerungsveränderung und Geschlechterverhältnis 1939, 1950, 1956 und 1961
in den Ländern des Bundesgebietes**

Land	Wohnbevölkerung (in 1000 am ¹)								Verteilung der Wohnbevölkerung in %			
	17. Mai 1939		13. Sept. 1950		25. Sept. 1956		6. Juni 1961		1939	1950	1956	1961
	insgesamt	darunter männlich	insgesamt	darunter männlich	insgesamt	darunter männlich	insgesamt	darunter männlich				
Schleswig-Holstein ²⁾	1 589	817	2 595	1 211	2 252	1 047	2 316	1 092	3,9	5,3	4,4	4,3
Hamburg	1 712	820	1 606	752	1 751	806	1 832	844	4,3	3,3	3,4	3,4
Niedersachsen	4 540	2 305	6 797	3 203	6 481	3 039	6 641	3 140	11,3	14,0	12,7	12,3
Bremen	563	284	559	265	638	300	706	332	1,4	1,2	1,3	1,3
Nordrhein-Westfalen	11 935	5 817	13 197	6 256	14 811	7 032	15 902	7 555	29,6	27,1	29,1	29,5
Hessen	3 479	1 694	4 324	2 024	4 529	2 117	4 814	2 275	8,6	8,9	8,9	8,9
Rheinland-Pfalz	2 960	1 472	3 005	1 401	3 259	1 530	3 417	1 612	7,4	6,2	6,4	6,3
Baden-Württemberg	5 476	2 660	6 430	2 979	7 133	3 340	7 759	3 677	13,6	13,2	14,0	14,4
Bayern	7 084	3 467	9 185	4 261	9 116	4 217	9 514	4 434	17,6	18,9	17,9	17,6
Saarland	910	453	945	449	992	473	1 072	515	2,3	1,9	1,9	2,0
Bundesgebiet ohne Berlin	40 248	19 789	48 641	22 800	50 964	23 899	53 975	25 476	100	100	100	100
Berlin (West) ²⁾	2 751	1 244	2 147	912	2 223	945	2 198	930

Land	Zu- bzw. Abnahme (—)						Auf 1000 Männer kommen . . . Frauen			
	insgesamt			männlich						
	1961 gegenüber									
	1939	1950	1956	1939	1950	1956	1939	1950	1956	1961
	in %									
Schleswig-Holstein ²⁾	45,8	— 10,7	2,8	33,7	— 9,8	4,3	946	1 143	1 151	1 121
Hamburg	7,0	14,1	4,6	2,9	12,2	4,7	1 087	1 134	1 173	1 172
Niedersachsen	46,3	— 2,3	2,5	36,2	— 2,0	3,3	969	1 123	1 133	1 115
Bremen	25,4	26,4	10,6	16,8	25,1	10,8	980	1 106	1 131	1 127
Nordrhein-Westfalen	33,2	20,5	7,4	29,9	20,8	7,4	1 052	1 110	1 106	1 105
Hessen	38,4	11,3	6,3	34,3	12,4	7,5	1 054	1 136	1 140	1 116
Rheinland-Pfalz	15,4	13,7	4,8	9,5	15,1	5,4	1 011	1 145	1 130	1 120
Baden-Württemberg	41,7	20,7	8,8	38,2	23,4	10,1	1 059	1 158	1 136	1 110
Bayern	34,3	3,6	4,4	27,9	4,1	5,2	1 044	1 156	1 162	1 146
Saarland	17,9	13,5	8,1	13,6	14,7	9,0	1 007	1 104	1 099	1 082
Bundesgebiet										
ohne Berlin	34,1	11,0	5,0	28,7	11,7	6,6	1 034	1 133	1 132	1 119
Berlin (West) ²⁾	— 20,2	2,4	— 1,1	— 25,2	2,0	— 1,6	1 211	1 355	1 354	1 363

¹⁾ Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen. — ²⁾ 1961 vorläufiges Ergebnis.

noch in 17 Landkreisen. Dagegen ist die Zahl der Landkreise mit 300 und mehr Einwohnern je qkm von 3 im Jahre 1939 auf 11 im Jahre 1961 gestiegen.

Frauenüberschuß nimmt langsam ab

Im Jahre 1939 kamen 1059 Frauen auf 1000 Männer. Diese Ziffer war nach den schweren Verlusten an Männern während des zweiten Weltkrieges auf 1158 im Jahr 1950 angestiegen, sie ging sodann bis 1956 auf 1136 zurück und betrug am 6. Juni 1961 noch 1110. Wie schon oben erwähnt, beruhen diese Veränderungen im Geschlechterverhältnis seit 1950 einmal darauf, daß die Zahl der männlichen Geborenen jeweils höher ist als die der weiblichen, zum anderen aber auch auf dem besonders starken Zuzug männlicher ausländischer Arbeitskräfte in den letzten Jahren.

In den Regierungsbezirken hat der Frauenüberschuß in Nordwürttemberg in den letzten Jahren schneller abgenommen. In den übrigen 3 Regierungsbezirken war das Geschlechterverhältnis jeweils ziemlich gleich; es belief sich am 6. Juni 1961 auf 1125 bis 1127 Frauen je 1000 Männer, während in Nordwürttemberg nur 1087 Frauen auf 1000 Männer kamen. Der in Südbaden im Jahr 1939 auffallend niedrige Frauenüberschuß ist auf die oben schon geschilderte besonders ausgeprägte Stationierung von Wehrmachts- und RAD-Angehörigen in diesem Regierungsbezirk zurückzuführen. Bei einer rechnerischen Verringerung des Anteils der Soldaten von 2,6% auf etwa 1,3% der Gesamtbevölkerung, wie er im Durchschnitt der übrigen Regierungsbezirke für 1939 als normal angesehen werden kann, wären in Südbaden rund 1072 Frauen auf 1000 Männer entfallen.

In den Kreisen war das Geschlechterverhältnis am Stichtag der Volkszählung 1961 recht unterschiedlich. An der Spitze stand Baden-Baden mit 1349 Frauen je 1000 Männer, an letz-

ter Stelle kam Stockach mit 1018 Frauen. Zu den Kreisen mit den größten Frauenüberschüssen zählen weiterhin die Städte Freiburg im Breisgau mit 1243 Frauen auf 1000 Männer, Heidelberg (1225), Pforzheim (1181) und Karlsruhe (1163). Im Gegensatz hierzu zählen die Kreise im Stuttgarter Raum, die mit die größten Bevölkerungsdichten aufweisen, zu den Gebieten, in denen der Frauenüberschuß am niedrigsten ist.

Vergleich mit den anderen Bundesländern

Baden-Württemberg steht unter den Bundesländern hinsichtlich der Einwohnerzahl nach Nordrhein-Westfalen und Bayern an dritter Stelle. Sein Bevölkerungszuwachs gegenüber 1939 (+ 42%) wurde noch in den Ländern Niedersachsen und Schleswig-Holstein, deren Bevölkerung infolge des Flüchtlingszustroms zum Kriegsende um je 46% zugenommen hat, übertroffen. Besonders stark ist in Baden-Württemberg der Bevölkerungsanstieg gegenüber 1950 mit 21%. In diesem Zeitraum lag die Zunahme an Einwohnern nur im Stadtstaat Bremen mit 26% höher als in Baden-Württemberg, das nach 1950 — wie auch Nordrhein-Westfalen (+ 20%) — als Aufnahme-land für Flüchtlinge ein besonders intensives Bevölkerungswachstum aufwies. Auch gegenüber 1956 hat Baden-Württemberg mit einer Zunahme um 9% nach Bremen den stärksten Bevölkerungsanstieg zu verzeichnen.

Der Zuwachs an Männern war in Baden-Württemberg gegenüber 1939 mit 38% größer als in jedem anderen Bundesland. Dies ist besonders auf den Anstieg um 23% seit 1950 zurückzuführen, der von der Stadt Bremen (+ 25%) noch übertroffen wurde.

Bezüglich des Frauenüberschusses liegt Baden-Württemberg mit 1110 Frauen auf 1000 Männer wie auch die Länder Hessen (1116), Niedersachsen (1115), Nordrhein-Westfalen (1105) und Saarland (1082) unter dem Bundesdurchschnitt von 1119.

Dipl.-Ing. Hans Kaeser

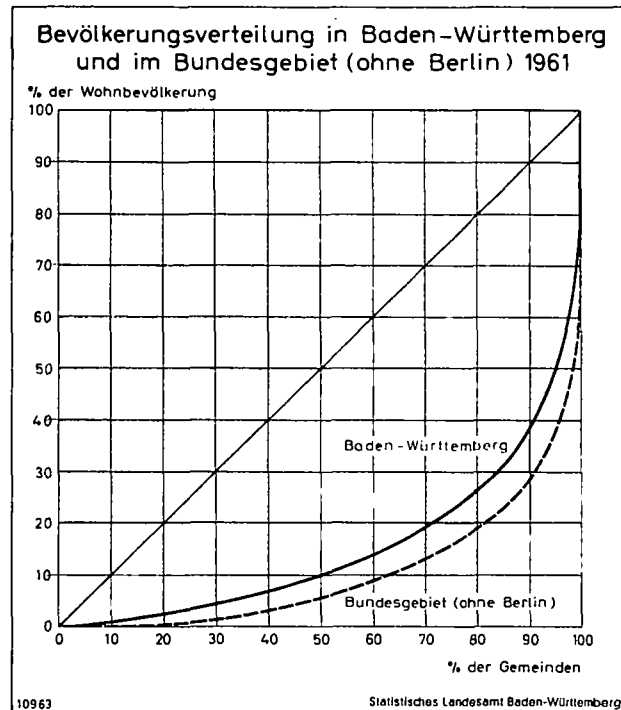
Die Gliederung der Gemeinden nach Größenklassen

Ergebnisse der Volkszählung vom 6. Juni 1961

Gruppierungen von Gemeinden können nach den verschiedensten Gesichtspunkten vorgenommen werden. Eines unter vielen Merkmalen ist die Wohnbevölkerungszahl, die eine Gliederung der Gemeinden nach Größenklassen ermöglicht. Die bei der Volkszählung 1961 wie bei allen vorangegangenen Zählungen durchgeführte „Bestandsaufnahme“ der Bevölkerung gibt Anlaß, mittels dieser Größenklassen die räumliche Siedlungsweise der Landesbevölkerung nach dem Stand von 1961 darzustellen und die Entwicklung seit der Vorkriegszeit zu untersuchen.

In vier Fünfteln der Gemeinden nur ein Viertel der Bevölkerung

Eine recht anschauliche Darstellung der Bevölkerungsverteilung läßt sich erzielen, wenn man die Gemeinden – beginnend mit der kleinsten und fortschreitend bis zur größten – nach der Einwohnerzahl schichtet und die Anteile jeder Gemeindegrößenklasse an den Gesamtzahlen der Gemeinden bzw. der Bevölkerung sukzessive kumuliert. Eingetragen in ein Koordinatensystem und miteinander verbunden ergeben diese Wertepaare eine sogenannte Lorenzkurve, an Hand derer der Konzentrationsgrad der Bevölkerung sich optisch aufzeigen läßt.



Das Land Baden-Württemberg zählte am 6. Juni 1961, dem Stichtag der letzten Volkszählung, 3381 Gemeinden, in denen 7 759 154 Menschen lebten. Der stark überwiegende Teil aller Gemeinden gehörte, wie aus dem Schaubild hervorgeht, den unteren Größenklassen an. So hatten 2004 Gemeinden, das sind rund drei Fünftel der Gesamtzahl, weniger als 1000 Einwohner. Ein weiteres Fünftel, nämlich 715 Gemeinden, hatten 1000 bis unter 2000 Einwohner. In den 2719 Gemeinden der beiden genannten Größenklassen wohnten 2 005 248 Einwohner, so daß sich auf vier Fünftel aller Gemeinden nur rund ein Viertel der Bevölkerung des Landes verteilt. Alle übrigen 662 Gemeinden zusammen beherbergen 5 753 906 Einwohner (74,2 % der Gesamtbevölkerung). Die Besetzungszahl, das ist die Zahl der Gemeinden je Größenklasse, nimmt mit wachsender Gemeindegröße rasch ab: 450 Gemeinden mit 2000 bis 5000 Einwohnern, 124 mit 5000 bis 10 000, 45 mit 10 000 bis

20 000, 31 mit 20 000 bis 50 000, 7 mit 50 000 bis 100 000 sowie schließlich 5 Gemeinden mit mehr als 100 000 Einwohnern.

Bemerkenswert erscheint die Tatsache, daß die 12 Mittel- und Großstädte mit mehr als 50 000 Einwohnern (Stuttgart, Mannheim, Karlsruhe, Freiburg im Breisgau, Heidelberg, Ulm, Heilbronn, Eßlingen am Neckar, Pforzheim, Ludwigsburg, Reutlingen, Konstanz)¹ etwa dieselbe Wohnbevölkerungszahl wie die 2719 Gemeinden mit weniger als 2000 Einwohnern aufweisen. Demnach haben die beiden unteren und die beiden oberen Gemeindegrößenklassen mit einem Anteil an der Landesbevölkerung von jeweils rund einem Viertel nahezu das gleiche Bevölkerungsgewicht. Von einem ausgesprochenen Schwerpunkt der Bevölkerungsverteilung bezüglich der Gemeindegrößenklassen kann somit in Baden-Württemberg wohl kaum gesprochen werden.

Anders liegen dagegen die Verhältnisse im Bundesgebiet, wo nach dem Ausweis der Lorenzkurve der Konzentrationsgrad der Bevölkerung beträchtlich höher ist. Der Anteil der Bevölkerung in Gemeinden mit mehr als 50 000 Einwohnern beträgt dort 37,4 %, also rund die Hälfte mehr als im südwestdeutschen Bundesland (25,9 %). Andererseits ist in Baden-Württemberg ein etwas größerer Anteil der Bevölkerung in Gemeinden von unter 2000 Einwohnern (25,8 %) zu verzeichnen als im Bundesgebiet (23,2 %). In allen anderen Gemeindegrößenklassen hat Baden-Württemberg zum Teil beachtlich stärkere Bevölkerungsanteile aufzuweisen. Die räumliche Verteilung der Bevölkerung darf somit gegenüber dem Bundesgebiet als ausgeglichener bezeichnet werden.

Entwicklung seit der Vorkriegszeit in zwei Etappen

Umschichtungen in der Struktur der Gemeindegrößenklassen sind bedingt durch

- die natürliche Bevölkerungsbewegung (Geburten und Sterbefälle)
- die Wanderungsbewegung (Zu- und Fortzüge über die Gemeindegrenzen)
- administrative Maßnahmen, das sind Gebietsveränderungen, die Gemeinden oder bewohnte Gemeindeteile betreffen.

Die unter c) genannten verwaltungsmäßigen Änderungen sind in Baden-Württemberg als relativ geringfügig anzusehen, da sich in der Zeit zwischen den Volkszählungen 1950 und 1961 die Zahl der Gemeinden per Saldo nur um 1 erhöht hat: Den 4 Eingemeindungen stehen 4 Ausgemeindungen von Gemeindeteilen zu selbständigen Gemeinden und 1 Neubildung einer Gemeinde aus Teilen anderer Gemeinden gegenüber. Von 1939 bis 1950 ist die Zahl der Gemeinden um 5 gestiegen. Neben einem Zugang aus einem anderen Bundesland zählte man 16 Eingemeindungen, 1 Neubildung aus 2 vordem selbständigen Gemeinden sowie 21 Ausgemeindungen von Gemeindeteilen, die früher schon einmal selbständige Gemeinden gewesen waren. Im gesamten Beobachtungszeitraum von 1939 bis 1961 ergab sich somit eine Zunahme der Gemeindezahl um 6, was bei einem Endbestand von 3381 Gemeinden im Jahr 1961 nur Bruchteile eines Prozents ausmacht.

Unvergleichbar stärker als die Bewegung im Bestand an Gemeinden waren die Veränderungen der Bevölkerungszahl ausgeprägt. Von 1939 bis 1950, in der ersten Entwicklungsphase, hat die Bevölkerung Baden-Württembergs um 957 157 Personen zugenommen (+ 17,5 %). Dieser Zuwachs beruht – unter Berücksichtigung der Kriegsterbefälle – in erster Linie auf Wanderungsgewinn, der mit 903 285 Personen nahezu 95 % des Bevölkerungsanstiegs ausmacht und vor allem auf das Hereinströmen von Vertriebenen in den Kriegs- und Nachkriegsjahren zurückzuführen ist. Die Aufnahme dieser heimatlos gewordenen Menschen konnte zunächst nur in Ge-

¹ Inzwischen hat auch Tübingen die 50 000-Grenze überschritten.

Gemeinden und Wohnbevölkerung nach Gemeindegrößenklassen 1939, 1950 und 1961
Jeweiliger Gebietsstand der Gemeinden

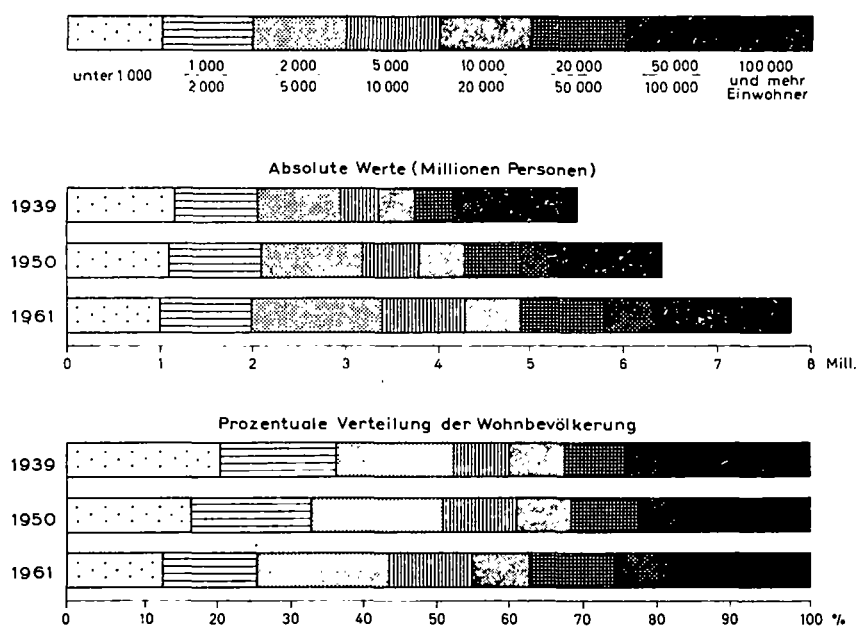
Gemeinden mit ... Einwohnern	17. Mai 1939				13. September 1950				6. Juni 1961				Zu- bzw. Abnahme (–) der Wohnbevölkerung		
	Gemeinden		Wohnbevölkerung		Gemeinden		Wohnbevölkerung		Gemeinden		Wohnbevölkerung		1950	1961	1961
													gegenüber		
	Anzahl	%	Anzahl ¹⁾	%	Anzahl	%	Anzahl ¹⁾	%	Anzahl	%	Anzahl ¹⁾	%	1939	1950	1939
Baden-Württemberg															
unter 1 000	2 352	69,7	1 138,5	20,8	2 085	61,7	1 089,0	16,9	2 004	59,3	1 003,5	12,9	4,3	– 7,9	– 11,9
1 000 bis unter 2 000	618	18,3	851,8	15,6	747	22,1	1 040,1	16,2	715	21,2	1 001,8	12,9	22,1	– 3,7	17,6
2 000 bis unter 5 000	295	8,8	878,9	16,0	389	11,5	1 146,7	17,8	450	13,3	1 376,2	17,7	30,5	20,0	56,6
5 000 bis unter 10 000	60	1,8	407,0	7,4	96	2,9	644,2	10,0	124	3,7	867,3	11,2	58,3	34,6	113,1
10 000 bis unter 20 000	28	0,8	404,3	7,4	33	1,0	454,8	7,1	45	1,3	593,7	7,7	12,5	30,5	46,8
20 000 bis unter 50 000	14	0,4	431,6	7,9	20	0,6	568,0	8,8	31	0,9	912,0	11,7	31,6	60,6	111,3
50 000 bis unter 100 000	4	0,1	317,4	5,8	5	0,1	319,0	5,0	7	0,2	541,1	7,0	0,5	69,6	70,5
100 000 und mehr	4	0,1	1 043,6	19,1	5	0,1	1 168,4	18,2	5	0,1	1 463,6	18,9	12,0	25,3	40,2
Insgesamt	3 375	100	5 473,1	100	3 380	100	6 430,2	100	3 381	100	7 759,2	100	17,5	20,7	41,8
Bundesgebiet (ohne Berlin)															
unter 1 000	19 472	78,8	7 790,8	19,4	16 779	68,5	7 919,8	16,3	17 302	70,6	7 361,0	13,7	1,7	– 7,1	– 5,5
1 000 bis unter 2 000	2 941	11,9	4 028,6	10,0	4 380	17,9	6 037,9	12,4	3 695	15,1	5 126,3	9,5	49,9	– 15,1	27,2
2 000 bis unter 5 000	1 508	6,1	4 578,0	11,4	2 211	9,0	6 669,2	13,7	2 201	9,0	6 745,3	12,5	45,7	1,1	47,3
5 000 bis unter 10 000	439	1,8	2 999,1	7,5	642	2,6	4 426,6	9,1	723	3,0	5 022,5	9,3	47,6	13,5	67,5
10 000 bis unter 20 000	171	0,7	2 353,9	5,8	256	1,0	3 484,5	7,2	299	1,2	4 018,9	7,4	48,0	15,3	70,7
20 000 bis unter 50 000	104	0,4	3 153,6	7,8	146	0,6	4 398,1	9,0	181	0,7	5 531,1	10,2	39,5	25,8	75,4
50 000 bis unter 100 000	31	0,1	2 264,8	5,6	39	0,2	2 670,1	5,5	50	0,2	3 568,5	6,6	17,9	33,6	57,6
100 000 und mehr	42	0,2	13 079,0	32,5	47	0,2	13 045,8	26,8	52	0,2	16 602,1	30,8	0,3	27,3	26,9
Insgesamt	24 708	100	40 248,0	100	24 500	100	48 652,0	100	24 503	100	53 975,6	100	20,9	10,9	34,1

¹⁾ In Tausend.

meinden erfolgen, die vom Luftkrieg mehr oder weniger verschont geblieben waren, d. h. in kleinen und mittleren Gemeinden abseits der großen Bevölkerungs- und Wirtschaftszentren. So ist es auch zu verstehen, daß die Gemeinden an der Bevölkerungsentwicklung in unterschiedlich starkem Maße beteiligt waren und sich demgemäß größere Umschichtungen in den Gemeindegrößenklassen ergeben haben. Dies kommt in der tabellarischen Übersicht klar zum Ausdruck: Die Bevölkerungszunahme von 1939 bis 1950 war bei den Größenklassen bis unter 10 000 Einwohner stärker als im Durchschnitt. Als Beispiel sei die Größenklasse 5000 bis unter 10 000 Einwohner angeführt, bei welcher der Zuwachs mit 58,3% rund das Dreieinhalbfache der durchschnittlichen Zunahme (17,5%) beträgt. Eine Ausnahme stellt scheinbar die Größenklasse der Gemeinden unter 1000 Einwohner angesichts der Abnahme von 4,3% dar. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß es sich hierbei nicht um einen echten Rückgang handelt, sondern – erhärtet bei gleichzeitiger Beachtung der Veränderungen im Bestand an Gemeinden – um das Auf-rücken vieler Gemeinden mit vordem weniger als 1000 Einwohnern in die nächsthöhere Größenklasse. Anders verhält es sich bei den Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern, deren Bevölkerungszunahme, bedingt durch die Kriegseinwirkungen, unter dem Gesamtdurchschnitt blieb. Bei diesen Größenklassen, vor allem bei den Großstädten, war die Bevölke-

rungszahl zum Teil auf oder gar unter den Vorkriegsstand zurückgefallen. Eine vielfach nur notdürftige Unterbringung der Bevölkerung sowie die Beseitigung der schlimmsten Kriegsschäden im Zeichen des zunächst nur zögernd einsetzenden Wiederaufbaus ermöglichten eine vergleichsweise schwache Aufwärtsentwicklung, die sich von der bereits dargelegten Zunahme bei den Gemeinden bis zu 10 000 Einwohnern deutlich abhebt.

Wohnbevölkerung in Baden-Württemberg 1939, 1950 und 1961
nach Gemeindegrößenklassen ¹⁾



¹⁾ Jeweiliger Gebietsstand der Gemeinden

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Ein völlig anderes Bild ergibt sich für die Zeit 1950 bis 1961. In dieser zweiten Phase der Entwicklung seit 1939 stellte sich die Bevölkerungszunahme auf 1 328 929 oder 20,7%. War es von 1939 bis 1950 zunächst äußerer Zwang, der eine Erhöhung der Bevölkerungszahl herbeiführte, so war es in der Zeit nach 1950 die Notwendigkeit der Schaffung von Arbeitsplätzen, welche die Entwicklung bestimmte. Die Entfaltung der gewerblichen Wirtschaft, der in Baden-Württemberg infolge des weitgehenden Fehlens von Bodenschätzen hauptsächlich Verarbeitungs- und Veredelungscharakter zukommt, erforderte immer mehr Arbeitskräfte, und zwar hauptsächlich dort, wo sich bereits Produktionsstätten als Ansatz für den weiteren Ausbau befanden. Dies waren in erster Linie mittlere und große Gemeinden bzw. Städte. Die Bevölkerung der Gemeinden mit 5000 und mehr Einwohnern hat denn auch beachtlich stärker zugenommen als die Gesamtbevölkerung. Besonders hervorzuheben ist der Zuwachs der Bevölkerung in Gemeinden mit 20 000 bis unter 50 000 Einwohnern (60,6%) und 50 000 bis unter 100 000 Einwohnern (69,6%) bei einer durchschnittlichen Zunahme um 20,7%. Weiterhin fällt auf, daß die Großstädte mit 100 000 und mehr Einwohnern bei einer Zuwachsrate von 25,3% hinter den Gemeinden mit 5000 bis unter 20 000 Einwohnern, deren Bevölkerung um rund ein Drittel zunahm, zurückbleiben. Im Gegensatz dazu stehen die

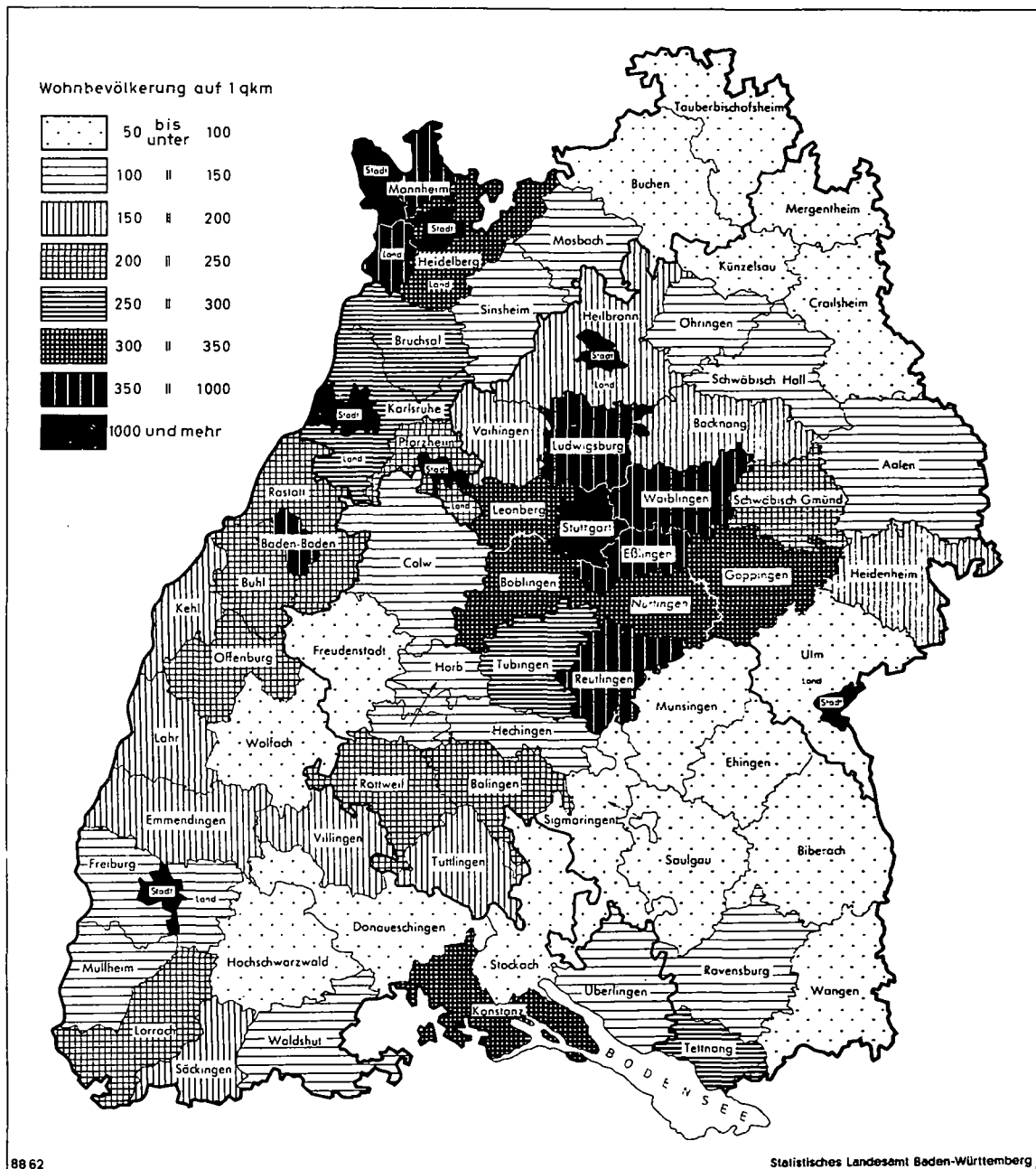
Größenklassen bis zu 2000 Einwohnern, deren Bevölkerung infolge Aufrückens von Gemeinden in höhere Klassen abnahm.

Das Bevölkerungsgewicht hat sich verschoben

Im Gesamtüberblick hat in Auswirkung der dargelegten Veränderungen der Bevölkerungsverteilung das Gewicht der Gemeindegrößenklassen unter 2000 Einwohnern bei einem Anteil an der Gesamtbevölkerung von 25,8% im Jahr 1961 gegenüber der Vorkriegszeit (36,4%) um knapp ein Drittel abgenommen. Demgegenüber erhöhte sich der Anteil der Größenklassen zwischen 2000 und 100 000 Einwohnern von 44,5% auf 55,3%, also um etwa ein Viertel. Hingegen blieb die Gruppe 100 000 und mehr Einwohner mit 18,9% im Vergleich zu 1939 (19,1%) nahezu unverändert. Diese Entwicklungen, in denen sich die Zeitspanne seit 1950 besonders stark abhebt, dürften nicht zuletzt damit zusammenhängen, daß die mannigfachen Erwerbsmöglichkeiten in den größeren Gemeinden die dort bereits vor dem zweiten Weltkrieg gegebene Bevölkerungsagglomeration weiter gefördert haben. Betroffen hiervon war vor allem auch das weitere Umland von Bevölkerungszentren, das sich mehr und mehr als bevorzugtes Wohngebiet der Bevölkerung und Ausweichstandort der Wirtschaft herausbildet.

Dr. Eberhard Gawatz

Bevölkerungsdichte in Baden-Württemberg am 6. Juni 1961



Personen mit Wohnraum in mehreren Gemeinden

Ergebnisse der Volkszählung vom 6. Juni 1961

Allgemeines

Die bei der Volkszählung 1961 angewandte Methode zur Ermittlung der Wohnbevölkerung¹ ermöglicht es, außer den Zahlen für die Wohnbevölkerung selbst auch noch Daten über folgende Bevölkerungsgruppen zu gewinnen:

1. Erfasste Personen, die zur Wohnbevölkerung der Erhebungsgemeinde zählen, da sie nur in der Erhebungsgemeinde Wohnraum innehaben (Bevölkerungsgruppe 1); hierzu gehören auch alle in der Erhebungsgemeinde heimatisierten Soldaten im Grundwehrdienst.
2. Erfasste Personen, die in einer anderen Gemeinde noch Wohnraum innehaben, aber von der Erhebungsgemeinde aus zur Arbeit bzw. Ausbildung gehen (Bevölkerungsgruppe 2), z. B. Studenten am Studienort, Erwerbstätige am auswärtigen Arbeitsort. Sie zählen zur Wohnbevölkerung der Erhebungsgemeinde. Zu dieser Bevölkerungsgruppe gehören außerdem noch die Personen, die in der Erhebungsgemeinde erfaßt wurden, aber ihren weiteren Wohnraum, von dem aus sie zur Arbeit oder Ausbildung gehen, im Ausland haben.
3. Erfasste Personen, die in einer anderen Gemeinde noch Wohnraum innehaben und von dort aus täglich zur Arbeit oder Ausbildung gehen (Bevölkerungsgruppe 3), z. B. Studenten und auswärts arbeitende Erwerbstätige am Wohnort der Familie. Diese Personen gehören nicht zur Wohnbevölkerung.

Durch Kombination dieser drei Bevölkerungsgruppen lassen sich folgende Bevölkerungsbegriffe bilden:

„Erfasste Personen“,	} Gruppe 1 + 2 + 3
„Bevölkerung in Wohnungen“ oder	
„Wohnberechtigte Bevölkerung“	
„Wohnbevölkerung“	Gruppe 1 + 2
„Bevölkerung am Familienwohnsitz“	Gruppe 1 + 3

Während die „Wohnbevölkerung“ als amtlicher Bevölkerungsbegriff in die Statistik eingeführt ist, können die beiden anderen Bevölkerungszahlen zu speziellen Untersuchungen herangezogen werden; so kann es vorteilhaft sein, für örtliche Untersuchungen die „Bevölkerung in Wohnungen“, in der stets Doppelzählungen enthalten sein werden, zu verwerten. Aus solchen Unterlagen läßt sich die Gesamtbelastung der Gemeinden ermitteln, die durch die Personen entsteht, welche dort überhaupt Wohnraum in Anspruch nehmen. Eine gemeindeweise Darstellung der „Bevölkerung am Familienwohnsitz“ hingegen liefert ein Bild der Bevölkerungsverteilung im Hinblick auf die Zusammengehörigkeit der Familien.

In Baden-Württemberg wurden am 6. Juni 1961 insgesamt 7 927 628 Personen erfaßt, die auf Grund ihrer Angaben in den Haushaltslisten den drei vorstehend definierten Bevölkerungsgruppen wie folgt zugeordnet wurden:

Bevölkerungsgruppe	Anzahl	%
Personen ohne weiteren Wohnraum (Bevölkerungsgruppe 1)	7 557 555	95,3
Personen mit weiterem Wohnraum, die zur Wohnbevölkerung gehören (Bevölkerungsgruppe 2)	201 599	2,6
Personen mit weiterem Wohnraum, die nicht zur Wohnbevölkerung gehören (Bevölkerungsgruppe 3)	168 474	2,1
Daraus wurden ermittelt:		
Wohnbevölkerung (Bevölkerungsgruppe 1 + 2)	7 759 154	97,9
Bevölkerung am Familienwohnsitz (Bevölkerungsgruppe 1 + 3)	7 726 029	97,4

¹ Siehe hierzu *Statistische Monatshefte Baden-Württemberg*, 10. Jahrgang 1962, Heft 7, S. 238.

2,1% der erfaßten Personen zählen nicht zur Wohnbevölkerung

Die Bevölkerungsgruppe 3, die nach ihrer Definition alle diejenigen Personen umfaßt, die nicht zur Wohnbevölkerung rechnen, gibt Aufschluß darüber, in welchem Ausmaße Personen in einer Gemeinde, von der aus sie nicht zur Arbeit oder Ausbildung gehen, weiteren Wohnraum bewohnen. Es handelt sich hierbei hauptsächlich um Arbeitskräfte sowie Schüler und Studenten, die von ihrer Familie am Familienwohnsitz in die Haushaltsliste eingetragen wurden, weil sie als zum Haushalt bzw. zur Familie gehörig betrachtet werden. Dies können Haushaltsvorstände sein, die als Verheiratete nur einmal wöchentlich von ihrer Arbeitsgemeinde zur Wohngemeinde der Familie fahren; es zählen aber auch ledige Personen, die noch zum elterlichen Haushalt gehören, zu dieser Bevölkerungsgruppe. Sie kommen in vielen Fällen nur gelegentlich nach Hause, nehmen aber im allgemeinen noch Wohnraum in Anspruch, ohne daß dadurch ein Wohnungsbedarf begründet würde.

Außer den vorstehend genannten Personen sind in dieser Bevölkerungsgruppe auch noch alle Mitglieder der Familie enthalten, die am Ort ihres Wochenendhauses zu erfassen waren. Sie zählen dort im allgemeinen nicht zur Wohnbevölkerung, da sie von diesem Wohnsitz aus nicht täglich zur Arbeit oder Ausbildung gehen.

Die Anteile der Bevölkerungsgruppe 3 an allen erfaßten Personen werden demnach in regionaler Sicht dort klein sein, wo reichlich Arbeits- oder Ausbildungsmöglichkeiten vorhanden sind; sie werden dort verhältnismäßig groß sein, wo wenig Arbeitsplätze zur Verfügung stehen und auch dort, wo eine überdurchschnittlich große Zahl von Wochenendunterkünften für ganze Haushalte die Begründung eines zweiten Wohnsitzes mit sich brachte.

Diese Überlegungen werden durch die kreisweise vorliegenden Ergebnisse bestätigt. Danach ist in den Landkreisen Hochschwarzwald mit 3,6 %, Mergentheim 3,5 %, Crailsheim, Schwübisch Hall und Freudenstadt mit jeweils 3,4 % ein weit über dem Durchschnitt liegender Anteil von Personen ermittelt worden, die nicht zur Wohnbevölkerung gehören. Es handelt sich hier überwiegend um industrieferne Kreise, die zugleich noch als Fremdenverkehrsgebiete einen Anreiz für den Bezug von Wochenendwohnungen bieten. Über dem Durchschnitt liegen weiter die zum Schwarzwald gehörigen Kreise Bühl, Calw, Horb, Wolfach und Waldshut. Besonders stark ausgeprägt ist der Anteil der nicht zur Wohnbevölkerung zählenden Personen auch im vorwiegend landwirtschaftlich orientierten südwürttembergischen Raum in den Kreisen Münsingen, Ehingen, Sigmaringen, Söulgau, Biberach, Ravensburg und Wangen. Die gleichen Verhältnisse sind auch im Erholungsgebiet des Bodensees mit den Kreisen Konstanz, Überlingen und Tettnang zu vermerken. Außerdem gehören die zum nordbadischen Fördergebiet zählenden Kreise Mosbach, Buchen und Taubertalbischheim sowie der Kreis Aalen mit seinen verkehrsfernen Wohngemeinden zu den Gebieten, die einen verhältnismäßig hohen Anteil von Personen der Bevölkerungsgruppe 3 aufweisen.

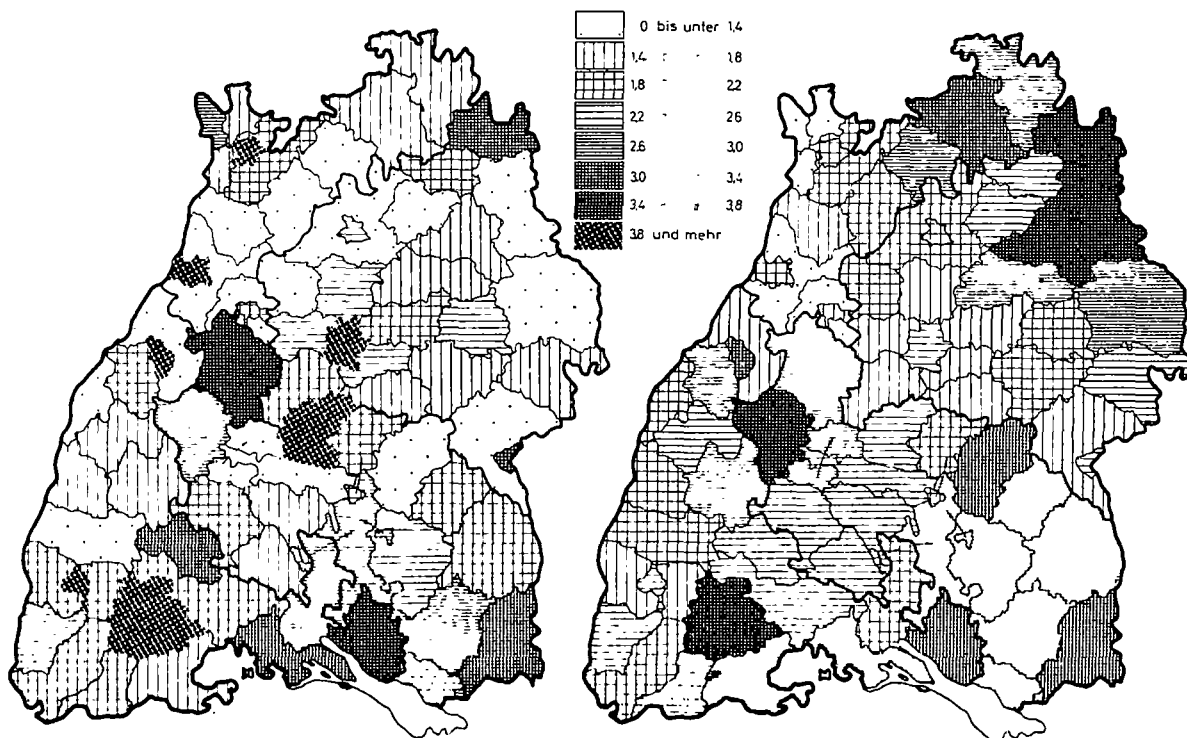
Demgegenüber sind in den Kreisen der industriellen Ballungsräume um Stuttgart und Mannheim, wo gute Verkehrsverbindungen eine tägliche Rückkehr der Arbeitskräfte an ihren Wohnort ermöglichen, erheblich unter dem Durchschnitt liegende Anteile der nicht zur Wohnbevölkerung gehörenden Personen festzustellen. Das gleiche gilt auch für den mittel-

Bei der Volkszählung am 6. Juni 1961 erfaßte Personen mit weiterem Wohnraum,

die zur Wohnbevölkerung zählen
(Bevölkerungsgruppe 2)

die nicht zur Wohnbevölkerung zählen
(Bevölkerungsgruppe 3)

in Prozent aller erfaßten Personen



563

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Bei der Volkszählung am 6. Juni 1961 in Baden-Württemberg erfaßte Personen nach Bevölkerungsgruppen und Gemeindegrößenklassen

Gemeindegrößenklasse von ... bis unter ... Einwohner	Insgesamt	Erfaßte Personen					
		davon					
		ohne weiteren Wohnraum			mit weiterem Wohnraum		
		zur Wohnbevölkerung gehörig			nicht zur Wohnbevölkerung gehörig		
		Bevölkerungsgruppe 1		Bevölkerungsgruppe 2		Bevölkerungsgruppe 3	
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
unter 100	1 280	1 255	98,0	5	0,4	20	1,6
100 bis 200	27 508	26 707	97,1	201	0,7	600	2,2
200 bis 500	318 502	309 793	97,3	2 794	0,9	5 915	1,8
500 bis 1 000	675 808	654 950	96,9	7 724	1,2	13 134	1,9
1 000 bis 2 000	1 022 672	989 792	96,8	12 027	1,2	20 853	2,0
2 000 bis 3 000	606 463	584 653	96,4	9 665	1,6	12 145	2,0
3 000 bis 5 000	797 482	767 456	96,2	14 407	1,8	15 619	2,0
5 000 bis 10 000	886 938	846 500	95,5	20 783	2,3	19 655	2,2
10 000 bis 20 000	609 548	576 923	94,6	16 748	2,8	15 877	2,6
20 000 bis 50 000	935 378	880 888	94,2	31 114	3,3	23 376	2,5
50 000 bis 100 000	552 916	525 100	95,0	16 031	2,9	11 785	2,1
100 000 bis 200 000	276 516	248 650	89,9	21 630	7,8	6 236	2,3
200 000 bis 500 000	564 701	537 419	95,2	18 400	3,2	8 882	1,6
500 000 und mehr	651 916	607 469	93,2	30 070	4,6	14 377	2,2
Insgesamt	7 927 628	7 557 555	95,3	201 599	2,6	168 474	2,1

beinahe gleich. Dies besagt, daß Personen, die außerhalb ihres Familienwohnsitzes einen weiteren Wohnsitz begründet haben, um dort einer Arbeit nachzugehen oder sich der Ausbildung zu widmen, gleichmäßig in allen Gemeindegrößenklassen vertreten sind. Im Zusammenhang mit der oben dargelegten regionalen Verteilung ergibt sich, daß für die Errichtung eines zweiten Wohnsitzes außerhalb des Familienwohnsitzes weniger die Größe einer Gemeinde, sondern weit mehr die Lage einer Gemeinde inner- oder außerhalb von industriellen bzw. landwirtschaftlichen Wirtschaftsräumen oder eines Fremdenverkehrsgebietes bestimmend ist.

bädischen Raum um Karlsruhe und Pforzheim sowie für die Landkreise Ulm und Freiburg.

In der Gliederung nach Gemeindegrößenklassen ist der Anteil der Bevölkerungsgruppe 3, also derjenigen Personen, die erfaßt, aber nicht der Wohnbevölkerung zugerechnet wurden,

Drei Viertel der weiteren Wohnsitze sind wegen Berufsausübung erforderlich

Die Gründe, die für den Bezug weiteren Wohnraumes außerhalb des Familienwohnsitzes maßgebend waren, sind in 153 Gemeinden fast aller Größenklassen untersucht worden. Da

Bei der Volkszählung am 6. Juni 1961 in Baden-Württemberg erfaßte

Lfd. Nr.	Stadt/Landkreis Regierungsbezirk	Land	Erfasste Personen									
			insgesamt			davon						
						ohne weiteren Wohnraum		mit weiterem				
						zur Wohnbevölkerung gehörig						
			(Bevölkerungsgruppe 1)			(Bevölkerungsgruppe 2)						
			insgesamt	männl.	weibl.	insgesamt	männl.	weibl.	insgesamt			
						insgesamt	männl.	weibl.				
						insgesamt	männl.	weibl.				
						insgesamt	männl.	weibl.				
						insgesamt	männl.	weibl.				
						insgesamt	männl.	weibl.				
						insgesamt	männl.	weibl.				
						insgesamt	männl.	weibl.				
						insgesamt	männl.	weibl.				
						insgesamt	männl.	weibl.				
						insgesamt	männl.	weibl.				
						insgesamt	männl.	weibl.				
						insgesamt	männl.	weibl.				
						insgesamt	männl.	weibl.				
						insgesamt	männl.	weibl.				
						insgesamt	männl.	weibl.				
						insgesamt	männl.	weibl.				
						insgesamt	männl.	weibl.				
						insgesamt	männl.	weibl.				
						insgesamt	männl.	weibl.				
						insgesamt	männl.	weibl.				
						insgesamt	männl.	weibl.				
						insgesamt	männl.	weibl.				
						insgesamt	männl.	weibl.				
						insgesamt	männl.	weibl.				
						insgesamt	männl.	weibl.				
						insgesamt	männl.	weibl.				
						insgesamt	männl.	weibl.				
						insgesamt	männl.	weibl.				
						insgesamt	männl.	weibl.				
						insgesamt	männl.	weibl.				
						insgesamt	männl.	weibl.				
						insgesamt	männl.	weibl.				
						insgesamt	männl.	weibl.				
						insgesamt	männl.	weibl.				
						insgesamt	männl.	weibl.				
						insgesamt	männl.	weibl.				
						insgesamt	männl.	weibl.				
						insgesamt	männl.	weibl.				
						insgesamt	männl.	weibl.				
						insgesamt	männl.	weibl.				
						insgesamt	männl.	weibl.				
						insgesamt	männl.	weibl.				
						insgesamt	männl.	weibl.				
						insgesamt	männl.	weibl.				
						insgesamt	männl.	weibl.				
						insgesamt	männl.	weibl.				
						insgesamt	männl.	weibl.				
						insgesamt	männl.	weibl.				
						insgesamt	männl.	weibl.				
						insgesamt	männl.	weibl.				
						insgesamt	männl.	weibl.				
						insgesamt	männl.	weibl.				
						insgesamt	männl.	weibl.				
						insgesamt	männl.	weibl.				
						insgesamt	männl.	weibl.				
						insgesamt	männl.	weibl.				
						insgesamt	männl.	weibl.				
						insgesamt	männl.	weibl.				
						insgesamt	männl.	weibl.				
						insgesamt	männl.	weibl.				
						insgesamt	männl.	weibl.				
						insgesamt	männl.	weibl.				
						insgesamt	männl.	weibl.				
						insgesamt	männl.	weibl.				
						insgesamt	männl.	weibl.				
						insgesamt	männl.	weibl.				
						insgesamt	männl.	weibl.				
						insgesamt	männl.	weibl.				
						insgesamt	männl.	weibl.				
						insgesamt	männl.	weibl.				
						insgesamt	männl.	weibl.				
						insgesamt	männl.	weibl.				
						insgesamt	männl.	weibl.				
						insgesamt	männl.	weibl.				
						insgesamt	männl.	weibl.				
						insgesamt	männl.	weibl.				
						insgesamt	männl.	weibl.				
						insgesamt	männl.	weibl.				
						insgesamt	männl.	weibl.				
						insgesamt	männl.	weibl.				
						insgesamt	männl.	weibl.				
						insgesamt	männl.	weibl.				
						insgesamt	männl.	weibl.				
						insgesamt	männl.	weibl.				
						insgesamt	männl.	weibl.				
						insgesamt	männl.	weibl.				
						insgesamt	männl.	weibl.				
						insgesamt	männl.	weibl.				
						insgesamt	männl.	weibl.				
						insgesamt	männl.	weibl.				
						insgesamt	männl.	weibl.				
						insgesamt	männl.	weibl.				
						insgesamt	männl.	weibl.				
						insgesamt	männl.	weibl.				
						insgesamt	männl.	weibl.				
						insgesamt	männl.	weibl.				
						insgesamt	männl.	weibl.				
						insgesamt	männl.	weibl.				
						insgesamt	männl.	weibl.				
						insgesamt	männl.	weibl.				
						insgesamt	männl.	weibl.				
						insgesamt	männl.	weibl.				
						insgesamt	männl.	weibl.				
						insgesamt	männl.	weibl.				
						insgesamt	männl.	weibl.				
						insgesamt	männl.	weibl.				
						insgesamt	männl.	weibl.				

Personen nach Bevölkerungsgruppen und Kreisen

Wohnraum			Von 100 erfassten Personen waren									Lfd. Nr.
			ohne weiteren Wohnraum			mit weiterem Wohnraum						
						zur Wohnbevölkerung gehörig			nicht zur Wohnbevölkerung gehörig			
			(Bevölkerungsgruppe 1)			(Bevölkerungsgruppe 2)			(Bevölkerungsgruppe 3)			
insgesamt	männl.	weibl.	insgesamt	männl.	weibl.	insgesamt	männl.	weibl.	insgesamt	männl.	weibl.	
14 377	7 826	6 551	93,2	91,7	94,6	4,6	5,8	3,5	2,2	2,5	1,9	1
1 928	1 257	671	95,7	94,3	96,9	2,2	2,8	1,7	2,1	2,9	1,4	2
2 403	1 624	779	94,2	92,3	95,9	3,3	4,1	2,5	2,5	3,6	1,6	3
4 294	2 811	1 483	95,8	94,4	97,0	1,3	1,6	1,1	2,9	4,0	1,9	4
2 503	1 566	937	95,9	94,9	96,8	1,4	1,5	1,3	2,7	3,6	1,9	5
2 385	1 427	958	96,3	95,4	97,1	2,1	2,7	1,6	1,6	1,9	1,3	6
2 236	1 553	683	95,3	93,7	96,9	1,3	1,4	1,1	3,4	4,9	2,0	7
3 158	1 965	1 193	96,0	94,9	97,1	2,4	3,1	1,7	1,6	2,0	1,2	8
3 776	2 323	1 453	96,4	95,7	97,0	1,7	1,9	1,6	1,9	2,4	1,4	9
2 546	1 567	979	96,4	95,6	97,1	1,4	1,6	1,3	2,2	2,8	1,6	10
3 140	1 975	1 165	96,9	96,3	97,6	1,2	1,3	1,1	1,9	2,4	1,3	11
781	512	269	95,6	94,1	97,1	2,0	2,6	1,3	2,4	3,3	1,6	12
1 575	895	680	95,9	95,3	96,5	2,5	2,9	2,2	1,6	1,8	1,3	13
3 497	2 205	1 292	96,3	95,4	97,3	2,3	2,8	1,7	1,4	1,8	1,0	14
1 446	882	564	93,5	92,6	94,3	3,0	2,8	3,2	3,5	4,6	2,5	15
2 081	1 217	864	96,9	96,5	97,3	1,5	1,6	1,5	1,6	1,9	1,2	16
1 090	691	399	96,4	95,9	96,9	1,2	0,9	1,4	2,4	3,2	1,7	17
2 207	1 417	790	95,7	94,7	96,5	2,2	2,3	2,1	2,1	3,0	1,4	18
2 084	1 375	709	95,0	93,5	96,4	1,6	1,8	1,4	3,4	4,7	2,2	19
1 399	890	509	97,3	96,5	98,1	1,0	1,3	0,7	1,7	2,2	1,2	20
1 377	809	568	97,1	96,4	97,6	1,1	1,4	0,9	1,8	2,2	1,5	21
3 270	1 899	1 371	96,2	95,6	96,8	2,1	2,4	1,8	1,7	2,0	1,4	22
63 553	38 686	24 867	95,5	94,4	96,5	2,5	3,0	2,0	2,0	2,6	1,5	23
4 820	3 268	1 552	94,1	91,6	96,3	3,9	5,6	2,5	2,0	2,8	1,2	24
2 707	1 734	973	91,3	89,4	92,9	6,6	7,6	5,7	2,1	3,0	1,4	25
4 062	2 831	1 231	96,0	94,4	97,5	2,7	3,8	1,8	1,3	1,8	0,7	26
1 469	992	477	96,5	95,6	97,3	1,8	1,9	1,7	1,7	2,5	1,0	27
1 711	1 194	517	97,7	96,8	98,6	0,9	1,1	0,6	1,4	2,1	0,8	28
2 010	1 333	677	95,5	94,0	96,9	1,4	1,6	1,1	3,1	4,4	2,0	29
2 882	1 789	1 093	96,2	95,7	96,7	1,9	1,8	1,9	1,9	2,5	1,4	30
2 090	1 381	709	97,6	96,7	98,3	1,2	1,6	0,9	1,2	1,7	0,8	31
2 086	1 404	682	97,3	96,4	98,1	1,4	1,8	1,1	1,3	1,8	0,8	32
1 774	1 146	628	96,3	95,5	97,1	1,0	0,9	1,1	2,7	3,6	1,8	33
606	398	208	98,3	97,9	98,7	0,7	0,8	0,7	1,0	1,3	0,6	34
1 676	1 088	588	97,1	96,3	97,7	0,8	0,7	0,9	2,1	3,0	1,4	35
2 301	1 512	789	95,5	93,9	97,0	1,6	2,1	1,1	2,9	4,0	1,9	36
30 194	20 070	10 124	95,9	94,6	97,1	2,3	2,9	1,8	1,8	2,5	1,1	37
3 529	2 301	1 228	88,8	86,1	90,9	8,9	10,5	7,6	2,3	3,4	1,5	38
1 351	848	503	92,0	91,4	93,9	4,0	3,9	4,0	3,2	4,7	2,1	39
2 177	1 341	836	95,4	94,0	96,7	1,9	2,6	1,4	2,7	3,4	1,9	40
1 519	938	581	96,0	94,8	97,1	1,8	2,4	1,2	2,2	2,8	1,7	41
1 921	1 205	716	97,1	96,4	97,8	1,1	1,2	0,9	1,8	2,4	1,3	42
1 353	841	512	96,3	95,2	97,3	2,0	2,6	1,4	1,7	2,2	1,3	43
1 582	921	661	91,4	89,9	92,8	5,0	5,7	4,3	3,6	4,4	2,9	44
1 066	717	349	97,2	96,3	98,0	0,8	0,9	0,8	2,0	2,8	1,2	45
4 189	2 571	1 618	94,3	92,8	95,7	3,1	3,9	2,4	2,6	3,3	1,9	46
1 704	1 090	614	96,3	95,4	97,2	1,6	1,8	1,4	2,1	2,8	1,4	47
2 641	1 670	971	96,0	94,8	97,2	2,1	2,7	1,5	1,9	2,5	1,3	48
1 386	824	562	95,0	94,6	95,4	2,5	2,3	2,7	2,5	3,1	1,9	49
2 457	1 590	867	96,1	95,5	96,6	1,5	1,2	1,8	2,4	3,3	1,6	50
2 102	1 349	753	97,3	96,5	98,0	1,0	1,2	0,8	1,7	2,3	1,2	51
1 505	936	569	96,0	95,4	96,5	1,8	1,8	1,8	2,2	2,8	1,7	52
976	598	378	95,1	93,0	97,1	2,9	4,5	1,3	2,0	2,5	1,6	53
1 854	1 114	740	93,5	92,1	94,8	3,5	4,1	2,9	3,0	3,8	2,3	54
2 006	1 225	781	94,4	93,5	95,3	3,2	3,5	2,9	2,4	3,0	1,8	55
1 753	1 181	572	95,7	94,6	96,7	1,7	1,7	1,6	2,6	3,7	1,7	56
1 455	842	613	95,8	95,1	96,4	1,5	1,6	1,5	2,7	3,3	2,1	57
38 526	24 102	14 424	95,0	93,8	96,0	2,7	3,2	2,3	2,3	3,0	1,7	58
2 222	1 477	745	96,3	95,2	97,3	1,5	1,6	1,3	2,2	3,2	1,4	59
3 000	1 824	1 176	95,2	94,4	95,8	1,9	1,9	2,0	2,9	3,7	2,2	60
3 146	1 847	1 299	94,0	93,1	94,9	3,4	3,7	3,1	2,6	3,2	2,0	61
1 180	787	393	95,5	93,8	97,0	1,9	2,6	1,3	2,6	3,6	1,7	62
2 062	1 290	772	93,7	93,2	94,1	2,9	2,1	3,5	3,4	4,7	2,4	63
1 231	790	441	96,4	95,3	97,4	1,2	1,5	1,0	2,4	3,2	1,6	64
1 202	688	514	96,1	95,5	96,5	1,2	1,1	1,2	2,7	3,4	2,3	65
1 180	721	459	95,9	95,0	96,8	1,1	1,2	1,1	3,0	3,8	2,1	66
2 870	1 812	1 058	94,4	93,0	95,7	2,9	3,5	2,4	2,7	3,5	1,9	67
2 937	1 841	1 096	96,1	95,1	97,1	2,1	2,5	1,7	1,8	2,4	1,2	68
3 050	1 849	1 201	95,7	94,9	96,3	1,9	2,0	1,9	2,4	3,1	1,8	69
1 796	1 154	642	95,0	93,9	96,0	2,4	2,6	2,2	2,6	3,5	1,8	70
1 314	860	454	94,6	93,9	95,2	2,8	2,5	3,1	2,6	3,6	1,7	71
2 202	1 340	862	94,9	94,0	95,7	2,2	2,4	2,0	2,9	3,6	2,3	72
2 718	1 669	1 049	89,3	86,0	92,4	8,5	11,3	6,0	2,2	2,7	1,6	73
1 937	1 254	683	96,2	95,1	97,2	1,4	1,6	1,2	2,4	3,3	1,6	74
2 154	1 339	815	93,7	92,4	94,9	3,3	3,8	2,9	3,0	3,8	2,2	75
36 201	22 542	13 659	94,7	93,5	95,8	2,8	3,2	2,4	2,5	3,3	1,8	76
168 474	105 400	63 074	95,3	94,2	96,4	2,6	3,0	2,1	2,1	2,8	1,5	77

diese Gemeinden auf Grund von speziell interessierenden Verwaltungsvorgängen ausgewählt waren, können sie nicht als repräsentativ im Sinne einer methodisch einwandfreien Zufallsauswahl angesehen werden. Dies ergibt sich auch daraus, daß der Anteil der Bevölkerungsgruppe 3 in diesen Gemeinden 2,7% beträgt und somit über dem Landesdurchschnitt von 2,1% liegt. Das gleiche gilt auch für die Auswahl der Gemeinden innerhalb der Gemeindegrößenklassen. Trotz dieser methodischen Mängel soll das Ergebnis der Untersuchung, die für die Regierungsbezirke fast gleichlautende Ergebnisse erbrachte, nachstehend dargestellt werden:

Regierungsbezirk	Von 100 erfaßten Personen, die nicht zur Wohnbevölkerung zählen, waren abwesend wegen	
	Berufsausübung	Berufsausbildung
Nordwürttemberg	76	24
Nordbaden	76	24
Südbaden	75	25
Südwestfalen-Hohenzollern ..	73	27
Baden-Württemberg	75	25

In der Gliederung nach Gemeindegrößenklassen schwankt der Anteil der zur Berufsausübung Abwesenden zwischen 84% und 66%. Hierbei weist jedoch die Mehrzahl der Größenklassen Anteile von 74% bis 79% auf.

2,6% der erfaßten Personen gehören zur Wohnbevölkerung, haben aber anderswo noch weiteren Wohnraum

Die *Bevölkerungsgruppe 2* umfaßt nach ihrer Definition alle diejenigen Personen, die zur Wohnbevölkerung der Erhebungsgemeinde zählen, in einer anderen Gemeinde aber noch Wohnraum innehaben. Es handelt sich hier also um den Personenkreis, der von der anderen Gemeinde, in der er den weiteren Wohnraum innehat, nicht täglich zur Arbeit oder Ausbildung geht. Er zählt demnach dort zur Bevölkerungsgruppe 3.

Da die Bevölkerungsgruppen 2 und 3 den gleichen Personenkreis umfassen, der, um Doppelzählungen zu vermeiden, je nach der Erhebungsgemeinde der einen oder anderen Gruppe zuzuordnen war, sollten die hierfür ermittelten Zahlen weitgehend übereinstimmen. In Baden-Württemberg ist die Bevölkerungsgruppe 2 jedoch um 33 125 Personen (19,7%) größer als die Bevölkerungsgruppe 3. Dies ist durchaus verständlich, wenn man berücksichtigt, daß Baden-Württemberg als stark industrialisiertes Land sehr viele Arbeitskräfte aus anderen Bundesländern aufgenommen hat, die dort noch ihren Familienwohnsitz haben. Hinzu kommt, daß die Studenten – besonders der Universitäten Heidelberg, Freiburg und Tübingen – nicht nur in Baden-Württemberg, sondern auch in den anderen Ländern des Bundesgebietes beheimatet sind. Danach erscheint es durchaus richtig, daß in Baden-Württemberg mehr Personen der Bevölkerungsgruppe 2 erfaßt worden sind als solche, die der Bevölkerungsgruppe 3 zugehören.

Ausgehend von der Definition der Bevölkerungsgruppe 2 müßte ihr Anteil an der Zahl der erfaßten Personen dort verhältnismäßig hoch sein, wo einerseits der Bedarf an Arbeitskräften groß ist und wo andererseits Ausbildungsstätten eine besondere Bedeutung haben. Es dürfte sich hier demnach überwiegend um die Stadtkreise sowie um industrielle Ballungsräume handeln. Dies wird durch die kreisweise ermittelten Ergebnisse weitgehend bestätigt. So sind die höchsten Anteile dieser Bevölkerungsgruppe wegen der dort befindlichen Universitäten mit 8,9% im Stadtkreis Freiburg im Breisgau, 8,5% im Landkreis Tübingen und mit 6,6% im Stadtkreis Heidelberg zu verzeichnen. Weiter ist diese Bevölkerungsgruppe in

den Stadtkreisen Stuttgart (4,6%), Karlsruhe (3,9%), Ulm (3,3%) und Mannheim (2,7%) überdurchschnittlich stark vertreten. Wenn der hohe Anteil in diesen Städten auf eine Massierung von Ausbildungs- und Arbeitsstätten zurückgeführt werden darf, so kann er in Baden-Baden (4,0%) mit einem großen Anteil von Hotelpersonal begründet werden. Dieses hat wegen seines meist von Saison zu Saison wechselnden Arbeitsplatzes sehr oft den Wohnort der Familie als „festen Wohnsitz“ beibehalten und ihn auch in der Haushaltsliste entsprechend angegeben. Der Anteil der Bevölkerungsgruppe 2 ist außerdem noch in den Fremdenverkehrsgebieten des Schwarzwaldes, in den Landkreisen Hochschwarzwald (5,0%), Calw (3,4%), Villingen (3,2%) und Freudenstadt (2,9%) sowie den Erholungsgebieten am Bodensee, in den Landkreisen Überlingen (3,5%) und Konstanz (3,1%), besonders hoch. Auch hier wird die hohe Quote an Hotel- und Gaststättenpersonal dieses Ergebnis maßgebend beeinflusst haben. In den Landkreisen Wangen (3,3%) und Mergentheim (3,0%), die ebenfalls als Fremdenverkehrsgebiete angesprochen werden können, sind in gleicher Weise überdurchschnittlich hohe Anteile der Bevölkerungsgruppe 2 zu vermerken.

Unter den übrigen Landkreisen heben sich die des Stuttgarter Raumes, des südlichen Schwarzwaldes und des schwäbischen Oberlandes als nahe am Durchschnitt liegend besonders von den Gebieten ab, die einen nur unterdurchschnittlichen Anteil von Personen der Bevölkerungsgruppe 2 aufweisen.

Innerhalb der Gemeindegrößenklassen nimmt der Anteil der Bevölkerungsgruppe 2 – von geringfügigen Ausnahmen abgesehen – mit steigender Gemeindegröße zu. Dies besagt, daß die Personen, die in der Erhebungsgemeinde zur Wohnbevölkerung zählen, in einer anderen Gemeinde – meistens am Familienwohnsitz – aber noch weiteren Wohnraum benutzen, besonders in den Städten anzutreffen sind, wo ihnen in besonderem Maße Arbeits- bzw. Ausbildungsmöglichkeiten geboten werden. Viele dieser Personen, die sich zur Arbeit in den Städten niedergelassen haben, können Anlaß für weitere Zuzüge und somit für weiteren Wohnungsbedarf in diesen Gemeinden geben; es kann nämlich damit gerechnet werden, daß sie, sofern sie verheiratet sind, in absehbarer Zeit ihre Familie nachkommen lassen oder daß sie als Ledige ihre Bekannten oder Verwandten auf günstigere Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten, wie sie vornehmlich in größeren Städten geboten werden, hinweisen.

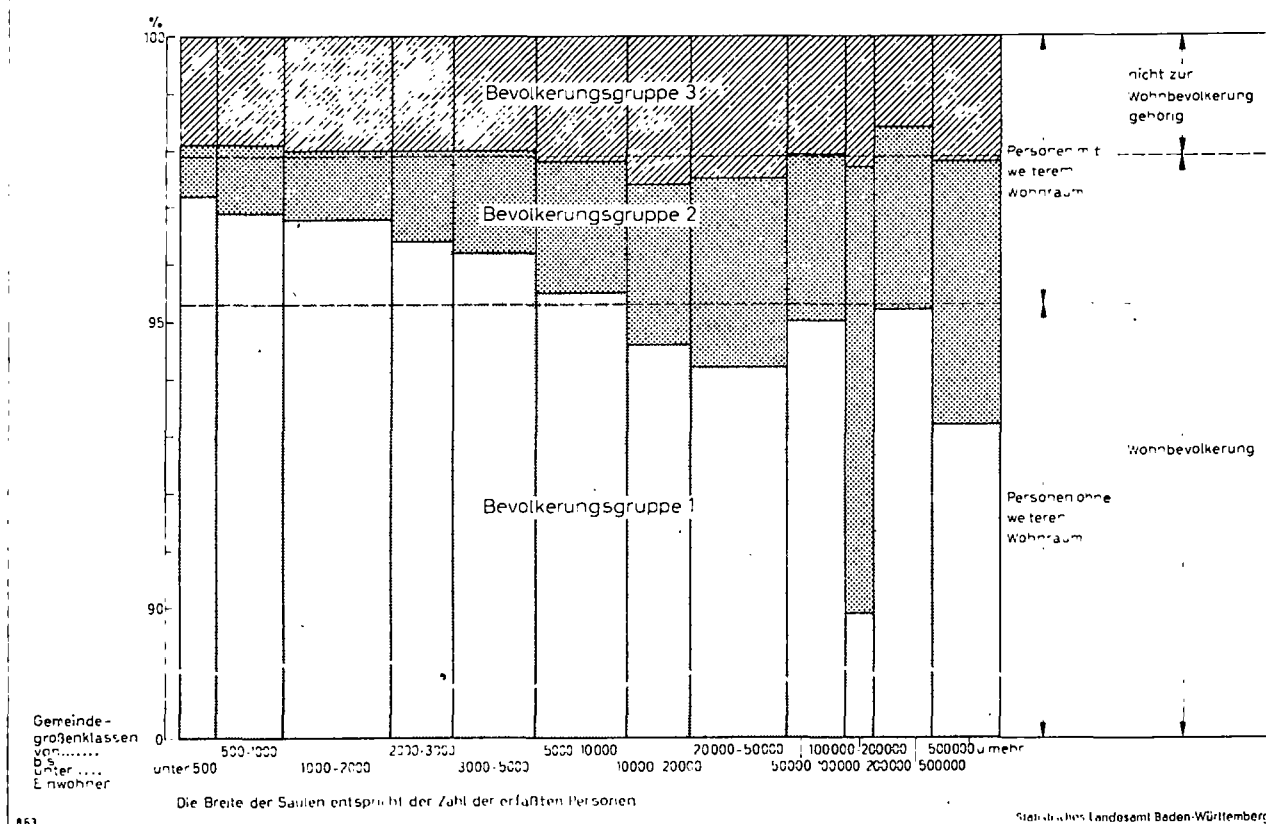
Zwei Drittel der Personen mit weiterem Wohnraum sind Männer

Der Anteil der Männer an den Personen mit weiterem Wohnraum ist größer als der der Frauen. Er beträgt bei den zur Wohnbevölkerung gehörenden Personen 57% und bei den Personen, die nicht zur Wohnbevölkerung zählen, 62,6%. Dies zeigt, daß die männliche Bevölkerung mehr als die weibliche die Unannehmlichkeiten zweier Wohnsitze auf sich nimmt, um die günstigsten Gelegenheiten für Ausbildung und berufliches Weiterkommen weitgehend ausnutzen zu können. Hierzu kommt, daß sich die in industriefernen Gebieten beheimateten, verheirateten Männer veranlaßt sehen, als Wochenendpendler in der Nähe des Arbeitsplatzes weiteren Wohnraum zu besorgen.

In den kleinen Gemeinden mehr „Bevölkerung am Familienwohnsitz“ als „Wohnbevölkerung“

Die Zahl der „Bevölkerung am Familienwohnsitz“ der Erhebungsgemeinde ergibt sich aus der Addition der Personen, die in einer anderen Gemeinde Wohnraum haben und von dort aus zur Arbeit oder Ausbildung gehen (Bevölkerungsgruppe 3) und den Personen ohne weiteren Wohnraum (Be-

Bei der Volkszählung am 6. Juni 1961 in Baden-Württemberg erfaßte Personen
nach Bevölkerungsgruppen und Gemeindegrößenklassen



völkerungsgruppe 1). Die Personen, die in der Erhebungsgemeinde zur Wohnbevölkerung zählen, in einer anderen Gemeinde aber noch weiteren Wohnraum in Anspruch nehmen (Bevölkerungsgruppe 2), bleiben dabei außer Betracht.

Wie aus den vorigen Abschnitten hervorgeht, ist der Anteil der Bevölkerungsgruppe 3 und damit auch der Anteil der Wohnbevölkerung an allen erfaßten Personen über alle Größenklassen hinweg weitgehend gleich. Der Anteil der Bevölkerungsgruppe 2 hingegen wächst mit Zunahme der Gemeindegröße,

„Bevölkerung am Familienwohnsitz“ und „Wohnbevölkerung“
nach Gemeindegrößenklassen bei der Volkszählung am 6. Juni 1961
in Baden-Württemberg

Gemeindegrößenklasse von ... bis unter ... Einwohner	Bevölkerung am Familien- wohnsitz (Bevölkerungs- gruppe 1+3)	Wohn- bevölkerung (Bevölkerungs- gruppe 1+2)	Bevölke- rung am Familien- wohnsitz in % der Wohnbe- völkerung
unter 100	1 275	1 260	101,2
100 bis 200	27 307	26 908	101,5
200 bis 500	315 708	312 587	101,0
500 bis 1 000	668 084	662 674	100,8
1 000 bis 2 000	1 010 645	1 001 819	100,9
2 000 bis 3 000	596 798	594 318	100,4
3 000 bis 5 000	783 075	781 863	100,2
5 000 bis 10 000	866 155	867 283	99,9
10 000 bis 20 000	592 800	593 671	99,9
20 000 bis 50 000	904 264	912 002	99,2
50 000 bis 100 000	536 885	541 131	99,2
100 000 bis 200 000	254 886	270 280	94,3
200 000 bis 500 000	546 301	555 819	98,3
500 000 und mehr	621 846	637 539	97,5
Insgesamt	7 726 029	7 759 154	99,6

wobei der Anteil der Bevölkerungsgruppe 1 entsprechend abnimmt. Daraus ergibt sich, daß der Anteil der Bevölkerung am Familienwohnsitz (Bevölkerungsgruppe 1 und 3) mit größer werdender Gemeinde jeweils kleiner wird. Dies besagt, wie auch vorstehende Tabelle zeigt, daß der Zahl nach die Bevölkerung am Familienwohnsitz in den kleinen Gemeinden größer ist als die Wohnbevölkerung, wogegen in den Städten und Großstädten das Verhältnis umgekehrt ist. So übersteigt die Bevölkerung am Familienwohnsitz in den Gemeinden mit 100 bis unter 200 Einwohnern die Wohnbevölkerung am stärksten, und zwar um 1,5 %. Dieser Wert sinkt bis zu den Gemeinden von 3000 bis unter 5000 Einwohner auf 0,2 % ab. Von den Gemeinden mit 5000 bis unter 10 000 Einwohnern an ist die Wohnbevölkerung größer als die Bevölkerung am Familienwohnsitz, und zwar in dieser Größenklasse um 0,1 %. Dieser Wert nimmt von Größenklasse zu Größenklasse zu und beträgt schließlich in Stuttgart 2,5 %. Eine Ausnahme in dieser Reihe bilden die Städte der Größenklasse von 100 000 bis unter 200 000 Einwohner (Freiburg im Breisgau und Heidelberg), in denen der Anteil der nicht dort beheimateten Studenten so hoch ist, daß die Wohnbevölkerung die Bevölkerung am Familienwohnsitz um 5,7 % übersteigt.

In diesen Werten kommt die bei der Untersuchung der Bevölkerungsgruppe 2 aufgezeigte Tatsache nochmals zum Ausdruck, wonach ein großer Teil der Wohnbevölkerung der Städte aus Personen besteht, die zur Arbeitsaufnahme vom Land in die Stadt gezogen sind. Es liegt hier in gewissem Sinne ein statisches Bild der Wandlungstendenz vor, die in Zeiten guter Arbeitslage und wirtschaftlichen Aufschwunges vom Land in Richtung Stadt verläuft.

Dipl.-Ing. Hans Kacser

Personen der Wohnbevölkerung, die im Ausland wohnen

Ergebnisse der Volks- und Berufszählung 1961

Allgemeines

Die immer stärker werdenden internationalen Beziehungen führen nicht nur viele Ausländer ins Bundesgebiet, wo sie sich zur Arbeit oder Ausbildung aufhalten, sondern auch eine beträchtliche Anzahl Deutscher zum selben Zweck ins Ausland. Die Fragestellung der Volkszählung am 6. Juni 1961 ermöglicht es, die Personen, die in der heimatlichen Haushaltsliste eingetragen waren und sich damals nur vorübergehend im Ausland aufhielten, gesondert nachzuweisen.

Zur Wohnbevölkerung gehören definitionsgemäß¹ auch alle Personen, die in der Erhebungsgemeinde in der Haushaltsliste geführt werden, jedoch *vorübergehend im Ausland* einen weiteren Wohnraum haben, von dem aus sie täglich zur Arbeit oder Ausbildung gehen. Die nachstehenden Ausführungen sollen ein kurz gefaßtes Bild dieser Personengruppe vermitteln.

0,2 % der Wohnbevölkerung wohnen vorübergehend im Ausland

Am 6. Juni 1961 wurden in Baden-Württemberg 13 813 Personen gezählt, die vorübergehend im Ausland wohnten und in der Haushaltsliste eines in Baden-Württemberg wohnenden Haushalts eingetragen waren. Meist waren es Personen, die sich aus beruflichen Gründen oder zur Ausbildung im Ausland

aufhielten. 6382 (46 %) von ihnen waren männlichen und 7431 (54 %) weiblichen Geschlechts. Daß die Frauen in dieser Personengruppe stärker vertreten sind als die Männer, kann einmal daran liegen, daß die unverheiratete Tochter von ihren Eltern länger als zum Haushalt gehörend geführt wird als ein lediger Mann. Zum anderen sind es besonders Mädchen, die im Ausland als Hausgehilfinnen Arbeit nehmen, um bei dieser Gelegenheit auch ihre Kenntnisse fremder Sprachen zu vertiefen.

42 % sind 20 bis unter 25 Jahre alt

Die am stärksten besetzte Altersgruppe der vorübergehend im Ausland lebenden Personen ist sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen die Gruppe der 20- bis unter 25jährigen mit 38 % bzw. 45 %. Die Besetzung der einzelnen Altersjahre übersteigt bei den Männern mit 17 Jahren die 100-Personen-Grenze, um von 18 Jahren an schnell auf 573 Personen bei den 21jährigen zu steigen. Mit weiter zunehmendem Alter nimmt die Besetzung der Jahrgänge stetig ab, um bei den 33-jährigen wieder unter die 100-Personen-Grenze abzusinken.

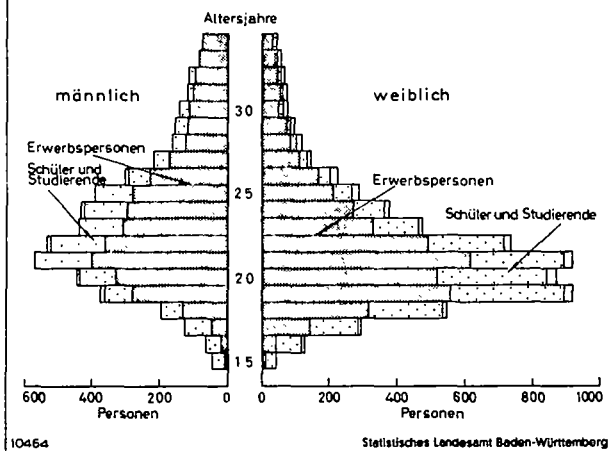
Bei den Frauen sind im Alter von 16 Jahren bereits mehr als 100 Personen vorübergehend im Ausland. Ihre Zahl steigt von 17 Jahren an schnell auf 919 Personen mit 19 Jahren. Sie geht bei den 20jährigen geringfügig zurück, um bei den 21-jährigen nochmals eine neue Höchstzahl von 915 Personen zu erreichen. Anschließend nimmt die Besetzung der Altersjahre

¹ Vgl. hierzu „Die Wohnbevölkerung in Baden-Württemberg“, Statistische Monatshefte Baden-Württemberg, 10. Jg., Heft 7, 1962, S. 238.

Wohnbevölkerung und die vorübergehend im Ausland wohnenden Personen am 6. Juni 1961

Bezeichnung	Wohnbevölkerung	%		Familienstand		Religionszugehörigkeit		Erwerbspersonen		Schüler und Studierende	
		Verteilung	der jeweiligen Gruppe der Wohnbevölkerung	ledig	verheiratet	evangelisch	römisch-katholisch	Anzahl	% von Spalte 1	Anzahl	% von Spalte 1
Baden-Württemberg											
Insgesamt	7 759 154	100	100	43,5	47,4	48,9	46,8	4 045 250	52,1	1 011 478	13,0
männlich	3 676 808	47,4	100	46,2	50,3	47,9	47,3	2 402 709	65,3	531 420	14,5
weiblich	4 082 346	52,6	100	41,1	44,7	49,8	46,4	1 642 541	40,2	480 058	11,8
darunter lebten vorübergehend im Ausland											
Insgesamt	13 813	100	0,2	84,7	13,5	54,9	39,5	9 203	66,6	3 753	27,2
männlich											
Insgesamt	6 382	46,2	0,2	77,6	20,9	52,1	41,4	4 581	71,8	1 584	24,8
darunter im Alter von											
15 bis unter 35 Jahre ..	5 012	78,5	0,4	88,4	11,2	53,8	41,2	3 629	72,4	1 342	26,8
und zwar											
15 bis unter 20 Jahre ..	802	12,6	0,3	99,8	0,2	50,9	43,8	485	60,5	309	38,5
20 bis unter 25 Jahre ..	2 435	38,2	0,7	96,5	3,2	54,9	40,7	1 715	70,4	698	28,7
25 bis unter 30 Jahre ..	1 229	19,3	0,4	81,2	18,0	54,2	41,0	945	76,9	277	22,5
30 bis unter 35 Jahre ..	546	8,6	0,2	51,5	47,3	52,2	39,9	484	88,6	58	10,6
weiblich											
Insgesamt	7 431	53,8	0,2	90,7	7,1	57,2	37,9	4 622	62,2	2 169	29,2
darunter im Alter von											
15 bis unter 35 Jahre ..	6 479	87,2	0,6	95,3	4,2	57,8	37,7	4 176	64,5	2 007	31,0
und zwar											
15 bis unter 20 Jahre ..	1 932	26,0	0,8	99,3	0,5	58,2	38,4	1 073	55,5	804	41,6
20 bis unter 25 Jahre ..	3 360	45,2	1,0	97,5	2,2	58,4	37,2	2 228	66,3	1 041	31,0
25 bis unter 30 Jahre ..	863	11,6	0,3	86,2	12,6	58,9	36,3	645	74,7	135	15,6
30 bis unter 35 Jahre ..	324	4,4	0,1	72,5	24,4	46,9	42,9	230	71,0	27	8,3
Städtkreise											
Insgesamt	1 767 992	100	100	41,1	48,3	54,5	37,8	898 568	50,8	228 182	12,9
männlich	826 868	46,8	100	43,6	52,3	52,8	38,3	549 371	66,4	123 644	15,0
weiblich	941 124	53,2	100	38,9	44,8	56,1	37,3	349 197	37,1	104 538	11,1
darunter lebten vorübergehend im Ausland											
Insgesamt	4 282	100	0,2	84,7	13,2	59,2	32,4	2 547	59,5	.	.
männlich	1 955	45,7	0,2	78,8	19,5	56,2	34,0	1 276	65,3	.	.
weiblich	2 327	54,3	0,2	89,6	7,9	61,7	31,0	1 271	54,6	.	.

Personen der Wohnbevölkerung im Alter von 15 bis unter 35 Jahren, die am 6. Juni 1961 vorübergehend im Ausland lebten



schneller ab als bei den Männern, um bereits bei den 29-jährigen unter 100 abzusinken.

Diese Verteilung auf die einzelnen Altersjahre und die in der Tabelle aufgezeigten Anteilsätze zeigen, in welchem Maße gerade junge Mädchen von der Möglichkeit, ins Ausland zu gehen, Gebrauch machen. Die große Zahl der 21-jährigen verdeutlicht den Wunsch, einen Auslandsaufenthalt wenigstens dann nicht zu versäumen, wenn man volljährig geworden und befugt ist, selbständig zu entscheiden. Bei den im Ausland lebenden Frauen läßt die starke Konzentrierung auf das Alter von 16 bis 29 Jahre darauf schließen, daß ihr Aufenthalt im Ausland verhältnismäßig kurz ist. Bei den Männern hingegen weist der insgesamt flachere Kurvenverlauf darauf hin, daß ihr Aufenthalt im Ausland längere Zeit in Anspruch nimmt.

Da die meisten der vorübergehend im Ausland lebenden Personen zwischen 15 und 35 Jahre alt sind (79 %), werden diese Altersjahre in der Tabelle nach Gruppen zu je 5 Jahren gegliedert gesondert nachgewiesen.

95 % der im Ausland lebenden Personen sind ledig

Von den Männern, die vorübergehend im Ausland leben, sind 4955 (78 %) ledig und 1334 (21 %) verheiratet. Bei den Frauen hingegen sind 6742 (91 %) ledig und nur 528 (7 %) verheiratet. Die Unterschiede dieser Anteilswerte sind durchaus einleuchtend, wenn man bedenkt, daß die Frauen überwiegend bereits in jüngeren Jahren, also hauptsächlich vor der Eheschließung, vorübergehend im Ausland leben. Demgegenüber üben die Männer, besonders wenn sie über 30 Jahre alt sind, ihre vorübergehende Tätigkeit im Ausland überwiegend als Verheiratete aus.

In der Gliederung nach der Religionszugehörigkeit gehört der dargestellte Personenkreis zu 55 % der evangelischen und zu 40 % der römisch-katholischen Kirche an. Diese Anteile weichen deutlich vom Landesdurchschnitt in dem Sinne ab, daß der Anteil der Evangelischen über und der Anteil der Römisch-Katholischen unter dem Landesdurchschnitt von 49 % bzw. 47 % liegt. Auch in der Gliederung nach dem Geschlecht zeigt die Religionszugehörigkeit eine vom Landesdurchschnitt in der gleichen Weise abweichende Tendenz. Sie ist bei den Frauen stärker als bei den Männern. Da der Anteil der vorübergehend im Ausland lebenden, in Stadtkreisen beheimateten Personen bei etwa einem Drittel liegt und somit höher ist als nach der Verteilung der Wohnbevölkerung zu erwarten wäre (23 %), läßt sich vermuten, daß die Religionszugehörigkeit weitgehend durch die Verhältnisse in den Stadtkreisen bestimmt ist. In diesen liegt nämlich der Anteil der evangeli-

schen Bevölkerung mit 55 % über und der der römisch-katholischen mit 38 % unter dem Landesdurchschnitt. Jedoch auch in den Stadtkreisen zeigt die Religionszugehörigkeit der vorübergehend im Ausland wohnenden Personen die gleichen Abweichungen vom Durchschnitt wie im ganzen Land. Die Evangelischen sind mit einem Anteil von 59 % stärker und die Römisch-Katholischen mit 32 % schwächer vertreten als es dem Durchschnitt der Wohnbevölkerung in den Stadtkreisen entsprechen würde. Ob sich hierin soziologische Strukturunterschiede bei den Konfessionen auswirken und ob in diesen Zahlen insbesondere ein stärkeres Bildungsstreben und eine größere Mobilität der evangelischen Bevölkerungsteile zum Ausdruck kommt, kann an Hand des diesen Ausführungen zugrunde liegenden statistischen Materials nicht näher untersucht werden. Der weit über dem Landesdurchschnitt liegende Anteil der Evangelischen beim weiblichen Geschlecht läßt jedoch auf eine größere Freizügigkeit in evangelischen Familien schließen, wenn sie ihren Töchtern ein Studium bzw. einen Arbeitsaufenthalt im Ausland genehmigen.

Zwei Drittel sind Erwerbspersonen

Von den vorübergehend im Ausland lebenden Personen der Wohnbevölkerung sind zwei Drittel Erwerbspersonen und ein Drittel Nichterwerbspersonen. Bei den Männern liegt der Anteil der Erwerbspersonen mit 72 % höher, bei den Frauen mit 62 % etwas niedriger. Die Zahl der Nichterwerbspersonen kann weitgehend mit der der Schüler und Studierenden gleichgesetzt werden. So halten sich 25 % der Männer und 29 % der Frauen zum Zwecke des Studiums vorübergehend im Ausland auf.

Die vorübergehend im Ausland wohnenden Erwerbspersonen nach Wirtschaftsbereichen am 6. Juni 1961 in %

Geschlecht	Land- und Forstwirtschaft	Produktionen des Gewerbe	Handel und Verkehr	Sonst. Wirtschaftsbereiche (Dienstleistungen)
Insgesamt	1,2	44,4	5,6	48,8
männlich	2,0	67,7	6,2	24,1
weiblich	0,4	21,3	5,1	73,2

Im allgemeinen wird damit zu rechnen sein, daß ein großer Teil der Erwerbspersonen – besonders die jüngeren Jahrgänge – den Auslandsaufenthalt zur Vertiefung vorhandener Sprachkenntnisse nützt. Die weiblichen Personen pflegen dies eher gern ein Jahr in einem ausländischen Haushalt zu verbringen. Dies wird durch die Ergebnisse dieser Untersuchung insoweit bestätigt, als 73 % der vorübergehend im Ausland lebenden erwerbstätigen Frauen im Wirtschaftsbereich *Dienstleistungen* arbeiten, wozu auch die Erwerbstätigkeit in Haushalten rechnet. 21 % sind im *Produzierenden Gewerbe* beschäftigt. Bei den erwerbstätigen Männern liegt der Schwerpunkt mit 68 % im *Produzierenden Gewerbe* und nur 24 % sind im Wirtschaftsbereich *Dienstleistungen* tätig.

Ausblick

Die vorliegende Untersuchung über einen ausgewählten Personenkreis, der lediglich 0,2 % der Wohnbevölkerung umfaßt, soll nicht nur die Struktur dieser Bevölkerungsgruppe aufzeigen, sondern auch darauf hinweisen, daß durch diesen Personenkreis spezielle Probleme für eine exakte Ermittlung der Wohnbevölkerung aufgeworfen werden. Insbesondere erhalten diese dann eine große Bedeutung, wenn bei Volkszählungen auf übernationaler Ebene ein Gesamtergebnis für mehrere Staaten (z. B. EWG) zu ermitteln ist und Doppelzählungen vermieden werden sollen. Man wird künftig der Erfassung dieses Personenkreises wie auch der Ausländer ganz besondere Aufmerksamkeit widmen müssen.

Dipl.-Ing. Hans Kaiser

Die Bevölkerungsstruktur in Baden-Württemberg am 6. Juni 1961

Ergebnisse der Volks- und Berufszählung

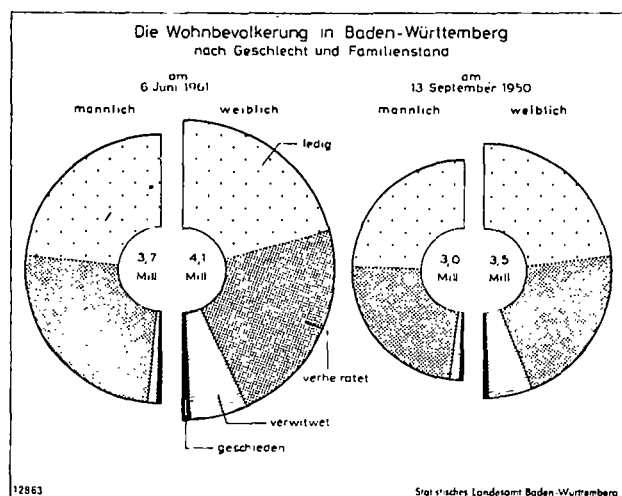
Nachdem bereits seit Jahresfrist in verschiedenen Abhandlungen¹ über die Wohnbevölkerung am 6. 6. 1961 berichtet werden konnte, liegen nunmehr Strukturdaten vor, die einen Überblick über ihre Altersgliederung, Familienstand und Religionszugehörigkeit sowie über die Privathaushalte geben.

Da das vorliegende Material zu reichhaltig ist, um im Rahmen dieses Beitrages ausführlich besprochen zu werden, können zunächst nur die wichtigsten Erkenntnisse, die sich aus dem Zahlenmaterial der Volks- und Berufszählung 1961 ergeben, dargelegt werden. Einzelprobleme werden in späteren Aufsätzen behandelt werden.

Überdurchschnittlich starke Zunahme der Verheirateten und Geschiedenen

Von den am 6. Juni 1961 gezählten 7,759 Mill. Einwohnern Baden-Württembergs waren 3,378 Mill. (44%) ledig, 3,675 Mill. 47% verheiratet, 603 000 (8%) verwitwet und 100 000 (1%) geschieden. Ein kleiner Rest von 3506 Einwohnern hatte keine Angaben über seinen Familienstand gemacht. Demgegenüber waren am 13. September 1950 47% der Wohnbevölkerung ledig, 44% verheiratet, 8% verwitwet und 1% geschieden.

Die Zunahmen gegenüber 1950 lagen bei den Verheirateten mit 30% und bei den Geschiedenen mit 54% über der Zuwachsrate der Bevölkerung von 21%. Die Verwitwetten haben im gleichen Maße zugenommen wie die gesamte Einwohnerzahl unseres Landes, wogegen sich der Zuwachs an Ledigen nur auf 11% bezieht.



Auch in der Gliederung nach dem Geschlecht ist die Zuwachsrate bei den Verheirateten und bei den Geschiedenen jeweils größer, als es der Bevölkerungszunahme bei Männern und Frauen überhaupt entsprechen würde. Besonders bemerkenswert ist die Zunahme der geschiedenen Frauen von 43 000 im Jahre 1950 um 62% auf 69 000 im Jahre 1961. Auch die Zahl der verwitwetten Frauen hat überdurchschnittlich stark zugenommen (26%). Die Zahl der verwitwetten Männer dagegen ist von 97 000 um 2% auf 95 000 zurückgegangen.

Die Gründe für die unterschiedliche Zunahme der Zahl der Ledigen und Verheirateten dürften vor allem in der gegenüber 1950 veränderten Altersstruktur zu suchen sein. Danach ist der Anteil der Personen im Alter bis unter 21 Jahren sowohl bei der männlichen als auch bei der weiblichen Bevölkerung gegenüber 1950 geringer geworden.

¹ Statistische Monatshefte Baden-Württemberg: 10. Jg. 1962, Heft 7, S. 238, „Die Wohnbevölkerung in Baden-Württemberg“; 11. Jg. 1963, Heft 1, S. 2 ff., „Personen mit Wohnraum in mehreren Gemeinden“; 11. Jg. 1963, Heft 8, S. 226 ff., „Die Gliederung der Gemeinden nach Größenklassen“.

In den Regierungsbezirken sind bezüglich des Familienstandes die gleichen Entwicklungstendenzen zu beobachten, wie sie für das ganze Land festgestellt wurden. Die Veränderungsraten liegen lediglich entsprechend dem Bevölkerungszuwachs über bzw. unter dem Landesdurchschnitt. Eine einzige Ausnahme ist bei den verwitwetten Männern in Nordwürttemberg zu beobachten, deren Zahl nicht – wie im Landesdurchschnitt und in den anderen drei Regierungsbezirken – abgenommen, sondern um 3% zugenommen hat. Dies dürfte wohl durch den überdurchschnittlich starken Zuwachs der männlichen Bevölkerung in Nordwürttemberg überhaupt bedingt sein.

Die Gliederung der Wohnbevölkerung nach dem Familienstand ist in den Regierungsbezirken recht unterschiedlich. Während in Nordbaden mit 41% die niedrigste Ledigenquote ermittelt wurde, beträgt sie in Nordwürttemberg 43%, in Südbaden 46% und in Südwürttemberg-Hohenzollern 47%. Bei den Männern bzw. Frauen sind regionale Unterschiede im Anteil der Ledigen in der gleichen Weise festzustellen, nur daß bei den Männern die Werte jeweils um etwa 3 Prozentpunkte über und bei den Frauen um etwa 2 Prozentpunkte unter denen aller Ledigen liegen.

Die Quote der Verheirateten ist – im Gegensatz zur Ledigenquote – in Südwürttemberg-Hohenzollern mit 45% am niedrigsten. In Südbaden beträgt sie gleichfalls 45%. Es folgen Nordwürttemberg und Nordbaden mit jeweils 49%. In der Gliederung nach den Geschlechtern sind die gleichen Unterschiede zwischen den Regierungsbezirken zu verzeichnen. Die Anteile der Männer liegen jedoch jeweils um etwa 3 Prozentpunkte höher, die der Frauen um etwa 3 Prozentpunkte niedriger.

Die Anteile der Geschiedenen sind in den Regierungsbezirken mit 7% bis 8% ziemlich gleich. Bei den Männern betragen sie 2% bis 3%, bei den Frauen dagegen 12% bis 13%.

Die unterschiedliche Zusammensetzung der Wohnbevölkerung nach Ledigen und Verheirateten beruht auch in den Regierungsbezirken wieder vornehmlich auf Unterschieden in der Altersstruktur. Danach liegt der Anteil der Personen unter 21 Jahren sowohl bei der männlichen als auch bei der weiblichen Bevölkerung in den beiden südlichen Regierungsbezirken über dem Landesdurchschnitt, was den überdurchschnittlich hohen Anteil der Ledigen in diesen Regierungsbezirken begründet.

Um 47% mehr Kinder unter 6 Jahren als 1950

Die Darstellung der Altersgliederung beschränkt sich im Rahmen dieses Aufsatzes auf den Nachweis des Bestandes und der Veränderung bestimmter Altersgruppen; die Ursachen, die zu diesen Veränderungen führten, werden in späteren Untersuchungen aufgezeigt werden.

Die Entwicklung seit der letzten Volkszählung am 13. September 1950 ist in den einzelnen Altersgruppen recht unterschiedlich verlaufen. Die Kinder unter 6 Jahren weisen mit einer Zunahme um 47% die größte prozentuale Veränderung auf. Überdurchschnittlich stark ist in dieser Zeit auch die Personenzahl in den Gruppen von 18 bis unter 21 Jahren (+ 32%), von 45 bis unter 65 Jahren (+ 29%) sowie von 65 und mehr Jahren (+ 29%) gestiegen. Ein unter dem Landesdurchschnitt von 21% liegender Zuwachs ist mit 18% bei den Personen von 21 bis unter 45 Jahren zu verzeichnen. Die Personenzahlen in den Altersgruppen der 6- bis unter 14jährigen sowie der 14- bis unter 18jährigen weisen Rückgänge um 2% bzw. um 6% auf.

Bei beiden Geschlechtern ist die Zuwachsrate der Kinder bis unter 6 Jahre mit 47% jeweils gleich. Ebenso weisen die für jedes Geschlecht aufgezeigten Veränderungen in den Al-

**Die Wohnbevölkerung in Baden-Württemberg nach dem Familienstand, nach Altersgruppen und nach der Religionszugehörigkeit
am 6. Juni 1961 und am 13. September 1950**

Bezeichnung	Land Baden-Württemberg				Davon in den Regierungsbezirken							
	insgesamt		davon		Nordwürttemberg		Nordbaden		Südbaden		Südwestfalen- Hohenzollern	
			männlich	weiblich								
	Anzahl	%	Anzahl	Anzahl	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%

Am 6. Juni 1961

Wohnbevölkerung	7 759 154	100	3 676 808	4 082 346	3 037 778	100	1 697 018	100	1 626 161	100	1 398 197	100
----------------------	-----------	-----	-----------	-----------	-----------	-----	-----------	-----	-----------	-----	-----------	-----

Nach dem Familienstand¹⁾

ledig	3 377 752	43,5	1 700 287	1 677 465	1 291 936	42,5	694 152	40,9	741 780	45,6	649 884	46,5
verheiratet	3 674 765	47,4	1 848 693	1 826 072	1 475 627	48,6	832 058	49,0	736 310	45,3	630 770	45,1
verwitwet	602 945	7,8	94 968	507 977	228 131	7,5	143 107	8,4	127 876	7,9	103 831	7,4
geschieden	100 186	1,3	31 099	69 087	40 364	1,3	26 888	1,6	19 630	1,2	13 304	1,0

Nach Altersgruppen²⁾

unter 6 Jahre	786 607	10,1	402 373	384 234	297 337	9,8	160 317	9,5	177 421	10,9	151 532	10,8
6 bis unter 14 Jahre	870 907	11,2	445 197	425 710	320 128	10,6	186 917	11,0	198 026	12,2	165 836	11,9
14 " " 18 "	376 156	4,9	192 161	183 995	146 906	4,8	81 337	4,8	79 640	4,9	68 273	4,9
18 " " 21 "	372 877	4,8	192 018	180 859	152 711	5,0	76 946	4,5	76 476	4,7	66 744	4,8
21 " " 45 "	2 612 294	33,7	1 274 638	1 337 656	1 050 671	34,6	570 216	33,6	534 172	32,8	457 235	32,7
45 " " 65 "	1 946 067	25,1	855 705	1 090 362	767 153	25,3	439 208	25,9	394 633	24,3	345 073	24,7
65 und mehr Jahre ..	783 792	10,1	309 716	474 076	298 680	9,8	179 539	10,6	164 042	10,1	141 531	10,1

Nach der Religionszugehörigkeit

evangelisch ³⁾	3 791 401	48,9	1 759 515	2 031 886	1 829 646	60,2	821 014	48,4	508 042	31,2	632 699	45,3
römisch-katholisch ..	3 633 038	46,8	1 738 118	1 894 920	1 032 512	34,0	805 299	47,5	1 075 154	66,1	720 073	51,5

Am 13. September 1950

Wohnbevölkerung	6 430 225	100	2 979 348	3 450 877	2 435 325	100	1 472 523	100	1 338 629	100	1 183 748	100
----------------------	-----------	-----	-----------	-----------	-----------	-----	-----------	-----	-----------	-----	-----------	-----

Nach dem Familienstand

ledig	3 034 133	47,2	1 465 097	1 569 036	1 120 472	46,0	652 205	44,3	661 803	49,4	599 653	50,7
verheiratet	2 831 346	44,0	1 394 808	1 436 538	1 105 456	45,4	678 740	46,1	558 263	41,7	488 887	41,3
verwitwet	499 804	7,8	97 210	402 594	184 305	7,6	121 980	8,3	106 471	8,0	87 048	7,3
geschieden	64 942	1,0	22 233	42 709	25 092	1,0	19 598	1,3	12 092	0,9	8 160	0,7

Nach Altersgruppen

unter 6 Jahre	534 071	8,3	273 000	261 071	197 652	8,1	121 227	8,2	114 543	8,6	100 649	8,5
6 bis unter 14 Jahre	892 621	13,9	453 591	439 030	338 656	13,9	191 488	13,0	190 418	14,2	172 059	14,5
14 " " 18 "	400 085	6,2	202 801	197 284	145 038	6,0	88 478	6,0	88 248	6,6	78 321	6,6
18 " " 21 "	283 557	4,4	143 734	139 823	104 444	4,3	62 883	4,3	62 475	4,7	53 755	4,6
21 " " 45 "	2 206 582	34,3	968 278	1 238 304	850 804	34,9	512 608	34,8	446 367	33,3	396 803	33,5
45 " " 65 "	1 507 597	23,5	669 297	838 300	572 468	23,5	355 990	24,2	309 770	23,1	269 369	22,8
65 und mehr Jahre ..	605 712	9,4	268 647	337 065	226 263	9,3	139 849	9,5	126 808	9,5	112 792	9,5

Nach der Religionszugehörigkeit

evangelisch ³⁾	3 173 689	49,4	1 455 757	1 717 932	1 561 573	64,1	700 359	47,6	374 159	28,0	537 598	45,4
römisch-katholisch ..	3 030 744	47,1	1 401 780	1 628 961	760 055	31,2	718 701	48,8	935 770	69,9	616 218	52,1

Veränderung 1961 gegenüber 1950 in %

Wohnbevölkerung	+20,7	+23,4	+18,3	+24,7	+15,2	+21,5	+18,1
----------------------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------

Nach dem Familienstand

ledig	+11,3	+16,1	+6,9	+15,3	+6,4	+12,1	+8,4
verheiratet	+29,8	+32,5	+27,1	+33,5	+22,6	+31,9	+29,0
verwitwet	+20,6	+2,3	+26,2	+23,8	+17,3	+20,1	+19,3
geschieden	+54,3	+39,9	+61,8	+60,9	+37,2	+62,3	+63,0

Nach Altersgruppen

unter 6 Jahre	+47,3	+47,4	+47,2	+50,4	+32,2	+54,9	+50,6
6 bis unter 14 Jahre	-2,4	-1,9	-3,0	-5,5	-2,4	+4,0	-3,6
14 " " 18 "	-6,0	-5,2	-6,7	+1,3	-8,1	-9,8	-12,8
18 " " 21 "	+31,5	+33,6	+29,3	+46,2	+22,4	+22,4	+24,2
21 " " 45 "	+18,4	+31,6	+8,0	+23,5	+11,2	+19,7	+15,2
45 " " 65 "	+29,1	+27,9	+30,1	+34,0	+23,4	+27,4	+28,1
65 und mehr Jahre ..	+29,4	+15,3	+40,6	+32,0	+28,4	+29,4	+25,5

Nach der Religionszugehörigkeit

evangelisch ³⁾	+19,5	+20,9	+18,3	+17,2	+17,2	+35,8	+17,7
römisch-katholisch ..	+19,9	+24,0	+16,3	+35,8	+12,0	+14,9	+16,9

¹⁾ Personen ohne Angabe des Familienstandes sind nicht aufgeführt. — ²⁾ Personen ohne Angabe des Alters sind nicht aufgeführt. — ³⁾ Einschl. Evangelische Freikirchen ohne christlich orientierte Sondergemeinschaften.

tersgruppen von 6 bis unter 14 Jahren, von 14 bis unter 18 Jahren, von 18 bis unter 21 Jahren sowie von 45 bis unter 65 Jahren jeweils die gleiche Tendenz und etwa dieselbe Größenordnung auf wie bei der gesamten Bevölkerung. In der Altersgruppe von 21 bis unter 45 Jahren ist die Zuwachsrate der Männer (+ 32%) jedoch wesentlich größer als die der Frauen (+ 8%); diese überaus ungleiche Entwicklung ist zum großen Teil auf den Zustrom männlicher ausländischer Gastarbeiter sowie darauf zurückzuführen, daß die im zweiten Weltkrieg besonders stark dezimierten Jahrgänge mehr und mehr in die Altersgruppe von 45 bis unter 65 Jahren aufgerückt sind. Demgegenüber hat die Zahl der Männer im Alter von 65 Jahren und darüber nicht so stark zugenommen (+ 15%) wie die der Frauen im gleichen Alter (+ 41%).

In den Regierungsbezirken ist die Entwicklung der Altersgruppen seit 1950 ähnlich verlaufen wie im ganzen Land. Entsprechend der Zunahme der gesamten Bevölkerung sind die Veränderungen in Nordbaden jedoch am wenigsten stark ausgeprägt; sie liegen sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen in jeder Altersgruppe unter dem Landesdurchschnitt. Am größten sind die Veränderungen in Nordwürttemberg; infolge des starken Bevölkerungszuwachses liegen diese mit geringfügigen Ausnahmen über dem Landesdurchschnitt. In Südbaden tritt die Zunahme in der Altersgruppe von unter 6 Jahren mit 55% sowohl bei männlich als auch bei weiblich besonders stark hervor, wogegen die Veränderungen bei den 18- bis unter 21jährigen bedeutend unter dem Landesdurchschnitt liegen. In Südwürttemberg-Hohenzollern sind ähnliche Veränderungsquoten wie in Südbaden zu verzeichnen.

Hinsichtlich der Altersstruktur ist zu vermerken, daß die Jugendlichen bis unter 14 Jahren in den Regierungsbezirken Nordwürttemberg und Nordbaden mit jeweils 20% weniger stark vertreten sind als in Südbaden und Südwürttemberg-Hohenzollern (jeweils 23%). Dafür sind die Altersgruppen von 21 bis unter 45 Jahren und von 45 bis unter 65 Jahren, die zusammen den Hauptteil der Erwerbspersonen stellen, in den nördlichen Regierungsbezirken mit 60% stärker besetzt als im Süden mit 57%.

In der Gliederung nach dem Geschlecht ist die Zahl der männlichen Personen in den Altersgruppen bis unter 21 Jahren größer als die der weiblichen. In den Altersgruppen von 21 Jahren und darüber überwiegt durchschnittlich das weibliche Geschlecht. Dies gilt sowohl im Land als auch in den Regierungsbezirken. Der größte Männerüberschuß wurde in der

Altersgruppe von 18 bis unter 21 Jahren festgestellt, wo lediglich 942 Frauen auf 1000 Männer kommen. Dagegen ist der größte Frauenüberschuß infolge der größeren Lebenserwartung der Frau in der Altersgruppe von 65 und mehr Jahren zu verzeichnen. Hier kommen 1531 Frauen auf 1000 Männer. In den Regierungsbezirken liegen die Verhältnisse ähnlich.

Rückgang des Anteils der evangelischen und der katholischen Bevölkerung

Im Zuge des Bevölkerungswachstums hat die Zahl der Einwohner sowohl mit evangelischer als mit katholischer Religionszugehörigkeit zugenommen, und zwar von 1950 bis 1961 um 19,5% bzw. um 19,9%.

Am 6. Juni 1961 wurden

3 791 401 Angehörige der Evangelischen Landeskirche und der Evangelischen Freikirchen sowie

3 633 038 Angehörige der Römisch-Katholischen Kirche ermittelt.

Während im Landesergebnis die Zunahme seit 1950 bei beiden Religionen nahezu gleich stark ausgeprägt war, ergeben sich für die Regierungsbezirke erhebliche Unterschiede. In Nordwürttemberg, dessen Bevölkerung überwiegend evangelisch ist, bezifferte sich die Zuwachsrate bei den Evangelischen auf 17%, bei den Römisch-Katholischen dagegen auf 36%. Im vorwiegend katholischen Südbaden hingegen verhielten sich die Zuwachsraten umgekehrt; hier nahm die evangelische Bevölkerung um 36%, die katholische jedoch nur um 15% zu. In den Regierungsbezirken Nordbaden und Südwürttemberg-Hohenzollern, in denen die Zugehörigkeit der Bevölkerung zu den beiden Hauptreligionen schon 1950 weit ausgeglichener war, blieben die Unterschiede in den Zuwachsraten beträchtlich kleiner; aber auch in diesen beiden Landesteilen weist die Konfession die größere prozentuale Zunahme auf, die 1950 anteilmäßig weniger stark vertreten war. Diese Entwicklung zum zahlenmäßigen Ausgleich der beiden Hauptkonfessionen läßt sich auch großenteils in den einzelnen Kreisen beobachten. Die Ursachen hierfür dürften hauptsächlich im Zustrom von Flüchtlingen und Vertriebenen sowie in der seit 1950 zu beobachtenden Bevölkerungswanderung innerhalb des Landes zu suchen sein.

Berechnet man die Zahl der Angehörigen der Evangelischen Landeskirche und der Evangelischen Freikirchen auf 1000 Angehörige der Römisch-Katholischen Kirche, so ergibt sich, daß das zahlenmäßige Verhältnis dieser beiden Religionsgemeinschaften zueinander im ganzen Land mit 1044 Evangelischen je 1000 Katholiken im Jahre 1961 gegenüber 1047 im Jahr 1950 nahezu unverändert geblieben ist. Bei der männlichen Bevölkerung ist das Überwiegen der Evangelischen wohl hauptsächlich infolge der Zuwanderung ausländischer Gastarbeiter von 1039 im Jahr 1950 auf 1012 Evangelische je 1000 Katholiken im Jahre 1961 zurückgegangen. Bei der weiblichen Wohnbevölkerung hat sich das entsprechende Zahlenverhältnis dagegen von 1055 im Jahr 1950 auf 1072 im Jahr 1961 zugunsten der Evangelischen verschoben.

Auf 1000 Männer kommen ... Frauen

Altersgruppe von . . . bis unter . . . Jahren	Baden- Würt- temberg	Regierungsbezirke			
		Nord- Württem- berg	Nord- baden	Süd- baden	Süd- Württem- berg Hohen- zollern
1961					
unter 6	955	952	954	951	967
6 — 14	956	959	954	952	960
14 — 18	958	957	960	958	955
18 — 21	942	907	955	986	960
21 — 45	1 049	1 015	1 057	1 079	1 088
45 — 65	1 274	1 232	1 296	1 315	1 297
65 und mehr	1 531	1 542	1 548	1 514	1 506
Insgesamt ¹⁾	1 110	1 087	1 125	1 125	1 127
1950					
unter 6	956	960	957	949	956
6 — 14	968	971	973	958	968
14 — 18	973	970	972	980	970
18 — 21	973	968	995	962	969
21 — 45	1 279	1 253	1 251	1 320	1 326
45 — 65	1 253	1 234	1 261	1 263	1 269
65 und mehr	1 255	1 283	1 237	1 236	1 242
Insgesamt	1 158	1 151	1 156	1 165	1 170

¹⁾ Einschl. „ohne Angabe“.

Auf 1000 Angehörige der Römisch-Katholischen Kirche kommen ... Angehörige der Evangelischen Landeskirche und der Evangelischen Freikirchen

Regierungsbezirk Land	1961	1950
Nordwürttemberg	1 772	2 055
Nordbaden	1 020	974
Südbaden	473	400
Südwürttemberg-Hohenzollern ...	879	872
Baden-Württemberg	1 044	1 047
davon:		
männlich	1 012	1 039
weiblich	1 072	1 055

Die Angehörigen weiterer Religionsgemeinschaften umfaßt zusammen mit den Personen, die keine Angaben über die Religionszugehörigkeit gemacht haben, im Jahr 1961 4,3% der

Die Wohnbevölkerung in Baden-Württemberg nach der Religionszugehörigkeit

Religionszugehörigkeit	Am 6. Juni 1961		Am 13. Sept. 1950		Veränderung 1961 gegenüber 1950 in %
	Anzahl	%	Anzahl	%	
Evangelische Kirche in Deutschland	3 726 592	48,0	3 132 914	48,7	+ 18,9
Evangelische Freikirchen	64 809	0,8	40 775	0,6	+ 58,9
Römisch-katholische Kirche einschl. der unierten Riten	3 633 038	46,8	3 030 744	47,1	+ 19,9
Ostkirchen	18 017	0,2	6 903	0,1	+ 161,0
Alt-katholische Kirche u. verwandte Gruppen	6 602	0,1	6 835	0,1	- 3,4
Christlich orientierte Sondergemeinschaften	121 863	1,6	73 200	1,1	+ 66,5
Jüdische Religionsgemeinschaft	1 510	0,0	1 442	0,0	+ 4,7
Andere Volks- und Weltreligionen	5 997	0,1	598	0,0	+ 902,8
Freireligiöse und Weltanschauungs-Gemeinschaften	8 578	0,1	123 984	1,9	+ 1,4
Gemeinschaftslose	117 200	1,5			
Ungeklärt und ohne Angabe	54 948	0,7	12 830	0,2	+ 328,3
Insgesamt	7 759 154	100	6 430 225	100	+ 20,7

Wohnbevölkerung gegenüber 3,5 % im Jahr 1950; der Anteil der nicht zu den beiden Hauptreligionen sich bekennenden Personen hat demnach zugenommen. Daraus erklärt sich auch, daß die auf die beiden Hauptkonfessionen entfallenden Anteile an der Gesamtbevölkerung seit 1950 im ganzen Land geringfügig zurückgegangen sind, und zwar bei der evangelischen Bevölkerung von 49,4 % auf 48,9 % und bei der römisch-katholischen Bevölkerung von 47,1 % auf 46,8 %. Die kleinen Religionsgemeinschaften haben, gemessen an ihrer Zahl im Jahr 1950, zum Teil beachtlich an Bedeutung gewonnen. So nahm die Zahl der den *Christlich orientierten Sondergemeinschaften* zugehörigen Einwohner von 73 200 um 67 % auf 121 900 zu. Bei den *Ostkirchen* erhöhte sich die Zahl ihrer Angehörigen von 6900 um 161 % auf 18 000 und bei den *Anderen Volks- und Weltreligionen* (insbesondere Mohammedanern) stieg sie von 598 im Jahr 1950 um 903 % auf 6000 im Jahr 1961. Die Zunahme bei den beiden zuletzt genannten Religionsgemeinschaften sind fast ausschließlich auf die Zuwanderung von Gastarbeitern und die Aufnahme von Studierenden aus Griechenland, der Türkei und den arabischen Staaten zurückzuführen.

Haushalte sind kleiner geworden

Die Zahl der *Privathaushalte* hat in Baden-Württemberg von 2,100 Millionen im Jahr 1950 um 25 % auf 2,624 Millionen im Jahr 1961 zugenommen. Die Zahl der in diesen Privathaushalten wohnenden Personen ist gleichzeitig jedoch nur um 19 % von 6,315 Millionen auf 7,527 Millionen gestiegen. Damit ist die durchschnittliche Haushaltsgröße von 3,01 Personen je Haushalt im Jahr 1950 auf 2,87 Personen im Jahr 1961 je Haushalt zurückgegangen. Die gleiche Entwicklung ist auch in den Regierungsbezirken festzustellen. Die durchschnittlich kleinste Haushaltsgröße wurde für Nordbaden (2,74 Personen) ermittelt. Nur geringfügig größer sind im Durchschnitt die Haushalte in Nordwürttemberg (2,79). In den südlichen, mehr landwirtschaftlich orientierten Regierungsbezirken wohnen dagegen mehr als 3 Personen in einem Haushalt, und zwar in Südwürttemberg-Hohenzollern 3,02 und in Südbaden 3,05.

Der Rückgang der Haushaltsgröße ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß die kleinen Haushalte prozentual stärker zugenommen haben als die großen. Bei den Haushalten mit 7 und mehr Personen ist sogar eine Abnahme der Haushaltszahlen seit 1950 zu beobachten.

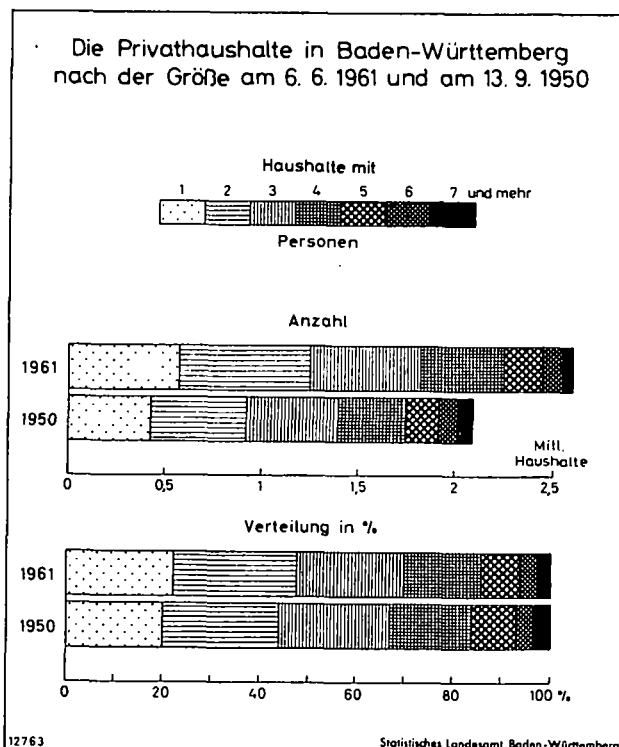
Die Zahl der männlichen Haushaltsvorstände ist seit 1950 um 27 %, die der weiblichen dagegen nur um 20 % gestiegen.

Haushaltsgröße in Baden-Württemberg je Miet- bzw. Eigentumsverhältnis Anteile in %

Haushalte mit ... Personen	Insgesamt	Darunter nach dem Miet- bzw. Eigentumsverhältnis			
		Hauptmieter	Untermieter	Eigentümer	
				der Wohnung	des Hauses
Insgesamt	100	100	100	100	100
1 Person	21,7	15,4	69,3	22,0	11,2
2 Personen	25,6	29,0	14,5	30,1	24,8
3 Personen	21,9	25,3	9,6	21,4	22,3
4 Personen	16,3	17,8	4,5	14,7	19,1
5 Personen	8,2	7,8	1,4	6,9	11,7
6 Personen	3,8	3,0	0,5	6,3	3,1
7 Personen	1,4	1,0	0,1	1,0	2,5
8 und mehr Personen	1,1	0,7	0,1	0,8	2,1

Bei den Haushalten mit männlichem Haushaltsvorstand ist die größte Zunahme seit 1950 mit 41 % bei den Zwei-Personen-Haushalten zu verzeichnen; es dürfte sich dabei wohl hauptsächlich um junge Ehen handeln. In den übrigen Haushaltsgrößen entspricht die Zuwachsrate ungefähr dem Durchschnitt mit Ausnahme der Haushalte mit 5 und mehr Personen, deren Zahl seit 1950 nur um 12 % gestiegen ist. Bei den weiblichen Haushaltsvorständen dagegen ist der stärkste Zuwachs um 46 % bei den alleinstehenden Frauen festzustellen. Eine unter dem Durchschnitt liegende Zunahme von nur 11 % verzeichnen hier die Zwei-Personen-Haushalte. Bei allen übrigen Haushaltsgrößen dagegen ist gegenüber 1950 ein Rückgang der Haushaltszahlen zu vermerken, der um so stärker ausgeprägt ist, je mehr Personen die Haushalte zählen.

Von den 2,624 Millionen Haushalten wohnen 1,312 Millionen (50 %) als Hauptmieter und 377 000 (14 %) als Untermieter in den von ihnen gemieteten Wohnungen bzw. Wohnungsteilen, 896 000 (34 %) sind Eigentümer des Hauses, in welchem sie wohnen, und 35 000 (1 %) bewohnen eigene Eigentumswohnungen. Unter den Hauptmietern sind die Ein-Personen-Haushalte mit 15 %, die Zwei-Personen-Haushalte mit 29 % und die Drei-Personen-Haushalte mit 18 % vertre-



**Die Privathaushalte in Baden-Württemberg nach dem Miet- bzw. Eigentumsverhältnis und nach der Haushaltsgröße
am 6. Juni 1961 und am 13. September 1950**

Bezeichnung	Land Baden-Württemberg				Davon in den Regierungsbezirken							
	insgesamt		davon mit		Nordwürttemberg		Nordbaden		Südbaden		Südwestfalen-Hohenzollern	
			männlichen	weiblichen								
	Anzahl	%	Haushaltsvorständen		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Am 6. Juni 1961												
Privathaushalte	2 624 140	100	1 978 083	646 057	1 054 054	100	605 017	100	516 789	100	448 280	100
Nach dem Miet- bzw. Eigentumsverhältnis												
Hauptmieter	1 312 188	50,0	989 001	323 187	525 070	49,8	341 513	56,4	259 520	50,2	186 085	41,5
Untermieter	376 607	14,4	250 066	126 541	171 141	16,2	83 184	13,8	69 342	13,4	52 940	11,8
Eigentümer der Wohnung	34 585	1,3	23 772	10 813	15 902	1,5	6 613	1,1	6 541	1,3	5 529	1,2
Eigentümer des Hauses	895 772	34,1	711 427	184 345	340 448	32,3	172 290	28,5	180 919	35,0	202 115	45,1
ohne Angabe	4 988	0,2	3 817	1 171	1 493	0,2	1 417	0,2	467	0,1	1 611	0,4
Nach der Haushaltsgröße												
1 Person	570 934	21,7	207 574	363 360	239 531	22,7	135 615	22,4	106 145	20,5	89 643	20,0
2 Personen	670 653	25,6	515 131	155 522	272 955	25,9	167 956	27,8	121 659	23,5	108 083	24,1
3 Personen	576 017	21,9	501 968	74 049	234 509	22,2	138 162	22,8	107 371	20,8	95 975	21,4
4 Personen	426 725	16,3	395 088	31 637	171 578	16,3	93 241	15,4	85 545	16,6	76 361	17,0
5 Personen	214 744	8,2	201 428	13 316	80 578	7,7	41 994	6,9	49 914	9,7	42 258	9,4
6 Personen	100 130	3,8	94 777	5 353	34 720	3,3	17 886	3,0	26 453	5,1	21 071	4,7
7 Personen	36 429	1,4	34 836	1 593	11 766	1,1	5 777	1,0	10 697	2,1	8 189	1,9
8 und mehr Personen	28 508	1,1	27 281	1 227	8 417	0,8	4 386	0,7	9 005	1,7	6 700	1,5
Personen in Privathaushalten												
Personen in Privathaushalten	7 526 531	97,0	6 382 703	1 143 828	2 942 478	96,9	1 655 157	97,5	1 576 052	96,9	1 352 844	96,8
Personen je Privathaushalt	2,87		3,23	1,77	2,79		2,74		3,05		3,02	
Am 13. September 1950												
Privathaushalte	2 100 470	100	1 561 107	539 363	837 111	100	491 725	100	407 823	100	363 811	100
Nach der Haushaltsgröße												
1 Person	417 903	19,9	168 529	249 374	185 564	22,2	90 824	18,5	76 923	18,9	64 592	17,8
2 Personen	504 491	24,0	364 196	140 295	210 021	25,1	126 306	25,7	86 377	21,2	81 787	22,5
3 Personen	474 920	22,6	392 824	82 096	187 120	22,4	119 519	24,3	87 470	21,4	80 811	22,2
4 Personen	355 396	16,9	315 964	39 432	135 969	16,2	83 056	16,9	71 612	17,6	64 759	17,8
5 Personen	185 288	8,8	168 504	16 784	65 542	7,8	40 436	8,2	42 626	10,5	36 684	10,1
6 Personen	87 701	4,2	80 892	6 809	29 436	3,5	17 663	3,6	22 212	5,4	18 390	5,0
7 Personen	40 110	1,9	37 432	2 678	12 874	1,5	7 641	1,5	10 663	2,6	8 932	2,4
8 und mehr Personen	34 661	1,7	32 766	1 895	10 585	1,3	6 280	1,3	9 940	2,4	7 856	2,2
Personen in Privathaushalten												
Personen in Privathaushalten	6 315 258	98,2	5 221 144	1 094 114	2 399 525	98,5	1 451 854	98,6	1 308 577	97,8	1 155 302	97,6
Personen je Privathaushalt	3,01		3,34	2,03	2,87		2,95		3,21		3,18	
Veränderung 1961 gegenüber 1950 in %												
Privathaushalte	+ 24,0		+ 20,7	+ 19,8	+ 25,9		+ 23,0		+ 20,7		+ 23,2	
Nach der Haushaltsgröße												
1 Person	+ 36,6		+ 23,2	+ 45,7	+ 29,1		+ 49,3		+ 38,0		+ 38,8	
2 Personen	+ 32,9		+ 41,4	+ 10,9	+ 30,0		+ 33,0		+ 40,1		+ 32,2	
3 Personen	+ 21,3		+ 27,8	- 9,8	+ 25,3		+ 15,6		+ 22,8		+ 18,8	
4 Personen	+ 20,1		+ 25,0	- 19,8	+ 26,2		+ 12,3		+ 19,5		+ 17,9	
5 Personen	+ 15,9		+ 19,5	- 20,7	+ 22,9		+ 3,9		+ 17,1		+ 15,2	
6 Personen	+ 14,2		+ 17,2	- 21,4	+ 18,0		+ 1,3		+ 19,1		+ 14,6	
7 Personen	- 9,2		- 6,9	- 40,5	- 8,6		- 24,4		+ 0,3		- 8,3	
8 und mehr Personen	- 17,8		- 16,7	- 35,3	- 20,5		- 30,2		- 9,4		- 14,7	
Personen in Privathaushalten												
Personen in Privathaushalten	+ 19,2		+ 22,2	+ 4,5	+ 22,6		+ 14,0		+ 20,4		+ 17,1	

ten. Bei den Untermietern dagegen zählen 69% zu den Ein-Personen-Haushalten. Unter den als Wohnungseigentümer in der eigenen Wohnung wohnenden Haushalten liegt besonders der Anteil der Zwei-Personen-Haushalte mit 30% über dem Landesdurchschnitt, wogegen die Anteile der Großhaushalte mit 5 und mehr Personen geringer sind als es dem Durchschnitt entsprechen würde. Von den Haushalten, die als Eigentümer des Gebäudes in ihrer Wohnung wohnen, sind lediglich 11% Ein-Personen-Haushalte. 25% dieser Haushalte umfassen 2 Personen, was etwa dem Landesdurchschnitt entspricht. Die Haushalte mit 3 und mehr Personen sind bei den Gebäudeeigentümern häufiger anzutreffen, als es der Durchschnitt bei allen Haushalten erwarten läßt.

In der Gliederung der Haushalte nach dem Geschlecht des Haushaltsvorstandes zeigt sich, daß sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen 50% aller Haushaltsvorstände Hauptmieter sind. Die Quote der Untermieter ist bei den Frauen mit 20% größer als bei den Männern (13%). Dagegen ist bei den Männern der Anteil der Haushaltsvorstände, die Eigentümer des Gebäudes sind, mit 36% größer als bei den Frauen, deren Anteilsquote sich auf 29% beziffert.

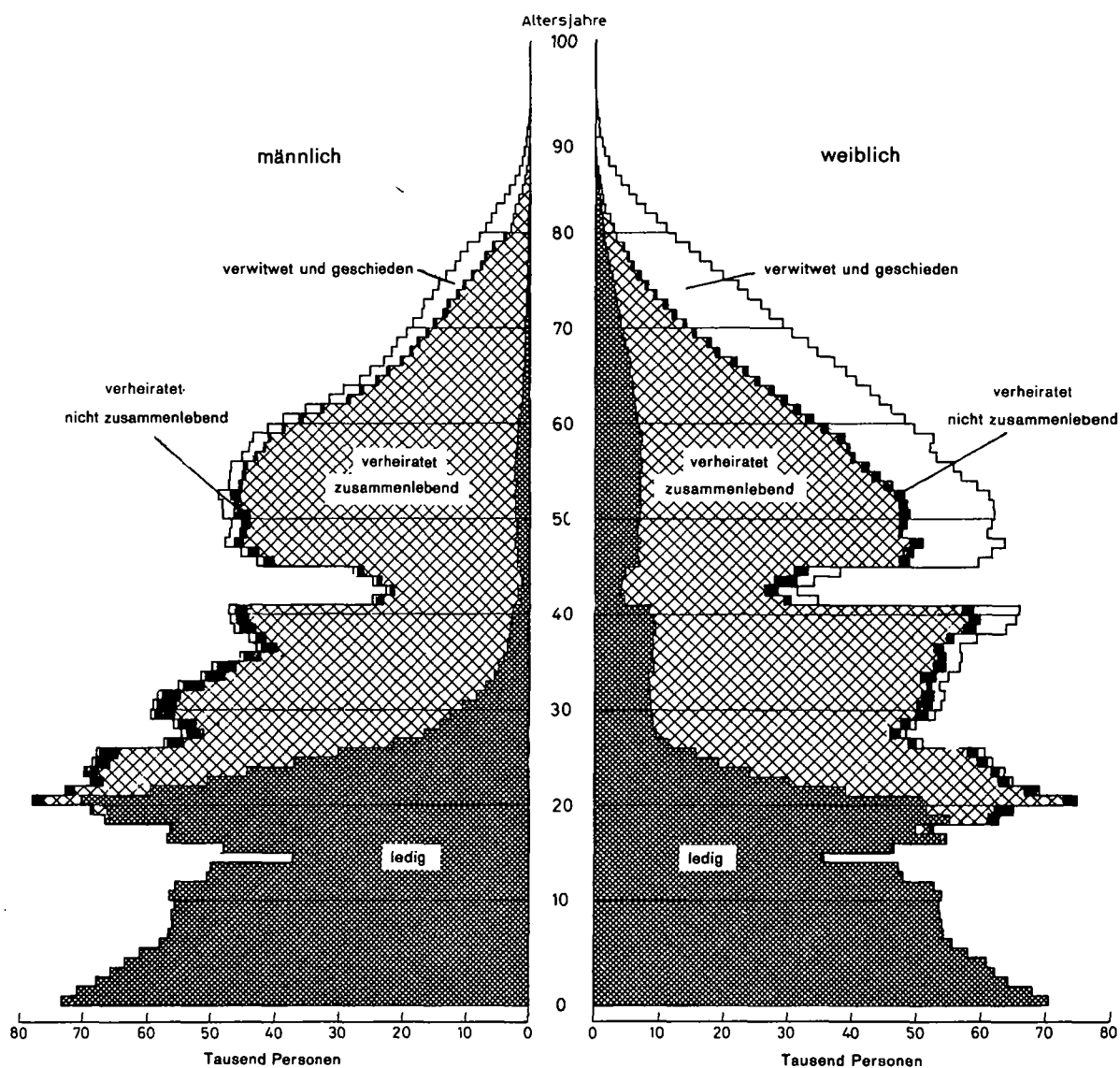
In den Regierungsbezirken sind die Hauptmieter in Nordbaden mit 56% am stärksten vertreten. Es folgen Südbaden und Nordwürttemberg mit je 50% und Südwestfalen-Hohenzollern mit 42%. Die Anteile der Untermieter sind im stark industrialisierten Nordwürttemberg mit 16% am größ-

ten; sie belaufen sich in Nordbaden auf 14%, in Südbaden auf 13% und in den überwiegend landwirtschaftlichen Gebieten Südwürttemberg-Hohenzollerns nur auf 12%. Haushalte, die im eigenen Gebäude wohnen, sind in Nordbaden nur in

29% aller Fälle anzutreffen. In Nordwürttemberg leben 32% der Haushalte im eigenen Haus, in Südbaden 35%. Die höchste Quote ist in Südwürttemberg-Hohenzollern mit 45% zu verzeichnen.

Dipl.-Ing. Hans Kaeser

Die Wohnbevölkerung nach Alter, Familienstand und Geschlecht am 6. Juni 1961



Altersaufbau und Familienstandsgliederung der Bevölkerung in Baden-Württemberg am 6. Juni 1961

Ergebnisse der Volkszählung

Vorbemerkung

Zu den wichtigsten Strukturmerkmalen, die bei der Analyse des Zustandbildes einer Bevölkerung zu berücksichtigen sind, gehören Altersaufbau und Familienstandsgliederung. Diesen demographischen Daten kommt für viele Bereiche der Wirtschafts-, Sozial-, Gesundheits- und Kulturpolitik wie auch für die Bevölkerungswissenschaft eine erhebliche Bedeutung zu. Sie bieten zum Beispiel eine Grundlage zur Beurteilung des gegenwärtigen und zukünftigen Potentials an Arbeitskräften, sie vermitteln Vorstellungen vom Bedarf an Schulen und Lehrern, sie ermöglichen die Abschätzung der finanziellen Auswirkungen gesetzgeberischer Maßnahmen auf dem Gebiet der Sozialversicherung und der Altersversorgung. Die Ermittlung der Alters- und Familienstandsgliederung gehörte schon immer zu den wichtigsten Aufgaben der Volkszählungen. Auch heute noch zählen diese Auswertungen zu deren festem Erhebungsprogramm, so daß sich Vergleiche über viele Jahrzehnte hinweg ermöglichen lassen.

Anläßlich der Volkszählung vom 6. Juni 1961 war für jede erfaßte Person bei Frage 3 der Haushaltsliste bzw. des Ein-

zelbogens zur Anstaltsliste das Geburtsdatum nach Tag, Monat und Jahr anzugeben; bei Frage 4 sollte der Familienstand nach vier vorgegebenen Antwortmöglichkeiten (ledig, verheiratet, verwitwet, geschieden) angekreuzt werden. Schwierigkeiten für das Verständnis dieser Fragen waren außer bei den der deutschen Sprache nicht mächtigen oder des Schreibens unkundigen Ausländern kaum zu erwarten; zur Erleichterung des Zählgeschäfts wie auch zum Zwecke der Erzielung möglichst einwandfreier Angaben wurden für den genannten Personenkreis deshalb fremdsprachige Übersetzungsmuster der Haushaltsliste bereitgestellt. Unzuverlässige, unwahrscheinliche oder bezüglich des Familienstandes nicht mit Sicherheit ergänzbare Angaben wurden nachträglich bei den Zählungsdienststellen der Gemeinden eingeholt; Angaben über Geburtsdaten aus den Jahrgängen 1871 und früher waren von den Gemeinden generell zu bestätigen. Trotz dieser zeitraubenden Rückfrageaktion konnten in einer ganzen Reihe von Fällen keine Angaben über Geburtsdatum und Familienstand mehr beigebracht werden. So mußten schließlich 10 454 Personen (0,13 % der Bevölkerung) ohne Angabe des Alters

Alters- und Familienstandsgliederung der Bevölkerung Baden-

Altersgruppe in Jahren	Wohn-											
	Insgesamt ¹⁾		männlich									
			zusammen ¹⁾		davon							
					ledig		verheiratet		verwitwet		geschieden	
Personen	%	Personen	%	Personen	%	Personen	%	Personen	%	Personen	%	
6. Juni												
unter 6	786 607	10,1	402 373	10,9	402 373	100,0	—	—	—	—	—	—
6 bis unter 14	870 907	11,2	445 197	12,1	445 197	100,0	—	—	—	—	—	—
14 " " 18	376 156	4,8	192 161	5,2	192 141	100,0	13	0,0	—	—	—	—
18 " " 21	372 877	4,8	192 018	5,2	188 295	98,1	3 567	1,9	15	0,0	15	0,0
21 " " 25	561 937	7,2	289 882	7,9	224 750	77,5	64 326	22,2	100	0,0	480	0,2
25 " " 30	575 752	7,4	304 545	8,3	119 665	39,3	182 051	59,8	304	0,1	2 237	0,7
30 " " 35	553 749	7,1	284 245	7,7	44 464	15,6	235 867	83,0	550	0,2	3 180	1,1
35 " " 40	523 112	6,7	229 339	6,2	18 800	8,2	206 598	90,1	665	0,3	3 176	1,4
40 " " 45	397 744	5,1	166 627	4,5	9 256	5,6	183 695	92,2	729	0,4	2 879	1,7
45 " " 50	495 649	6,4	211 419	5,8	10 145	4,8	195 151	92,3	1 818	0,9	4 224	2,0
50 " " 55	546 316	7,0	240 263	6,5	11 296	4,7	220 218	91,7	3 779	1,6	4 857	2,0
55 " " 60	497 443	6,4	227 355	6,2	10 889	4,8	205 554	90,4	6 730	3,0	4 102	1,8
60 " " 65	406 659	5,2	176 668	4,8	7 785	4,4	156 074	88,3	10 017	5,7	2 708	1,5
65 " " 70	302 184	3,9	118 557	3,2	4 862	4,1	99 975	84,3	12 184	10,3	1 484	1,3
70 " " 75	223 093	2,9	87 620	2,4	3 702	4,2	66 789	76,2	16 213	18,5	886	1,0
75 " " 80	151 011	1,9	60 897	1,7	2 602	4,3	38 580	63,4	19 157	31,5	523	0,9
80 " " 85	77 620	1,0	31 199	0,8	1 333	4,3	14 561	46,7	15 069	48,3	206	0,7
85 " " 90	25 152	0,3	9 775	0,3	471	4,8	3 076	31,5	6 165	63,1	57	0,6
90 und mehr	4 732	0,1	1 668	0,0	114	6,8	292	17,5	1 259	75,5	1	0,1
ohne Angabe	10 454	0,1	5 000	0,1	2 147	42,9	2 306	46,1	214	4,3	84	1,7
Zusammen ...	7 759 154	100	3 676 808	100	1 700 287	46,2	1 848 693	50,3	94 968	2,6	31 099	0,8
13. September												
unter 6	534 071	8,3	273 000	9,2	273 000	100,0	—	—	—	—	—	—
6 bis unter 14	892 621	13,9	453 591	15,2	453 591	100,0	—	—	—	—	—	—
14 " " 18	400 085	6,2	202 801	6,8	202 799	100,0	2	0,0	—	—	—	—
18 " " 21	283 557	4,4	143 734	4,8	142 363	99,0	1 347	0,9	13	0,0	11	0,0
21 " " 25	388 211	6,0	188 973	6,3	158 594	83,9	30 079	15,9	86	0,0	214	0,1
25 " " 30	476 656	7,4	201 193	6,8	102 888	51,1	96 622	48,0	338	0,2	1 345	0,7
30 " " 35	330 612	5,1	137 114	4,6	34 070	24,8	100 136	73,0	634	0,5	2 274	1,7
35 " " 40	489 269	7,6	208 484	7,0	25 690	12,3	177 049	84,9	1 586	0,8	4 159	2,0
40 " " 45	521 834	8,1	232 514	7,8	19 682	8,5	206 335	88,7	2 412	1,0	4 085	1,8
45 " " 50	488 305	7,6	228 886	7,7	15 570	6,8	206 538	90,2	3 345	1,5	3 433	1,5
50 " " 55	408 971	6,4	182 702	6,1	9 942	5,4	166 020	90,9	4 470	2,4	2 270	1,2
55 " " 60	327 423	5,1	136 737	4,6	6 685	4,9	122 977	89,9	5 639	4,1	1 436	1,1
60 " " 65	282 898	4,4	120 972	4,1	5 973	4,9	104 960	86,8	8 887	7,3	1 152	1,0
65 " " 70	245 107	3,8	108 763	3,7	5 478	5,0	87 445	80,4	14 942	13,7	898	0,8
70 " " 75	190 253	3,0	85 508	2,9	4 346	5,1	59 404	69,5	21 158	24,7	600	0,7
75 " " 80	109 406	1,7	48 959	1,6	2 877	5,9	26 843	54,8	18 976	38,8	263	0,5
80 " " 85	46 330	0,7	19 803	0,7	1 196	6,0	7 697	38,9	10 826	54,7	84	0,4
85 " " 90	12 459	0,2	4 856	0,2	295	6,1	1 235	25,4	3 318	68,3	8	0,2
90 und mehr	2 157	0,0	758	0,0	58	7,7	119	15,7	580	76,5	1	0,1
Zusammen ...	6 430 225	100	2 979 348	100	1 465 097	49,2	1 394 808	46,8	97 210	3,3	22 233	0,7

¹⁾ 1961 einschließlich Personen ohne Angabe des Familienstandes.

und 3506 Personen (0,05 %) ohne Angabe des Familienstandes in die Auswertung übernommen werden. An diesen Erhebungslücken sind in nicht geringem Ausmaß die ausländischen Arbeitskräfte beteiligt, die die Zählpapiere infolge Sprach- und Schreibschwierigkeiten oftmals nur lückenhaft ausgefüllt hatten und später, das heißt zur Zeit der Aufbereitung und Rückfragen, für die Erhebungsgemeinden vielfach nicht mehr erreichbar waren. Die unterschiedliche Höhe der Ausfallquoten ist darauf zurückzuführen, daß die Angaben über den Familienstand durch Kombination mit anderen beantworteten Fragen (so vor allem Name, Stellung zum Haushaltsvorstand) häufig sicher ergänzt werden konnten, während für die fehlenden Altersangaben keine entsprechenden Anhaltspunkte vorhanden waren. Angesichts des relativ geringen Umfangs können die Ausfälle als für die Alters- und Familienstandsgliederung der Bevölkerung unerheblich vernachlässigt werden. Aus demselben Grunde beeinträchtigt die 1961 vorgenommene methodische Änderung, die Personen ohne Angabe des Alters bzw. des Familienstandes gesondert nachzuweisen, die Vergleichbarkeit mit früheren Zählungsergebnissen im allgemeinen nicht.

I. Der Altersaufbau der Bevölkerung 1961

Es entspricht bewährter Übung, die Altersgliederung der Bevölkerung graphisch darzustellen. Konnte man früher, um die Jahrhundertwende etwa, eine solche Darstellung dank des

ihr eigenen Gleichmaßes im Aufbau mit dem Bild einer *Pyramide* umschreiben, so ist eine Charakterisierung in ähnlich kurzer und treffender Form heute schlechthin unmöglich. Zu starke Spuren hat die Epoche der letzten 50 Jahre in der altersmäßigen Zusammensetzung der Bevölkerung hinterlassen, als daß man umhin könnte, auf die Besonderheiten des heutigen Altersaufbaus hinzuweisen (vgl. Titel-Schaubild).

Die Ursachen der Unregelmäßigkeiten im Altersaufbau, wie er bei der Volkszählung 1961 ermittelt wurde, lassen sich am besten darlegen, wenn man die Betrachtung auf die den einzelnen Altersjahren entsprechenden Geburtsjahre abstellt. Die verhältnismäßig starke Basis des Altersaufbaus geht auf die Zunahme der Geburten nach dem Ende des letzten Krieges und nach der Beseitigung der schlimmsten Kriegsfolgen zurück. Der erste tiefere Einschnitt ist dem Geburtenrückgang während und vor allem gegen Ende des zweiten Weltkrieges zuzuschreiben, dem in den Jahren 1934 bis 1940 eine Zeit relativ hoher Geburtenzahlen vorangegangen war. Ein zweiter Einbruch erklärt sich aus dem Geburtenausfall im Zusammenhang mit der Weltwirtschaftskrise anfang der dreißiger Jahre. Der dritte Einschnitt schließlich ist durch den Rückgang der Geburten während des ersten Weltkriegs bedingt; zur Vertiefung dieses Einschnitts haben auf männlicher Seite außerdem die Kriegsverluste durch den zweiten Weltkrieg beigetragen, der vor allem den Jahrgängen der zur Zeit der Volkszählung

Württembergers am 6. Juni 1961 und am 13. September 1950

bevölkerung										Altersgruppe in Jahren
weiblich										
zusammen ¹⁾		davon								
		ledig		verheiratet		verwitwet		geschieden		
Personen	%	Personen	%	Personen	%	Personen	%	Personen	%	
1961										
384 234	9,4	384 234	100,0	—	—	—	—	—	— unter 6
425 710	10,4	425 710	100,0	—	—	—	—	—	— 6 bis unter 14
183 995	4,5	182 663	99,3	1 258	0,7	26	0,0	7	0,0 14 " " 18
180 859	4,4	156 669	86,6	23 841	13,2	79	0,0	183	0,1 18 " " 21
272 055	6,7	144 187	53,0	125 808	46,2	367	0,1	1 565	0,6 21 " " 25
271 207	6,6	64 926	23,9	201 482	74,3	1 078	0,4	3 603	1,3 25 " " 30
269 504	6,6	43 038	16,0	218 855	81,2	2 336	0,9	5 186	1,9 30 " " 35
293 773	7,2	45 371	15,4	232 535	79,2	7 537	2,6	8 229	2,8 35 " " 40
231 117	5,7	30 316	13,1	173 718	75,2	18 821	8,1	8 194	3,5 40 " " 45
284 230	7,0	31 899	11,2	197 449	69,5	44 395	15,6	10 360	3,6 45 " " 50
306 053	7,5	35 339	11,5	203 763	66,6	56 670	18,5	10 127	3,3 50 " " 55
270 088	6,6	35 612	13,2	168 832	62,5	57 643	21,3	7 861	2,9 55 " " 60
229 991	5,6	31 729	13,8	127 133	55,3	65 081	28,3	5 883	2,6 60 " " 65
183 627	4,5	25 810	14,1	81 420	44,3	72 318	39,4	3 954	2,2 65 " " 70
135 473	3,3	18 358	13,6	43 198	31,9	71 609	52,9	2 182	1,6 70 " " 75
90 114	2,2	11 405	12,7	18 599	20,6	58 920	65,4	1 088	1,2 75 " " 80
46 421	1,1	5 816	12,5	5 178	11,2	34 974	75,3	402	0,9 80 " " 85
15 377	0,4	1 956	12,7	794	5,2	12 514	81,4	91	0,6 85 " " 90
3 064	0,1	439	14,3	77	2,5	2 523	82,3	23	0,8 90 und mehr
5 454	0,1	1 988	36,5	2 132	39,1	1 086	19,9	149	2,7 ohne Angabe
4 082 346	100	1 677 465	41,1	1 826 072	44,7	507 977	12,4	69 087	1,7 Zusammen
1950										
261 071	7,6	261 071	100,0	—	—	—	—	—	— unter 6
439 030	12,7	439 030	100,0	—	—	—	—	—	— 6 bis unter 14
197 284	5,7	196 893	99,8	374	0,2	14	0,0	3	0,0 14 " " 18
139 823	4,1	131 084	93,7	8 589	6,1	79	0,1	71	0,1 18 " " 21
199 238	5,8	140 052	70,3	57 943	29,1	371	0,2	872	0,4 21 " " 25
275 463	8,0	110 393	40,1	155 067	56,3	5 591	2,0	4 412	1,6 25 " " 30
193 498	5,6	42 813	22,1	132 265	68,4	13 313	6,9	5 107	2,6 30 " " 35
280 785	8,1	41 742	14,9	203 763	72,6	28 375	10,1	6 905	2,5 35 " " 40
289 320	8,4	40 714	14,1	213 475	73,8	28 651	9,9	6 480	2,2 40 " " 45
259 419	7,5	38 578	14,9	188 962	72,8	26 407	10,2	5 472	2,1 45 " " 50
226 269	6,6	33 691	14,9	157 247	69,5	30 594	13,5	4 737	2,1 50 " " 55
190 686	5,5	28 215	14,8	120 603	63,2	38 436	20,2	3 432	1,8 55 " " 60
161 926	4,7	22 202	13,7	87 363	54,0	49 932	30,8	2 429	1,5 60 " " 65
136 344	4,0	17 147	12,6	60 720	44,5	56 899	41,7	1 578	1,2 65 " " 70
104 745	3,0	13 038	12,4	34 285	32,7	56 656	54,1	766	0,7 70 " " 75
60 447	1,8	7 583	12,5	12 669	21,0	39 860	65,9	335	0,6 75 " " 80
26 527	0,8	3 502	13,2	2 821	10,6	20 116	75,8	88	0,3 80 " " 85
7 603	0,2	1 076	14,2	364	4,8	6 144	80,8	19	0,2 85 " " 90
1 399	0,0	212	15,2	28	2,0	1 156	82,6	3	0,2 90 und mehr
3 450 877	100	1 569 036	45,5	1 436 538	41,6	402 594	11,7	42 709	1,2 Zusammen

1961 zwischen 33 und 65 Jahre alten Männer starke Opfer abverlangte. Demgegenüber sind die Kriegsverluste aus dem ersten Weltkrieg nicht mehr so stark wie die des darauf folgenden Krieges am heutigen Altersaufbau abzulesen, da durch sie die in den höheren Altersjahren steigende Sterblichkeit bei den Männern in gewissem Maße schon vorweggenommen war.

In der Gesamtschau haben somit die beiden Weltkriege in diesem Jahrhundert – direkt durch die starken Verluste bei der männlichen Bevölkerung, indirekt durch die zeitweilig nicht unerheblichen Geburtenausfälle – solche Auswirkungen auf die Altersgliederung gezeitigt, daß diese nur im Bereich des ersten Altersjahrzehnts eine Tendenz zu einem vergleichsweise „normalen“ Aufbau erkennen läßt.

Über die zahlenmäßige Besetzung einzelner Altersgruppen¹ geben die verschiedenen tabellarischen Übersichten dieses Beitrags Aufschluß; an dieser Stelle seien nur die wichtigsten Altersgruppen erwähnt. Im noch nicht schulpflichtigen Alter bis unter 6 Jahre standen 786 607 Kinder, das sind 10,1 % der bei der Volkszählung 1961 auf 7 759 154 festgestellten Wohnbevölkerung des Landes Baden-Württemberg. Der Altersgruppe 6 bis unter 14 Jahre, in der sich in etwa die Volksschulpflichtigen zusammenfassen lassen, gehörten 870 907 Knaben und Mädchen oder 11,2 % der Bevölkerung an. Die Zahl der Jugendlichen im Alter von 14 bis unter 21 Jahren – überwiegend in der Berufs- oder weiterführenden Schulausbildung begriffen bzw. als Soldaten im Grundwehrdienst stehend – bezifferte sich auf 749 033 (9,7 %). 21 bis unter 45 Jahre alt waren 2 612 294 Personen (33,7 %), 45 bis unter 65 Jahre 1 946 067 (25,1 %). Im erwerbsfähigen Alter, wozu man gewöhnlich die Spanne zwischen dem 15. und 65. Lebensjahr rechnet, befanden sich 5 210 092 Bewohner des Landes, das sind 67,1 % oder gut zwei Drittel der Gesamtbevölkerung. 65 und mehr Jahre alt waren schließlich 783 792 Personen (10,1 %).

Verhältnismäßig weniger Kinder - mehr alte Leute

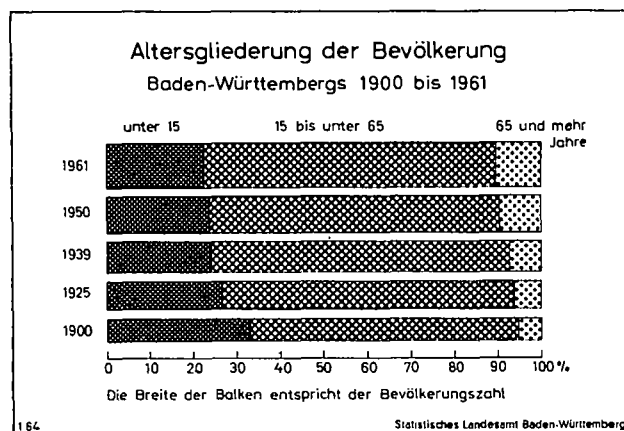
Ein Merkmal der Bevölkerungsentwicklung in den Jahren zwischen den Volkszählungen 1950 und 1961 ist in den ansteigenden Gehurtenzahlen und -ziffern zu erblicken; die auf 1000 der mittleren Bevölkerung berechnete Geburtenrate hat sich von 16,7 im Jahr 1950 nach einigen Schwankungen bis auf 19,7 im Jahr 1961 erhöht. Im Altersaufbau wirkte sich dies, wie bereits erwähnt, in einer gegenüber 1950 breiteren Basis, das heißt relativ starken Besetzung der untersten Altersjahr-

geburtens stets höher war als bei der weiblichen Bevölkerung, stellte sich nämlich noch im Jahr 1900 auf 33,2, verminderte sich sodann bis 1925 auf 26,7, bis 1939 auf 24,1 und ging zuletzt von 23,9 im Jahr 1950 auf 22,6 im Jahr 1961 zurück. In der gesamten Zeitspanne der letzten 60 Jahre ist somit ein Rückgang dieses Anteils um rund ein Drittel festzustellen, der nur in der Zeit von 1939 bis 1961 nach den Ergebnissen der Volkszählung 1950 scheinbar unterbrochen war. Damals lag der Anteil der unter 6 Jahre alten Kinder, bedingt durch die relativ schwachen Kriegs- und Nachkriegsjahrgänge 1944 bis 1950, mit 8,3 % sehr niedrig, so daß die Erhöhung auf 10,1 % im Jahr 1961, als die genannten Altersjahre durch die stärkeren Geburtsjahrgänge 1955 bis 1961 ersetzt waren, nur den langfristigen Trend zu bestätigen scheint. Auf der anderen Seite haben die gut besetzten Geburtsjahrgänge 1936 bis 1940 dazu beigetragen, daß der Anteil der 6- bis unter 15jährigen Kinder im Jahr 1950 mit 15,6 % etwas überhöht erscheint, weshalb auch das Abfallen auf 12,5 % im Jahr 1961 einer Korrektur im Zuge der Entwicklung seit der Jahrhundertwende gleichkommen dürfte. Der absoluten Zahl nach hat von 1950 bis 1961 die Altersgruppe der unter 6jährigen Kinder um 252 536 zu- und die der 6- bis unter 15jährigen Kinder um 33 855 abgenommen; zusammengerechnet war eine Zunahme um 218 681 (+ 14,2 %) zu verzeichnen.

Ein zweites Merkmal der Bevölkerungsentwicklung seit der Jahrhundertwende ist in dem kontinuierlichen Zuwachs der über 65jährigen Bevölkerung zu erblicken. Im Jahr 1900 betrug dieser Prozentsatz 5,2, nahm über 5,7 im Jahr 1925 und 7,5 im Jahr 1939 auf 9,4 bei der Volkszählung 1950 zu und stellte sich zuletzt im Jahr 1961 auf 10,1. Demnach ist seit der Jahrhundertwende – unter anderem auch als Folge der allgemein geringeren Sterblichkeit – diese Quote nahezu auf das Doppelte angestiegen. Der Anteil der 65 und mehr Jahre alten Personen war bei den Frauen 1961 wie schon immer beachtlich größer als bei den Männern; dieser belief sich 1961 z. B. auf 11,6 % bei der weiblichen und 8,4 % bei der männlichen Bevölkerung. Für das Jahr 1961 ist dies dadurch zu erklären, daß die genannten Altersgruppen durch die Verluste im Weltkrieg 1914 bis 1918 allein auf männlicher Seite dezimiert worden sind. Im Verlauf des letzten Abschnitts des Beobachtungszeitraums, von 1950 bis 1961 also, hat die Zahl der Männer im Alter von 65 und mehr Jahren um 41 069 und die der gleichaltrigen Frauen um 137 011 zugenommen; von der Zunahme der über 65jährigen Bevölkerung insgesamt (+ 178 080 oder 29,4 %) entfallen also gut drei Viertel auf die weibliche Bevölkerung.

Als Resultat der unterschiedlichen Veränderung der Anteile der unter 15- bzw. über 65jährigen Bevölkerung – der Prozentsatz der Kinder verminderte sich stärker als der Prozentsatz der über 65jährigen zunahm – ist der Anteil der Personen im Alter von 15 bis unter 65 Jahre seit 1900 angestiegen. Er machte im Jahr 1900 mit 61,6 % schon gut drei Fünftel der Gesamtbevölkerung aus. 1925 erhöhte sich der Anteil der Personen im erwerbsfähigen Alter auf 67,6 % und bis 1939 auf 68,5 %. Für das Jahr 1950 errechnet sich mit 66,7 % ein etwas geringerer Wert als zu Beginn des letzten Krieges; auch im Jahr 1961 (67,1 %) war trotz des Anstiegs gegenüber 1950 der Vorkriegsstand noch nicht wieder erreicht, wenn auch im Vergleich zur Jahrhundertwende eine Zunahme um rund ein Zehntel zu verzeichnen war. Die Verminderung der Quote der Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahre, die 1961 im Vergleich zu 1939 ermittelt wurde, ist in erster Linie auf die schweren Verluste durch den zweiten Weltkrieg zurückzuführen, den die ins erwerbsfähige Alter nachrückenden Geburtsjahrgänge – durch die Geburtenausfälle im Zusammenhang mit der Weltwirtschaftskrise und dem letzten Krieg schon „vorbelastet“ – nicht auszugleichen vermochten.

In der Zeit von 1950 bis 1961 hat die im erwerbsfähigen Alter stehende Bevölkerung von 4 288 378 um 921 714 (21,5 %) auf 5 210 092 zugenommen, woran die männliche Bevölkerung mit 535 979 (58,2 %) und die weibliche mit 385 735 (41,8 %) zugenommen.



gänge aus. Gleichwohl vermochte diese Entwicklung den säkularen Trend des kontinuierlich sinkenden Anteils der Kinder an der Gesamtbevölkerung nicht aufzuhalten. Der Prozentsatz der unter 15jährigen, der bei der männlichen Bevölkerung infolge des Überwiegens der Knaben- über die Mädchen-

¹ Angaben für einzelne Altersjahre in der Untergliederung für das Land und die Regierungsbezirke enthält der Statistische Bericht 10-Volkszählung 1961 – 4; der Bericht enthält auch kreisweises Angaben für Altersgruppen.

Altersgliederung der Bevölkerung Baden-Württembergs 1900 bis 1961

Altersgruppe in Jahren	1961		1950		1939		1925		1900	
	Personen	%	Personen	%	Personen	%	Personen	%	Personen	%
Bevölkerung insgesamt										
unter 6	786 607	10,1	534 071	8,3	565 506	10,3	583 286	11,7	604 308	14,7
6 bis unter 14	870 907	11,2	892 621	13,9	661 751	12,1	636 376	12,8	677 000	16,5
14 " " 21	749 033	9,7	683 642	10,6	628 265	11,5	749 754	15,1	553 823	13,5
21 " " 45	2 612 294	33,7	2 206 582	34,3	2 087 419	38,1	1 745 168	35,2	1 363 656	33,2
45 " " 65	1 946 067	25,1	1 507 597	23,4	1 124 282	20,5	965 850	19,5	690 095	16,8
65 und mehr	783 792	10,1	605 712	9,4	409 173	7,5	284 103	5,7	215 322	5,2
Zusammen	7 759 154¹⁾	100	6 430 225	100	5 476 396	100	4 964 537	100	4 104 204	100
Darunter										
unter 15	1 754 816	22,6	1 536 135	23,9	1 317 180	24,1	1 326 386	26,7	1 362 418	33,2
15 bis unter 65	5 210 092	67,1	4 288 378	66,7	3 750 043	68,5	3 354 048	67,6	2 526 464	61,6
männlich										
unter 6	402 373	10,9	273 000	9,2	287 671	10,8	295 603	12,4	301 369	15,0
6 bis unter 14	445 197	12,1	453 591	15,2	335 051	12,6	320 065	13,4	336 732	16,7
14 " " 21	384 179	10,4	346 535	11,6	313 255	11,8	377 025	15,8	277 596	13,8
21 " " 45	1 274 638	34,7	968 278	32,5	1 024 036	38,5	807 370	33,7	673 291	33,5
45 " " 65	855 705	23,3	669 297	22,5	510 875	19,2	466 708	19,5	323 816	16,1
65 und mehr	309 716	8,4	268 647	9,0	189 168	7,1	126 501	5,3	98 191	4,9
Zusammen	3 676 808¹⁾	100	2 979 348	100	2 660 056	100	2 393 272	100	2 010 995	100
Darunter										
unter 15	897 605	24,4	782 193	26,3	668 507	25,1	669 251	28,0	678 414	33,7
15 bis unter 65	2 464 487	67,0	1 928 508	64,7	1 802 381	67,8	1 597 520	66,8	1 234 390	61,4
weiblich										
unter 6	384 234	9,4	261 071	7,6	277 835	9,9	287 683	11,2	302 939	14,5
6 bis unter 14	425 710	10,4	439 030	12,7	326 700	11,6	316 311	12,3	340 268	16,3
14 " " 21	364 854	8,9	337 107	9,8	315 010	11,2	372 729	14,5	276 227	13,2
21 " " 45	1 337 656	32,8	1 238 304	35,9	1 063 383	37,8	937 798	36,5	690 365	33,0
45 " " 65	1 090 362	26,7	838 300	24,3	613 407	21,8	499 142	19,4	366 279	17,5
65 und mehr	474 076	11,6	337 065	9,8	220 005	7,8	157 602	6,1	117 131	5,6
Zusammen	4 082 346¹⁾	100	3 450 877	100	2 816 340	100	2 571 265	100	2 093 209	100
Darunter										
unter 15	857 211	21,0	753 942	21,8	648 673	23,0	657 135	25,6	684 004	32,7
15 bis unter 65	2 745 605	67,3	2 359 870	68,4	1 947 662	69,2	1 756 528	68,3	1 292 074	61,7

¹⁾ Einschließlich Personen ohne Angaben des Alters.

beteiligt war. In den einzelnen Altersgruppen verlief die Entwicklung recht unterschiedlich. So hat sich die Zahl der Personen im Alter von 15 bis unter 21 Jahren um 77 532 (13,5 %) auf 651 731, im Alter von 21 bis unter 45 Jahren um 405 712 (18,4 %) auf 2 612 294 und im Alter von 45 bis unter 65 Jahren um 438 470 (29,1 %) auf 1 946 067 erhöht. Bei der Untergliederung nach Geschlecht fällt auf, daß der Zuwachs bei den Männern im Alter von 21 bis unter 45 Jahren mit 31,6 % rund viermal so hoch liegt wie bei den gleichaltrigen Frauen (8,0 %). Diese unverhältnismäßig stark differenzierten Veränderungsquoten – in den übrigen Altersgruppen waren gleichgerichtete und auch in etwa gleich große Zubzw. Abnahmerraten zu beobachten – sind im wesentlichen durch den Zustrom männlicher ausländischer Arbeitskräfte sowie dadurch zu erklären, daß die im zweiten Weltkrieg überaus schwer von Verlusten betroffenen Jahrgänge der männlichen Bevölkerung inzwischen in höhere Altersgruppen aufgerückt sind.

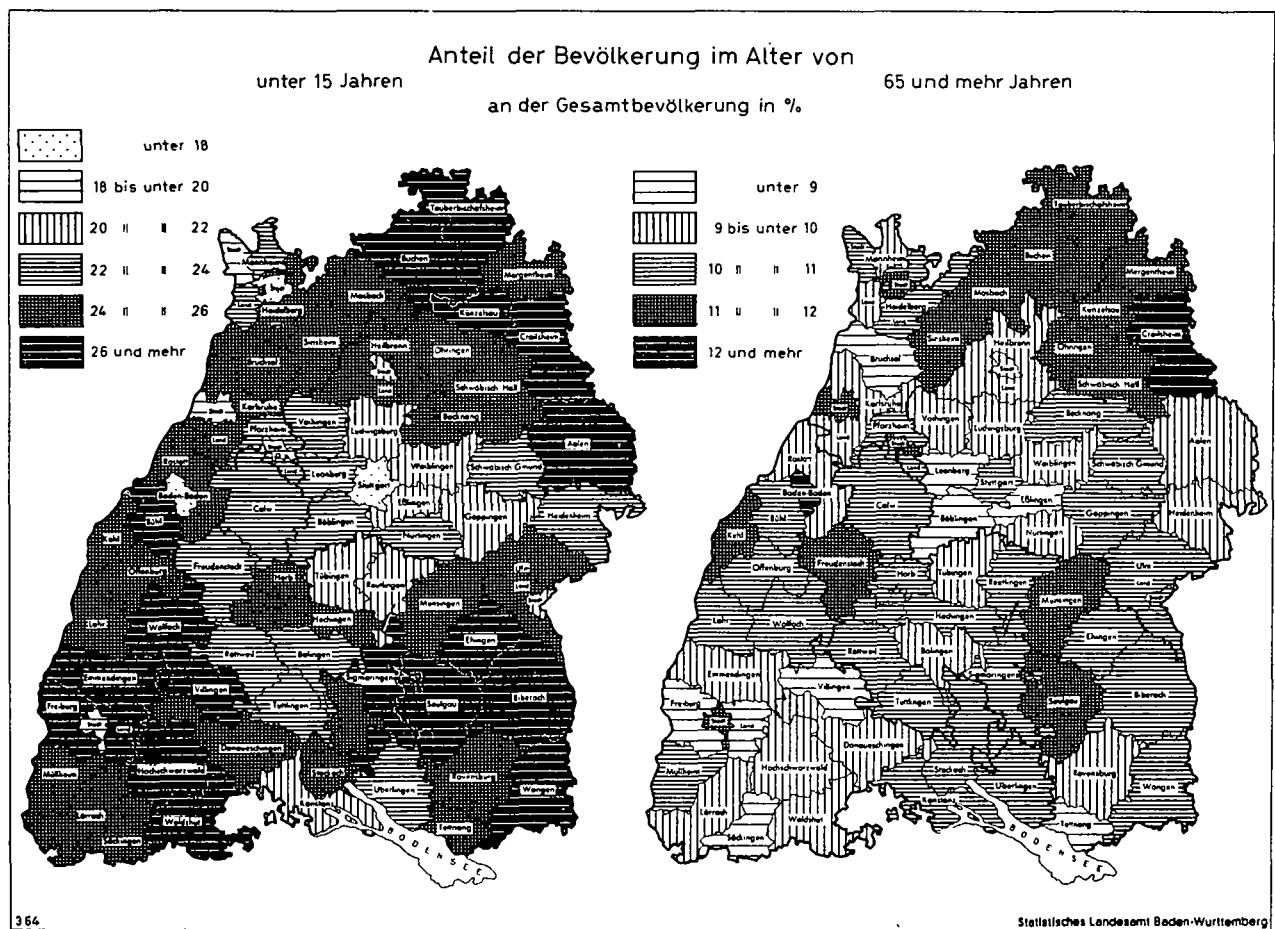
Regionale Unterschiede in der Altersgliederung

Unterschiede in der Altersgliederung ergeben sich bei einer regionalen Betrachtung. In den 9 Stadtkreisen des Landes, deren Wohnbevölkerung sich auf zusammen 1 767 992 Personen belief, machten die unter 15jährigen 17,8 %, die 15-bis unter 65jährigen 71,3 % und die Bevölkerung im Alter von 65 und mehr Jahren 10,9 % aus. In den 63 Landkreisen, die eine Wohnbevölkerung von insgesamt 5 991 162 umfaßten, betrug der Anteil der unter 15jährigen dagegen 24,1 %, der 15-bis unter 65jährigen 66,0 % und der 65 und mehr Jahre alten Personen 9,9 %. Gegenüber den Stadtkreisen war demnach der Prozentsatz der unter 15jährigen in den Landkreisen um knapp die Hälfte höher und die Quote der 15-bis unter

65jährigen um knapp ein Zehntel geringer, während der Anteil der 65 und mehr Jahre alten Personen nur um einen Prozentpunkt differierte.

Unterschiede bestehen nicht nur zwischen den beiden genannten Kreisgruppen, sondern auch innerhalb dieser Gruppen. So spannt sich der Anteil der unter 15jährigen bei den Stadtkreisen zwischen 16,2 % im Stadtkreis Stuttgart bis zu 20,4 % im Stadtkreis Heilbronn. Etwas darüber liegt der niederste Wert der Landkreise (Eßlingen 20,8 %), von denen der Landkreis Freiburg mit 27,7 % oder gut einem Viertel den weitaus höchsten Anteil der unter 15jährigen Bevölkerung aufzuweisen hat. Die Altersgruppe 15 bis unter 65 Jahre ist bei den Stadtkreisen in Baden-Baden mit 67,7 % am schwächsten und in Stuttgart mit 73,2 % am stärksten besetzt. Unter den Landkreisen ergibt sich eine noch breitere Spanne, nämlich zwischen Crailsheim mit 60,6 % und Eßlingen mit 70,4 %. Die 65 und mehr Jahre alte Bevölkerung ist im Stadtkreis Heilbronn mit 9,7 % verhältnismäßig am geringsten und im Stadtkreis Baden-Baden mit 14,5 % relativ am stärksten vertreten; unter den Landkreisen ragen Tetttnang mit 8,4 % und Crailsheim mit 12,5 % hervor.

Untersucht man die dargelegten regionalen Unterschiede der Altersgliederung, so stellt man fest, daß Zusammenhänge mit anderen Strukturmerkmalen der Bevölkerung bestehen. Es zeigt sich jedenfalls sehr deutlich, daß in den Gebieten, in denen der Anteil der in der Land- und Forstwirtschaft tätigen Erwerbspersonen relativ hoch liegt, auch der Prozentsatz der unter 15jährigen Bevölkerung im Verhältnis zu den anderen Gebieten den Durchschnitt – zum Teil sogar beträchtlich – überschreitet. In 18 der 19 Landkreise, in denen die Erwerbspersonen in der Land- und Forstwirtschaft sich auf mehr als



30 % aller Erwerbspersonen beziffern, beträgt der Anteil der unter 15jährigen mindestens 25,0 % bei einem Landesdurchschnitt von 22,6 % und einem Durchschnitt aller, also auch der stark industrialisierten Landkreise von 24,1 %. Graphisch gesehen decken sich denn auch im großen und ganzen die stark landwirtschaftlich durchsetzten Gebiete mit den Landkreisen, für die sich ein vergleichsweise hoher Anteil der unter 15jährigen Bevölkerung errechnet. Im übrigen hängt der höhere Anteil der unter 15jährigen in den Landkreisen auch mit dem dort noch immer größeren Kinderreichtum zusammen, wie unter anderem aus dem relativ starken Anteil von Großhaushalten (mit 5 und mehr Personen) hervorgeht.

Auf der anderen Seite liegt der Anteil der Personen im Alter von 65 und mehr Jahren in 7 der 9 Stadtkreise und in 27 der 63 Landkreise über dem Landesdurchschnitt von 10,1 %. Bei den Stadtkreisen dürfte dies vor allem darauf zurückzuführen sein, daß die älteren Menschen vielfach aus Gründen der nachlassenden Mobilität, der guten Versorgungsmöglichkeiten usw. auch nach dem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben an ihrem seitherigen Wohnsitz verbleiben, während die zunehmend benötigten Arbeitskräfte wegen Wohnungsmangels gezwungen sind, sich eine Unterkunft in der näheren Umgegend zu suchen. Bei den Landkreisen mit relativ hohen Prozentsätzen älterer Personen handelt es sich vorwiegend um Gebiete, die nach Kriegsende viele Vertriebene und Flüchtlinge aufnehmen mußten, denen dort jedoch in der Gesamtheit auf die Dauer keine ausreichenden Erwerbsmöglichkeiten geboten werden konnten. Die Folge davon war, daß die im erwerbsfähigen Alter stehende Bevölkerung aus diesen vorwiegend landwirtschaftlich orientierten Landkreisen mit beschränkten Erwerbsmöglichkeiten in Gebiete mit besseren Erwerbschancen abwanderte, während die älteren Leute oftmals in den Aufnahmegebieten zurückblieben.

Die Quote der Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren, die hier regional aufgedgliedert nicht dargestellt ist, stellt sich am höchsten in den stark industrialisierten Gebieten des Landes. So liegt beispielsweise im Stadtkreis Stuttgart sowie in allen angrenzenden Landkreisen – wie auch in anderen Wirtschaftszentren mit stark gewerblichem Einschlag – der Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter beachtlich über dem Landesdurchschnitt. Eine Erklärung hierfür findet sich neben der hohen Ausländerdichte auch in der Tatsache, daß ein Teil der Personen im erwerbsfähigen Alter, deren Angehörige auf dem Lande leben, in den Ballungszentren einen zweiten Wohnsitz innehaben, von dort aus ihrer Arbeit nachgehen und deshalb auch dort zur Wohnbevölkerung gezählt werden.

Veränderungen der Altersgliederung 1961 gegenüber 1950

Altersgruppe in Jahren	Veränderung 1961 gegenüber 1950					
	insgesamt		männlich		weiblich	
	Personen	%	Personen	%	Personen	%
unter 6	+ 252 536	+ 47,3	+ 129 373	+ 47,4	+ 123 163	+ 47,2
6 bis unter 14	- 21 714	- 2,4	- 8 394	- 1,9	- 13 320	- 3,0
14 " 18	- 23 929	- 6,0	- 10 640	- 5,2	- 13 289	- 6,7
18 " 21	+ 89 320	+ 31,5	+ 48 284	+ 33,6	+ 41 036	+ 29,3
21 " 25	+ 173 726	+ 44,8	+ 100 909	+ 53,4	+ 72 817	+ 36,5
25 " 30	+ 99 096	+ 20,8	+ 103 352	+ 51,4	- 4 256	- 1,5
30 " 35	+ 223 137	+ 67,5	+ 147 131	+ 107,3	+ 76 006	+ 39,3
35 " 40	+ 33 843	+ 6,9	+ 20 855	+ 10,0	+ 12 988	+ 4,6
40 " 45	- 124 090	- 23,8	- 65 887	- 28,3	- 58 203	- 20,1
45 " 50	+ 7 344	+ 1,5	- 17 467	- 7,6	+ 24 811	+ 9,6
50 " 55	+ 137 345	+ 33,6	+ 57 561	+ 31,5	+ 79 784	+ 35,3
55 " 60	+ 170 020	+ 51,9	+ 90 618	+ 66,3	+ 79 402	+ 41,6
60 " 65	+ 123 761	+ 43,7	+ 55 696	+ 46,0	+ 68 065	+ 42,0
65 " 70	+ 57 077	+ 23,3	+ 9 794	+ 9,0	+ 47 283	+ 34,7
70 " 75	+ 32 840	+ 17,3	+ 2 112	+ 2,5	+ 30 728	+ 29,3
75 " 80	+ 41 605	+ 38,0	+ 11 938	+ 24,4	+ 29 667	+ 49,1
80 " 85	+ 31 290	+ 67,5	+ 11 396	+ 57,5	+ 19 894	+ 75,0
85 " 90	+ 12 693	+ 101,9	+ 4 919	+ 101,3	+ 7 774	+ 102,2
90 und mehr	+ 2 575	+ 119,4	+ 910	+ 120,1	+ 1 665	+ 119,0
Zusammen	+ 1 328 929	+ 20,7	+ 697 460	+ 23,4	+ 631 469	+ 18,3

Geschlechterproportion durch die Ausländer beeinflusst

Von der am 6. Juni 1961 ermittelten Wohnbevölkerung des Landes Baden-Württemberg waren 3 676 808 Personen männlichen und 4 082 346 weiblichen Geschlechts; auf 1000 männliche Personen kommen somit 1110 weibliche. Gegenüber dem Jahr 1950, in dem mit 1158 der weitaus höchste Frauenüberschuß seit der Jahrhundertwende ermittelt wurde, hat sich der Männermangel etwas verringert, wenn auch die Proportionsziffern aus der Zeit vor dem zweiten Weltkrieg (1939: 1059, 1925: 1074, 1900: 1041) noch bei weitem nicht wieder erreicht sind.

Die 1961 ermittelten Ziffern der Sexualproportion zeigen in den einzelnen Altersjahren bzw. -gruppen starke Abweichungen. Bis zum 33. Altersjahr ist die männliche Seite des Altersaufbaus durchweg stärker besetzt als die weibliche; der höchste Männerüberschuß ergab sich mit nur 891 weiblichen Personen auf 1000 männliche bei der Altersgruppe der 25- bis unter 30jährigen. Vom 34. Altersjahr ab ist Männermangel stark wechselnden Grades festzustellen. In der graphischen Darstellung kommt dies besonders deutlich in der Kurve, die nach den altersjahrweise berechneten Proportionen gezeichnet ist, durch das mehrfache Ansteigen und Abfallen zum Ausdruck. Ein erster Höhepunkt ist bei der Altersgruppe 40 bis unter 45 Jahre zu erkennen, ein zweiter bei den Altersgruppen 65 bis unter 75 Jahre. In den verschiedenen hohen Ziffern bilden sich im Bereich der Altersgruppen 35 bis etwa 70 Jahre vornehmlich die unterschiedlich hohen Verluste bei der männlichen Bevölkerung durch die zwei Weltkriege ab, vom 60. Lebensjahr an auch in zunehmendem Maße die höhere Lebenserwartung der Frauen.

Beim Vergleich mit 1950 fällt vor allem auf, daß damals bereits bei der 21- bis unter 25jährigen Bevölkerung Männermangel zu verzeichnen war, was 1961 erst bei den 35- bis unter 40jährigen der Fall ist. Auch unter Berücksichtigung dessen, daß inzwischen alle Altersgruppen um rund 10 Altersjahre aufgerückt sind, kann die Erhöhung der Zahl der Männer im Alter von 21 bis etwa 35 Jahren zum großen Teil wohl durch den Zustrom männlicher nichtdeutscher Arbeitskräfte im Verlaufe der letzten 10 Jahre erklärt werden. In diesem Zusammenhang ist deshalb besonde. darauf hinzuweisen, daß

Geschlechterproportion in Baden-Württemberg 1900 bis 1961

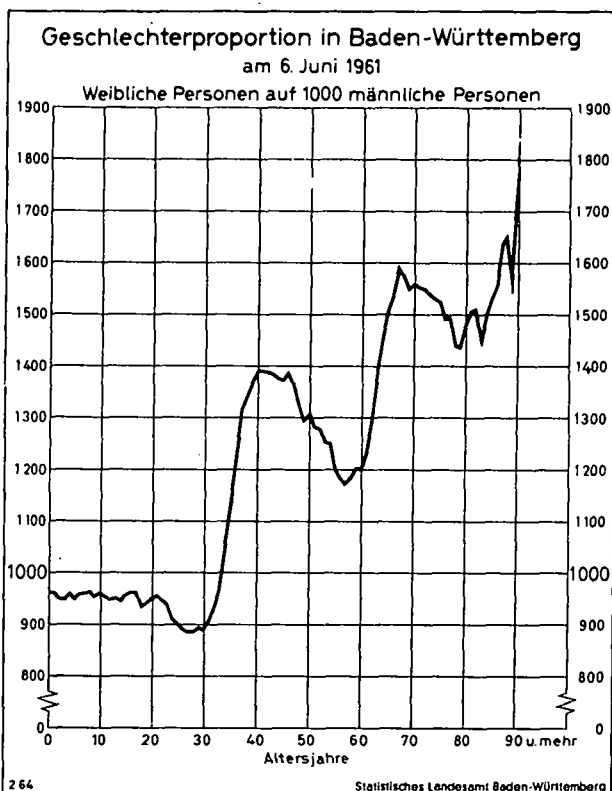
Altersgruppe in Jahren	1961	1950	1939	1925	1900
	Weibliche Personen auf 1000 männliche				
unter 6	955	956	966	973	1 005
6 bis unter 14	956	968	975	988	1 011
14 " " 18	958	973	978	988	1 002
18 " " 21	942	973	1 048	989	985
21 " " 25	939	1 054	934	1 004	1 003
25 " " 30	891	1 369	994	1 188	1 013
30 " " 35	948	1 411	1 009	1 317	1 024
35 " " 40	1 281	1 347	1 033	1 221	1 038
40 " " 45	1 387	1 244	1 253	1 120	1 066
45 " " 50	1 344	1 133	1 326	1 073	1 096
50 " " 55	1 274	1 238	1 226	1 047	1 142
55 " " 60	1 188	1 395	1 143	1 062	1 143
60 " " 65	1 302	1 339	1 097	1 111	1 148
65 " " 70	1 549	1 254	1 101	1 184	1 177
70 " " 75	1 546	1 225	1 154	1 247	1 197
75 " " 80	1 480	1 235	1 232	1 331	1 225
80 " " 85	1 488	1 340	1 357	1 343	1 191
85 " " 90	1 573	1 566	1 565	1 493	1 211
90 und mehr	1 837	1 846	1 964	1 726	1 427
Zusammen	1 110 ¹⁾	1 158	1 059	1 074	1 041

¹⁾ Einschließlich Personen ohne Angaben des Alters.

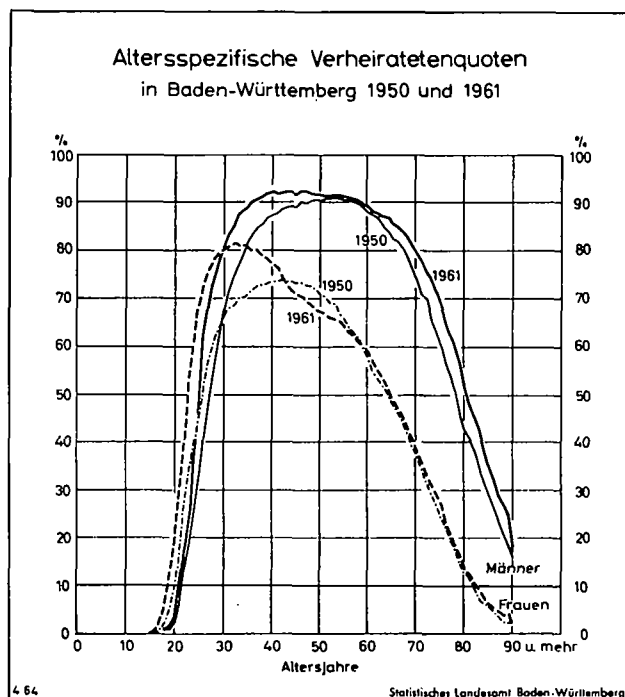
die Veränderungen im Altersaufbau der Bevölkerung gerade auch unter dem Gesichtspunkt des Einflusses, den die Ausländer auf die Altersstruktur und die Geschlechterproportion ausüben, betrachtet und gewertet werden muß. So gesehen wird nämlich die oben erwähnte Verminderung des Männermangels zum Teil wieder entwertet, da durch die im Lande befindlichen Ausländer die Geschlechterproportion wohl zahlenmäßig, aus verschiedenen Gründen jedoch kaum tatsächlich – zum Beispiel in Richtung einer Verbesserung der Heiratsaussichten der entsprechenden weiblichen Altersjahrgänge – verbessert wird.

II. Die Familienstandsgliederung² der Bevölkerung 1961

Von der bei der Volkszählung 1961 ermittelten Wohnbevölkerung Baden-Württembergs waren 3 377 752 Personen (43,5 %) ledig, 3 674 765 (47,4 %) verheiratet, 602 945 (7,8 %) verwitwet und 100 186 (1,3 %) geschieden. Bei der Untergliederung nach Geschlecht und Altersgruppen zeigen sich beachtliche Unterschiede. Der Anteil der Ledigen stellt sich bei der männlichen Bevölkerung auf 46,2 % und bei der weiblichen auf 41,1 %; er fällt zwar bei beiden Geschlechtern mit Eintritt in das heiratsfähige Alter sehr rasch ab, bleibt jedoch bei der weiblichen Bevölkerung etwa vom 45. Altersjahr ab zwischen 11,2 % und 14,3 %, während er bei der männlichen Bevölkerung mit 4,1 bis 6,8 % auf einem sehr viel niedrigeren Niveau auspendelt. Die Verheiratetenquote, die bei den Männern 50,3 % und bei den Frauen 44,7 % beträgt, bewegt sich zunächst gegenläufig zur Ledigenquote. Sie steigt, wie aus dem Schaubild hervorgeht, bei Männern und Frauen – bei letzteren infolge des geringeren Heiratsalters schon früher einsetzend – steil an und erreicht bei den Männern im Alter von 45 bis unter 50 Jahren mit 92,3 %, bei den Frauen bereits im Alter von 30 bis unter 35 Jahren mit 81,2 % Höchstwerte. Das bei den Frauen sodann schon einsetzende Absinken der Verheiratetenquote ist vor allem auf die Verwitwungen im zweiten Weltkrieg zurückzuführen. Die Verheiratetenquote ist im übrigen bei den Männern in den höheren Altersgruppen beachtlich größer als bei den Frauen, die ihre Ehepartner durch die höhere Sterblichkeit der Männer weit häufiger als diese selbst durch den Tod verlieren und damit auch geringere Chancen zu einer eventuellen Wiederverheiratung haben. Als Beispiel sei der Anteil der Verheirateten bei den Männern im



² Gemeinde- und kreisweise Angaben über die Familienstandsgliederung in gekürzter Form enthält der *Statistische Bericht AO-Volkszählung 1961 - 2*. Ausführliche kreisweise Angaben wurden in dem *Statistischen Bericht AO-Volkszählung 1961 - 3* veröffentlicht. Eine Kombinationstabelle (Bevölkerung nach Geschlecht, Familienstand und Altersjahren), untergliedert für das Land und die Regierungsbezirke, wurde in dem *Statistischen Bericht AO-Volkszählung 1961 - 4* veröffentlicht.



Alter von 70 bis unter 75 Jahren genannt, der noch rund drei Viertel ausmacht, bei den gleichaltrigen Frauen jedoch nur knapp ein Drittel.

Die Quote der Verwitweten liegt bei den Frauen im Durchschnitt (12,4%) wie auch in allen Altersgruppen wesentlich höher als bei den Männern, von denen 2,6% ihren Familienstand mit verwitwet angegeben hatten. Trotz der verhältnismäßig häufigen Wiederverheiratungen der Kriegerwitwen sind demnach die kriegsbedingten gewaltsamen Ehelösungen an den Familienstandsquoten – und zwar schon vom 35. Altersjahr ab – deutlich zu erkennen. Der Prozentsatz der geschiedenen Personen schließlich ist bei den Männern mit 0,8% nur etwa halb so hoch wie bei den Frauen (1,7%); er ist bei den unteren Altersgruppen höher als der Anteil der Verwitweten, da im jüngeren Alter die Ehen viel häufiger durch Scheidung als durch den Tod eines Ehegatten gelöst werden. Relativ hohe Geschiedenenquoten sind bei beiden Geschlechtern für die Altersgruppen 50 bis unter 65 Jahre zu verzeichnen.

Verheiratete haben fast um ein Drittel zugenommen

Im Vergleich zu 1950 hat die Bevölkerung insgesamt um 20,7% zugenommen. Die Zahl der Ledigen ist dagegen nur um 11,3% und die der Verwitweten um 20,6% gestiegen. Überdurchschnittlich stark hat sich die Zahl der Verheirateten mit + 29,8% und die der Geschiedenen mit + 54,3% erhöht. Für diese Entwicklung waren verschiedene Ursachen maßgebend. Zum einen ist auf die in den letzten Jahren wieder etwas zunehmende Heiratshäufigkeit, die zum Teil auch auf die Wiederverheiratung von Kriegerwitwen zurückgeht, zu verweisen, zum anderen auf die Vorverlegung des Heiratsalters, schließlich noch auf die infolge der Erhöhung der Lebenserwartung gestiegene durchschnittliche Ehedauer. Die Herabsetzung des Heiratsalters ist für beide Geschlechter in der graphischen Darstellung sehr deutlich abzulesen. Während nämlich 1950 von 100 Männern der Altersgruppe 25 bis unter 30 Jahre erst knapp die Hälfte verheiratet war, sind es jetzt fast drei Fünftel; bei den Frauen derselben Altersgruppe ist ein noch größerer Anstieg, nämlich von 56,3% im Jahr 1950 auf 74,3% im Jahr 1961, zu verzeichnen. Die leichte Zunahme der Heiratshäufigkeit selbst geht vor allem darauf zurück, daß zwischen den beiden Volkszählungen die starken Geburtsjahrgänge 1934 bis 1940 ins heiratsfähige Alter aufgerückt sind.

Nach den Zahlen der Ehescheidungen – von 1950 bis 1960 jährlich zwischen 6000 und 8000 – hätte vielleicht eine noch höhere Zunahme der Geschiedenenzahl bzw. eine größere Geschiedenenquote, als sie bei der Volkszählung 1961 ermittelt wurde, erwartet werden können. Durch die zunehmende Wiederverheiratung Geschiedener, besonders im jüngeren Lebensalter und bei den Männern, wie auch durch die fallende Ehescheidungsrate ist jedoch der Anteil der Geschiedenen nur bei den Frauen merklich gestiegen, bei den Männern unterscheiden sich die Prozentsätze von 1950 und 1961 kaum.

Schon aus den wenigen hier genannten Entwicklungstendenzen ist zu entnehmen, daß die Familienstandsgliederung der Bevölkerung im Zusammenhang mit dem Altersaufbau und dessen Veränderungen betrachtet werden muß. Nachdem aber die Altersgliederung der Bevölkerung, wie bereits erwähnt, durch die im Lande befindlichen ausländischen Arbeitskräfte „gestört“ ist, müßte eigentlich zunächst der Einfluß der Ausländer isoliert werden, um die Verhältnisse bei der einheimischen Bevölkerung gesondert herausarbeiten zu können. Da jedoch die entsprechenden Daten derzeit nur für die Gesamtbevölkerung, aber noch nicht für die Ausländer getrennt vorliegen, muß diese weitergehende Untersuchung einer späteren Darstellung vorbehalten bleiben.

Dr. Eberhard Gawatz

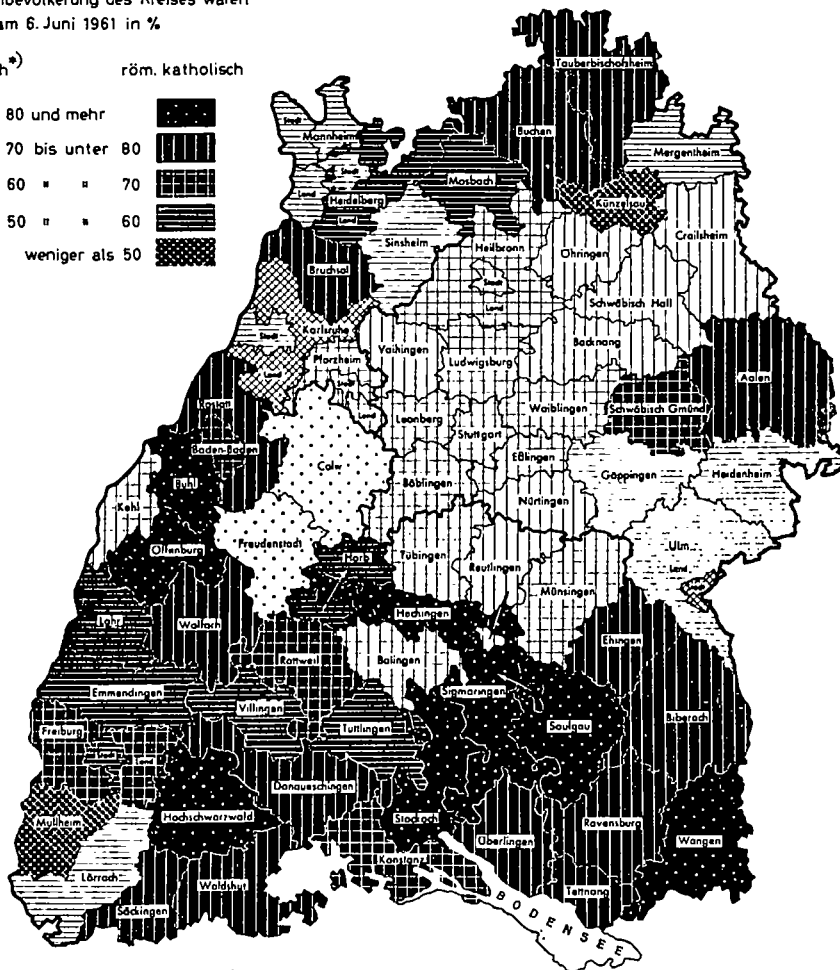
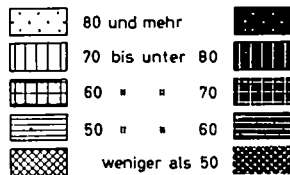
Wohnbevölkerung in Baden-Württemberg nach der Religionszugehörigkeit am 6. Juni 1961

Überwiegende Konfessionen in den Stadt- und Landkreisen

Von der Wohnbevölkerung des Kreises waren
am 6. Juni 1961 in %

evangelisch*)

röm. katholisch



*) Angehörige der evangelischen Landes- und Freikirchen

Die Religionszugehörigkeit der Bevölkerung am 6. Juni 1961

Ergebnisse der Volkszählung

Wie bei allen vorausgegangenen Volkszählungen in Deutschland wurde auch in der Zählung am 6. Juni 1961 die Frage nach der Religion gestellt. Seit der Zählung von 1925 bezieht sich die Frage jedoch nicht mehr wie früher auf die „Konfession“, das heißt auf das religiöse Bekenntnis, sondern allein auf die formale Tatsache der *rechtlichen Zugehörigkeit* zu einer Kirche, Religionsgesellschaft oder Weltanschauungsgemeinschaft. Die bei der Volkszählung 1961 ermittelte Zahl der Angehörigen einer bestimmten Religionsgemeinschaft gibt demnach an, wieviel Mitglieder im rechtlichen Sinn der betreffenden Gemeinschaft angehören, sie besagt aber nicht, inwieweit sich diese der betreffenden Konfession innerlich verbunden fühlen. Nach allgemeiner Erfahrung stellen die überzeugten Anhänger nur einen mehr oder minder großen Teil der Mitglieder im formal-rechtlichen Sinn dar. Aber es kann sich bei den ermittelten Zahlen auch umgekehrt verhalten, daß nämlich die tatsächlichen Anhänger einer Gemeinschaft zahlreicher sind, als es das Volkszählungsergebnis besagt. So ist es besonders bei den kleineren Religionsgemeinschaften möglich, daß sie über die Zahl der nachgewiesenen Angehörigen hinaus weitere Anhänger besitzen; einmal können es Menschen sein, die sich aus irgendwelchen Gründen scheuten, ihre religiöse Überzeugung in einer Zählung zu bekunden, zum andern aber auch solche Anhänger, die ihre frühere Zugehörigkeit zu einer anderen Religionsgemeinschaft in rechtlicher Hinsicht nicht aufgegeben haben und ihre Angaben entsprechend der Fragestellung in der Zählung auf die rechtliche Zugehörigkeit abstellten.

Tabelle 1

Die Wohnbevölkerung Baden-Württembergs nach der Religionszugehörigkeit 1900 bis 1961

Volkszählung	Wohnbevölkerung 1000	Davon nach der Religionszugehörigkeit					
		evangelisch ¹⁾		röm.-katholisch		sonstige	
		1000	%	1000	%	1000	%
1900	4 104,2	2 214,4	54,0	1 836,6	44,7	53,3	1,3
1925	4 964,5	2 645,8	53,3	2 215,1	44,6	103,7	2,1
1939	5 473,1	2 798,1	51,1	2 466,2	45,1	208,7	3,8
1950	6 430,2	3 173,7	49,4	3 030,7	47,1	225,8	3,5
1961	7 759,2	3 791,4	48,9	3 633,0	46,8	334,7	4,3

¹⁾ Angehörige der Evangelischen Landes- und Freikirchen (ohne christlich orientierte Sondergemeinschaften). — Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Ein Vergleich der Ergebnisse über die Religionszugehörigkeit der Bevölkerung aus der Zählung 1961 mit denen aus früheren Zählungen bereitet insofern gewisse Schwierigkeiten, als die Ordnung und Zusammenfassung der überaus zahlreichen Religionsgemeinschaften im Laufe der Zeit mehrmals geändert worden sind. Auch die bei der Volkszählung 1961 benutzte Systematik der Religionsbenennungen, die — ohne vollständig zu sein — über 400 Bezeichnungen und Stichworte umfaßt, weist gegenüber dem letzten Verzeichnis von 1950 einige Änderungen auf; so sind vor allem die christlich orientierten Sondergemeinschaften, wie Adventisten, Bibelforscher usw., nicht mehr unter den evangelischen Freikirchen, sondern als selbständige Gruppe aufgeführt.

In Südwestdeutschland, das eine besonders ausgeprägte Vielgestaltigkeit religiöser Formen aufweist, wurde bei der statistischen Aufbereitung der Volkszählungen seit jeher Wert darauf gelegt, die Religionsangaben möglichst tief gegliedert auszuführen, wenigstens in den größeren regionalen Einheiten. Daher lassen sich in Baden-Württemberg manche Schwierigkeiten, denen der Vergleich der Ergebnisse von 1961 mit früheren Zählungen in anderen Bundesländern begegnet, ohne weiteres überbrücken; es können beispielsweise aus der Zählung von 1950 die Angehörigen der christlich orientierten Sondergemeinschaften von den Angehörigen der evangelischen Frei-

kirchen zahlenmäßig bis auf Kreisebene hinab getrennt werden, so daß für 1950 ebenso wie für 1961 unter „evangelisch“ nur die Angehörigen der evangelischen Landes- und Freikirchen ausgewiesen werden können.

Anteile der beiden Hauptkonfessionen seit 1950 kaum verändert

Zwischen den Volkszählungen von 1950 und 1961 erhöhte sich die Einwohnerzahl Baden-Württembergs um rund 1,33 Mill. oder 20,7 %. Zwischenzeitlich wurden immer wieder Vermutungen zu der Frage laut, ob und in welchem Ausmaß mit diesem starken Bevölkerungszuwachs auch Verschiebungen in der konfessionellen Gliederung der Bevölkerung unseres Landes verbunden seien. Die Volkszählung 1961 ergab, daß sich im gesamten Land die Verhältnisse von 1950 kaum verändert haben.

Nach der Volkszählung vom 6. Juni 1961 hatte Baden-Württemberg 7 759 154 Einwohner. Davon bezeichneten sich 3 791 401 als Angehörige der evangelischen Landeskirchen und evangelischen Freikirchen und 3 633 038 als Angehörige der römisch-katholischen Kirche. Die übrigen 334 715 Einwohner gaben zum Teil an, einer anderen oder keiner Religions- und Weltanschauungsgemeinschaft anzugehören, zum Teil ließen sie die Frage nach der Religionszugehörigkeit unbeantwortet. Im Vergleich zu den Ergebnissen der Volkszählung vom 13. September 1950 hat die Zahl der Angehörigen beider großen Konfessionen etwas schwächer zugenommen als die Gesamtbevölkerung. Die Zuwachsrate betrug nämlich bei den evangelischen Christen 19,5 % und bei den katholischen 19,9 %, während sie bei der Gesamtbevölkerung — wie oben angegeben — 20,7 % ausmachte. Dementsprechend ergab sich für beide Konfessionen gegenüber 1950 ein geringfügiger Rückgang des Anteils an der gesamten Landesbevölkerung: Der Bevölkerungsanteil der evangelischen Christen nahm von 49,4 % auf 48,9 % und der Anteil der Katholiken von 47,1 % auf 46,8 % ab. Dagegen erhöhte sich der Anteil der nicht den beiden großen Bekenntnissen angehörenden Bevölkerung zwischen 1950 und 1961 von 3,5 % auf 4,3 %. Innerhalb der letztgenannten Gruppe steigerten die Christlich orientierten Sondergemeinschaften (Neuapostolische Kirche, Bibelforscher, Adventisten, Christengemeinschaft usw.) die Zahl ihrer Angehörigen zwischen 1950 und 1961 von 73 200 um 67 % auf 121 900. Die gegenwärtige Anwesenheit zahlreicher Studenten und Arbeitskräfte aus Südosteuropa, Asien und Afrika bedingte im Vergleich zu 1950 eine besonders starke Zunahme bei den Ostkirchen und bei der Untergruppe „Andere Volks- und Weltreligionen“ (Bahai, Hindu, Mohammedaner usw.). Bei den Ostkirchen erhöhte sich die Zahl der Angehörigen von 6900 um 161 % auf 18 000 und bei den „Anderen Volks- und Weltreligionen“ von 598 im Jahr 1950 um gut 900 % auf 6000 im Jahr 1961. Näheren Aufschluß über die Zusammensetzung und die Entwicklung der Bevölkerungsgruppe, die nicht den beiden großen Bekenntnissen angehört, vermitteln die tabellarischen Übersichten¹.

Die folgenden Ausführungen beschränken sich auf die beiden großen Konfessionen, denen zusammen 95,7 % der Bevölkerung unseres Landes angehören.

Konfessionelle Gliederung in Baden-Württemberg ähnlich wie im Bundesgebiet

In den einzelnen Bundesländern ist die Konfessionsverteilung der Bevölkerung sehr unterschiedlich. In vier norddeutschen Ländern sind über drei Viertel der Bevölkerung evangelisch, nämlich in Schleswig-Holstein 88,2 %, in Bremen 84,1 %, in Niedersachsen 76,9 % und in Hamburg 76,2 %. Den höchsten Anteil der Katholiken weist unter diesen vier

¹ Vgl. auch *Statistische Monatshefte Baden-Württemberg*, XI. Jg. 1963, Heft 9, S. 248, wo die Hauptergebnisse der Volkszählung 1961 über die Religionszugehörigkeit der Bevölkerung bereits dargestellt wurden.

Tabelle 2

Die Wohnbevölkerung in den Bundesländern nach der Religionszugehörigkeit am 6. Juni 1961

Land	Wohnbevölkerung	Angehörige der							Gemeinschaftslose	Ungeklärt und ohne Angabe
		Evangelischen Kirche in Deutschland ¹⁾	Evangelischen Freikirchen	Römisch-katholischen Kirche	Christlich orientierten Sondergemeinschaften	Jüdischen Religionsgemeinschaft	Freireligiösen u. Weltanschauungsgemeinschaften	Anderen Volks- und Weltreligionen u. sonst. Kirchen ²⁾		
in 1000										
Schleswig-Holstein	2 317	2 026	17	129	17	—	11	2	89	27
Hamburg	1 832	1 381	16	136	16	1	11	5	228	39
Niedersachsen	6 641	5 058	49	1 250	44	1	18	7	182	32
Bremen	706	590	4	70	6	—	2	1	25	9
Nordrhein-Westfalen	15 902	6 812	100	8 283	143	4	24	30	415	91
Hessen	4 814	3 007	45	1 546	37	4	9	11	120	37
Rheinland-Pfalz	3 417	1 417	15	1 921	14	1	8	4	34	4
Baden-Württemberg	7 759	3 727	65	3 633	122	2	9	31	117	55
Bayern	9 516	2 503	15	6 780	46	5	9	27	82	49
Saarland	1 073	264	3	787	7	1	—	1	8	3
Bundesgebiet ohne Berlin ..	53 977	26 784	329	24 535	451	17	99	117	1 300	345
Berlin (West)	2 197	1 585	21	251	25	6	2	4	274	30
Bundesgebiet einschl. Berlin (West) ...	56 175	28 369	350	24 786	476	23	101	122	1 574	375
in Prozent										
Schleswig-Holstein	100	87,4	0,7	5,6	0,7	0,0	0,5	0,1	3,8	1,2
Hamburg	100	75,4	0,9	7,4	0,9	0,1	0,6	0,3	12,4	2,1
Niedersachsen	100	76,2	0,7	18,8	0,7	0,0	0,3	0,1	2,7	0,5
Bremen	100	83,5	0,6	9,9	0,9	0,0	0,2	0,1	3,5	1,2
Nordrhein-Westfalen	100	42,8	0,6	52,1	0,9	0,0	0,1	0,2	2,6	0,6
Hessen	100	62,5	0,9	32,1	0,8	0,1	0,2	0,2	2,5	0,8
Rheinland-Pfalz	100	41,5	0,4	56,2	0,4	0,0	0,2	0,1	1,0	0,1
Baden-Württemberg	100	48,0	0,8	46,8	1,6	0,0	0,1	0,4	1,5	0,7
Bayern	100	26,3	0,2	71,3	0,5	0,0	0,1	0,3	0,9	0,5
Saarland	100	24,6	0,3	73,4	0,6	0,0	0,0	0,1	0,7	0,3
Bundesgebiet ohne Berlin ..	100	49,6	0,6	45,5	0,8	0,0	0,2	0,2	2,4	0,6
dagegen 1950	100	49,6	1,0 ³⁾	45,8	· ⁴⁾	0,0	· ⁴⁾	0,2	3,2 ⁴⁾	0,3
1939	100	48,6 ³⁾	· ⁴⁾	46,4	· ⁴⁾	0,3	· ⁴⁾	0,6	4,1 ⁴⁾	0,0
Berlin (West)	100	72,1	0,9	11,4	1,1	0,2	0,1	0,2	12,5	1,4
Bundesgebiet einschl. Berlin (West) ...	100	50,5	0,8	44,1	0,8	0,0	0,2	0,2	2,8	0,7

¹⁾ Angehörige der in der Evangelischen Kirche in Deutschland zusammengeschlossenen Kirchen. — ²⁾ Angehörige der Ostkirchen sowie altkatholischen Kirchen und verwandte Gruppen. — ³⁾ Einschließlich „Angehörige der christlich orientierten Sondergemeinschaften“. — ⁴⁾ In der Gruppe „Angehörige der evangelischen Freikirchen“ enthalten. — ⁵⁾ In der Gruppe „Gemeinschaftslose“ enthalten. — ⁶⁾ Einschließlich „Angehörige der freireligiösen und Weltanschauungsgemeinschaften“. — Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Ländern Niedersachsen mit 18,8 % auf, in den anderen drei Ländern liegt die entsprechende Quote unter 10 %. Auch in Hamburg, wo von den genannten vier Ländern der evangelische Bevölkerungsanteil am niedrigsten ist, macht der Prozentsatz der Katholiken nur 7,4 aus und ist damit beträchtlich niedriger als die Quote der Gemeinschaftslosen, die 12,4 % beträgt. Eine starke evangelische Mehrheit besteht auch in Berlin (West) mit 73,1 %; katholisch sind dort 11,4 % und gemeinschaftslos 12,5 % der Bevölkerung. Von den Einwohnern Hessens sind etwas weniger als zwei Drittel evangelisch (63,4 %) und fast ein Drittel katholisch (32,1 %).

In den übrigen vier Ländern überwiegt zahlenmäßig der katholische Bevölkerungsanteil, und zwar am stärksten im Saarland (73,4 %) und in Bayern (71,3 %); der evangelische Anteil stellt sich im Saarland auf 24,9 % und in Bayern auf 26,5 %. In den beiden anderen Ländern ist der Unterschied in der Zahl der katholischen und der evangelischen Christen weit geringer: In Rheinland-Pfalz gehören 56,2 % der Bevölkerung der katholischen und 41,9 % der evangelischen Kirche an, und in Nordrhein-Westfalen schließlich sind 52,1 % katholisch und 43,5 % evangelisch. Baden-Württemberg weist demnach von allen Bundesländern in zahlenmäßiger Hinsicht das ausgeglichene Verhältnis zwischen den beiden Hauptkonfessionen auf. Außerdem ist bemerkenswert, daß die konfessionelle Gliederung der Bevölkerung unseres Landes mit der des gesamten Bundesgebietes weitgehend übereinstimmt. Wie bereits erwähnt wurde, gehören von der Bevölkerung Baden-Württembergs 48,9 % den evangelischen Landes- und Freikirchen sowie 46,8 % der römisch-katholischen Kirche an. Im gesamten Bundesgebiet ohne Berlin (West) sind 50,2 % der Bevölkerung evangelisch und 45,5 % katholisch. Unter Einfluß von Berlin (West) erhöht sich der evangelische Anteil auf 51,1 %, während sich der katholische auf 44,1 % verringert.

Konfessionsverhältnisse regional sehr ungleich

Für die regionale Verteilung der beiden Hauptkonfessionen in unserem Land ist zunächst kennzeichnend, daß keine von beiden auch nur in einem einzigen Regierungsbezirk mehr als zwei Drittel der Bevölkerung auf sich vereinigt. Von den Regierungsbezirken weisen Nordwürttemberg eine stärkere und Nordbaden eine knappe evangelische Mehrheit, hingegen Südbaden eine stärkere und Südwürttemberg-Hohenzollern eine knappe katholische Mehrheit auf. Am unterschiedlichsten ist das zahlenmäßige Verhältnis zwischen evangelischen und katholischen Christen demnach in dem zu 60,2 % evangelischen Nordwürttemberg und in dem zu 66,1 % katholischen Südbaden. In Nordwürttemberg sind 34,0 % der Bevölkerung katholisch und in Südbaden 31,2 % evangelisch. Innerhalb dieser Regierungsbezirke selbst ist das Konfessionsverhältnis regional ebenfalls recht unterschiedlich, denn nicht in allen Kreisen Nordwürttembergs ist die Bevölkerung überwiegend evangelisch und nicht in allen Kreisen Südbadens überwiegend katholisch. So wird in Nordwürttemberg der evangelische Bevölkerungsanteil vom katholischen zahlenmäßig übertroffen in den Landkreisen Aalen (70,0 %), Schwäbisch Gmünd (63,1 %) und Künzelsau (49,4 %), und umgekehrt besteht eine evangelische Mehrheit in den südbadischen Landkreisen Kehl (64,8 %) und Lörrach (57,1 %). In den beiden anderen Regierungsbezirken ist das zahlenmäßige Gewicht der beiden Hauptkonfessionen dem Gesamtergebnis nach ausgeglichener, denn in Nordbaden sind von der Bevölkerung insgesamt 48,4 % evangelisch und 47,5 % katholisch, während in Südwürttemberg-Hohenzollern 51,5 % der Bevölkerung zur katholischen und 45,3 % zur evangelischen Kirche gehören. Aber die einzelnen Kreise sind auch in diesen beiden Regierungsbezirken in konfessioneller Hinsicht sehr unterschiedlich ausgerichtet. So ist beispielsweise in Nordbaden die Bevölkerung des Landkreises Pforzheim zu 69,4 % evangelisch, die des

Landkreises Buchen aber zu 77,1 % katholisch. Noch größere Unterschiede finden sich in Südwürttemberg-Hohenzollern, wo der Landkreis Calw mit 84,2 % den höchsten evangelischen Bevölkerungsanteil überhaupt und Saulgau mit 87,3 % den zweithöchsten katholischen Anteil aller Kreise des Landes (nach Bühl mit 89,2 %) aufweisen.

Andererseits gibt es aber auch in allen Regierungsbezirken solche Kreise, in denen das Zahlenverhältnis zwischen evangelischer und katholischer Bevölkerung nahezu ausgeglichen ist. In Nordwürttemberg sind neben dem bereits erwähnten Landkreis Künzelsau als andere Beispiele in dieser Hinsicht vor allem der Stadtkreis und der Landkreis Ulm zu nennen. Im Stadtkreis Ulm sind 47,3 % der Bevölkerung evangelisch und 47,0 % katholisch, wobei die Zahl der evangelischen Christen mit 43 885 die der katholischen um knapp 300 übertrifft. Weniger als um 10 Prozentpunkte differieren die Anteilsätze der beiden großen Konfessionen auch in den Stadtkreisen Karlsruhe und Mannheim, sowie in den Landkreisen Göppingen, Mergentheim, Heidelberg, Karlsruhe, Mannheim, Müllheim, Horb und Tuttlingen.

Die Konfessionsstruktur ist weitgehend historisch geprägt...

Die regionalen Unterschiede in der Verbreitung der beiden Hauptkonfessionen kommen indessen in den Kreiszahlen nicht richtig zum Ausdruck, weil die erst verhältnismäßig kurze Zeit bestehende Kreiseinteilung nur noch recht wenig von den kleinstaatlichen Machtgruppierungen des 18. Jahrhunderts erkennen läßt, die bis heute der Konfessionsstruktur der Bevölkerung ihr Gepräge geben. Den Ausgangspunkt für diese Entwicklung bildete bekanntermaßen das im Augsburger Religionsfrieden 1555 getroffene Übereinkommen *Cuius regio, eius religio*. Auch noch nach den Religionskriegen des 17. Jahrhunderts setzte sich dieser Grundsatz bei zahlreichen, durch Erbfolge oder andere Ursachen bedingten Machtverschiebungen durch, selbst bei solchen von kleinstem regionalen Ausmaß. Die jeweilige Konfession, die den Untertanen vielfach von den im Zeitgeist des Absolutismus befangenen Herrschern aufgezwungen wurde, blieb dann für das betreffende Gebiet, ja für die einzelne Stadt oder das einzelne Dorf, auch in der Folgezeit noch maßgebend, als die kleinstaatlichen Herrschaftsverhältnisse verschwanden und auch als die geistige Freiheit und räumliche Freizügigkeit des Menschen immer mehr zur Geltung kamen. Auch in unserem Jahrhundert und selbst in der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg, als der Zustrom von Vertriebenen einerseits und die wirtschaftliche Entwicklung andererseits einen Bevölkerungszuwachs und eine Mobilität der Bevölkerung bisher ungekannten Ausmaßes mit sich brachten, blieb in regionaler Hinsicht die historisch geprägte Konfessionsstruktur noch in ihren Grundlagen erhalten.

Dies gilt gleichermaßen für zusammenhängende, über die heutigen Kreisgrenzen hinausgehende Gebiete wie für einzelne Gemeinden, die ihre im Gegensatz zu den Nachbargemeinden stehende religiöse Eigenart bis auf den heutigen Tag bewahrt haben. So haben auch nach der Volkszählung von 1961 das Gebiet des ehemaligen Herzogtums Württemberg einschließlich der südlich davon gelegenen württembergischen Gebietsinseln wie Tuttlingen usw., in Baden die ehemals im Besitztum der evangelischen Linie Baden-Durlach stehenden Gebiete am Neckar, die Exklaven des Herrschaftsgebietes dieser Linie im Gebiet von Emmendingen, Müllheim und Lörrach, sowie das ehemals zu Hessen-Darmstadt gehörende Hanauer Land um Kehl eine überwiegend evangelische Bevölkerung. Für die katholische Seite läßt sich die entsprechende Feststellung für die Gebiete treffen, die früher kirchlichen oder weltlichen katholischen Herrschaften unterstanden. Hierzu zählen besonders die vorderösterreichischen Lande im später württembergischen oder badischen Bereich, die Gebiete der katholischen Linie Baden-Baden, die früher zum Erzbistum Mainz und Bistum Speyer gehörenden Teile Nordbadens, der Besitz des früheren Bistums Konstanz im Süden

des Landes, das Gebiet der früheren Reichsstädte Gmünd, Aalen und Rottweil, die Propstei Ellwangen, die Abtei Neresheim, die Komturei des Deutschen Ordens in Neckarsulm².

Schließlich wären evangelischer- wie katholischerseits eine ganze Reihe von Besitzungen des Hochadels (Abensperg-Egloffs, Auersperg-Tengen, Fürstenberg, Hohenlohe, Königsegg-Aulendorf, Leyen-Hohengeroldseck, Limburg, Löwenstein-Wertheim, Öttingen, Schwarzenberg, Thurn und Taxis, Waldburg) und von reichsunmittelbaren Besitzungen des Niederadels (Reichsritterschaften) zu erwähnen, die ebenfalls mehr oder weniger von ihrer ehemaligen Herrschaft konfessionell geprägte Gebiete geblieben sind. Der Besitz der letztgenannten Häuser beschränkte sich oft nur auf einzelne oder wenige Gemeinden, und auch bei größeren Machtgruppierungen fand sich nicht selten Streubesitz. Aus diesem Grund gab es und gibt es heute noch die kleinen Inseln mit überwiegend evangelischer oder katholischer Bevölkerung in einer konfessionell anders ausgerichteten Umgebung. Von den zahlreichen Besonderheiten seien hier nur einige erwähnt: In mehreren Landkreisen weisen sämtliche Gemeinden mit Ausnahme einer einzigen eine evangelische Mehrheit auf. Solche Ausnahmen bilden Dätzingen (Böblingen), Weil der Stadt (Leonberg), Oeffingen (Waiblingen), Lützenhardt (Freudenstadt) und Großengtingen (Reutlingen). Ebenfalls Gemeinden mit überwiegend katholischer Bevölkerung in Gebieten mit evangelischer Mehrheit sind beispielsweise Neuhausen auf den Fildern und Wernau (Neckar) im Landkreis Eßlingen, Ebersberg und Hausen an der Rot (Backnang), Bühlertann und Bühlertzell (Schwäbisch Hall). Zu dem entgegengesetzten Fall – Gemeinden mit überwiegend evangelischer Bevölkerung in Landkreisen oder Gebieten mit katholischer Mehrheit – zählen u. a. Bisingen am Hochrhein (Konstanz), Dossenbach (Säckingen), Wilhelmsdorf (Ravensburg), Plummern (Saulgau), Gernsbach und Staufenberg (Rastatt), Biesingen, Oberhaldingen und Öfingen (Donauessingen).

... doch die Tendenz zur räumlichen Vermischung der Konfessionen verstärkt sich

Wenn eingangs bemerkt wurde, daß sich nach dem Ergebnis der Volkszählung 1961 das zahlenmäßige Verhältnis zwischen evangelischen und katholischen Christen im Land Baden-Württemberg seit 1950 so gut wie gar nicht geändert hat, und wenn weiterhin aufgezeigt wurde, daß die regionale Verbreitung der beiden Hauptkonfessionen heute zumindest noch in den Grundzügen den Gegebenheiten vergangener Jahrhunderte entspricht, so ist notwendigerweise ergänzend dazu aber auch folgendes festzustellen: Die sich schon im 19. Jahrhundert abzeichnende und die im 20. Jahrhundert deutlicher werdende Tendenz zur räumlichen Vermischung zwischen evangelischen und katholischen Christen hat sich im letzten Jahrzehnt merklich verstärkt und auf das gesamte Landesgebiet ausgedehnt.

Bereits die Regierungsbezirksergebnisse, deutlicher aber noch die Kreisergebnisse zeigen, daß regional gesehen die zahlenmäßige Entwicklung der beiden Hauptkonfessionen zwischen den Volkszählungen von 1950 und 1961 überaus unterschiedlich verlaufen ist. Trotzdem läßt sich aus allen diesen Ergebnissen insofern eine einheitliche Tendenz erkennen, als sie besagen, daß fast überall das 1950 schwächer vertretene Bekenntnis bis 1961 relativ stärker zugenommen hat als das andere. Das bedeutet, daß der Bevölkerungsanteil der 1950 überwiegenden Konfession nahezu in allen Stadt- und Landkreisen bis 1961 etwas zugunsten der anderen zurückgegangen ist. In den einzelnen Kreisen ist es dabei nirgends zu einem Wechsel in der vorherrschenden Konfession gekommen, aber im Regierungsbezirk Nordbaden insgesamt steht 1961 nicht mehr wie 1950 das katholische, sondern das evangelische Bekenntnis zahlenmäßig an der Spitze.

² Vgl. Emil Fiedler: Die Vielgestaltigkeit religiösen Lebens in Baden-Württemberg seit der Jahrhundertwende (1900–1950), in: *Jahrbücher für Statistik und Landeskunde von Baden-Württemberg*, I. Jg. 1955, Heft 4, S. 298.

Tabelle 3

Die Wohnbevölkerung in den Regierungsbezirken nach der Religionszugehörigkeit am 6. Juni 1961

Pos.-Nr.)	Kirchen, Religionsgesellschaften und religiös-weltanschauliche Gemeinschaften	Nordwürttemberg	Nordbaden	Südbaden	Südwestfalen-Hohenzollern	Baden-Württemberg	Gegenüber Baden-Württemberg am 13. September 1950
10	Evangelische Kirche in Deutschland ¹⁾	1 797 467	808 623	501 549	618 953	3 726 592	3 132 914
11	davon Evangelische Landeskirchen	1 796 137	808 467	500 974	618 285	3 723 863	.. ²⁾
18	Bund evangelisch-reformierter Kirchen Deutschlands	199	114	109	38	460	.. ²⁾
19	Evangelische Brüder-Unität in Deutschland	1 131	42	466	630	2 269	.. ²⁾
20	Evangelische Freikirchen	32 179	12 391	6 493	13 746	64 809	40 775
21	davon Lutherische Freikirchen	17 627	6 798	4 497	7 853	36 775	12 847
22	Reformierte freie Gemeinden	45	27	18	29	119	837
23	Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden in Deutschland	3 132	1 010	704	1 149	5 995	6 864
24	Methodistenkirche in Deutschland	5 676	815	160	1 631	8 282	10 902
25	Evangelische Gemeinschaft und Bund Freier ev. Gemeinden in Deutschland ..	2 381	629	160	1 760	4 930	6 499
26	Vereinigung der dt. Mennonitengemeinden ..	1 213	866	410	292	2 781	2 726
27	Heilsarmee	72	26	15	28	141	100
28	Volkskirchenbewegung Freie Christen	784	150	195	103	1 232	.. ²⁾
29	Ausländische Kirchen	1 249	2 070	334	901	4 554	.. ²⁾
30	Römisch-katholische Kirche einschl. der unierten Riten	1 032 512	805 299	1 075 154	720 073	3 633 038	3 030 744
40	Ostkirchen	12 824	2 175	1 014	2 004	18 017	6 903
41	davon Orthodoxe Kirchen und Sondergruppen ..	12 798	2 153	1 006	2 000	17 957	.. ²⁾
42	Orientalische Nationalkirchen und Sondergruppen	26	22	8	4	60	.. ²⁾
50	Altkatholische Kirche und verwandte Gruppen	1 225	1 938	3 237	202	6 602	6 835
51	davon Katholisches Bistum der Altkatholiken in Deutschland	1 217	1 931	3 226	197	6 571	.. ²⁾
52	Verwandte ausländische Kirchen	8	7	11	5	31	.. ²⁾
60	Christlich orientierte Sondergemeinschaften ..	64 568	20 873	14 115	22 307	121 863	73 200
61	davon Adventisten	1 869	932	828	894	4 523	4 059
62	Bibelforscher und verwandte Gruppen	5 167	2 151	3 213	1 978	12 509	1 099
63	Christengemeinschaft	2 977	497	576	455	4 505	.. ²⁾
64	Christliche Wissenschaft	542	264	250	126	1 182	.. ²⁾
65	Katholisch-Apostolische	161	153	38	32	384	.. ²⁾
66	Kirche Jesu Christi der Heiligen der letzten Tage	472	244	178	40	934	929
67	Neuapostolische Kirche	51 204	16 285	8 723	18 266	94 478	59 047
68	Pfingst- und Heiligungsbewegung	1 578	286	198	407	2 469	688
69	Sonstige	598	61	111	109	879	6 134
70	Jüdische Religionsgemeinschaft	588	574	273	75	1 510	1 442
80	Andere Volks- und Weltreligionen	3 316	1 525	616	540	5 997	598
90	Freireligiöse und Weltanschauungs-Gemeinschaften	4 499	2 044	1 150	885	8 578	.. ²⁾
91	davon Bund Freireligiöser Gemeinden Deutschlands	1 238	748	340	143	2 469	.. ²⁾
92	Freie Protestanten und Unitarier	156	26	30	59	271	.. ²⁾
93	Monisten und Freidenker	319	87	87	70	563	.. ²⁾
94	Theosophen und Antroposophen	86	22	25	18	151	.. ²⁾
95	Lebensreformer	20	1	4	1	26	.. ²⁾
96	Sonstige Weltanschauungs-Gemeinschaften ..	2 680	1 160	664	594	5 098	.. ²⁾
X0	Gemeinschaftslose	62 652	28 584	13 327	12 637	117 200	123 984
00	Ungeklärt und ohne Angabe	25 948	12 992	9 233	6 775	54 948	12 830
	Insgesamt	3 037 778	1 697 018	1 626 161	1 398 197	7 759 154	6 430 225

¹⁾ Nach dem „Verzeichnis der Religionsbenennungen“ (Hrsg. vom Statistischen Bundesamt), Ausgabe 1961. — ²⁾ Angehörige der in der Evangelischen Kirche in Deutschland zusammengeschlossenen Kirchen. — ³⁾ Nicht getrennt ausgewiesen. — ⁴⁾ Unter Pos.-Nr. 69 enthalten. — ⁵⁾ Unter Pos.-Nr. 10 enthalten. — ⁶⁾ Unter Pos.-Nr. 67 enthalten. — ⁷⁾ Mit Pos.-Nr. X0 (Gemeinschaftslose) zusammengefaßt.

Im einzelnen ergibt sich bei den Regierungsbezirken für den Zeitraum von 1950 bis 1961 folgendes Entwicklungsbild: Im überwiegend evangelischen Nordwürttemberg nahm die Zahl der Angehörigen der evangelischen Landes- und Freikirchen um 17,2 % zu, die der römisch-katholischen Kirche aber um 35,8 % zu, so daß der Bevölkerungsanteil evangelischerseits von 64,1 % auf 60,2 % zurückging, katholischerseits aber von 31,2 % auf 34,0 % anstieg. Umgekehrt verhielt es sich im überwiegend katholischen Regierungsbezirk Südbaden. Dort betrug die Zuwachsrates bei der katholischen Bevölkerung 14,9 %, bei der evangelischen hingegen 35,8 %. Der 1950 noch über zwei Drittel ausmachende Bevölkerungsanteil der Katholiken (69,9 %) verringerte sich dadurch auf 66,1 %, wäh-

rend sich der evangelische Anteil von 28,0 % auf 31,2 % erhöhte. In gleicher Richtung, wenn auch nicht so ausgeprägt, verlief die Entwicklung in den beiden übrigen Regierungsbezirken, in denen das Stärkeverhältnis der beiden Konfessionen ohnehin ausgeglichener war. Von 1950 bis 1961 nahm in Nordbaden die Zahl der katholischen Einwohner um 12,0 % und die der evangelischen um 17,2 % zu. Das führte zu der erwähnten Überflügelung des katholischen Bevölkerungsteils, der von 48,8 % auf 47,5 % zurückging, während der evangelische von 47,6 % auf 48,4 % zunahm. In Südwestfalen-Hohenzollern schließlich betrug die Zuwachsrates auf katholischer Seite 16,9 % und auf evangelischer 17,7 %. Infolge der stärkeren Zunahme der übrigen Gruppen verringerte sich dort

Tabelle 4

Die Wohnbevölkerung in den Stadt- und Landkreisen nach der Religionszugehörigkeit am 6. Juni 1961

Stadtkreis/Landkreis Regierungsbezirk Land	Wohnbevöl- kerung	Angehörige der									Gemein- schaftslose	Unge- klärt und ohne Angabe	
		Evangelischen Landes- kirchen	Evange- lischen Frei- kirchen	Römisch- kath. Kirche einschl. der unierten Riten	Ost- kirchen	Alt- katho- lischen Kirche und ver- wandter Gruppen	Christlich orientierten Sonderge- meinschaf- ten	Jüdi- schen Religi- onsge- meinschaf- ten	Anderen Volks- und Weltreligi- onen	Freireli- giösen u. Weltan- schau- ungs-Gemein- schaften			
Stuttgart	Stadtkr.	637 539	373 667	8 623	190 222	3 448	288	16 739	384	1 297	2 005	29 888	10 978
Heilbronn	"	89 100	59 436	1 494	21 867	182	28	2 509	30	48	227	2 649	630
Ulm	"	92 701	43 102	783	43 598	122	21	2 072	34	42	160	1 828	939
Aalen	Landkr.	142 126	39 026	424	99 483	262	91	1 023	—	14	89	1 130	584
Backnang	"	89 362	65 097	1 398	17 793	467	34	2 988	9	31	76	1 047	422
Böblingen	"	145 616	94 945	1 438	42 195	416	121	2 896	—	110	170	2 226	1 099
Crailsheim	"	63 325	48 431	307	13 230	57	10	777	2	3	30	272	206
EBlingen	"	198 579	117 269	2 160	66 701	1 441	117	4 054	23	692	305	4 113	1 704
Göppingen	"	201 967	101 030	1 407	90 679	404	48	3 509	20	148	171	2 680	1 871
Heidenheim	"	113 453	64 626	677	43 246	338	34	2 072	2	30	114	1 738	576
Heilbronn	"	162 658	104 725	1 824	51 056	123	18	2 757	6	53	140	1 277	679
Künzelsau	"	30 948	14 637	61	15 277	18	4	690	1	2	15	131	112
Leonberg	"	99 219	65 307	1 373	26 620	1 009	36	2 109	9	97	121	1 911	627
Ludwigsburg	"	243 849	159 824	3 130	67 220	1 336	54	5 774	23	158	312	4 267	1 751
Mergentheim	"	40 349	21 599	82	18 165	30	5	200	2	5	5	146	170
Nürtingen	"	131 620	92 170	1 012	32 233	387	26	3 055	2	254	111	1 451	919
Öhringen	"	43 587	32 683	740	8 217	91	3	1 250	3	4	10	375	211
Schwäbisch Gmünd	"	100 501	34 078	337	63 386	348	179	945	2	16	68	789	353
Schwäbisch Hall	"	59 273	43 328	423	13 347	124	9	1 271	3	8	34	489	237
Ulm	"	82 926	41 111	319	39 153	421	9	1 100	1	53	38	391	330
Vaihingen	"	75 392	55 665	645	15 554	452	13	2 059	15	97	35	489	368
Waiblingen	"	193 688	125 711	3 522	53 270	1 348	77	4 719	17	154	263	3 365	1 242
Nordwürttemberg	3 037 778	1 797 467	32 179	1 032 512	12 824	1 225	64 568	588	3 316	4 499	62 652	25 948
Karlsruhe	Stadtkr.	241 929	120 569	2 218	104 229	531	408	4 938	127	542	485	5 552	2 330
Heidelberg	"	125 264	71 801	1 361	45 144	309	182	1 484	139	428	194	2 798	1 424
Mannheim	"	313 890	156 906	2 769	130 910	555	998	2 845	245	260	780	13 016	4 606
Pforzheim	"	82 524	54 058	1 305	21 693	98	45	2 723	23	60	167	1 741	611
Bruchsal	Landkr.	119 009	24 564	296	92 511	69	6	715	5	23	29	352	439
Buchen	"	62 073	13 002	103	48 506	20	17	146	3	7	10	133	126
Heidelberg	"	146 816	67 700	596	74 558	149	50	1 519	6	84	54	1 175	925
Karlsruhe	"	166 460	80 754	1 092	80 104	84	39	2 584	2	43	90	838	830
Mannheim	"	158 860	83 565	707	70 324	134	155	1 114	15	43	136	1 962	705
Mosbach	"	64 467	28 007	173	35 246	17	14	436	1	6	44	236	287
Pforzheim	"	63 088	42 807	948	17 153	58	13	1 342	1	19	17	401	329
Sinsheim	"	76 202	43 799	741	30 218	137	6	850	4	8	19	189	231
Tauberbischofsheim	"	76 436	21 091	82	54 703	14	5	177	3	2	19	191	149
Nordbaden	1 697 018	808 623	12 391	805 299	2 175	1 938	20 873	574	1 525	2 044	28 584	12 992
Freiburg i. Br.	Stadtkr.	145 016	52 270	805	85 391	215	234	1 737	66	234	186	2 531	1 347
Baden-Baden	"	40 029	12 678	387	25 203	61	98	296	62	18	72	805	349
Bühl	Landkr.	79 859	7 766	53	71 220	21	15	330	2	4	24	214	210
Donaueschingen	"	66 519	14 087	165	50 263	23	784	521	3	13	26	343	291
Emmendingen	"	102 345	42 241	296	58 021	60	24	807	5	34	30	443	384
Freiburg	"	76 886	23 049	475	52 116	31	12	433	9	27	39	271	424
Hochschwarzwald	"	42 001	6 219	84	35 038	27	16	169	1	5	23	204	215
Kehl	"	53 222	34 388	124	17 574	18	11	566	5	4	14	267	251
Konstanz	"	158 337	41 283	689	109 852	148	834	1 594	55	119	187	2 062	1 514
Lahr	"	80 301	30 655	288	47 931	69	15	611	14	21	23	409	265
Lörrach	"	136 333	75 152	792	55 108	79	132	1 953	12	37	164	1 859	1 045
Müllheim	"	54 471	26 244	233	27 098	20	9	300	2	9	39	283	234
Offenburg	"	98 555	17 324	181	79 283	31	36	743	6	11	50	492	398
Rastatt	"	119 139	24 887	334	91 507	60	25	778	5	31	62	794	656
Säckingen	"	65 797	17 201	265	46 525	17	177	669	5	4	60	606	268
Stockach	"	47 219	6 655	91	39 392	30	149	449	—	8	28	156	261
Überlingen	"	58 812	11 503	280	45 681	33	33	437	8	16	46	455	320
Villingen	"	83 312	31 493	638	49 258	51	47	758	10	11	45	619	382
Waldshut	"	65 266	12 549	245	50 746	16	577	482	2	7	12	378	252
Wolfach	"	52 742	13 905	68	37 947	4	9	482	1	3	20	136	167
Südbaden	1 626 161	501 549	6 493	1 075 154	1 014	3 237	14 115	273	616	1 150	13 327	9 233
Balingen	Landkr.	98 127	62 658	1 393	31 170	42	22	1 641	2	14	60	708	417
Biberach	"	100 043	18 594	399	79 788	109	4	340	5	22	29	382	371
Calw	"	117 745	97 001	2 143	13 029	133	13	3 270	9	24	118	1 211	794
Ehingen	"	43 432	8 137	56	34 678	91	2	180	2	2	7	103	174
Freudenstadt	"	58 409	46 108	1 242	7 478	29	1	2 641	6	3	35	522	344
Hechingen	"	50 777	7 396	49	42 768	20	3	162	3	2	14	133	227
Horb	"	42 168	18 560	120	22 190	9	4	928	3	9	26	193	126
Münsingen	"	38 809	25 907	178	11 858	17	2	492	—	7	7	149	192
Ravensburg	"	104 553	20 618	308	81 473	111	28	755	10	29	36	703	482
Reutlingen	"	159 772	119 707	2 560	28 608	703	19	4 325	3	129	186	2 633	899
Rottweil	"	123 496	41 407	1 382	75 362	84	32	1 793	5	84	130	2 270	947
Saulgau	"	65 863	7 424	372	57 467	29	8	174	3	6	21	185	174
Sigmaringen	"	48 336	6 925	66	40 713	25	6	268	—	2	15	138	178
Tettnang	"	74 132	16 621	204	55 080	48	28	952	—	21	51	657	470
Tübingen	"	123 854	78 621	2 247	37 337	458	15	2 835	16	161	91	1 605	468
Tuttlingen	"	77 987	34 038	911	40 843	34	8	984	6	12	33	802	316
Wangen	"	70 694	9 231	116	60 231	62	7	567	2	13	26	243	196
SüdWürtt.-Hohenzollern		1 398 197	618 953	13 746	720 073	2 004	202	22 307	75	540	885	12 637	6 775
Baden-Württemberg	7 759 154	3 726 592	64 809	3 633 038	18 017	6 602	121 863	1 510	5 997	8 578	117 200	54 948

der Bevölkerungsanteil beider Hauptkonfessionen, und zwar der evangelische von 45,4 % auf 45,3 % und der katholische von 52,1 % auf 51,5 %.

Nur in wenigen Kreisen entsprach die Entwicklung nicht dem aufgezeigten Trend. Ein geringfügiger Rückgang des Bevölkerungsanteils beider großen Bekenntnisse zugunsten der übrigen Gruppen war im Stadtkreis Heidelberg und in den Landkreisen Öhringen, Schwäbisch Hall, Lahr und Müllheim zu verzeichnen. Unter gleichzeitiger Abnahme des Bevölkerungsanteils der anderen Konfession verstärkte sich die bereits 1950 vorhandene Mehrheit evangelischerseits in den Stadtkreisen Karlsruhe und Mannheim sowie in den Landkreisen Crailsheim, Sinsheim und Lörrach, katholischerseits im Landkreis Horb. Schließlich blieb im Landkreis Tuttlingen der Bevölkerungsanteil der zahlenmäßig führenden Katholiken unverändert, und der Anteil der evangelischen Christen nahm etwas ab. Mit Ausnahme von Crailsheim, Öhringen und Schwäbisch Hall weisen alle eben genannten Stadt- und Landkreise ein recht ausgeglichenes Stärkeverhältnis zwischen den beiden Konfessionen auf, erreicht doch die schwächere von beiden lediglich im Stadtkreis Heidelberg und im Landkreis Lahr nicht ganz einen Anteil von 40 %, überschreitet diesen Satz aber in den anderen Fällen. Die drei stärker evangelisch ausgerichteten Kreise des württembergischen Nordostens hatten vor 1950 eine verhältnismäßig große Zahl katholischer Vertriebener aufgenommen, von denen offensichtlich ein Teil nachher in andere Gebiete abgewandert ist.

In allen übrigen Stadt- und Landkreisen hat die 1950 schwächer vertretene Konfession ihren Bevölkerungsanteil bis 1961 gesteigert. Zum Teil waren diese Zunahmen recht beachtlich. So erhöhte sich der Bevölkerungsanteil gegenüber 1950 um 4 Prozentpunkte und mehr bei den Angehörigen der evangelischen Landes- und Freikirchen in den Stadtkreisen Freiburg im Breisgau und Baden-Baden sowie in den Landkreisen Donaueschingen, Konstanz, Offenburg, Rastatt, Säckingen, Waldshut und Tettnang, bei den Angehörigen der römisch-katholischen Kirche in den Stadtkreisen Stuttgart, Heilbronn und Pforzheim sowie in den Landkreisen Böblingen, Eßlingen, Heidenheim, Leonberg, Ludwigsburg, Waiblingen, Calw und Reutlingen.

Tabelle 5

Zahl der Stadt- und Landkreise nach dem Anteil der evangelischen und katholischen Bevölkerung 1939, 1950 und 1961

Bevölkerungsanteil in % (von . . . bis unter . . .)	Evangelische ¹⁾			Katholische		
	Bevölkerung					
	1939	1950	1961	1939	1950	1961
unter 10	9	1	1	10	2	—
10 — 20	10	17	10	6	5	5
20 — 30	7	7	12	7	15	12
30 — 40	5	5	7	6	3	9
40 — 50	5	9	9	9	11	11
50 — 60	9	9	10	3	7	8
60 — 70	7	8	14	6	5	5
70 — 80	6	13	7	7	8	14
80 — 90	10	3	2	11	15	8
90 und mehr	4	—	—	7	1	—

¹⁾ Angehörige der Evangelischen Landes- und Freikirchen (ohne christlich orientierte Sondereinigungen).

Nach dem Ergebnis der Volkszählung 1950 hatte sich durch die Bevölkerungsverschiebungen der ersten Nachkriegsjahre die Zahl der Kreise mit fast ausschließlich evangelischer oder katholischer Bevölkerung im Vergleich zur Vorkriegszeit stark vermindert. Die Kreisergebnisse der Volkszählung 1961 zeigen, daß sich in den meisten Kreisen der Abstand zwischen den Anteilsquoten der evangelischen und der katholischen Bevölkerung weiter verringert hat. Unter 20 % lag der evangelische Bevölkerungsanteil im Jahr 1939 in 19 und im Jahr 1950 in 18 Stadt- und Landkreisen, im Jahr 1961 aber nur noch in 11. Dementsprechend betrug die Zahl der Kreise mit einem katholischen Bevölkerungsanteil von 80 % und mehr noch 18 vor und 16 nach dem zweiten Weltkrieg, aber nur

noch 8 im Jahr 1961. In umgekehrter Weise nahm die Zahl der Kreise mit einem Bevölkerungsanteil der Katholiken unter 20 % im gleichen Zeitraum von 16 über 7 auf 5 und die der Kreise mit einem evangelischen Anteil von 80 % und mehr von 14 über 3 auf 2 ab.

Wie stark der räumliche Ausgleich zwischen evangelischen und katholischen Christen vorangeschritten ist, zeigt sich besonders deutlich darin, daß es im Jahr 1961 unter den 3381 Gemeinden Baden-Württembergs nur 12 Gemeinden mit zusammen 2002 Einwohnern gab, in denen niemand evangelisch war, sowie 9 Gemeinden mit insgesamt 1944 Einwohnern, in denen kein Katholik wohnte. Von diesen Gemeinden waren 6 rein evangelisch und 11 rein katholisch. Demgegenüber hatte es im Jahr 1900 im Gebiet unseres Landes noch 197 geschlossenen evangelische Gemeinden mit zusammen 82 028 Einwohnern und 237 geschlossenen katholische Gemeinden mit 71 324 Einwohnern gegeben. Noch aufschlußreicher sind die diesbezüglichen, bis 1825 zurückreichenden Angaben für die Regierungsbezirke Nord- und Südbaden³, die nach dem heutigen Gebietsstand 1464 Gemeinden umfassen. Von den Gemeinden des badischen Landesteils waren:

Jahr	geschlossen evangelisch		geschlossen katholisch	
	Gemeinden	mit ... Einwohnern	Gemeinden	mit ... Einwohnern
1825	61	30 369	737	365 953
1875	8	3 402	221	79 613
1900	9	3 494	172	51 007
1925	8	2 292	86	29 385
1961	—	—	5	494

Hatte demnach im Jahr 1825 noch über die Hälfte aller badischen Gemeinden eine konfessionell geschlossene Einwohnerschaft, so gibt es gegenwärtig in den badischen Regierungsbezirken keine einzige Gemeinde mehr mit rein evangelischer Bevölkerung und nur noch 5 rein katholische Gemeinden, nämlich Einbach, Kaltenbrunn, Rumpfen und Vollmersdorf im Landkreis Buchen und Brunntal im Landkreis Tauberhofsheim. Im württembergischen Landesteil waren 1961 geschlossen katholisch die Gemeinden Unterwillfingen (Aalen), Bernsfelden (Mergentheim), Füramoss (Biberach), Kalkreute, Riedetsweiler und Selgetsweiler (Sigmaringen); geschlossen evangelisch waren 1961 die Gemeinden Schmerbach (Mergentheim), Beuren (Calw), Edelweiler, Garrweiler und Wörnersberg (Freudenstadt) sowie Steingeborn (Münsingen).

Natürliches Wachstum der katholischen Bevölkerung stärker

Die Veränderungen in der konfessionellen Gliederung der Bevölkerung seit dem zweiten Weltkrieg wurden zu einem beträchtlichen Teil durch die Aufnahme der Heimatvertriebenen, den Zustrom aus der sowjetischen Besatzungszone und dem Sowjetsektor von Berlin sowie die Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte ausgelöst. Die hohe Mobilität der Bevölkerung innerhalb des Landes trug wesentlich zu der räumlichen Vermischung der Bevölkerung und damit auch der Konfessionen bei. Aber es wäre verfehlt, wollte man die regionalen Veränderungen in der konfessionellen Struktur der Bevölkerung, die zwischen den Volkszählungen von 1950 und 1961 eingetreten sind, allein auf Wanderungsvorgänge zurückführen. Auch im natürlichen, durch Geburt und Tod bestimmten Bevölkerungswachstum dieses Zeitraums lassen sich bei den Konfessionen bemerkenswerte Unterschiede feststellen.

Zwischen den Volkszählungen von 1950 und 1961 wurden in unserem Land 1 333 500 Kinder lebend geboren. Darunter waren (ausgezählt nach der Religionszugehörigkeit der El-

³ Vgl. Die Religionszugehörigkeit in Baden in den letzten 100 Jahren, herausgegeben vom Badischen Statistischen Landesamt in Karlsruhe, Freiburg im Breisgau 1928.

Tabelle 6 Entwicklung der evangelischen¹⁾ und römisch-katholischen Bevölkerung vom 13. September 1950 bis 6. Juni 1961

Bezeichnung	Nordwürttemberg		Nordbaden		Südbaden		Südwestfalen Hohenzollern		Baden-Württemberg	
	evang.	kath.	evang.	kath.	evang.	kath.	evang.	kath.	evang.	kath.
Lebendgeborene in 1000	294	180	127	143	91	209	110	142	622	674
auf 1000 der Bevölkerung ²⁾	16,1	18,7	15,6	17,5	19,2	19,4	17,5	19,8	16,6	18,8
Gestorbene in 1000	197	85	92	88	52	118	69	76	409	368
auf 1000 der Bevölkerung ²⁾	10,8	8,8	11,3	10,8	10,9	10,9	11,0	10,6	10,9	10,3
Geburtenüberschuß in 1000	97	95	35	55	39	91	41	66	213	306
auf 1000 der Bevölkerung ²⁾	5,3	9,9	4,3	6,7	8,3	8,5	6,5	9,2	5,7	8,6
Wanderungsgewinn ³⁾ in 1000	171	177	86	32	95	48	54	38	405	296
auf 1000 der Bevölkerung ²⁾	9,4	18,4	10,5	3,8	20,0	4,4	8,6	5,3	10,8	8,3
Zunahme insgesamt in 1000	268	272	121	87	134	139	95	104	618	602
auf 1000 der Bevölkerung ²⁾	14,7	28,3	14,8	10,5	28,3	12,9	15,1	14,5	16,5	16,9

¹⁾ Angehörige der evangelischen Landes- und Freikirchen (ohne christlich orientierte Sondergemeinschaften). — ²⁾ Auf 1000 der mittleren Bevölkerung mit entsprechender Religionszugehörigkeit und 1 Jahr berechnet. — ³⁾ Unter Einfluß der Kirchenein- und -austritte.

tern) 622 000 evangelische und 674 000 katholische Kinder. Von den 802 200 Gestorbenen desselben Zeitraums gehörten 409 200 den evangelischen Landes- und Freikirchen sowie 367 500 der katholischen Kirche an. Der Geburtenüberschuß in der Zeit von 1950 bis 1961 betrug somit evangelischerseits 212 900 und katholischerseits 306 500 Personen. Jeweils auf 1000 der mittleren Bevölkerung mit der entsprechenden Religionszugehörigkeit und auf 1 Jahr berechnet ergibt sich daraus für die evangelische Bevölkerung ein Geburtenüberschuß von 5,7, für die katholische aber ein solcher von 8,6. Besonders groß gestaltete sich dieser Unterschied im Regierungsbezirk Nordwürttemberg, wo einem Geburtenüberschuß von 5,3 auf evangelischer Seite einer von 9,9 auf katholischer Seite gegenüberstand.

Das stärkere natürliche Wachstum des katholischen Volkteils ist somit einerseits auf eine — im Vergleich zur evangelischen Bevölkerung — höhere Geburtenquote, andererseits aber auch niedrigere Sterbequote zurückzuführen. Da bei beiden Ziffern zwischen den Konfessionen ein Unterschied besteht, liegt die Vermutung nahe, daß sich die evangelische und die katholische Bevölkerung in ihrer Struktur, vor allem in der altersmäßigen Zusammensetzung, voneinander unterscheiden. Allein schon wegen dieser Möglichkeit wäre es verfehlt, wollte man etwa die Geburtenziffern getrennt betrachten und in ihnen gar einen zahlenmäßigen Ausdruck für die höhere Geburtenhäufigkeit im Sinne von höherer Fruchtbarkeit der katholischen Bevölkerung erblicken, auch wenn dieser Sachverhalt durchaus gegeben sein mag. Doch diese Frage soll hier nicht näher untersucht werden. Allgemeine Geburtenziffern wären für einen derartigen Vergleich ohnehin nicht geeignet, ganz abgesehen davon, daß es fraglich ist, wie weit sich überhaupt der Einfluß der Religionszugehörigkeit auf die Fruchtbarkeit isoliert darstellen läßt.

In diesem Zusammenhang kam es bei der Berechnung der Geburten- und Sterbeziffern für die beiden Konfessionen lediglich darauf an, eine größtmögliche Vorstellung über den derzeitigen Unterschied im natürlichen Wachstum beider Gruppen zu gewinnen. Wodurch der Unterschied verursacht wird, kann im Rahmen dieser Ausführungen nicht im einzelnen erörtert werden. Folgende Feststellung muß genügen: Zu einem beträchtlichen Teil erklärt sich das unterschiedliche natürliche Wachstum der evangelischen und katholischen Bevölkerung allein aus den Besonderheiten des Altersaufbaus.

Altersstruktur der evangelischen und der katholischen Bevölkerung weist Unterschiede auf

Neue technische Aufbereitungsmethoden bei der Volkszählung 1961 ermöglichten erstmals in einer deutschen Volkszählung eine kombinierte Darstellung der Konfessionszugehörigkeit und der Altersgliederung der Bevölkerung. Die diesbezüglichen Ergebnisse besagen, daß die konfessionelle Gliederung in den einzelnen Altersstufen recht unterschiedlich ist. Die Gruppe der „Sonstigen Bevölkerung“, die nicht den beiden großen Konfessionen angehört, ist erwartungsgemäß im Kin-

desalter und im sehr hohen Alter schwächer als in den Stufen des mittleren und höheren Alters vertreten. Auffallende Unterschiede in der Altersgliederung bestehen aber auch zwischen der evangelischen und der katholischen Bevölkerung: Auf katholischer Seite ist der Bereich des jüngeren Alters anteilmäßig merklich stärker, der Bereich des höheren Alters hingegen beträchtlich schwächer besetzt als auf evangelischer Seite. Dem Schaubild, das für die Angehörigen jedes Geburtsjahrgangs die prozentuale Verteilung nach der Religionszugehörigkeit angibt, ist zu entnehmen, daß auf evangelischer Seite der durchschnittliche Bevölkerungsanteil von 48,9 % bei den nach 1948 geborenen Kindern nicht erreicht, aber bei der vor 1922 geborenen Bevölkerung in sämtlichen Geburtsjahrgängen überschritten wird, und zwar um so stärker, je weiter zurück das Geburtsjahr liegt. So sind beispielsweise von allen Landeseinwohnern, die 1961 im Alter von 70 und mehr Jahren standen, 52,2 % evangelisch und von der Bevölkerung im Alter von 80 Jahren und darüber 53,7 %. Umgekehrt verhält es sich bei der katholischen Bevölkerung: Bei einem Anteil an der Gesamtbevölkerung von 46,8 % liegt der Anteil der Katholiken in den Altersstufen über 70 Jahre bei 43,3 % und über 80 Jahre bei 42,6 %. Hingegen sind die Katholiken bei den Kindern und Jugendlichen, die 1946 und später geboren wurden, in allen Jahrgängen stärker vertreten, als es ihrem durchschnittlichen Bevölkerungsanteil entspricht. In den Geburtsjahrgängen ab 1953, also bei den Kindern, die 1961 bis zu 8 Jahren alt waren, beträgt der katholische Anteil 50 % und mehr.

Tabelle 7 Die Wohnbevölkerung Baden-Württembergs nach der Religionszugehörigkeit und nach Altersgruppen am 6. Juni 1961

Altersgruppe (von ... bis unter ... Jahre)	Wohnbevölkerung	davon nach der Religionszugehörigkeit					
		evangelisch ¹⁾		röm.-katholisch		sonstige	
		Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%
unter 6	786 607	366 162	46,5	395 018	50,2	25 427	3,2
6 — 15	968 209	466 759	48,2	473 133	48,9	28 317	2,9
15 — 18	278 854	141 136	50,6	128 790	46,2	8 928	3,2
18 — 21	372 877	186 614	50,0	173 210	46,5	13 053	3,5
21 — 45	2 612 294	1 256 999	48,1	1 245 775	47,7	109 520	4,2
45 — 65	1 946 067	965 860	49,6	870 643	44,7	109 564	5,6
65 — 80	676 288	345 755	51,1	295 770	43,7	34 763	5,1
80 und mehr ..	107 504	57 770	53,7	45 757	42,6	3 977	3,7
Insgesamt ²⁾ ..	7 759 154	3 791 401	48,9	3 633 038	46,8	334 715	4,3

¹⁾ Angehörige der Evangelischen Landes- und Freikirchen (ohne christlich orientierte Sondergemeinschaften). — ²⁾ Einschließlich der Gruppe „Ohne Angabe des Alters“. — Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.

In den Geburtsjahrgängen von 1935 bis 1920 wird das Bild durch die besondere Konfessionsstruktur der in diesem Altersbereich stark vertretenen ausländischen Arbeitskräfte etwas gestört, denn bei dem zahlenmäßigen Gewicht der Italiener und Spanier ist anzunehmen, daß der katholische Anteil bei ihnen besonders hoch ist. Allerdings läßt sich zur Zeit noch nicht sagen, ob die Ausbuchtung, die sich in dem Schau-

Religionszugehörigkeit der Wohnbevölkerung Baden-Württembergs nach dem Alter am 6. Juni 1961

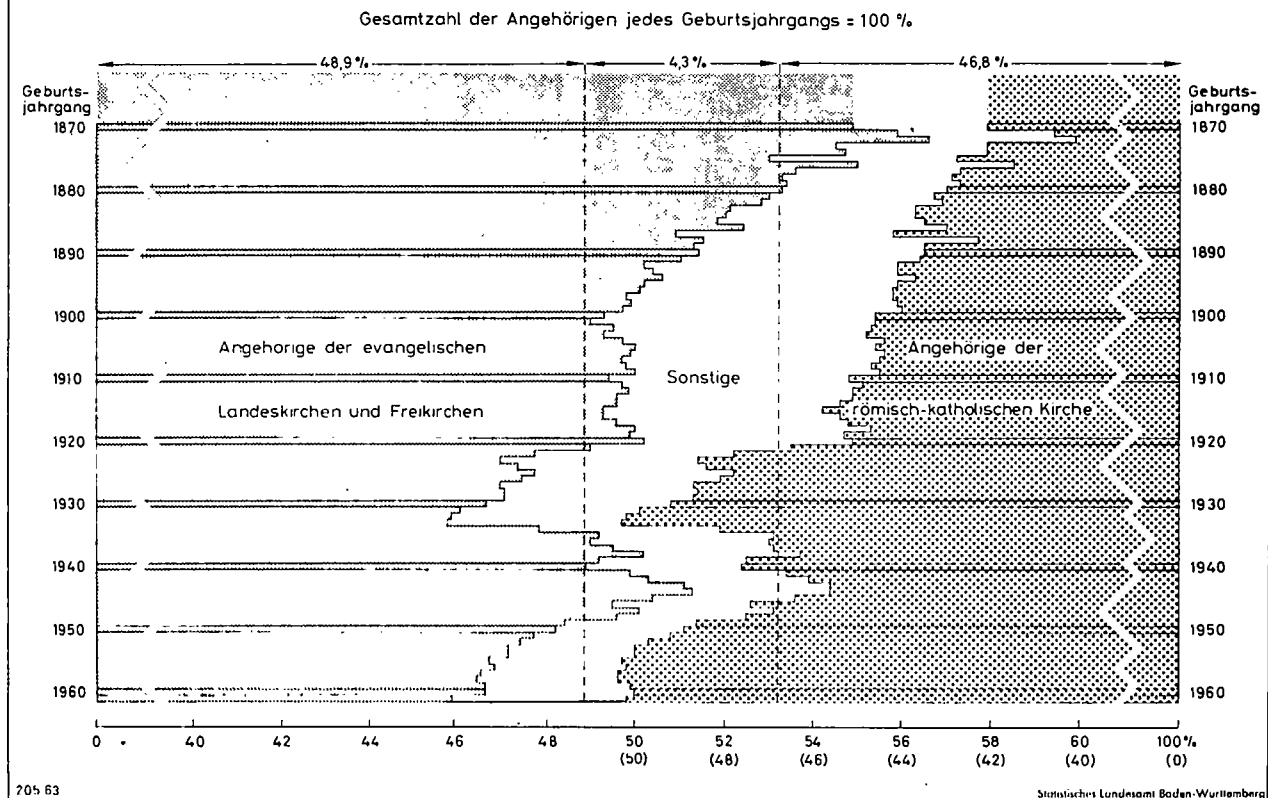


bild zwischen den Geburtsjahrgängen von 1920 bis 1935 auf katholischer Seite zeigt, ausschließlich durch die ausländischen Arbeitskräfte bedingt ist, weil gesonderte Angaben über die Ausländer aus der Volkszählung noch fehlen.

Die Ursachen für den unterschiedlichen Altersaufbau der evangelischen und katholischen Einwohner sind – vielleicht nicht ausschließlich, aber doch sicher weitgehend – in den konfessionellen und altersmäßigen Besonderheiten des Bevölkerungsteils zu suchen, der nach Baden-Württemberg zugewandert ist. Für die 862 000 Vertriebenen, die Baden-Württemberg bis zum Jahr 1950 aufgenommen hatte, läßt sich dies auch zahlenmäßig nachweisen, allerdings nur getrennt für die beiden Merkmale, nicht aber auch in der Kombination von Religionszugehörigkeit und Alter. Nach den Ergebnissen der damaligen Volkszählung waren von den Vertriebenen 62,3 % katholisch und 36,2 % evangelisch, und andererseits betrug 1950 der Anteil der Personen im Alter von 65 Jahren und mehr bei den Vertriebenen 6,8 %, bei der übrigen Landesbevölkerung aber 9,8 %.

Zu der Frage, wie weit auch bei der seit jeher ansässigen Bevölkerung Unterschiede im Altersaufbau nach der Religionszugehörigkeit bestanden, sind – wie bereits erwähnt – aus früheren Zählungen keine Unterlagen vorhanden. Geht man davon aus, daß die Kinderzahl bei der katholischen Bevölkerung seit langem im Durchschnitt etwas höher ist als bei der evangelischen (die Tatsache als solche kann als gegeben betrachtet werden, auch wenn offen bleibt, wie weit dafür allein die Konfession ausschlaggebend ist), so ist anzunehmen, daß sich dieser Unterschied bei der gesamten Bevölkerung findet, weil er sich bei ihr durch alle Stufen vom jüngsten bis zum höchsten Alter hindurchzieht. Schließlich ist auch die Möglichkeit in Betracht zu ziehen, daß es aus der Absterbeordnung heraus zu gewissen Unterschieden in der Altersgliederung zwischen evangelischer und katholischer Bevölkerung kommt, da sich die beiden Konfessionen unterschiedlich auf Stadt und Land verteilen (die Stadtbevölkerung ist stärker evangelisch) und die Sterblichkeitsverhältnisse in Stadt und Land nicht gleich sind.

Diplomvolkswirt Paul Steinki

Heimgekehrte Kriegsgefangene, Zivilinternierte und Zivilverschleppte

Ergebnisse der Volkszählung 1961

In Ausführung eines Beschlusses des Deutschen Bundestags wurden bei der Volkszählung vom 6. Juni 1961 die ehemaligen Kriegsgefangenen, Zivilinternierten und Zivilverschleppten des zweiten Weltkriegs ermittelt. Grundlage für diese Auswertungen war Abschnitt IX der Haushaltsliste bzw. Abschnitt V des Einzelbogens zur Anstaltsliste, bei welchem jede erfaßte Person, die zu dem genannten Personenkreis gehörte, Angaben zu machen hatte. Zutreffendenfalls war durch Ankreuzen anzugeben, ob die betreffende Person Kriegsgefangener, Zivilinternierter oder Zivilverschleppter war. Des weiteren wurden Beginn und Ende des Gewahrsams sowie die Gewahrsamsmacht erfragt; unter Gewahrsamsmacht war, wenn mehrere Staaten beteiligt waren, derjenige einzutragen, in dessen Gewahrsam die längste Zeit des Freiheitsentzugs zu gebracht worden ist.

Die Unterlagen der Volkszählung 1961 können nach der Anlage der Erhebung kein vollständiges Bild der Problemkreise Kriegsgefangenschaft, Internierung und Verschleppung im Zusammenhang mit dem letzten Weltkrieg vermitteln. Ganz abgesehen davon, daß manche Angaben aus verschiedenen Gründen unterblieben sein mögen, konnten alle diejenigen Kriegsgefangenen usw. nicht mehr erfaßt werden, die noch im Gewahrsam oder zwischen der Entlassung und dem Zählungstichtag verstorben sind bzw. heute nicht mehr in Baden-Württemberg leben (z. B. in andere Bundesländer Verzogene, Auswanderer). Immerhin können die gewonnenen Daten als wertvolles Ergänzungsmaterial zu der bereits vorhandenen Dokumentation, beispielsweise des Deutschen Roten Kreuzes, angesehen werden.

Methodisch bleibt noch zu bemerken, daß die Unterlagen

Heimgekehrte Kriegsgefangene, Zivilinternierte und Zivilverschleppte
Ergebnisse der Volkszählung 1961 in Baden-Württemberg*)

Gewahrsamsmacht	Personen insgesamt		Davon sind zurückgekehrt im Jahr													
			1945		1946		1947		1948		1949		1950 und später		ohne Angabe	
			1000	%	1000	%	1000	%	1000	%	1000	%	1000	%	1000	%
Kriegsgefangene																
Frankreich	118,1	17,1	19,7	16,6	27,2	23,0	26,3	22,3	39,5	33,4	4,0	3,4	1,1	0,9	0,4	0,4
Großbritannien ¹⁾	122,5	17,7	64,6	52,8	23,1	18,8	15,9	13,0	17,7	14,5	0,5	0,4	0,3	0,2	0,4	0,3
Jugoslawien	9,2	1,3	0,4	3,9	1,0	11,4	0,8	9,2	4,0	43,9	1,8	19,3	1,1	12,1	.	.
Polen	3,3	0,5	0,2	6,9	0,3	10,3	0,3	9,7	0,5	13,6	1,5	44,4	0,5	15,1	—	—
Sowjetunion	142,2	20,6	36,6	25,7	18,1	12,7	17,8	12,5	27,9	19,6	31,9	22,5	9,4	6,6	0,5	0,4
Tschechoslowakei	4,8	0,7	1,1	23,2	2,4	49,2	0,3	6,5	0,5	10,3	0,1	2,5	0,4	7,9	.	.
Vereinigte Staaten von Amerika	254,3	36,8	141,2	55,5	75,9	29,8	22,0	8,7	12,0	4,7	1,3	0,5	0,6	0,2	1,3	0,5
Sonst. Gewahrsamsmächte ohne Angabe	9,2	1,3	3,6	39,1	1,9	21,0	2,6	28,6	0,7	7,4	0,1	1,3	0,2	2,0	.	.
insgesamt	26,9	3,9	11,0	41,0	6,2	23,1	3,1	11,4	3,7	13,6	1,7	6,1	0,4	1,5	0,9	3,2
insgesamt	690,5	100	278,4	40,3	156,1	22,6	89,2	12,9	106,4	15,4	42,9	6,2	13,9	2,0	3,6	0,5
Zivilinternierte																
Frankreich	3,5	5,8	1,1	31,4	1,3	38,0	0,3	8,6	0,7	19,0	—	—
Großbritannien ¹⁾	1,5	2,5	0,5	31,8	0,4	26,4	0,4	23,6	0,3	17,6	—	—	.	.	—	—
Jugoslawien	13,8	23,1	0,5	3,3	1,3	9,4	3,9	28,2	5,8	41,8	0,2	1,6	2,1	15,3	.	.
Polen	2,7	4,4	0,3	12,8	0,5	18,1	0,4	14,7	0,3	10,2	0,6	21,5	0,6	22,3	.	.
Sowjetunion	6,6	11,0	1,0	14,8	1,1	17,0	1,0	15,8	1,8	27,0	0,4	5,3	1,3	20,2	—	—
Tschechoslowakei	7,9	13,1	1,2	14,8	5,5	70,6	0,3	3,2	0,2	3,1	0,1	1,7	0,5	6,2	.	.
Vereinigte Staaten von Amerika	4,2	6,9	1,1	26,3	1,4	33,5	0,8	19,5	0,8	18,1	—	—
Sonst. Gewahrsamsmächte ohne Angabe	15,2	25,4	0,9	5,6	1,5	9,6	6,7	44,2	5,6	36,7	0,3	2,2	0,2	1,1	.	.
insgesamt	4,6	7,7	0,4	7,6	0,8	18,1	1,2	26,4	1,5	31,9	.	.	0,5	10,5	0,2	3,7
insgesamt	59,8	100	6,8	11,3	13,8	23,1	14,9	25,0	16,8	28,1	1,8	3,0	5,3	8,9	0,4	0,6
Zivilverschleppte																
Frankreich	0,5	3,6	0,2	36,2	0,2	34,0	—	—
Großbritannien ¹⁾	—	—
Jugoslawien	0,8	5,8	—	—	0,1	17,1	0,2	30,3	0,1	13,2	.	—	0,3	34,2	.	.
Polen	1,0	7,3	.	.	0,1	13,4	0,2	20,6	0,1	11,3	0,2	23,7	0,2	23,7	—	—
Sowjetunion	7,2	54,3	1,1	15,8	1,1	15,3	1,4	20,1	1,1	15,8	0,8	11,6	1,5	20,9	.	.
Tschechoslowakei	1,6	11,8	0,2	10,9	1,0	64,7	.	.	0,1	7,1	.	.	0,2	12,2	.	.
Vereinigte Staaten von Amerika	0,3	2,0	0,1	53,8	—	—	.	.	—	—
Sonst. Gewahrsamsmächte ohne Angabe	0,9	6,8	0,3	37,8	.	.	0,2	20,0	0,1	15,6	.	.
insgesamt	1,1	8,3	0,2	20,9	0,2	20,0	0,2	17,3	0,1	10,9	.	.	0,2	17,3	.	.
insgesamt	13,2	100	2,3	17,0	2,9	21,6	2,4	17,9	1,8	13,4	1,2	9,3	2,5	19,2	0,2	1,7
Insgesamt																
Frankreich	122,1	16,0	20,9	17,1	28,7	23,5	26,7	21,9	40,2	32,9	4,0	3,3	1,1	0,9	0,5	0,4
Großbritannien ¹⁾	124,0	16,2	65,1	52,5	23,5	18,9	16,2	13,1	18,0	14,5	0,5	0,4	0,3	0,2	0,4	0,3
Jugoslawien	23,7	3,1	0,8	3,4	2,5	10,4	5,0	20,9	9,9	41,7	2,0	8,4	3,5	14,7	0,1	0,5
Polen	6,9	0,9	0,6	9,2	1,0	13,7	0,9	13,1	0,8	12,0	2,3	32,8	1,3	19,0	.	.
Sowjetunion	156,0	20,4	38,7	24,8	20,3	13,0	20,2	13,0	30,8	19,7	33,1	21,2	12,3	7,9	0,6	0,4
Tschechoslowakei	14,2	1,9	2,4	17,2	8,9	62,7	0,6	4,2	0,8	5,9	0,3	2,0	1,1	7,5	.	.
Vereinigte Staaten von Amerika	258,7	33,9	142,5	55,1	77,3	29,9	22,8	8,8	12,8	4,9	1,4	0,5	0,7	0,3	1,3	0,5
Sonst. Gewahrsamsmächte ohne Angabe	25,2	3,3	4,8	18,9	3,4	13,6	9,5	37,7	6,3	25,1	0,5	2,0	0,5	1,9	0,2	0,7
insgesamt	32,6	4,3	11,6	35,7	7,3	22,3	4,5	13,8	5,2	16,1	1,8	5,6	1,1	3,3	1,1	3,3
insgesamt	763,4	100	287,5	37,7	172,7	22,6	106,5	13,9	124,9	16,4	45,9	6,0	21,8	2,9	4,2	0,6

*) Sofern hochgerechnete Tabellenfelder weniger als 100 Fälle aufweisen, sind die Zahlen durch Punkte ersetzt.

1) Großbritannien und Nordirland (Vereinigtes Königreich).

auf einer 10 %-Stichprobe des Aufbereitungsmaterials basieren und auf das volle Ergebnis hochgerechnet sind. Deshalb ließen sich gewisse, allerdings recht gering zu veranschlagende Stichprobenfehler nicht vermeiden.

Knapp 700 000 ehemalige Kriegsgefangene

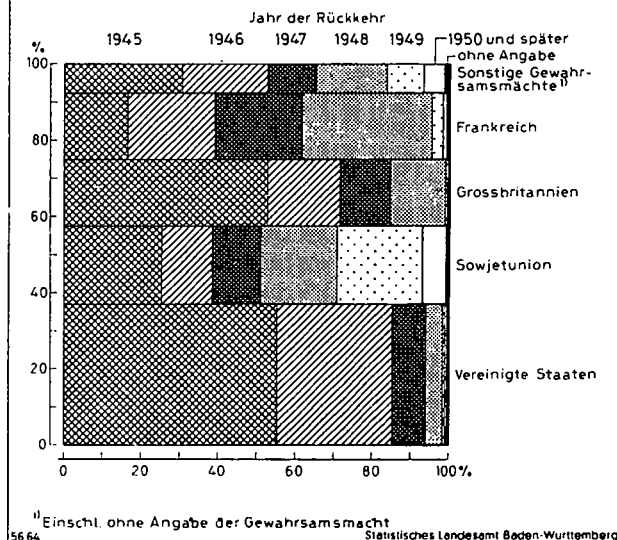
In Baden-Württemberg wurden bei der Volkszählung 1961 noch rund 690 500 ehemalige Kriegsgefangene des zweiten Weltkrieges gezählt; darunter befanden sich gut 3000 Personen weiblichen Geschlechts, in der Mehrzahl wohl frühere Wehrmachtshelferinnen und Schwestern bzw. Krankenpflegerpersonal. Es verbleiben somit 687 100 männliche Kriegsgefangene, die – bezogen auf die heutige männliche Bevölkerung im Alter von 31 bis 81 Jahren (bei Kriegsende 15 bis 65 Jahre alt) – 39,2 % oder fast zwei Fünftel ausmachen.

Bei der Untergliederung nach *Gewahrsamsmächten* ergibt sich, daß gut die Hälfte der Kriegsgefangenen im Gewahrsam der Vereinigten Staaten von Amerika (254 300 oder 36,8 %) und der Sowjetunion (142 200 oder 20,6 %) war. Die nächstkleineren Kontingente hatten Großbritannien (122 500 oder 17,7 %) und Frankreich (118 100 oder 17,1 %) aufzuweisen, wohingegen auf Jugoslawien (1,3 %), Tschechoslowakei (0,7 %) und Polen (0,5 %) vergleichsweise geringe Anteile entfielen. Nach dem *Jahr der Rückkehr* geordnet zeigt sich, daß 278 400 oder 40,3 % der Kriegsgefangenen noch im Jahr 1945, dem Jahr der Kapitulation also, entlassen wurden. Im Jahr 1946 konnten 156 100 (22,6 %) zurückkehren, 1947 weitere 89 200 (12,9 %) und 1948 106 400 (15,4 %). Im Jahr 1949 schließlich war 42 900 oder 6,2 % der Kriegsgefangenen die Rückkehr beschieden, 1950 und später kamen 2,0 % zurück. Von diesen Durchschnittswerten weichen die einzelnen *Gewahrsamsmächte* mehr oder weniger stark ab. So haben beispielsweise die Vereinigten Staaten von Amerika und Großbritannien jeweils mehr als die Hälfte der in ihre Hand gefallenen Kriegsgefangenen noch im Jahr 1945 entlassen, während von den Kriegsgefangenen Polens und Jugoslawiens 15,1 % bzw. 12,1 % erst 1950 und später zurückgekehrt sind; auch von den Kriegsgefangenen der Tschechoslowakei und der Sowjetunion kehrten mit 7,9 % bzw. 6,6 % verhältnismäßig viele im fünften und späteren Jahr nach Kriegsende zurück. Von der Gesamtzahl derer, denen die Heimkehr erst in den 50er Jahren ermöglicht wurde (13 900), entfallen mit 11 400 gut vier Fünftel auf die genannten Staaten des heutigen Ostblocks.

73 000 Zivilinternierte und Zivilverschleppte

Die Zahl der Zivilinternierten (59 800) und der Zivilverschleppten (13 200) stellte sich erwartungsgemäß nur auf Bruchteile der Kriegsgefangenenzahl (stark 10 %). Da es sich hierbei, wie schon das Wort sagt, um Zivilpersonen handelt, entspricht die Geschlechterrelation annäherungsweise der bei der Gesamtbevölkerung: unter den Zivilinternierten waren 52,8 % Personen weiblichen Geschlechts, unter den Zivilver-

Die heimgekehrten Kriegsgefangenen nach Gewahrsamsmächten und Jahr der Rückkehr
Ergebnisse der Volkszählung 1961 in Baden-Württemberg



schleppten 54,3 %. Im Gegensatz zu den Kriegsgefangenen befand sich die überwiegende Zahl der Zivilgefangenen im Gewahrsam der östlichen Länder. Bei den Zivilinternierten kam allein auf Jugoslawien (23,1 %), Tschechoslowakei (13,1 %), Sowjetunion (11,0 %) und Polen (4,4 %) über die Hälfte der Gesamtzahl; bei den Zivilverschleppten entfielen auf die Sowjetunion 54,3 % und auf die eben genannten Gewahrsamsmächte zusammen nahezu vier Fünftel. Übereinstimmend fallen bei beiden Gruppen die relativ spät liegenden Rückkehrjahre auf, was schon daraus hervorgeht, daß 8,9 % der Zivilinternierten erst 1950 und später zurückgekommen sind; bei den Zivilverschleppten waren es sogar 19,2 %.

Fast Jeder 10. Einwohner des Landes war in fremdem Gewahrsam

Zusammengerechnet lebten in Baden-Württemberg 1961 rund 763 400 Personen, die anlässlich des zweiten Weltkrieges Kriegsgefangenen, interniert oder verschleppt waren. Zur gesamten Wohnbevölkerungszahl von 7 759 200 in Beziehung gesetzt bezifferte sich damit der Anteil der Kriegs- und Zivilgefangenen auf 9,8 %. Mit anderen Worten: Nahezu jeder 10. Einwohner des Landes befand sich im Zusammenhang mit den Ereignissen des letzten Krieges im Gewahrsam fremder Staaten.

Dr. Eberhard Gawatz

Vertriebene sowie Deutsche aus der sowjetischen Besatzungszone und dem Sowjetsektor von Berlin am 6. Juni 1961

Ergebnisse der Volks- und Berufszählung

Vorbemerkung

Die vielschichtigen Probleme, welche die große Völkerwanderung im Gefolge des letzten Weltkrieges vor allem auch für Deutschland mit sich gebracht hat, sind noch keineswegs als endgültig gelöst zu betrachten, obwohl nunmehr schon fast zwei Jahrzehnte seit dem Waffenstillstand vergangen sind. Bei der Volks- und Berufszählung 1961 wurden deshalb wie bei der Zählung 1950 Erhebungen über die Vertriebenen durchgeführt, ergänzt durch Feststellungen über die nach Kriegsende aus der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und dem Sowjetsektor von Berlin in das Bundesgebiet zugezogenen Deutschen. Grundlage für diese Auswertungen waren zwei Fragen in der Haushaltsliste bzw. im Einzelbogen zur Anstaltsliste. Frage 8 richtete sich nur an Personen, die nach Kriegsende in das Gebiet der heutigen Bundesrepublik einschließlich Berlin (West) zugezogen sind: unter Buchstabe a) sollte zutreffendenfalls das Zuzugsjahr eingetragen werden, bei Anschlussfrage b) war anzugeben, ob sich der vorherige Wohnsitz in der sowjetischen Besatzungszone oder im Sowjetsektor von Berlin befunden hatte. Frage 9 bezog sich auf den Besitz eines Bundesvertriebenenausweises A oder B bzw. eines Bundesflüchtlingsausweises C. Für die Aufbereitung wurden folgende Personenkreise unterschieden:

1. Als *Vertriebene* wurden nur solche Personen (mit ihren Kindern) erfaßt, die angegeben hatten, den Bundesvertriebenenausweis A oder B zu besitzen. Dazu gehören auch Inhaber des Ausweises A oder B, die nach der Vertreibung zunächst ihren Wohnsitz in der sowjetischen Besatzungszone oder im Sowjetsektor von Berlin genommen hatten und von dort aus nach Kriegsende in das heutige Bundesgebiet einschließlich Berlin (West) gekommen sind.

2. *Deutsche aus der SBZ* sind nach den Begriffsbestimmungen der Volks- und Berufszählung 1961 Personen (mit ihren Kindern), die in den Zählpapieren angegeben hatten, nach dem Kriege aus der sowjetischen Besatzungszone oder dem Sowjetsektor von Berlin in das Bundesgebiet einschließlich Berlin (West) zugezogen zu sein. Dazu rechnen auch die In-

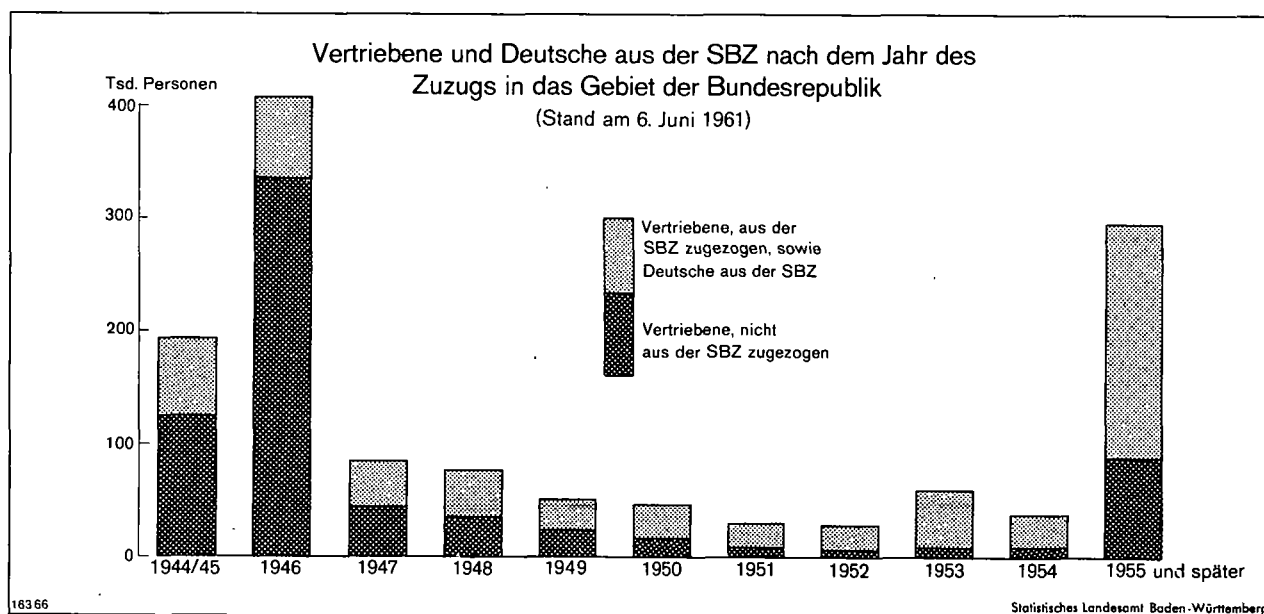
haber des Bundesflüchtlingsausweises C (mit ihren Kindern), die nach den Bestimmungen des Bundesvertriebenengesetzes als „anerkannte *Sowjetzonenflüchtlinge*“ gelten.

Schematisch dargestellt ergeben sich somit nachstehende Gruppierungen:

Vertriebene mit Ausweis A oder B	nicht aus der SBZ zugezogen	Deutsche aus der SBZ
	aus der SBZ zugezogen	
	Sowjetzonenflüchtlinge mit Ausweis C	
	aus der SBZ zugezogene Deutsche ohne Ausweis A, B oder C	

Um Doppelzählungen zu vermeiden, sind in der folgenden Darstellung – soweit nicht anders vermerkt – in den Zahlen der Deutschen aus der SBZ die von dort zugezogenen Vertriebenen mit Ausweis A oder B nicht enthalten. Allgemein sei noch darauf hingewiesen, daß die Angaben über Vertriebene aus den Ergebnissen der Volkszählung 1961 als Mindestzahlen zu werten sind, da als Kriterium der Besitz eines Bundesvertriebenenausweises herangezogen war, den jedoch bekanntermaßen nicht alle Berechtigten beantragt haben. Schließlich bleibt zu erwähnen, daß aus methodischen Gründen die Ergebnisse der Zählung 1961 nicht mit denen früherer Erhebungen (z. B. Volkszählung 1950, Bevölkerungsfortschreibung 1950 bis 1961) verglichen werden können.

Wenn auch zur Zeit noch nicht alle Daten vorliegen, die nach dem Zählungsprogramm zur Auswertung vorgesehen sind, so können doch schon einige der wichtigsten Strukturmerkmale für die Personenkreise der Vertriebenen und der Deutschen aus der SBZ der Öffentlichkeit vorgelegt werden. Dazu ge-



hören besonders die für die Frage der wirtschaftlichen Eingliederung bedeutsamen Angaben über die Beteiligung am Erwerbsleben bzw. die Erwerbstätigkeit, letztere untersucht hinsichtlich der Zuordnung der Erwerbspersonen zu einer Wirtschaftsabteilung und sozialen Stellung. Weitere der Abrundung des zu zeichnenden Bildes dienende Ergebnisse werden zu gegebener Zeit veröffentlicht werden.

Jeder fünfte Einwohner des Landes Vertriebener oder Deutscher aus der SBZ

Von der Wohnbevölkerung Baden-Württembergs, die sich am 6. Juni 1961 (Volkszählungstichtag) auf 7 759 154 bezifferte, waren 1 620 428 oder 20,9% Vertriebene sowie Deutsche aus der SBZ. Vertriebene mit Bundesvertriebenenausweis A oder B wurden 1 204 561 gezählt, das sind knapp drei Viertel der die 415 867 Deutschen aus der SBZ einschließenden Gesamtzahl. Zu der letztgenannten Zahl kommen noch 301 286 aus der SBZ zugezogene Vertriebene (mit Bundesvertriebenenausweis A oder B), so daß insgesamt 717 153 Personen (9,2% der Bevölkerung) als Deutsche aus der SBZ im weiteren Sinne zu bezeichnen sind. Die Zahl der Sowjetzonenflüchtlinge mit Bundesflüchtlingsausweis C belief sich auf 122 354. Aus der SBZ zugezogen und nicht im Besitze eines Bundesvertriebenenausweises A oder B bzw. eines Bundesflüchtlingsausweises C waren 293 513 Personen.

Ein recht anschaulicher Vergleichsmaßstab zur Beurteilung der regionalen Verteilung der Vertriebenen und Deutschen aus der SBZ¹ ergibt sich, wenn man den eben genannten Personenkreis auf 1000 der übrigen Bevölkerung bezieht. Über der Landesdurchschnittsziffer von 264 liegt nur der Regierungsbezirk Nordwürttemberg mit 349, während die anderen drei Regierungsbezirke (Nordbaden 262, Südwürttemberg-Hohenzollern 202 und Südbaden 179) diesen Wert – zum Teil sogar mit relativ großem Abstand – nicht erreichen. Die Unterschiede, die aus der beigegebenen Übersicht mit wenigen

Vertriebene sowie Deutsche aus der sowjetischen Besatzungszone und dem Sowjetsektor von Berlin am 6. Juni 1961

Stadtkreis/Landkreis Regierungsbezirk Land		Wohnbevölkerung						Vertriebene sowie Deutsche aus der SBZ auf 1000 der übrigen Be- völkerung	
		insgesamt	Vertriebene sowie Deutsche aus der SBZ		Davon				
					Vertriebene		Deutsche aus der SBZ (ohne Vertriebene)		
			Anzahl	% ¹⁾	Anzahl	% ²⁾	Anzahl		% ²⁾
Stuttgart Stadtkr.	637 539	134 389	21,1	85 565	63,7	48 824	36,3	267	
Heilbronn "	89 100	18 363	20,6	11 845	64,5	6 518	35,5	260	
Ulm "	92 701	22 790	24,6	14 806	65,0	7 984	35,0	326	
Aalen Landkr.	142 126	39 895	28,1	32 176	80,7	7 719	19,3	390	
Backnang "	89 362	24 189	27,1	18 436	76,2	5 753	23,8	371	
Böblingen "	145 616	46 868	32,2	36 329	77,5	10 539	22,5	475	
Craillshiem "	63 325	12 534	19,8	9 825	78,4	2 709	21,6	247	
EBlingen "	198 579	59 043	29,7	46 237	78,3	12 806	21,7	423	
Göppingen "	201 967	56 785	28,1	46 651	82,2	10 134	17,8	391	
Heidenheim "	113 453	36 528	32,2	28 749	78,7	7 779	21,3	475	
Heilbronn "	162 658	34 762	21,4	27 469	79,0	7 293	21,0	272	
Künzelsau "	30 948	7 466	24,1	6 118	81,9	1 348	18,1	318	
Leonberg "	99 219	28 394	28,6	20 837	73,4	7 557	26,6	401	
Ludwigsburg "	243 849	74 383	30,5	57 144	76,8	17 239	23,2	439	
Mergentheim "	40 349	8 615	21,4	6 878	79,8	1 737	20,2	271	
Nürtingen "	131 620	38 586	29,3	32 256	83,6	6 330	16,4	415	
Öhringen "	43 587	10 482	24,0	8 391	80,1	2 091	19,9	317	
Schwäbisch Gmünd "	100 501	28 850	28,7	24 328	84,3	4 522	15,7	403	
Schwäbisch Hall "	59 273	13 236	22,3	9 973	75,3	3 263	24,7	288	
Ulm "	82 926	19 617	23,7	16 806	85,7	2 811	14,3	310	
Vaihingen "	75 392	18 012	23,9	14 541	80,7	3 471	19,3	314	
Waiblingen "	193 688	52 208	27,0	40 120	76,8	12 088	23,2	369	
Nordwürttemberg	3 037 778	785 995	25,9	595 480	75,8	190 515	24,2	349	
Karlsruhe Stadtkr.	241 929	53 529	22,1	35 072	65,5	18 457	34,5	284	
Heidelberg "	125 264	27 018	21,6	18 106	67,0	8 912	33,0	275	
Mannheim "	313 890	56 096	17,9	34 498	61,5	21 598	38,5	218	
Pforzheim Landkr.	82 524	19 775	24,0	13 125	66,4	6 650	33,6	315	
Bruchsal "	119 009	17 968	15,1	14 078	78,4	3 890	21,6	178	
Buchen "	62 073	14 000	22,6	12 478	89,1	1 522	10,9	291	
Heidelberg "	146 816	31 455	21,4	24 844	79,0	6 611	21,0	273	
Karlsruhe "	166 460	36 836	22,1	30 908	83,9	5 928	16,1	284	
Mannheim "	158 860	29 491	18,6	21 779	73,8	7 712	26,2	228	
Mosbach "	64 467	16 946	26,3	14 719	86,9	2 227	13,1	357	
Pforzheim "	63 088	11 650	18,5	8 864	76,1	2 786	23,9	226	
Sinsheim "	76 202	19 929	26,2	17 807	89,4	2 122	10,6	354	
Tauberhirschofheim "	76 436	17 586	23,0	14 575	82,9	3 011	17,1	299	
Nordbaden	1 697 018	352 279	20,8	260 853	74,0	91 426	26,0	262	
Freiburg i. Br. Stadtkr.	145 016	23 605	16,3	14 517	61,5	9 088	38,5	194	
Baden-Baden Landkr.	40 029	5 904	14,7	3 283	55,6	2 621	44,4	173	
Bühl "	79 859	6 784	8,5	5 364	79,1	1 420	20,9	93	
Donaueschingen "	66 519	12 152	18,3	8 961	73,7	3 191	26,3	224	
Emmendingen "	102 345	12 790	12,5	9 536	74,6	3 254	25,4	143	
Freiburg "	76 886	8 907	11,6	6 194	69,5	2 713	30,5	131	
Hochschwarzwald "	42 001	4 250	10,1	2 871	67,6	1 379	32,4	113	
Kehl "	53 222	6 828	12,8	4 563	66,8	2 265	33,2	147	
Konstanz "	158 337	28 296	17,9	18 745	66,2	9 551	33,8	218	
Lahr "	80 301	10 634	13,2	7 781	73,2	2 853	26,8	153	
Lörrach "	136 333	24 548	18,0	16 231	66,1	8 317	33,9	220	
Müllheim "	54 471	7 609	14,0	5 336	70,1	2 273	29,9	162	
Offenburg "	98 555	13 574	13,8	10 243	75,5	3 331	24,5	160	
Rastatt "	119 139	18 932	15,9	12 792	67,6	6 140	32,4	189	
Säckingen "	65 797	13 235	20,1	9 265	70,0	3 970	30,0	252	
Stockach "	47 219	6 778	14,4	5 162	76,2	1 616	23,8	168	
Überlingen "	58 812	8 393	14,3	5 724	68,2	2 669	31,8	166	
Villingen "	83 312	17 315	20,8	11 684	67,5	5 631	32,5	262	
Waldshut "	65 266	11 062	16,9	7 709	69,7	3 353	30,3	204	
Wolfach "	52 742	5 846	11,1	4 382	75,0	1 464	25,0	125	
Südbaden	1 626 161	247 442	15,2	170 343	68,8	77 099	31,2	179	
Balingen Landkr.	98 127	20 584	21,0	16 303	79,2	4 281	20,8	265	
Biberach "	100 043	13 652	13,6	10 423	76,3	3 229	23,7	158	
Calw "	117 745	16 769	14,2	11 223	66,9	5 546	33,1	166	
Ehingen "	43 432	6 754	15,6	5 475	81,1	1 279	18,9	184	
Freudenstadt "	58 409	7 898	13,5	5 477	69,3	2 421	30,7	156	
Hechingen "	50 777	9 050	17,8	7 390	81,7	1 660	18,3	217	
Horb "	42 168	5 438	12,9	4 295	79,0	1 143	21,0	148	
Münsingen "	38 809	5 304	13,7	4 303	81,1	1 001	18,9	158	
Ravensburg "	104 553	15 955	15,3	12 266	76,9	3 689	23,1	180	
Reutlingen "	159 772	37 609	23,5	28 435	75,6	9 174	24,4	308	
Rottweil "	123 496	20 230	16,4	14 734	72,8	5 496	27,2	196	
Saulgau "	65 863	9 131	13,9	7 645	83,7	1 486	16,3	161	
Sigmaringen "	48 336	7 460	15,4	5 937	79,6	1 523	20,4	183	
Tettnang "	74 132	13 619	18,4	9 687	71,1	3 932	28,9	225	
Tübingen "	123 854	19 424	15,7	13 454	69,3	5 970	30,7	186	
Tuttlingen "	77 987	16 412	21,0	13 070	79,6	3 342	20,4	267	
Wangen "	70 694	9 423	13,3	7 768	82,4	1 655	17,6	154	
Südwürtt.-Hohenzollern	1 398 197	234 712	16,8	177 885	75,8	56 827	21,2	202	
Baden-Württemberg	7 759 154	1 620 428	20,9	1 204 561	74,3	415 867	25,7	264	

¹ Vgl. hierzu auch den Statistischen Bericht AO/VZ 1961-3 „Die Wohnbevölkerung nach der Religionszugehörigkeit, nach dem Familienstand und nach der Vertriebenen-eigenschaft“.

¹⁾ % der Wohnbevölkerung insgesamt. — ²⁾ % der Vertriebenen sowie Deutschen aus der SBZ zusammen.

Wohnbevölkerung sowie Erwerbspersonen nach Bevölkerungsgruppen und einigen wichtigen Strukturmerkmalen am 6. Juni 1961

Bezeichnung	Wohnbevölkerung/Erwerbspersonen									
	insgesamt		Vertriebene sowie Deutsche aus der SBZ		Vertriebene		Deutsche aus der SBZ (ohne Vertriebene)		Übrige Bevölkerung	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Wohnbevölkerung										
Insgesamt	7 759 154	100	1 620 428	100	1 204 561	100	415 867	100	6 138 726	100
a) nach Altersgruppen										
unter 15 Jahren	1 754 816	22,6	382 281	23,6	282 078	23,4	100 203	24,1	1 372 535	22,4
15 bis unter 21 Jahre	651 731	8,4	140 502	8,7	100 565	8,3	39 937	9,6	511 229	8,3
21 bis unter 45 Jahre	2 612 294	33,7	567 837	35,0	397 281	33,0	170 556	41,0	2 044 457	33,3
45 bis unter 65 Jahre	1 946 067	25,1	392 880	24,2	308 132	25,6	84 748	20,4	1 553 187	25,3
65 und mehr Jahre	783 792	10,1	135 565	8,4	115 557	9,6	20 008	4,8	648 227	10,6
ohne Angabe	10 454	0,1	1 363	0,1	948	0,1	415	0,1	9 091	0,1
Bei Vertriebenen bzw. Deutschen aus der SBZ: nicht im Ausweis der Eltern eingetragene Kinder			255 877	15,8	233 344	19,4	22 533	5,4		
b) nach dem Familienstand										
ledig	3 377 752	43,5	690 748	42,6	502 320	41,7	188 428	45,3	2 687 004	43,8
verheiratet										
zusammenlebend	3 544 342	45,7	747 163	46,1	561 478	46,6	185 685	44,7	2 797 179	45,6
nicht zusammenlebend	130 423	1,7	27 276	1,7	17 456	1,4	9 820	2,4	103 147	1,7
überhaupt	3 674 765	47,4	774 439	47,8	578 934	48,1	195 505	47,0	2 900 326	47,2
verwitwet	602 945	7,8	127 240	7,9	106 294	8,8	20 946	5,0	475 705	7,7
geschieden	100 186	1,3	27 469	1,7	16 679	1,4	10 790	2,6	72 717	1,2
ohne Angabe	3 506	0,0	532	0,0	334	0,0	198	0,0	2 974	0,0
c) nach der Religionszugehörigkeit										
evangelisch ¹⁾	3 791 401	48,9	803 232	49,6	491 734	40,8	311 498	74,9	2 988 169	48,7
römisch-katholisch	3 633 038	46,8	754 754	46,6	679 977	56,5	74 777	18,0	2 878 284	46,9
Sonstige und ohne Angabe	334 715	4,3	62 442	3,9	32 850	2,7	29 592	7,1	272 273	4,4
d) nach der Beteiligung am Erwerbsleben										
Erwerbspersonen	4 045 250	52,1	801 979	49,5	576 532	47,9	225 447	54,2	3 243 271	52,8
Davon Erwerbstätige	4 039 217	52,1	799 950	49,4	575 420	47,8	224 530	54,0	3 239 267	52,8
Erwerbslose	6 033	0,1	2 029	0,1	1 112	0,1	917	0,2	4 004	0,1
Nichterwerbspersonen	3 713 904	47,9	818 449	50,5	628 029	52,1	190 420	45,8	2 895 455	47,2
Erwerbspersonen²⁾										
Insgesamt	4 019 205	100	795 499	100	571 828	100	223 671	100	3 223 706	100
a) nach Wirtschaftsabteilungen										
Land- und Forstwirtschaft	636 904	15,8	21 532	2,7	17 049	3,0	4 483	2,0	615 372	19,1
Energiewirtschaft	30 204	0,8	5 028	0,6	3 733	0,7	1 295	0,6	25 176	0,8
Verarbeitendes Gewerbe	1 766 202	43,9	442 545	55,6	326 040	57,0	116 505	52,1	1 323 657	41,1
Baugewerbe	294 799	7,3	66 490	8,4	51 679	9,0	14 811	6,6	228 309	7,1
Handel	372 402	9,3	72 746	9,1	47 706	8,3	25 040	11,2	299 656	9,3
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	172 847	4,3	33 604	4,2	24 678	4,3	8 926	4,0	139 243	4,3
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	65 242	1,6	14 293	1,8	9 047	1,6	5 246	2,3	50 949	1,6
Dienstleistungen	405 070	10,1	83 078	10,4	51 033	8,9	32 045	14,3	321 992	10,0
Organisationen ohne Erwerbscharakter und Private Haushalte	69 832	1,7	10 782	1,4	7 129	1,2	3 653	1,6	59 050	1,8
Gebietskörperschaften und Sozialversicherung	188 067	4,7	41 366	5,2	31 113	5,4	10 253	4,6	146 701	4,6
Ohne Angabe	17 636	0,4	4 035	0,5	2 621	0,5	1 414	0,6	13 601	0,4
b) nach der sozialen Stellung										
Selbständige										
in der Wirtschaftsabteilung Land- und Forstwirtschaft	216 859	5,4	4 563	0,6	3 893	0,7	670	0,3	212 296	6,6
in den übrigen Wirtschaftsabt.	302 483	7,5	35 896	4,5	23 988	4,2	11 908	5,3	266 587	8,3
überhaupt	519 342	12,9	40 459	5,1	27 881	4,9	12 578	5,6	478 883	14,9
Mithelfende Familienangehörige										
in der Wirtschaftsabteilung Land- und Forstwirtschaft	366 097	9,1	8 686	1,1	7 306	1,3	1 380	0,6	357 411	11,1
in den übrigen Wirtschaftsabt.	98 245	2,4	9 887	1,2	6 307	1,1	3 580	1,6	88 358	2,7
überhaupt	464 342	11,6	18 573	2,3	13 613	2,4	4 960	2,2	445 769	13,8
Beamte										
im einfachen und mittleren Dienst	84 532	2,1	15 212	1,9	12 124	2,1	3 088	1,4	69 320	2,2
im gehobenen Dienst	53 475	1,3	10 721	1,3	7 859	1,4	2 862	1,3	42 754	1,3
im höheren Dienst	23 422	0,6	4 287	0,5	2 876	0,5	1 411	0,6	19 135	0,6
überhaupt ³⁾	161 703	4,0	30 260	3,8	22 887	4,0	7 373	3,3	131 443	4,1
Angestellte	833 152	20,7	185 933	23,4	115 663	20,2	70 270	31,4	647 219	20,1
Arbeiter	1 858 239	46,2	479 257	60,2	362 635	63,4	116 622	52,1	1 378 982	42,8
Darunter Handlanger	157 751	3,9	42 679	5,4	34 155	6,0	8 524	3,8	115 072	3,6
Lehrlinge										
kaufmännische	73 410	1,8	16 104	2,0	11 228	2,0	4 876	2,2	57 306	1,8
gewerbliche	101 188	2,5	23 062	2,9	16 846	2,9	6 216	2,8	78 126	2,4
überhaupt	174 598	4,3	39 166	4,9	28 074	4,9	11 092	5,0	135 432	4,2
Ohne Angabe	7 829	0,2	1 851	0,2	1 075	0,2	776	0,3	5 978	0,2

¹⁾ Angehörige der Evangelischen Landeskirchen und der Evangelischen Freikirchen. — ²⁾ Ohne Soldaten. — ³⁾ Einschl. ohne Angabe der Laufbahngruppe.

Ausnahmen für die einzelnen Stadt- und Landkreise des jeweiligen Regierungsbezirks abzulesen sind, gehen auf die Maßnahmen der früheren französischen Besatzungsmacht zurück, welche die damaligen Länder Baden und Württemberg-Hohenzollern geraume Zeit für jede Flüchtlingsaufnahme sperrte. Hinzu kommt, daß gewisse Teile gerade dieser Gebiete angesichts des stark landwirtschaftlichen Einschlags für eine dauernde Unterbringung von Vertriebenen und Flüchtlingen mangels entsprechend hoher Tragfähigkeit nicht in Frage kamen, was zwangsläufig eine landesinterne Umverteilung von den ursprünglichen Aufnahmegebieten in wirtschaftlich stärker entwicklungsfähige Räume zur Folge hatte. Dementsprechend gibt die heutige regionale Verteilung nicht mehr die Aufnahmesituation wieder, sondern einen bereits in etwa konsolidierten Zustand.

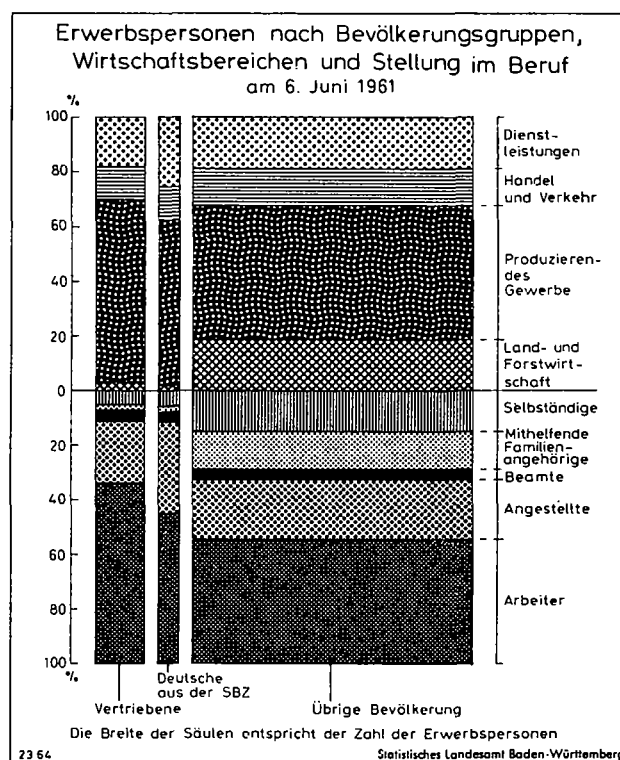
Unterschiede in der Religionszugehörigkeit

Die beiden Hauptkonfessionen – evangelisch (Landes- und Freikirchen) sowie römisch-katholisch – sind unter der Gesamtbevölkerung mit 48,9 % und 46,8 % vertreten. Bei dem Personenkreis der Vertriebenen haben die Angehörigen der römisch-katholischen Kirche mit 56,5 % zahlenmäßig ein deutliches Übergewicht über die Angehörigen der evangelischen Kirchen (40,8 %). Eine noch weit stärkere, allerdings anders gerichtete Abweichung vom Durchschnitt ergibt sich für die Deutschen aus der SBZ, von denen sich 74,9 % als evangelisch und nur 18,0 % als römisch-katholisch bezeichnet haben. Des weiteren fällt auf, daß die Gruppe „Sonstige und ohne Angabe der Religionszugehörigkeit“ bei den Deutschen aus der SBZ mit 7,1 % relativ viel stärker besetzt ist als bei den Vertriebenen (2,7 %) und bei der Gesamtbevölkerung (4,3 %).

Höchste Erwerbsquote bei den Deutschen aus der SBZ

Die Zahl der Erwerbspersonen (ohne Soldaten) belief sich in Baden-Württemberg bei der Volkszählung 1961 auf 4 019 205; darunter waren 795 499 Vertriebene und Deutsche aus der SBZ, was einem Anteil an den Erwerbspersonen insgesamt von rund einem Fünftel entspricht. Welche Bedeutung diesem gesamten Personenkreis zukommt, geht schon daraus hervor, daß bis Mitte des Zählungsjahres 1961 das deutsche Arbeitskräftepotential nach den Unterlagen der Arbeitsverwaltung noch durch rund 131 000 nichtdeutsche Arbeitnehmer aufgestockt werden mußte. Es darf als erwiesen angesehen werden, daß der wirtschaftliche Aufschwung der letzten 15 Jahre ohne die mitaufbauende Hilfe der zuletzt 1,6 Millionen „Flüchtlinge“ nicht oder zumindest nicht in dem tatsächlichen Maße möglich gewesen wäre.

Als Gradmesser für die Beteiligung am Erwerbsleben dient gewöhnlich die sogenannte *Erwerbsquote*, das ist der Anteil der Erwerbspersonen an der Wohnbevölkerung. Dieser Prozentsatz betrug bei der Gesamtbevölkerung 52,1; bei den Vertriebenen stellte sich die Ziffer auf 47,9 % und bei den Deutschen aus der SBZ auf 54,2 %. Der Grund für die Differenzierung zwischen den Vertriebenen und den Deutschen aus der SBZ ist wohl darin zu sehen, daß die Vertriebenen bei der Ausweisung als Volksteil behandelt wurden und daß damit auch nicht mehr erwerbsfähige bzw. bereits in fortgeschrittenem Alter stehende Personen in größerer Zahl ihre Heimat verlassen mußten, während der Zustrom aus der SBZ weit stärker mit Arbeitskräften durchsetzt war. 1961 jedenfalls machte, wie aus dem tabellarischen Nachweis der Altersgliederung zu entnehmen ist, der Anteil der Personen im erwerbsfähigen Alter (15 bis unter 65 Jahre) bei den Deutschen aus der SBZ 71,0 % aus, während er bei den Vertriebenen 66,9 % betrug. Ferner ist darauf zu verweisen, daß die Frauen unter den Deutschen aus der SBZ mit 42,1 % eine beachtlich höhere Erwerbsquote aufzuweisen haben als die weiblichen Vertriebenen (34,2 %). Auch dieser Sachverhalt dürfte im wesentlichen auf die unterschiedliche Altersstruktur zurückzuführen sein, zum Teil aber auch darauf, daß die Erwerbs-



tätigkeit der Frauen bei den Vertriebenen nach Überwinden der drückendsten materiellen Notstände vielfach aufgegeben werden konnte, während die Deutschen aus der SBZ angesichts des normalerweise viel später liegenden Zuzugsjahres noch weit eher auf eine hohe Erwerbsquote auch des weiblichen Bevölkerungsteils angewiesen sind.

Bei der Untergliederung nach Wirtschaftsabteilungen zeigen sich gravierende Unterschiede vor allem im Bereich der Land- und Forstwirtschaft. Der Anteil der Erwerbspersonen in dieser Wirtschaftsabteilung an der Gesamtzahl beträgt bei den Vertriebenen 3,0 % und bei den Deutschen aus der SBZ 2,0 %, bei der übrigen Bevölkerung hingegen 19,1 %. In innerem Zusammenhang damit steht die Tatsache, daß die Selbständigen bei den Vertriebenen 4,9 %, bei den Deutschen aus der SBZ 5,6 % und bei der übrigen Bevölkerung 14,9 % ausmachen. Entsprechendes gilt für die in der Land- und Forstwirtschaft geradezu typischen Mithelfenden Familienangehörigen (2,4 %, 2,2 % und 13,8 %), deren „Ausfall“ auch Auswirkungen auf die Erwerbsquote hat. Aus den genannten Ziffern ist zu entnehmen, daß die Eingliederung in diesem Bereich nicht voll gelungen sein kann, was verständlich wird, wenn man die Knappheit und besonders die Unvermehrbarkeit von Grund und Boden, letzten Endes auch in Ansehung aller Maßnahmen der Flurbereinigung, Dorfsanierung usw., als Faktum in die Betrachtung einbezieht.

Eine überdurchschnittliche Vertretung haben die in Frage stehenden Personenkreise in den Wirtschaftsabteilungen Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe aufzuweisen (Vertriebene 57,0 % / 9,0 %, Deutsche aus der SBZ 52,1 % / 6,6 %, übrige Bevölkerung 41,1 % / 7,1 %). In Verbindung damit zu sehen ist der Anteil der Arbeiter, der bei den Vertriebenen mit 63,4 % den Gesamtdurchschnitt um rund ein Drittel und bei den Deutschen aus der SBZ immerhin um ein Achtel übertrifft. Des weiteren ist auf den überdurchschnittlichen Satz von 6,0 % Handlangern bei den Vertriebenen zu verweisen. Dies dürfte zum Teil davon herrühren, daß die Masse der Vertriebenen in einer Zeit wirtschaftlicher Notlage in den Arbeitsprozeß eingeschleust wurde, oftmals nur berufs fremd tätig werden konnte und diesen Zustand aus mancherlei Gründen nicht wieder ändern wollte oder konnte. Demgegenüber

war es den in der Mehrzahl zur Zeit des starken Konjunkturaufschwungs zugezogenen Deutschen aus der SBZ wohl eher möglich, eine ihrer seitherigen Berufstätigkeit entsprechende Beschäftigung zu finden.

Inwieweit durch Vertreibung und Flucht der „soziale Besitzstand“ der Flüchtlinge beeinträchtigt wurde, läßt sich an Hand

des vorliegenden Materials noch nicht darstellen; die aufgeführten Strukturmerkmale legen jedoch den Schluß nahe, daß der zweite Weltkrieg mit seinen Folgen auf vielen Gebieten noch immer nachwirkt, unter anderem auch in der durchschnittlichen beruflichen und sozialen Lage der Vertriebenen und Deutschen aus der SBZ.

Dr. Eberhard Gawatz

Die Ausländer in Baden-Württemberg am 6. Juni 1961

Ergebnisse der Volks- und Berufszählung

Nicht zu Unrecht schenkt die Öffentlichkeit, in jüngster Zeit mehr denn je, allen Fragen und Problemen, die mit Ausländern zusammenhängen, große Beachtung. Es lag daher nahe, auch im Rahmen der amtlichen Statistik diesen Personenkreis zu berücksichtigen. Schon seither wurden zwar laufend in den verschiedensten Erhebungen, so z. B. in der Fremdenverkehrsstatistik, die Ausländer besonders nachgewiesen; ein umfassendes Strukturbild stand jedoch solange aus, bis die Volks- und Berufszählung 1961 die Möglichkeit eröffnete, die im Lande befindlichen Ausländer nach den wichtigsten demographischen

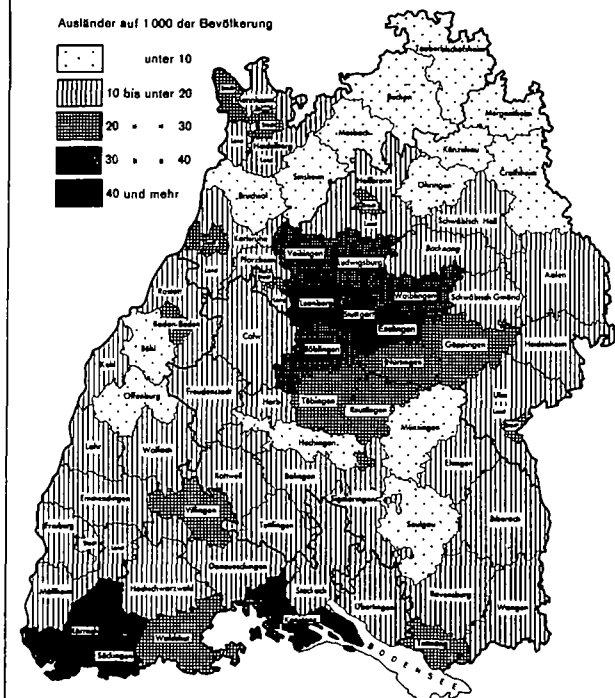
Merkmale auszuführen. Erhebungstechnisch bereitete dieses Vorhaben keine Schwierigkeiten, da die Ausländer – mit Ausnahme der Mitglieder der ausländischen Streitkräfte und der Angehörigen diplomatischer sowie konsularischer Vertretungen fremder Staaten – ebenso wie die deutsche Bevölkerung der Auskunftspflicht unterlagen und auch der Wohnbevölkerung zuzurechnen waren. Organisatorisch indessen waren angesichts der Erschwernisse in der Verständigung manche Schwierigkeiten zu überwinden, dies, obwohl zur Erleichterung des Zählgeschäfts fremdsprachige Übersetzungsmuster der Haushalts-

Die Ausländer nach der Staatsangehörigkeit am 6. Juni 1961

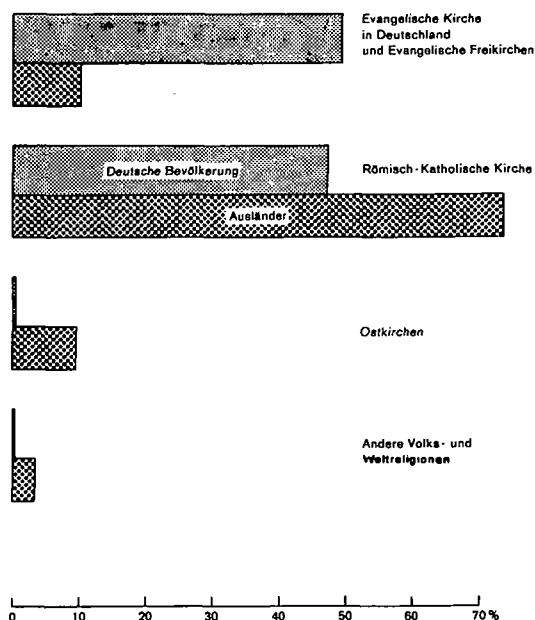
Staatsangehörigkeit	Ausländer				Staatsangehörigkeit	Ausländer			
	insgesamt		männlich	weiblich		insgesamt		männlich	weiblich
	Anzahl	%				Anzahl	Anzahl		
Belgien	422	0,3	238	184	Ägypten ¹⁾	332	0,2	306	26
Dänemark	211	0,1	98	113	Übriges Afrika	1 073	0,6	914	159
Frankreich	4 995	3,0	2 612	2 383	Vereinigte Staaten	2 638	1,6	1 404	1 234
Griechenland	14 089	8,4	9 965	4 124	Übriges Amerika	1 335	0,8	804	531
Großbritannien u. Nordirland	784	0,5	393	391	Indien	565	0,3	515	50
Italien	76 802	45,8	67 487	9 315	Iran	885	0,5	741	144
Jugoslawien	4 670	2,8	3 782	888	Israel	174	0,1	98	76
Niederlande	1 888	1,1	1 089	799	Übriges Asien	1 648	1,0	1 481	167
Norwegen	373	0,2	285	88	Australien und Ozeanien	106	0,1	57	49
Österreich	12 201	7,3	6 648	5 553	Staatenlos	10 767	6,4	6 851	3 916
Ostblockstaaten ¹⁾	5 563	3,3	3 862	1 701	Ungeklärt	4 061	2,4	2 294	1 767
Schweden	306	0,2	119	187	Ohne Angabe	1 461	0,9	831	630
Schweiz	5 509	3,3	2 541	2 968	Ausländer insgesamt	167 549	100	126 583	40 966
Spanien	10 923	6,5	8 266	2 657					
Türkei	2 165	1,3	1 874	291					
Ehemalige Baltische Staaten ²⁾	905	0,5	626	279					
Übriges Europa	698	0,4	402	296					

¹⁾ Albanien, Bulgarien, Polen, Rumänien, Sowjetunion, Tschechoslowakei, Ungarn. — ²⁾ Estland, Lettland, Litauen. — ³⁾ Ohne Ägypter mit Staatsangehörigkeit Vereinigte Arabische Republik.

Ausländerdichte am 6. Juni 1961 in Baden-Württemberg



Religionszugehörigkeit der Ausländer sowie der deutschen Bevölkerung am 6. Juni 1961 in Baden-Württemberg (ausgewählte Gruppen in %)

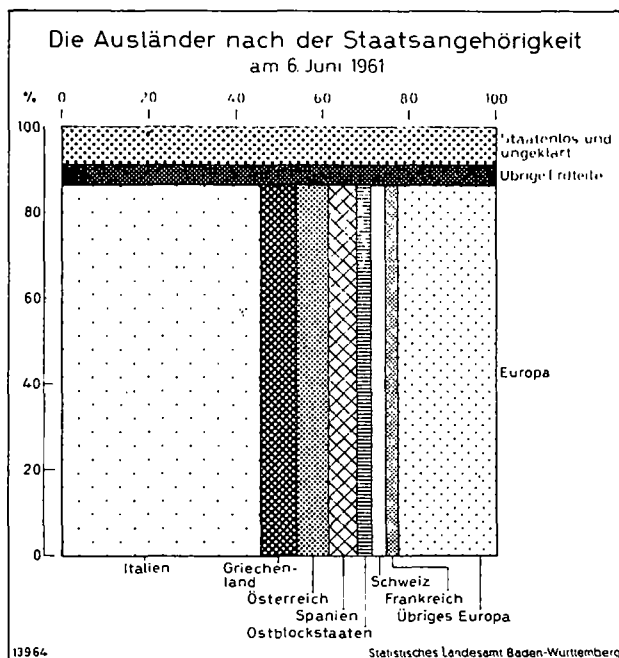


liste bereitgestellt wurden. Trotzdem sind in einer beschränkten Zahl von Fällen nicht alle Fragen der Haushaltsliste beantwortet worden. Diese Erhebungslücken konnten jedoch in einer allerdings recht zeitraubenden Rückfrageaktion bei den Zählungsdienststellen der Gemeinden fast ausnahmslos beseitigt werden.

Als Ausländer wurden bei der Volks- und Berufszählung 1961 alle Personen gezählt, die bei Frage 7 der Haushaltsliste bzw. des Einzelbogens zur Anstaltsliste nur eine ausländische Staatsangehörigkeit eingetragen oder angegeben hatten, staatenlos zu sein; des weiteren rechneten zu den Ausländern Personen, deren Staatsangehörigkeit ungeklärt war. Nicht besonders erfaßt, in den Ausländerzahlen jedoch enthalten, sind die heimatlosen Ausländer und ausländischen Flüchtlinge. Personen, die neben der deutschen noch eine ausländische Staatsangehörigkeit besaßen, wurden nicht als Ausländer ausgezählt.

Über 2 Prozent der Bevölkerung sind Ausländer

Unter der Gesamtbevölkerung Baden-Württembergs, die sich am Zählungstichtag auf 7 759 154 belief, waren 167 549 Ausländer, das entspricht einem Bevölkerungsanteil von 2,2 %. Von diesem Durchschnitt weichen die Regierungsbezirke sowie die Stadt- und Landkreise zum Teil erheblich ab. So liegt die Ausländerdichte, das ist die Zahl der Ausländer, bezogen auf 1000 der Bevölkerung, nur in Nordwürttemberg mit 28 über dem Durchschnitt, während Südbaden (19) und vor allem Nordbaden sowie Südwürttemberg-Hohenzollern mit je 16 deutlich darunter bleiben. Von den Kreisen haben die Wirtschaftszentren, die Gebiete mit Hochschulen sowie die Grenzzone zum südlichen Nachbarstaat Schweiz verhältnismäßig hohe Ausländeranteile aufzuweisen; als Beispiele seien der Stadtkreis Stuttgart (41 Ausländer auf 1000 der Bevölkerung) als Landeshauptstadt, gewerbliches Zentrum und Sitz einer Technischen Hochschule, der Stadtkreis Heidelberg (25) und der Landkreis Tübingen (24) mit ihren Universitäten sowie die beiden südbadischen Grenzkreise Konstanz (36) und Säckingen (33) angeführt. Verhältnismäßig niedrige Ausländeranteile



wurden in den mehr landwirtschaftlich ausgerichteten Regionen ermittelt, so zum Beispiel Dichteziffern bis zu 10 in den Landkreisen Crailsheim, Buchen, Bruchsal, Mergentheim, Mosbach, Tauberbischofsheim, Sinsheim, Hechingen, Offenburg, Bühl, Künzelsau, Münsingen, Öhringen und Saulgau.

Nur ein Viertel Ausländerinnen

Nach dem Geschlecht untergliedert, zählte man unter den Ausländern 126 583 (75,5 %) männliche und 40 966 (24,5 %) weibliche.

Regionale Verteilung der Ausländer am 6. Juni 1961

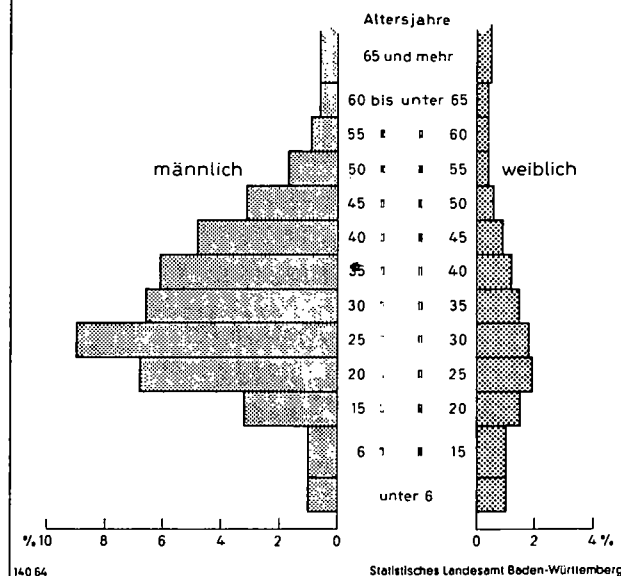
Stadtkreis/Landkreis Regierungsbezirk Land	Wohnbevölkerung	Darunter Ausländer		
		insgesamt	männlich	auf 1000 der Bevölkerung
Stuttgart Stadtkr.	637 539	26 101	21 227	41
Heilbronn "	89 100	1 891	1 514	21
Ulm "	92 701	1 878	1 517	20
Aalen Landkr.	142 126	1 750	1 279	12
Backnang "	89 362	1 609	1 060	18
Böblingen "	145 616	4 627	3 676	32
Crailsheim "	63 325	347	231	5
Eßlingen "	198 579	8 393	6 678	42
Göppingen "	201 967	5 618	4 316	28
Heidenheim "	113 453	2 069	1 602	18
Heilbronn "	162 658	1 862	1 423	11
Künzelsau "	30 948	273	198	9
Leonberg "	99 219	4 123	3094	42
Ludwigsburg "	243 849	8 528	6 816	35
Mergentheim "	40 349	251	180	6
Nürtingen "	131 620	3 261	2 496	25
Öhringen "	43 587	371	256	9
Schwäb. Gmünd "	100 501	1 661	1 211	17
Schwäb. Hall "	59 273	671	478	11
Ulm "	82 926	1 434	1 018	17
Vaihingen "	75 392	2 329	1 848	31
Waiblingen "	193 688	6 580	5 231	34
Nordwürttemberg ...	3 037 778	85 627	67 349	28
Karlsruhe Stadtkr.	241 929	4 929	3 605	20
Heidelberg "	125 264	3 166	2 167	25
Mannheim "	313 890	8 207	6 253	26
Pforzheim "	82 524	1 626	1 215	20
Bruchsal Landkr.	119 009	717	518	6
Buchen "	62 073	286	181	5
Heidelberg "	146 816	1 684	1 113	11
Karlsruhe "	166 460	2 130	1 727	13
Mannheim "	158 860	2 697	2 070	17
Mosbach "	64 467	419	312	6
Pforzheim "	63 088	907	647	14
Sinsheim "	76 202	546	362	7
Tauberbischofsheim "	76 436	488	323	6
Nordbaden	1 697 018	27 802	20 493	16
Freiburg i. Br. Stadtkr.	145 016	2 508	1 449	17
Baden-Baden "	40 029	904	535	23
Bühl Landkr.	79 859	745	526	9
Donauessingen "	66 519	1 132	842	17
Emmendingen "	102 345	1 078	694	11
Freiburg "	76 886	934	630	12
Hochschwarzwald "	42 001	746	539	18
Kehl "	53 222	552	343	10
Konstanz "	158 337	5 765	4 229	36
Lahr "	80 301	948	671	12
Lörrach "	136 333	4 122	2 968	30
Müllheim "	54 471	897	654	16
Offenburg "	98 555	817	499	8
Rastatt "	119 139	1 682	1 327	14
Säckingen "	65 797	2 204	1 615	33
Stockach "	47 219	838	641	18
Überlingen "	58 812	1 083	728	18
Villingen "	83 312	2 199	1 690	26
Waldshut "	65 266	1 455	936	22
Wolfach "	52 742	505	345	10
Südbaden	1 626 161	31 114	21 861	19
Balingen Landkr.	98 127	968	708	10
Biberach "	100 043	1 193	800	12
Calw "	117 745	2 181	1 737	19
Ehingen "	43 432	606	428	14
Freudenstadt "	58 409	643	462	11
Hechingen "	50 777	403	259	8
Horb "	42 168	595	483	14
Münsingen "	38 809	346	246	9
Ravensburg "	104 553	1 508	1 085	14
Reutlingen "	159 772	3 969	2 842	25
Rottweil "	123 496	1 970	1 471	16
Saulgau "	65 863	597	459	9
Sigmaringen "	48 336	747	520	15
Tettnang "	74 132	2 037	1 628	27
Tübingen "	123 854	2 994	2 189	24
Tuttlingen "	77 987	1 279	915	16
Wangen "	70 694	970	648	14
Südwürtt.-Hohenz. ...	1 398 197	23 006	16 880	16
Baden-Württemberg .	7 759 154	167 549	126 583	22

Geschlechterproportion bei der Wohnbevölkerung insgesamt sowie bei den Ausländern und der übrigen Bevölkerung am 6. Juni 1961

Altersgruppe in Jahren	Anteil der Ausländer an der Wohnbevölkerung			Weibliche Personen auf 1000 männliche		
	insgesamt	männlich	weiblich	Wohnbevölkerung insgesamt	Ausländer	Übrige Bevölkerung
	%					
unter 6	1,0	1,0	1,0	955	927	955
6 bis unter 15	1,0	1,0	1,0	955	942	955
15 bis unter 20	2,4	3,2	1,5	951	451	967
20 bis unter 25	4,4	6,8	1,9	941	259	990
25 bis unter 30	5,6	9,0	1,8	891	182	961
30 bis unter 35	4,1	6,6	1,5	948	211	1 001
35 bis unter 40	3,4	6,1	1,2	1 281	257	1 348
40 bis unter 45	2,5	4,8	0,9	1 387	270	1 443
45 bis unter 50	1,7	3,1	0,6	1 344	243	1 380
50 bis unter 55	1,0	1,7	0,4	1 274	341	1 289
55 bis unter 60	0,6	0,9	0,4	1 188	502	1 194
60 bis unter 65	0,5	0,6	0,4	1 302	888	1 304
65 und mehr	0,5	0,6	0,5	1 531	1 336	1 532
ohne Angabe	11,8	17,8	6,3	1 091	388	1 243
Zusammen	2,2	3,4	1,0	1 110	324	1 138

weibliche Personen. Die Geschlechterrelation ist damit bei den Ausländern, bei denen lediglich 324 weibliche Personen auf 1000 männliche kommen, stark zugunsten der Männer verschoben; bei der übrigen Bevölkerung nämlich treffen auf 1000 männliche Personen 1138 weibliche. Der Grund dafür, daß rund drei Viertel der Ausländer männlichen Geschlechts sind, ist darin zu sehen, daß die Ausländer in der Regel nicht familienweise nach Deutschland übersiedeln, sondern meist einzeln oder mit nur wenigen Familienangehörigen zeitweise aus Existenzgründen in die Fremde gehen. Daß es sich dabei vorwiegend um Ehemänner und erwachsene Söhne handelt, geht aus der Alters- und Familienstandgliederung der Ausländer hervor. Unter der Gesamtzahl der Ausländer ist nämlich die Altersgruppe 21 bis unter 45 Jahre mit 64,6 % nahezu doppelt so stark wie bei der übrigen Bevölkerung (33,0 %) vertreten, während andererseits der Anteil der Verheirateten unter den Ausländern (45,1 %) in etwa dem Prozentsatz bei der übrigen Bevölkerung (47,4 %) entspricht. Die nicht zusammenlebenden Verheirateten allerdings machen bei den Ausländern mit 23,6 % gegenüber der übrigen Bevölkerung (1,7 %) rund das Zwanzigfache aus. Auffallend gering ist bei den Ausländern der Anteil verwitweter und geschiedener Personen (3,4 %), was einmal auf die besondere Altersstruktur dieses Personenkreises zurückzuführen ist, zum anderen darauf, daß rund drei Viertel der Ausländer römisch-katholisch sind und zu mehr als der Hälfte aus den beiden südeuropäischen Ländern Italien und Spanien stammen, in denen die nach kanonischem Recht geschlossenen Ehen auch nach bürgerlichem Recht unauflösbar sind. Ebenfalls im Zusammenhang mit der Verteilung der Staatsangehörigkeiten sind die Anteile der Ausländer, die sich als

Anteil der Ausländer an der Wohnbevölkerung Baden-Württembergs nach Geschlecht und Altersgruppen am 6. Juni 1961



evangelisch bezeichnet haben (10,1 % gegenüber 49,7 % bei der übrigen Bevölkerung), und die Prozentsätze der Angehörigen der Ostkirchen (9,5 %) sowie der sog. anderen Volks- und Weltreligionen wie Hindus und Mohammedaner (3,2 %) zu betrachten. So sind z. B. die Griechen an der Gesamtzahl der Ausländer mit 8,4 % beteiligt, einem Prozentsatz also, der dem der Angehörigen der Ostkirchen sehr nahe kommt. Im übrigen ist darauf hinzuweisen, daß sich die Ausländer nur auf relativ wenige Staatsangehörigkeiten konzentrieren; die Mehrzahl der Staatsangehörigkeiten ist demgemäß verhältnismäßig schwach besetzt. Zu den stärker vertretenen Herkunftsländern zählen außer den bereits erwähnten lediglich noch Österreich (7,3 %), die Ostblockstaaten und die Schweiz (je 3,3 %) sowie Frankreich (3,0 %). Auch die Staatenlosen (10 767 oder 6,4 %) und die Personen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit bzw. die Ausländer ohne spezielle Angabe der Staatsangehörigkeit (5522 oder 3,3 %) sind als nur kleine Gruppen anzusprechen.

Bis zu 10 Prozent Ausländer in einzelnen Altersjahren

Wie bereits erwähnt, weicht neben der Geschlechts- auch die Altersgliederung der Ausländer beträchtlich von der deutschen Bevölkerung ab. Der Anteil der Kinder bis unter 15 Jahren ist bei den Ausländern (10,4 %) nur etwa halb so groß

Altersaufbau der Wohnbevölkerung insgesamt sowie der Ausländer und der übrigen Bevölkerung am 6. Juni 1961

Altersgruppe in Jahren	Wohnbevölkerung						Ausländer						Übrige Bevölkerung		
	insgesamt		männlich		weiblich		insgesamt		männlich		weiblich		insgesamt	männlich	weiblich
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%			
unter 6	786 607	10,1	402 373	10,9	384 234	9,4	8 117	4,8	4 212	3,3	3 905	9,5	10,3	11,2	9,4
6 bis unter 15	968 209	12,5	495 232	13,5	472 977	11,6	9 301	5,6	4 789	3,8	4 512	11,0	12,6	13,8	11,6
15 bis unter 20	517 432	6,7	265 234	7,2	252 198	6,2	12 296	7,3	8 473	6,7	3 823	9,3	6,7	7,2	6,1
20 bis unter 25	696 236	9,0	358 792	9,8	337 444	8,3	30 573	18,2	24 289	19,2	6 284	15,3	8,8	9,1	8,2
25 bis unter 30	575 752	7,4	304 545	8,3	271 207	6,6	32 460	19,4	27 467	21,7	4 993	12,2	7,2	7,8	6,6
30 bis unter 35	553 749	7,1	284 245	7,7	269 504	6,6	22 822	13,6	18 851	14,9	3 971	9,7	7,0	7,5	6,6
35 bis unter 40	523 112	6,7	229 339	6,2	293 773	7,2	17 646	10,5	14 042	11,1	3 604	8,8	6,7	6,1	7,2
40 bis unter 45	397 744	5,1	166 627	4,5	231 117	5,7	10 124	6,0	7 973	6,3	2 151	5,3	5,1	4,5	5,7
45 bis unter 50	495 649	6,4	211 419	5,8	284 230	7,0	8 253	4,9	6 641	5,2	1 612	3,9	6,1	5,8	7,0
50 bis unter 55	546 316	7,0	240 263	6,5	306 053	7,5	5 323	3,2	3 969	3,1	1 354	3,3	7,1	6,7	7,5
55 bis unter 60	497 443	6,4	227 355	6,2	270 088	6,6	3 115	1,9	2 094	1,7	1 051	2,6	6,5	6,3	6,7
60 bis unter 65	406 659	5,2	176 668	4,8	229 991	5,6	2 114	1,3	1 120	0,9	994	2,1	5,3	4,9	5,7
65 und mehr	783 792	10,1	309 716	8,1	474 076	11,6	4 137	2,5	1 771	1,4	2 366	5,8	10,3	8,7	11,7
ohne Angabe	10 454	0,1	5 000	0,1	5 454	0,1	1 238	0,7	892	0,7	346	0,8	0,1	0,1	0,1
Zusammen	7 759 154	100	3 676 808	100	4 082 346	100	167 519	100	126 583	100	40 966	100	100	100	100

Wohnbevölkerung sowie Erwerbspersonen nach Bevölkerungsgruppen und einigen wichtigen Strukturmerkmalen am 6. Juni 1961

Bezeichnung	Wohnbevölkerung/Erwerbspersonen						
	insgesamt		Ausländer			Übrige Bevölkerung	
	Anzahl	%	Anzahl	%	auf 1000 der Bevölkerung	Anzahl	%
Wohnbevölkerung							
Insgesamt	7 759 154	100	167 549	100	22	7 591 605	100
a) nach Geschlecht							
männlich	3 676 808	47,4	126 583	75,5	34	3 550 225	46,8
weiblich	4 082 346	52,6	40 966	24,5	10	4 041 380	53,2
b) nach Altersgruppen							
unter 15 Jahren	1 754 816	22,6	17 418	10,4	10	1 737 398	22,9
15 bis unter 21 Jahre	651 731	8,4	17 693	10,6	27	634 038	8,4
21 bis unter 45 Jahre	2 612 294	33,7	108 228	64,6	41	2 504 066	33,0
45 bis unter 65 Jahre	1 946 067	25,1	18 835	11,2	10	1 927 232	25,4
65 und mehr Jahre	783 792	10,1	4 137	2,5	5	779 655	10,3
ohne Angabe	10 454	0,1	1 238	0,7	118	9 216	0,1
c) nach dem Familienstand							
ledig	3 377 752	43,5	85 571	51,1	25	3 292 181	43,4
verheiratet							
zusammenlebend	3 544 342	45,7	36 026	21,5	10	3 508 316	46,2
nicht zusammenlebend	130 423	1,7	39 601	23,6	304	90 822	1,2
überhaupt	3 674 765	47,4	75 627	45,1	21	3 599 138	47,4
verwitwet oder geschieden	703 131	9,1	5 688	3,4	8	697 443	9,2
ohne Angabe	3 506	0,0	663	0,4	189	2 843	0,0
d) nach der Religionszugehörigkeit							
Evangelische Kirche in Deutschland und Evangelische Freikirchen ¹⁾ ..	3 791 401	48,9	16 977	10,1	4	3 774 424	49,7
Römisch-katholische Kirche einschl. der unierten Riten	3 633 038	46,8	122 366	73,0	34	3 510 672	46,2
Ostkirchen	18 017	0,2	15 897	9,5	882	2 120	0,0
Andere Volks- und Weltreligionen ²⁾ ..	5 997	0,1	5 426	3,2	905	571	0,0
Sonstige ³⁾	255 753	3,3	3 705	2,2	14	252 048	3,3
Ungeklärt und ohne Angabe	54 948	0,7	3 178	1,9	58	51 770	0,7
e) nach der Beteiligung am Erwerbsleben							
Erwerbspersonen	4 045 250	52,1	131 875	78,7	33	3 913 375	51,5
Nichterwerbspersonen	3 713 904	47,9	35 674	21,3	10	3 678 230	48,5
f) nach dem überwiegenden Lebensunterhalt							
Erwerbstätigkeit	3 725 885	48,0	130 116	77,7	35	3 595 769	47,4
Arbeitslosengeld/-hilfe	2 800	0,0	72	0,0	26	2 728	0,0
Rente und dergleichen	967 621	12,5	6 919	4,1	7	960 702	12,7
Angehörige	3 062 848	39,5	30 442	18,2	10	3 032 406	39,9
Erwerbspersonen ⁴⁾							
Insgesamt	4 019 205	100	131 875	100	33	3 887 330	100
a) nach Geschlecht							
männlich	2 376 664	59,1	110 707	83,9	47	2 265 957	58,3
weiblich	1 642 541	40,9	21 168	16,1	13	1 621 373	41,7
b) nach Wirtschaftsbereichen							
Land- und Forstwirtschaft	636 904	15,8	2 219	1,7	3	634 685	16,3
Produzierendes Gewerbe ⁵⁾	2 108 841	52,5	109 725	83,2	52	1 999 116	51,4
Handel und Verkehr	545 249	13,6	7 121	5,4	13	538 128	13,8
Sonstige Wirtschaftsbereiche (Dienstleistungen)	728 211	18,1	12 810	9,7	18	715 401	18,4
c) nach der Stellung im Beruf							
Selbständige und Mithelfende							
Familienangehörige	983 684	24,5	3 890	2,9	4	979 794	25,2
Abhängige ⁶⁾	3 035 521	75,5	127 985	97,1	42	2 907 536	74,8

¹⁾ Einschließlich ausländischer Kirchen. — ²⁾ Kennziffer 8 des „Verzeichnisses der Religionsbenennungen“, Ausgabe 1961, herausgegeben vom Statistischen Bundesamt Wiesbaden; hierher gehören u. a. Hindus und Mohammedaner. — ³⁾ Altkatholische Kirche und verwandte Gruppen, Christlich orientierte Sondergemeinschaften, Jüdische Religionsgemeinschaft, Freireligiöse und Weltanschauungsgemeinschaften sowie Gemeinschaftslose. — ⁴⁾ Ohne Soldaten. — ⁵⁾ Einschl. ohne Angabe.

wie bei der übrigen Bevölkerung (22,9 %). Demgegenüber ist der Prozentsatz der im erwerbsfähigen Alter (15 bis unter 65 Jahre) stehenden Personen bei der deutschen Bevölkerung mit 66,7 um rund ein Viertel geringer als bei den Ausländern (86,4 %). Eine noch stärkere Differenzierung weist die Altersgruppe 65 und mehr Jahre auf, die bei der deutschen Bevöl-

kerung mit 10,3 %, bei den Ausländern hingegen nur mit 2,5 % besetzt ist. Nach dem Geschlecht unterschieden, ergeben sich ebenfalls erhebliche Abweichungen. So gehören nämlich gut zwei Drittel der männlichen Ausländer der Altersgruppe 20 bis unter 40 Jahre an, während bei der deutschen Bevölkerung nur ein Drittel der Männer in diesem Alter steht; bei den Frauen betragen diese Anteile 46,0 % und 28,5 %. Dadurch bedingt, liegt auch der Anteil der Ausländer an der Wohnbevölkerung in dieser Altersgruppe besonders hoch. Er bewegt sich auf männlicher Seite zwischen 6,1 % bei den 20-jährigen und 9,9 % bei den 27-jährigen, auf weiblicher Seite zwischen 0,9 % bei den 40-jährigen und 2,0 % bei den 27-jährigen. Im Gesamtdurchschnitt beziffern sich die Anteile auf 3,4 % und 1,0 %. In der genannten Altersgruppe ist der Einfluß der Ausländer auf die Geschlechterproportion der Bevölkerung insgesamt verhältnismäßig am stärksten. Die Sexualproportion, das ist die Zahl der weiblichen Personen, bezogen auf 1000 männliche, zeigt bei der Gesamtbevölkerung bis zu der Altersgruppe 30 bis unter 35 Jahre mit der Ziffer 948 einen Frauenmangel, unter Berücksichtigung der Ausländer ergibt sich jedoch bei der deutschen Bevölkerung schon in dieser Altersgruppe mit der Quote 1001 ein leichter Männermangel. Im übrigen verschiebt der Personenkreis der Ausländer die Geschlechterrelation angesichts des Verhältnisses zwischen Männern und Frauen bei den Ausländern (3 : 1) allgemein in Richtung einer Verstärkung des Frauenmangels bei den Altersgruppen bis unter 35 Jahren bzw. in Richtung einer Minderung des Männermangels in den folgenden Altersgruppen. Mit zunehmendem Alter allerdings nimmt der Einfluß kontinuierlich ab, bis er schließlich vom Altersjahr 55 an nahezu unerheblich wird.

Vier Fünftel der Ausländer sind Erwerbspersonen

Unter der Gesamtzahl der Ausländer befanden sich 131 875 Erwerbspersonen, das sind 3,3 % der Erwerbspersonen überhaupt. Die Erwerbsquote liegt damit bei den Ausländern (78,7 %) um etwa die Hälfte höher als bei der übrigen Bevölkerung, bei der sie sich am Zählungstichtag auf 51,5 %

bezieht. Diese Feststellung trifft auch bei der Untergliederung nach Geschlecht zu: Von den männlichen Ausländern gehen 87,5 % einem Erwerb nach, von dem männlichen Teil der übrigen Bevölkerung 64,6 %; von 100 Ausländerinnen standen 52 im Erwerbsleben, bei der deutschen Bevölkerung hingegen waren es 40.

Die große Masse der Ausländer ist im Produzierenden Gewerbe, zu dem auch die Bauwirtschaft zählt, tätig; 83,2 % der ausländischen Erwerbspersonen gehörten diesem Wirtschaftsbereich an. Nahezu 10 % übten eine Tätigkeit im Dienstleistungssektor aus, gut 5 % wurden für den Wirtschaftsbereich Handel und Verkehr ermittelt. Verhältnismäßig gering ist der Anteil der Land- und Forstwirtschaft mit nur 1,7 %. Verglichen mit der deutschen Bevölkerung, ist der Anteil der Ausländer lediglich im Produzierenden Gewerbe höher, bei dem auch der Anteil der Ausländer mit 5,2 % erheblich über dem Anteil der ausländischen Erwerbspersonen überhaupt (3,3 %) liegt.

Nach der Stellung im Beruf befanden sich 97 von 100 Ausländern in einer abhängigen Tätigkeit als Arbeiter oder Angestellte, nur 3 waren selbständig oder halfen im Betrieb eines Familienangehörigen mit. Bei der deutschen Bevölkerung war die Selbständigenquote mit 25 gut achtmal so groß.

Angesichts der hohen Erwerbsquote überrascht es nicht, daß die Ausländer zu 77,7 % (übrige Bevölkerung 47,4 %) ihren überwiegenden Lebensunterhalt aus eigener Erwerbstätigkeit und nur zu 18,2 % (39,9 %) von Angehörigen bzw. 4,1 % (12,7 %) aus Rente beziehen. Der Grund für diese Differenzierung zwischen ausländischer und deutscher Bevölkerung ist darin zu sehen, daß die Ausländer – wenigstens bisher noch – in der Regel nicht mit ihrer gesamten Familie nach Deutschland übersiedeln, sondern vielfach die zu versorgenden Familienanteile in der Heimat zurücklassen. Diese Angehörigen aber wurden von der Volkszählung in Baden-Württemberg nicht erfaßt, so daß sie auch bei der Ermittlung des überwiegenden Lebensunterhaltes der Wohnbevölkerung nicht in Ansatz gebracht werden konnten. Es kann aber wohl angenommen werden, daß zu den 130 000 Ausländern, die ihren Lebensunterhalt aus Erwerbstätigkeit bestreiten, noch ein Mehrfaches an Angehörigen kommt. Unterstellt man, daß durchschnittlich auf einen ausländischen Einkommensbezieher etwa 3 zu unterhaltende Angehörige entfallen, so ergibt sich immerhin die Zahl von über 500 000 Personen fremder Nationalität, die von der baden-württembergischen Wirtschaft ihren Lebensunterhalt beziehen.

Dr. Eberhard Gawatz

Unterhaltsquellen und Erwerbstätigkeit der Bevölkerung am 6. Juni 1961

Ergebnisse der Volks- und Berufszählung

Allgemeines

Anläßlich der Volkszählung am 6. Juni 1961 wurde jede Person gefragt:

„Sind Sie in irgendeiner Weise *erwerbs- oder berufstätig*, hauptberuflich oder nur nebenher, auch mithelfend im Familienbetrieb?“

Hiernach war jede Person, die überhaupt irgendeiner Tätigkeit nachging, gleichgültig ob sie damit ihren Lebensunterhalt bestritt oder nicht, gehalten, Angaben über diese Tätigkeit zu machen.

Weiter wurde jede Person gefragt:

„Woraus beziehen Sie gegenwärtig *überwiegend* die Mittel für Ihren Lebensunterhalt?“

An Antworten, von denen nur *eine* angekreuzt werden sollte, waren vorgegeben:

Erwerbs- oder Berufstätigkeit?

Unterhalt durch Eltern, Ehemann oder Sohn?

Sozialversicherungsrente?

oder woraus sonst? (Hier waren Angaben in Klartext zu machen.)

Der Auskunftspflichtige hatte Gelegenheit, selbst zu bestimmen, aus welcher Quelle sein überwiegender Lebensunterhalt stammte. Diese von ihm gemachten Angaben wurden nur geändert, wenn die Beantwortung der Frage mit den objektiv angegebenen Erwerbsverhältnissen nicht zu vereinbaren war; so wurden die Angaben über den überwiegenden Lebensunterhalt in folgenden Fällen aufgrund anderer Auskünfte in der Haushaltsliste geändert:

1. Hatte eine Person – mit Ausnahme von Lehrlingen – angegeben, daß „sie ihren überwiegenden Lebensunterhalt aus Unterhalt von Eltern, Ehemann oder Sohn“ bezieht, obwohl sie selbst 25 und mehr Stunden in der Woche eine Erwerbstätigkeit ausübte, so wurde als Quelle ihres Lebensunterhaltes „Erwerbs- oder Berufstätigkeit“ unterstellt.
2. Hatte eine Person angegeben, daß sie ihren überwiegenden Lebensunterhalt aus „Unterhalt von Eltern, Ehemann oder Sohn“ bezieht, obwohl sie selbst zwei verschiedene Erwerbstätigkeiten ausübte, von denen sie durch die erste 15 und mehr Stunden wöchentlich in Anspruch genommen wurde, so wurde als Quelle ihres Lebensunterhaltes ebenfalls „Erwerbs- oder Berufstätigkeit“ angenommen.

Der erste Fall war besonders bei Ehefrauen anzutreffen, die aus dem Gefühl ehelicher Verbundenheit ihren Mann als Ernährer angegeben hatten, obwohl sie aufgrund ihrer Erwerbstätigkeit selbst so viel zum gemeinsamen Haushalt beisteuerten, daß die eigene Erwerbs- oder Berufstätigkeit als ihre überwiegende Unterhaltsquelle anzusehen war.

Im zweiten Fall wurde davon ausgegangen, daß dann, wenn eine zweite Erwerbstätigkeit ausgeübt und überhaupt angegeben wird, diese zweite Erwerbstätigkeit mindestens 10 Stunden wöchentlicher Arbeitszeit erfordert. Damit ergibt sich wieder eine gesamte wöchentliche Arbeitszeit aus erster und zweiter Erwerbstätigkeit von 25 und mehr Stunden. Somit war diese Person wie im ersten Falle zu behandeln.

Die doppelte Fragestellung nach der Erwerbstätigkeit einerseits und nach dem überwiegenden Lebensunterhalt andererseits wurde bei der Volks- und Berufszählung 1961 erstmals in einer Totalerhebung angewandt. Es wurde dadurch ermöglicht, die Wohnbevölkerung nach dem *Erwerbskonzept* und nach dem *Unterhaltskonzept* darzustellen.

Nach dem *Erwerbskonzept* gliedert sich die Wohnbevölkerung in:

Erwerbspersonen

davon Erwerbstätige

Erwerbslose

Nichterwerbspersonen.

Im *Unterhaltskonzept* wird die Wohnbevölkerung nach folgenden Quellen des überwiegenden Lebensunterhaltes unterschieden:

Erwerbstätigkeit

Arbeitslosengeld bzw. -hilfe

Rente und dergleichen (Pension, eigenes Vermögen u. ä.)

Angehörige.

Die Kombination beider Konzepte ermöglicht es erstmals, u. a. die Bedeutung der Rentner im Erwerbsleben darzutun.

Die Wohnbevölkerung nach der Beteiligung am Erwerbsleben sowie nach dem überwiegenden Lebensunterhalt

Beteiligung am Erwerbsleben	Wohnbe- völkerung am 6. 6. 1961	Davon mit überwiegendem Lebensunterhalt durch			
		Erwerbs- tätigkeit	Arb.- losen- geld bzw. -hilfe	Rente u. dgl.	Ange- hörige
Absolute Werte					
Erwerbstätige	4 039 217	3 725 885	10	99 382	213 940
Erwerbslose	6 033	—	2 790	664	2 579
Nichterwerbspersonen ..	3 713 904	—	—	867 575	2 846 329
Insgesamt	7 759 154	3 725 885	2 800	967 621	3 062 848
Verteilung in %					
Erwerbstätige	52,1	48,0	0,0	1,3	2,8
Erwerbslose	0,0	—	0,0	0,0	0,0
Nichterwerbspersonen ..	47,9	—	—	11,2	36,7
Insgesamt	100	48,0	0,0	12,5	39,5

Weiter darf auf eine Änderung des Begriffes *Erwerbsperson* hingewiesen werden, wodurch der Vergleich der Zahl der Erwerbspersonen aus dieser Zählung mit der aus früheren Volks- und Berufszählungen geringfügig behindert ist. Die Erwerbspersonen wurden bei der Volks- und Berufszählung 1961 – entsprechend dem beim Mikrozensus geübten Verfahren – nach dem *Umfassenden Konzept*¹ ermittelt. Dieses besagt, daß jeder, der erwerbslos ist und jeder, der irgendeine – auch noch so geringfügige – Erwerbstätigkeit ausübt, auch dann, wenn der Lebensunterhalt überwiegend aus anderen Quellen als aus Erwerbstätigkeit stammt, als Erwerbsperson gezählt wird. Bei der Volks- und Berufszählung 1950 dagegen wurden außer den Erwerbslosen nur diejenigen Personen als Erwerbspersonen gezählt, die einen Hauptberuf ausübten. Die nach dem neuen Begriffsinhalt gegenüber dem früheren mehr erfaßten Erwerbspersonen dürften für das ganze Land auf höchstens 1 bis 2% zu veranschlagen sein, was bei der Beurteilung der Erwerbsquote zu berücksichtigen sein wird. Bei der Beurteilung der Entwicklung seit 1950 ist zu beachten, daß durch diese methodische Veränderung Zunahmen verstärkt zum Ausdruck kommen, Abnahmen hingegen abgeschwächt dargestellt werden. Vergleicht man demnach die in beiden Zählungen ermittelten Erwerbspersonen, so muß man sich darüber im klaren sein, daß Zunahmen in der Zahl der Erwerbspersonen stets ein wenig überhöht sind.

Wenn in beiden Zählungen für einen etwas anders definierten Begriff jedesmal die Bezeichnung *Erwerbsperson*² verwenden

¹ Siehe hierzu: „Familienstand und Erwerbstätigkeit der Wohnbevölkerung im Oktober 1957“, *Statistische Monatshefte Baden-Württemberg*, 7. Jg. 1959, Heft 11, S. 295.

² Siehe hierzu: „Erwerbstätigkeit und Lebensunterhalt“, *Wirtschaft und Statistik* 1963, Heft 3, und „Die Erwerbstätigkeit im Oktober 1962“, *Statistische Monatshefte Baden-Württemberg*, 11. Jg. 1963, Heft 9, S. 262.

det wurde, so geschah dies besonders, um die in der deutschen Statistik bisher angewandte Terminologie beizubehalten und um nicht durch neue Bezeichnungen, wie sie zeitweilig im Mikrozensus benutzt wurden, noch mehr Schwierigkeiten im Vergleich zu früher zu schaffen.

48 % der Wohnbevölkerung bestreiten ihren überwiegenden Lebensunterhalt aus Erwerbstätigkeit¹

Insgesamt bestreiten 3,726 Mill. Personen (48 % der Wohnbevölkerung) ihren überwiegenden Lebensunterhalt aus Erwerbstätigkeit. 968 000 oder 13 % leben überwiegend von Rente und 3,063 Mill. (40 %) erhalten ihren Lebensunterhalt überwiegend von Angehörigen. Unter denen, die überwiegend von Rente leben, befinden sich 99 000 Personen (10 %), die zugleich einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Bei den Männern sind dies besonders ältere Arbeitskräfte, die sich noch rüstig genug fühlen, einen Beruf auszuüben. Bei den Frauen sind auch schon die mittleren Jahrgänge vertreten, die sich – z. B. als Bezieher von Witwenrente – noch um eine Beschäftigung bemüht haben, mit der sie ihre Einkünfte verbessern können. Von den Personen, die ihren überwiegenden Lebensunterhalt von Angehörigen erhalten, üben 214 000 (7 %) eine Erwerbstätigkeit aus. Bei den männlichen Personen sind dies hauptsächlich die Jahrgänge zwischen 15 und 25 Jahren, die als Lehrlinge noch nicht so viel verdienen, daß sie ihren überwiegenden Lebensunterhalt aus ihrer Erwerbstätigkeit bestreiten könnten. Die Frauen dieser Gruppe gehören zum Teil ebenfalls den jüngeren Jahrgängen an; sie sind aber auch unter den älteren Jahrgängen anzutreffen, wo sie als Ehefrauen einem Beruf nachgehen, der sie weniger als 25 Stunden wöchentlich in Anspruch nimmt.

In den Regierungsbezirken weichen die für das ganze Land ermittelten Ergebnisse etwas vom Durchschnitt ab. So bestreiten in Nordbaden lediglich 46 % der Wohnbevölkerung ihren überwiegenden Lebensunterhalt aus Erwerbstätigkeit, wogegen sich diese Quote in Nordwürttemberg auf 50 % beläuft. In Nordbaden steht der niedrigen Unterhaltsquote aus Erwerbstätigkeit die höchste Rentnerquote (14 %) und ein über dem

Durchschnitt liegender Anteil (40 %) der Personen gegenüber, die überwiegend von Angehörigen leben. Der Personenkreis, der seinen Lebensunterhalt von Angehörigen erhält, ist in Südbaden mit 41 % am stärksten vertreten.

Von den 4,045 Mill. Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose) bestreiten 3,726 Mill. (92 %) ihren Lebensunterhalt überwiegend aus Erwerbstätigkeit. Diese Quote schwankt in den Regierungsbezirken geringfügig zwischen 91 und 93 %. Der Anteil der Rentner, Pensionäre und dergleichen unter den Erwerbspersonen liegt zwischen 2 % und 3 %. Ebenso bewegt sich auch die Quote der Erwerbspersonen, die ihren überwiegenden Lebensunterhalt von Angehörigen erhalten, lediglich zwischen 5 % und 6 %. Sie liegt somit dicht am Landesdurchschnitt.

Das Unterhaltskonzept läßt in regionaler Sicht keine vom Landesdurchschnitt wesentlich abweichenden Besonderheiten erkennen. Sowohl die Erwerbstätigkeit als Hauptunterhaltsquelle der Landesbewohner, wie auch der Lebensunterhalt aus Rente und von Angehörigen sind in allen Landesteilen anteilmäßig ziemlich gleich vertreten. Der Erkenntniswert des Unterhaltskonzepts liegt weit mehr in den altersmäßig unterschiedlichen Unterhaltsverhältnissen sowie darin, daß Aussagen über die Unterhaltsverhältnisse der den einzelnen Wirtschaftsbereichen bzw. -abteilungen zugehörigen Erwerbspersonen gemacht werden können, allerdings erst dann, wenn weitere Ergebnisse der Volks- und Berufszählung vorliegen.

83 % der Wohnbevölkerung beziehen ihren Lebensunterhalt aus Erwerbstätigkeit des Ernährers

Im vorangegangenen Abschnitt war die Wohnbevölkerung nach der überwiegenden Unterhaltsquelle, aus der jede einzelne Person für sich ihren Lebensunterhalt bezog, dargestellt. In diesem Abschnitt werden alle Personen, die ihren Lebensunterhalt von einem Angehörigen (ihrem Ernährer) beziehen, der Unterhaltsquelle dieses Ernährers zugeordnet. Es erscheinen also der Ernährer eines Haushaltes und seine Angehörigen, die ihren überwiegenden Lebensunterhalt von ihm erhalten, in der Gruppe des überwiegenden Lebensunterhaltes, die dem Ernährer zukommt. Diese Darstellung der Wohnbevölkerung entspricht in den Grundzügen der in früheren Volks-

¹ Siehe hierzu auch das Titelbild dieses Heftes.

Die Wohnbevölkerung nach dem überwiegenden Lebensunterhalt am 6. Juni 1961

Bezeichnung	Land Baden-Württemberg				Davon in den Regierungsbezirken							
	insgesamt		davon		Nordwürttemberg		Nordbaden		Südbaden		Südwestfalen-Hohenzollern	
			männlich	weiblich								
	Anzahl	%	Anzahl	Anzahl	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Wohnbevölkerung												
Wohnbevölkerung	7 759 154	100	3 676 808	4 082 346	3 037 778	100	1 697 018	100	1 626 161	100	1 398 197	100
mit überwiegendem Lebensunterhalt durch												
Erwerbstätigkeit	3 725 885	48,0	2 276 839	1 449 046	1 502 200	49,5	776 289	45,7	761 390	46,8	686 006	49,1
Arbeitslosengeld bzw. -hilfe	2 800	0,0	1 865	935	899	0,0	885	0,1	642	0,0	374	0,0
Rente und dergleichen	967 621	12,5	360 526	607 095	364 493	12,0	235 306	13,9	198 373	12,2	169 449	12,1
Angehörige	3 062 848	39,5	1 037 578	2 025 270	1 170 186	38,5	684 538	40,3	665 756	40,9	542 368	38,8
Darunter waren Erwerbspersonen												
Erwerbspersonen	4 045 250	100	2 402 709	1 642 541	1 620 544	100	845 089	100	834 840	100	744 777	100
mit überwiegendem Lebensunterhalt durch												
Erwerbstätigkeit	3 725 885	92,1	2 276 839	1 449 046	1 502 200	92,7	776 289	91,9	761 390	91,2	686 006	92,1
Arbeitslosengeld bzw. -hilfe	2 800	0,1	1 865	935	899	0,1	885	0,1	642	0,1	374	0,1
Rente und dergleichen	100 046	2,5	47 422	52 624	34 030	2,1	20 180	2,4	24 908	3,0	20 928	2,8
Angehörige	216 519	5,4	76 583	139 936	83 415	5,1	47 735	5,6	47 900	5,7	37 469	5,0
Anteil der Erwerbspersonen an der Wohnbevölkerung in %												
Erwerbspersonen	52,1		65,3	40,2	53,3		49,8		51,3		53,3	
mit überwiegendem Lebensunterhalt durch												
Erwerbstätigkeit	48,0		61,9	35,5	49,5		45,7		46,8		49,1	
Arbeitslosengeld bzw. -hilfe	0,0		0,0	0,0	0,0		0,0		0,0		0,0	
Rente und dergleichen	1,3		1,3	1,3	1,1		1,2		1,5		1,5	
Angehörige	2,8		2,1	3,4	2,7		2,8		2,9		2,7	

zählungen geübten Zuordnung der Abhängigen zum Hauptberuf des Haushaltsvorstandes (Berufszugehörige). Vergleiche mit früheren Zählungen können jedoch noch nicht angestellt werden, da hierzu erst weitere Untergliederungen der Wohnbevölkerung vorgenommen werden müssen, die es ermöglichen, die Gliederung früherer Zählungen wieder zu erarbeiten.

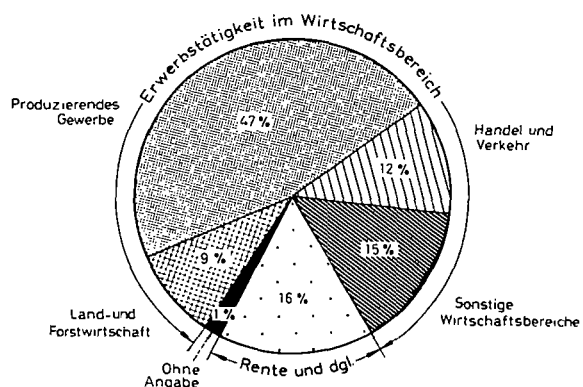
Am 6. Juni 1961 bezogen 6,450 Mill. Einwohner Baden-Württembergs, das sind 83% der Wohnbevölkerung, ihren überwiegenden Lebensunterhalt aus Erwerbstätigkeit des Ernährers. 1,231 Mill. (16%) lebten von Rente, Pension, Unterstützung, eigenem Vermögen u. ä. des Ernährers. Für 78 000 Personen (1%) war keine Zuordnung zu einem Ernährer möglich. Es handelt sich dabei zumeist um Studenten, Schüler, Lehrlinge u. ä., die von ihren Eltern getrennt leben und in ihrer Haushaltsliste oder im Einzelbogen zur Anstaltsliste keine Angaben über den Lebensunterhalt sowie die Erwerbstätigkeit des Ernährers zu machen hatten.

Von den Personen, die ihren Lebensunterhalt aus Erwerbstätigkeit des Ernährers erhalten, leben 3,605 Mill. aus deren Tätigkeit im Wirtschaftsbereich Produzierendes Gewerbe, das sind 47% der Wohnbevölkerung. Überwiegend von Land- und Forstwirtschaft leben 732 000 Personen (9%). Handel und Verkehr ernährten 911 000 Einwohner (12%) und die Sonstigen Wirtschaftsbereiche 1,165 Mill. (15%).

In den Regierungsbezirken ist die Quote der Personen, die ihren Lebensunterhalt aus der Erwerbstätigkeit des Ernährers beziehen, in Nordbaden mit 81% am niedrigsten. In den übrigen Landesteilen liegt sie zwischen 83% und 84%. In Nordbaden ist jedoch der Anteil der von Rente u. ä. lebenden Personen mit 18% um zwei Prozentpunkte höher als im Landesdurchschnitt. Die Land- und Forstwirtschaft als überwiegende Unterhaltsquelle der Bevölkerung ist in Südwürttemberg-Hohenzollern mit 14% am stärksten und in Nordbaden mit 6% am schwächsten vertreten. Das Produzierende Gewerbe ernährt in Nordwürttemberg 50% der Wohnbevölkerung gegenüber 43% in Südbaden. Aus Handel und Verkehr erhalten in Nordbaden 14% der Einwohner ihren Lebensunterhalt gegenüber nur 9% in Südwürttemberg-Hohenzollern. Die Sonstigen Wirtschaftsbereiche sind ebenfalls in Nordbaden als Unterhaltsquelle von 17% der Wohnbevölkerung am stärksten vertreten. In Südwürttemberg-Hohenzollern

Die Wohnbevölkerung in Baden-Württemberg nach dem überwiegenden Lebensunterhalt des Ernährers

am 6. Juni 1961



150 63

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

lern umfaßt dieser Wirtschaftsbereich nur 13% der Wohnbevölkerung.

3,163 Mill. Personen, das sind 41% der Wohnbevölkerung, erhalten ihren überwiegenden Lebensunterhalt als Arbeiter oder von Arbeitern, 1,408 Mill. (18%) werden aus der Tätigkeit von Angestellten und 973 000 (13%) aus dem Einkommen von Selbständigen versorgt. 406 000 Personen (5%) leben von Beamtengehältern und 398 000 (5%) erhalten ihren Lebensunterhalt als oder von Mithelfenden Familienangehörigen. Außerdem gaben 65 000 Lehrlinge an, daß sie ihren überwiegenden Lebensunterhalt selbst aus ihrer Erwerbstätigkeit bestreiten.

Auch in den Regierungsbezirken beziehen etwa vier Zehntel der Wohnbevölkerung ihren Lebensunterhalt aus Arbeiterlöhnen. Diese Gruppe tritt mit einem Anteil von 42% am

Die Wohnbevölkerung nach dem überwiegenden Lebensunterhalt des Ernährers am 6. Juni 1961

Bezeichnung	Land Baden-Württemberg				Davon in den Regierungsbezirken							
	insgesamt		davon		Nordwürttemberg		Nordbaden		Südbaden		Südwürttemberg-Hohenzollern	
	Anzahl	%	männlich	weiblich	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Wohnbevölkerung												
Wohnbevölkerung	7 759 154	100	3 676 808	4 082 346	3 037 778	100	1 697 018	100	1 626 161	100	1 398 197	100
nach dem überwiegenden Lebensunterhalt des Ernährers durch												
Erwerbstätigkeit	6 449 551	83,1	3 218 472	3 231 079	2 561 910	84,3	1 374 724	81,0	1 347 320	82,9	1 165 597	83,4
Rente und dergleichen	1 231 454	15,9	414 059	817 395	457 315	15,1	303 192	17,9	256 898	15,8	214 049	15,3
ohne Angabe	78 149	1,0	44 277	33 872	18 553	0,6	19 102	1,1	21 943	1,3	18 551	1,3
Bei überwiegendem Lebensunterhalt des Ernährers durch Erwerbstätigkeit war dieser tätig im Wirtschaftsbereich ¹⁾												
Land- und Forstwirtschaft	732 477	9,4	320 032	412 445	238 712	7,9	102 383	6,0	199 632	12,3	191 750	13,7
Produzierendes Gewerbe	3 604 631	46,5	1 938 109	1 666 522	1 506 435	49,6	743 614	43,8	691 973	42,6	662 609	47,4
Handel und Verkehr	910 895	11,7	444 575	466 320	355 802	11,7	239 570	14,1	190 827	11,7	124 696	8,9
Sonstige Wirtschaftsbereiche	1 165 083	15,0	486 244	678 839	446 757	14,7	280 405	16,5	258 383	15,9	179 538	12,8
nach der Stellung im Beruf als ²⁾												
Selbständiger ³⁾	972 822	12,5	561 229	411 593	356 165	11,7	183 106	10,8	219 089	13,5	214 462	15,3
Mithelfender Familienangehöriger	398 133	5,1	68 008	330 125	131 790	4,3	62 264	3,7	105 602	6,5	98 477	7,0
Beamter	406 336	5,2	218 315	188 021	149 315	4,9	99 182	5,8	95 241	5,9	62 598	4,5
Angestellter	1 407 963	18,1	599 728	808 235	617 707	20,3	336 956	19,9	252 967	15,6	200 333	14,3
Arbeiter ³⁾	3 162 557	40,8	1 698 297	1 464 260	1 267 491	41,7	670 170	39,5	652 932	40,2	571 964	40,9
Lehrling	65 275	0,8	43 383	21 892	25 238	0,8	14 294	0,8	14 984	0,9	10 759	0,8

¹⁾ In der Gliederung nach Wirtschaftsbereichen und nach der Stellung im Beruf sind Soldaten und deren Angehörige nicht enthalten. — ²⁾ Einschließlich Hausgewerbetreibender. — ³⁾ Einschließlich Heimarbeiter und ohne Angabe.

stärksten in Nordwürttemberg in Erscheinung. Dort kommt auch dem Lebensunterhalt durch Angestelltentätigkeit (20 %) die größte Bedeutung zu. Infolge der in Südwürttemberg-Hohenzollern noch stärker vertretenen Landwirtschaft, in der den Selbständigen ein größeres Gewicht zukommt, ist dort der Lebensunterhalt durch Selbständige mit 15 % am weitesten verbreitet. Das gleiche gilt auch für den Unterhalt aus der Tätigkeit Mithelfender Familienangehöriger, der in diesem Regierungsbezirk mit 7 % der Wohnbevölkerung seine höchste Quote erreicht. Lebensunterhalt aus Beamtentätigkeit ist in Südbaden am stärksten ausgeprägt (6 % der Wohnbevölkerung).

52 % der Wohnbevölkerung sind Erwerbspersonen

In den vorhergehenden Abschnitten wurde die Wohnbevölkerung entsprechend dem Unterhaltskonzept nach der eigenen überwiegenden Unterhaltsquelle sowie nach der überwiegenden Unterhaltsquelle des Ernährers gegliedert. Nachstehend werden die Erwerbspersonen (ohne Soldaten), wie sie sich entsprechend dem Erwerbskonzept ergeben, in der Gliederung nach Wirtschaftsbereichen dargestellt.

Wie schon erwähnt, läßt sich die Gesamtzahl der am 13. September 1950 ermittelten Erwerbspersonen mit der am 6. Juni 1961 festgestellten unter gewissen Vorbehalten vergleichen. In

der Gliederung nach Wirtschaftsbereichen jedoch sind vorerst nur in Land- und Forstwirtschaft sowie im Produzierenden Gewerbe Vergleiche mit früheren Zählungen möglich. Die Zahl der Erwerbspersonen aller anderen Wirtschaftsbereiche kann mit denen früherer Zählungen wegen Änderung der Systematik nicht mehr verglichen werden. Diese wurde geändert, um sie den heutigen Verhältnissen anzupassen; insbesondere war für das Bundesgebiet eine Wirtschaftssystematik erforderlich, die internationale Vergleiche ermöglicht.

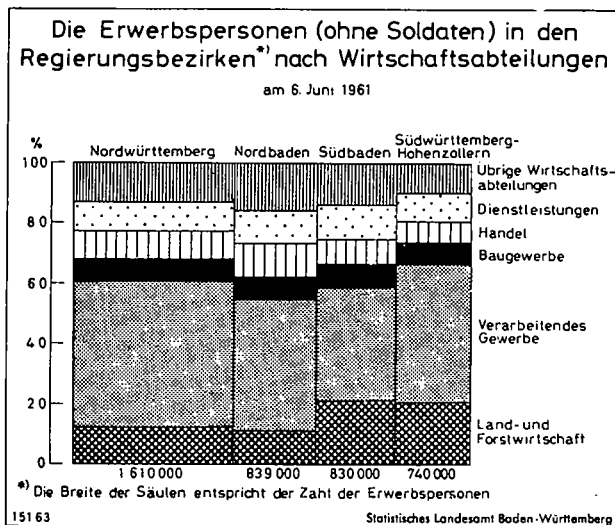
Die Zahl der Erwerbspersonen ist in Baden-Württemberg von 3,236 Mill. im Jahr 1950 um 24 % auf 4,019 Mill. 1961 gestiegen. Dabei hat die Erwerbsquote (Anteil der Erwerbspersonen an der Wohnbevölkerung) von 50 % auf 52 % zugenommen. In der gleichen Zeit hat sich die Zahl der männlichen Erwerbspersonen um 23 %, die der weiblichen hingegen um 26 % erhöht. Damit stehen heute 2,377 Mill. Männer und 1,643 Mill. Frauen im Erwerbsleben; das sind 65 % der männlichen und 40 % der weiblichen Wohnbevölkerung. Die entsprechenden Anteile beliefen sich im Jahr 1950 auf 65 % und 38 %.

Die Zahl der in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigten Erwerbspersonen hat infolge von Rationalisierung und Mechanisierung der landwirtschaftlichen Produktion von 845 000 im

Die Erwerbspersonen (ohne Soldaten) nach Wirtschaftsbereichen und nach der Stellung im Beruf
am 6. Juni 1961 und am 13. September 1950

Bezeichnung	Land Baden-Württemberg				Davon in den Regierungsbezirken							
	insgesamt		davon		Nordwürttemberg		Nordbaden		Südbaden		Südwürttemberg-Hohenzollern	
			männlich	weiblich								
	Anzahl	%	Anzahl	Anzahl	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Am 6. Juni 1961												
Erwerbspersonen ¹⁾	4 019 205	100	2 376 664	1 642 541	1 610 496	100	839 322	100	829 829	100	739 558	100
Anteil an der Wohnbevölkerung % ..	51,8	—	64,6	40,2	53,0	—	49,5	—	51,0	—	52,9	—
Nach Wirtschaftsbereichen												
Land- und Forstwirtschaft	636 904	15,8	255 607	381 297	407 070	12,9	97 992	11,7	175 071	21,1	156 771	21,2
Produzierendes Gewerbe	2 108 841	52,5	1 461 377	647 464	896 927	55,7	429 430	51,2	387 908	46,7	394 576	53,4
Handel und Verkehr	545 249	13,6	320 330	224 919	221 889	13,8	140 438	16,7	107 914	13,0	75 008	10,1
Sonstige Wirtschaftsbereiche	728 211	18,1	339 350	388 861	284 610	17,7	171 462	20,4	158 936	19,2	113 203	15,3
Nach der Stellung im Beruf												
Selbständige ²⁾	519 342	12,9	392 573	126 769	189 447	11,8	102 002	12,2	117 076	14,1	110 817	15,0
Mithelfende Familienangehörige	464 342	11,6	68 864	395 478	153 980	9,6	76 015	9,1	124 313	15,0	110 034	14,9
Beamte	161 703	4,0	142 000	19 703	61 078	3,8	39 713	4,7	36 478	4,4	24 434	3,3
Angestellte ³⁾	899 757	22,4	443 512	456 245	396 269	24,6	214 027	25,5	161 046	19,4	128 415	17,4
Arbeiter ⁴⁾	1 974 061	49,1	1 329 715	644 346	809 722	50,2	407 565	48,5	390 916	47,1	365 858	49,4
Am 13. September 1950												
Erwerbspersonen ¹⁾	3 236 496	100	1 930 240	1 306 256	1 216 845	100	698 727	100	694 633	100	626 291	100
Anteil an der Wohnbevölkerung % ..	50,3	—	64,8	37,9	50,0	—	47,5	—	51,9	—	52,9	—
Nach Wirtschaftsbereichen ⁵⁾												
Land- und Forstwirtschaft	845 478	26,1	352 696	492 782	263 385	21,6	133 340	19,1	232 601	33,5	216 152	34,5
Produzierendes Gewerbe	1 481 177	45,8	1 063 332	417 845	606 729	49,9	327 849	46,9	271 068	39,0	275 531	44,0
Nach der Stellung im Beruf												
Selbständige ²⁾	537 842	16,6	426 468	111 374	195 081	16,0	107 350	15,4	117 780	17,0	117 631	18,8
Mithelfende Familienangehörige	569 636	17,6	109 309	460 327	172 016	14,1	96 236	13,8	158 681	22,9	142 703	22,8
Beamte	118 962	3,7	106 901	12 061	43 248	3,6	31 536	4,5	26 616	3,8	17 562	2,8
Angestellte ³⁾	482 842	14,9	265 911	216 931	204 407	16,8	125 449	17,9	85 648	12,3	67 338	10,7
Arbeiter ⁴⁾	1 527 214	47,2	1 021 651	505 563	602 093	49,5	338 156	48,4	305 908	44,0	281 057	44,9
Veränderung 1961 gegenüber 1950 in %												
Erwerbspersonen	+ 24,2		+ 23,1	+ 25,7	+ 32,4		+ 20,1		+ 19,5		+ 18,1	
Nach Wirtschaftsbereichen												
Land- und Forstwirtschaft	- 24,7		- 27,5	- 22,6	- 21,4		- 26,5		- 24,7		- 27,5	
Produzierendes Gewerbe	+ 42,4		+ 37,4	+ 55,0	+ 47,8		+ 31,0		+ 43,1		+ 43,2	
Nach der Stellung im Beruf												
Selbständige ²⁾	- 3,4		- 7,9	+ 13,8	- 2,9		- 5,0		- 0,6		- 5,8	
Mithelfende Familienangehörige	- 18,5		- 37,0	- 14,1	- 10,5		- 21,0		- 21,7		- 22,9	
Beamte	+ 35,9		+ 32,8	+ 63,4	+ 41,2		+ 25,9		+ 37,1		+ 39,1	
Angestellte ³⁾	+ 86,3		+ 66,8	+ 110,3	+ 93,9		+ 70,6		+ 88,0		+ 90,7	
Arbeiter ⁴⁾	+ 29,3		+ 30,2	+ 27,5	+ 34,5		+ 20,5		+ 27,8		+ 30,2	

¹⁾ Nach dem Erwerbskonzept 1961. — ²⁾ Einschließlich Hausgewerbetreibende. — ³⁾ Einschließlich Lehrlinge, geschätzt. — ⁴⁾ Einschließlich Heimarbeiter und ohne Angabe. — ⁵⁾ Nach dem Erwerbskonzept 1950. — ⁶⁾ Es sind nur die mit 1961 vergleichbaren Wirtschaftsbereiche aufgeführt. — ⁷⁾ Einschließlich Lehrlinge.



Jahr 1950 um 25% auf 637 000 im Jahr 1961 abgenommen. Besonders zu erwähnen ist der Rückgang der männlichen Erwerbspersonen um 28%, während er bei den weiblichen nur 23% beträgt. Im Produzierenden Gewerbe erhöhte sich die Zahl der Erwerbspersonen von 1,481 Mill. um 42% auf 2,109 Mill. Besonders groß war dabei die Zuwachsrate der weiblichen Erwerbspersonen mit 55% gegenüber 37% bei den Männern.

Der Anteil der in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigten Personen an allen Erwerbspersonen ist infolge des dargestellten Rückganges an Arbeitskräften von 26% im Jahr 1950 auf 16% im Jahr 1961 abgesunken. In der gleichen Zeit ist hingegen der Anteil der Erwerbspersonen des Produzierenden Gewerbes von 46% auf 53% gestiegen.

Unter den am 6. Juni 1961 ermittelten Erwerbspersonen befinden sich 519 000 (13%) Selbständige, 464 000 (12%) Mithelfende Familienangehörige, 162 000 (4%) Beamte, 900 000 (22%) Angestellte⁴⁾ und 1,974 Mill. (49%) Arbeiter⁴⁾. Seit 1950

hat sich die Zahl der Erwerbspersonen in der Gliederung nach der Stellung im Beruf überaus ungleich entwickelt. Die Zahl der Selbständigen nahm um 3%, die der Mithelfenden Familienangehörigen um 19% ab. Demgegenüber wurden 1961 29% mehr Arbeiter, 36% mehr Beamte und 86% mehr Angestellte gezählt. Diese Entwicklung war in den einzelnen Wirtschaftsbereichen unterschiedlich. In der Land- und Forstwirtschaft nahmen am meisten die Abhängigen ab, deren Zahl sich um die Hälfte verringerte. Im Produzierenden Gewerbe hat die Zahl der Selbständigen trotz der erstaunlichen Aufwärtsentwicklung dieses Wirtschaftsbereiches von 160 000 im Jahr 1950 um 22% auf 125 000 im Jahr 1961 abgenommen. Die Zahl der Mithelfenden Familienangehörigen hingegen stieg hier von 28 000 um 32% auf 37 000. Die Zahl der Abhängigen weist den stärksten Zuwachs auf, und zwar von 1,294 Mill. um 51% auf 1,947 Mill. Personen.

In den Regierungsbezirken verlief die Entwicklung ähnlich wie im ganzen Land. Die Zahl der Erwerbspersonen hat in Nordwürttemberg um 32% am stärksten zugenommen. Es folgen Nordbaden und Südbaden mit je 20% sowie Südwürttemberg-Hohenzollern mit 18%. Der Rückgang der Erwerbspersonen in der Landwirtschaft, der in allen Landesteilen zu verzeichnen ist, belief sich in Südwürttemberg-Hohenzollern auf 28%; fast gleich hoch war er in Nordbaden mit 27%; in nicht großen Abständen folgen Südbaden mit 25% und Nordwürttemberg mit 21%. Im Produzierenden Gewerbe sind die regionalen Wachstumsraten stärker differenziert; am größten ist der Zuwachs in Nordwürttemberg mit 48%, es folgen Südwürttemberg-Hohenzollern und Südbaden mit je 43% und Nordbaden mit 31%.

44% der Erwerbspersonen sind im Verarbeitenden Gewerbe tätig

Soweit Vergleiche mit früheren Zählungen aufgrund des bis jetzt erarbeiteten Zahlenmaterials möglich waren, sind sie vorstehend angedeutet bzw. durchgeführt worden. Im Rahmen dieses Aufsatzes erscheint es jedoch angebracht, außer einem

Um Vergleiche mit 1950 zu ermöglichen, wurden die im Jahr 1961 gesondert erfaßten 174 598 Lehrlinge entsprechend den beim Mikrozensus ermittelten Verhältnissen zu 38% auf Angestellte und zu 62% auf Arbeiter verteilt.

Die Erwerbspersonen (ohne Soldaten) nach Wirtschaftsbereichen und nach der Stellung im Beruf
am 6. Juni 1961 und am 13. September 1950

Stellung im Beruf	Erwerbspersonen (ohne Soldaten) insgesamt		Darunter im Wirtschaftsbereich					
			Land- und Forstwirtschaft			Produzierendes Gewerbe		
	Anzahl	%	Anzahl	% v. Spalten	%	Anzahl	% v. Spalten	%
Am 6. Juni 1961¹⁾								
Selbständige ²⁾	519 342	12,9	216 859	41,8	34,0	124 670	24,0	5,9
Mithelfende Familienangehörige	464 342	11,6	366 097	78,8	57,5	36 887	7,9	1,8
Beamte	161 703	4,0	53 948	1,8	8,5	1 947 284	64,1	92,3
Angestellte ⁴⁾	899 757	22,4						
Arbeiter ³⁾ ⁴⁾	1 974 061	49,1						
Insgesamt	4 019 205	100	636 904	15,8	100	2 108 841	52,5	100
Am 13. September 1950⁴⁾								
Selbständige ²⁾	537 842	16,6	241 798	45,0	28,6	159 710	29,7	10,8
Mithelfende Familienangehörige	569 636	17,6	497 285	87,3	58,8	27 912	4,9	1,9
Beamte	118 962	3,7	106 395	5,0	12,6	1 293 555	60,8	87,3
Angestellte ⁴⁾	482 842	14,9						
Arbeiter ³⁾ ⁴⁾	1 527 214	47,2						
Insgesamt	3 236 496	100	845 478	26,1	100	1 481 177	45,8	100
Veränderung 1961 gegenüber 1950 in %								
Selbständige ²⁾	- 3,4		- 10,3			- 21,9		
Mithelfende Familienangehörige	- 18,5		- 26,4			+ 32,2		
Beamte	+ 35,9		- 49,3			+ 50,5		
Angestellte ⁴⁾	+ 86,3							
Arbeiter ³⁾ ⁴⁾	+ 29,3							
Insgesamt	+ 24,2		- 24,7			+ 42,4		

¹⁾ Nach dem Erwerbskonzept 1961. — ²⁾ Einschließlich Hausgewerbetreibende. — ³⁾ Einschließlich Heimarbeiter und ohne Angabe. — ⁴⁾ Einschließlich Lehrlinge, geschätzt. — ⁵⁾ Nach dem Erwerbskonzept 1950. — ⁶⁾ Einschließlich Lehrlinge.

Die Erwerbspersonen (ohne Soldaten) nach Wirtschaftsabteilungen

Wirtschaftsabteilung	Land Baden-Württemberg				Davon in den Regierungsbezirken							
	insgesamt		davon		Nordwürttemberg		Nordbaden		Südbaden		Südwestfalen-Lippe	
			männlich	weiblich								
	Anzahl	%	Anzahl	Anzahl	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
0 Land- und Forstwirtschaft	636 904	15,8	255 607	381 297	207 070	12,9	97 992	11,7	175 071	21,1	156 771	21,2
1 Energiewirtschaft	30 204	0,8	26 422	3 782	12 088	0,8	7 686	0,9	6 273	0,8	4 157	0,6
2 Verarbeitendes Gewerbe	1 766 202	43,9	1 141 925	624 277	762 534	47,3	356 587	42,5	312 542	37,7	334 539	45,2
3 Baugewerbe	294 799	7,3	283 200	11 599	114 845	7,1	60 563	7,2	65 718	7,9	53 673	7,3
4 Handel	372 402	9,3	175 101	197 301	153 498	9,5	94 519	11,3	70 676	8,5	53 709	7,3
5 Verkehr und Nachrichtenübermittlung	172 847	4,3	145 229	27 618	68 391	4,2	45 919	5,5	37 238	4,5	21 299	2,9
6 Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	65 242	1,6	35 449	29 793	32 980	2,0	16 114	1,9	9 388	1,1	6 760	0,9
7 Dienstleistungen	405 070	10,1	155 294	249 776	153 221	9,5	92 119	11,0	93 145	11,2	66 585	9,0
8 Organisationen ohne Erwerbscharakter und Private Haushalte ..	69 832	1,7	11 839	57 993	27 056	1,7	13 009	1,5	16 729	2,0	13 038	1,8
9 Gebietskörperschaften und Sozialversicherung	188 067	4,7	136 768	51 299	71 353	4,4	50 220	6,0	39 674	4,8	26 820	3,6
Ohne Angabe	17 636	0,4	9 830	7 806	7 460	0,5	4 594	0,5	3 375	0,4	2 207	0,3
Insgesamt	4 019 205	100	2 376 664	1 642 541	1 610 496	100	839 322	100	829 829	100	739 558	100

Vergleich mit früheren Ergebnissen, die Erwerbspersonen in Baden-Württemberg auch aufgrund der heute geltenden wirtschaftlichen Gliederung darzustellen, deren Grundlage die „Systematik der Wirtschaftszweige“ (Grundsystematik)⁵ ist. Aus dieser Grundsystematik wurde für die Signierung der Volks- und Berufszählung 1961 die „Systematik der Wirtschaftszweige für die Berufszählung 1961“⁶ entwickelt. Sie gliedert sich in

- 4 Wirtschaftsbereiche
- 11 Wirtschaftsabteilungen
- 38 Unterabteilungen
- 118 Gruppen.

Im folgenden wird die wirtschaftliche Gliederung der Erwerbspersonen im Jahr 1961 anhand der Wirtschaftsabteilungen kurz aufgezeigt. In Baden-Württemberg ist das *Verarbeitende Gewerbe* mit 1,766 Mill. (44%) Erwerbspersonen die bedeutendste Wirtschaftsabteilung. An zweiter Stelle steht

⁵ „Systematik der Wirtschaftszweige, Grundsystematik mit Erläuterungen“ Verlag W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart und Mainz, Juli 1961, herausgegeben vom Statistischen Bundesamt, Wiesbaden.

⁶ „Systematik der Wirtschaftszweige für die Berufszählung 1961“, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, 1961.

die *Land- und Forstwirtschaft* mit 637 000 (16%) Erwerbspersonen; in der Wirtschaftsabteilung *Dienstleistungen* sind 405 000 (10 %) Personen beschäftigt. Im *Handel* stehen 372 000 (9%) Menschen in Arbeit und im *Baugewerbe* 295 000 (7%). Der Anteil der übrigen Wirtschaftsabteilungen ist jeweils kleiner als 5%.

Bei einem Vergleich der Regierungsbezirke zeigt sich, daß die einzelnen Wirtschaftsabteilungen verschieden stark vertreten sind. Das Verarbeitende Gewerbe ist im Regierungsbezirk Nordwürttemberg mit 47% aller Erwerbspersonen am stärksten entfaltet. Die Land- und Forstwirtschaft hat in Südwestfalen-Lippe die größte Verbreitung. Das Dienstleistungsgewerbe erzielt in Süd- und Nordbaden mit 11,2% und 11,0% die höchsten Quoten an der Gesamtzahl der Erwerbspersonen. Der Handel ist in Nordbaden mit einem Anteil von 11% verhältnismäßig am stärksten vertreten. Das Baugewerbe hat in allen 4 Regierungsbezirken annähernd die gleiche Bedeutung, da sich seine Anteile an allen Erwerbspersonen nur zwischen 7,1%, in Nordwürttemberg und 7,9% in Südbaden bewegen.

Dipl.-Ing Hans Kacser

Die Erwerbspersonen in Baden-Württemberg am 6. Juni 1961

Ergebnisse der Volks- und Berufszählung

Nachstehend soll ein kurzer Überblick über die Entwicklung der Zahl der Erwerbspersonen und ihre Gliederung nach den wichtigsten Wirtschaftsbereichen in den Kreisen des Landes Baden-Württemberg gegeben werden. Es bleibt späteren Veröffentlichungen vorbehalten, die wirtschaftliche Gliederung der Stadt- und Landkreise im einzelnen darzustellen. Ein Vergleich mit den entsprechenden Zahlen der Bundesländer ist angeschlossen.

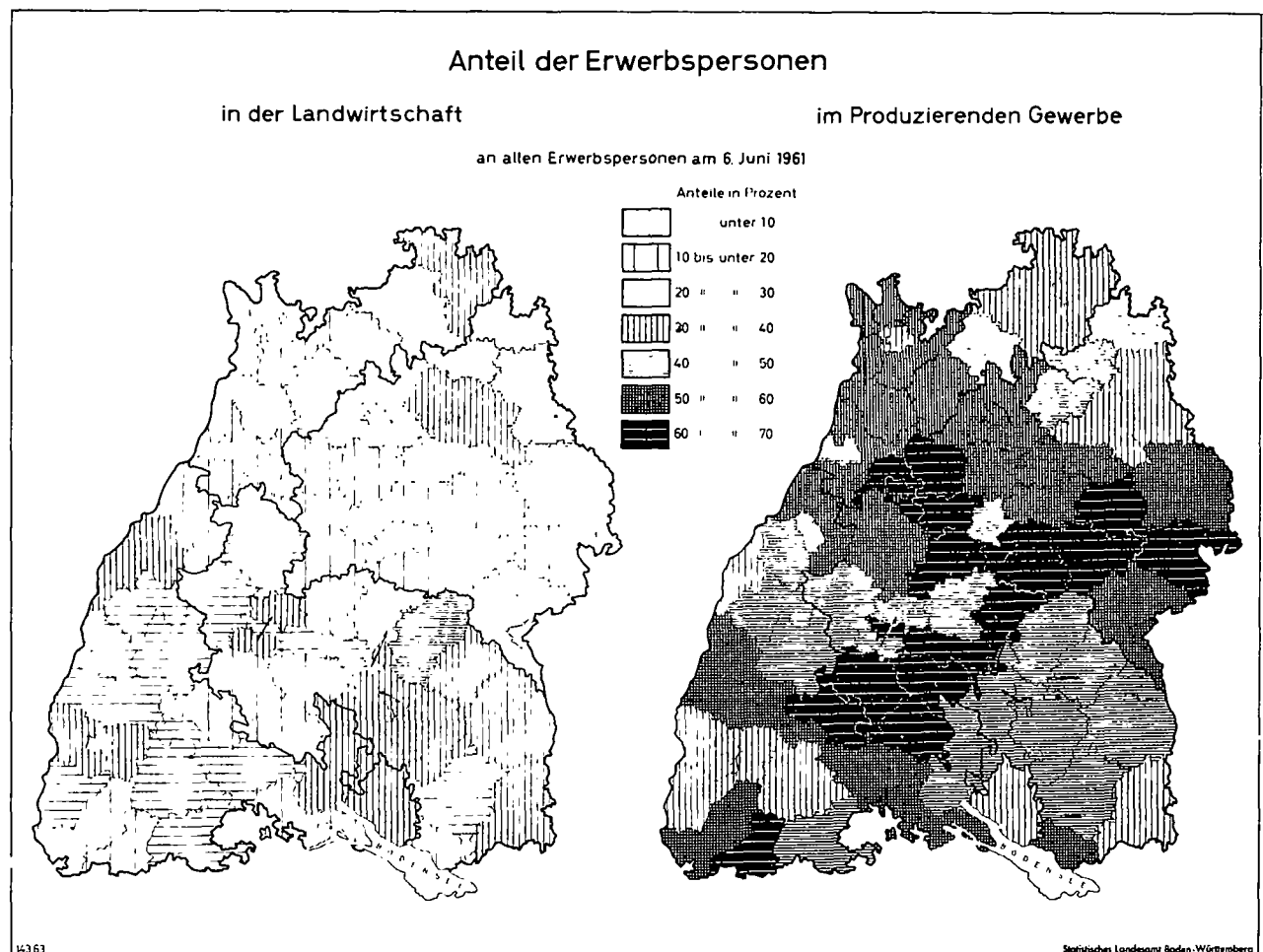
Regional stark unterschiedliche Veränderung der Zahl der Erwerbspersonen

Die Zahl der Erwerbspersonen¹ hat in Baden-Württemberg seit dem 13. September 1950 um 783 000 (24 %) zugenommen. Die entsprechenden Veränderungen in den Stadt- und Landkreisen waren sehr unterschiedlich. Sie richteten sich im wesentlichen nach der Bevölkerungsveränderung und liegen zwischen einer Zunahme um 67 % im Stadtkreis Pforzheim und einer Abnahme um 6 % im Landkreis Sinsheim. Das Gebiet,

in dem ein Rückgang der Zahl der Erwerbspersonen zu verzeichnen ist, umfaßt die Landkreise Sinsheim (— 6,2 %), Tauberbischofsheim (— 5,9 %), Buchen (— 3,8 %) und Mergentheim (— 0,1 %). In allen übrigen Kreisen des Landes hat die Zahl der Erwerbspersonen seit 1950 zugenommen. Die relativ stärksten Zunahmen wurden außer in den Stadtkreisen Pforzheim (67,3 %) und Stuttgart (40,5 %) auch in den zum Ballungsraum um Stuttgart zählenden Landkreisen Böblingen (58,5 %), Leonberg (61,7 %), Waiblingen (49,5 %) und Eßlingen (50,6 %) ermittelt. Außerdem gehören noch die Stadtkreise Heilbronn (47,5 %) und Ulm (40,6 %) sowie die Landkreise Villingen (40,2 %) und Tettnang (44,6 %) zu den Gebieten, die eine weit über dem Landesdurchschnitt liegende prozentuale Zunahme der Erwerbspersonen aufweisen.

Höchste Erwerbsquote im Kreis Balingen

Der Anteil der Erwerbspersonen an der Wohnbevölkerung wird als *Erwerbsquote* bezeichnet. Sie ist im Land Baden-Württemberg von 50,3 im Jahr 1950 auf 51,8 im Jahr 1961



¹ 1950 Erwerbspersonenkonzept, 1961 Umfassendes Konzept.

Die Erwerbspersonen¹⁾ in Baden-Württemberg am 6. Juni 1961 und am 13. September 1950 nach Kreisen

Kreise Regierungsbezirke Land	Erwerbspersonen am						Erwerbs- quote ²⁾ am		Anteil an allen Erwerbspersonen in %				Veränderung 1961 gegenüber 1950 in %		
	6. Juni 1961			13. September 1950			6. Juni 1961	13. Sept. 1950	6. Juni 61		13. Sept. 50		Erwerbs- personen ins- gesamt	Land- und Forst- wirt- schaft	Prod. Ge- werbe
	Ins- gesamt	darunter im Wirt- schaftsbereich		Ins- gesamt	darunter im Wirt- schaftsbereich				Land- und Forst- wirt- schaft	Prod. Ge- werbe	Land- und Forst- wirt- schaft	Prod. Ge- werbe			
		Land- u. Forst- wirt- schaft	Prod. Gewerbe		Land- u. Forst- wirt- schaft	Prod. Gewerbe									
Stuttgart Stadtkr.	349 839	5 225	169 858	249 006	5 777	121 965	54,9	50,0	1,5	48,6	2,3	49,0	40,5	- 9,6	39,3
Heilbronn "	44 143	1 450	23 567	29 932	1 625	15 970	49,5	46,3	3,3	53,4	5,4	53,4	47,5	- 10,8	47,6
Ulm "	45 962	713	23 561	32 682	957	16 132	49,6	45,9	1,6	51,3	2,9	49,4	40,6	- 25,5	46,1
Aalen Landkr.	69 058	14 814	37 951	59 697	19 125	27 662	48,6	47,4	21,5	55,0	32,0	46,3	15,7	- 22,5	37,2
Backnang "	46 566	10 245	26 164	38 104	13 042	18 316	52,2	50,1	22,0	56,2	34,2	48,1	22,2	- 21,4	42,8
Böblingen "	76 730	9 595	48 807	48 405	12 154	26 791	52,7	51,7	12,5	63,6	25,1	55,3	58,5	- 21,1	82,2
Crailsheim "	32 973	14 094	10 758	32 015	17 249	8 496	52,1	51,4	42,7	32,6	53,9	26,5	3,0	- 18,3	26,6
EBlingen "	105 541	7 131	67 841	70 086	7 934	41 249	53,1	48,3	6,8	64,3	11,3	58,9	50,6	- 10,1	64,5
Göppingen "	107 399	9 246	72 292	85 358	12 522	53 917	53,2	50,3	8,6	67,3	14,7	63,2	25,8	- 26,2	34,1
Heidenheim "	58 316	7 322	39 133	45 971	9 606	27 968	51,4	50,1	12,6	67,1	20,9	60,8	26,9	- 23,8	39,9
Heilbronn "	85 337	22 611	44 133	72 072	29 077	30 131	52,5	51,7	26,5	51,7	40,3	41,8	18,4	- 22,2	46,5
Künzelsau "	16 641	6 737	7 012	15 845	8 733	4 546	53,8	52,1	40,5	42,1	55,1	28,7	5,0	- 22,9	54,2
Leonberg "	53 478	5 689	32 595	33 071	7 901	17 168	53,9	50,7	10,6	61,0	23,9	51,9	61,7	- 28,0	89,9
Ludwigsburg "	130 203	13 476	77 768	91 802	17 207	49 246	53,4	49,4	10,3	59,7	18,7	53,6	41,8	- 21,7	57,9
Mergentheim "	21 400	8 670	6 094	21 415	10 731	5 142	53,0	51,2	40,5	28,5	50,1	24,0	- 0,1	- 19,2	18,5
Nürtingen "	71 290	9 132	47 473	56 262	11 812	34 249	54,2	52,3	12,8	66,6	21,0	60,9	26,7	- 22,7	38,6
Öhringen "	22 541	8 198	9 761	21 379	10 599	7 104	51,7	50,9	36,4	43,3	49,6	33,2	5,4	- 22,7	37,4
Schwäbisch Gmünd "	52 516	7 800	31 711	43 170	10 298	23 328	52,2	48,8	14,9	60,4	23,9	54,0	21,6	- 24,3	35,9
Schwäbisch Hall "	30 678	9 774	11 670	28 230	12 538	8 868	51,8	49,8	31,9	38,0	44,4	31,4	8,7	- 22,0	31,6
Ulm "	43 948	12 646	22 630	38 910	15 766	17 099	53,0	52,0	28,8	51,5	40,5	43,9	12,9	- 19,8	26,5
Vaihingen "	41 374	8 213	25 379	33 508	11 549	16 090	54,9	52,8	19,9	61,3	34,5	48,0	23,5	- 20,9	57,7
Waiblingen "	104 563	14 289	60 769	69 925	17 183	35 292	54,0	49,5	13,7	58,1	24,6	50,5	49,5	- 16,8	72,2
Nordwürttemberg	1 610 496	207 070	896 927	1 216 845	263 385	606 729	53,0	50,0	12,0	55,7	21,0	49,0	32,4	- 21,4	47,8
Karlsruhe Stadtkr.	113 057	1 418	46 352	85 670	1 909	35 743	46,7	43,1	1,3	41,0	2,2	41,7	32,0	- 25,7	29,7
Heidelberg "	56 690	1 622	21 698	52 129	2 180	18 760	45,3	44,8	2,9	38,3	4,2	36,0	8,7	- 25,6	15,7
Mannheim "	156 037	1 676	82 540	115 274	2 387	61 598	49,7	46,9	1,1	52,9	2,1	53,4	35,4	- 29,8	34,0
Pforzheim "	44 565	615	27 536	26 630	723	16 529	54,0	49,2	1,4	61,8	2,7	62,1	67,3	- 14,9	66,6
Bruchsal Landkr.	63 856	12 870	36 011	53 420	15 147	26 380	53,7	51,2	20,2	56,4	28,4	49,4	19,5	- 15,0	36,5
Buden "	30 770	12 529	11 913	31 981	16 985	9 508	49,6	48,6	40,7	38,7	53,1	29,7	- 3,8	- 26,2	25,3
Heidelberg "	70 174	8 033	40 652	60 923	11 255	33 200	47,8	47,9	11,4	57,9	18,5	54,5	15,2	- 28,6	22,4
Karlsruhe "	84 029	14 309	44 380	68 578	18 638	33 160	50,5	48,4	17,0	52,8	27,2	48,4	22,5	- 23,2	33,8
Mannheim "	76 430	6 524	45 083	63 146	7 684	34 727	48,1	46,3	8,5	59,0	12,2	55,0	21,0	- 15,1	29,8
Mosbach "	30 889	7 781	14 985	28 898	11 072	11 379	47,9	46,8	25,2	48,5	38,3	39,4	6,9	- 29,7	31,7
Pforzheim "	36 039	5 021	24 562	30 339	7 306	18 278	57,1	54,2	13,9	68,2	24,1	60,2	18,8	- 31,3	28,9
Sinsheim "	38 518	10 775	19 397	41 083	16 853	16 557	50,5	49,0	28,0	50,4	41,0	40,3	- 6,2	- 36,1	17,2
Tauberbischofs- heim "	38 268	14 819	14 321	40 656	21 201	12 030	50,1	50,5	38,7	37,4	52,1	29,6	- 5,9	- 30,1	19,0
Nordbaden	839 322	97 992	429 430	698 727	133 340	327 849	49,5	47,5	11,7	51,2	19,1	49,0	20,1	- 20,5	31,0
Freiburg im Breisgau Stadtkr.	62 968	918	20 848	47 976	1 332	16 670	43,4	43,7	1,5	33,1	2,8	34,7	31,2	- 31,1	25,1
Baden-Baden "	19 281	679	5 369	17 755	962	4 976	48,2	48,5	3,5	27,8	5,4	28,0	8,6	- 29,4	7,9
Bühl Landkr.	42 456	13 489	17 202	37 967	16 601	12 159	53,2	52,3	31,8	40,5	43,7	32,0	11,8	- 18,7	41,5
Donau- esdingen "	34 613	8 727	18 257	28 947	12 023	10 964	52,0	53,3	25,2	52,7	41,5	37,9	19,6	- 27,4	66,5
Emmendingen "	54 104	14 177	27 573	47 572	18 525	20 587	52,9	54,1	26,2	51,0	38,9	43,3	13,7	- 23,5	33,9
Freiburg "	40 962	16 158	13 900	36 176	21 380	8 925	53,3	56,2	39,4	33,9	59,1	24,7	13,2	- 24,4	55,7
Hochschwar- wald "	21 947	6 270	7 225	20 864	9 030	5 933	52,2	52,6	28,6	32,9	43,3	28,4	5,2	- 30,6	21,8
Kehl "	27 242	8 545	10 156	23 441	12 235	5 795	51,2	55,8	31,4	37,3	52,2	24,7	16,2	- 30,2	75,3
Konstanz "	80 440	9 170	42 662	61 276	13 027	27 282	50,8	49,7	11,4	53,0	21,3	44,5	31,3	- 29,6	52,7
Lahr "	43 244	10 356	22 928	40 202	13 955	18 592	53,9	55,6	23,9	53,0	34,7	46,2	7,6	- 25,8	23,3
Lörrach "	69 968	10 173	37 711	56 094	13 412	28 819	51,3	52,4	14,5	53,9	23,9	51,4	24,7	- 24,2	30,9
Müllheim "	28 837	8 167	10 294	25 271	11 312	7 447	52,9	53,7	28,3	35,7	44,8	29,5	14,1	- 27,8	38,2
Offenburg "	49 074	11 632	20 389	43 032	14 316	15 015	49,8	51,1	23,7	41,5	33,3	34,9	14,0	- 18,7	35,8
Rastatt "	60 200	10 494	33 755	45 616	11 237	22 225	50,5	49,0	17,4	56,1	24,6	48,7	32,0	- 6,6	51,9
Säckingen "	34 153	5 422	20 639	26 946	7 894	14 136	51,9	53,6	15,9	60,4	29,3	52,5	26,7	- 31,3	46,0
Stockach "	24 891	8 736	10 780	23 405	12 280	7 261	52,7	57,4	35,1	43,3	52,5	31,0	6,3	- 28,9	48,5
Überlingen "	30 157	9 821	11 512	26 469	13 394	6 740	51,3	51,8	32,6	38,2	50,6	25,5	13,9	- 26,7	70,8
Villingen "	44 957	5 323	27 563	32 063	7 788	16 176	54,0	52,7	11,8	61,3	24,3	50,5	40,2	- 31,7	70,4
Waldshut "	33 233	9 149	15 850	29 423	12 160	11 525	50,9	54,1	27,5	47,7	41,3	39,2	12,9	- 24,8	37,5
Wolfach "	27 102	7 665	13 295	24 138	9 738	9 841	51,4	51,2	28,3	49,1	40,3	40,8	12,3	- 21,3	35,1
Südbaden	829 829	175 071	387 908	694 633	232 601	271 068	51,0	51,0	21,1	40,7	33,5	39,0	19,5	- 24,7	43,1
Balingen Landkr.	57 303	7 163	39 006	48 752	10 819	30 904	58,4	59,2	12,5	68,1	22,2	63,4	17,5	- 33,8	26,2
Biberach "	51 154	16 534	23 252	46 469	22 329	15 354	51,1	52,0	32,3	45,5	48,1	33,0	10,1	- 26,0	51,4
Calw "	64 043	12 887	33 031	53 323	17 963	22 940	51,4	53,1	20,1	51,6	33,7	43,0	20,1	- 28,3	44,0
Ehingen "	22 310	7 871	9 657	20											

gestiegen. Diese Veränderung der Erwerbsintensität kann auf verschiedenen Ursachen beruhen. So kann sie dadurch entstanden sein, daß Personen, die sowohl 1950 als auch 1961 im erwerbsfähigen Alter standen, zwischenzeitlich einen Beruf ergriffen haben (z. B. Ehefrauen). Weiter kann sie auf eine Veränderung der Altersstruktur zurückzuführen sein (Zunahme des Anteils der im erwerbsfähigen Alter stehenden Personen); außerdem kann sie auch durch die seit 1950 geänderte Definition der Erwerbspersonen beeinflußt sein. Welche dieser Komponenten die Erwerbsquote maßgeblich verändert hat, soll hier nicht näher untersucht werden. Es werden nachstehend lediglich die Erwerbsquoten und die Veränderungen, wie sie sich aus den Volks- und Berufszählungen von 1961 und 1950 ergeben, dargestellt.

Im Regierungsbezirk *Nordwürttemberg* ist die Erwerbsquote in allen Kreisen größer geworden. Die Zunahme liegt zwischen 4,9 Punkten im Stadtkreis Stuttgart und 0,7 Punkten im Landkreis Crailsheim. Im Regierungsbezirk *Nordbaden* stehen 11 Kreisen mit einer Zunahme zwischen 4,8 und 0,5 Punkten in den Stadtkreisen Pforzheim bzw. Heidelberg, die Landkreise Heidelberg und Tauberbischofsheim mit einer Abnahme der Erwerbsquote um 0,1 bzw. 0,4 Punkte gegenüber. Im Regierungsbezirk *Südbaden* haben nur 5 Kreise eine Zunahme zwischen 1,5 (Rastatt) und 0,2 (Wolfach) Punkten aufzuweisen. In den restlichen 15 Kreisen ist eine Abnahme zwischen 4,7 Punkten (Landkreis Stockach) und 0,3 Punkten (Stadtkreise Baden-Baden und Freiburg im Breisgau) festgestellt worden. Im Regierungsbezirk *Südwestfalen-Hohenzollern* erhöhte sich die Erwerbsquote in 7 Kreisen in der Spanne zwischen 2,8 Punkten im Landkreis Rottweil und 0,2 Punkten im Landkreis Tuttlingen. In 10 Kreisen ist die

Erwerbsquote kleiner geworden. Die größte Abnahme beträgt 2,6 Punkte im Landkreis Sigmaringen und die kleinste 0,4 Punkte im Landkreis Tübingen. Es steht zu vermuten, daß die in den nördlichen und südlichen Landesteilen unterschiedliche Entwicklung der Erwerbsquote wesentlich durch die Umsiedlung von Vertriebenen nach Südbaden und Südwestfalen-Hohenzollern beeinflußt wurde, die dort erst nach 1950 einen größeren Umfang annahm.

Die Erwerbsquote beläuft sich in den Kreisen Baden-Württembergs auf Werte zwischen 58,4 im Landkreis Balingen und 43,4 im Stadtkreis Freiburg im Breisgau. Die regionalen Unterschiede der Erwerbsquote beruhen auf den gleichen Tatsachen, die auch für ihre Veränderung im zeitlichen Ablauf maßgebend sind. Hierbei scheiden jedoch methodische Unterschiede bei der Erfassung der Erwerbspersonen aus. Die höchsten Erwerbsquoten finden sich im Raum der Landkreise Villingen (54,0), Rottweil (54,6), Tuttlingen (54,7), Balingen (58,4), Horb (56,1) und Hechingen (57,9). Weitere Kreise mit erheblich über dem Landesdurchschnitt liegenden Erwerbsquoten sind die Stadtkreise Stuttgart (54,9) und Pforzheim (54,0) sowie die Landkreise Pforzheim (57,1), Vaihingen (54,9), Waiblingen (54,0), Nürtingen (54,2) und Münsingen (54,2). Es wird später festzustellen sein, welche der oben aufgeführten Komponenten ausschlaggebend für besonders extreme Erwerbsquoten in einzelnen Gebieten des Landes sind. Dem Angebot an Arbeitsplätzen für weibliche Beschäftigte – sei es im Gewerbe oder in der Landwirtschaft – wird hierbei wohl eine besondere Bedeutung zukommen. Gebiete mit einer ausgesprochen niedrigen Erwerbsquote sind die Stadtkreise Heidelberg (45,3) und Freiburg im Breisgau (43,4), wo der Anteil der Erwerbspersonen an der Wohnbevölkerung durch

Die Erwerbspersonen¹⁾ im Bundesgebiet²⁾ am 6. Juni 1961 und am 13. September 1950 nach Ländern

Land	Erwerbspersonen (in 1000) am						Erwerbsquote ³⁾ am		Anteil an allen Erwerbspersonen in %				Veränderung 1961 gegen 1950 in %		
	6. Juni 1961			13. September 1950			6. Juni 1961	13. Sept. 1950	6. Juni 1961		13. Sept. 1950		Ins-gesamt	Land- und Forst-wirt-schaft	Prod. Ge-werbe
	Ins-gesamt (ohne Soldaten)	darunter im Wirtschaftsbereich		Ins-gesamt	darunter im Wirtschaftsbereich				Land- und Forst-wirt-schaft	Prod. Ge-werbe	Land- und Forst-wirt-schaft	Prod. Ge-werbe			
		Land- u. Forst-wirt-schaft	Prod. Gewerbe		Land- u. Forst-wirt-schaft	Prod. Gewerbe									
Schleswig-Holstein	986	158	387	1 035	254	389	43	40	16	39	25	38	- 5	- 38	- 1
Hamburg	892	13	352	746	19	306	49	46	1	39	3	41	+ 20	- 32	+ 15
Niedersachsen	3 020	589	1 292	2 994	909	1 088	45	44	20	43	30	36	+ 1	- 35	+ 19
Bremen	320	6	132	246	9	104	45	44	2	41	4	42	+ 30	- 33	+ 27
Nordrhein-Westfalen	7 164	459	4 038	5 745	674	3 180	45	44	6	56	12	55	+ 25	- 32	+ 27
Hessen	2 325	316	1 081	2 013	469	867	48	47	14	46	23	43	+ 15	- 33	+ 25
Rheinland-Pfalz	1 611	352	682	1 486	536	537	47	49	22	42	36	36	+ 8	- 34	+ 27
Baden-Württemberg	4 019	637	2 109	3 236	845	1 481	52	50	16	52	26	46	+ 24	- 25	+ 42
Bayern	4 698	1 014	2 101	4 571	1 398	1 871	49	50	22	45	31	41	+ 3	- 27	+ 12
Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin-West)	25 034	3 544	12 175	22 074	5 114	9 823	47	46	14	49	23	45	+ 13	- 31	+ 24

¹⁾ 1950 Erwerbspersonenkonzept, 1961 Umfassendes Konzept. — ²⁾ Ohne Saarland und Berlin-West. — ³⁾ Erwerbspersonen (ohne Soldaten) in ‰ der Wohnbevölkerung.

die große Zahl der Studierenden, die nicht zu den Erwerbspersonen rechnen, herabgemindert wird.

Land- und Forstwirtschaft im Landkreis Crailsheim mit 43 % am stärksten vertreten

Der Anteil der im Wirtschaftsbereich Land- und Forstwirtschaft tätigen Erwerbspersonen an allen Erwerbspersonen betrug am 6. Juni 1961 im Land Baden-Württemberg 15,8 % gegenüber 26,1 % am 13. September 1950. In den Landkreisen bewegen sich die entsprechenden Werte im Jahr 1961 zwischen 42,7 % in Crailsheim und 6,8 % in Eßlingen. In den Stadtkreisen liegt der Anteil der Land- und Forstwirtschaft überall unter 4 %.

In Baden-Württemberg sind zwei große zusammenhängende Gebiete festzustellen, in denen sich der Anteil der landwirtschaftlichen Erwerbspersonen an allen Erwerbspersonen auf mehr als 30 % bezieht. Es sind dies im Norden des Landes die Landkreise Tauberbischofsheim (38,7 %), Buchen (40,7 %), Mergentheim (40,5 %), Künzelsau (40,5 %), Crailsheim (42,7 %), Öhringen (36,4 %) und Schwäbisch Hall (31,9 %). Im Süden des Landes umfaßt das Gebiet mit einem überdurchschnittlichen Anteil landwirtschaftlicher Erwerbspersonen besonders den Bereich des Bodensees und des Schwäbischen Oberlandes in den Landkreisen Münsingen (40,6 %), Sigmaringen (30,9 %), Saulgau (35,4 %), Ehingen (35,3 %), Biberach (32,3 %), Wangen (35,0 %), Stockach (35,1 %) und Überlingen (32,6 %). Anteile der gleichen Größenordnung finden sich noch in den Landkreisen Freiburg (39,4 %), Kehl (31,4 %), Bühl (31,8 %) und Horb (31,6 %).

Die Zahl der in der Land- und Forstwirtschaft tätigen Erwerbspersonen ist seit 1950 infolge Rationalisierung und Mechanisierung der landwirtschaftlichen Produktion in allen Landkreisen zurückgegangen. Der Rückgang beträgt im Landesdurchschnitt 24,7 % und schwankt zwischen 6,6 % im Landkreis Rastatt und 38,9 % im Landkreis Hechingen.

Die Zahl der landwirtschaftlichen Erwerbspersonen ging in den Kreisen prozentual ziemlich gleichmäßig zurück. Sie nahm in zwei Dritteln der Stadt- und Landkreise um 20 bis 30 % ab. In 3 Stadtkreisen und 10 Landkreisen war die Abnahme kleiner; in 12 Landkreisen belief sie sich auf über 30 %.

Produzierendes Gewerbe im Kreis Pforzheim mit 68 % am bedeutendsten

Der Anteil der im Wirtschaftsbereich Produzierendes Gewerbe tätigen Erwerbspersonen an allen Erwerbspersonen beträgt im Landesdurchschnitt 52,5 %; im Jahre 1950 belief er sich auf 45,8 %.

Das Produzierende Gewerbe umfaßt nach dem Wohnort der in diesem Wirtschaftsbereich tätigen Erwerbspersonen in den Kreisen des Ballungsraumes um Stuttgart, im Gebiet des Albvorlandes und östlichen Schwarzwaldes, in Pforzheim und Umgebung sowie in den Landkreisen Säckingen und Tettnang mehr als 60 % aller Erwerbspersonen. Mit unter dem Landesdurchschnitt liegenden Anteilen ist das Produzierende Gewerbe in den Kreisen vertreten, in denen vorstehend ein hoher Anteil in der Land- und Forstwirtschaft tätiger Erwerbspersonen nachgewiesen wurde.

Die Zahl der im Produzierenden Gewerbe beschäftigten Erwerbspersonen hat seit 1950 im Landesdurchschnitt um 42,4 % zugenommen. Die Entwicklung in den Kreisen ist sehr unterschiedlich und ist einmal durch die Bevölkerungsveränderung und zum anderen durch die Abnahme der in der Landwirtschaft tätigen Erwerbspersonen bedingt. Im Kreis Tettnang hat sich die Zahl der im Produzierenden Gewerbe beschäftigten Erwerbspersonen mehr als verdoppelt; eine Zunahme um rund vier Fünftel ist in den Kreisen Böblingen und Leonberg zu verzeichnen. Um etwa drei Viertel hat ihre Zahl in den Landkreisen Kehl, Überlingen und Villingen zugenommen. Unter 20 % liegt die Zunahme in den Landkreisen Mergentheim, Sinsheim und Tauberbischofsheim sowie in den Stadtkreisen Heidelberg und Baden-Baden.

Vergleich mit den anderen Bundesländern

Baden-Württemberg steht unter den Bundesländern hinsichtlich der Zahl der Erwerbspersonen hinter Nordrhein-Westfalen und Bayern an dritter Stelle. Als Aufnahmeland von Flüchtlingen und Vertriebenen liegt es gemessen an der prozentualen Zunahme der Erwerbspersonen an dritter Stelle hinter Bremen und Nordrhein-Westfalen.

Die für Baden-Württemberg am 6. 6. 1961 ermittelte Erwerbsquote ist die höchste unter den Ländern des Bundesgebietes. Sie hat sich seit 1950 um 2 Punkte erhöht. Höher ist die entsprechende Zunahme nur in den Ländern Schleswig-Holstein und Hamburg, wo sie 3 Punkte ausmacht.

Gegenüber 1950 ist der Rückgang der im Wirtschaftsbereich Land- und Forstwirtschaft tätigen Erwerbspersonen um 25 % in Baden-Württemberg am kleinsten. Dagegen liegt die Zuwachsrate der im Produzierenden Gewerbe tätigen Erwerbspersonen mit 42 % an erster Stelle unter den Bundesländern. Sie ist fast doppelt so groß wie die für das Bundesgebiet² errechnete prozentuale Zunahme.

² Ohne Saarland und Berlin-West.

Dipl.-Ing. Hans Kaeser

Altersaufbau der Erwerbspersonen am 6. Juni 1961

Ergebnisse der Volks- und Berufszählung

Allgemeines

Zur Beobachtung des Arbeitsmarktes und zur Abschätzung seiner künftigen Entwicklung ist eine Übersicht über die Altersgliederung der Erwerbspersonen unerlässlich. Die Volks- und Berufszählung 1961 vermittelte hierzu, nachdem seit 1950 lediglich Ergebnisse aus dem Mikrozensus für das ganze Land vorgelegt werden konnten, wiederum ausführliches Zahlenmaterial. Genügte zur Beurteilung der Lage im Jahr 1950 noch die Altersgliederung der Erwerbspersonen nach Fünfjahresgruppen, so war wegen der angespannten Lage am Arbeitsmarkt und zur Beurteilung der Auswirkung einer verlängerten Ausbildung bei der Zählung im Jahr 1961 eine Gliederung nach Altersjahren für die Gesamtheit der Erwerbspersonen erforderlich. Entsprechende Ergebnisse wurden vom Statistischen Landesamt bereits – wenn auch ohne Kommentierung – veröffentlicht^{1,2}; ebenso wurde dort auf das Vorliegen unveröffentlichter Ergebnistabellen hingewiesen.

Die Darstellung der Altersgliederung von Erwerbspersonen erfolgt im allgemeinen sowohl in absoluten Zahlen als auch in Form der Erwerbsquote. Die absoluten Zahlen und ihre prozentuale Verteilung vermitteln typische Strukturbilder des Altersaufbaues nach der wirtschaftlichen Gliederung oder nach der Stellung im Beruf. Die Erwerbsquote gibt an, wieviel Prozent der Wohnbevölkerung zu den Erwerbspersonen zählen. Bei einer Untergliederung nach dem Alter spricht man von altersspezifischen Erwerbsquoten. Als weitere zusätzliche Gliederungsmerkmale sind auch die Stellung im Beruf sowie der Familienstand von Bedeutung. Letzterer hauptsächlich hinsichtlich der verheirateten Frauen. Bezüglich der Definition der Erwerbspersonen darf auf frühere Veröffentlichungen³ verwiesen werden. Außerdem wird auf die demnächst erscheinenden Hefte 6 und 7 des Bandes 105 der Reihe „Statistik von Baden-Württemberg“ aufmerksam gemacht. Diese enthalten ausführliche Übersichten des Altersaufbaues der Erwerbspersonen im Land und in den Regierungsbezirken, gegliedert bis zu den Wirtschaftsunterabteilungen bzw. bis zu den Berufsklassen.

Die 20- bis unter 25jährigen bei Männern und Frauen am stärksten vertreten

Der Altersaufbau der Erwerbspersonen unter besonderer Darstellung der verheirateten Erwerbspersonen ist am besten aus nachstehender Abbildung zu ersehen, die auch die Alters-

gliederung der Wohnbevölkerung wiedergibt. Aus ihr ist deutlich zu erkennen, daß am 6. Juni 1961 bei den Männern die Altersgruppe von 20 bis unter 25 Jahren die meisten Erwerbspersonen stellte, wogegen diese Altersgruppe im Jahr 1950 erst an zweiter Stelle hinter den 40- bis unter 45jährigen lag. Die Zunahme an Erwerbspersonen in diesen Altersjahren ist einmal auf die natürliche Bevölkerungsentwicklung – Nachrücken der geburtenstarken Jahrgänge 1937 bis 1941 – und zum anderen auf den Zustrom ausländischer Arbeitskräfte zurückzuführen, die in diesen Jahrgängen besonders stark vertreten sind. Bis zur Altersgruppe von 40 bis unter 45 Jahren nimmt die Zahl der Erwerbspersonen stetig ab und erreicht einen verhältnismäßig niedrigen Wert, der im Jahr 1950 in der Altersgruppe von 30 bis unter 35 Jahren zu verzeichnen war; er ist, bedingt durch die Veränderung der Altersstruktur der gesamten männlichen Bevölkerung, um 10 Altersjahre vorgerückt. Es handelt sich hier um die Geburtsjahrgänge, die infolge des Geburtenausfalles im ersten Weltkrieg und der Kriegsverluste im zweiten Weltkrieg nur wenig Erwerbspersonen umfassen. In den weiteren Altersgruppen steigt die Zahl der Erwerbspersonen wieder an, um zwischen 50 und 55 Jahren nochmals ein Maximum zu erreichen. Über 65 Jahren nimmt die Zahl der Erwerbspersonen rasch ab, um im Alter von über 80 Jahren nur noch verhältnismäßig kleine Werte aufzuweisen.

Die Altersgliederung der erwerbstätigen Frauen ist nicht so sehr wie die der Männer durch den Altersaufbau der Wohnbevölkerung bedingt; sie hängt weit mehr vom Familienstand ab. Die stärkste Altersgruppe ist die der 20- bis unter 25jährigen. Dies ist – entsprechend den Verhältnissen bei den Männern – durch die natürliche Bevölkerungsentwicklung bedingt, wie ein Vergleich mit 1950 zeigt. Im Alter von 25 und mehr Jahren sinkt die Zahl der erwerbstätigen Frauen infolge ihres Ausscheidens aus dem Erwerbsleben wegen Verheiratung rasch ab, um bis zur Altersgruppe der 50- bis unter 55jährigen etwa konstant zu bleiben. Dabei ist wieder, wie bei den Männern, die niederste Erwerbspersonenzahl im Alter von 40 bis unter 45 Jahren zu verzeichnen, was ebenfalls auf den Geburtenausfall im ersten Weltkrieg zurückzuführen ist. Im Alter von 55 und mehr Jahren nimmt die Zahl der weiblichen Erwerbspersonen rasch ab und weist im Alter von 80 und mehr Jahren nur noch unbedeutende Werte auf.

Seit 1950 Zunahme der Erwerbspersonen in fast allen Altersgruppen

Die Zahl der männlichen Erwerbspersonen hat seit 1950 um 23,1 % und die der weiblichen um 25,7 % zugenommen. In den einzelnen Altersgruppen ist ebenfalls fast überall ein Anstieg zu verzeichnen. Der stärkste Zuwachs wurde bei den

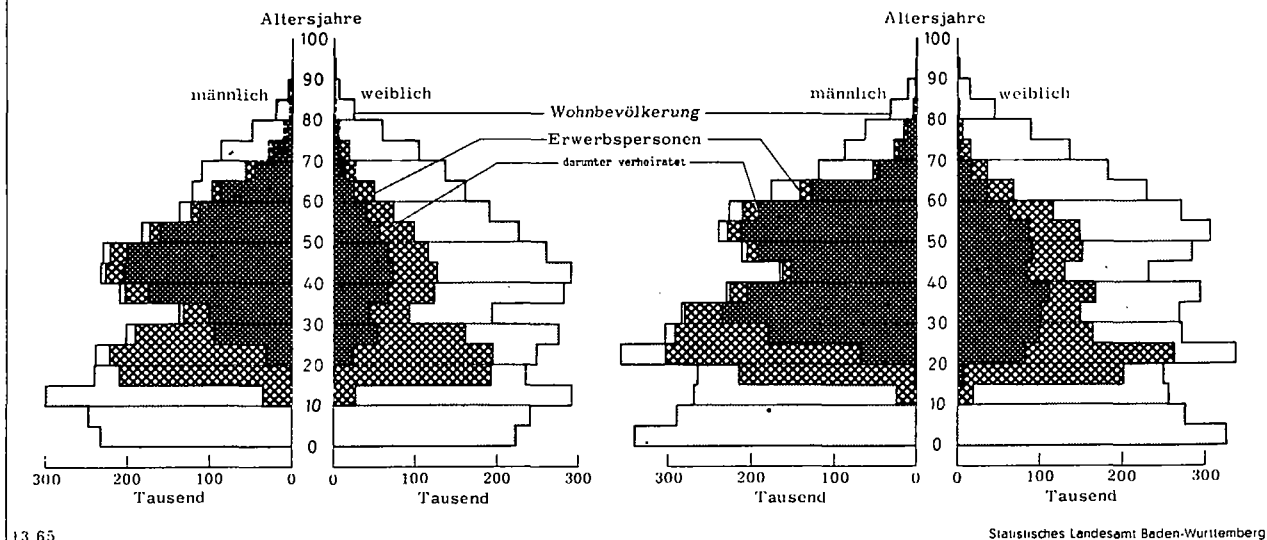
Tabelle 1 Erwerbspersonen (ohne Soldaten) nach Altersgruppen in Baden-Württemberg 1961 und 1950

Altersgruppe in Jahren	Erwerbspersonen am								Veränderungen 1961 gegenüber 1950 in %			
	13. 9. 1950				6. 6. 1961							
	insgesamt	männlich	weiblich		insgesamt	männlich	weiblich		insgesamt	männlich	weiblich	
			insgesamt	dar. verh.			insgesamt	dar. verh.			insgesamt	dar. verh.
unter 15 ..	64 027	36 583	27 444	–	42 129	23 105	19 024	–	+ 34,2	+ 36,8	+ 30,7	–
15 bis unter 20 ..	401 478	210 491	190 987	1 714	416 548	214 853	201 695	7 618	+ 3,8	+ 2,1	+ 5,6	+ 344,5
20 „ 25 ..	415 302	223 119	192 183	24 185	564 758	302 908	261 850	82 528	+ 36,0	+ 35,8	+ 36,3	+ 241,2
25 „ 30 ..	350 563	188 391	162 172	54 186	455 403	291 702	163 701	99 535	+ 29,9	+ 54,8	+ 0,9	+ 83,7
30 „ 35 ..	225 018	131 966	93 052	43 508	427 953	279 424	148 529	102 649	+ 90,2	+ 111,7	+ 59,6	+ 135,9
35 „ 40 ..	326 472	203 014	123 458	67 601	391 277	224 394	166 883	113 335	+ 19,9	+ 10,5	+ 35,2	+ 67,7
40 „ 45 ..	352 830	226 653	126 177	73 225	291 457	161 900	129 557	84 563	– 17,4	– 28,6	+ 2,7	+ 15,5
45 „ 50 ..	336 865	221 531	115 334	67 704	355 426	204 072	151 354	92 629	+ 5,5	– 7,9	+ 31,2	+ 36,8
50 „ 55 ..	271 968	173 663	98 305	56 509	377 826	228 645	149 181	87 104	+ 38,9	+ 31,7	+ 51,8	+ 54,1
55 „ 60 ..	198 606	123 809	74 797	40 901	324 676	208 118	116 558	63 941	+ 63,5	+ 68,1	+ 55,8	+ 56,3
60 „ 65 ..	146 726	96 369	50 357	26 255	209 159	140 450	68 709	35 899	+ 42,6	+ 45,7	+ 36,4	+ 36,7
65 und mehr	146 641	94 651	51 990	23 811	156 014	93 247	62 767	24 753	+ 6,4	– 1,5	+ 20,7	+ 4,0
ohne Angabe	–	–	–	–	6 666	3 942	2 724	1 002				
Insgesamt	3 236 496	1 930 240	1 306 256	479 599	4 019 292	2 376 760	1 642 532	795 556	+ 24,2	+ 23,1	+ 25,7	+ 65,9

Altersgliederung der Wohnbevölkerung und der Erwerbspersonen

13. September 1950

6. Juni 1961



Männern im Alter von 30 bis unter 35 Jahren mit 111,7 % und bei den 55- bis unter 60jährigen mit 68,1 % festgestellt. Rückläufig sind die Erwerbspersonenzahlen – bedingt durch die natürliche Bevölkerungsentwicklung – im Alter von 40 bis unter 50 Jahren. Der Rückgang an Erwerbspersonen bei den 10- bis unter 15jährigen ist zum Teil auf die Geburtenausfälle nach dem zweiten Weltkrieg und zum Teil auf eine Verlängerung der Ausbildung zurückzuführen. Der Rückgang bei den über 65 Jahre alten männlichen Erwerbspersonen kann nur durch die seit 1950 verbesserte Rentengesetzgebung erklärt werden, da die gesamte Wohnbevölkerung in diesem Alter um 15,3 % zugenommen hat.

Bei den Frauen ist mit Ausnahme der unter 15jährigen Erwerbspersonen, deren Zahl seit 1950 um 30,7 % abgenommen hat, in allen Altersgruppen eine Zunahme der Zahl der Erwerbspersonen zu beobachten. Diese Zunahmen sind, wie bei den Männern, in den Altersgruppen von 30 bis unter 35 Jahren und von 55 bis unter 60 Jahren prozentual am stärksten. Im Gegensatz zu den Männern, deren Erwerbspersonenzahl nur durch Zuwanderung von Vertriebenen, Flüchtlingen und Ausländern gestiegen ist, hat sich die Zahl der erwerbstätigen Frauen außer durch den Zuzug von Vertriebenen und Flüchtlingen besonders durch eine verstärkte Teilnahme der Frauen am Erwerbsleben überhaupt erhöht. Dies erhellt schon daraus, daß die Zahl der Erwerbspersonen unter den Frauen stärker zugenommen hat (25,7 %) als die weibliche Bevölkerung insgesamt (18,3 %). Dieser Unterschied ist besonders einprägsam bei den verheirateten Frauen, deren Zahl insgesamt nur um 27,1 % gewachsen ist, wogegen 1961 um 65,9 % mehr verheiratete weibliche Erwerbspersonen gezählt wurden als 1950. Die Zunahme ist besonders groß in den Jahrgängen von 15 bis unter 20 Jahren (+ 344,5 %), von 20 bis unter 25 Jahren (+ 241,2 %) und von 30 bis unter 35 Jahren (+ 135,9 %). In diesen Altersjahren ist der Zuwachs an erwerbstätigen verheirateten Frauen mit auf eine überdurchschnittlich starke Zunahme der Zahl der verheirateten Frauen überhaupt zurückzuführen. In den übrigen Altersgruppen jedoch hat die Zahl der erwerbstätigen verheirateten stärker zugenommen, als entsprechend dem durchaus durchschnittlichen Zuwachs an verheirateten Frauen zu erwarten gewesen wäre.

In Land- und Forstwirtschaft hoher Anteil der alten Personen

Das Schlagwort „Überalterung“ wird heute in der öffentlichen Diskussion gerne im Sinne einer stetigen Zunahme des Anteils der alten Personen, wie sie durch die natürliche Bevölkerungsentwicklung bedingt ist, gebraucht. Eine solche Ver-

stärkung des Anteils der alten Leute kann nicht als Überalterung angesprochen werden, da niemand dazu berufen ist, ein Maß dafür zu setzen, wer zu alt ist. Die Altersgliederung der gesamten Bevölkerung kann demnach nur als normal und nicht als „überaltert“ oder „zu jung“ bezeichnet werden. Mögen auch bestimmte Jahrgänge stärker oder schwächer besetzt sein, als es ein in früheren Zählungen gewonnenes Bild vermittelt, so ist dieser Altersaufbau für die heutigen Verhältnisse doch unbedingt als normal anzusehen.

Wenn trotzdem hier von einer Überalterung gesprochen wird, dann nur in dem Sinne, daß die Altersgliederung der Erwerbspersonen bestimmter wirtschaftlicher Teilbereiche von der normalen Altersgliederung aller Erwerbspersonen abweicht, und zwar derart, daß der Anteil der Alten in diesem Teilbereich höher ist, als er nach der Altersgliederung aller Erwerbspersonen zu erwarten wäre.

Die Wirtschaftsabteilung, die unter ihren Erwerbspersonen sowohl bei Männern als auch bei den Frauen anteilmäßig die meisten Alten aufweist, ist die Land- und Forstwirtschaft. Dort sind 18,6 % der Männer und 11,2 % der Frauen 65 Jahre und älter, wogegen im Durchschnitt aller Erwerbspersonen nur 3,9 % bzw. 3,8 % in diesem Alter stehen. Über die Hälfte (52,1 %) der Männer, die in diesem Wirtschaftsbereich arbeiten, sind 50 Jahre und älter gegenüber einem Durchschnitt bei allen Erwerbspersonen von 28,2 %. Bei den Frauen liegt der Anteil der 50 Jahre und älteren Erwerbspersonen in der Land- und Forstwirtschaft bei 45,6 %. Dagegen beläuft sich der entsprechende Anteil bei allen weiblichen Erwerbspersonen auf 24,2 %. Diese Quoten sprechen deutlich dafür, daß der Wirtschaftsbereich Land- und Forstwirtschaft bezüglich der dort erwerbstätigen Personen überaltert ist. Die Gründe hierfür sind besonders in dem hohen Anteil Selbständiger bei den Männern (62,6 %) und Mithelfender Familienangehöriger bei den Frauen (81,1 %) zu suchen, die, wie später noch zu zeigen sein wird, eine ähnliche Altersstruktur aufweisen. Die Überalterung der Land- und Forstwirtschaft liegt demnach in ihrer Struktur begründet, da dort heute fast nur noch der Betriebsinhaber und seine Frau arbeiten. Außerdem ist in der Land- und Forstwirtschaft als mithelfendes Familienmitglied noch mancher Rentner erwerbstätig. Des weiteren werden heute viele kleine und mittlere Betriebe vom Betriebsinhaber, solange er in einem anderen Wirtschaftsbereich arbeiten kann, nur nebenher bewirtschaftet.

In den übrigen Wirtschaftsabteilungen liegt der Anteil der 65jährigen und älteren bei den Frauen unter dem Landesdurchschnitt. Bei den Männern hingegen ist der Anteil der

Tabelle 2

Erwerbspersonen (ohne Soldaten) nach Altersgruppen und nach der Stellung im Beruf in Baden-Württemberg am 6. Juni 1961

Stellung im Beruf	Insgesamt	Davon im Alter von . . . bis unter Jahren														70 und mehr	ohne Angabe
		unter 15	15-20	20-25	25-30	30-35	35-40	40-45	45-50	50-55	55-60	60-65	65-70				
Anzahl																	
Männlich																	
Erwerbspersonen	2 376 664	23 105	214 852	302 908	291 698	279 426	224 394	161 900	204 073	228 643	208 117	140 450	50 755	42 493	3 850		
dar. Erwerbstätige	2 373 165	23 081	214 552	302 383	291 256	279 068	224 132	161 689	203 804	228 266	207 750	140 142	50 710	42 487	3 845		
dav. Selbständige ...	392 573	-	66	4 125	17 097	33 879	36 656	31 842	45 193	57 855	58 109	47 075	30 326	25 831	519		
Mith. Familienangehörige ..	68 864	1 886	9 291	15 882	12 131	7 294	2 964	1 220	1 326	1 363	1 725	2 539	4 040	7 118	85		
Beamte	142 000	-	2 753	8 189	11 572	16 941	16 962	13 783	22 969	18 085	16 923	12 277	1 185	229	132		
Angestellte	415 717	43	13 089	42 195	51 393	59 786	53 410	39 290	42 882	45 138	36 406	23 814	5 504	2 229	538		
Arbeiter	1 235 701	2 098	99 376	223 614	198 444	161 056	114 127	75 553	91 426	105 825	94 586	54 437	9 655	3 080	2 424		
Lehrlinge	118 311	19 054	89 977	8 385	619	112	14	1	1	-	1	-	-	-	147		
Weiblich																	
Erwerbspersonen	1 642 530	19 024	201 697	261 855	163 703	148 528	166 884	129 555	151 355	149 182	116 558	68 709	36 075	26 692	2 713		
dar. Erwerbstätige	1 640 005	18 980	201 253	261 256	163 391	148 268	166 663	129 418	151 185	149 017	116 437	68 671	36 067	26 690	2 709		
dav. Selbständige ...	126 769	-	30	1 582	3 939	7 417	10 929	11 147	17 392	20 949	18 309	14 285	9 970	10 613	207		
Mith. Familienangehörige ..	395 478	2 610	14 710	26 519	30 128	38 527	47 406	35 714	43 961	47 333	42 575	32 917	19 725	12 815	538		
Beamte	19 703	-	237	3 363	2 575	2 494	2 753	2 054	1 754	1 688	1 591	1 100	69	1	24		
Angestellte	416 351	421	69 010	107 808	47 304	34 108	40 921	30 017	29 444	25 364	17 687	8 273	2 946	1 877	671		
Arbeiter	625 446	4 987	75 889	118 691	79 050	65 592	64 624	50 484	58 134	53 683	36 275	12 096	3 356	1 383	1 202		
Lehrlinge	56 258	10 962	41 372	3 293	395	135	30	2	-	-	-	-	-	1	1	67	
Weiblich verheiratet																	
Erwerbspersonen	795 552	-	7 618	82 531	99 537	102 648	113 336	84 562	92 630	87 104	63 941	35 899	16 830	7 923	993		
dar. Erwerbstätige	795 218	-	7 612	82 480	99 485	102 500	113 287	84 537	92 594	87 072	63 922	35 887	16 826	7 923	993		
dav. Selbständige ...	51 181	-	5	952	3 044	5 793	7 939	6 878	8 298	7 938	5 448	2 982	1 256	583	65		
Mith. Familienangehörige ..	316 806	-	518	11 019	23 698	34 065	42 809	32 805	40 160	43 359	38 332	27 789	14 711	7 153	388		
Beamte	4 447	-	1	401	842	787	907	572	382	331	154	62	7	-	1		
Angestellte	119 649	-	2 283	24 521	20 890	16 146	18 985	12 988	10 932	7 751	3 763	1 038	159	40	153		
Arbeiter	302 988	-	4 716	45 548	50 996	45 809	42 644	31 294	32 822	27 693	16 225	4 016	693	147	386		
Lehrlinge	147	-	84	39	15	5	4	-	-	-	-	-	-	-	-		
Verteilung in %																	
Männlich																	
Erwerbspersonen	100	1,0	9,0	12,7	12,3	11,8	9,4	6,8	8,6	9,6	8,8	5,9	2,1	1,8	0,2		
dar. Erwerbstätige	100	1,0	9,0	12,7	12,3	11,8	9,4	6,8	8,6	9,6	8,8	5,9	2,1	1,8	0,2		
dav. Selbständige ...	100	-	0,0	1,1	4,4	8,6	9,3	8,1	11,5	14,7	14,8	12,0	7,7	7,6	0,1		
Mith. Familienangehörige ..	100	2,7	13,5	23,1	17,6	10,6	4,3	1,8	1,9	2,0	2,5	3,7	5,9	10,3	0,1		
Beamte	100	-	1,9	5,8	8,1	11,9	11,9	9,7	16,2	12,7	11,9	8,6	0,8	0,2	0,1		
Angestellte	100	0,0	3,1	10,1	12,4	14,4	12,8	9,5	10,3	10,9	8,8	5,7	1,3	0,5	0,1		
Arbeiter	100	0,2	8,0	18,1	16,1	13,0	9,2	6,1	7,4	8,6	7,7	4,4	0,8	0,2	0,2		
Lehrlinge	100	16,1	76,1	7,1	0,5	0,1	0,0	0,0	0,0	-	0,0	-	-	-	0,1		
Weiblich																	
Erwerbspersonen	100	1,2	12,3	15,9	10,0	9,0	10,2	7,9	9,2	9,1	7,1	4,2	2,2	1,6	0,2		
dar. Erwerbstätige	100	1,2	12,3	15,9	10,0	9,0	10,2	7,9	9,2	9,1	7,1	4,2	2,2	1,6	0,2		
dav. Selbständige ...	100	-	0,0	1,2	3,1	5,9	8,6	8,8	13,7	16,5	14,4	11,3	7,9	8,4	0,2		
Mith. Familienangehörige ..	100	0,7	3,7	6,7	7,6	9,7	12,0	9,0	11,1	12,0	10,8	8,3	5,0	3,2	0,1		
Beamte	100	-	1,2	17,1	13,1	12,7	14,0	10,4	8,9	8,6	8,1	5,6	0,4	0,0	0,1		
Angestellte	100	0,1	16,6	25,9	11,4	8,2	9,8	7,2	7,2	6,1	4,2	2,0	0,7	0,5	0,2		
Arbeiter	100	0,8	12,1	19,0	12,6	10,5	10,3	8,1	9,3	8,6	5,8	1,9	0,5	0,2	0,2		
Lehrlinge	100	19,5	73,5	5,9	0,7	0,2	0,1	0,0	-	-	-	-	0,0	0,0	0,1		
Weiblich verheiratet																	
Erwerbspersonen	100	-	1,0	10,4	12,5	12,9	14,2	10,6	11,6	10,9	8,0	4,5	2,1	1,0	-0,1		
dar. Erwerbstätige	100	-	1,0	10,4	12,5	12,9	14,2	10,6	11,6	10,9	8,0	4,5	2,1	1,0	0,1		
dav. Selbständige ...	100	-	0,0	1,9	5,9	11,3	15,5	13,4	16,2	15,5	10,6	5,8	2,5	1,1	0,1		
Mith. Familienangehörige ..	100	-	0,2	3,5	7,5	10,8	13,5	10,4	12,7	13,7	12,1	8,8	4,6	2,3	0,1		
Beamte	100	-	0,0	9,0	18,9	17,7	20,4	12,9	8,6	7,4	3,5	1,4	0,2	-	0,0		
Angestellte	100	-	1,9	20,5	17,5	13,5	15,9	10,9	9,1	6,5	3,1	0,9	0,1	0,0	0,1		
Arbeiter	100	-	1,6	15,0	16,8	15,1	14,1	10,3	10,8	9,1	5,4	1,3	0,2	0,0	0,1		
Lehrlinge	100	-	57,1	26,5	10,2	3,4	2,7	-	-	-	-	-	-	-	-		

Tabelle 3 Altersspezifische Erwerbsquoten (ohne Soldaten) nach der Stellung im Beruf in Baden-Württemberg am 6. Juni 1961 in %

Stellung im Beruf	Insgesamt	Davon im Alter von . . . bis unter . . . Jahren													
		unter 15	15-20	20-25	25-30	30-35	35-40	40-45	45-50	50-55	55-60	60-65	65-70	70 und mehr	ohne Angabe
Männlich															
Erwerbspersonen	64,6	2,6	81,0	84,4	95,8	98,3	97,8	97,2	96,5	95,2	91,5	79,5	42,8	22,2	77,0
dar. Erwerbstätige	64,5	2,6	80,9	84,3	95,6	98,2	97,7	97,0	96,4	95,0	91,4	79,3	42,8	22,2	76,9
dav. Selbständige	10,7	-	0,0	1,1	5,6	11,9	16,0	19,1	21,4	24,1	25,6	26,6	25,6	15,6	10,4
Mith. Familienangehörige . .	1,9	0,2	3,5	4,4	4,0	2,6	1,3	0,7	0,6	0,6	0,8	1,4	3,4	3,7	1,7
Beamte	3,9	-	1,0	2,3	3,8	6,0	7,4	8,3	10,9	7,5	7,4	6,9	1,0	0,1	2,6
Angestellte	11,3	0,0	4,9	11,8	16,9	21,0	23,3	23,6	20,3	18,8	16,0	13,5	4,6	1,2	10,8
Arbeiter	33,6	0,2	37,5	62,3	65,2	56,7	49,8	45,3	43,2	44,0	41,6	30,8	8,1	1,6	48,5
Lehrlinge	3,2	2,1	33,9	2,3	0,2	0,0	0,0	0,0	0,0	-	0,0	-	-	-	2,9
Weiblich															
Erwerbspersonen	40,2	2,2	80,0	77,6	60,4	55,1	56,8	56,1	53,3	48,7	43,2	29,9	19,6	9,2	49,7
dar. Erwerbstätige	40,2	2,2	79,8	77,4	60,2	55,0	56,7	56,0	53,2	48,7	43,1	29,9	19,6	9,2	49,7
dav. Selbständige	3,1	-	0,0	0,5	1,5	2,8	3,7	4,8	6,1	6,8	6,8	6,2	5,4	3,7	3,8
Mith. Familienangehörige . .	9,7	0,3	5,8	7,9	11,1	14,3	16,1	15,5	15,5	15,5	15,8	14,3	10,7	4,4	9,9
Beamte	0,5	-	0,1	1,0	0,9	0,9	0,9	0,9	0,6	0,6	0,6	0,5	0,0	0,0	0,4
Angestellte	10,2	0,0	27,4	31,9	17,4	12,7	13,9	13,0	10,5	8,3	6,5	3,6	1,6	0,6	12,3
Arbeiter	15,3	0,6	30,1	35,2	29,1	24,3	22,0	21,8	20,5	17,5	13,4	5,3	1,8	0,5	22,0
Lehrlinge	1,4	1,3	16,4	1,0	0,1	0,1	0,0	0,0	-	-	-	-	0,0	0,0	1,2
Weiblich verheiratet															
Erwerbspersonen	43,6	-	66,4	59,2	49,4	46,9	48,7	48,7	46,9	42,7	37,9	28,2	20,7	11,7	46,6
dar. Erwerbstätige	43,5	-	66,3	59,2	49,4	46,9	48,7	48,7	46,9	42,7	37,9	28,2	20,7	11,7	46,6
dav. Selbständige	2,8	-	0,0	0,7	1,5	2,6	3,4	4,0	4,2	3,9	3,2	2,3	1,5	0,9	3,0
Mith. Familienangehörige . .	17,3	-	4,5	7,9	11,8	15,6	18,4	18,9	20,3	21,3	22,7	21,9	18,1	10,5	18,2
Beamte	0,2	-	0,0	0,3	0,4	0,4	0,4	0,3	0,2	0,2	0,1	0,0	0,0	-	0,0
Angestellte	6,6	-	19,9	17,6	10,4	7,4	8,2	7,5	5,5	3,8	2,2	0,8	0,2	0,1	7,2
Arbeiter	16,6	-	41,1	32,7	25,3	20,9	18,3	18,0	16,6	13,6	9,6	3,2	0,9	0,2	18,1
Lehrlinge	0,0	-	0,7	0,0	0,0	0,0	0,0	-	-	-	-	-	-	-	-

Älteren in den Wirtschaftsabteilungen Organisationen ohne Erwerbscharakter, Private Haushalte (7,6 %), Dienstleistungen (5,4 %) und Handel (5,2 %) überdurchschnittlich stark ausgeprägt. In diesen Wirtschaftsabteilungen ist, wie beim Handel und beim Dienstleistungsgewerbe, der Anteil der Selbständigen verhältnismäßig hoch (34,3 % bzw. 33,3 %).

Die Wirtschaftsabteilungen, in denen in überdurchschnittlich starkem Maße junge Arbeitskräfte tätig sind, sind – was die Männer anbetrifft – das Verarbeitende Gewerbe und das Baugewerbe. In diesen Wirtschaftsabteilungen sind 27,1 % bzw. 29,6 % der männlichen Erwerbspersonen unter 25 Jahre alt. Dies ist etwas mehr, als nach dem Durchschnitt aller männlichen Erwerbspersonen (22,7 %) zu erwarten wäre. Es handelt sich hier um die Wirtschaftsabteilungen, in denen die Arbeiter mit ihrem niedrigen Durchschnittsalter verhältnismäßig stark vertreten sind (68,4 % bzw. 79,8 %). Ihr Anteil an allen männlichen Erwerbspersonen beläuft sich dagegen auf nur 52,1 %.

Bei den Frauen liegt der Anteil der unter 25 Jahre alten Erwerbspersonen in den Wirtschaftsabteilungen Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe (49,9 %), Organisationen ohne Erwerbscharakter, Private Haushalte (41,4 %), Handel (38,9 %), Verarbeitendes Gewerbe (35,5 %) und Baugewerbe (32,4 %) über dem Landesdurchschnitt von 29,4 %. Es sind dies die Wirtschaftsabteilungen, in denen die weiblichen Angestellten und zum Teil auch Arbeiter, die zu 42,6 % bzw. 31,9 % unter 25 Jahre alt sind, besonders hohe Anteile aufweisen.

57 % der Selbständigen sind 50 Jahre und älter

In der Gliederung nach der Stellung im Beruf weicht die Altersgliederung der Erwerbspersonen in bemerkenswerter Weise vom Gesamtdurchschnitt ab. Es ergeben sich hier typische Strukturbilder, wie sie auch aus der umseitigen Abbildung ersichtlich sind.

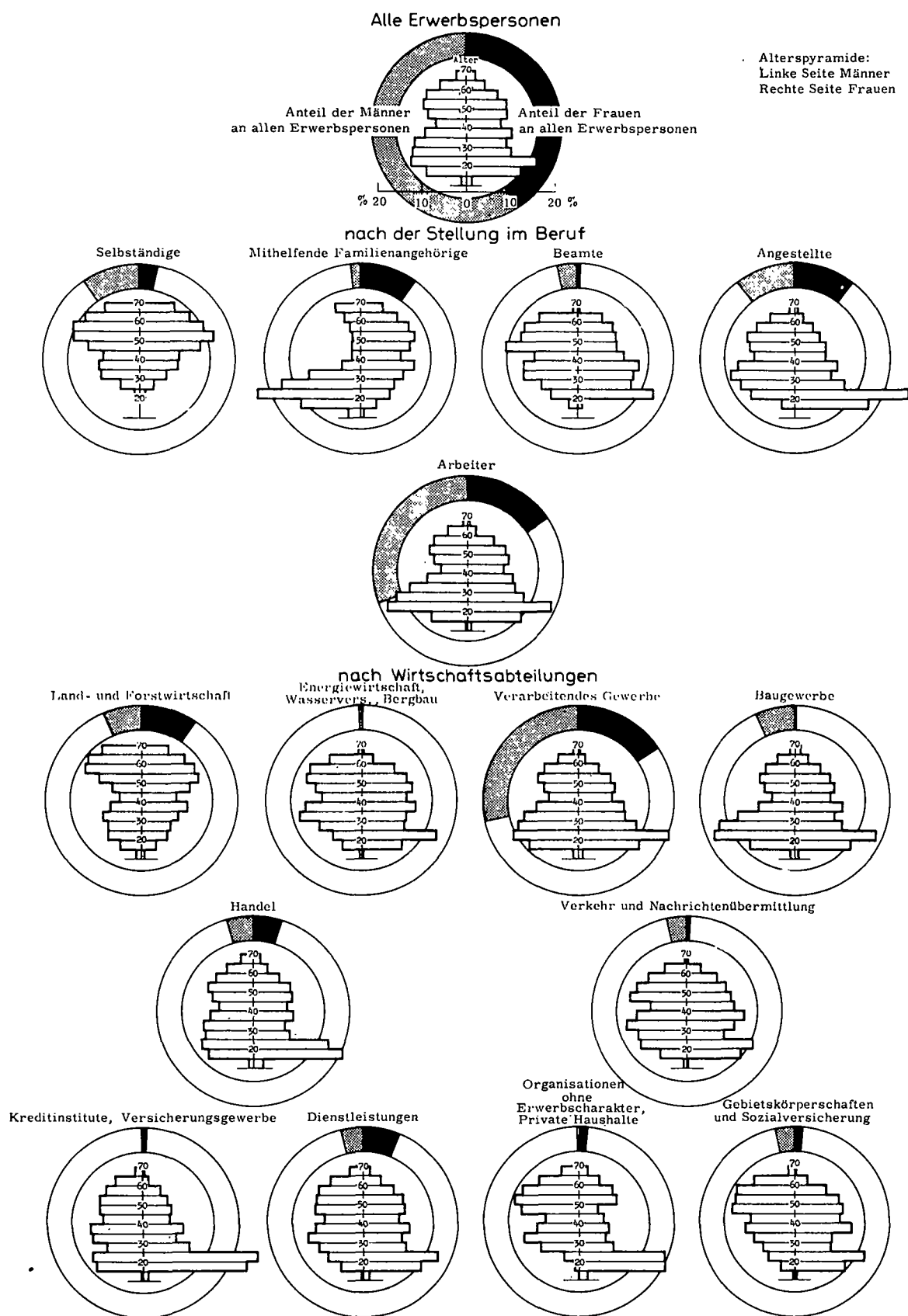
Bei den Selbständigen ist sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen ein verhältnismäßig hohes Durchschnittsalter

festzustellen. Sind doch 15,3 % der selbständigen Männer und 16,3 % der selbständigen Frauen 65 Jahre und älter. Sie stehen also in einem Alter, in dem sich Beamte, Angestellte und Arbeiter bereits in Pension oder Rente befinden. Betrachtet man den Anteil der Selbständigen mit 50 und mehr Jahren an allen Selbständigen, so zeigt sich, daß auch diese Alterszusammensetzung bei den Männern mit 56,8 % und bei den Frauen mit 58,5 % einen weit über dem Durchschnitt aller Erwerbspersonen von 28,2 % bzw. 24,2 % liegenden Anteil ausmacht. Diese hohen Quoten der Älteren unter den Selbständigen sind durchaus verständlich, wenn man bedenkt, daß es sich hier um Personen handelt, die zum Teil keinen Anspruch auf Rente erworben haben und die ihr eigenes Lebenswerk weiterführen, wobei sie ihrem Betrieb ihre Lebenserfahrung vermitteln, solange es ihre Kräfte gestatten. Dabei sind 40,8 % der männlichen und 44,8 % der weiblichen Selbständigen in der Land- und Forstwirtschaft tätig.

Auch unter den Mithelfenden Familienangehörigen sind relativ viel Erwerbspersonen mit 65 und mehr Jahren anzutreffen. Ihr Anteil bezieht sich bei den Männern auf 16,2 %, bei den Frauen allerdings nur auf 8,2 %. Die 50 Jahre und älteren männlichen Mithelfenden liegen mit ihrem Anteil von 24,4 % unter dem Durchschnitt aller Erwerbspersonen, wogegen die Frauen dieser Altersgruppe unter den Mithelfenden mit 39,3 % überdurchschnittlich stark vertreten sind. Diese Altersstruktur ist dadurch bedingt, daß die Mithelfenden Familienangehörigen zumeist verheiratete Frauen sind, die erst im fortgeschrittenen Alter als mithelfend in Erscheinung treten, wenn sich der Mann selbständig gemacht hat.

Bei den Beamten ist – zumindest auf der männlichen Seite – ein verhältnismäßig hohes Durchschnittsalter festzustellen; haben doch 34,2 % von ihnen das 50. Lebensjahr bereits überschritten, obwohl nur 1,0 % 65 Jahre und älter sind. Es scheint sich hier um eine für diesen Berufsstand typische, durch den Ausbildungsgang bestimmte Erscheinung zu handeln; waren doch schon 1933 30,2 % der Beamten 50 Jahre und älter.

Altersgliederung der Erwerbspersonen in Baden-Württemberg am 6. Juni 1961



Altersspezifische Erwerbsquoten nach Altersjahren am 6. Juni 1961

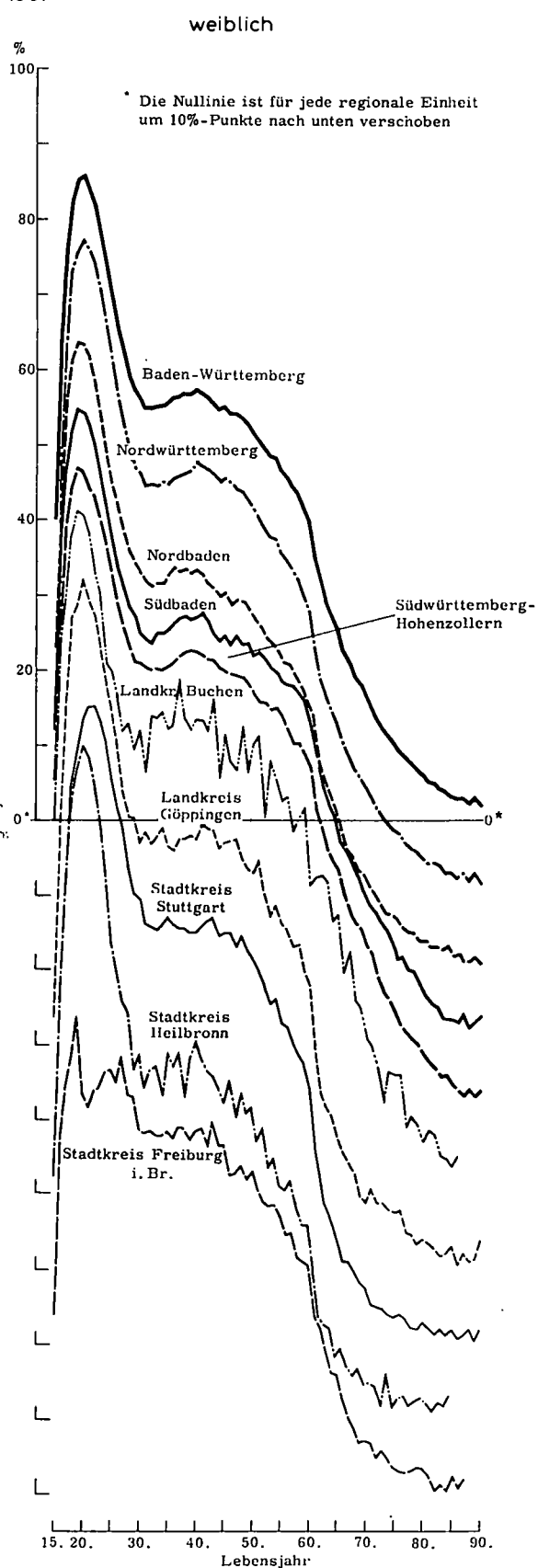
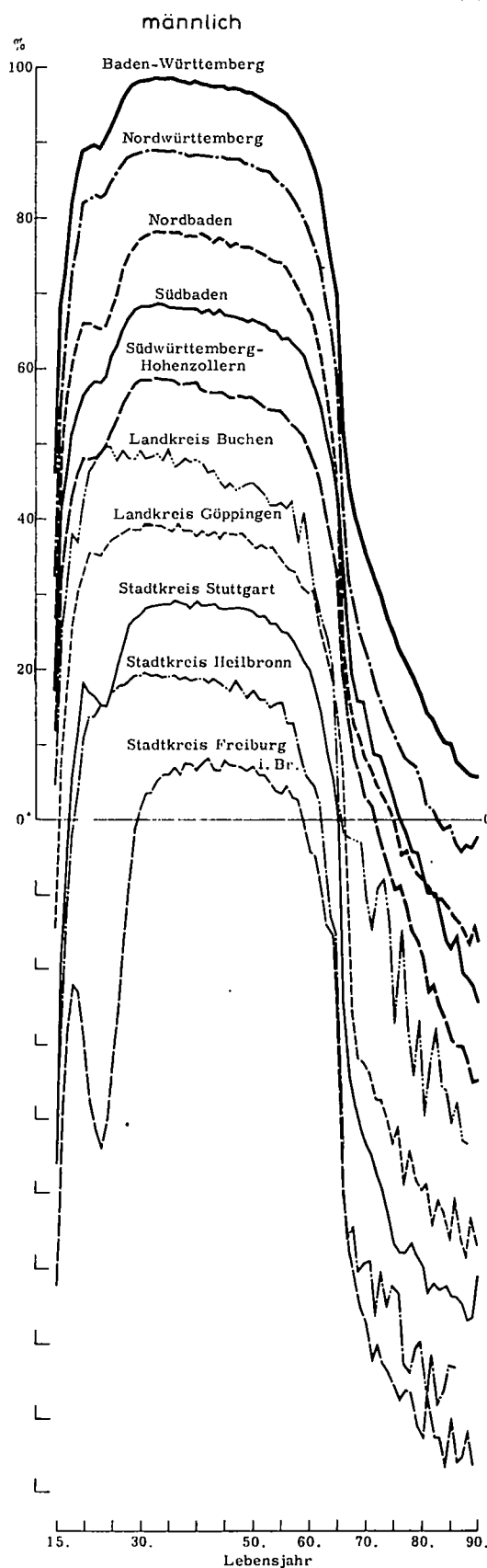


Tabelle 4

Erwerbspersonen (ohne Soldaten) nach Altersgruppen und

Wirtschaftsabteilung	Insgesamt	Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren													70 und mehr	ohne Angabe
		unter 15	15-20	20-25	25-30	30-35	35-40	40-45	45-50	50-55	55-60	60-65	65-70			
Anzahl																
Männlich																
0 Land- und Forstwirtschaft	255 607	2 202	11 942	19 128	19 510	22 044	17 710	12 437	16 965	24 040	31 754	30 236	21 940	25 370	329	
1 Energiewirtschaft und Wasserversorgung ..	26 422	133	1 222	1 754	2 557	3 724	3 322	2 412	2 781	3 281	3 070	1 912	197	43	14	
2 Verarbeitendes Gewerbe (o. Baugew.)	1 141 928	13 836	128 604	167 020	156 054	139 521	108 821	74 931	88 303	104 189	88 470	51 744	12 296	6 309	1 830	
3 Baugewerbe	283 199	2 762	29 087	51 805	48 170	36 361	23 373	14 942	19 681	22 452	18 739	10 918	2 933	1 404	572	
4 Handel	175 102	1 734	17 551	20 458	18 558	19 225	16 748	13 270	15 776	17 537	14 513	10 260	4 966	4 218	288	
5 Verkehr und Nachrichtenübermittlung ...	145 228	1 095	9 035	15 312	15 780	19 392	16 277	12 032	18 614	16 351	12 815	7 494	568	257	206	
6 Kreditinstitute u. Versicherungsgewerbe ..	35 450	158	3 727	4 039	2 953	4 074	4 220	3 206	3 489	3 431	2 989	2 267	585	277	35	
7 Dienstleistungen	155 296	794	8 128	12 419	15 581	19 339	16 586	13 595	16 800	16 517	15 593	11 448	4 748	3 505	243	
8 Org. o. Erwerbschar. u. Private Haushalte	11 839	7	120	403	1 037	1 480	1 120	905	1 579	1 711	1 501	1 059	474	427	16	
9 Gebietskörperschaften u. Sozialversicherung	136 860	249	4 206	8 541	9 950	13 200	15 539	13 701	19 489	18 407	18 086	12 723	1 926	615	228	
- Ohne Angabe	9 829	135	1 231	2 029	1 552	1 064	678	469	595	729	588	389	122	67	181	
Insgesamt	2 376 760	23 105	214 853	302 908	291 702	279 424	224 394	161 900	204 072	228 645	208 118	140 450	50 755	42 492	3 942	
Weiblich																
0 Land- und Forstwirtschaft	381 296	2 509	13 108	22 329	24 942	32 198	39 755	30 483	41 345	48 205	45 917	37 214	23 978	18 796	517	
1 Energiewirtschaft und Wasserversorgung ..	3 782	16	341	638	362	373	457	380	433	379	278	97	16	8	4	
2 Verarbeitendes Gewerbe (o. Baugew.)	624 277	6 696	85 883	128 370	82 372	65 521	64 479	48 524	52 574	46 141	29 551	9 154	2 851	1 313	848	
3 Baugewerbe	11 599	102	1 491	2 152	1 244	1 063	1 282	937	1 062	962	692	372	146	81	13	
4 Handel	197 302	4 483	39 262	32 993	16 030	14 023	17 843	14 954	17 300	16 305	11 499	6 522	3 214	2 562	282	
5 Verkehr und Nachrichtenübermittlung ...	27 618	58	3 338	4 111	2 320	2 971	3 605	2 976	2 810	2 462	1 915	875	95	51	31	
6 Kreditinstitute u. Versicherungsgewerbe ..	29 793	367	6 925	7 594	3 056	2 189	2 661	1 801	1 864	1 611	1 153	415	80	25	52	
7 Dienstleistungen	249 768	3 339	32 626	42 306	23 819	21 690	25 424	20 457	23 420	22 469	17 014	9 739	4 083	2 878	504	
8 Org. o. Erwerbschar. u. Private Haushalte	57 992	1 085	11 445	11 473	4 482	3 499	4 026	3 231	4 242	4 930	4 410	2 658	1 295	880	336	
9 Gebietskörperschaften u. Sozialversicherung	51 300	196	5 773	8 166	4 243	4 380	6 729	5 321	5 726	5 166	3 730	1 495	224	73	78	
- Ohne Angabe	7 805	173	1 503	1 718	831	622	622	493	578	551	399	168	63	25	59	
Insgesamt	1 642 532	19 024	201 695	261 850	163 701	148 529	166 883	129 557	151 354	149 181	116 558	68 709	36 075	26 692	2 724	
Weiblich verheiratet																
0 Land- und Forstwirtschaft	264 480	-	390	8 617	18 940	27 642	34 162	25 756	32 574	36 641	33 999	25 225	13 574	6 673	287	
1 Energiewirtschaft und Wasserversorgung ..	1 481	-	14	161	181	215	249	198	189	158	91	20	5	-	-	
2 Verarbeitendes Gewerbe (o. Baugew.)	306 012	-	4 920	50 621	54 789	46 757	43 400	30 682	30 875	24 915	13 907	3 597	908	262	379	
3 Baugewerbe	6 105	-	40	664	790	798	997	691	764	672	405	202	60	15	7	
4 Handel	86 104	-	1 072	9 229	9 565	10 022	13 015	10 486	11 231	10 025	6 252	3 228	1 269	592	118	
5 Verkehr und Nachrichtenübermittlung ...	11 946	-	52	1 025	1 296	1 891	2 267	1 705	1 489	1 201	735	242	26	5	12	
6 Kreditinstitute u. Versicherungsgewerbe ..	9 052	-	140	1 775	1 467	1 229	1 444	883	840	690	411	125	20	3	25	
7 Dienstleistungen	83 573	-	707	7 485	9 483	10 786	13 341	10 747	11 196	9 718	6 170	2 611	847	353	129	
8 Org. o. Erwerbschar. u. Private Haushalte	6 556	-	88	748	764	748	877	728	841	879	569	246	54	5	9	
9 Gebietskörperschaften u. Sozialversicherung	17 835	-	147	1 853	1 939	2 253	3 274	2 420	2 347	1 936	1 236	348	51	13	18	
- Ohne Angabe	2 412	-	48	350	321	308	309	267	283	269	166	55	16	2	18	
Insgesamt	795 556	-	7 618	82 528	99 535	102 649	113 335	84 563	92 629	87 104	63 941	35 899	16 830	7 923	1 002	

Bei *Angestellten* und *Arbeitern* liegt der Anteil der 50 Jahre alten und älteren Erwerbspersonen sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen unter dem Landesdurchschnitt.

29 % der weiblichen Erwerbspersonen unter 25 Jahre alt

Zu den Stellungen im Beruf, die einen verhältnismäßig hohen Anteil an Erwerbspersonen unter 25 Jahren aufweisen, gehören bei den *Männern* interessanterweise die Mithelfenden Familienangehörigen mit einem Anteil von 39,3 % und die Arbeiter (26,3 %). Im Vergleich dazu umfaßt der Anteil der Männer, die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, bei allen männlichen Erwerbspersonen 22,7 %. Bei den

Frauen, die als Erwerbspersonen im Durchschnitt zu 29,4 % unter 25 Jahre alt sind, ist dieser Anteil sowohl bei den Angestellten (42,6 %) als auch bei den Arbeiterinnen (31,9 %) höher. Als solche pflegen Frauen im allgemeinen – besonders vor ihrer Verheiratung – zu arbeiten, um nur in den Fällen nach der Eheschließung noch erwerbstätig zu bleiben, wo ein Mitverdienen erforderlich ist oder wo interessante Arbeiten ein längeres Verbleiben am Arbeitsplatz angezeigt erscheinen lassen.

Erwerbsquoten seit 1950 gestiegen

Der Anteil der Erwerbspersonen (ohne Soldaten) an der Wohnbevölkerung (Erwerbsquote) betrug am 6. Juni 1961 bei

nach Wirtschaftsabteilungen in Baden-Württemberg am 6. Juni 1961

Wirtschaftsabteilung	Insgesamt	Davon im Alter von . . bis unter . . . Jahren													70 und mehr	ohne Angabe
		unter 15	15-20	20-25	25-30	30-35	35-40	40-45	45-50	50-55	55-60	60-65	65-70			
Verteilung in %																
Männlich																
0 Land- und Forstwirtschaft . . .	100	0,9	4,7	7,5	7,6	8,6	6,9	4,9	6,6	9,4	12,4	11,8	8,6	9,9	0,1	
1 Energiewirtschaft und Wasserversorgung . .	100	0,5	4,6	6,6	9,7	14,1	12,6	9,1	10,5	12,4	11,6	7,2	0,7	0,2	0,1	
2 Verarbeitendes Gewerbe (o. Baugew.).	100	1,2	11,3	14,6	13,7	12,2	9,5	6,6	7,7	9,1	7,7	4,5	1,1	0,6	0,2	
3 Baugewerbe	100	1,0	10,3	18,3	17,0	12,8	8,3	5,3	6,9	7,9	6,6	3,9	1,0	0,5	0,2	
4 Handel	100	1,0	10,0	11,7	10,6	11,0	9,6	7,6	9,0	10,0	8,3	5,9	2,8	2,4	0,2	
5 Verkehr und Nachrichtenübermittlung . .	100	0,8	6,2	10,5	10,9	13,4	11,2	8,3	12,8	11,3	8,8	5,2	0,4	0,2	0,1	
6 Kreditinstitute u. Versicherungsgewerbe . .	100	0,4	10,5	11,4	8,3	11,5	11,9	9,0	9,8	9,7	8,4	6,4	1,7	0,8	0,1	
7 Dienstleistungen	100	0,5	5,2	8,0	10,0	12,5	10,7	8,8	10,8	10,6	10,0	7,4	3,1	2,3	0,2	
8 Org. o. Erwerbschar. u. Private Haushalte . .	100	0,1	1,0	3,4	8,8	12,5	9,5	7,6	13,3	14,5	12,7	8,9	4,0	3,6	0,1	
9 Gebietskörperschaften u. Sozialversicherung . .	100	0,2	3,1	6,2	7,3	9,6	11,4	10,0	14,2	13,4	13,2	9,3	1,4	0,4	0,1	
- Ohne Angabe	100	1,4	12,5	20,6	15,8	10,8	6,9	4,8	6,1	7,4	6,0	4,0	1,2	0,7	1,8	
Insgesamt	100	1,0	9,0	12,7	12,3	11,8	9,4	6,8	8,0	9,6	8,8	5,9	2,1	1,8	0,2	
Weiblich																
0 Land- und Forstwirtschaft . . .	100	0,7	3,4	5,9	6,5	8,4	10,4	8,0	10,8	12,6	12,0	9,8	6,3	4,9	0,1	
1 Energiewirtschaft und Wasserversorgung . .	100	0,4	9,0	16,9	9,6	9,9	12,1	10,0	11,4	10,0	7,4	2,6	0,4	0,2	0,1	
2 Verarbeitendes Gewerbe (o. Baugew.).	100	1,1	13,8	20,6	13,2	10,5	10,3	7,8	8,4	7,4	4,7	1,5	0,5	0,2	0,1	
3 Baugewerbe	100	0,9	12,9	18,6	10,7	9,2	11,1	8,1	9,2	8,3	6,0	3,2	1,3	0,7	0,1	
4 Handel	100	2,3	19,9	16,7	8,1	7,1	9,0	7,6	8,8	8,3	5,8	3,3	1,6	1,3	0,1	
5 Verkehr und Nachrichtenübermittlung . .	100	0,2	12,1	14,9	8,4	10,8	13,1	10,8	10,2	8,9	6,9	3,2	0,3	0,2	0,1	
6 Kreditinstitute u. Versicherungsgewerbe . .	100	1,2	23,2	25,5	10,3	7,3	8,9	6,0	6,3	5,4	3,9	1,4	0,3	0,1	0,2	
7 Dienstleistungen	100	1,3	13,1	16,9	9,5	8,7	10,2	8,2	9,4	9,0	6,8	3,9	1,6	1,2	0,2	
8 Org. o. Erwerbschar. u. Private Haushalte . .	100	1,9	19,7	19,8	7,7	6,0	6,9	5,6	7,3	8,5	7,6	4,6	2,2	1,5	0,6	
9 Gebietskörperschaften u. Sozialversicherung . .	100	0,4	11,3	15,9	8,3	8,5	13,1	10,4	11,2	10,1	7,3	2,9	0,4	0,1	0,2	
- Ohne Angabe	100	2,2	19,3	22,0	10,6	8,0	8,0	6,3	7,4	7,1	5,1	2,2	0,8	0,3	0,8	
Insgesamt	100	1,2	12,3	15,0	10,0	9,0	10,2	7,0	9,2	9,1	7,1	4,2	2,2	1,0	0,2	
Weiblich verheiratet																
0 Land- und Forstwirtschaft . . .	100	-	0,1	3,3	7,2	10,5	12,9	9,7	12,3	13,9	12,9	9,5	5,1	2,5	0,1	
1 Energiewirtschaft und Wasserversorgung . .	100	-	0,9	10,9	12,2	14,5	16,8	13,4	12,8	10,7	6,1	1,4	0,3	-	-	
2 Verarbeitendes Gewerbe (o. Baugew.).	100	-	1,6	16,5	17,9	15,3	14,2	10,0	10,1	8,1	4,5	1,2	0,3	0,1	0,1	
3 Baugewerbe	100	-	0,7	10,9	12,9	13,1	16,3	11,3	12,5	11,0	6,6	3,3	1,0	0,2	0,1	
4 Handel	100	-	1,2	10,7	11,1	11,6	15,1	12,2	13,0	11,6	7,3	3,7	1,5	0,7	0,1	
5 Verkehr und Nachrichtenübermittlung . .	100	-	0,4	8,6	10,8	15,8	19,0	14,3	12,5	10,1	6,2	2,0	0,2	0,0	0,1	
6 Kreditinstitute u. Versicherungsgewerbe . .	100	-	1,5	19,6	16,2	13,6	16,0	9,8	9,3	7,6	4,5	1,4	0,2	0,0	0,3	
7 Dienstleistungen	100	-	0,8	9,0	11,3	12,9	16,0	12,9	13,4	11,6	7,4	3,1	1,0	0,4	0,2	
8 Org. o. Erwerbschar. u. Private Haushalte . .	100	-	1,3	11,4	11,7	11,4	13,4	11,1	12,8	13,4	8,7	3,8	0,8	0,1	0,1	
9 Gebietskörperschaften u. Sozialversicherung . .	100	-	0,8	10,4	10,9	12,6	18,4	13,6	13,2	10,9	6,9	2,0	0,3	0,1	0,1	
- Ohne Angabe	100	-	2,0	14,5	13,3	12,8	12,8	11,1	11,7	11,2	6,9	2,3	0,7	0,1	0,7	
Insgesamt	100	-	1,0	10,4	12,5	12,0	14,2	10,6	11,6	10,0	8,0	4,5	2,1	1,0	0,1	

den Männern 64,6%, bei den Frauen 40,2% und bei den verheirateten Frauen 43,6%. Die Vergleichswerte aus dem Jahr 1950 betragen 64,8%, 37,9% und 33,4%. Demnach ist die Erwerbsquote der Männer etwas zurückgegangen, was darauf zurückzuführen ist, daß die Soldaten bei deren Berechnung nicht berücksichtigt worden sind. Unter Berücksichtigung der Soldaten wäre ein geringfügiger Anstieg auf 65,2% zu verzeichnen gewesen. Die Erwerbsquote der Frauen ist in 11 Jahren um 2,3 Punkte gestiegen, insbesondere beeinflusst durch die Erwerbsquote der verheirateten Frauen, die sich um 10,2 Punkte erhöhte.

Die Beobachtung der Erwerbsquote ist ohne Untergliederung nach dem Alter wenig aufschlußreich, da die Gründe,

die eine Veränderung verursachen, insbesondere in der Altersgliederung der Wohnbevölkerung und der Erwerbspersonen zu suchen sind. So ist es z. B. gerade für die Erwerbsquote der Männer von ausschlaggebender Bedeutung, daß der Anteil der im erwerbsfähigen Alter (15 bis unter 65 Jahre) stehenden Männer sich seit 1950 von 64,7% auf 67,2% erhöht hat.

Ein weiteres Merkmal, welches für die Erwerbsquote einer Bevölkerung von Bedeutung ist, ist der Anteil der Schüler und Studenten. Außerdem muß auch die berufliche Stellung, die ein Erwerbstätiger innehat, in die Betrachtung einbezogen werden. So scheiden, wie später noch im einzelnen dargelegt werden wird, abhängige Erwerbspersonen früher aus dem Erwerbsleben aus als Selbständige und Mithelfende Familienangehörige.

Erwerbsquote der Männer mit 32 Jahren am höchsten

Wie die Übersicht über den Altersaufbau der Wohnbevölkerung und der Erwerbspersonen bereits ersehen ließ, ist der Anteil der Erwerbspersonen an der Wohnbevölkerung in den einzelnen Altersgruppen recht unterschiedlich. Dies wird noch deutlicher aus einer Darstellung der Erwerbsquote nach Altersjahren. Im allgemeinen steigt sie vom 15. Lebensjahr (46,2 %) steil an bis zum 20. Lebensjahr mit 88,9 %, um dann bis zum 31. Lebensjahr (98,3 %) nur noch langsam weiter zuzunehmen. In diesem langsamen Anstieg, der je nach den regionalen Verhältnissen bisweilen auch rückläufig ist, dokumentieren sich die Ausbildungsjahre derer, die eine Universität oder Hochschule besuchen. Mit 32 Jahren ist bei den Männern die höchste Erwerbsquote von 98,6 % erreicht. Danach sinkt sie stetig bis zum 55. Lebensjahr (94,3 %), um anschließend bis zum 65. Lebensjahr auf 70,0 % zurückzugehen. Vom 65. zum 66. Lebensjahr nimmt die Erwerbsquote schlagartig um 17,5 Punkte auf 52,5 % ab. Hierin wird das Ausscheiden der abhängigen Erwerbspersonen aus dem Erwerbsleben deutlich. Es verbleiben jetzt fast nur noch Selbständige und Mithelfende Familienangehörige am Arbeitsplatz. Vom 66. Lebensjahr an sinkt die Erwerbsquote kontinuierlich auf den niedersten Wert im 90. Lebensjahr (3,6 %) ab. Bis zum 97. Lebensjahr sind einzelne Werte wieder höher. Dies dürfte hauptsächlich auf die kleinen Ausgangszahlen zurückzuführen sein, die nicht mehr dem Gesetz der großen Zahl folgen.

Frauen mit 19 Jahren am meisten erwerbstätig

Die altersspezifische Erwerbsquote der Frauen ist von der der Männer völlig verschieden. Lediglich zwischen dem 15. und 19. Lebensjahr steigt sie von 40,2 % auf 85,3 % in ähnlicher Weise wie die der Männer, um im 20. Lebensjahr den höchsten Wert (85,8 %) zu erreichen. Ab hier wirken sich die Eheschließungen und das damit verbundene Ausscheiden aus dem Erwerbsleben auf den Kurvenverlauf aus, der bis zum 32. Lebensjahr kontinuierlich auf 54,8 % zurückgeht. Danach ist wieder ein geringfügiger Anstieg der Erwerbsquote auf 57,4 % im 40. Lebensjahr festzustellen. Hierin verdeutlicht sich der Wiedereintritt der verheirateten Frauen ins Erwerbsleben zu einem Zeitpunkt, da die Kinder eine gewisse Selbständigkeit erreicht haben und es der Mutter wieder möglich ist, einen Beruf zu ergreifen, oder wo sie als Mithelfende dem selbständig gewordenen Ehemann im Betrieb zur Seite steht. Vom 40. Lebensjahr an geht die Erwerbsquote der Frauen stetig zurück bis zum 60. Lebensjahr (39,7 %). Mit Erreichen des rentenfähigen Alters (60 Jahre) knickt die Kurve der Erwerbsquote deutlich ab. Sie geht auf 34,7 % zurück. Danach sinkt sie kontinuierlich weiter bis zum 90. Lebensjahr.

Regionale Unterschiede der Erwerbsquote

Bei der altersspezifischen Erwerbsquote der Männer zeichnen sich regionale Unterschiede nur in verhältnismäßig eng begrenzten Altersbereichen ab, wogegen sie sich bei den Frauen fast auf alle Altersjahre erstrecken.

Bei den Männern sind es die Jahre zwischen dem 20. und 30. und nach dem 65. Lebensjahr, in denen besondere regionale Unterschiede in Erscheinung treten. So zeigt eine niedrige Erwerbsquote im dritten Lebensjahrzehnt, daß hier noch viele Personen in Ausbildung stehen. Dies gibt der für die Regierungsbezirke gesondert dargestellte Kurvenverlauf recht deutlich wieder. Ist doch in diesem Alter die Erwerbsquote in Nordbaden, wo auch die meisten wissenschaftlichen Hochschulen liegen, am niedrigsten. Es folgen Südbaden und Südwürttemberg-Hohenzollern mit annähernd gleichem Kurvenverlauf bei je einer Universität. Die höchste Erwerbsquote in diesem Altersbereich ist in Nordwürttemberg festzustellen, wo die Technische Hochschule Stuttgart ein besonderes Ausbildungszentrum bildet. Dieses wirkt sich jedoch infolge der größeren Bevölkerungszahl des Regierungsbezirkes nicht so sehr auf die Erwerbsquote aus. Recht deutlich wird der unterschiedliche Verlauf der Erwerbsquote im Ausbildungsalter bei einer Beobachtung ausgewählter Stadt- bzw. Landkreise. Hier liegt die

Erwerbsquote in der Universitätsstadt Freiburg zwischen 20 und 30 Jahren am niedrigsten. Es folgt der Stadtkreis Stuttgart mit seiner Technischen Hochschule. Der Stadtkreis Heilbronn und die Landkreise Göppingen und Buchen, in denen keine wissenschaftlichen Hochschulen liegen, weisen hier einen überdurchschnittlich hohen, ziemlich gleichgearteten Verlauf der altersspezifischen Erwerbsquote auf. Zwischen dem 30. und 65. Lebensjahr ist die Erwerbsquote allenthalben fast gleich, um erst im Alter von über 65 Jahren wieder strukturbedingte typische Unterschiede aufzuzeigen. So ist die Erwerbsquote in den mehr landwirtschaftlich orientierten Regierungsbezirken Südbaden und Südwürttemberg-Hohenzollern mit ihren verhältnismäßig vielen Selbständigen in diesen Altersjahren durchweg höher als in Nordbaden und Nordwürttemberg, wo eine relativ große Zahl von Abhängigen (Beamte, Angestellte, Arbeiter) mit 65 Jahren in Pension bzw. Rente geht. Dies wird auch durch den Verlauf der Erwerbsquote im Landkreis Buchen bestätigt, wo sie nach dem 65. Lebensjahr durchschnittlich um 10 Punkte höher liegt als die Erwerbsquoten der Stadtkreise Stuttgart, Freiburg, Heilbronn und des Landkreises Göppingen. Hier weist die Landwirtschaft nur verhältnismäßig geringe Anteile auf.

Die Erwerbsquote der Frauen wird praktisch in allen Altersjahren durch die regionale Wirtschaftsstruktur geprägt. So liegt der Anteil der weiblichen Erwerbspersonen an der weiblichen Wohnbevölkerung in Südwürttemberg-Hohenzollern am höchsten. In diesem Regierungsbezirk ist auch infolge des großen Anteils der Landwirtschaft, der Anteil der Selbständigen und der Mithelfenden Familienangehörigen am größten. Den nächstniedrigen Kurvenverlauf weist Südbaden auf, wo die Erwerbsquote besonders vom 50. Lebensjahr, wie die für Südwürttemberg-Hohenzollern, einen über dem Durchschnitt liegenden Verlauf nimmt. Am niedrigsten ist die Erwerbsquote in Nordbaden, wo verhältnismäßig wenig Frauen in der Landwirtschaft tätig sind und wo somit auch der Anteil der Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen relativ niedrig ist.

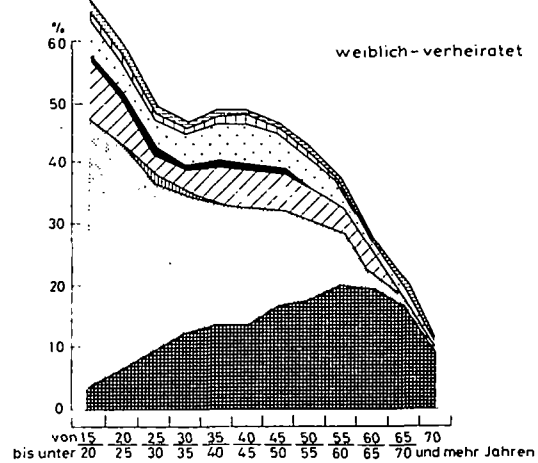
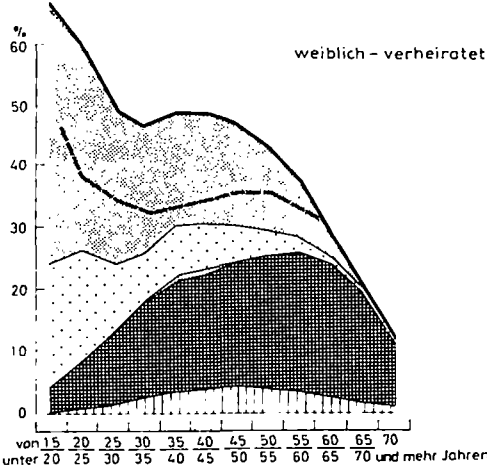
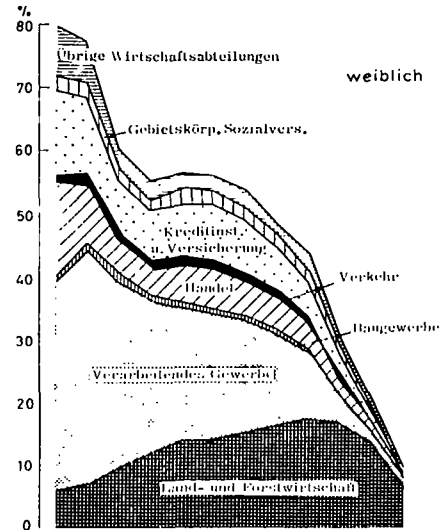
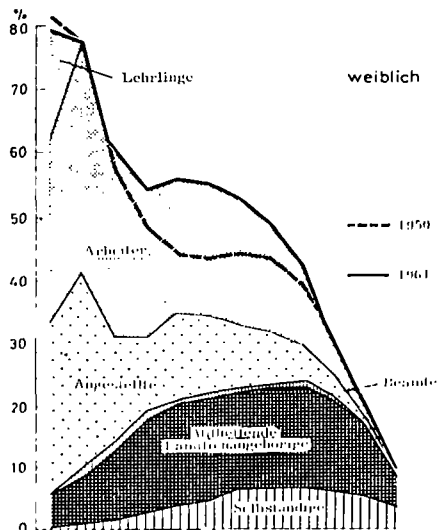
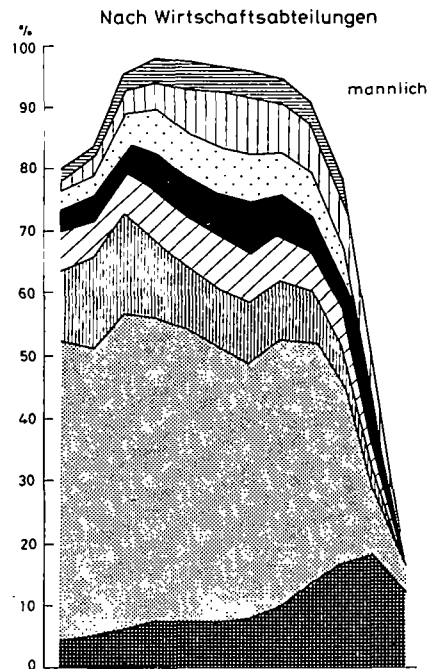
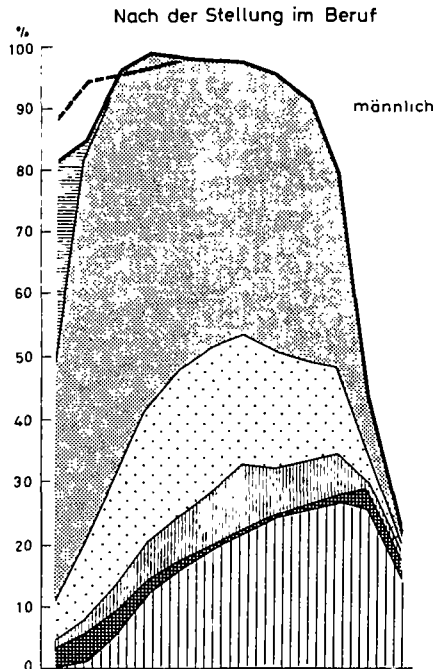
Aus der Darstellung der altersspezifischen Erwerbsquote für ausgewählte Stadt- und Landkreise werden diese Strukturunterschiede auch bei den Frauen noch deutlicher. So liegt die Erwerbsquote im Landkreis Buchen, der den größten Anteil an landwirtschaftlichen Erwerbspersonen aufweist, in fast allen Altersjahren am höchsten. Besonders vom 60. Lebensjahr an verläuft sie wie schon bei den Männern erheblich über den übrigen Stadt- bzw. Landkreisen. Es folgen der Landkreis Göppingen und der Stadtkreis Stuttgart mit einem ziemlich gleichgearteten Verlauf der altersspezifischen Erwerbsquote. Dieser hält sich hier bis zum 60. Lebensjahr nahe bei der Kurve des Landkreises Buchen, um dann mit Eintritt des Rentenalters schnell abzusinken. In der Stadt Freiburg wirkt sich der hohe Anteil von Studentinnen dahin aus, daß die Erwerbsquote der Frauen zwischen dem 20. und 25. Lebensjahr weit unter dem Durchschnitt liegt. Von da ab bleibt sie wie auch die Kurve der Stadt Heilbronn etwa 10 Punkte tiefer als die von Stuttgart, um nach Eintritt ins Rentenalter wieder enger an diese Kurve anzuschließen. Daß in Freiburg und Heilbronn die Erwerbsquote der Frauen durchweg niedriger ist als in Stuttgart, mag auf ein völlig anderes Erwerbsverhalten der Frauen in diesen Gebieten zurückzuführen sein. Es hat den Anschein, als ob besonders die verheirateten Frauen in diesen Städten weniger stark der Erwerbstätigkeit zugeneigt sind als die in Stuttgart oder im Landkreis Göppingen.

65 % aller Männer von 25 bis unter 30 Jahren sind Arbeiter

Ein anschauliches Bild der Altersstruktur der Erwerbspersonen vermitteln die altersspezifischen Erwerbsquoten in der Gliederung nach der Stellung im Beruf. Aus dieser Darstellung wird besonders deutlich, in welchem Alter eine bestimmte Stellung im Beruf, bezogen auf die gesamte Bevölkerung, ihre stärksten Anteile aufweist.

So erreicht der Anteil der männlichen Selbständigen, die insgesamt nur 10,7 % der Wohnbevölkerung umfassen, im

**Altersspezifische Erwerbsquoten (ohne Soldaten) nach Altersgruppen
in Baden-Württemberg am 6. Juni 1961**



Alter von 60 bis unter 65 Jahren mit 26,6 % der Wohnbevölkerung dieser Altersgruppe seinen höchsten Wert. Bis in dieses Alter wird der Anteil der selbständigen Erwerbspersonen an der Wohnbevölkerung von Altersgruppe zu Altersgruppe stärker. Dies zeigt, daß die Tätigkeit eines Selbständigen eine gewisse Reife und auch eine finanzielle Basis erfordert, die im allgemeinen erst mit zunehmendem Alter gewonnen werden. Des weiteren ist daraus das Verbleiben der Selbständigen im Erwerbsleben auch nach der Erreichung des Rentenalters zu ersehen, was nicht ausschließt, daß diese Personen selbst Rentenempfänger sind. Die Beamten, deren Anteil an der Wohnbevölkerung 3,9 % ausmacht, erreichen im Alter zwischen 45 und 50 Jahren mit 10,9 % die höchste Erwerbsquote. Bis zu diesem Zeitpunkt steigt sie kontinuierlich an, um oberhalb des Pensionierungsalters auf nur 1 % abzusinken. Die Erwerbsquote der Angestellten, die sich im gesamten auf 11,3 % beziffert, erreicht im Alter von 40 bis unter 45 Jahren mit 23,6 % ihren höchsten Wert. Zwischen dem 35. und 40. Lebensjahr liegt sie allerdings schon fast ebenso hoch. Bis zu diesem Alter steigt sie infolge Nachwuchses aus dem Bereich der Lehrlinge, der Soldaten und der noch in Ausbildung befindlichen Fach- und Hochschulraser an. Außerdem dürfte bis dahin ein Teil der Arbeiter durch Umschulung und Selbststudium oder auch, wie es heute schon häufig üblich ist, infolge langer Betriebszugehörigkeit den Status eines Angestellten erhalten haben. Im weiteren Verlauf nimmt die Erwerbsquote der Angestellten bis zum Eintritt ins Rentenalter kontinuierlich auf 13,5 % ab, um dann rasch auf 4,6 % abzusinken. Die Erwerbsquote der Arbeiter, die im Landesdurchschnitt 33,6 % beträgt, ist im Alter von 25 bis unter 30 Jahren mit 65,2 % am höchsten. Dieser besonders starke Anteil der Arbeiter an der Wohnbevölkerung ist vornehmlich durch die Anwesenheit ausländischer Arbeitskräfte bedingt, die hauptsächlich als Arbeiter tätig und in dieser Altersgruppe besonders stark vertreten sind. Mit zunehmendem Alter nimmt die Erwerbsquote der Arbeiter rasch auf 43,2 % im Alter von 45 bis unter 50 Jahren ab, um im nächsten Altersjahrfünft nochmals auf 44,0 % anzusteigen. Danach geht der Anteil der Arbeiter an der Wohnbevölkerung bis zur Altersgruppe von 60 bis unter 65 Jahren auf 30,8 % zurück. Nach Eintritt ins Rentenalter sind noch 8,1 % der 65- bis unter 70jährigen als Arbeiter tätig.

35 % der weiblichen Wohnbevölkerung von 20 bis unter 25 Jahren sind Arbeiterinnen

Die altersspezifische Erwerbsquote der Frauen verhält sich, soweit es die Selbständigen anbelangt, ähnlich wie die der Männer, nur erreicht sie ihren Höchstwert von 6,8 %, der wesentlich niedriger liegt, bereits zehn Jahre früher (im Alter von 50 bis unter 60 Jahren). Bei den verheirateten Frauen findet sich die höchste Erwerbsquote bereits im Alter von 45 bis unter 50 Jahren, um von da an stetig abzunehmen. Dafür sind die verheirateten Frauen in diesem Alter bevorzugt als Mithelfende Familienangehörige tätig, wie aus ihrer Erwerbsquote ersichtlich ist, die zwischen 55 und 60 Jahren mit 22,7 %

ihren Höchstwert erreicht. Bei den Angestellten ist, wie auch bei den Arbeiterinnen, die Erwerbsquote aller Frauen im Alter von 20 bis unter 25 Jahren am höchsten (31,9 % bzw. 35,2 %). Sie geht dann bei den Angestellten wesentlich schneller zurück als bei den Arbeiterinnen, was darauf schließen läßt, daß die als Angestellte tätige Frau nach ihrer Verheiratung schneller aus dem Erwerbsleben ausscheidet als die Arbeiterin. Daraus kann geschlossen werden, daß bei den weiblichen Angestellten nach ihrer Verheiratung ein Mitverdienen im allgemeinen nicht in dem Maße erforderlich ist wie bei den Arbeiterinnen. Die gleiche Folgerung kann auch aus der Erwerbsquote der verheirateten Frauen gezogen werden; ist diese doch bei den Arbeiterinnen über alle Altersgruppen hinweg etwa doppelt so hoch wie die der Angestellten, wogegen sie bei allen Frauen nur um die Hälfte höher liegt. Wie schon auf Grund der Erwerbsquote der Männer festgestellt werden konnte, scheiden auch die Frauen – besonders die verheirateten –, sofern sie in abhängiger Stellung tätig waren, mit Erreichen des Rentenalters aus dem Erwerbsleben aus. Da die Möglichkeit, eine Rente zu beziehen, bei den Frauen schon nach Vollendung des 60. Lebensjahres gegeben ist, ist der verstärkte Rückgang der Erwerbsquote auch bereits in diesem Alter festzustellen.

Erwerbsquote der verheirateten Frauen gegenüber 1950 in allen Altersjahren höher

Gegenüber 1950 hat der Verlauf der altersspezifischen Erwerbsquote der Männer kaum eine Veränderung erfahren. Sie ist lediglich in den Altersgruppen von 15 bis unter 20 Jahren und von 20 bis unter 25 Jahren niedriger als damals. Dies liegt einmal an der heute bereits allgemein längeren Ausbildung und – besonders in der Altersgruppe von 20 bis unter 25 Jahren – daran, daß in dieser Darstellung die Soldaten im Jahr 1961 nicht enthalten sind.

Bei den Frauen hat sich jedoch die Erwerbsquote in der Gliederung nach Altersgruppen wesentlich geändert. Wenn auch bis zum 30. Lebensjahr noch etwa die gleichen Werte festzustellen sind, so ist doch besonders zwischen dem 35. und 55. Lebensjahr ihre Erwerbsquote um fast 10 Punkte höher als im Jahr 1950. Dies liegt an dem gegenüber 1950 stärker ausgeprägten Erwerbsstreben der Frauen, ist allerdings auch mit darauf zurückzuführen, daß 1961 im Vergleich zu 1950 wesentlich mehr Arbeitsplätze angeboten wurden. Stand doch die wirtschaftliche Entwicklung nach dem zweiten Weltkrieg damals erst in ihren Anfängen. Dagegen liegt die Erwerbsquote der Frauen im Alter von 60 bis unter 65 Jahren 1961 infolge der seither durchgeführten Rentenreform, die das Rentenalter der Frauen auf 60 Jahre herabsetzte, niedriger als im Jahr 1950.

Wie sehr die Arbeitsmarktlage die Frauen zur Erwerbstätigkeit anregte, gibt besonders die Erwerbsquote der verheirateten Frauen wieder, die zwischen dem 15. und 55. Lebensjahr um 10 bis 20 Punkte höher liegt als im Jahr 1950.

Dipl.-Ing. Hans Kaeser

Die wirtschaftliche Gliederung der Erwerbspersonen in Baden-Württemberg am 6. Juni 1961

Ergebnisse der Volks- und Berufszählung

Allgemeines

Bei der Volks- und Berufszählung 1961 wurde die wirtschaftliche Gliederung der Erwerbspersonen¹ entsprechend der „Systematik der Wirtschaftszweige für die Berufszählung 1961“² vorgenommen. Diese war aus der „Systematik der Wirtschaftszweige“ (Grundsystematik)³ speziell für die Bedürfnisse der Volks- und Berufszählung 1961 entwickelt worden. Auf dieser Grundlage wurden die Erwerbspersonen aufgeteilt auf:

- 4 Wirtschaftsbereiche
- 11 Wirtschaftsabteilungen
- 38 Wirtschaftsunterabteilungen
- 118 Wirtschaftsgruppen

Im folgenden wird die wirtschaftliche Gliederung an Hand der Wirtschaftsabteilungen und -unterabteilungen dargestellt. Eine Nachweisung der Erwerbspersonen nach Wirtschaftsgruppen findet sich in Band 105, Heft 6, der „Statistik von Baden-Württemberg“.

Die Zuordnung zu den 118 Wirtschaftsgruppen erfolgte bei der Signierung im allgemeinen auf Grund der Angaben des Auskunftspflichtigen über die Produktion bzw. über die Art der Dienstleistung der Arbeitsstätte, in der er tätig war. Erfahrungsgemäß werden jedoch in einzelnen Arbeitsstätten häufig Produkte erzeugt (z. B. Gießerei und Maschinenbau) bzw. Dienstleistungen ausgeübt, die verschiedenen Wirtschaftsgruppen zuzuordnen sind. Um hier eine weitgehende Übereinstimmung mit den zur gleichen Zeit durchgeführten Betriebsstatistiken (Arbeitsstättenzählung, Industrie- und Bauberichterstattung, Handels- und Gaststättenzensus) zu erhalten, die eine örtliche Einheit einer Arbeitsstätte nur einer einzigen Wirtschaftsgruppe, und zwar der überwiegenden, zuordnen konnten, wurden den Signierern ein „Verzeichnis der Industriebetriebe mit 50 und mehr Beschäftigten“ sowie ein „Verzeichnis der Großhandelsbetriebe mit 2 und mehr Beschäftigten“ an die Hand gegeben. In diesen waren die Arbeitsstätten, geordnet nach Stadt- bzw. Landkreisen und Gemeinden, alphabetisch mit der Signatur der Wirtschaftsgruppe aufgeführt. Diese Signaturen entsprachen der Wirtschaftsgruppe des Schwerpunktes der örtlichen Einheit einer Arbeitsstätte. Die Verzeichnisse erleichterten die Arbeit des Signierers und waren für ihn in vielen Fällen ein wertvoller Hinweis, besonders dann, wenn außer der Anschrift des Betriebes keine weiteren Angaben in der Haushaltsliste eingetragen waren.

Land- und Forstwirtschaft stärkste Wirtschaftsunterabteilung

Jede Wirtschaftssystematik wird aufgestellt in dem Bestreben, Bereiche gleichartiger Produktion bzw. gleichartiger Dienstleistungen zusammenzufassen. Diesem Grundgedanken entsprechend ist die Land- und Forstwirtschaft⁴ innerhalb der Gliederung nach Wirtschaftsunterabteilungen mit einem Anteil von 15,8 % an allen Erwerbspersonen die stärkste der in der Systematik nachgewiesenen 38 Wirtschaftsunterabteilungen. An zweiter Stelle steht mit einem Anteil von 11,0 % der Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau und an dritter Stelle Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik usw. mit einer Quote von 10,0 % aller in Baden-Württemberg wohnenden Erwerbspersonen. Weiter sind das Leder-, Textil- und Bekleidungsgewerbe (8,4 %), der Einzelhandel (5,9 %), das Bauhauptge-

werbe (5,4 %) sowie das Holz-, Papier- und Druckgewerbe (5,0 %) von hervorragender Bedeutung. Diese sieben Wirtschaftsunterabteilungen mit einem jeweiligen Anteil von fünf und mehr Prozent an allen Erwerbspersonen umfassen fast zwei Drittel (61,5 %) aller Erwerbspersonen des Landes Baden-Württemberg.

Die Konzentration der Männer unter den Erwerbspersonen auf wenige Unterabteilungen ist nicht ganz so stark wie die aller Erwerbspersonen. So arbeiten in den folgenden sechs Wirtschaftsunterabteilungen, in denen fünf und mehr Prozent aller männlichen Erwerbspersonen tätig sind, zusammen etwas mehr als die Hälfte (56,7 %) aller Männer. Es sind dies Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau (15,8 %), Land- und Forstwirtschaft (10,7 %), Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik (10,2 %), Bauhauptgewerbe (8,9 %), Holz-, Papier- und Druckgewerbe (6,1 %) sowie Leder-, Textil- und Bekleidungsgewerbe (5,0 %).

Im Vergleich zu den Männern ist die Konzentration der Frauen auf nur vier Wirtschaftsunterabteilungen, die jede fünf und mehr Prozent aller weiblichen Erwerbspersonen umfaßt, mit 55,7 % wesentlich stärker. Im einzelnen sind es die Land- und Forstwirtschaft, wo fast ein Viertel (23,2 %) aller Frauen arbeitet, Leder-, Textil- und Bekleidungsgewerbe (13,4 %), Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik usw. (9,8 %) sowie der Einzelhandel (9,3 %).

Die nächste, für die weiblichen Erwerbspersonen besonders wichtige, in obiger Konzentrationsziffer jedoch nicht enthaltene Wirtschaftsunterabteilung ist das Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe, in welchem 4,7 % aller weiblichen Erwerbspersonen arbeiten.

42 % der Selbständigen in der Land- und Forstwirtschaft tätig

Auch in der Gliederung nach der Stellung im Beruf ergeben sich aus der Konzentration der Wirtschaftsunterabteilungen mit fünf und mehr Prozent Anteil an den Erwerbspersonen der entsprechenden Stellung im Beruf gewisse Aufschlüsse über die schwerpunktmäßige Beschäftigung dieser Personengruppen. So sind 58,4 % der Selbständigen in den drei Wirtschaftsunterabteilungen Land- und Forstwirtschaft (41,7 %), Einzelhandel (11,3 %) und Leder-, Textil- und Bekleidungsgewerbe (5,4 %) tätig. Die Mithelfenden Familienangehörigen sind zu 84,0 % in den beiden Wirtschaftsunterabteilungen Land- und Forstwirtschaft (78,8 %) und Einzelhandel (5,2 %) beschäftigt. Die Beamten versehen ihren Dienst zu 91,3 % in den fünf Wirtschaftsunterabteilungen, die besonders dem öffentlichen Interesse dienen. Es sind dies: Gebietskörperschaften (ohne Verteidigung und öffentliche Sicherheit) mit 23,9 %, Wissenschaft, Bildung, Kunst und Publizistik (22,1 %), in der u. a. alle Schulen und Ausbildungsinstitute zusammengefaßt sind, Deutsche Bundesbahn (19,2 %), Deutsche Bundespost (16,9 %) und die Öffentliche Sicherheit (9,2 %). Die Angestellten finden sich zu 57,0 % in den sieben Wirtschaftsunterabteilungen Einzelhandel (11,9 %), Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau (11,6 %), Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik usw. (10,2 %), Gebietskörperschaften (6,7 %), Großhandel (6,4 %), Leder-, Textil- und Bekleidungsgewerbe (5,1 %) sowie Gesundheits- und Veterinärwesen (5,1 %). Die Arbeiter konzentrieren sich zu 62,2 % auf die fünf Wirtschaftsunterabteilungen Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau (15,8 %), Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik usw. (15,3 %), Leder-, Textil- und Bekleidungsgewerbe (13,6 %), Bauhauptgewerbe (9,7 %) und Holz-, Papier- und Druckgewerbe (7,8 %). Die Lehrlinge arbeiten zu 52,9 % in den vier Wirtschaftsunterabteilungen Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau (22,1 %), Einzelhandel (13,4 %), Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik usw. (12,0 %) und Leder-, Textil- und Bekleidungsgewerbe (5,4 %).

¹ Vgl. „Die Erwerbspersonen in Baden-Württemberg am 6. Juni 1961“, Statistische Monatshefte Baden-Württemberg, 11. Jg. 1963, Heft 10.

² „Systematik der Wirtschaftszweige für die Berufszählung 1961“, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 1961.

³ „Systematik der Wirtschaftszweige, Grundsystematik mit Erläuterungen“, Verlag W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart und Mainz, Juli 1961, herausgegeben vom Statistischen Bundesamt, Wiesbaden.

⁴ Im Text werden häufig abgekürzte Bezeichnungen der Wirtschaftsunterabteilungen verwendet. Die ausführlichen Bezeichnungen sind der Tabelle auf S. 140 zu entnehmen.

Die Erwerbspersonen (ohne Soldaten) nach Wirtschaftsunterabteilungen und nach der Stellung im Beruf am 6. Juni 1961

Wirtschaftsunterabteilung Nr. Bezeichnung		I = insg. m = dar- unter männ- lich	Erwerbs- personen insgesamt	Nach der Stellung im Beruf								in % der Erwerbspersonen					
				Anzahl													
				Selbst- ständige ¹⁾	Mit- helfende Fami- lienan- gehörige	Beamte	Ange- stellte	Arbeiter ²⁾	Lehr- linge	Selbst- ständige ¹⁾	Mit- helfen- de Fami- lienan- gehörige	Be- amte	Ange- stellte	Arbei- ter ²⁾	Lehr- linge		
01	Land- u. Forstwirtschaft, gewerb. Gärten. u. gewerb. Tierhaltg.	I m	636 600 255 348	216 713 159 927	366 057 56 747	1 561 1 559	3 950 2 945	45 706 32 098	2 613 2 072	34,0 62,6	57,5 22,2	0,2 0,6	0,6 1,2	7,2 12,6	0,4 0,8		
02	Fischerei	I m	304 259	145 141	41 15	1 1	20 15	91 81	6 6	47,7 54,4	13,5 5,8	0,3 0,0	6,6 1,9	29,9 5,8	2,0 31,3		
11	Energiewirtschaft u. Wasserver- sorgung	I m	26 411 22 851	34 28	3 1	493 467	9 453 7 121	15 567 14 436	861 798	0,1 0,1	0,0 0,0	1,9 2,0	35,8 31,2	58,9 63,2	3,2 3,5		
12	Bergbau	I m	3 793 3 571	6 6	3 —	3 3	512 412	3 217 3 102	52 48	0,2 0,2	0,1 —	0,1 0,1	13,5 11,5	84,8 86,9	1,4 1,3		
21	Chemische Industrie	I m	55 392 35 981	926 783	240 36	— —	20 092 12 101	32 259 21 837	1 875 1 224	1,7 2,2	0,4 0,1	— —	36,3 33,6	58,2 60,7	3,4 3,4		
22	Kunststoff-, Gummi- u. Asbest- verarbeitung	I m	30 780 16 967	574 512	165 20	— —	5 781 3 336	23 530 12 580	730 519	1,9 3,0	0,5 0,1	— —	18,8 19,7	76,4 74,1	2,4 3,1		
23	Gewinn- u. Verarb. v. Steinen u. Erden; Feinker. u. Glasgew.	I m	57 367 48 346	3 121 2 899	651 184	— —	6 981 4 574	45 636 39 984	978 705	5,4 6,0	1,1 0,4	— —	12,2 9,5	79,6 82,7	1,7 1,5		
24	Eisen- u. NE-Metallerzeugung, Gießerei u. Stahlverformung	I m	89 962 73 715	7 034 6 844	1 158 388	— —	11 678 7 330	64 929 54 417	5 163 4 736	7,8 9,3	1,3 0,5	— —	13,0 9,9	72,2 73,8	5,7 6,4		
25	Stahl-, Maschinen- u. Fahrzeug- bau	I m	440 476 376 129	9 198 8 835	2 095 385	— —	96 706 66 414	293 951 264 349	38 526 36 146	2,1 2,3	0,5 0,1	— —	22,0 17,7	66,7 70,3	8,7 9,6		
26	Elektrotechnik, Feinmechanik u. Optik ³⁾	I m	402 530 242 195	8 861 8 197	2 272 241	— —	85 393 53 432	284 990 162 626	21 014 17 699	2,2 3,4	0,6 0,1	— —	21,2 22,1	70,8 67,1	5,2 7,3		
27	Holz-, Papier- u. Druckgewerbe	I m	201 593 145 480	16 715 15 873	3 402 980	— —	27 783 17 229	145 959 104 830	7 734 6 568	8,3 10,9	1,7 0,7	— —	13,8 11,8	72,4 72,1	3,8 4,5		
28	Leder-, Textil- u. Bekleidungs- gewerbe	I m	339 040 118 686	28 224 17 909	4 747 593	— —	42 882 22 776	253 738 74 129	9 449 3 279	8,3 15,1	1,4 0,5	— —	12,6 19,2	74,8 62,5	2,8 2,8		
29	Nahrungs- u. Genußmittel- gewerbe	I m	149 062 84 426	19 137 17 344	16 968 1 742	70 69	28 031 14 774	79 016 46 238	5 840 4 259	12,8 20,5	11,4 2,1	0,0 0,0	18,8 17,5	53,0 54,8	3,9 5,0		
31	Bauhauptgewerbe	I m	217 455 210 868	13 641 13 275	1 859 679	— —	15 496 11 474	181 913 181 187	4 545 4 253	6,3 6,3	0,9 0,3	0,0 —	7,1 5,4	83,7 85,9	2,1 2,0		
32	Ausbau- u. Bauhilfsgewerbe	I m	77 344 72 332	16 916 16 587	3 250 600	— —	3 304 1 900	45 248 44 759	8 626 8 486	21,9 22,9	4,2 0,8	— —	4,3 2,6	58,5 61,9	11,2 11,7		
41	Großhandel	I m	106 562 69 437	12 949 11 068	4 602 636	— —	53 500 30 745	28 483 22 912	7 028 4 076	12,2 15,9	4,3 0,9	— —	50,2 44,3	26,7 33,0	6,6 5,9		
42	Handelsvermittlung	I m	30 336 22 674	18 691 16 129	2 068 185	— —	6 669 4 028	2 385 1 949	523 383	61,6 71,1	6,8 0,8	— —	22,0 17,8	7,9 8,6	1,7 1,7		
43	Einzelhandel	I m	235 504 82 990	58 802 32 830	24 173 2 375	— —	99 133 23 751	29 925 16 825	23 471 7 209	25,0 39,6	10,3 2,9	— —	42,1 28,6	12,7 20,3	10,0 8,7		
51	Deutsche Bundespost	I m	55 067 37 910	— —	— —	27 250 22 628	10 110 2 997	15 871 10 518	1 836 1 767	— —	— —	49,5 59,7	18,4 7,9	28,8 27,7	3,3 4,7		
52	Deutsche Bundesbahn	I m	62 104 59 077	— —	— —	31 020 30 669	2 941 2 030	27 171 25 410	972 968	— —	— —	49,9 51,9	4,7 3,4	43,8 43,0	1,6 1,6		
53	Verkehr (ohne Bundesbahn u. Bundespost)	I m	55 676 48 242	9 183 8 655	1 772 580	196 195	13 260 9 959	29 728 28 551	1 537 1 202	16,5 17,9	3,2 1,2	0,4 0,4	23,8 18,8	53,4 59,2	2,8 2,5		
61	Kredit- u. sonstige Finan- zierungsinstitute	I m	41 467 21 254	372 291	44 3	1 408 1 362	33 065 16 422	2 321 496	4 257 2 680	0,9 1,4	0,1 0,0	3,4 6,4	79,7 77,3	5,6 2,3	10,3 12,6		
62	Versicherungsgewerbe	I m	23 775 14 195	2 789 2 465	284 11	204 192	18 325 10 579	761 182	1 412 766	11,7 17,4	1,2 0,1	0,9 1,4	77,1 74,5	3,2 1,3	5,9 5,4		
71	Gaststätten- u. Beherbergungs- gewerbe	I m	107 876 30 111	21 522 12 241	16 220 1 621	71 47	21 721 5 755	44 066 8 188	4 276 2 259	20,0 40,7	15,0 5,4	0,1 0,2	20,1 19,1	40,8 27,2	4,0 7,5		
72	Reinigung (einschl. Schornstein- fegergewerbe) u. Körperpflege	I m	52 896 17 460	13 127 8 306	4 446 446	— —	4 381 1 081	24 946 6 677	5 996 950	24,8 47,6	8,4 2,6	— —	8,3 6,2	47,2 38,2	11,3 5,4		
73	Wissenschaft, Bildung, Kunst u. Publizistik	I m	101 218 50 918	8 785 5 762	931 95	35 722 23 210	38 579 16 124	15 549 4 970	1 652 757	8,7 11,3	0,9 0,2	35,3 45,6	38,1 31,7	15,4 9,8	1,6 1,5		
74	Gesundheits- u. Veterinärwesen	I m	86 552 22 779	14 730 10 666	3 748 57	1 600 1 385	42 694 7 012	18 733 3 446	5 047 213	17,0 46,8	4,3 0,3	1,8 6,1	49,3 30,8	21,6 15,1	5,8 0,9		
75	Rechts- u. Wirtschaftsberatung	I m	43 053 26 046	13 861 12 743	2 255 116	124 122	21 739 10 563	1 953 1 108	3 121 1 394	32,2 48,9	5,2 0,4	0,3 0,5	50,5 40,6	4,5 4,3	7,2 5,4		
76	Sonstige Dienstleistungen	I m	13 475 7 980	2 921 2 011	814 119	19 19	3 564 1 545	5 491 4 081	666 205	21,7 25,2	6,0 1,5	0,1 0,2	26,4 19,4	40,7 51,1	4,9 2,6		
81	Christl. Kirchen, Orden usw.	I m	15 246 7 856	83 60	— —	4 848 4 791	8 731 2 577	1 476 398	108 30	0,5 0,8	— —	31,8 61,0	57,3 32,8	9,7 5,1	0,7 0,4		
82	Organisat. des Wirtschaftslebens	I m	9 018 3 798	— —	— —	24 23	7 948 3 336	938 410	108 29	— —	— —	0,3 0,6	88,1 87,8	10,4 10,8	1,2 0,8		
83	Private Haushalte	I m	45 568 185	— —	— —	— —	7 098 52	37 821 131	649 2	— —	— —	— —	15,6 28,1	83,0 70,8	1,4 1,1		
91	Gebietskörperschaften	I m	129 357 92 973	— —	— —	38 674 37 012	55 846 29 556	32 319 24 598	2 518 1 807	— —	— —	29,9 39,8	43,2 31,8	25,0 26,5	1,9 1,9		
92	Verteidigung	I m	7 434 5 401	— —	— —	1 188 1 181	3 237 1 897	2 984 2 298	25 25	— —	— —	16,0 21,9	43,5 35,1	40,1 42,5	0,3 0,5		
93	Dienststellen der Stationierungs- streitkräfte	I m	19 849 14 596	— —	— —	— —	7 715 4 555	12 134 10 041	— —	— —	— —	— —	38,9 31,2	61,1 68,8	— —		
94	Öffentliche Sicherheit	I m	17 734 16 169	— —	— —	14 941 14 865	1 916 824	877 480	— —	— —	— —	84,3 91,9	10,8 5,1	4,9 3,0	— —		
95	Sozialversicherung	I m	13 693 7 629	— —	— —	2 280 2 195	9 988 4 854	874 196	551 384	— —	— —	16,7 28,8	72,9 63,6	6,4 2,6	4,0 5,0		
-	Ohne Angabe	I m	17 636 9 830	282 186	74 9	5 5	2 930 1 122	13 512 8 085	833 423	1,6 1,9	0,4 0,1	0,0 0,1	16,6 11,4	76,6 82,2	4,7 4,3		
Erwerbspersonen (ohne Solda- ten) insgesamt		I m	4 019 205 2 376 664	519 342 392 573	464 342 68 864	161 703 142 000	833 152 416 297	1 866 068 1 238 603	174 598 118 327	12,9 16,5	11,6 2,9	4,0 6,0	20,7 17,5	48,4 52,1	4,8 5,0		

**Der Frauenanteil unter den Erwerbspersonen nach Wirtschaftsunterabteilungen und Stellung im Beruf in Baden-Württemberg am 6. Juni 1961
in Prozent**

Nr.	Wirtschaftsunterabteilung Bezeichnung	Erwerbs- personen (ohne Soldaten) insgesamt	nach der Stellung im Beruf					
			Selb- ständige ¹⁾	Mit- helfende Fami- lienan- gehörige	Beamte	Anges- tellt	Arbeiter ²⁾	Lehrlinge
Wirtschaftsabteilungen								
0	Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	59,9	26,2	84,5	0,1	25,4	29,7	20,7
1	Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau	12,5	15,0	83,3	5,2	24,4	6,6	7,3
2	Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	35,3	15,6	85,6	1,4	37,9	36,2	17,7
3	Baugewerbe	3,9	2,3	75,0	100,0	28,9	0,5	3,3
4	Handel	53,0	33,6	89,6	—	63,3	31,4	62,4
5	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	16,0	5,7	67,3	8,5	46,5	11,4	9,4
6	Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	45,7	12,8	95,7	3,6	47,5	78,0	39,2
7	Dienstleistungen, soweit nicht an anderer Stelle genannt	61,7	31,0	91,4	34,0	68,3	74,3	72,2
8	Organisationen ohne Erwerbscharakter und Private Haushalte ..	83,0	27,7	—	1,2	74,9	97,7	92,9
9	Gebietskörperschaften und Sozialversicherung	27,3	—	—	3,2	47,0	23,5	28,4
-	Ohne Angabe	44,3	34,0	87,8	—	61,7	40,2	49,2
	Insgesamt	40,9	24,4	85,2	12,2	50,0	33,6	32,2
Wirtschaftsunterabteilungen								
01	Land- und Forstwirtschaft, gewerbliche Gärtnerei und gewerb- liche Tierhaltung	59,9	26,2	84,5	0,1	25,4	29,8	20,7
02	Fischerei	14,8	2,8	63,4	—	25,0	11,0	—
11	Energiewirtschaft und Wasserversorgung	13,5	17,6	66,7	5,3	24,7	7,3	7,3
12	Bergbau	5,9	—	100,0	—	19,5	3,6	7,7
21	Chemische Industrie (einschließlich Kohlenwertstoffindustrie) und Mineralölverarbeitung	35,0	15,4	85,0	—	39,8	32,3	34,7
22	Kunststoff-, Gummi- und Asbestverarbeitung	44,9	10,8	87,9	—	42,3	46,5	28,9
23	Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden; Fein- keramik und Glasgewerbe	15,7	7,1	71,7	—	34,5	12,4	27,9
24	Eisen- und NE-Metallerzeugung, Gießerei und Stahlverformung ..	18,1	2,7	66,5	—	37,2	16,2	8,3
25	Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau	14,6	3,9	81,6	—	31,3	10,1	6,2
26	Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik; Herstellung von EBM- Waren, Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spiel- und Schmuck- waren	39,8	7,5	89,4	—	37,4	42,9	15,8
27	Holz-, Papier- und Druckgewerbe	27,8	5,0	71,2	—	38,0	28,2	15,1
28	Leder-, Textil- und Bekleidungsgewerbe	65,0	36,5	87,5	—	46,9	70,8	65,3
29	Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	43,4	9,4	89,7	1,4	47,3	41,5	27,1
31	Bauhauptgewerbe	3,0	2,7	63,5	100,0	26,0	0,4	6,4
32	Ausbau- und Bauhilfsgewerbe	6,5	1,9	81,5	—	42,5	1,1	1,6
41	Großhandel	34,8	14,5	86,2	—	42,5	19,6	42,0
42	Handelsvermittlung	25,3	13,7	91,1	—	39,6	18,3	26,8
43	Einzelhandel	64,8	44,2	90,2	—	76,0	43,8	69,3
51	Deutsche Bundespost	31,2	—	—	17,0	70,4	33,7	3,8
52	Deutsche Bundesbahn	4,9	—	—	1,1	31,0	6,5	0,4
53	Verkehr (ohne Bundesbahn und Bundespost)	13,4	5,7	67,3	0,5	31,7	4,0	21,8
61	Kredit- und sonstige Finanzierungsinstitute	48,7	21,8	93,2	3,3	50,3	78,6	37,0
62	Versicherungsgewerbe	40,3	11,6	96,1	5,9	42,3	76,1	45,8
71	Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe	72,1	43,1	90,0	33,8	73,5	81,4	47,2
72	Reinigung (einschließlich Schornsteinfegergewerbe) und Körper- pflege	67,0	36,7	90,0	—	75,3	73,2	84,2
73	Wissenschaft, Bildung, Kunst und Publizistik	49,7	34,4	89,8	35,0	58,2	68,0	54,2
74	Gesundheits- und Veterinärwesen	73,7	27,6	98,5	13,4	83,6	81,6	95,8
75	Rechts- und Wirtschaftsberatung sowie andere, vorwiegend für Unternehmen erbrachte Dienstleistungen	39,5	8,1	94,9	1,6	51,4	43,3	55,3
76	Sonstige Dienstleistungen	40,8	31,2	85,4	—	56,6	25,7	69,2
81	Christliche Kirchen, Orden, religiöse und weltanschauliche Vereinigungen	48,5	27,7	—	1,2	70,5	73,0	72,2
82	Organisationen des Wirtschaftslebens und übrige Organisa- tionen ohne Erwerbscharakter	57,9	—	—	4,2	58,0	56,3	73,1
83	Private Haushalte	99,6	—	—	—	99,3	99,7	99,7
91	Gebietskörperschaften (ohne Verteidigung und öffentliche Sicherheit)	28,1	—	—	4,3	47,1	23,9	28,2
92	Verteidigung (ohne Dienststellen der Stationierungstreitkräfte)	27,3	—	—	0,6	41,4	23,0	—
93	Dienststellen der Stationierungstreitkräfte	26,5	—	—	—	41,0	17,2	—
94	Öffentliche Sicherheit	8,8	—	—	0,5	57,0	45,3	—
95	Sozialversicherung	44,3	—	—	3,7	51,4	77,6	30,3
-	Ohne Angabe	44,3	34,0	87,8	—	61,7	40,2	49,2
	Insgesamt	40,9	24,4	85,2	12,2	50,0	33,6	32,2

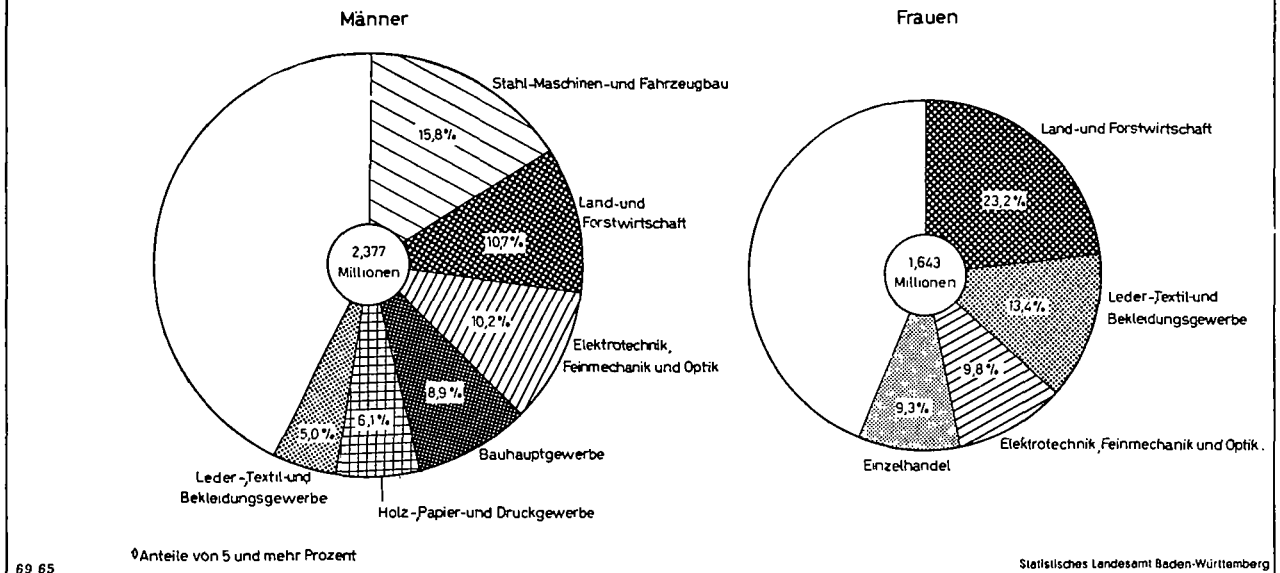
¹⁾ Einschl. Hausgewerbetreibende. — ²⁾ Einschl. Heimarbeiter und Ohne Angabe.

Unterschiedliche Stellung im Beruf in den Wirtschaftsunterabteilungen

Die Gesamtzahl der Erwerbspersonen verteilt sich zu 46,4 % auf Arbeiter, zu 20,7 % auf Angestellte, zu 12,9 % auf Selbstständige, zu 11,6 % auf Mithelfende Familienangehörige, zu 4,3 % auf Lehrlinge und zu 4,0 % auf Beamte. Nachstehend werden diejenigen Wirtschaftsunterabteilungen herausgestellt, in denen Anteile der o. a. Stellungen im Beruf weit über dem

Durchschnitt liegen. Die Selbstständigen sind überdurchschnittlich stark dort vertreten, wo im allgemeinen auch kleinere Betriebe festgestellt werden. Es sind dies Handelsvermittlungen (61,6 %), die relativ kleine Wirtschaftsunterabteilung Fischerei (47,7 %), die Land- und Forstwirtschaft (34,0 %), die Rechts- und Wirtschaftsberatung usw. (32,2 %), der Einzelhandel (25,0 %) und Unternehmen für Reinigung und Körperpflege (24,8 %). Die Quote der Mithelfenden Familienangehörigen ist besonders

Die Erwerbspersonen in Baden-Württemberg
in den wichtigsten¹⁾ Wirtschaftsunterabteilungen
am 6. Juni 1961



ausgeprägt (57,5 %) in der Land- und Forstwirtschaft. Einen verhältnismäßig großen Wert von 15,0 % erreichte sie auch im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe. Der Anteil der *Beamten* ist überdurchschnittlich groß in den Wirtschaftsunterabteilungen Öffentliche Sicherheit (84,3 %), Deutsche Bundesbahn (49,9 %), Deutsche Bundespost (49,5 %), Wissenschaft, Bildung, Kunst und Publizistik (35,3 %), Christliche Kirchen usw. (31,8 %), Gebietskörperschaften (29,9 %), Sozialversicherung (16,7 %) und Verteidigung (ohne Soldaten) mit 16,0 %. *Angestellte* finden sich in besonderem Maße in den Wirtschaftsunterabteilungen Organisationen des Wirtschaftslebens usw. (88,1 %), Kredit- und sonstige Finanzierungsinstitute (79,7 %), Versicherungsgewerbe (77,1 %), Sozialversicherung (72,9 %), Christliche Kirchen usw. (57,3 %), Rechts- und Wirtschaftsberatung usw. (50,5 %), Großhandel (50,2 %), Gesundheits- und Veterinärwesen (49,3 %), Verteidigung (43,5 %), Gebietskörperschaften (43,2 %) und im Einzelhandel (42,1 %). Die Anteile der *Arbeiter* sind besonders ausgeprägt im Bereich des Produzierendes Gewerbes, und zwar in den Wirtschaftsunterabteilungen Bergbau (84,8 %), Bauhauptgewerbe (83,7 %), Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden usw. (79,6 %), Kunststoff-, Gummi- und Asbestverarbeitung (76,4 %), Leder-, Textil- und Bekleidungsgewerbe (74,8 %), Holz-, Papier- und Druckgewerbe (72,4 %), Eisen- und NE-Metallerzeugung, Gießerei und Stahlverformung (72,2 %), Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik (70,8 %) sowie Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau (66,7 %). Überdurchschnittlich viele *Lehrlinge* finden sich in den Wirtschaftsunterabteilungen Reinigung und Körperpflege (11,3 %), Ausbau- und Bauhilfsgewerbe (11,2 %), Kredit- und sonstige Finanzierungsinstitute

(10,3 %), Einzelhandel (10,0 %) sowie Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau (8,7 %).

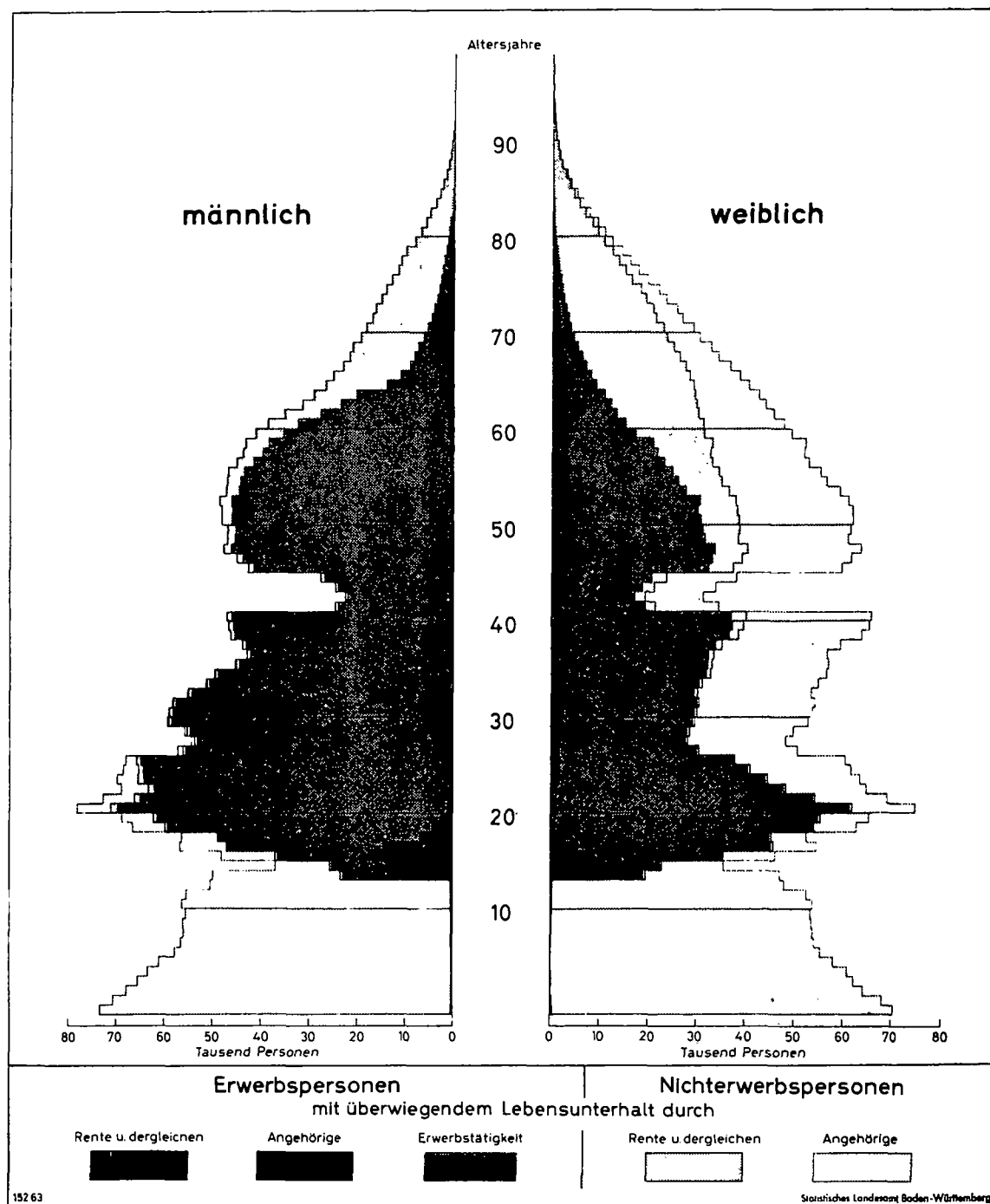
99,6 % der in Privaten Haushalten Beschäftigten sind Frauen

Der Anteil der Frauen an den Erwerbspersonen beläuft sich für das Land Baden-Württemberg auf 40,9 %. In der Gliederung nach der *Stellung im Beruf* ist er am höchsten bei den Mithelfenden Familienangehörigen mit 85,2 % und bei den Angestellten mit 50,0 %. Von den Arbeitern sind 33,6 % und von Lehrlingen 32,2 % weiblichen Geschlechts. Die Tätigkeit der Selbständigen wird zu rund einem Viertel (24,4 %) und die der Beamten zu 12,2 % von Frauen ausgeübt.

In der Gliederung nach *Wirtschaftsunterabteilungen* ist die Frauenarbeit von hervorragender Bedeutung im Bereich des Dienstleistungsgewerbes und hier vor allem in den Privaten Haushalten (99,6 %). Von besonderer Wichtigkeit ist die Tätigkeit der Frauen im Gesundheits- und Veterinärwesen (73,7 %), wo sie vornehmlich in pflegerischen Berufen tätig sind. Im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe umfassen sie besonders als Haus-, Küchen- und Bedienungspersonal 72,1 % aller Erwerbspersonen. In der Unterabteilung Reinigung und Körperpflege sind zu gut zwei Dritteln (67,0 %) Frauen tätig. Im Leder-, Textil- und Bekleidungsgewerbe sind zu 65,0 % Frauen beschäftigt und im Einzelhandel zu 64,8 %. Wirtschaftsunterabteilungen mit einer ausgesprochen niedrigen Frauenquote sind das Bauhauptgewerbe (3,0 %), die Deutsche Bundesbahn (4,9 %), der Bergbau (5,9 %), das Ausbau- und Bauhilfsgewerbe (6,5 %) und die Öffentliche Sicherheit (8,8 %).

Dipl.-Ing. Hans Kaeser

Die Wohnbevölkerung in Baden-Württemberg nach Altersjahren, nach der Beteiligung am Erwerbsleben sowie nach dem überwiegenden Lebensunterhalt am 6. Juni 1961



Die Entwicklung der wirtschaftlichen Gliederung der Erwerbspersonen in Baden-Württemberg zwischen 1950 und 1961

Vergleich der Ergebnisse der Volks- und Berufszählungen

Methodisches

Im Zuge der Anpassung an wirtschaftliche und politische Gegebenheiten sah sich die Statistik bei Volks- und Berufszählungen häufig veranlaßt, gewisse methodische Veränderungen bei der Erfassung oder systematischen Einordnung der Erwerbspersonen vorzunehmen. Solche methodischen Veränderungen verbessern einerseits das für den Stichtag gültige Bild der Erwerbsstruktur sowie den aktuellen internationalen Vergleich, erschweren aber andererseits den Zeitvergleich. Da es jedoch von allgemeinem Interesse ist, den Zeitvergleich in einem gewissen Rahmen durchzuführen, wird nachstehend in gedrängter Form zunächst an Hand von speziellen Untersuchungen dargetan, welche Abweichungen durch die Methodenänderung größenordnungsmäßig entstanden sein können und inwieweit Vergleiche zwischen den Ergebnissen der bei der Volkszählung 1950 ermittelten Wirtschaftsstruktur und der bei der Volkszählung 1961 festgestellten wirtschaftlichen Gliederung der Erwerbspersonen zulässig erscheinen.

Im einzelnen betrafen die methodischen Veränderungen zwischen 1950 und 1961

- die Definition der Erwerbspersonen,
- die Umstellung der Systematik und
- die Signierentscheidungen.

Die Änderung der Definition der Erwerbspersonen¹ geht auf die Anwendung des Erwerbskonzeptes zurück. Im Rahmen die-

¹ Siehe hierzu auch L. Herberger: „Quantitative Auswirkungen der Konzeptänderung bei der Volks- und Berufszählung von 1961 im Zeitvergleich 1950 bis 1961“, Allgemeines Statistisches Archiv, 48. Band, 1964, 4. Heft, S. 331 ff.

ses bei der Volks- und Berufszählung 1961 angewendeten Zuordnungsbegriffes wurde jede Person zu den Erwerbspersonen gezählt, sofern sie irgendeine – auch noch so geringfügige – Erwerbstätigkeit ausübte; dies auch dann, wenn der Lebensunterhalt überwiegend aus anderen Quellen als aus Erwerbstätigkeit stammte. Außerdem gehören alle Erwerbslosen zu den Erwerbspersonen. Im Jahr 1950 hingegen wurden im Rahmen des Hauptberufskonzeptes nur diejenigen Personen als Erwerbspersonen gewertet, die einen Hauptberuf ausübten oder die erwerbslos waren.

Die durch diese methodische Änderung hervorgerufene Verschiebung in der Zuordnung der Wohnbevölkerung zu den Erwerbspersonen wirkt sich in der Weise aus, daß nach dem Erwerbskonzept mehr Erwerbspersonen ermittelt wurden als nach dem Hauptberufskonzept. Die für das Land Baden-Württemberg gültige Richtung und Größenordnung der methodisch bedingten Abweichung läßt sich an Hand einer aus den Unterlagen des „Mikrozensus 1963“ erstellten Tabelle insoweit ersehen, als dort eine Kombination der Erwerbspersonen in ihrer Gliederung nach Wirtschaftsabteilungen mit den Quellen ihres überwiegenden Lebensunterhaltes erstellt werden konnte. Auf Grund dieser Übersicht sind alle Erwerbspersonen, die ihren überwiegenden Lebensunterhalt aus Erwerbstätigkeit erhalten, als Erwerbspersonen im Sinne des Hauptberufskonzeptes von 1950 anzusehen. Ebenso dürften auch diejenigen, die 1961 als Erwerbspersonen mit überwiegend Lebensunterhalt durch Angehörige ausgewertet wurden, als Erwerbspersonen entsprechend dem Konzept von 1950 zu beurteilen sein. In dieser Gruppe sind nämlich hauptsächlich Lehrlinge und Mithelfende Familienangehörige enthalten, die überwiegend von Eltern,

Die Erwerbspersonen in Baden-Württemberg nach ihrem überwiegenden Lebensunterhalt sowie nach Wirtschaftsabteilungen und nach der Stellung im Beruf im April 1963 (Ergebnisse des Mikrozensus)

Wirtschaftsabteilung Stellung im Beruf		Erwerbspersonen (ohne Soldaten) in 1000														
		Insgesamt					männlich					weiblich				
		Anzahl	davon mit überwiegendem Lebensunterhalt durch			Anzahl	davon mit überwiegendem Lebensunterhalt durch			Anzahl	davon mit überwiegendem Lebensunterhalt durch					
			Erwerbs- tätigkeit	Rente	Ange- hörige		Erwerbs- tätigkeit	Rente	Ange- hörige		Erwerbs- tätigkeit	Rente	Ange- hörige			
Nr.		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Wirtschaftsabteilungen																
0	Land- und Forstwirtschaft, Tier- haltung und Fischerei	581,7	490,7	56,9	9,8	34,1	237,8	207,0	28,9	12,2	1,9	343,9	283,7	28,0	8,1	32,2
1	Energiewirtschaft und Wasserver- sorgung, Bergbau	36,7	35,4	0,3	0,8	1,0	32,9	32,0	0,2	0,6	0,7	3,8	3,4	0,1	2,6	0,3
2	Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	1 799,8	1 690,6	16,6	0,9	92,6	1 160,0	1 097,1	8,4	0,7	54,5	639,8	593,5	8,2	1,3	38,1
3	Baugewerbe	326,2	315,4	1,9	0,6	8,9	310,2	302,3	1,7	0,5	6,2	16,0	13,1	0,2	1,3	2,7
4	Handel	386,7	342,8	9,2	2,4	34,7	177,6	165,4	3,8	2,1	8,4	209,1	177,4	5,4	2,6	26,3
5	Verkehr und Nachrichtenübermitt- lung	176,9	169,7	1,2	0,7	6,0	146,5	143,0	0,5	0,3	3,0	30,4	26,7	0,7	2,3	3,0
6	Kreditinstitute und Versicherungs- gewerbe	73,6	65,9	1,4	1,9	6,3	38,4	34,3	0,8	2,1	3,3	35,2	31,6	0,6	1,7	3,0
7	Dienstleistungen, soweit nicht an anderer Stelle genannt	404,2	365,2	12,1	3,0	26,9	160,1	151,3	5,1	3,2	3,7	244,1	213,9	7,0	2,9	23,2
8	Organisationen ohne Erwerbscha- rakter und Private Haushalte ...	70,1	62,4	3,9	5,6	3,8	18,9	18,4	0,4	2,1	0,1	51,2	44,0	3,5	6,8	3,7
9	Gebietskörperschaften und Sozial- versicherung	205,1	194,0	4,0	2,0	7,1	142,8	138,5	2,4	1,7	1,9	62,3	55,5	1,6	2,6	5,2
-	Ohne Angabe	1,5	0,9	0,1	6,7	0,5	0,7	0,3	0,1	14,3	0,3	0,8	0,6	—	—	0,2
Insgesamt		4 062,5	3 733,0	107,6	2,6	221,9	2 425,9	2 289,6	52,3	2,2	84,0	1 636,6	1 443,4	55,3	8,4	137,9
Stellung im Beruf																
	Selbständige ¹⁾	507,2	456,1	42,6	8,4	8,5	387,9	361,6	26,3	6,8	—	119,3	94,5	16,3	13,7	8,5
	Mithelfende Familienangehörige	416,8	353,0	26,5	6,4	37,3	61,7	51,4	9,6	15,6	0,7	355,1	301,6	16,9	4,8	36,6
	Beamte	166,9	166,8	0,1	0,1	—	146,0	145,9	0,1	0,1	—	20,9	20,9	—	—	—
	Angestellte	867,1	849,7	7,0	0,8	10,4	442,6	438,7	3,4	0,8	0,5	424,5	411,0	3,6	0,8	9,9
	Arbeiter ²⁾	1 927,8	1 853,5	29,6	1,5	44,7	1 270,1	1 257,3	11,2	0,9	1,6	657,7	596,2	18,4	2,8	43,1
	Lehrlinge kaufmännisch	66,7	17,9	0,6	0,9	48,2	27,3	6,8	0,5	1,8	20,0	39,4	11,1	0,1	0,3	28,2
	gewerblich	110,0	36,0	1,2	1,1	72,8	90,3	27,9	1,2	1,3	61,2	19,7	8,1	—	—	11,6
Insgesamt		4 062,5	3 733,0	107,6	2,6	221,9	2 425,9	2 289,6	52,3	2,2	84,0	1 636,6	1 443,4	55,3	8,4	137,9

¹⁾ Einschl. Hausgewerbetreibende. — ²⁾ Einschl. Heimarbeiter.

Ehemann usw. leben. Diese Personen hatten auch im Jahr 1950 angegeben, daß ihre Tätigkeit ihr Hauptberuf sei, zumal Lehrlinge und Mithelfende stets als Erwerbspersonen gezählt wurden. Kritisch zu beurteilen ist lediglich die Gruppe derjenigen Erwerbspersonen, die ihren überwiegenden Lebensunterhalt aus Rente usw. beziehen. Hier müssen eine obere und eine untere Grenze der möglichen Zuordnung beachtet werden. Der extremste Fall wäre der, daß nach der Methode der Zählung 1950 keiner der erwerbstätigen Rentner mitgeteilt hätte, einen Hauptberuf auszuüben. In diesem Fall wäre die Zahl der Erwerbspersonen nach der Methode 1961 um 2,6 % höher zu bewerten als nach der Methode 1950. Als unterste Grenze der Abweichung kann angenommen werden, daß lediglich die Hälfte der nach der Methode 1961 als erwerbstätige Rentner ausgewiesenen Erwerbspersonen bei der Zählung 1950 einen Hauptberuf angegeben hätte. Das würde bedeuten, daß die Methode 1961 um 1,3 % mehr Erwerbspersonen erbringt als die Methode 1950. Der wahre Wert dürfte zwischen diesen beiden Grenzfällen liegen.

Wie aus vorstehender Tabelle zu ersehen ist, kann die Größenordnung dieser Abweichung nicht für Männer und Frauen sowie für alle Wirtschaftsabteilungen und Stellungen im Beruf einheitlich angesetzt werden. So ist die mögliche Abweichung bei den Frauen größer als bei den Männern. Sie erreicht in der Wirtschaftsabteilung Land- und Forstwirtschaft höhere Werte als in den übrigen Wirtschaftsabteilungen. Außerdem ist sie bei den Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen, die hauptsächlich in der Land- und Forstwirtschaft arbeiten, größer als bei den übrigen Stellungen im Beruf.

Daraus läßt sich schließen, daß die methodischen Abweichungen infolge Änderung des Begriffes der Erwerbspersonen auch regional sehr unterschiedlich sein werden. So wird dort, wo die Land- und Forstwirtschaft einen großen Anteil der Erwerbspersonen umfaßt, die Abweichung größer sein als z. B. in den Städten.

Die Größenordnung der methodischen Abweichungen würde es in manchen Fällen dienlich erscheinen lassen, auf einen Vergleich mit früheren Jahren zu verzichten. Da es sich jedoch nicht umgehen läßt, Richtung und Größenordnung von Veränderungen aufzuzeigen, darf hier zur Beurteilung der Veränderungswerte noch darauf hingewiesen werden, daß Zunahmen grundsätzlich verstärkt in Erscheinung treten, Abnahmen jedoch abgeschwächt dargestellt werden. Außerdem müssen dort, wo die Abweichungen zwischen Hauptberufs- und Erwerbskonzept auf Grund vorstehender Tabelle als verhältnismäßig groß anzusehen sind, auch die Veränderungen wesentlich kritischer beurteilt werden als dort, wo keine großen methodischen Abweichungen zu erwarten stehen.

Durch die *Umstellung der Systematik* wurde die wirtschaftliche Gliederung der Erwerbspersonen den heutigen Bedürfnissen angepaßt, die u. a. auch eine Verbesserung der internationalen Vergleichsmöglichkeiten erforderten. Diese Umstellung bereitet bezüglich des Vergleiches mit 1950 keine Schwierigkeit in den Gebieten, in denen aus der Volks- und Berufszählung 1950 die Ergebnisse für Erwerbspersonen nach Wirtschaftszweigen und aus der Arbeitsstättenzählung 1950 die Ergebnisse für Beschäftigte nach Klassen gegliedert vorliegen. In Baden-Württemberg ist dies für das Land und die Regierungsbezirke der Fall. Durch Raffens von Wirtschaftszweigen bzw. -gruppen konnten für diese Gebiete unter Berücksichtigung von Beschäftigten aus einzelnen Klassen der Arbeitsstättenzählung die Ergebnisse für 1950 so auf die „Systematik der Wirtschaftszweige 1961“ umgestellt werden, daß die wirtschaftliche Gliederung der Erwerbspersonen 1961 mit der von 1950 bezüglich der wirtschaftssystematischen Zuordnung vergleichbar ist.

Für kleinere regionale Einheiten (Stadt- bzw. Landkreise und Gemeinden) ist – soweit es die Systematik betrifft – ein Vergleich nur für die Wirtschaftsbereiche Land- und Forstwirtschaft, Produzierendes Gewerbe und die restlichen Wirtschaftsbereiche zusammen möglich.

Durch die *Änderung von Signierentscheidungen* wurde im Jahr 1961 eine Erwerbsperson derjenigen Wirtschaftsgruppe zugeordnet, die den wirtschaftlichen Schwerpunkt einer Arbeitsstätte bildete, gleichgültig ob die Person in einer Betriebsabteilung arbeitete, in der Produkte einer anderen Wirtschaftsgruppe hergestellt wurden. Im Jahr 1950 hingegen wurde eine Erwerbsperson der Wirtschaftsgruppe ihrer Betriebsabteilung zugewiesen. Ein Beispiel möge dies verdeutlichen: Ein Gießer, der in einer Maschinenfabrik arbeitet, deren wirtschaftlicher Schwerpunkt die Maschinenproduktion ist, wurde 1950 der Wirtschaftsgruppe Gießerei zugeordnet, 1961 dagegen wurde er als Angehöriger des Produktionsbereiches Maschinenbau signiert.

Die Größenordnung dieser methodischen Änderung läßt sich nur innerhalb der Wirtschaftsabteilung Verarbeitendes Gewerbe, und zwar an Hand von Ergebnissen der Industrieberichterstattung annähernd ermitteln. Es ist dies auch die Wirtschaftsabteilung, deren Signierung durch die Anwendung von Signierverzeichnissen¹⁾ methodisch am besten behandelt werden konnte.

Bei der Industrieberichterstattung werden die Beschäftigten eines Betriebes den Industriegruppen in zweierlei Weise zu-

¹⁾ Vgl. hierzu „Die wirtschaftliche Gliederung der Erwerbspersonen in Baden-Württemberg am 6. Juni 1961“ in diesem Heft.

Vergleich der Erwerbspersonen aus der Volkszählung und der Beschäftigten aus der Industrieberichterstattung in den Unterabteilungen der Wirtschaftsabteilung Verarbeitendes Gewerbe

Nr. der Grundsystematik	Wirtschaftsunterabteilung	Volkszählung am 6. 6. 1961		Hauptbetätigte Industriegruppe ¹⁾			Betätigte Industriegruppe ¹⁾			Abweichung Sp. 3 gegen Sp. 6 %
		Anzahl	%	Anzahl	in %		Anzahl	in %		
					von Volkszählung	von insgesamt		von Volkszählung	von insgesamt	
		1	2	3	4	5	6	7	8	9
20	Chemische Industrie (einschließlich Kohlenwertstoffindustrie) und Mineralölverarbeitung	55 392	3,1	47 720	86,1	3,3	48 706	87,9	3,4	— 2,0
21	Kunststoff-, Gummi- und Asbestverarbeitung ..	30 780	1,7	30 727	99,8	2,1	36 380	118,2	2,5	— 15,5
22	Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden; Feinkeramik und Glasgewerbe	57 367	3,2	48 161	84,0	3,3	48 212	84,0	3,3	— 0,1
23	Eisen- und NE-Metallerzeugung, Gießerei und Stahlverformung	89 962	5,1	69 298	77,0	4,8	81 358	90,4	5,6	— 14,8
24	Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau	440 476	24,9	382 331	86,8	26,4	378 361	85,9	26,1	+ 1,0
25	Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik; Herstellung von EBM-Waren, Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spiel- und Schmuckwaren..	402 530	22,8	376 544	93,5	26,0	368 582	91,6	25,4	+ 2,2
26	Holz-, Papier- und Druckgewerbe	201 593	11,4	148 311	73,6	10,2	148 525	73,7	10,2	— 0,1
27	Leder-, Textil- und Bekleidungsgewerbe	339 040	19,2	273 494	80,7	18,9	266 476	78,6	18,4	+ 2,6
28/29	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	149 062	8,4	74 118	49,7	5,1	74 061	49,7	5,1	+ 0,1
	Verarbeitendes Gewerbe	1 766 202	100	1 450 704	82,1	100	1 450 661	82,1	100	+ 0,0

¹⁾ Berichtsmonat Mai 1961 (Stichtag Monatsende).

Die Erwerbspersonen (ohne Soldaten) nach Wirtschaftsabteilungen und Regierungsbezirken

Wirtschaftsabteilungen		13. September 1950 ¹⁾ (in 1000)								6. Juni 1961 (in 1000)							
		Baden- Würt- tem- berg	nach Regierungsbezirken				nach der Stellung im Beruf			Baden- Würt- tem- berg	nach Regierungsbezirken				nach der Stellung im Beruf		
			Nord- würt- tem- berg	Nord- baden	Süd- baden	Süd- würt- tem- berg- Ho- hen- zollern	Selbst- stän- dige	Mit- hel- fende Fami- lien- ange- hörige	Ab- hän- gige		Nord- würt- tem- berg	Nord- baden	Süd- baden	Süd- würt- tem- berg- Ho- hen- zollern	Selbst- stän- dige	Mit- hel- fende Fami- lien- ange- hörige	Ab- hän- gige
Nr.	Bezeichnung																
insgesamt																	
0	Land- und Forstwirtschaft, Tier- haltung und Fischerei	845,5	263,4	133,3	232,6	216,2	241,8	497,2	106,5	636,9	207,1	98,0	175,1	156,8	216,9	366,1	53,9
1	Energiewirtschaft und Wasserver- sorgung, Bergbau	23,5	8,6	6,3	5,3	3,3	0,0	0,0	23,5	30,2	12,1	7,7	6,3	4,2	0,0	0,0	30,2
2	Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	1178,9	493,1	249,9	209,7	226,2	122,8	24,4	1031,8	1766,2	762,5	356,6	312,5	334,5	93,8	31,7	1640,7
3	Baugewerbe	230,8	88,4	59,4	43,6	39,4	33,0	3,3	194,5	294,8	114,8	60,6	65,7	53,7	30,6	5,1	259,1
4	Handel	219,3	89,7	60,2	37,2	32,3	71,6	23,9	123,8	372,4	153,5	94,5	70,7	53,7	90,4	30,8	251,1
5	Verkehr und Nachrichtenübermitt- lung	139,7	50,1	42,1	30,0	17,4	9,0	1,0	129,6	172,8	68,4	45,9	37,2	21,3	9,2	1,8	161,9
6	Kreditinstitute und Versicherungs- gewerbe	30,7	14,4	9,0	4,3	2,9	1,8	—	28,9	65,2	33,0	16,1	9,4	6,8	3,2	0,3	61,8
7	Dienstleistungen, soweit nicht an anderer Stelle genannt	266,3	102,1	62,8	58,7	42,7	57,6	19,8	188,9	405,1	153,2	92,1	93,1	66,6	74,9	28,4	301,7
8	Organisationen ohne Erwerbs- charakter und Private Haushalte	90,6	34,1	18,1	21,2	17,2	0,0	—	90,5	69,8	27,1	13,0	16,7	13,0	0,0	—	69,7
9	Gebietskörperschaften und Sozial- versicherung	170,9	60,0	47,1	40,7	23,1	—	—	170,9	188,1	71,4	50,2	39,7	26,8	—	—	188,1
-	Ohne Angabe	40,3	12,9	10,5	11,3	5,6	0,0	—	40,2	17,6	7,5	4,6	3,4	2,2	0,3	0,0	17,3
	Insgesamt	3236,5	1216,8	698,7	694,6	626,3	537,8	569,6	2129,0	4019,2	1610,5	839,3	829,8	739,6	519,3	464,3	3035,5
männlich																	
0	Land- und Forstwirtschaft, Tier- haltung und Fischerei	352,7	112,4	54,8	97,1	88,4	190,1	91,7	70,8	255,6	85,6	37,8	68,1	64,1	160,1	56,8	38,8
1	Energiewirtschaft und Wasserver- sorgung, Bergbau	21,6	7,8	5,8	5,0	3,0	0,0	0,0	21,6	26,4	10,3	6,8	5,7	3,6	0,0	0,0	26,4
2	Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	789,0	331,7	169,0	140,8	147,4	98,7	8,9	681,3	1141,9	502,4	231,8	203,5	204,2	79,2	4,6	1058,2
3	Baugewerbe	225,6	86,0	58,1	42,8	38,7	32,5	2,2	190,9	283,2	109,6	58,2	63,7	51,7	29,9	1,3	252,1
4	Handel	119,0	48,2	34,1	20,9	15,6	51,9	3,6	63,4	175,1	72,5	44,7	33,3	24,6	60,0	3,2	111,9
5	Verkehr und Nachrichtenübermitt- lung	123,7	43,5	37,9	27,1	15,2	8,7	0,7	114,3	145,2	55,9	39,3	32,0	17,9	8,7	0,6	136,0
6	Kreditinstitute und Versicherungs- gewerbe	20,5	9,2	6,1	3,2	2,0	1,8	—	18,7	35,4	16,9	8,8	5,7	4,1	2,8	0,0	32,7
7	Dienstleistungen, soweit nicht an anderer Stelle genannt	119,2	46,1	29,8	25,4	18,0	42,5	2,1	74,6	155,3	58,8	37,3	35,3	24,0	51,7	2,5	101,1
8	Organisationen ohne Erwerbs- charakter und Private Haushalte	11,6	4,6	2,3	2,4	2,3	0,0	—	11,5	11,8	5,0	2,4	2,3	2,2	0,0	—	11,8
9	Gebietskörperschaften und Sozial- versicherung	127,0	44,8	35,7	29,8	16,7	—	—	127,0	136,8	49,0	37,9	30,4	19,5	—	—	136,8
-	Ohne Angabe	20,3	6,5	4,7	6,1	3,1	0,0	—	20,3	9,8	4,3	2,5	1,9	1,2	0,2	0,0	9,6
	Insgesamt	1930,2	740,8	438,5	400,7	350,4	426,5	109,3	1394,5	2376,7	970,3	507,5	481,8	417,0	392,6	68,9	1915,2
weiblich																	
0	Land- und Forstwirtschaft, Tier- haltung und Fischerei	492,8	151,0	78,5	135,5	127,8	51,7	405,5	35,6	381,3	121,5	60,2	107,0	92,7	56,8	309,3	15,2
1	Energiewirtschaft und Wasserver- sorgung, Bergbau	1,9	0,8	0,5	0,3	0,4	0,0	0,0	1,9	3,8	1,8	0,9	0,5	0,6	0,0	0,0	3,8
2	Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	390,0	161,3	80,9	68,9	78,8	24,0	15,5	350,5	624,3	260,1	124,8	109,0	130,4	14,6	27,1	582,6
3	Baugewerbe	5,2	2,4	1,3	0,8	0,6	0,6	1,0	3,6	11,6	5,2	2,4	2,0	1,9	0,7	3,8	7,1
4	Handel	100,4	41,5	26,0	16,2	16,6	19,7	20,3	60,4	197,3	81,0	49,8	37,4	29,1	30,4	27,6	139,2
5	Verkehr und Nachrichtenübermitt- lung	15,9	6,6	4,2	2,9	2,2	0,3	0,3	15,3	27,6	12,4	6,6	5,2	3,4	0,5	1,2	25,9
6	Kreditinstitute und Versicherungs- gewerbe	10,2	5,3	2,9	1,1	0,9	—	—	10,2	29,8	16,1	7,3	3,7	2,7	0,4	0,3	29,1
7	Dienstleistungen, soweit nicht an anderer Stelle genannt	147,0	56,0	33,0	33,3	24,7	15,1	17,7	114,2	249,8	94,5	54,8	57,9	42,6	23,2	26,0	200,6
8	Organisationen ohne Erwerbs- charakter und Private Haushalte	79,0	29,5	15,8	18,7	14,9	0,0	—	79,0	58,0	22,1	10,6	14,4	10,8	0,0	—	58,0
9	Gebietskörperschaften und Sozial- versicherung	43,9	15,2	11,4	11,0	6,5	—	—	43,9	51,3	22,4	12,3	9,3	7,4	—	—	51,3
-	Ohne Angabe	19,9	6,4	5,8	5,3	2,5	0,0	—	19,9	7,8	3,1	2,1	1,5	1,0	0,0	0,0	7,6
	Insgesamt	1306,3	476,1	260,3	294,0	275,9	111,4	460,3	734,6	1642,5	640,2	331,9	348,0	322,5	126,8	395,5	1120,3

¹⁾ Umgestellt auf die „Systematik der Wirtschaftszweige 1961“.

geordnet. In der einen Auswertung werden alle Beschäftigten des Betriebes entsprechend dem Schwerpunkt der örtlichen Einheit in der „hauptbeteiligten Industriegruppe“ nachgewiesen, wie es auch der bei der Volks- und Berufszählung 1961 geübten Methode entspricht. In einer anderen Auswertung werden die Beschäftigten der einzelnen Produktionszweige

(technische Einheiten eines Betriebes) entsprechend dem Produktionszweig, in dem sie tätig sind, der „beteiligten Industriegruppe“ zugeordnet. Diese Ergebnisdarstellung entspricht der bei der Volks- und Berufszählung 1950 angewendeten Methode. Durch Vergleich der Ergebnisse beider Auswertungen lassen sich Näherungswerte für die Auswirkung der 1961 anders als

sowie nach der Stellung im Beruf 1950 und 1961

Baden- Württemberg	Veränderung 1961 gegenüber 1950 in %						
	nach Regierungsbezirken				nach der Stellung im Beruf		
	Nord- württem- berg	Nord- baden	Süd- baden	Süd- württem- berg- Hohen- zollern	Selb- ständige	Mit- hellende Fami- lien- angehörige	Ab- hängige
— 25	— 21	— 27	— 25	— 28	— 10	— 26	— 49
+ 28	+ 40	+ 23	+ 19	+ 24	+ 67	+ 20	+ 28
+ 50	+ 55	+ 43	+ 49	+ 48	— 24	+ 30	+ 59
+ 28	+ 30	+ 2	+ 51	+ 36	— 8	+ 56	+ 33
+ 70	+ 71	+ 57	+ 90	+ 66	+ 26	+ 29	+ 103
+ 24	+ 37	+ 9	+ 24	+ 23	+ 2	+ 72	+ 25
+ 112	+ 128	+ 79	+ 118	+ 130	+ 73	+ 100	+ 114
+ 52	+ 50	+ 47	+ 59	+ 56	+ 30	+ 44	+ 60
— 23	— 21	— 28	— 21	— 24	— 4	—	— 23
+ 10	+ 19	+ 7	— 3	+ 16	—	—	+ 10
— 56	— 42	— 56	— 70	— 61	+ 286	—	— 57
+ 24	+ 32	+ 20	+ 20	+ 18	— 8	— 19	+ 43
— 28	— 24	— 31	— 30	— 28	— 16	— 38	— 45
+ 22	+ 32	+ 17	+ 14	+ 20	+ 100	— 75	+ 22
+ 45	+ 51	+ 37	+ 45	+ 39	— 20	— 49	+ 55
+ 26	+ 28	+ 0	+ 49	+ 34	— 8	— 43	+ 32
+ 47	+ 50	+ 31	+ 59	+ 57	+ 16	— 12	+ 76
+ 17	+ 29	+ 4	+ 18	+ 18	— 1	— 17	+ 19
+ 73	+ 84	+ 45	+ 77	+ 102	+ 51	+ 100	+ 75
+ 30	+ 28	+ 25	+ 39	+ 33	+ 22	+ 19	+ 36
+ 2	+ 9	+ 2	— 6	— 3	— 19	—	+ 2
+ 8	+ 9	+ 6	+ 2	+ 17	—	—	+ 8
— 52	— 33	— 48	— 69	— 62	+ 191	—	+ 53
+ 23	+ 31	+ 16	+ 20	+ 19	— 8	— 37	+ 37
— 23	— 20	— 23	— 21	— 28	+ 10	— 24	— 57
+ 98	+ 120	+ 80	+ 111	+ 64	— 14	+ 400	+ 98
+ 60	+ 61	+ 54	+ 58	+ 65	— 39	+ 75	+ 66
+ 124	+ 116	+ 85	+ 150	+ 206	+ 24	+ 273	+ 97
+ 97	+ 95	+ 91	+ 130	+ 75	+ 55	+ 36	+ 130
+ 73	+ 88	+ 57	+ 77	+ 56	+ 62	+ 260	+ 70
+ 191	+ 205	+ 149	+ 237	+ 192	+ 100	+ 100	+ 184
+ 70	+ 69	+ 66	+ 74	+ 73	+ 54	+ 46	+ 76
— 27	— 25	— 33	— 23	— 28	+ 92	—	— 27
+ 17	+ 48	+ 9	— 16	+ 14	—	—	+ 17
— 61	— 51	— 63	— 71	— 59	+ 967	—	— 62
+ 26	+ 35	+ 28	+ 18	+ 17	+ 14	— 14	+ 53

1950 festgelegten Signierentscheidungen finden. In Baden-Württemberg sind hiervon besonders die Wirtschaftsunterabteilungen Kunststoff-, Gummi- und Asbestverarbeitung sowie Eisen- und NE-Metallerzeugung, Gießerei und Stahlverformung betroffen, wogegen die Unterschiede in den übrigen Wirtschaftsunterabteilungen wesentlich geringer sind. Die Diffe-

renzen gleichen sich innerhalb der Wirtschaftsabteilung Verarbeitendes Gewerbe wieder aus.

Die für den methodischen Vergleich erarbeitete Tabelle gibt nicht nur einen Einblick in die Auswirkung unterschiedlicher Signierentscheidung, sondern sie vermittelt auch einen Eindruck davon, inwieweit die entsprechenden Anweisungen bei der Bearbeitung der Haushaltlisten beachtet worden sind. So zeigt der Vergleich der nach „hauptbeteiligten Industriegruppen“ nachgewiesenen Industriebeschäftigten mit den bei der Volks- und Berufszählung ermittelten Erwerbspersonen, daß die Ergebnisse der Industriebereichterstattung in allen Wirtschaftsunterabteilungen niedriger liegen als die Ergebnisse der Volkszählung. Dies besagt zumindest, daß bei der wirtschaftlichen Zuordnung der Beschäftigten bzw. Erwerbspersonen in beiden Statistiken in der gleichen Weise verfahren wurde.

Da für andere Wirtschaftsabteilungen als für das Verarbeitende Gewerbe methodische Vergleiche bezüglich der Signierentscheidungen nicht möglich sind und da sich zwischen den Wirtschaftsunterabteilungen größere Abweichungen ergeben dürften als zwischen den Wirtschaftsabteilungen, wird es aus der Sicht der Signierentscheidungen für zweckmäßig gehalten, Vergleiche gegenüber 1950 nur für Wirtschaftsabteilungen durchzuführen.

Als *Ergebnis* der vorstehend angestellten Untersuchungen und Überlegungen kann festgehalten werden, daß ein Vergleich der wirtschaftlichen Gliederung der Erwerbspersonen in den Jahren 1950 und 1961 – soweit er das *Land* und die *Regierungsbezirke* betrifft – auf die Wirtschaftsabteilungen beschränkt bleiben muß. Auch bei dieser Einschränkung dürfen die bei einem solchen Vergleich ermittelten Veränderungszahlen aus Wirtschaftsabteilungen, die von den Konzeptänderungen stärker betroffen sind, nur hinsichtlich ihrer Richtung und Größenordnung als aussagefähig angesehen werden. Aus diesem Grund werden nachstehend die ermittelten prozentualen Veränderungen sowie die zu Vergleichszwecken berechneten Verteilungsziffern nur in ganzen Prozentzahlen angegeben. In den *Stadt- und Landkreisen* sowie in den *Gemeinden* kann ein Vergleich nur für die Wirtschaftsbereiche Land- und Forstwirtschaft, Produzierendes Gewerbe sowie für die restlichen Wirtschaftsbereiche durchgeführt werden.

Stärkste Zunahme der Erwerbspersonen bei Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe

Im Land Baden-Württemberg hat die Zahl der Erwerbspersonen, wie schon früher berichtet werden konnte³, seit 1950 um 24 % zugenommen. Die Zahl der Männer unter den Erwerbspersonen ist um 23 %, die der Frauen um 26 % gestiegen. Unter den Wirtschaftsabteilungen weisen Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe die stärkste Veränderung der Erwerbspersonenzahl auf. In ihr arbeiteten im Jahr 1961 um 112 % mehr Menschen als im Jahr 1950. Weiter hat sich die Beschäftigtenzahl im Handel um über zwei Drittel (70 %) vermehrt. In der Wirtschaftsabteilung Dienstleistungen wurden um 52 % mehr Erwerbspersonen gezählt als 1950, und im Verarbeitenden Gewerbe gehen um 50 % mehr Personen als damals ihrem Erwerb nach. Die Zunahme in den übrigen Wirtschaftsabteilungen entspricht, soweit es sich nicht um Rückgänge wie bei der Land- und Forstwirtschaft und bei den Organisationen ohne Erwerbscharakter und Private Haushalte handelt, dem Landesdurchschnitt.

Die Veränderungen sind bei den *Männern* wesentlich ausgeglichener als bei den *Frauen*, wo sich die Zahl der Erwerbspersonen in der Wirtschaftsabteilung Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe verdreifacht und die der im Baugewerbe Beschäftigten mehr als verdoppelt hat. Im Handel sind etwa doppelt so viele Frauen beschäftigt wie 1950. Besonders hervorzuheben ist der Rückgang bei Organisationen ohne Erwerbscharakter und Private Haushalte.

³ Siehe hierzu: „Unterhaltsquellen und Erwerbstätigkeit der Bevölkerung am 6. Juni 1961“, Statistische Monatshefte Baden-Württemberg, 11. Jg. 1963, Heft 10, S. 285 und „Die Erwerbspersonen in Baden-Württemberg am 6. Juni 1961“ im gleichen Heft S. 287.

Verteilung der Erwerbspersonen (ohne Soldaten) auf die Wirtschaftsabteilungen nach Regierungsbezirken sowie nach der Stellung im Beruf
1950 und 1961 in %

Nr.	Wirtschaftsabteilungen Bezeichnung	13. September 1950 ¹⁾								6. Juni 1961							
		nach Regierungsbezirken				nach der Stellung im Beruf				nach Regierungsbezirken				nach der Stellung im Beruf			
		Baden- Würt- tem- berg	Nord- Würt- tem- berg	Nord- baden	Süd- baden	Süd- Würt- tem- berg- Ho- hen- zollern	Selb- stän- dige	Mit- hel- fende Fami- lien- ange- hörige	Ab- hän- gige	Baden- Würt- tem- berg	Nord- Würt- tem- berg	Nord- baden	Süd- baden	Süd- Würt- tem- berg- Ho- hen- zollern	Selb- stän- dige	Mit- hel- fende Fami- lien- ange- hörige	Ab- hän- gige
	Insgesamt																
0	Land- und Forstwirtschaft, Tier- haltung und Fischerei	26	22	19	34	35	45	87	5	16	13	12	21	21	42	79	2
1	Energiewirtschaft und Wasserver- sorgung, Bergbau	1	1	1	1	1	0	0	1	1	1	1	1	1	0	0	1
2	Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	36	41	36	30	36	23	4	49	44	47	43	38	45	18	7	54
3	Baugewerbe	7	7	9	6	6	6	1	9	7	7	7	8	7	6	1	9
4	Handel	7	7	9	5	5	13	4	6	9	10	11	9	7	17	7	8
5	Verkehr und Nachrichtenübermitt- lung	4	4	6	4	3	2	0	6	4	4	6	5	3	2	0	5
6	Kreditinstitute und Versicherungs- gewerbe	1	1	1	1	1	0	—	1	2	2	2	1	1	1	0	2
7	Dienstleistungen, soweit nicht an anderer Stelle genannt	8	8	9	8	7	11	4	9	10	10	11	11	9	14	6	10
8	Organisationen ohne Erwerbs- charakter und Private Haushalte	3	3	3	3	3	0	—	4	2	2	2	2	2	0	—	2
9	Gebietskörperschaften und Sozial- versicherung	5	5	7	6	4	—	—	8	5	4	6	5	4	—	—	6
-	Ohne Angabe	1	1	2	2	1	0	—	2	0	1	1	0	0	0	0	1
	Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
	männlich																
0	Land- und Forstwirtschaft, Tier- haltung und Fischerei	18	15	13	24	25	45	84	5	11	9	7	14	15	41	82	2
1	Energiewirtschaft und Wasserver- sorgung, Bergbau	1	1	1	1	1	0	0	2	1	1	1	1	1	0	0	1
2	Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	41	45	39	35	42	23	8	49	48	52	46	42	49	20	7	55
3	Baugewerbe	12	12	13	11	11	8	2	14	12	11	12	13	12	8	2	13
4	Handel	6	7	8	5	5	12	3	5	7	8	9	7	6	15	5	6
5	Verkehr und Nachrichtenübermitt- lung	6	6	9	7	4	2	1	8	6	6	8	7	4	2	1	7
6	Kreditinstitute und Versicherungs- gewerbe	1	1	1	1	1	0	—	1	2	2	2	1	1	1	0	2
7	Dienstleistungen, soweit nicht an anderer Stelle genannt	6	6	7	6	5	10	2	5	7	6	7	7	6	13	4	5
8	Organisationen ohne Erwerbs- charakter und Private Haushalte	1	1	1	1	1	0	—	1	1	1	1	1	1	0	—	1
9	Gebietskörperschaften und Sozial- versicherung	7	6	8	7	5	—	—	9	6	5	8	6	5	—	—	7
-	Ohne Angabe	1	1	1	2	1	0	—	2	0	0	1	0	0	0	0	1
	Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
	weiblich																
0	Land- und Forstwirtschaft, Tier- haltung und Fischerei	38	32	30	46	46	46	88	5	23	19	18	31	29	45	78	1
1	Energiewirtschaft und Wasserver- sorgung, Bergbau	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
2	Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	30	34	31	23	29	22	3	48	38	41	38	31	40	12	7	52
3	Baugewerbe	0	1	1	0	0	1	0	1	1	1	1	1	1	1	1	1
4	Handel	8	9	10	6	6	18	4	8	12	13	15	11	9	24	7	12
5	Verkehr und Nachrichtenübermitt- lung	1	1	2	1	1	0	0	2	2	2	2	2	1	0	0	2
6	Kreditinstitute und Versicherungs- gewerbe	1	1	1	0	0	—	—	1	2	3	2	1	1	0	0	3
7	Dienstleistungen, soweit nicht an anderer Stelle genannt	11	12	13	11	9	14	4	16	15	15	17	17	13	18	7	18
8	Organisationen ohne Erwerbs- charakter und Private Haushalte	6	6	6	6	5	0	—	11	4	4	3	4	3	0	—	5
9	Gebietskörperschaften und Sozial- versicherung	3	3	4	4	2	—	—	6	3	4	4	3	2	—	—	5
-	Ohne Angabe	2	1	2	2	1	0	—	3	1	1	1	0	0	0	0	1
	Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

¹⁾ Umgestellt auf die „Systematik der Wirtschaftszweige 1961“.

In den *Regierungsbezirken* ist die Entwicklung ähnlich ver-
laufen wie im ganzen Land, wobei selbstverständlich graduelle
Unterschiede bestehen. So arbeiten in Nordwürttemberg um
32 % Erwerbspersonen mehr als im Jahr 1950, in Nordbaden
um 20 %, in Südbaden ebenfalls um 20 % und in Südwürttem-
berg-Hohenzollern um 18 %. In allen Regierungsbezirken ist

die Veränderung in der Wirtschaftsabteilung Kreditinstitute
und Versicherungsgewerbe am stärksten ausgeprägt. In Nord-
württemberg beträgt deren Zunahme 128 %, in Nordbaden
79 %, in Südbaden 118 % und in Südwürttemberg-Hohenzol-
lern 130 %. An zweiter Stelle steht überall die Ausweitung
des Handels, die sich in Nordwürttemberg auf 71 %, in Nord-

baden auf 57 %, in Südbaden auf 90 % und in Südwürttemberg-Hohenzollern auf 66 % beziffert. An dritter Stelle liegt in Nordwürttemberg das Verarbeitende Gewerbe mit einem Zuwachs um 55 %, in den übrigen Regierungsbezirken jedoch die Wirtschaftsabteilung Dienstleistungen, die sich in Nordbaden um 47 %, in Südbaden um 59 % und in Südwürttemberg-Hohenzollern um 56 % ausgeweitet hat. Die vierte Stelle hinsichtlich der Größe der Entwicklungstendenz nimmt in Nordwürttemberg die Wirtschaftsabteilung Dienstleistungen mit 50 %, in Nordbaden wie auch in Südwürttemberg-Hohenzollern das Verarbeitende Gewerbe mit 43 % bzw. 48 % und in Südbaden das Baugewerbe mit 51 % ein.

Die Zahl der Erwerbspersonen in der Land- und Forstwirtschaft war in allen Regierungsbezirken rückläufig. Sie nahm in Nordwürttemberg um 21 %, in Nordbaden um 27 %, in Südbaden um 25 % und in Südwürttemberg-Hohenzollern um 28 % ab. Auch die Erwerbspersonenzahl der Organisationen ohne Erwerbscharakter und Private Haushalte hat allenthalben abgenommen, wobei sich der Rückgang zum Teil auf die weiblichen Erwerbspersonen beschränkte. In Nordwürttemberg verminderte sich diese Wirtschaftsabteilung um 21 % ihres im Jahr 1950 ermittelten Bestandes an Erwerbspersonen, in Nordbaden um 28 %, in Südbaden um 21 % und in Südwürttemberg-Hohenzollern um 24 %.

Starker Rückgang bei den Mithelfenden Familienangehörigen

Die Zahl der *Selbständigen* ist gegenüber 1950 um 3 % zurückgegangen. Dieser Rückgang resultiert besonders aus der Abnahme ihrer Zahl in der Land- und Forstwirtschaft (10 %), im Verarbeitenden Gewerbe (24 %), im Baugewerbe (8 %) sowie bei den Organisationen ohne Erwerbscharakter und Private Haushalte (4 %). Der Zuwachs an *Selbständigen* bei Kreditinstituten und Versicherungsgewerbe (73 %), in der Energiewirtschaft (67 %), bei den Dienstleistungen (30 %) und im Handel (26 %) ist verhältnismäßig groß, gleicht aber die in den anderen Wirtschaftsabteilungen festgestellten Abnahmen zahlenmäßig nicht aus.

Die Abnahme der Zahl der *Mithelfenden Familienangehörigen* um 19 % beruht allein auf der Verminderung dieser Personengruppe in der Land- und Forstwirtschaft um rund ein Viertel (26 %) ihres Bestandes im Jahr 1950. Prozentual starke Zunahmen in den anderen Wirtschaftsabteilungen basieren demgegenüber auf so kleinen absoluten Werten, daß sie sich nicht mehr auf die Veränderung der Gesamtzahl der *Mithelfenden Familienangehörigen* auswirken können. Die Zahl der *Abhängigen* ist in der Land- und Forstwirtschaft, wo sie fast um die Hälfte (49 %) zurückgegangen ist, und bei Organisationen ohne Erwerbscharakter und Private Haushalte (23 %) rückläufig. In allen anderen Wirtschaftsabteilungen hat sie sowohl absolut als auch prozentual stark zugenommen. Am stärksten war ihre prozentuale Zunahme in der Wirtschaftsabteilung Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe, wo 1961 mehr als doppelt so viele (114 %) *Abhängige* gezählt wurden als im Jahr 1950. Eine fast gleich starke Zunahme ist auch im Handel (103 %) festzustellen. Die verstärkte Bedeutung der Wirtschaftsabteilung Dienstleistungen resultiert aus der Zunahme der dort beschäftigten *Abhängigen* um 60 %. Ein ähnlicher prozentualer Anstieg der Zahl der *Abhängigen* (59 %) ist auch im Verarbeitenden Gewerbe zu verzeichnen. In dieser Wirtschaftsabteilung ist auch der absolute Zuwachs um 609 000 Personen der größte unter allen Wirtschaftsabteilungen.

Anteil des Verarbeitenden Gewerbes auf 44 % gestiegen

Der Zuwachs an Erwerbspersonen überhaupt sowie die Veränderung ihrer Zahl in den einzelnen Wirtschaftsabteilungen brachte eine merkliche Verschiebung der Wirtschaftsstruktur mit sich. So ging der Anteil der Erwerbspersonen in der Land- und Forstwirtschaft von 26 % im Jahr 1950 auf 16 % im Jahr 1961 zurück, dagegen stieg der Anteil des Verarbeitenden Gewerbes von 36 % auf 44 %. Auch im Handel bewirkte die überdurchschnittlich starke Zunahme der Zahl der Erwerbs-

personen eine Vergrößerung seines Anteiles an der Gesamtzahl der Erwerbspersonen von 7 % auf 9 %. Auch der Anteil der in Kreditinstituten und Versicherungsgewerbe tätigen Erwerbspersonen hat von 1 % auf 2 % zugenommen, wie auch die Dienstleistungen einen Zuwachs des Anteiles von 8 % im Jahr 1950 auf 10 % im Jahr 1961 verzeichnen. Bedingt durch den Rückgang der in Haushalten beschäftigten Personen, ging der Anteil der Wirtschaftsabteilung Organisationen ohne Erwerbscharakter und Private Haushalte von 3 % auf 2 % zurück.

Wirtschaftliche Gliederung bei den Frauen stärker verändert als bei den Männern

Die bei allen Erwerbspersonen festgestellte strukturelle Verschiebung von der Land- und Forstwirtschaft zum Verarbeitenden Gewerbe und zu den Dienstleistungen hin ist auch in der Gliederung der Erwerbspersonen nach dem Geschlecht recht einprägsam. So arbeiteten 1961 nur noch 11 % der *Männer* in der Land- und Forstwirtschaft gegenüber 18 % im Jahr 1950. Dagegen ist im Verarbeitenden Gewerbe eine Zunahme des Anteiles auf 48 % festzustellen. Bei den *Frauen* ist die strukturelle Veränderung wesentlich stärker. Von ihnen arbeiteten im Jahr 1950 noch 38 % in der Land- und Forstwirtschaft, im Jahr 1961 hingegen nur noch 23 %. Dafür ist das Gewicht des Verarbeitenden Gewerbes zwischen 1950 und 1961 von 30 % auf 38 %, das des Handels von 8 % auf 12 % und das der Dienstleistungen von 11 % auf 15 % gestiegen. Weiter ist im Rahmen der Wandlung der Frauenarbeit der Anteil von Organisationen ohne Erwerbscharakter und Private Haushalte von 6 % auf 4 % zurückgegangen.

Selbständige verstärkt im Handel und im Dienstleistungsgewerbe tätig

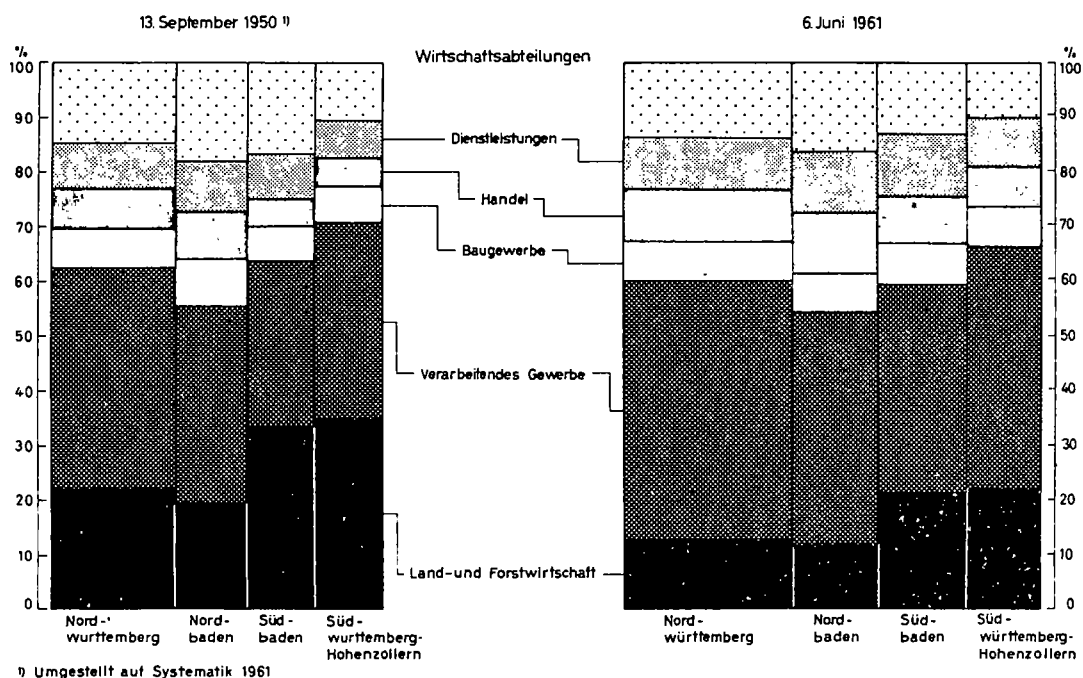
Mit der Veränderung der Bedeutung der einzelnen Wirtschaftsabteilungen änderte sich auch die Verteilung der Erwerbspersonen auf die Wirtschaftsabteilungen in der Gliederung nach der Stellung im Beruf. Waren von den *Selbständigen* im Jahr 1950 noch 45 % in der Land- und Forstwirtschaft tätig, so waren es im Jahr 1961 nur noch 42 %. Ebenso sind im Verarbeitenden Gewerbe nur noch 18 % aller *Selbständigen* tätig gegenüber 23 % im Jahr 1950. Dafür hat sich der Anteil an den Wirtschaftsabteilungen Handel und Dienstleistungen von 13 % auf 17 % bzw. von 11 % auf 14 % verstärkt. Die Verteilung der *Mithelfenden Familienangehörigen* auf die Wirtschaftsabteilungen änderte sich insoweit, als der Anteil der Land- und Forstwirtschaft von 87 % auf 79 % zurückgegangen ist, wogegen im Verarbeitenden Gewerbe im Jahr 1961 7 % gegenüber 4 % im Jahr 1950 tätig waren. Eine ähnliche Zunahme ist bei Handel sowie Dienstleistungen von 4 % auf 7 % bzw. von 4 % auf 6 % zu vermerken. Von den *Abhängigen* arbeiteten 1961 54 % im Verarbeitenden Gewerbe gegenüber 49 % im Jahr 1950.

Wirtschaftsstrukturen in den Regierungsbezirken gleichen sich gegenseitig an

Der bei den Erwerbspersonen in der Gliederung nach dem Geschlecht und nach der Stellung im Beruf für das ganze Land festgestellte Strukturwandel ist in der gleichen Weise, wenn auch in unterschiedlicherer Stärke, in den Regierungsbezirken erkennbar. Der Anteil der Land- und Forstwirtschaft hat seit 1950 überall um rund 10 %-Punkte abgenommen, am stärksten jedoch in Südwürttemberg-Hohenzollern, wo er von 35 % auf 21 % zurückging. Dafür ist in diesem Regierungsbezirk der Anteil des Verarbeitenden Gewerbes, der sich im allgemeinen um 7 %-Punkte verstärkte, am stärksten gestiegen, und zwar um 9 %-Punkte von 36 % auf 45 % im Jahr 1961. Wie im ganzen Land, so haben die Wirtschaftsabteilungen Handel sowie Dienstleistungen auch in den Regierungsbezirken an Bedeutung gewonnen. Der Zuwachs liegt zwischen 2 %- und 3 %-Punkten.

Durch die Veränderung der Zahl der Erwerbspersonen in den Regierungsbezirken ist eine gewisse Angleichung der Wirt-

Die wirtschaftliche Gliederung der Erwerbspersonen in den Regierungsbezirken am



Die Breite der Säulen entspricht der Zahl der Erwerbspersonen

68 65

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

schaftsstrukturen der einzelnen Regierungsbezirke unter sich eingetreten. Wohl weist die Land- und Forstwirtschaft nach wie vor in Südwürttemberg-Hohenzollern die größten und in Nordbaden die geringsten Anteile auf; der Unterschied zwischen dem höchsten und niedrigsten Wert ist jedoch von 16 % auf 9 %-Punkte zurückgegangen. Ebenso ist der Anteil des Verarbeitenden Gewerbes sowohl 1950 als auch 1961 in Nordwürttemberg am höchsten, in Südbaden jedoch am niedrigsten gewesen; aber auch hier verminderte sich der Unterschied der Quoten von 11 % auf 9 %-Punkte. Der Anteil der Wirtschaftsabteilung Handel war in den Jahren 1950 wie auch 1961 in Nordbaden mit 11 % am bedeutendsten, in Südwürttemberg-Hohen-

zollern mit 7 % jedoch am geringsten, wobei in dieser Wirtschaftsabteilung der Unterschied zwischen dem höchsten und niedrigsten Anteil unter den Regierungsbezirken mit 4 %-Punkten unverändert geblieben ist. In der Wirtschaftsabteilung Dienstleistungen hat sich eine gewisse Verschiebung insoweit ergeben, als der höchste Anteil, der 1950 noch mit 9 % in Nordbaden festgestellt wurde, 1961 infolge Ausweitung des Fremdenverkehrs mit 11 % in Südbaden zu verzeichnen war. Der Unterschied zwischen dem höchsten und zwischen dem niedrigsten Wert, der stets in Südwürttemberg-Hohenzollern ermittelt wurde, ist dabei mit 2 %-Punkten unverändert geblieben.

Dipl.-Ing. Hans Kaeser

Die Pendelwanderung in Baden-Württemberg am 6. Juni 1961

Ergebnisse der Volks- und Berufszählung

Allgemeines

Bei der Volkszählung am 6. Juni 1961 wurde jede Person am Wohnort, von dem aus sie täglich zur Arbeit oder Ausbildung geht, gezählt und befragt, in welcher Gemeinde ihre Arbeits- bzw. Ausbildungsstätte liegt. Auf diese Weise war es möglich, alle Personen zu erfassen, die täglich das Gebiet ihrer Wohngemeinde verlassen, um in einer anderen Gemeinde ihrer Arbeit nachzugehen oder um als Schüler und Studierende usw. die Schule bzw. Hochschule zu besuchen. Alle diese Personen werden unter dem Begriff *Pendler* zusammengefaßt. Der von ihnen täglich vorgenommene Ortswechsel wird als *Pendelwanderung* bezeichnet. Die Pendler werden – entsprechend den Gründen, die sie zur Pendelwanderung veranlaßten – nach *Erwerbstätigen* (Berufspendlern) und *Schülern und Studierenden* (Ausbildungspendlern) unterschieden. Schüler und Studierende wurden 1961 erstmals als Pendler ausgewiesen. Die Zahlen der erwerbstätigen Pendler sind mit den bei der Volkszählung 1950 ermittelten Angaben über „Pendelwanderer“ vergleichbar.

Nicht zu den *Pendlern* zählen alle diejenigen Personen, die als Reisevertreter u. ä. ständig unterwegs sind, auch dann nicht, wenn der Sitz des Betriebes, für den sie arbeiten, außerhalb der Wohngemeinde liegt. Ebenso zählen Fernfahrer, Omnibusfahrer, Zugbegleitpersonal und andere Personen mit Reisetätigkeit nicht zu den *Pendlern*.

Auf Grund der oben erläuterten Begriffsbestimmungen wurden außerdem diejenigen Personen nicht als Pendler erfaßt, die innerhalb ihrer Wohngemeinde – gleichgültig wie weit der Pendelweg ist – von ihrer Wohnung zur Arbeits- oder Ausbildungsstätte fahren. Sie zählen zu den *innerstädtischen* *Pendlern*. Diese wurden in Baden-Württemberg nur für die Städte Stuttgart, Karlsruhe, Heidelberg und Mannheim gesondert ermittelt.

Mit der Definition der Pendler sind zugleich die Grenzen aufgezeigt, die der amtlichen Statistik bei der Ermittlung der Pendelwanderung gesetzt sind. Wenn es zur Erfassung aller täglich wiederkehrenden Wanderungs- und Bewegungsvorgänge in mancher Hinsicht zweckmäßiger wäre, die wirkliche Entfernung zwischen Wohnung und Arbeits- bzw. Ausbildungsstätte zu kennen und danach den Begriff des *Pendlers* – unabhängig von den Gemeindegrenzen – festzulegen, so bedarf es zur Feststellung der Pendlerströme stets eines Ausgangs- und eines Zielpunktes. Diese können derzeit nur durch die Lage der Gemeinde fixiert werden.

Entwicklung der Pendelwanderung

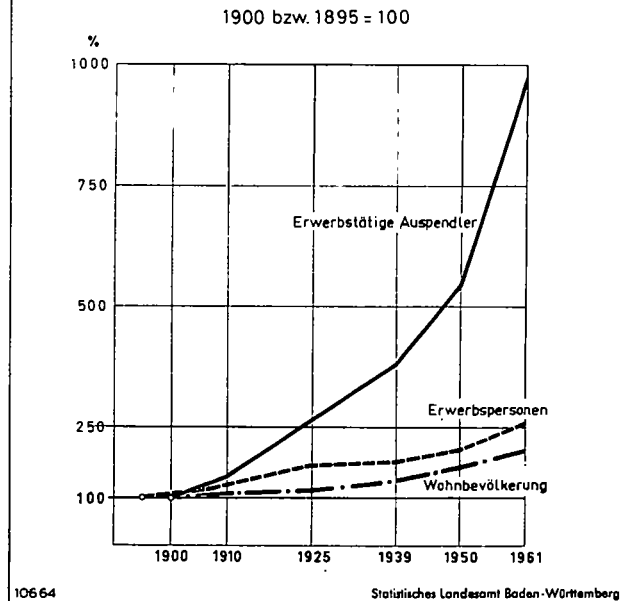
Die Pendelwanderung hat sich erst seit der Einführung der Gewerbefreiheit im vergangenen Jahrhundert entwickelt, als mit der Auflösung der patriarchalischen Organisation und Arbeitsverfassung der Zünfte mehr und mehr eine Trennung

Wohnbevölkerung, Erwerbspersonen, Auspendler im ehemaligen Land Württemberg¹⁾
1900 bis 1961

Jahr	Wohnbevölkerung	Erwerbspersonen		Erwerbstätige Auspendler		Entwicklung 1900 bzw. 1895 = 100		
		Insgesamt	darunter Erwerbstätige Auspendler	in % der Wohnbevölkerung	in % der Erwerbspersonen	Wohnbevölkerung	Erwerbspersonen	Erwerbstätige Auspendler
1900. . .	2 169 480	895 766 ²⁾	59 428	2,7	6,6	100	100	100
1910. . .	2 437 574	1 108 533 ³⁾	88 155	3,6	8,0	112,4	123,8	148,3
1925. . .	2 580 235	1 538 079	155 820	6,0	10,1	118,9	171,7	262,2
1939. . .	2 896 920	1 607 138	221 889	7,7	13,8	133,5	179,4	373,4
1950. . .	3 533 034	1 793 816	320 400	9,1	17,9	162,9	200,3	539,1
1961. . .	4 336 862	2 295 382	582 022	13,4	25,4	199,9	256,2	979,4

¹⁾ Heutige Regierungsbezirke Nordwürttemberg und Südwürttemberg-Hohenzollern, ohne die Landkreise Hechingen und Sigmaringen; jeweiliger Gebietsstand. — ²⁾ 1895. — ³⁾ 1907.

Entwicklung der Wohnbevölkerung, der Erwerbspersonen und der erwerbstätigen Auspendler im ehemaligen Land Württemberg



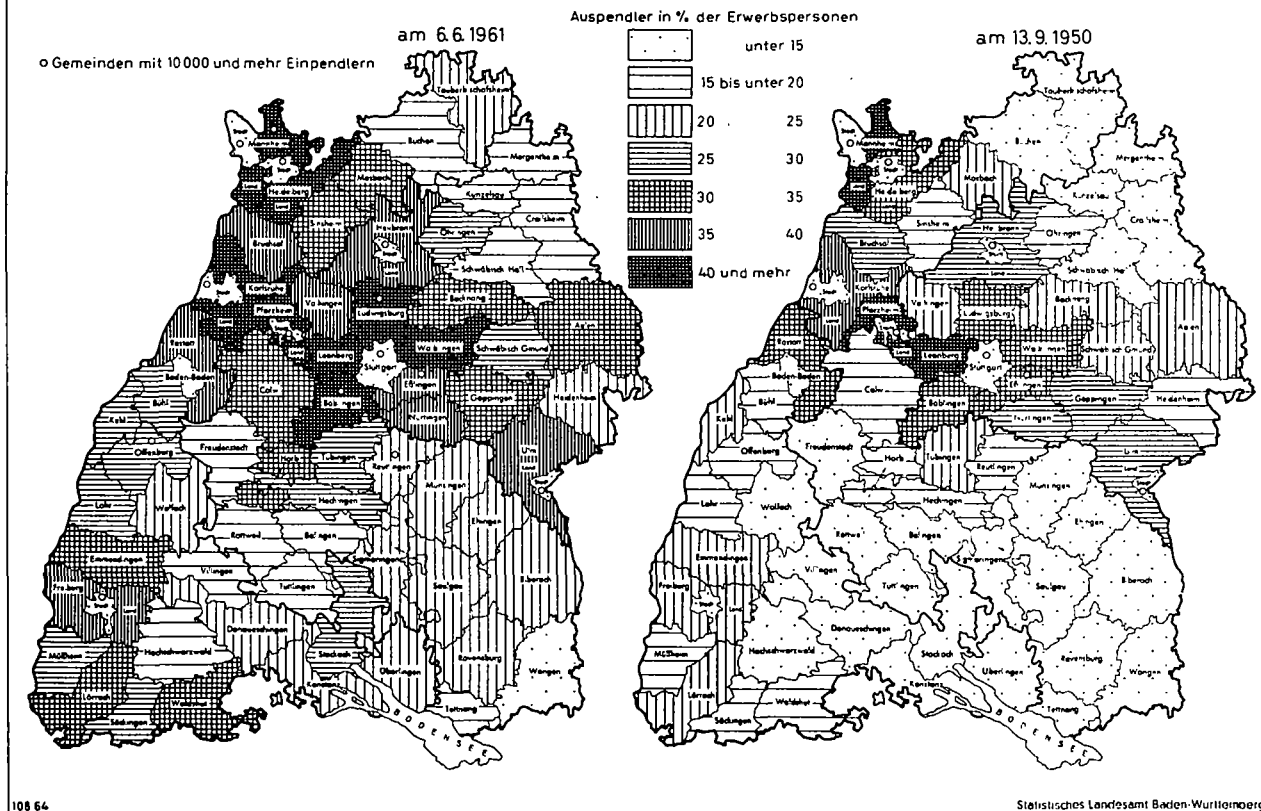
von Wohnung und Arbeitsstätte zu verzeichnen war. Die Gründung neuer sowie die Vergrößerung bereits bestehender Betriebe in verkehrsmäßig günstiger Lage machte es notwendig, die erforderlichen Arbeitskräfte aus Nachbargemeinden heranzuziehen. Mit der Zunahme der Industrialisierung und der Konzentration der Erwerbstätigkeit in Großbetrieben wurde die Zahl der täglich zwischen Wohn- und Arbeitsort pendelnden Personen immer größer. Einen wesentlichen Anstoß zur Verstärkung der Pendelwanderung brachte nach dem zweiten Weltkrieg der Zuzug von Vertriebenen und Flüchtlingen mit sich. Diese konnten nicht immer am Arbeitsort angesiedelt werden, sondern wurden – zum Teil bewußt – in kleineren und größeren Trabantsiedlungen umliegender Gemeinden untergebracht, von wo sie sich täglich zur Arbeitsstätte im zentral gelegenen Arbeitsort begeben. In den letzten Jahren brachte auch der Wunsch, Wohnungen außerhalb des Lärmes und der Unruhe der großen Städte zu bauen und „im Grünen“ zu wohnen, immer mehr Menschen dazu, ihren Wohnsitz in Landgemeinden mit günstigen Wohn- und Verkehrsbedingungen zu verlegen, den Arbeitsplatz in der Stadt mit ihren zentralen Einrichtungen jedoch beizubehalten. Diese Entwicklung wurde im letzten Jahrzehnt besonders durch den Aufschwung der Motorisierung begünstigt.

Die Entwicklung der Pendelwanderung¹⁾, die bei der Volkszählung 1900 erstmals statistisch erfaßt wurde, konnte zahlenmäßig lediglich für das frühere Land Württemberg zusammengestellt werden. Zählten um 1900 nur rund 3 % der Wohnbevölkerung zu den *Pendlern*, so waren es 1961 13 %. Von den Erwerbspersonen pendelte um 1900 nur jede fünfzehnte täglich zwischen Wohn- und Arbeitsgemeinde hin und her, 1950 fast jede sechste und 1961 jede vierte.

Für das Land Baden-Württemberg als Ganzes liegen ähnliche Entwicklungsbilder nicht vor, da für das frühere Land Baden und die Hohenzollerischen Lande vergleichbare Ergebnisse erst seit 1950 zur Verfügung stehen. Die Entwicklung im ehemaligen Land Württemberg dürfte jedoch in gleicher Weise

¹⁾ Vgl. hierzu Griesmeier „Die Pendelwanderung in Württemberg“ in *Württembergische Jahrbücher für Statistik und Landeskunde*, Jg. 1929, S. 60 ff.

Anteil der Auspendler an den Erwerbspersonen in Baden-Württemberg in Prozent



auch auf die übrigen Landesteile zutreffen. Danach hat sich seit 1900 die Zahl der Pendler allenthalben überproportional erhöht.

Umfang der Pendelwanderung

Der Umfang der Pendelwanderung wird am besten dargestellt an Hand der Angaben über die *Auspendler*. Das sind diejenigen Personen, die am Wohnort gezählt sind, sich zur Arbeit oder Ausbildung jedoch in eine andere Gemeinde hin-

ausgeben. In Baden-Württemberg sind dies 1 110 000 Personen. Von diesen sind 1 021 000 erwerbstätig und 89 000 Schüler und Studierende. Es fahren demnach 14 % der Wohnbevölkerung, 25 % der Erwerbspersonen und 9 % der Schüler und Studierenden täglich zwischen Wohn- und Arbeits- bzw. Ausbildungsgemeinde hin und her.

Die Pendlerquoten sind bei Männern und Frauen sehr verschieden. So ist von der männlichen Wohnbevölkerung täglich

Wohnbevölkerung, Erwerbspersonen, Schüler und Studierende und Auspendler in Baden-Württemberg am 6. Juni 1961

Geschlecht	Wohnbevölkerung			Erwerbspersonen ¹⁾			Schüler und Studierende		
	insgesamt	darunter Auspendler		insgesamt	darunter Auspendler		insgesamt	darunter Auspendler	
		Anzahl	%		Anzahl	%		Anzahl	%
Baden-Württemberg									
männlich	3 676 808	780 531	21,2	2 376 664	729 761	30,7	529 729	50 770	9,6
weiblich	4 082 346	329 569	8,1	1 642 541	291 423	17,7	479 320	38 146	8,0
Insgesamt	7 759 154	1 110 100	14,3	4 019 205	1 021 184	25,4	1 009 049	88 916	8,8
Regierungsbezirk Nordwürttemberg									
männlich	1 455 776	324 484	22,3	970 329	304 510	31,4	192 391	19 974	10,4
weiblich	1 582 002	144 558	9,1	640 167	128 622	20,1	177 252	15 936	9,0
Insgesamt	3 037 778	469 042	15,4	1 610 496	433 132	26,9	369 643	35 910	9,7
Regierungsbezirk Nordbaden									
männlich	798 731	164 738	20,6	507 462	154 047	30,4	119 198	10 691	9,0
weiblich	898 287	66 095	7,4	331 860	58 893	17,7	103 985	7 202	6,9
Insgesamt	1 697 018	230 833	13,6	839 322	212 940	25,4	223 183	17 893	8,0
Regierungsbezirk Südbaden									
männlich	765 078	165 652	21,7	481 849	154 891	32,1	119 153	10 761	9,0
weiblich	861 083	66 108	7,7	347 980	58 178	16,7	107 841	7 930	7,4
Insgesamt	1 626 161	231 760	14,3	829 829	213 069	25,7	226 994	18 691	8,2
Regierungsbezirk Südwürttemberg-Hohenzollern									
männlich	657 223	125 657	19,1	417 024	116 313	27,9	98 987	9 344	9,4
weiblich	740 974	52 808	7,1	322 534	45 730	14,2	90 242	7 078	7,8
Insgesamt	1 398 197	178 465	12,8	739 558	162 043	21,9	189 229	16 422	8,7

¹⁾ Ohne Soldaten.

etwa ein Fünftel unterwegs, von der weiblichen hingegen nur rund ein Zwölftel. Besonders stark ist der Unterschied bei den Erwerbspersonen. Hier ist die Pendlerquote der Männer mit 31 % um zwei Drittel höher als bei den Frauen, bei denen sie 18 % beträgt. Dieser Unterschied ist in der im allgemeinen andersgearteten Erwerbstätigkeit der Frauen begründet; sind sie doch in weit stärkerem Maße als die Männer als Mithelfende Familienangehörige oder in landwirtschaftlichen Berufen tätig. Diese Tätigkeiten können weit eher am Wohnort ausgeübt werden als die mehr gewerblichen Tätigkeiten der Männer. Bei den Schülern und Studierenden ist der Unterschied in der Pendlerquote der Geschlechter wesentlich kleiner. Die männlichen Ausbildungspendler beziffern sich auf 10 % der entsprechenden Schüler und Studierenden, die weiblichen auf 8 %.

In den *Regierungsbezirken* ist der Anteil der Pendler an der Wohnbevölkerung am größten in Nordwürttemberg mit 15 %. Es folgen Südbaden (14 %), Nordbaden (14 %) und Südwürttemberg-Hohenzollern (13 %). In Nordwürttemberg ist auch der Anteil der pendelnden Erwerbspersonen mit 27 % am höchsten. In Südbaden beträgt er 26 %, in Nordbaden 25 % und in Südwürttemberg-Hohenzollern 22 %. Die Schüler und Studierenden pendeln am stärksten in Nordwürttemberg (10 %). In Südwürttemberg-Hohenzollern liegt diese Quote mit 9 % verhältnismäßig hoch, was mit darauf zurückzuführen sein dürfte, daß einmal viele in Tübingen studierende Studenten außerhalb der Universitätsstadt wohnen und daß zum anderen manche Volksschüler durch die in Südwürttemberg-Hohenzollern bestehenden Bekenntnisschulen veranlaßt werden, die Schule in der Nachbargemeinde zu besuchen, die ihrem Religionsbekenntnis entspricht. In Südbaden und Nordbaden liegen die Anteile der pendelnden Schüler mit jeweils 8 % unter dem Landesdurchschnitt.

In der *regionalen Verteilung*² sind die Pendlerquoten der Erwerbspersonen besonders hoch im Einzugsgebiet von Städten und in den von der Industrie besonders bevorzugten Gebieten. Außerdem übersteigen sie dort die Durchschnittswerte, wo viele Gemeinden auf engem Raum heineinanderliegen und wo durch die Pendelwanderung die wechselseitigen Beziehungen dieser Gemeinden untereinander bestätigt werden. Die Verteilung der Pendlerintensität der Auspendler ist deswegen mit Ausnahme der Städte weitgehend identisch mit der Verteilung der Bevölkerungsdichte³. Die Pendelwanderung ist in dem Gebiet, das Baden-Württemberg von Ost nach West als *Pendlergürtel* durchzieht, mit einer Quote von über 35 % besonders stark ausgeprägt. Es gehören hierzu der Raum um Stuttgart, die Kreise des Fils-, Rems- und des unteren Neckartales, die Einzugsbereiche der Städte Pforzheim und Karlsruhe sowie der Wirtschaftsraum Mannheim-Heidelberg. In den Kreisen der Oberrheinischen Tiefebene sowie am Hochrhein liegt die Pendlerquote mit 25 % bis unter 35 % ebenfalls über dem Landesdurchschnitt. Die höchsten Pendleranteile sind in den Landkreisen Leonberg, Mannheim und Pforzheim mit jeweils etwas über der Hälfte aller Erwerbspersonen festzustellen. Gegenüber 1950 hat sich die Intensität der Pendelwanderung in allen Landesteilen verstärkt. Am ausgeprägtesten ist ihre Zunahme in den Kreisen, die sowohl 1950 als auch 1961 eine verhältnismäßig niedrige Pendlerquote aufwiesen. Es sind dies besonders die landwirtschaftlich orientierten Gebiete im Nordosten von Baden-Württemberg, in Oberschwaben und im Bodenseegebiet sowie im Hochschwarzwald. Die Steigerung der Pendlerintensität in diesen Landesteilen ist im allgemeinen nur mit einer geringen Zunahme der Erwerbspersonen verbunden; dies bedeutet, daß die dort wohnenden Erwerbspersonen seit 1950 andere Berufe ergriffen haben, die sie nicht mehr an ihrem Wohnort ausüben können. In den oben aufgeführten Gebieten dürfte die Erhöhung der Pendlerquote darauf zurückzuführen sein, daß die Personen, die frü-

Auf 100 Erwerbspersonen kommen ... Auspendler nach Regierungsbezirken und Wirtschaftsabteilungen am 6. Juni 1961

Wirtschaftsabteilung	Baden-Württemberg			Regierungsbezirke			
	insgesamt	männlich	weiblich	Nordwürttemberg	Nordbaden	Südbaden	Südwürtt.-Hohenz.
0 Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung, Fischerei	1,4	2,5	0,7	1,4	1,2	1,6	1,4
1 Energiewirtschaft u. Wasserversorgung, Bergbau	27,3	28,8	16,9	25,9	20,9	37,5	28,0
2 Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	36,1	39,2	30,4	37,5	34,6	39,3	31,6
3 Baugewerbe	37,8	38,8	14,9	33,4	39,4	43,7	38,3
4 Handel	20,3	21,7	19,0	21,0	17,5	23,2	19,0
5 Verkehr u. Nachrichtenübermittlung ..	33,8	36,4	20,1	28,7	36,8	41,1	30,8
6 Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	23,7	24,2	23,1	25,1	20,6	23,5	24,3
7 Dienstleistungen, soweit nicht an anderer Stelle genannt	13,3	15,1	12,2	14,4	14,6	12,3	10,5
8 Organisationen ohne Erwerbscharakter und Private Haushalte	8,8	10,7	8,4	8,3	9,7	10,6	6,8
9 Gebietskörperschaften und Sozialversicherung	22,6	23,7	19,6	24,3	21,2	21,7	22,2
- ohne Angabe	16,4	17,6	15,0	14,6	17,9	19,3	15,2
Insgesamt	25,4	30,7	17,7	26,0	25,4	25,7	21,9

her in der Landwirtschaft gearbeitet haben, nun außerhalb ihrer landwirtschaftlich orientierten Wohngemeinde einem Erwerb in einem anderen Wirtschaftsbereich nachgehen.

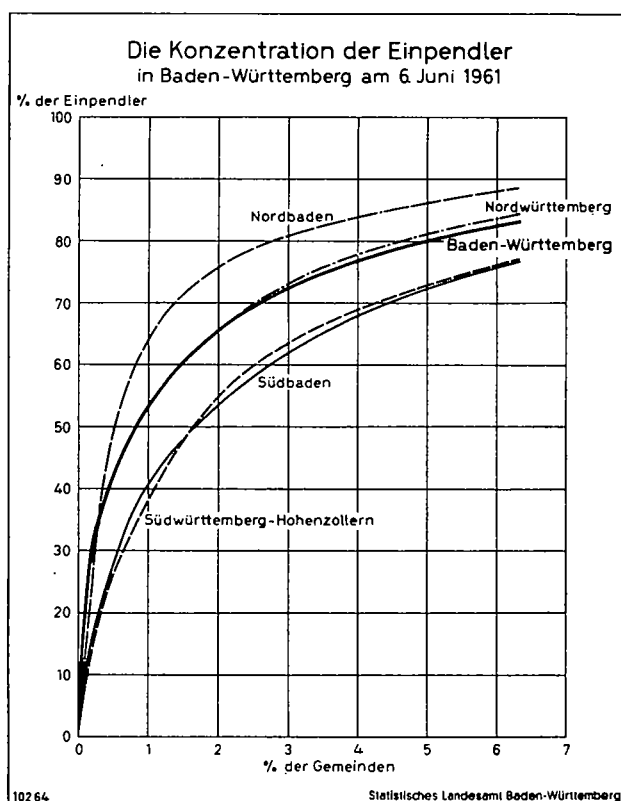
In der Gliederung nach *Wirtschaftsabteilungen* ist die Pendelwanderung sehr unterschiedlich ausgeprägt. Am stärksten ist sie im Baugewerbe. Dort arbeiten 38 % der Erwerbspersonen außerhalb ihrer Wohngemeinde. Es folgen das Verarbeitende Gewerbe mit einer Pendlerquote von 36 %, Verkehrswesen und Nachrichtenübermittlung mit 34 %, Energiewirtschaft, Wasserversorgung, Bergbau mit 27 %. Diese Quoten liegen alle über dem Landesdurchschnitt. Darunter liegen die Wirtschaftsabteilungen Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe mit 24 %, Gebietskörperschaften mit 23 % und Handel mit 20 %. In den Arbeitsstätten der Wirtschaftsabteilungen Dienstleistungsgewerbe, Organisationen ohne Erwerbscharakter und Private Haushalte sowie Land- und Forstwirtschaft sind die Beschäftigten weitgehend als Betriebsinhaber, Mithelfende Familienangehörige und als Hauspersonal tätig. Sie wohnen damit auch häufig in dem Gebäude, in dem sich ihre Arbeitsstätte befindet. Infolgedessen liegen in diesen Wirtschaftsabteilungen die Pendlerquoten mit 13 %, 9 % und 1 % erheblich unter dem Landesdurchschnitt.

Die Pendlerquoten – bezogen auf die einzelnen Wirtschaftsabteilungen – weichen in den Regierungsbezirken nicht unerheblich vom Landesdurchschnitt ab. So sind die höchsten Pendleranteile der Wirtschaftsabteilungen Land- und Forstwirtschaft, Energiewirtschaft, Wasserversorgung und Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe, Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung sowie Organisationen ohne Erwerbscharakter in Südbaden anzutreffen. In den Wirtschaftsabteilungen Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe sowie Gebietskörperschaften finden sich die ausgeprägtesten Pendlerquoten in Nordwürttemberg. Die Beschäftigten des Dienstleistungsgewerbes pendeln in Nordbaden am meisten.

Wie schon bei der Gesamtzahl aller erwerbstätigen Pendler festgestellt wurde, liegt die Pendlerquote der Frauen niedriger als die der Männer. Dies gilt auch für die Gliederung der Erwerbspersonen nach ihrer wirtschaftlichen Zugehörigkeit. Besonders stark sind die Unterschiede der Pendlerquoten in

² Ausführliche Kreisergebnisse wurden im *Statistischen Bericht* AO-Volkszählung 1961 – 9, Die Auspendler, veröffentlicht.

³ Vgl. Schaubild Die Bevölkerungsdichte in Baden-Württemberg am 6. Juni 1961 in *Statistische Monatshefte Baden-Württemberg*, Heft 7, 1962, S. 238.



den Wirtschaftsabteilungen Energiewirtschaft, Baugewerbe sowie Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe. Hier differenzieren sie um 12 bis 16 Punkte oder 30 bis 40 %. In anderen Wirtschaftsabteilungen sind die Abweichungen kleiner.

Von den 1 021 000 erwerbstätigen Auspendlern, die in Baden-Württemberg wohnen, stehen 30 000 (3 %) der Wirtschaft unseres Landes nicht zur Verfügung. Sie fahren entweder in andere Länder des Bundesgebietes oder ins Ausland zur Arbeit. Das größte Kontingent umfaßt 15 934 Personen, die sich täglich in die Schweiz begeben. 6329 arbeiten in Bayern, 5937 in Rheinland-Pfalz, 1821 in Hessen und 467 in Frankreich.

Pendlerziele

Die Mehrzahl der jeden Morgen in ihrer Wohngemeinde zur Arbeit aufbrechenden Menschen hat als Ziel ihrer täglichen Fahrt eine zentral gelegene Stadt oder größere Gemeinde. Dadurch ergibt sich eine Konzentration der Einpendler, deren

Umfang daraus erhellt, daß 79 % aller in eine andere Gemeinde zur Arbeit fahrenden Erwerbspersonen in nur 154 Gemeinden mit 1000 und mehr Einpendlern zusammenkommen. Die restlichen 21 % der Einpendler verteilen sich auf 92 % aller Gemeinden, etwa 4 % der Gemeinden in Baden-Württemberg bleiben ohne Einpendler.

Diese Konzentration der Einpendler läßt sich aus den für das Land und die Regierungsbezirke erarbeiteten *Lorenzkurven* leicht ersehen. Zur Ermittlung der Kurven wurden die Gemeinden mit 1000 und mehr Einpendlern nach der Zahl der Einpendler geordnet. Die Kurven wurden – beginnend mit den größten Einpendlergemeinden – abgetragen. Es zeigt sich nun, daß im Landesdurchschnitt 76 %, in Nordbaden 84 %, in Nordwürttemberg 78 %, in Südwürttemberg-Hohenzollern 70 % und in Südbaden 68 % aller Pendler in jeweils nur 4 % aller Gemeinden einpendeln.

Zu den 154 wichtigsten Einpendlergemeinden mit 1000 und mehr Einpendlern gehören alle Stadtkreise, von denen allein die Städte Stuttgart 10 % und Mannheim 6 % aller im Land gezählten Einpendler aufnehmen. Auch alle Großen Kreistädte des Landes sowie die Städte mit Sitz eines Landratsamtes mit Ausnahme von Neustadt i. Schw., Wolfach, Münsingen und Tettnang gehören zu den wichtigsten Einpendlergemeinden. Außerdem zählen dazu alle wichtigen Industriestädte wie Neckarsulm, Gaggenau, Giengen an der Brenz, Wasseraltingen, Oberkochen u.a.

Daß die Konzentration der Einpendler⁴ in Nordbaden und Nordwürttemberg höher ist als in den südlichen Landesteilen liegt einmal daran, daß in diesen Gebieten die Besiedlung dichter ist und daß demzufolge dort auch mehr größere Städte anzutreffen sind. Diese sind stets als zentrale Orte anzusprechen. In ihnen sind Industrie und Gewerbe, Handel, Dienstleistungen und Verwaltungseinrichtungen gewissermaßen als Kristallisationskerne für zuziehende oder einpendelnde Arbeitskräfte vorhanden.

Bei der Diskussion des Pendlerproblems erhebt sich häufig die Frage, inwieweit die Einpendler als Wohnungsbedarfsträger am Arbeitsort in Erscheinung treten können. Hierzu kann mitgeteilt werden, daß 46 % aller im Land gezählten Einpendler in gewissem Sinne an ihren Wohnort gebunden sind, da sie selbst bzw. als Familienangehörige in einem eigenen Haus oder einer Eigentumswohnung wohnen. Die Anteile sind für Männer und Frauen nicht sehr unterschiedlich. Sie sind auch im Land und in den Regierungsbezirken ziemlich gleich. Lediglich

⁴ Ausführliche Kreisergebnisse wurden im *Statistischen Bericht AO-Volkzählung 1961* – 10, Die Einpendler, veröffentlicht.

Die Gemeinden nach der Zahl der erwerbstätigen Einpendler am 6. Juni 1961

Gemeinden mit ... Einpendlern	Baden-Württemberg			Regierungsbezirke											
				Nordwürttemberg			Nordbaden			Südbaden			Südwürttemberg-Hohenzollern		
	Gemeinden	Einpendler	%	Gemeinden	Einpendler	%	Gemeinden	Einpendler	%	Gemeinden	Einpendler	%	Gemeinden	Einpendler	%
über 50 000 ..	2	173 391	16,4	1	110 396	23,9	1	62 995	24,9	—	—	—	—	—	—
20 000 bis unter 50 000 ..	6	160 606	15,2	3	71 160	15,4	3	89 446	35,3	—	—	—	—	—	—
10 000 " " 20 000 ..	7	96 884	9,2	3	41 300	8,9	1	10 668	4,2	2	31 450	16,6	1	13 466	8,9
9 000 " " 10 000 ..	3	27 728	2,6	1	9 530	2,1	1	9 008	3,6	—	—	—	1	9 190	6,1
8 000 " " 9 000 ..	1	8 037	0,8	1	8 037	1,7	—	—	—	—	—	—	—	—	—
7 000 " " 8 000 ..	4	29 553	2,8	1	7 423	1,6	—	—	—	3	22 130	11,7	—	—	—
6 000 " " 7 000 ..	7	45 533	4,3	4	26 213	5,7	—	—	—	1	6 442	3,4	2	12 878	8,6
5 000 " " 6 000 ..	10	53 292	5,0	4	21 394	4,6	3	16 473	6,5	2	10 139	5,3	1	5 286	3,5
4 000 " " 5 000 ..	6	27 277	2,6	4	18 184	3,9	—	—	—	1	4 880	2,6	1	4 213	2,8
3 000 " " 4 000 ..	15	51 953	4,9	6	21 013	4,5	2	6 855	2,7	2	6 264	3,3	5	17 821	11,8
2 000 " " 3 000 ..	26	64 371	6,1	8	20 255	4,5	5	11 417	4,5	6	14 979	7,9	7	17 720	11,8
1 000 " " 2 000 ..	67	93 543	8,9	26	35 077	7,6	5	7 011	2,8	21	31 809	16,8	15	19 646	13,0
Gemeinden mit 1000 und mehr Einpendlern	154	832 168	78,8	62	389 982	84,3	21	213 873	84,4	38	128 093	67,6	33	100 220	66,5
Gemeinden mit Einpendlern überhaupt	3 253	1 056 264	100	943	462 713	100	470	253 415	100	936	189 525	100	904	150 611	100
Gemeinden o. Einpendler	128	—	—	36	—	—	19	—	—	39	—	—	34	—	—
Gemeinden insgesamt	3 381	1 056 264	100	979	462 713	100	489	253 415	100	975	189 525	100	938	150 611	100

Erwerbspersonen am Wohnort, erwerbstätige Aus- und Einpendler und Erwerbspersonen am Arbeitsort in Baden-Württemberg nach Kreisen

Stadtkreis Landkreis der Wohnsitz- bzw. Zielgemeinde Regierungsbezirk Land		Am 6. Juni 1961 waren						Zunahme bzw. Abnahme (—) gegenüber 1950 in %				
		Erwerbs- personen ¹⁾ am Wohnort	Erwerbstätige Auspendler ¹⁾		Erwerbstätige Einpendler ¹⁾		Erwerbspersonen am Arbeitsort ¹⁾ (Spalte 1—2+4)		Erwerbs- personen am Wohnort	Erwerbs- tätige Auspendler	Erwerbs- tätige Einpendler	Erwerbs- personen am Ar- beitsort
			Anzahl	% der Erwerbs- personen	Anzahl	% der Erwerbs- personen am Ar- beitsort	Anzahl	% der Erwerbs- personen				
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11		
Stuttgart	Stadtkreis	349 839	13 279	3,8	110 396	24,7	446 956	127,8	40,5	95,9	78,8	47,0
Heilbronn	"	44 143	2 949	6,7	22 894	35,7	64 088	145,2	47,5	126,7	74,1	53,4
Ulm	"	45 962	2 559	5,6	27 784	39,0	71 187	154,9	40,6	156,7	104,5	57,3
Aalen	Landkreis	69 058	21 710	31,4	21 736	31,5	69 084	100,0	15,7	77,5	69,0	14,5
Backnang	"	46 566	14 472	31,1	8 832	21,6	40 926	87,9	22,2	77,7	62,0	15,6
Böblingen	"	76 730	32 772	42,7	32 814	42,7	76 772	100,0	58,5	94,3	135,7	68,9
Crailsheim	"	32 973	5 413	16,4	5 096	15,6	32 656	99,0	3,0	114,3	124,8	2,8
EBlingen	"	105 541	41 404	39,2	28 312	30,6	92 449	87,6	50,6	81,9	79,1	46,4
Göppingen	"	107 399	34 261	31,9	32 812	31,0	105 950	98,7	25,8	53,4	48,3	24,4
Heidenheim	"	58 316	14 201	24,4	16 420	27,1	60 535	103,8	26,9	66,8	97,5	32,3
Heilbronn	"	85 337	32 836	38,5	16 693	24,1	69 194	81,1	18,4	75,4	58,5	8,3
Künzelsau	"	16 641	3 043	18,3	3 956	22,5	17 554	105,5	5,0	138,5	190,0	10,2
Leonberg	"	53 478	27 347	51,1	9 459	26,6	35 590	66,6	61,7	98,8	189,7	57,6
Ludwigsburg	"	130 203	52 430	40,3	36 855	32,2	114 628	88,0	41,8	78,2	69,9	36,4
Mergentheim	"	21 400	3 338	15,6	4 662	20,5	22 724	106,2	— 0,1	85,8	92,9	3,1
Nürtingen	"	71 290	25 359	35,6	19 184	29,5	65 115	91,3	26,7	54,1	70,3	27,5
Öhringen	"	22 541	5 954	26,4	3 861	18,9	20 448	90,7	5,4	79,2	71,4	0,7
Schwäbisch Gmünd	"	52 516	14 940	28,4	13 972	27,1	51 548	98,2	21,6	48,4	79,3	26,1
Schwäbisch Hall	"	30 678	5 728	18,7	5 671	18,5	30 621	99,8	8,7	98,4	86,1	7,9
Ulm	"	43 948	17 555	39,9	4 168	13,6	30 561	69,5	12,9	67,2	42,8	— 2,5
Vaihingen	"	41 374	14 821	35,8	9 810	27,0	36 363	87,9	23,5	83,2	106,2	20,5
Weilbingen	"	104 563	46 761	44,7	27 326	32,1	85 128	81,4	49,5	97,2	98,7	42,0
Nordwürttemberg		1 610 496	433 132	26,9	462 713	28,2	1 640 077	101,8	32,4	78,0	82,0	33,5
Karlsruhe	Stadtkreis	113 057	3 264	2,9	43 265	28,3	153 058	135,4	32,0	322,3	66,8	38,1
Heidelberg	"	56 690	7 107	12,5	22 319	31,0	71 902	126,8	8,7	102,1	57,3	14,5
Mannheim	"	156 037	7 212	4,6	62 995	29,7	211 820	135,7	35,4	233,9	59,4	38,8
Pforzheim	"	44 565	1 918	4,3	23 862	35,9	66 509	149,2	67,3	211,9	60,4	62,6
Bruchsal	Landkreis	63 856	23 374	36,6	14 356	26,2	54 838	85,9	19,5	73,6	104,1	16,7
Buchen	"	30 770	5 712	18,6	4 352	14,8	29 410	95,6	— 3,8	116,7	148,7	— 5,4
Heidelberg	"	70 174	32 490	46,3	15 876	29,6	53 560	76,3	15,2	64,2	106,8	9,7
Karlsruhe	"	84 029	40 166	47,8	16 076	26,8	59 939	71,3	22,5	54,7	114,2	19,6
Mannheim	"	76 430	40 312	52,7	23 635	39,6	59 753	78,2	21,0	53,9	71,2	17,7
Mosbach	"	30 889	10 749	34,8	7 433	27,0	27 573	89,3	6,9	76,9	77,5	2,1
Pforzheim	"	36 039	18 193	50,5	5 199	22,6	23 045	63,9	18,8	34,7	122,0	20,2
Sinsheim	"	38 518	13 375	34,7	6 056	19,4	31 199	81,0	— 6,2	63,8	113,8	— 12,7
Tauberbischofsheim	"	38 268	9 068	23,7	7 991	21,5	37 191	97,2	— 5,9	97,7	132,1	— 5,9
Nordbaden		839 322	212 940	25,4	253 415	28,8	879 797	104,8	20,1	67,1	74,7	22,8
Freiburg i. Br.	Stadtkreis	62 968	1 411	2,2	19 419	24,0	80 976	128,6	31,2	446,9	97,2	40,7
Baden-Baden	"	19 281	1 136	5,9	5 106	22,0	23 251	120,6	8,6	823,6	30,4	7,9
Bühl	Landkreis	42 456	12 572	29,6	9 160	23,5	39 044	92,0	11,8	68,0	72,6	9,1
Donaueschingen	"	34 613	7 548	21,8	4 826	15,1	31 891	92,1	19,6	100,2	84,0	14,7
Emmendingen	"	54 104	17 619	32,6	12 254	25,1	48 739	90,1	13,7	78,4	79,3	9,4
Freiburg	"	40 962	15 180	37,1	3 958	13,3	29 740	72,6	13,2	104,6	105,0	— 3,1
Hochschwarzwald	"	21 947	3 322	15,1	3 053	14,1	21 678	98,8	5,2	98,9	102,6	4,7
Kehl	"	27 242	7 736	28,4	5 624	22,4	25 130	92,2	16,2	65,4	79,1	14,7
Konstanz	"	80 440	16 804	20,9	16 360	20,5	79 996	99,4	31,3	108,7	92,8	29,6
Lahr	"	43 244	12 012	27,8	10 234	24,7	41 466	95,9	7,6	74,3	66,9	5,1
Lörrach	"	69 968	23 813	34,0	18 553	28,7	64 708	92,5	24,7	90,9	70,7	18,7
Müllheim	"	28 837	8 212	28,5	5 439	20,9	26 064	90,4	14,1	100,9	82,3	7,8
Offenburg	"	49 074	14 438	29,4	17 517	33,6	52 153	106,3	14,0	70,9	66,2	15,6
Rastatt	"	60 200	23 246	38,6	19 950	35,1	56 904	94,5	32,0	65,9	68,3	31,0
Säckingen	"	34 153	9 728	28,5	7 643	23,8	32 068	93,9	26,7	113,4	73,5	19,7
Stockach	"	24 891	6 784	27,3	4 183	18,8	22 290	89,6	6,3	100,8	90,8	0,3
Überlingen	"	30 157	7 180	23,8	5 215	18,5	28 192	93,5	13,9	152,4	204,4	11,3
Villingen	"	44 957	7 718	17,2	9 067	19,6	46 306	103,0	40,2	76,7	115,6	45,2
Waldshut	"	33 233	10 806	32,5	7 226	24,4	29 653	89,2	12,9	94,1	41,4	2,4
Wolfach	"	27 102	5 804	21,4	4 738	18,2	26 036	96,1	12,3	74,1	60,1	9,6
Südbaden		829 829	213 069	25,7	189 525	23,5	806 285	97,2	19,5	88,1	77,9	17,2
Balingen	Landkreis	57 303	8 932	15,6	11 429	19,1	59 800	104,4	17,5	70,4	50,1	17,0
Biberach	"	51 154	10 885	21,3	9 795	19,6	50 064	97,9	10,1	144,1	166,0	9,6
Calw	"	64 043	19 792	30,9	12 410	21,9	56 661	88,5	20,1	90,3	86,5	14,3
Ehingen	"	22 310	4 863	21,8	3 020	14,8	20 467	91,7	7,3	95,5	62,2	1,5
Freudenstadt	"	30 977	5 512	17,8	5 892	18,8	31 357	101,2	16,9	86,3	81,5	17,0
Heddingen	"	29 415	7 727	26,3	4 185	16,2	25 873	88,0	12,3	52,8	20,3	5,1
Horb	"	23 671	7 444	31,4	3 805	19,0	20 032	84,6	9,6	102,1	83,6	0,2
Münsingen	"	21 031	4 731	22,5	2 482	13,2	18 782	89,3	2,3	75,7	117,5	— 1,2
Ravensburg	"	51 506	11 443	22,2	11 644	22,5	51 707	100,4	15,3	139,0	154,5	16,3
Reutlingen	"	84 158	20 010	23,8	23 575	26,9	87 723	104,2	33,7	66,8	44,2	30,4
Rottweil	"	67 423	13 397	19,9	16 531	23,4	70 557	104,6	25,8	92,4	102,1	28,7
Saulgau	"	33 748	6 853	20,3	5 899	18,0	32 794	97,2	5,1	124,0	118,0	3,2
Sigmaringen	"	25 257	5 426	21,5	4 634	18,9	24 465	96,9	9,2	62,1	117,7	11,7
Tettnang	"	36 509	6 728	18,4	8 279	21,8	38 060	104,2	44,6	142,6	105,1	43,6
Tübingen	"	62 430	16 136	25,8	14 121	23,4	60 415	96,8	22,3	57,5	63,0	22,1
Tuttlingen	"	42 625	7 162	16,8	7 671	17,8	43 134	101,2	21,2	61,7	51,4	20,5
Wangen	"	35 998	5 002	13,9	5 239	14,5	36 235	100,7	5,5	183,9	167,4	5,6
Südwestfalen-Hohenzollern		739 558	162 043	21,9	150 611	20,7	728 126	98,5	18,1	87,7	80,6	10,8
Baden-Württemberg		4 019 205	1 021 184	25,4	1 056 264	26,1	4 054 285	100,9	24,2	79,3	79,2	24,5

¹⁾ Ohne Soldaten.

**Erwerbspersonen am Wohnort, erwerbstätige Aus- und Einpendler und Erwerbspersonen am Arbeitsort
in den Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern (ohne Stadtkreise)
alphabetisch geordnet**

Gemeinde	Am 6. Juni 1961 waren						Zunahme bzw. Abnahme (—) gegenüber 1950 in %				
	Erwerbs- personen ¹⁾ am Wohnort	Erwerbstätige Auspendler ¹⁾		Erwerbstätige Einpendler ¹⁾		Erwerbspersonen am Arbeitsort ¹⁾ (Spalte 1—2+4)		Erwerbs- personen am Wohnort	Erwerbs- tätige Auspendler	Erwerbs- tätige Einpendler	Erwerbs- personen am Ar- beitsort
		Anzahl	% der Erwerbs- personen	Anzahl	% der Erwerbs- personen am Ar- beitsort	Anzahl	% der Erwerbs- personen				
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
Aalen, Stadt*	14 954	3 380	22,6	6 501	36,0	18 075	120,9	31,2	120,9	77,4	33,6
Backnang, Stadt*	12 102	1 977	16,3	4 874	32,5	14 999	123,9	40,7	168,6	50,0	35,0
Balingen, Stadt	6 038	459	7,6	3 632	39,4	9 211	152,6	42,6	113,5	63,4	47,6
Biberach an der Riß, Stadt*	10 592	317	3,0	5 286	34,0	15 561	146,9	50,4	498,1	275,3	74,7
Bietigheim, Stadt	8 611	2 205	25,6	5 681	47,0	12 087	140,4	45,0	80,6	153,5	73,7
Böblingen, Stadt*	12 556	5 440	43,3	5 179	42,1	12 295	97,9	108,3	194,1	77,8	73,4
Bruchsal, Stadt*	10 812	1 414	13,1	9 008	48,9	18 406	170,2	61,0	275,1	111,4	73,7
Crailsheim, Stadt	6 608	323	4,9	3 189	33,7	9 474	143,4	52,6	229,6	123,6	67,4
Donauessingen, Stadt	5 233	681	13,0	1 485	24,6	6 037	115,4	37,0	360,1	52,5	30,0
Eberbach, Stadt	5 864	521	8,9	1 909	26,3	7 252	123,7	25,6	69,2	109,5	37,6
Ebingen, Stadt*	11 407	717	6,3	2 685	20,1	13 375	117,3	22,8	129,8	46,9	23,8
Ehingen (Donau), Stadt	4 849	687	14,2	1 136	21,4	5 298	109,3	44,0	167,3	63,9	39,3
Eislingen/Fils, Stadt	8 424	2 827	33,6	2 494	30,8	8 091	96,0	24,2	8,7	150,7	56,3
Ellwangen (Jagst), Stadt	5 172	667	12,9	2 912	39,3	7 417	143,4	20,8	89,5	81,2	34,0
Emmendingen, Stadt	5 736	1 227	21,4	3 088	40,6	7 597	132,4	26,0	154,0	71,2	29,4
EBlingen am Neckar, Stadt*	42 770	9 737	22,8	14 765	30,9	47 798	111,8	29,0	80,2	43,6	25,7
Ettlingen, Stadt	9 352	2 024	21,6	5 806	44,2	13 134	140,4	33,8	46,6	83,4	49,7
Fellbach, Stadt*	14 121	6 701	47,5	6 583	47,0	14 003	99,2	52,5	84,3	124,4	63,6
Freudenstadt, Stadt	6 952	269	3,9	2 775	29,3	9 458	136,0	37,6	715,2	43,4	36,0
Friedrichshafen, Stadt*	18 023	847	4,7	6 579	27,7	23 755	131,8	95,7	730,4	92,7	89,7
Gaggenau, Stadt	5 933	560	9,4	7 686	58,9	13 059	220,1	78,9	110,5	103,8	91,4
Geislingen a. d. Steige, Stadt*	12 918	1 252	9,7	5 161	30,7	16 827	130,3	30,2	60,5	84,7	41,0
Gerlingen, Stadt	7 769	5 368	69,1	587	19,6	2 988	38,5	211,0	289,3	243,3	131,6
Giengen an der Brenz, Stadt	5 879	511	8,7	4 758	47,0	10 126	172,2	85,6	68,6	167,8	118,2
Göppingen, Stadt*	25 701	3 514	13,7	12 649	36,3	34 836	135,5	22,6	71,8	45,8	26,3
Heidenheim a. d. Brenz, Stadt*	23 940	1 826	7,6	7 423	25,1	29 537	123,4	25,5	54,6	74,7	33,4
Hockenheim, Stadt	6 634	3 312	49,9	866	20,7	4 188	63,1	9,6	34,7	210,4	8,1
Kehl, Stadt	5 819	580	10,0	3 176	37,7	8 415	144,6	275,7	37,8	219,2	296,1
Kirchheim unter Teck, Stadt*	12 744	2 349	18,4	4 417	29,8	14 812	116,2	34,8	59,0	73,1	40,7
Konstanz, Stadt*	26 523	1 475	5,6	2 324	8,5	27 372	103,2	31,7	191,5	92,1	31,3
Kornwestheim, Stadt*	14 342	6 289	43,9	6 924	46,2	14 977	104,4	44,1	85,0	1,6	10,2
Lahr, Stadt*	10 734	541	5,0	7 209	41,4	17 402	162,1	20,8	883,6	61,2	30,8
Leonberg, Stadt	10 620	3 628	34,2	3 474	33,2	10 466	98,5	84,3	74,2	242,3	123,0
Lörrach, Stadt*	15 248	2 953	19,4	5 033	29,0	17 328	113,6	35,7	183,9	85,7	34,4
Ludwigshurg, Stadt*	38 199	10 506	27,5	13 886	33,4	41 579	108,8	39,8	45,5	100,2	53,8
Mergentheim, Bad, Stadt	5 791	191	3,3	3 311	37,2	8 911	153,9	20,0	165,3	96,7	38,5
Metzingen, Stadt	6 219	1 153	18,5	2 939	36,7	8 005	128,7	31,6	102,3	29,9	24,7
Mosbad, Stadt	4 959	708	14,3	3 399	44,4	7 650	154,3	29,8	85,3	95,9	47,9
Mühlacker, Stadt	6 307	1 447	22,9	2 718	35,9	7 578	120,2	49,1	146,1	56,3	40,8
Neckarsulm, Stadt	7 572	1 691	22,3	8 037	57,7	13 918	183,8	77,9	296,0	61,5	58,0
Neureut (Baden)	4 984	3 007	60,3	510	20,5	2 487	49,9	68,1	72,4	514,5	90,7
Nürtingen, Stadt*	10 530	2 033	19,3	6 205	42,2	14 702	139,6	31,2	49,2	91,2	48,4
Öhringen, Stadt	4 715	642	13,6	2 233	35,4	6 306	133,7	40,2	207,2	59,6	38,5
Offenburg, Stadt*	12 510	877	7,0	12 031	50,8	23 664	189,2	25,6	743,3	45,4	30,5
Pfullingen, Stadt	7 017	2 783	39,7	1 359	24,3	5 593	79,7	26,2	58,6	67,8	21,1
Plochingen, Stadt	6 267	2 300	36,7	2 934	42,5	6 901	110,1	71,1	108,9	46,4	51,2
Radolfzell, Stadt	6 563	861	13,1	2 443	30,0	8 145	124,1	49,3	248,6	105,6	52,6
Rastatt, Stadt*	10 970	1 658	15,1	6 442	40,9	15 754	143,6	52,2	253,5	47,1	41,7
Ravensburg, Stadt*	15 342	1 575	10,3	6 299	31,4	20 066	130,8	28,9	163,4	161,9	46,4
Reutlingen, Stadt	34 028	2 595	7,6	13 466	30,0	44 899	131,9	52,8	250,7	41,8	44,7
Rheinfelden, Stadt	6 983	1 524	21,8	1 919	26,0	7 378	105,7	63,6	216,2	78,3	51,7
Rottenburg, Stadt	5 231	1 112	21,3	1 224	22,9	5 343	102,1	30,1	78,8	67,0	29,3
Rottweil, Stadt	8 328	619	7,4	4 213	35,3	11 922	143,2	27,8	149,6	47,5	30,6
Säckingen, Stadt	5 631	1 183	21,0	1 635	26,9	6 083	108,0	43,2	440,2	51,4	26,9
St. Georgen, Stadt	5 860	303	5,2	1 843	24,9	7 400	126,3	72,6	339,1	138,7	80,5
Schorndorf, Stadt	9 606	2 523	26,3	3 799	34,9	10 882	113,3	51,4	121,3	43,2	38,5
Schramberg, Stadt	9 491	391	4,1	3 193	26,0	12 293	129,5	23,1	443,1	66,5	28,6
Schwäbisch Gmünd, Stadt*	20 204	1 233	6,1	9 530	33,4	28 501	141,1	27,5	8,8	115,5	48,9
Schwäb. ch Hall, Stadt*	10 698	468	4,4	3 869	27,4	14 099	131,8	30,2	239,1	78,6	37,6
Schwenningen am Neckar, Stadt*	17 847	531	3,0	3 987	18,7	21 303	119,4	42,9	658,6	86,0	46,3
Schwetzingen, Stadt	7 293	2 956	40,5	5 377	55,4	9 714	133,2	12,1	66,5	55,3	18,5
Sindelfingen, Stadt*	13 364	2 658	19,9	20 482	65,7	31 188	233,4	145,3	360,7	141,4	133,5
Singen (Hohentwiel), Stadt*	16 572	1 771	10,7	7 235	32,8	22 036	133,0	64,0	213,5	106,7	69,0
Taillfingen, Stadt	9 157	765	8,4	1 322	13,6	9 714	106,1	23,4	266,0	0,0	13,9
Tübingen, Stadt*	20 900	1 293	6,2	9 190	31,9	28 797	137,8	31,1	143,5	59,1	35,9
Tuttlingen, Stadt*	12 691	376	3,0	3 838	23,8	16 153	127,3	23,0	408,1	46,0	25,5
Überlingen, Stadt	5 040	317	6,3	1 742	26,9	6 465	128,3	37,7	220,2	236,3	58,5
Villingen im Schwarzwald, Stadt*	16 689	588	3,5	4 880	23,3	20 981	125,7	71,4	281,8	131,5	79,5
Waiblingen, Stadt*	12 098	5 191	42,9	5 373	43,8	12 280	101,5	63,5	126,4	79,6	51,6
Waldshut, Stadt	5 064	959	18,9	2 831	40,8	6 936	137,0	32,7	548,0	33,2	19,7
Wangen im Allgäu, Stadt	6 585	224	3,4	1 956	23,5	8 317	126,3	22,5	446,3	124,3	34,0
Wassersalfingen, Stadt	5 087	1 760	34,6	4 135	55,4	7 462	146,7	35,8	77,6	64,2	41,5
Weil am Rhein, Stadt	8 342	3 595	43,1	1 550	24,6	6 297	75,5	73,3	145,4	25,5	37,3
Weingarten, Stadt	6 557	1 720	26,2	2 507	34,1	7 344	112,0	31,1	52,6	216,9	57,4
Weinheim, Stadt*	12 863	2 809	21,8	10 668	51,5	20 722	161,1	16,6	75,9	44,5	23,2
Wendlingen am Neckar	5 311	2 303	43,4	1 771	37,1	4 779	90,0	48,7	131,0	—	9,2
Wertheim, Stadt	5 311	268	5,0	2 763	35,4	7 806	147,0	27,6	119,7	225,8	59,7
Wiesloch, Stadt	5 529	1 685	30,5	5 290	57,9	9 134	165,2	25,4	97,3	135,6	57,5
Winnenden, Stadt	5 548	2 217	40,0	1 682	33,6	5 013	90,4	57,8	112,0	90,1	49,4

¹⁾ ohne Soldaten. — * = Große Kreisstadt.

Erwerbstätige Einpendler, die im eigenen Haus oder einer Eigentumswohnung wohnen am 6. Juni 1961

Land Regierungsbezirk Stadt	Erwerbstätige Einpender	darunter wohnen in eigenem Haus oder Eigentumswohnung ¹⁾	
		Anzahl	%
Baden-Württemberg insgesamt	1 056 264	480 229	45,5
männlich	756 465	349 695	46,2
weiblich	299 799	130 534	43,5
Regierungsbezirke			
Nordwürttemberg	462 713	197 889	42,8
Nordbaden	253 415	111 095	43,8
Südbaden	189 525	89 643	47,3
Südwestfalen-Hohenz.	150 611	81 602	54,2
Ausgewählte Städte			
Stuttgart	110 396	37 264	33,8
Mannheim	62 995	22 658	36,0
Karlsruhe	43 265	21 147	48,9
Ulm	27 784	12 647	45,5
Pforzheim	23 862	11 184	46,9
Heilbronn	22 894	11 111	48,5
Heidelberg	22 319	8 219	36,8
Sindelfingen	20 482	10 211	49,9
Freiburg im Breisgau	19 419	8 650	44,5
Eßlingen am Neckar	14 765	5 834	39,5
Ludwigsburg	13 886	5 068	36,5
Reutlingen	13 466	6 633	49,3
Göppingen	12 649	5 534	43,8
Offenburg	12 031	6 897	57,3
Weinheim	10 668	5 089	47,7

¹⁾ Auch als Haushaltsangehörige.

in Südwürttemberg-Hohenzollern, wo das Wohnen im Eigentum sowieso stärker vertreten ist, beläuft sich die Quote auf über 50 %. Die entsprechenden Zahlen für die wichtigsten Einpendlergemeinden sind in der obigen Übersicht zusammengestellt. Hier weisen die Einpendler nach Stuttgart mit 34 % den geringsten Anteil an Bewohnern eigener Häuser oder Eigentumswohnungen auf. Dies liegt darin begründet, daß sie zum großen Teil aus den um Stuttgart liegenden Städten einpendeln, wo das Wohnen im Eigentum auf Grund des städtischen Siedlungscharakters nicht so sehr verbreitet ist. Anders dagegen verhält es sich bei Offenburg, dessen Einpendler mehr aus ländlichen Gemeinden stammen. Von ihnen wohnen 57 % im eigenen Haus oder in Eigentumswohnungen.

Sofern die Zahl der Einpendler in Überlegungen einbezogen wird, die sich mit Wohnungsbedarfsfragen befassen, wird auch zu berücksichtigen sein, daß eine Verbesserung von Verkehrsverbindungen zwischen Wohn- und Arbeitsort den von den Pendlern am Arbeitsort angemeldeten Wohnungsbedarf verringern wird. Es bleiben dann im wesentlichen nur noch solche Pendler in die Planung einzubeziehen, deren Zeitaufwand für den täglichen Arbeitsweg in keinem gesunden Verhältnis zur verbleibenden Freizeit mehr steht.

Zu den Einpendlern zählen auch die aus anderen Ländern des Bundesgebietes einpendelnden Personen. Es sind dies insgesamt 65 569 Erwerbstätige. Von diesen kommen 24 076 aus Hessen, 19 738 aus Bayern und 21 748 aus Rheinland-Pfalz. Einpendler aus dem Ausland wurden nicht ermittelt, da zur Erfassung der Einpendler nur die Angaben aus den im Bundesgebiet bearbeiteten Haushaltslisten zur Verfügung standen.

Auswirkung der Pendelwanderung

Durch die Pendelwanderung und die damit verbundene Konzentration von rund 1 000 000 Menschen an verhältnismäßig wenigen Orten wird in halbtägigem Rhythmus ein großer Teil der Gemeinden des Landes von Menschen – insbesondere Arbeitskräften – „entvölkert“, die sich an den Zielorten „zusammenballen“. Hierdurch ändert sich in besonderem Maße das wirtschaftliche Strukturbild, das der Statistiker im allgemeinen nur an Hand der Struktur der Wohnbevölkerung vermittelt, derjenigen Bevölkerung also, die nach Feierabend und während der Nacht in den Wohngemeinden anzutreffen ist. Am Tage dagegen ergibt sich aus der Zahl der bei der Arbeit versammelten Erwerbspersonen eine völlig andere Wirtschaftsstruktur. Werden nämlich von der Zahl der am Ort wohnenden Erwerbspersonen die Auspendler abgesetzt und die Einpendler hinzugezählt, so erhält man die Zahl der Erwerbspersonen am Arbeitsort. Diese Saldierung läßt sich auch für die einzelnen Wirtschaftsabteilungen vornehmen. Die sich aus dieser Saldierung ergebenden Strukturänderungen können hier aus Platzmangel nicht für alle Stadt- und Landkreise erörtert oder dargestellt werden. Aus der Gesamtübersicht für die Stadt- und Landkreise sowie für die Städte mit 10 000 und mehr Einwohnern ergeben sich jedoch zunächst Zahlen für Erwerbspersonen am Arbeitsort und ihr Verhältnis zu der Zahl der dort wohnenden Erwerbspersonen. Daraus lassen sich diejenigen Gebiete ermitteln, in denen durch die Pendelwanderung die Zahl der dort arbeitenden Erwerbspersonen höher oder niedriger ist als die Zahl der dort wohnenden Erwerbspersonen.

Zunächst ergibt sich für das Land Baden-Württemberg ein Pendlersaldo von + 0,9 %, gemessen an den hier wohnenden Erwerbspersonen. In Nordwürttemberg, das besonders im Raum Ulm Einpendler aus Bayern und im Raum Stuttgart solche aus Südwürttemberg aufnimmt, beträgt er + 1,8 %. In Nordbaden, wo im Raum Mannheim-Heidelberg zusätzlich Einpendler aus Hessen und Rheinland-Pfalz arbeiten und wo in den Raum Karlsruhe ebenfalls Pendler aus Rheinland-Pfalz und aus Südbaden einströmen, beläuft sich der Einpendlerüberschuß auf 4,8 %. Südbaden gibt 2,8 % seiner im Regierungsbezirk wohnenden Erwerbspersonen ab in die Schweiz,

Erwerbspersonen am Arbeitsort in % der Erwerbspersonen am Wohnort am 6. Juni 1961

Wirtschaftsabteilung	Baden-Württemberg			Regierungsbezirke			
	Insgesamt	männlich	weiblich	Nordwürttemberg	Nordbaden	Südbaden	Südwestfalen-Hohenzollern
0 Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung, Fischerei	100,0	100,0	100,0	100,0	100,1	100,0	100,0
1 Energiewirtschaft u. Wasserversorgung, Bergbau	100,8	100,8	100,8	102,1	101,7	98,2	99,4
2 Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	101,2	101,5	100,7	102,6	106,7	95,5	97,5
3 Baugewerbe	101,7	101,8	100,7	104,1	108,0	94,8	98,0
4 Handel	101,2	101,0	101,3	101,2	104,9	98,1	98,4
5 Verkehr u. Nachrichtenübermittlung	100,7	100,7	100,7	101,9	105,8	93,7	98,3
6 Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	101,3	101,4	101,3	101,1	105,7	97,5	97,4
7 Dienstleistungen, soweit nicht an anderer Stelle genannt	100,2	100,1	100,3	100,5	101,5	98,9	99,6
8 Organisation ohne Erwerbscharakter und Private Haushalte	99,9	100,1	99,8	100,3	101,0	98,4	99,7
9 Gebietskörperschaften und Sozialversicherung	100,8	100,7	101,0	100,7	103,3	99,0	99,0
- ohne Angabe	98,7	98,4	99,1	100,4	99,2	93,4	100,0
Insgesamt	100,9	101,1	100,5	101,8	104,8	97,2	98,5

Verteilung der Erwerbspersonen am Wohnort und der Erwerbspersonen am Arbeitsort auf die Wirtschaftsabteilungen in ausgewählten Verwaltungsbereichen am 6. Juni 1961
in %

Wirtschaftsabteilung	Erwerbspersonen am									
	Wohnort	Arbeitsort	Wohnort	Arbeitsort	Wohnort	Arbeitsort	Wohnort	Arbeitsort	Wohnort	Arbeitsort
	Baden-Württemberg		Regierungsbezirk							
			Nordwürttemberg		Nordbaden		Südbaden		SüdWürtt.-Hohenz.	
0 Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung, Fischerei	15,8	15,7	12,9	12,6	11,7	11,2	21,1	21,7	21,2	21,5
1 Energiewirtschaft u. Wasserversorgung, Bergbau	0,8	0,8	0,8	0,8	0,9	0,9	0,8	0,8	0,6	0,6
2 Verarbeit. Gewerbe (ohne Baugewerbe)	43,9	44,1	47,3	47,7	42,5	43,2	37,7	37,0	45,2	44,8
3 Baugewerbe	7,3	7,4	7,1	7,3	7,2	7,4	7,9	7,7	7,3	7,2
4 Handel	9,3	9,3	9,5	9,5	11,3	11,3	8,5	8,6	7,3	7,3
5 Verkehr u. Nachrichtenübermittlung ..	4,3	4,3	4,2	4,2	5,5	5,5	4,5	4,3	2,9	2,9
6 Kreditinstitute und Versich.-Gewerbe	1,6	1,6	2,0	2,0	1,9	1,9	1,1	1,1	0,9	0,9
7 Dienstleistungen, soweit nicht an and. Stelle genannt ..	10,1	10,0	9,5	9,4	11,0	10,6	11,2	11,4	9,0	9,1
8 Organisationen ohne Erwerbscharakter u. Priv. Haushalte	1,7	1,7	1,7	1,7	1,5	1,5	2,0	2,0	1,8	1,8
9 Gebietskörperschaft. u. Sozialversich. ..	4,7	4,7	4,4	4,4	6,0	5,9	4,8	4,9	3,6	3,6
- ohne Angabe	0,4	0,4	0,5	0,5	0,5	0,5	0,4	0,4	0,3	0,3
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Ein-(+) bzw. Auspendlerüberschuß (-) in % der Erw.-Pers. a. Wohnort	+ 0,9		+ 1,8		+ 4,8		- 2,8		- 1,5	
	Stadtkreis									
	Stuttgart		Ulm		Pforzheim		Landkreis		Leonberg	
0 Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung, Fischerei	1,5	1,2	1,6	1,1	13,9	21,6	10,6	15,8	21,5	21,5
1 Energiewirtschaft u. Wasserversorgung, Bergbau	1,0	0,9	0,9	0,8	0,5	0,4	0,3	0,1	0,8	0,8
2 Verarbeit. Gewerbe (ohne Baugewerbe)	39,7	42,9	44,3	50,2	61,1	56,3	53,2	46,7	46,6	47,1
3 Baugewerbe	7,0	7,0	5,5	7,4	6,2	6,2	7,2	9,3	7,3	7,2
4 Handel	14,9	14,1	15,7	14,4	7,1	5,2	8,1	7,1	7,1	6,9
5 Verkehr u. Nachrichtenübermittlung ..	6,7	6,9	8,1	7,5	2,9	1,7	3,7	2,8	3,1	3,1
6 Kreditinstitute und Versich.-Gewerbe	4,2	4,3	1,6	1,5	0,7	0,4	2,7	2,7	0,8	0,8
7 Dienstleistungen, soweit nicht an and. Stelle genannt ..	15,1	13,4	13,2	10,0	4,3	5,1	8,9	10,1	7,3	7,3
8 Organisationen ohne Erwerbscharakter u. Priv. Haushalte	2,7	2,3	2,2	1,6	0,8	0,9	1,4	1,7	1,5	1,5
9 Gebietskörperschaft. u. Sozialversich. ..	6,3	6,3	6,5	5,1	2,2	1,7	3,7	3,4	3,8	3,5
- ohne Angabe	0,9	0,7	0,6	0,5	0,4	0,5	0,3	0,4	0,3	0,3
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Ein-(+) bzw. Auspendlerüberschuß (-) in % der Erw.-Pers. a. Wohnort	+ 27,8		+ 54,9		- 36,1		- 33,4		+ 0,0	
	Gemeinde									
	Sindelfingen		Gaggenau		Offenburg		Gerlingen		Wendlingen a. N.	
0 Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung, Fischerei	1,6	0,8	3,7	1,8	1,0	0,8	3,6	8,6	5,3	6,0
1 Energiewirtschaft u. Wasserversorgung, Bergbau	0,2	0,1	0,7	0,4	0,6	0,6	0,4	—	1,0	0,9
2 Verarbeit. Gewerbe (ohne Baugewerbe)	63,2	83,8	63,9	78,7	33,9	37,7	53,3	34,2	65,0	68,3
3 Baugewerbe	10,5	6,5	6,8	6,5	6,2	7,6	8,2	18,4	7,5	8,0
4 Handel	7,2	2,6	9,1	4,6	15,8	13,4	9,6	9,2	7,2	5,9
5 Verkehr u. Nachrichtenübermittlung ..	1,8	0,6	2,4	1,4	9,6	16,7	3,5	1,5	3,4	2,0
6 Kreditinstitute und Versich.-Gewerbe	1,3	0,3	0,8	0,3	2,0	1,4	2,4	0,8	1,1	0,6
7 Dienstleistungen, soweit nicht an and. Stelle genannt ..	8,4	3,6	8,3	4,0	16,7	10,9	12,3	20,1	5,9	5,6
8 Organisationen ohne Erwerbscharakter u. Priv. Haushalte	1,0	0,4	1,3	0,7	2,8	2,1	1,8	3,4	1,1	1,1
9 Gebietskörperschaft. u. Sozialversich. ..	4,4	1,2	2,7	1,3	10,8	8,4	4,5	2,8	2,0	1,3
- ohne Angabe	0,4	0,2	0,3	0,2	0,5	0,3	0,5	0,9	0,3	0,4
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Ein-(+) bzw. Auspendlerüberschuß (-) in % der Erw.-Pers. a. Wohnort	+ 133,4		+ 120,1		+ 89,2		- 61,5		- 10,0	

nach Frankreich und Nordbaden. In Südwürttemberg-Hohenzollern sind tagsüber 1,5 % weniger Erwerbspersonen anzutreffen als nach Feierabend. Sie arbeiten besonders im Gebiet um Stuttgart und in Ulm.

Durch diese Verschiebungen erhöht sich im Land in allen Wirtschaftsabteilungen mit Ausnahme von Organisationen ohne Erwerbscharakter und Private Haushalte die Zahl der Erwerbspersonen. Den größten Zuwachs erzielt das Baugewerbe mit 1,7 %. In Nordwürttemberg und Nordbaden wirkt sich die Zunahme der Erwerbspersonen in einer Verstärkung der Erwerbstätigkeit in allen Wirtschaftsabteilungen aus. Die Zunahme ist am stärksten mit 4,1 % bzw. 8,0 % wiederum im Baugewerbe. Des weiteren ist hier das Verarbeitende Gewerbe mit einem Zuwachs von 2,6 % bzw. 6,7 % der Beschäftigten sehr stark von der Umschichtung durch die Pendelwanderung betroffen. In Südbaden und Südwürttemberg-Hohenzollern schwächt sich durch die Abwanderung von Erwerbspersonen die Erwerbstätigkeit in allen Wirtschaftsabteilungen ab. In Südbaden ist die Abnahme am stärksten mit 6,3 % in der Abteilung Verkehr und Nachrichtenübermittlung, in Südwürttemberg-Hohenzollern mit 2,6 % bei Kreditinstituten und Versicherungsgewerbe.

Unter den Kreisen weisen besonders die Stadtkreise starke Einpendlerüberschüsse auf. Diese sind mit 55 % in Ulm am stärksten. Es folgen Pforzheim (49 %), Heilbronn (45 %), Mannheim (36 %), Karlsruhe (35 %), Freiburg (29 %), Stuttgart (28 %), Heidelberg (27 %) und Baden-Baden (21 %).

Landkreise mit Einpendlerüberschüssen wurden lediglich 15 ermittelt. Der stärkste Überschuss bezieht sich im Landkreis Offenburg auf 6 % der dort wohnenden Erwerbspersonen, der kleinste auf 0 % (26 Personen) im Landkreis Aalen. In den übrigen 48 Landkreisen ist die Erwerbspersonenzahl während der Arbeitszeit kleiner als nach Feierabend. Die Kreise, die per saldo die meisten Erwerbspersonen an benachbarte Kreise abgeben, liegen in der Regel in der Nähe von Stadtkreisen; in ihnen ist die Zahl der im Kreis arbeitenden Personen kleiner als die der dort wohnenden. Es sind dies die Landkreise Pforzheim (-36 %), Leonberg (-33 %), Ulm (-31 %), Karlsruhe (-29 %), Freiburg (-27 %), Heidelberg (-24 %) und Mannheim (-21 %).

Bezüglich des Pendlersaldos wurden außer den Stadt- und Landkreisen auch alle Städte mit mehr als 10 000 Einwohnern untersucht. Unter diesen weist Sindelfingen, gemessen an den dort wohnenden Erwerbspersonen, mit 133 % den größten Einpendlerüberschuß auf, mit 120 % steht Gaggenau an zweiter und Offenburg mit 89 % an dritter Stelle. Der oben schon aufgeführte Stadtkreis Ulm folgt unter den Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern erst an 11. Stelle hinter Neckarsulm (+84 %), Giengen an der Brenz (+72 %), Bruchsal (+70 %), Wiesloch (+65 %), Lahr (+62 %), Weinheim (+61 %) und Bretten (+58 %). Andererseits haben auch einige Städte mit 10 000 und mehr Einwohnern – besonders wenn sie im Einzugsgebiet eines größeren Einpendlerzentrums liegen – infolge der Pendelwanderung Einbußen an Erwerbspersonen zu verzeichnen. Es sind dies im Wirtschaftsraum Stuttgart-Göppingen die Städte Gerlingen (-62 %), Böblingen (-2 %), Wernau (-11 %), Eisligen/Fils (-4 %), Leonberg (-2 %), Wendlingen a. N. (-10 %), Fellbach (-1 %), und Winnenden (-10 %). Im Raum Karlsruhe gibt die Stadt Neureut tagsüber per saldo 50 % der dort wohnenden Erwerbspersonen ab. Im Raum Mannheim zählt die Stadt Hockenheim am Tag 37 % weniger Erwerbspersonen als nach Feierabend. In Südbaden arbeiten in der im Einzugsgebiet von Basel liegenden Stadt Weil a. Rh. tagsüber um 25 % weniger Erwerbspersonen als dort ihren Wohnsitz haben. In Südwürttemberg-Hohenzollern ist das gleiche bei der im Raum Reutlingen liegenden Stadt Pfullingen der Fall (-20 %).

In welcher Weise sich die Erwerbsstruktur in einem regionalen Bereich zwischen Ruhe und Arbeit ändert, mögen die vorstehenden Übersichten für das Land, die Regierungsbezirke sowie für einige ausgewählte Stadtkreise, Landkreise und Ge-

meinden dartun. Daraus ist ersichtlich, daß schon bei einer geringfügigen Änderung der Gesamtzahl der Erwerbspersonen, wie sie beim Land Baden-Württemberg gegeben sind, Verschiebungen zwischen der Erwerbsstruktur der Erwerbspersonen am Wohnort und der Erwerbspersonen am Arbeitsort eintreten können. Auch der Landkreis Aalen ist ein Beispiel hierfür. Dort ändert sich durch die Pendelwanderung an der Gesamtzahl der Erwerbspersonen überhaupt nichts und doch ist der Wirtschaftsbereich Verarbeitendes Gewerbe unter den im Kreis arbeitenden Erwerbspersonen stärker vertreten als unter den im Kreis wohnenden. Im allgemeinen sind in einem Verwaltungsbereich die Strukturunterschiede zwischen den Erwerbspersonen zur Ruhezeit und den Erwerbspersonen zur Arbeitszeit um so größer, je größer dort der Ein- und Auspendlerüberschuß ist. Dies muß jedoch nicht sein und hängt im wesentlichen von der Größe und der wirtschaftlichen Zuordnung der in einem Gebiet liegenden Arbeitsstätten ab; stellen doch die Erwerbspersonen am Arbeitsort nichts anderes dar als die Summe der Betriebsinhaber und Beschäftigten, die tagsüber in allen Arbeitsstätten und privaten Haushalten des beobachteten Gebietes tätig sind. Weiter bietet die Übersicht ein Beispiel dafür, daß die Beobachtung von Auswirkungen der Pendelwanderung bei der kleinsten regionalen Einheit – der Gemeinde – beginnen muß, da jede Zusammenfassung regionaler Ergebnisse das örtliche Bild mehr und mehr verdeckt. Diese örtlichen Strukturunterschiede, die bei Beobachtung der Erwerbspersonen am Wohnort nicht die extremen Werte aufzeigen mögen, treten bei der Beobachtung der Erwerbspersonen am Arbeitsort infolge der Konzentration bestimmter Wirtschaftsabteilungen in einzelnen Gemeinden wesentlich stärker in Erscheinung.

Über die Änderung der Erwerbsstruktur hinaus wirkt sich ein Einpendlerüberschuß im allgemeinen positiv für den Gemeindeetat aus. Betrug doch im Landesdurchschnitt das Aufkommen an Gewerbesteuer je abhängige Erwerbsperson (Arbeitnehmer) im Jahr 1961 396 DM. Der an die Wohngemeinde zu zahlende Gewerbesteuer-Ausgleichsbetrag belief sich jedoch auf höchstens 100 DM je einpendelnden Arbeitnehmer in gewerbesteuerpflichtigen Betrieben. Außer diesem meßbar positiven Betrag erhöht sich in den Einpendlergemeinden das Gewerbesteueraufkommen zusätzlich dadurch, daß ein Teil des erarbeiteten Einkommens in der Arbeitsgemeinde wieder umgesetzt wird. Andererseits erwachsen den Einpendlergemeinden aus ihrer zentralen Lage zusätzliche Lasten, wie z. B. die Lösung zusätzlicher Verkehrsprobleme, Erschließung von Industriegebieten, Bereitstellung von Schulräumen für zentrale Schulen und Unterhaltung kultureller Einrichtungen.

Die Pendlerströme⁵

Die Pendelwanderung ist eine täglich zweimal vorgenommene Ortsveränderung von Personen, die sich zum Zwecke des Erwerbs oder der Ausbildung in eine andere Gemeinde und wieder zurück an ihren Wohnsitz begeben. Da diese Ortsveränderung jeweils vor und nach einer neun- bis zehnstündigen Anwesenheit am Arbeitsort vorgenommen werden muß, ist ihr zeitlich eine gewisse Grenze gesetzt. 1½ bis 2 Stunden für einen Weg müssen im allgemeinen wohl als Höchstmaß angesehen werden⁶; dies um so eher, als auch für den Arbeitsweg innerhalb großer Städte häufig 1 Stunde und darüber benötigt wird. Innerhalb dieser Zeit lassen sich mit modernen Verkehrsmitteln bei günstigen Verkehrsverbindungen und gut ausgebauten Verkehrswegen beachtliche Entfernungen zurücklegen. Tägliche Arbeitswege z. B. von Karlsruhe nach Stuttgart, von Heilbronn nach Stuttgart, von Ulm nach Stuttgart und zurück sind demzufolge – wenn auch nicht die Norm – keine Seltenheit mehr.

Die Pendler, deren Zahl sich – wie eingangs schon erwähnt – seit 60 Jahren fast verzehnfacht hat, waren bis zum ersten Weltkrieg auf die Eisenbahn oder auf ihre eigene Leistung als

⁵ Vgl. hierzu die Heft 11 beigelegte Pendlerkarte

⁶ Nähere Angaben über den Zeitaufwand für den Arbeitsweg – auch bei der Pendelwanderung – werden sich aus der 10 %-Auswertung der Volks- und Berufszählung 1961 ergeben.

Fußgänger oder auch als Radfahrer angewiesen. Zwischen dem ersten und zweiten Weltkrieg setzten sich als weitere Verkehrsmittel Omnibus und Motorrad durch, wozu sich nach dem zweiten Weltkrieg der Personenkraftwagen gesellte. Diese ursprüngliche Bindung an die Massenverkehrsmittel und auch deren Entwicklung hat den Pendlerströmen ihr Gepräge gegeben und die Richtung gewiesen. So wurden im 19. Jahrhundert die Eisenbahnen als schnelle Verbindungswege zwischen wirtschaftlich und verwaltungsmäßig bedeutenden Städten und zur Erschließung ihres Hinterlandes gebaut. Die Linienführung hielt sich dabei – soweit dies auf Grund der topographischen Gegebenheiten möglich war – an diejenige der seit Jahrhunderten benutzten Straßen. Diese wiederum folgten im allgemeinen dem Lauf von Tälern, in denen sich schon immer die wichtigsten menschlichen Ansiedlungen befanden. Infolge der verkehrsmäßig besseren Erschließung entwickelten sich die an der Eisenbahn liegenden Städte und Gemeinden bevölkerungsmäßig und wirtschaftlich wesentlich schneller als die seitab liegenden Gemeinwesen. Die an den Bahnlinien liegenden Arbeits- wie auch Wohnorte blühten auf. Die wechselseitigen Beziehungen zwischen beiden führten zu einem gegenseitigen Arbeitskräfteaustausch, der über die Bahnverbindung abgewickelt werden konnte. Infolge dieser Entwicklung bewegen sich heute noch die wichtigsten Pendlerströme zwischen den Siedlungen entlang den Bahnlinien, die zumeist in den Tälern des Landes verlaufen. Wenn auch ein Teil der Pendler heute den Personenkraftwagen als Verkehrsmittel benützt, so fährt auch er recht oft auf Straßen, die neben der Bahn durch die gleichen Täler führen.

Die diesem Heft beigelegte Pendlerkarte läßt diese Pendlerwege klar erkennen. Ein langer, je nach der Nähe von Städten verschieden stark „befahrener“ Pendlerweg ist die Rheintallinie von Basel bis Mannheim bzw. Heidelberg, ein weiterer die im „Pendlergürtel“ gelegene Linie von Ulm über das Fils- und Neckartal nach Stuttgart und von da weiter nach Karlsruhe/Bruchsal. Ebenfalls vom Osten ins Zentrum des Landes verläuft die Remstallinie, die – bei Schwäbisch Gmünd beginnend – über Schorndorf in den Stuttgarter Raum führt. Von Stuttgart zunächst nach Norden über Heilbronn und von da nach Heidelberg führt die Neckarlinie. Eigene Pendlerwege sind die Stich- und Seitentäler des Schwarzwaldes und der Alb sowie die Verkehrslinien am Hochrhein. Im Osten des Landes verläuft ein Pendlerweg entlang dem Taubertal, zieht hinüber nach Crailsheim und weiter nach Aalen und von dort über Heidenheim durch das Tal der Brenz in Richtung Ulm. Weitere Linien entlang den vorhandenen Verkehrseinrichtungen lassen sich überall aufzeigen (Zabertal, Donautal u. ä.).

Entlang diesen Linien bewegen sich die Pendlerströme in beiden Richtungen je nach dem, wo sich gerade der nächste größere „zentrale Ort“ befindet. Bei größeren Einpendlerzentren ist deutlich zu sehen, daß auch Gemeinden, die nicht an den historischen Verbindungswegen liegen, Auspendler in das Pendlerzentrum entsenden (Beispiele: Freiburg i. Br., Schwäbisch Gmünd). Hier haben Omnibus und Personenkraftwagen den Transport dieser Pendler weitgehend übernommen.

Eine bemerkenswerte Erscheinung an den Pendlerlinien, deren Wohn- und Arbeitsorte starke wechselseitige Beziehungen aufweisen, jedoch von einem stärkeren Pendlerzentrum überlagert werden (Beispiel: Fils- und Neckartal mit Stuttgart), ist die einem Wasserschwall vergleichbare Pendlerbewegung. Beginnend am Anfang der Pendlerlinie geht ein Strom in das übergeordnete Pendlerzentrum, ein weiterer in die am Pendlerweg liegende Nachbargemeinde. Von dort gehen wieder die gleichen Pendlerströme aus, die sich bis zum übergeordneten Zentrum hin von Stadt zu Stadt verstärken.

Von allen typischen, größeren Einpendlergemeinden ist die Stadt Sindelfingen die einzige, die nicht an einer historisch gewachsenen Pendlerlinie liegt. Ihre Einpendler kommen zum kleineren Teil aus Gemeinden entlang der Bahnlinie Horb-Böblingen. Ihr Haupteinzugsgebiet erstreckt sich vielmehr westlich dieser Bahnlinie über das Nagoldtal hinweg bis in die

Gemeinden des nördlichen Schwarzwaldes. Ein solches Einzugsgebiet konnte nur mittels Omnibus und Personenkraftwagen erschlossen werden.

Die Verkehrsmittel

Um an ihre Arbeitsorte zu gelangen, benutzten nach den Angaben in der Volkszählung 1961 von den erwerbstätigen Auspendlern 25 % die Eisenbahn, 23 % den Omnibus, 21 % den Personenkraftwagen, 12 % Krafttrad oder Motorroller, 10 % das Fahrrad und 4 % die Straßenbahn. Die Schüler unter den Auspendlern sind verständlicherweise mehr auf die öffentlichen Verkehrsmittel angewiesen. 41 % von ihnen fahren mit der Eisenbahn, 24 % mit dem Omnibus, 15 % mit dem Fahrrad und 6 % mit der Straßenbahn.

Von den Auspendlern benutzte Verkehrsmittel im Juni 1961

Verkehrsmittel	Erwerbstätige			Schüler und Studierende
	Insgesamt	männlich	weiblich	
Auspendler insgesamt ..	1 021 184	729 761	291 423	88 916
von diesen fahren mit in % ..				
Eisenbahn	25,4	23,6	29,8	41,3
Straßenbahn	4,3	3,7	5,9	5,8
Kraftomnibus, O-Bus ..	23,3	18,4	35,1	24,4
Personen- u. Kombinationskraftwagen	21,1	25,6	10,3	3,1
Motorrad, Motorroller, Moped	12,2	16,6	1,9	1,5
Fahrrad	10,3	9,5	12,2	14,7

Bei der Benutzung der Verkehrsmittel durch Erwerbspersonen sind typische Unterschiede nach dem Geschlecht der Pendler erkennbar. So ist die Benutzung der zum größten Teil wohl selbst gesteuerten Kraftfahrzeuge ausgesprochen eine Angelegenheit der Männer, die in 26 % aller Fälle mit einem Personenkraftwagen und in 17 % mit einem Motorrad fahren. Die Frauen hingegen benutzten diese Verkehrsmittel nur zu 10 % bzw. 2 %. Dafür fahren 30 % von ihnen mit der Eisenbahn und 35 % mit dem Omnibus, mit Verkehrsmitteln also, die von männlichen Pendlern nur zu 24 % bzw. 18 % in Anspruch genommen werden.

Entsprechend dem Angebot an Verkehrsmitteln in den einzelnen Landesteilen wechseln diese Anteile von Kreis zu Kreis und von Stadt zu Stadt. Dort, wo die Pendlergebiete nicht so sehr durch die Eisenbahn erschlossen sind, führt der Omnibus als kleineres Massenverkehrsmittel die Pendler auf der Straße zum Arbeitsort. Im Einzugsbereich großer Städte, wo die Straßenbahn als Nahverkehrsmittel über die Gemeindegrenzen hinaus ausgebaut wurde, wird sie als bedeutendes Transportmittel benutzt. So fahren z. B. von den 6118 Berufspendlern aus Fellbach und den 4922 aus Gerlingen, die täglich nach Stuttgart fahren, 63 % bzw. 71 % mit der Straßenbahn. Die 7660 erwerbstätigen Pendler dagegen, die täglich zwischen Eßlingen und Stuttgart unterwegs sind, werden zu 61 % von der Eisenbahn befördert. In die Stadt Sindelfingen jedoch, in welche – wie oben schon dargestellt – die Pendler aus ver-

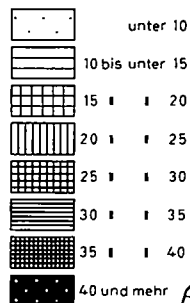
Personen- und Kombinationskraftwagen in den Stadtkreisen 1961

Stadtkreis	Bestand ¹⁾	Zugang durch erwerbstätige Einpendler ²⁾	Zugang in % des Bestandes
Stuttgart	90 459	18 640	20,6
Heilbronn	11 308	3 748	33,1
Ulm	10 359	3 704	35,8
Karlsruhe	29 869	7 123	23,8
Heidelberg	14 932	2 163	14,5
Mannheim	38 826	10 140	26,1
Pforzheim	9 461	3 057	32,3
Freiburg im Breisgau	18 094	4 087	22,6
Baden-Baden	5 251	905	17,2

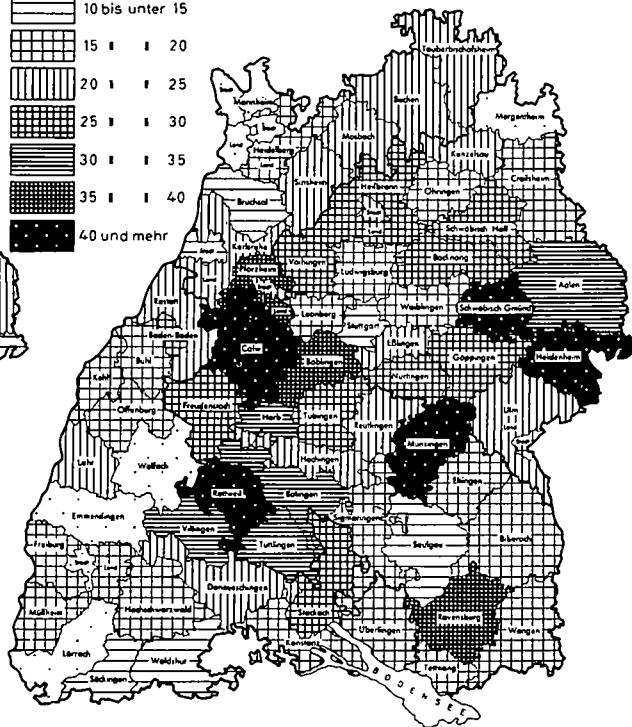
¹⁾ 1. 7. 1961. — ²⁾ Saldo der mit Pkw fahrenden Ein- und Auspendler geteilt durch 1,2.

Von 100 erwerbstätigen Auspendlern am 6. Juni 1961 benutzten

die Eisenbahn



den Omnibus



109 64

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

kehrsfernen Orten kommen, fahren die dort einpendelnden 20 470 Erwerbspersonen überwiegend mit Straßenfahrzeugen. So benutzen 41 % von ihnen den Omnibus, 22 % einen Personenkraftwagen und lediglich 18 % die Eisenbahn.

Ungeachtet aller regionalen Unterschiede steht zu erwarten, daß der Personenkraftwagen als Transportmittel für Pendler weiter an Bedeutung gewinnen wird, besonders deswegen, weil er als individuelles Verkehrsmittel auch verkehrsferne Einzugsgebiete zu erschließen vermag. Welche zusätzlichen Verkehrsbelastungen sich dadurch für den innerstädtischen Verkehr der Pendlerzentren ergeben, soll kurz an Hand der Veränderung des Personenkraftwagenbestandes durch die Einpendler in die Stadtkreise dargestellt werden. Für die Ermittlung der umseitig aufgeführten Quoten wurde unterstellt, daß jedes fünfte Fahrzeug mit zwei Pendlern besetzt ist. Danach fahren und parken in der Stadt Ulm am Tag um 36 % mehr Personenkraftwagen als bei der Nacht. In Heilbronn beträgt der Unterschied 33 %, in Pforzheim 32 %. In Mannheim sind während der Arbeitszeit um 26 % mehr Personenkraftwagen konzentriert als nach Feierabend, in Karlsruhe 24 %, in Freiburg i. Br. 23 % und in Stuttgart 21 %. Den geringsten Einpendlerüberschuß an Personenkraftwagen unter den Stadtkreisen weist Baden-Baden mit 17 % auf.

Die Pendelwanderung in anderen Bundesländern

Der Anteil der erwerbstätigen Auspendler an den Erwerbspersonen beträgt in Baden-Württemberg 25 %, der entsprechende Anteil an der Wohnbevölkerung 13 %. Im gesamten Bundesgebiet⁷ sind 24 % der Erwerbspersonen und 11 % der Wohnbevölkerung Pendler. Der Anteil an den Erwerbspersonen liegt im Saarland (46 %), in Hessen (30 %), in Rheinland-Pfalz (31 %) und in Niedersachsen (26 %) höher als die für Baden-Württemberg ermittelte Quote. Bezogen auf die

Erwerbstätige Auspendler und Pendlerquoten 1950 und 1961 in den Ländern des Bundesgebietes

Land	Erwerbstätige Auspendler in 1000		% der Erwerbspersonen		% der Wohnbevölkerung		Zunahme der Pendler 1961 gegen 1950 in %
	6. 6. 1961	13. 9. 1950	6. 6. 1961	13. 9. 1950	6. 6. 1961	13. 9. 1950	
Schleswig-Holstein	234	139	24	13	10	5	69
Hamburg	8	5	1	1	0	0	68
Niedersachsen	774	442	26	15	12	7	75
Bremen	10	1	3	1	1	0	607
Nordrhein-Westfalen	1 659	881	23	15	10	7	88
Hessen	701	429	30	21	15	10	63
Rheinland-Pfalz	497	266	31	18	15	9	87
Baden-Württemberg	1 021	571	25	18	13	9	79
Bayern	1 028	454	22	10	11	5	126
Bundesgebiet ¹⁾	5 931	3 188	24	15	11	7	80
Saarland	201	.	46	.	19	.	.
Bundesgebiet ²⁾	6 133	.	24	.	11	.	.

¹⁾ Ohne Saarland. — ²⁾ Ohne Berlin.

Wohnbevölkerung liegen die Anteile der Pendler im Saarland (19 %), in Hessen und in Rheinland-Pfalz (je 15 %) über dem für das Land Baden-Württemberg ermittelten Wert.

Gegenüber 1950 hat die Zahl der erwerbstätigen Pendler in den Ländern um mindestens zwei Drittel zugenommen. In Bremen hat sich der Umfang der Pendelwanderung versiebenfacht, in Bayern mehr als verdoppelt. Die Tendenz zur Verstärkung der Pendelwanderung – zum Arbeiten außerhalb der Wohngemeinde – ist somit in allen Ländern festzustellen. Die Größe der Veränderungen hängt wesentlich von der Veränderung der Erwerbsstruktur sowie von der Lage und Entwicklung der Einpendlerzentren ab.

Dipl.-Ing. Hans Kaeser

⁷ Ohne Berlin.

Personen mit abgeschlossener Ausbildung an einer Berufsfach-/Fachschule oder Hochschule am 6. Juni 1961 in Baden-Württemberg

Ergebnisse der Volks- und Berufszählung

In der Öffentlichkeit wird seit längerem die Frage diskutiert, ob das Bildungsniveau in Deutschland ausreiche bzw. ob der Bestand an Personen mit qualifizierter Ausbildung in bestimmten, vorwiegend naturwissenschaftlichen und technischen Fachrichtungen für die Erreichung oder Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Ausland auf den verschiedensten Gebieten genüge. Es entspricht daher einem echten Bedürfnis, wenn sich auch die amtliche Statistik mehr noch als bisher schon mit der Bereitstellung von geeignetem Zahlenmaterial aus dem Sektor Bildungswesen befaßt. Eine günstige Möglichkeit hierfür bot die Volks- und Berufszählung vom 6. Juni 1961, deren Fragenkatalog über den seither üblichen Rahmen hinaus *erstmalig* auf den Erhebungstatbestand einer abgeschlossenen qualifizierten Ausbildung ausgedehnt wurde. In Abschnitt IV der Haushaltsliste bzw. des Einzelbogens zur Anstaltsliste hatte demzufolge jede Person mit abgeschlossener Ausbildung an einer Berufsfach- oder Fachschule, Universität oder anderen Hochschule Angaben über die Schulart, Name und Anschrift der Schule, Jahr und Bezeichnung der Abschlußprüfung sowie das Hauptfach der Ausbildung zu machen. Die *Schularten* waren im einzelnen wie folgt definiert:

Berufsfachschulen sind berufsvorbereitende oder berufsausbildende Schulen, die von schulentlassenen Jugendlichen freiwillig in mindestens 1 Jahr umfassendem Vollunterricht besucht werden, z. B. Handelsschulen, Kinderpflegeschulen, Hauswirtschaftsschulen.

Fachschulen sind berufsfortbildende Schulen, die von nicht mehr berufsschulpflichtigen Personen zur weiteren beruflichen Fortbildung auf einen in der Regel höher qualifizierten Beruf freiwillig besucht werden, und zwar auf der Grundlage einer schon erworbenen Berufsausbildung und mit Vollunterricht von mindestens 1/2 Jahr, z. B. Bauschulen, Ingenieurschulen, Meisterschulen.

Hochschulen sind Universitäten sowie Technische Hochschulen, Wirtschaftshochschulen, Akademien und dergleichen, nicht jedoch Lehranstalten, die allein der Forschung dienen, oder Volkshochschulen.

Nicht anzugeben war der pflichtmäßige Besuch von Fortbildungsschulen und Berufsschulen mit geringer Wochenstundenzahl. Die von den Absolventen der oben einzeln aufgeführten Schularten eingetragenen Hauptfächer wurden bei der Auswertung nach 87 Fachrichtungen geordnet. Waren für eine Person mehrere Eintragungen vorhanden, so ist nur die Fachrichtung der höheren schulischen Ausbildung berücksichtigt worden, also z. B. bei Fachschule und Hochschule der Hochschulabschluß. Volksschullehrer wurden ohne Rücksicht auf die Art der Ausbildung und des Abschlusses in der Regel zu den Hochschulabsolventen gerechnet. Eine größere Zahl von Personen (insbesondere Lehrpersonen an Mittelschulen und höheren Schulen) konnte infolge unzureichender Angaben keiner speziellen Fachrichtung zugeordnet werden.

Die Angaben über eine abgeschlossene Ausbildung wurden in Kombination mit anderen Erhebungsmerkmalen ausgewertet. So stehen nunmehr Unterlagen über die Absolventen von Berufsfach- oder Fachschulen und Hochschulen zur Verfügung, die ein Strukturbild dieses Personenkreises zu vermitteln vermögen. Im vorliegenden Beitrag werden zusammengefaßte Ergebnisse behandelt; eine ausführliche Zahlenveröffentlichung findet sich in *Heft 9 des Bandes 105 der Schriftenreihe „Statistik von Baden-Württemberg“*, das die als sogenanntes Mindestveröffentlichungsprogramm der Statistischen Landesämter bundeseinheitlich zur Publikation vorgesehenen Daten enthält. Über dieses Mindestprogramm hinaus, das nur Landesergebnisse bindend vorschreibt, wurden für Baden-Württemberg auch Auszählungen nach Regierungsbezirken, Stadt- und Landkreisen sowie Gemeinden vorgenommen; diese werden nachstehend ebenfalls mitgeteilt, um die regionale Ver-

**Bevölkerungsanteil der Schüler und Studierenden
im Alter von 15 bis unter 20 Jahren nach Gemeindegrößenklassen
am 6. Juni 1961**

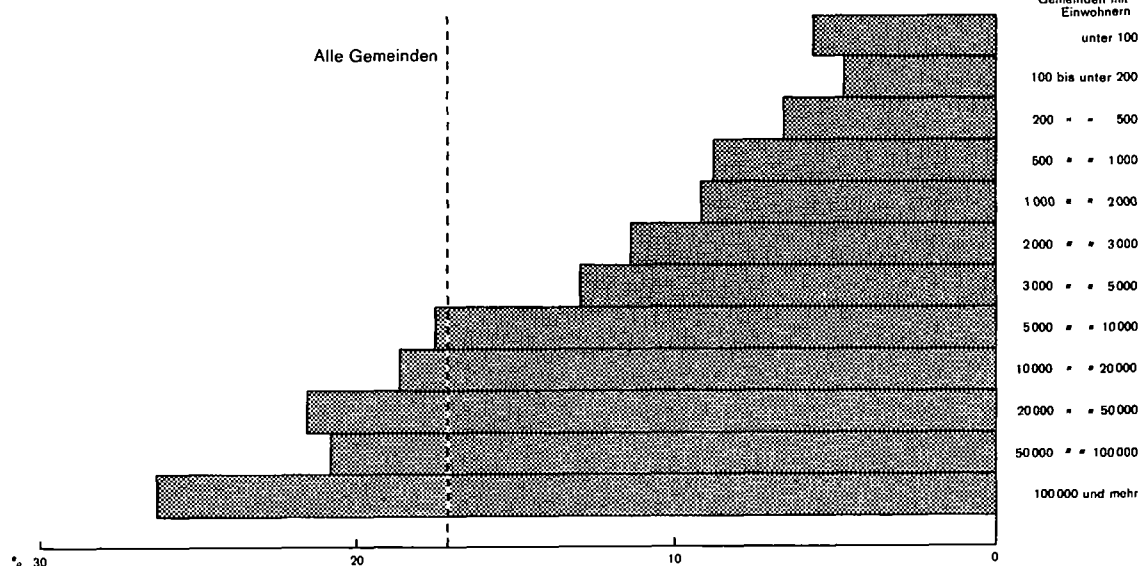


Tabelle 1

Personen mit abgeschlossener Ausbildung an einer Berufsfach- bzw. Fachschule nach der Fachrichtung

Fachrichtung (Die Zahlen in der Vorspalte stellen systematische Nummern dar)	Personen mit ab- geschlossener Aus- bildung insgesamt		nach dem Geschlecht						nach der Religionszugehörigkeit					
			männlich		weiblich				evangelisch		röm.-katholisch		Sonstige ¹⁾	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
01-04 Land- u. Forstwirtschaft, landwirtschaft- liche Nebengewerbe, Hauswirtschaft . darunter	20 852	7,0	12 875	61,7	7 977	38,3	12 150	58,3	8 158	39,1	544	2,6		
01 Landwirtschaft, Garten-, Obst- u. Wein- bau, Tierwirtschaft (ohne Lehramt)	12 580	4,2	10 328	82,1	2 252	17,9	7 627	60,6	4 654	37,0	299	2,4		
04 Hauswirtschaft, Haushaltung	5 763	1,9	55	1,0	5 708	99,0	3 514	61,0	2 051	35,6	198	3,4		
05-09 Künstlerische Fachrichtungen	5 855	2,0	4 363	74,5	1 492	25,5	3 309	56,5	1 968	33,6	578	9,9		
darunter														
05 Architektur	2 348	0,8	2 257	96,1	91	3,9	1 360	57,9	803	34,2	185	7,9		
10-19 Gewerbliche Fachrichtungen	31 221	10,5	25 760	82,5	5 461	17,5	17 305	55,4	11 823	37,9	2 093	6,7		
darunter														
11 Metallverarbeitung	4 495	1,5	4 427	98,5	68	1,5	2 391	53,2	1 794	39,9	310	6,9		
12 Feinmechanik, Optik	4 230	1,4	3 810	90,1	420	9,9	2 422	57,3	1 438	34,0	370	8,7		
14 Holzverarbeitung	3 549	1,2	3 509	98,9	40	1,1	1 776	50,0	1 636	46,1	137	3,9		
16 Graphik (techn. Seite), Photographie, techn. Zeichnen	4 025	1,4	2 816	70,0	1 209	30,0	2 411	59,9	1 142	28,4	472	11,7		
17 Textilherstellung u. -verarbeitung	10 362	3,5	6 934	66,9	3 428	33,1	5 885	56,8	3 868	37,3	609	5,9		
19 Nahrungs- u. Genußmittelherstellung	2 042	0,7	1 983	97,1	59	2,9	1 143	56,0	846	41,4	53	2,6		
20-27 Technische Fachrichtungen	59 837	20,2	58 967	98,5	870	1,5	32 768	54,8	21 724	36,3	5 345	8,9		
darunter														
21 Maschinenbau	27 825	9,4	27 463	98,7	362	1,3	15 313	55,0	9 612	34,5	2 900	10,4		
25 Bauingenieurwesen, Bautechnik	15 614	5,3	15 448	98,9	166	1,1	8 362	53,6	6 306	40,4	946	6,1		
26 Elektrotechnik	12 692	4,3	12 447	98,1	245	1,9	6 928	54,6	4 538	35,8	1 226	9,7		
30-38 Naturwissenschaften	4 612	1,6	2 515	54,5	2 097	45,5	2 863	62,1	1 425	30,9	324	7,0		
darunter														
34 Chemie, chemisch-techn. Assistent	4 242	1,4	2 342	55,2	1 900	44,8	2 617	61,7	1 334	31,4	291	6,9		
40-54 Theologie u. Erziehungswesen	12 242	4,1	1 534	12,5	10 708	87,5	7 088	57,9	4 717	38,5	437	3,6		
darunter														
43 Kinder- u. Jugendpflege	8 394	2,8	197	2,3	8 197	97,7	4 954	59,0	3 149	37,5	291	3,5		
60-67 Rechtswesen, Volks- u. Betriebswirt- schaft, Verwaltung	111 944	37,8	53 055	47,4	58 889	52,6	59 196	52,9	47 012	42,0	5 736	5,1		
darunter														
61 Volkswirtschaftslehre, Statistik, Volks- u. Betriebswirtschaftslehre, kaufmännische, Handels-, Bank- u. Versicherungsfächer	95 251	32,1	39 819	41,8	55 432	58,2	49 959	52,4	40 452	42,5	4 840	5,1		
66 Organisation, Verwaltung, Büro	10 684	3,6	10 260	96,0	424	4,0	5 990	56,1	4 112	38,5	582	5,4		
67 Sozialpflege	2 800	0,9	492	17,6	2 308	82,4	1 558	55,6	1 111	39,7	131	4,7		
70-78 Gesundheitswesen	45 623	15,4	5 323	11,7	40 300	88,3	24 990	54,8	18 921	41,5	1 712	3,8		
darunter														
74 Med.-techn. Assistentin	4 038	1,4	205	5,1	3 833	94,9	2 601	64,4	1 265	31,3	172	4,3		
76 Andere Fachrichtungen des Gesund- heitswesens; Säuglings- u. Kranken- pflege, Krankengymnastik	35 425	12,0	2 921	8,2	32 504	91,8	19 231	54,3	14 930	42,1	1 264	3,6		
80-98 Geisteswissenschaften	3 746	1,3	648	17,3	3 098	82,7	2 417	64,5	1 077	28,8	252	6,7		
darunter														
91 Dolmetscher, Übersetzer	2 470	0,8	403	16,3	2 067	83,7	1 537	62,2	799	32,3	134	5,4		
00 Ohne Angabe und Fachrichtung nicht erkennbar	369	0,1	288	78,0	81	22,0	197	53,4	150	40,7	22	6,0		
Insgesamt	296 301	100	165 328	55,8	130 973	44,2	162 283	54,8	116 975	39,5	17 043	5,8		

¹⁾ Einschl. der Personen ohne Angabe der Religionszugehörigkeit. — *) Rest ohne Angabe des Alters.

teilung der Personen mit höherer schulischer Ausbildung zur Abroundung der Gesamtbetrachtung darzustellen.

296 000 Absolventen von Berufsfach-/Fachschulen und 134 000 Hochschulabsolventen

Nach dem Ergebnis der Volkszählung 1961 gab es in Baden-Württemberg 296 301 Personen mit abgeschlossener Ausbildung an einer Berufsfach- oder Fachschule und 134 076 Hochschulabsolventen. Bezogen auf die Wohnbevölkerung von 7 759 154 Personen hatten demnach 3,8 % der Bevölkerung eine Ausbildung an einer Berufsfach- oder Fachschule und 1,7 % einen Hochschulabschluß aufzuweisen. Zusammenge-rechnet verfügte etwa jeder 18. Einwohner Baden-Württem-bergs – dabei sind die Minderjährigen mitgezählt – über einen qualifizierten schulischen Abschluß. Setzt man die Kinder bis unter 15 Jahren, die ja für einen solchen Schulabschluß noch nicht in Frage kommen, von der Wohnbevölkerungszahl rech-nerisch ab, so ergibt sich, daß jeder 14. Landesbewohner eine abgeschlossene Ausbildung an einer Berufsfach-/Fachschule oder Hochschule durchlaufen hat.

Aus methodischen Gründen sei an dieser Stelle darauf hin-gewiesen, daß es sich bei den obigen Angaben um Mindest-werte handelt, da nicht alle in Betracht kommenden Aus-

kunftspflichtigen Angaben gemacht haben dürften, sei es, daß die an sich klare Fragestellung nicht verstanden wurde, sei es, daß die Ausfüllung aus Flüchtigkeiten Gründen oder in der Annahme, von der Frage z. B. infolge fortgeschrittenen Alters nicht mehr betroffen zu sein, unterblieben ist. Im übrigen ist die Zahl der Personen mit abgeschlossener qualifizierter Aus-bildung nicht mit dem Bestand an Personen mit fundiertem Wissen und hochwertigem Können gleichzusetzen, da bei dem zuerst genannten Personenkreis der gewiß nicht gering einzu-schätzende Bereich des Selbststudiums und der praktischen Erfahrungen sowie die – aus welchem Grund auch immer – abgebrochenen Ausbildungsgänge außer acht gelassen sind, obwohl auch hierdurch qualifizierte Fähigkeiten bekannter-maßen in hohem Grade erworben werden können.

Unterschiedliche Belegung der Fachrichtungen

Von den 296 301 Personen mit abgeschlossener Ausbildung an einer Berufsfach- oder Fachschule (im folgenden kurz als „Fachschulabsolventen“ bezeichnet) entfielen allein auf die Fachrichtungen Rechtswesen, Volks- und Betriebswirtschaft, Verwaltung (37,8 %) und Technik (20,2 %) fast drei Fünftel des gesamten Personenkreises. Weitere größere Bereiche bil-den Gesundheitswesen (15,4 %) und gewerbliche Fachrichtun-

der Ausbildung, dem Geschlecht, der Religionszugehörigkeit und der Beteiligung am Erwerbsleben

nach der Beteiligung am Erwerbsleben																		Systematische Nr.		
Erwerbs- personen		im Alter von . . . Jahren ²⁾								Nichterwerbs- personen		im Alter von . . . Jahren ²⁾								
		bis unter 40		40 bis unter 60		60 bis unter 65		65 und mehr				bis unter 60		60 bis unter 65		65 und mehr				
Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%			
17 954	86,1	11 267	54,0	5 606	26,9	735	3,5	331	1,6	2 898	13,9	2 337	11,2	167	0,8	393	1,9	01-04		
11 927	94,8	7 318	58,2	3 878	30,8	477	3,8	245	1,9	653	5,2	431	3,4	58	0,5	164	1,3	0,1		
3 679	63,8	2 791	48,4	796	13,8	61	1,1	26	0,5	2 084	36,2	1 876	32,6	85	1,5	122	2,1	0,4		
5 061	86,4	2 337	39,9	2 138	36,5	301	5,1	277	4,7	794	13,6	481	8,2	55	0,9	257	4,4	05-09		
2 233	95,1	1 173	50,0	807	34,4	102	4,3	148	6,3	115	4,9	36	1,5	3	0,1	75	3,2	0,5		
28 979	92,8	17 266	55,3	10 176	32,6	944	3,0	548	1,8	2 242	7,2	1 749	5,6	102	0,3	391	1,3	10-19		
4 396	97,8	2 835	63,1	1 406	31,3	109	2,4	41	0,9	99	2,2	68	1,5	7	0,2	24	0,5	11		
4 038	95,5	2 545	60,2	1 317	31,1	98	2,3	73	1,7	192	4,5	151	3,6	6	0,1	35	0,8	12		
3 459	97,5	2 080	58,6	1 174	33,1	115	3,2	85	2,4	90	2,5	44	1,2	11	0,3	35	1,0	14		
3 605	89,6	2 191	54,4	1 253	31,1	98	2,4	60	1,5	420	10,4	364	9,0	14	0,3	42	1,0	16		
9 093	87,8	5 101	49,2	3 414	32,9	371	3,6	195	1,9	1 269	12,2	1 013	9,8	50	0,5	206	2,0	17		
2 000	97,9	1 163	57,0	728	35,7	55	2,7	45	2,2	42	2,1	18	0,9	6	0,3	18	0,9	19		
56 898	95,1	32 002	53,5	21 068	35,2	2 626	4,4	1 143	1,9	2 939	4,9	1 064	1,8	219	0,4	1 654	2,8	20-27		
26 399	94,9	14 197	51,0	10 177	36,6	1 464	5,3	532	1,9	1 426	5,1	514	1,8	115	0,4	797	2,9	21		
14 779	94,7	8 175	52,4	5 630	36,1	563	3,6	397	2,5	835	5,3	239	1,5	50	0,3	546	3,5	25		
12 276	96,7	7 603	59,9	4 003	31,5	498	3,9	158	1,2	416	3,3	224	1,8	32	0,3	158	1,2	26		
3 818	82,8	2 794	60,6	907	19,7	72	1,6	37	0,8	794	17,2	731	15,8	20	0,4	43	0,9	30-38		
3 504	82,6	2 547	60,0	848	20,0	66	1,6	36	0,8	738	17,4	679	16,0	17	0,4	42	1,0	34		
8 651	70,7	5 281	43,1	2 773	22,7	409	3,3	174	1,4	3 591	29,3	2 810	23,0	207	1,7	572	4,7	40-54		
5 911	70,4	3 952	47,1	1 685	20,1	179	2,1	83	1,0	2 483	29,6	2 197	26,2	108	1,3	176	2,1	43		
99 231	88,6	67 102	59,9	28 644	25,6	2 521	2,3	884	0,8	12 710	11,4	10 846	9,7	606	0,5	1 253	1,1	60-67		
84 121	88,3	60 112	63,1	21 519	22,6	1 716	1,8	704	0,7	11 130	11,7	9 984	10,5	438	0,5	704	0,7	61		
10 022	93,8	4 015	37,6	5 251	49,1	626	5,9	124	1,2	662	6,2	196	1,8	87	0,8	378	3,5	66		
2 110	75,4	995	35,5	1 000	35,7	95	3,4	17	0,6	690	24,6	519	18,5	64	2,3	107	3,8	67		
39 558	86,7	19 528	42,8	15 570	34,1	2 424	5,3	1 967	4,3	6 065	13,3	4 851	10,6	326	0,7	883	1,9	70-78		
3 232	80,0	2 224	55,1	938	23,2	51	1,3	15	0,4	806	20,0	767	19,0	13	0,3	25	0,6	74		
30 727	86,7	14 431	40,7	12 497	35,3	2 006	5,7	1 738	4,9	4 698	13,3	3 647	10,3	280	0,8	769	2,2	76		
2 740	73,1	2 026	54,1	645	17,2	46	1,2	21	0,6	1 006	26,9	938	25,0	30	0,8	38	1,0	80-98		
1 842	74,6	1 521	61,6	301	12,2	10	0,4	8	0,3	628	25,4	602	24,4	10	0,4	16	0,6	91		
331	89,7	184	49,9	139	37,7	5	1,4	3	0,8	38	10,3	22	6,0	9	2,4	7	1,9	00		
263 224	88,8	159 787	53,9	87 666	29,6	10 083	3,4	5 385	1,8	33 077	11,2	25 829	8,7	1 741	0,6	5 491	1,9			

gen (10,5 %), während die übrigen Gebiete, wie z. B. Geisteswissenschaften mit 1,3 %, verhältnismäßig schwach besetzt sind. Die Unterschiede zu der Belegung der Fachrichtungen bei den Personen mit abgeschlossener Ausbildung an einer Hochschule (im weiteren kurz „Hochschulabsolventen“ genannt) ist zum großen Teil wohl auf die differenzierten Ausbildungsmöglichkeiten bei den beiden Schularten zurückzuführen, d. h. also darauf, daß eine Ausbildungsrichtung bei der einen Schulart bei der anderen – entsprechend dem Charakter der Schularten – kaum oder gar nicht vorkommt. Bei den 134 076 Hochschulabsolventen jedenfalls stehen abweichend von den Fachschulabsolventen Theologie und Erziehungswesen mit 29,4 % an erster Stelle, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß, wie bereits erwähnt, auch Volksschullehrer ohne Rücksicht auf die Art der Ausbildung und des Abschlusses zu den Hochschulabsolventen gezählt sind. Nächstfolgende Gruppen sind Gesundheitswesen (16,8 %), Rechtswesen, Volks- und Betriebswirtschaft, Verwaltung (15,9 %) sowie technische Fachrichtungen (12,2 %). Noch geringere Besetzung weisen Geisteswissenschaften (9,1 %) und künstlerische Fachrichtungen (6,6 %) auf, um nur einige Fachrichtungen zu nennen.

Interessante Differenzierungen zeigen sich auch bei der Gliederung der Fachschul- bzw. Hochschulabsolventen nach Geschlecht. Während bei der Gesambevölkerung die Personen weiblichen Geschlechts 52,6 % ausmachen, überwiegen bei den Fachschulabsolventen die Männer mit 55,8 %; in noch stärkerem Maße ist dies bei den Hochschulabsolventen mit einem Männeranteil von 74,4 % der Fall. Bei dieser Gliederung lassen sich auch typisch männliche und typisch weibliche Neigungen zur Ausbildung in bestimmten Fachrichtungen erkennen. Über ihrem Gesamtanteil liegen die männlichen Fachschulabsolventen in den Bereichen technische (98,5 %), gewerbliche (82,5 %) und künstlerische (74,5 %) Fachrichtungen sowie Land- und Forstwirtschaft (61,7 %); bei den weiblichen Fachschulabsolventen sind es die Bereiche Gesundheitswesen (88,3 % Frauen), Theologie und Erziehungswesen (87,5 %), Geisteswissenschaften (82,7 %), Rechtswesen, Volks- und Betriebswirtschaft, Verwaltung (52,6 %) sowie Naturwissenschaften (45,5 %). In entsprechender Weise geordnet sind bei den männlichen Hochschulabsolventen die Gebiete technische (99,0 %) und gewerbliche (93,4 %) Fachrichtungen, Rechtswesen, Volks- und Betriebswirtschaft, Verwaltung (90,8 %), Land- und Forstwirtschaft (90,2 %) sowie Natur-

Tabelle 2

Personen mit abgeschlossener Ausbildung an einer Hochschule nach der Fachrichtung der Aus-

Fachrichtung (Die Zahlen in der Vorseite stellen systematische Nummern dar)	Personen mit ab- geschlossener Aus- bildung insgesamt		da-									
			nach dem Geschlecht				nach der Religionszugehörigkeit					
			männlich		weiblich		evangelisch		röm.-katholisch		Sonstige ¹⁾	
			Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
01-04 Land- u. Forstwirtschaft, landwirtschaft- liche Nebengewerbe, Hauswirtschaft . darunter	3 294	2,5	2 971	90,2	323	9,8	1 970	59,8	1 104	33,5	220	6,7
01 Landwirtschaft, Garten-, Obst- u. Wein- bau, Tierwirtschaft (ohne Lehramt)	2 241	1,7	1 933	86,3	308	13,7	1 406	62,7	684	30,5	151	6,7
05-09 Künstlerische Fachrichtungen	8 847	6,6	6 132	69,3	2 715	30,7	5 218	59,0	2 671	30,2	958	10,8
darunter												
05 Architektur	3 198	2,4	2 995	93,7	203	6,3	1 908	59,7	942	29,5	348	10,9
06 Musikwissenschaft, Musik	3 743	2,8	1 953	52,2	1 790	47,8	2 252	60,2	1 139	30,4	352	9,4
09 Bildende Kunst, Kunstgewerbe	1 397	1,0	973	69,6	424	30,4	761	54,5	440	31,5	196	14,0
10-19 Gewerbliche Fachrichtungen	76	0,1	71	93,4	5	6,6	50	65,8	18	23,7	8	10,5
20-27 Technische Fachrichtungen	16 340	12,2	16 184	99,0	156	1,0	9 665	59,1	4 818	29,5	1 857	11,4
darunter												
21 Maschinenbau	6 732	5,0	6 681	99,2	51	0,8	4 075	60,5	1 840	27,3	817	12,1
25 Bauingenieurwesen, Bautechnik	4 620	3,4	4 570	98,9	50	1,1	2 732	59,1	1 459	31,6	429	9,3
26 Elektrotechnik	3 917	2,9	3 880	99,1	37	0,9	2 223	56,8	1 187	30,3	507	12,9
30-38 Naturwissenschaften	9 700	7,2	8 047	83,0	1 653	17,0	5 878	60,6	2 740	28,2	1 082	11,2
darunter												
30 Mathematik	1 717	1,3	1 469	85,6	248	14,4	1 011	58,9	559	32,6	147	8,6
32 Physik, physikal.-techn. Assistent	1 923	1,4	1 793	93,2	130	6,8	1 220	63,4	484	25,2	219	11,4
34 Chemie, chemisch-techn. Assistent	3 784	2,8	3 219	85,1	565	14,9	2 257	59,6	1 060	28,0	467	12,3
40-54 Theologie u. Erziehungswesen	39 469	29,4	23 651	59,9	15 818	40,1	20 220	51,2	18 043	45,7	1 206	3,1
darunter												
40 Evang. Theologie, Religionslehre, Missionsdienst, Gemeindehilfe	3 660	2,7	3 413	93,3	247	6,7	3 582	97,9	36	1,0	42	1,1
41 Katholische Theologie, Religionslehre, Kanonisches Recht, Seelsorgehilfe	3 660	2,7	3 577	97,7	83	2,3	9	0,2	3 632	99,2	19	0,5
52 Hauswirtschaftliches Lehramt	1 515	1,1	-	-	1 515	100,0	844	55,7	635	41,9	36	2,4
54 Volksschullehramt einschl. Lehramt an Sonder- u. Hilfsschulen	27 658	20,6	14 984	54,2	12 674	45,8	14 198	51,3	12 542	45,3	918	3,3
60-67 Rechtswesen, Volks- u. Betriebswirt- schaft, Verwaltung	21 383	15,9	19 411	90,8	1 972	9,2	12 058	56,4	7 672	35,9	1 653	7,7
darunter												
60 Rechtswissenschaft	11 764	8,8	11 031	93,8	733	6,2	6 728	57,2	4 219	35,9	817	6,9
61 Volkswirtschaftslehre, Statistik, Volks- u. Betriebswirtschaftslehre, kaufmännische, Handels-, Bank- u. Versicherungsfächer	6 675	5,0	5 754	86,2	921	13,8	3 648	54,7	2 433	36,4	594	8,9
62 Betriebswirtschaftslehre, Wirtschafts- u. Betriebstechnik	2 640	2,0	2 398	90,8	242	9,2	1 518	57,5	917	34,7	205	7,8
70-78 Gesundheitswesen	22 500	16,8	16 307	72,5	6 193	27,5	12 727	56,6	8 236	36,6	1 537	6,8
darunter												
70 Allgemeine Medizin	13 810	10,3	10 248	74,2	3 562	25,8	7 775	56,3	5 006	36,2	1 029	7,5
71 Zahnmedizin	3 850	2,9	3 101	80,5	749	19,5	2 029	52,7	1 519	39,5	302	7,8
72 Tiermedizin	1 075	0,8	1 024	95,3	51	4,7	644	59,9	394	36,7	37	3,4
73 Pharmazie	3 765	2,8	1 934	51,4	1 831	48,6	2 279	60,5	1 317	35,0	169	4,5
80-93 Geisteswissenschaften	12 190	9,1	6 773	55,6	5 417	44,4	6 641	54,5	4 591	37,7	958	7,9
darunter												
80 Philosophie, Pädagogik	2 595	1,9	1 530	59,0	1 065	41,0	1 285	49,5	1 134	43,7	176	6,8
89 Philologie ohne nähere Angabe	3 699	2,8	2 039	55,1	1 660	44,9	2 003	54,1	1 435	38,8	261	7,1
00 Ohne Angabe und Fachrichtung nicht erkennbar	277	0,2	208	75,1	69	24,9	136	49,1	96	34,7	45	16,2
Insgesamt	134 076	100	99 755	74,4	34 321	25,0	74 563	55,0	49 909	37,3	9 524	7,1
Dagegen: Wohnbevölkerung	7 759 154	100	3 676 808	47,4	4 082 346	52,6	3 791 401	48,0	3 633 038	46,8	334 715	4,3

¹⁾ Einschl. der Personen ohne Angabe der Religionszugehörigkeit. — ²⁾ Rest ohne Angabe der Alters. — ³⁾ Im Alter von 20 und mehr Jahren. — ⁴⁾ %-Anteil

wissenschaften (83,0 %) zu nennen, bei denen der Männeranteil beträchtlich über dem Gesamtdurchschnitt aller Fachrichtungen liegt; bei den weiblichen Hochschulabsolventen sind die Bereiche Geisteswissenschaften (44,4 % Frauen), Theologie und Erziehungswesen (40,1 %), künstlerische Fachrichtungen (30,7 %) und Gesundheitswesen (27,5 %) als überdurchschnittlich besetzt zu nennen. Übereinstimmend besitzen demnach die männlichen Fachschul- und Hochschulabsolventen Ausbildungen, die vor allem in gewerblich-technischen, naturwissenschaftlichen sowie rechtspflegerischen Berufen verwandt werden können; demgegenüber verfügen Frauen mit höherem schulischem Abschluß mehr über Ausbildungen zu Erziehungs- und Lehrberufen, gesundheitspflegerischen sowie kaufmännischen Tätigkeiten.

Inwieweit die erworbene Ausbildung in entsprechenden Berufen tatsächlich verwendet wird, läßt sich an Hand des bis jetzt vorliegenden Materials nicht feststellen, da hierfür eine

Kombinationsauswertung Fachrichtung der Ausbildung / ausgeübte Tätigkeit erforderlich wäre. Dagegen kann dargestellt werden, wie viele der Fachschul- bzw. Hochschulabsolventen einer Erwerbstätigkeit überhaupt nachgehen. Davon ist an anderer Stelle die Rede; vorher sei unter anderem noch die Besetzung einiger ausgewählter Fachrichtungen, und zwar für beide Geschlechter zusammengefaßt in systematischer Reihenfolge, in absoluten Zahlen nachgewiesen.

Besonders zu nennen sind in diesem Zusammenhang bei den Fachschulabsolventen: Landwirtschaft, Garten-, Obst- und Weinbau, Tierwirtschaft (12 580), Hauswirtschaft, Haushaltung (5763), Textilherstellung und -verarbeitung (10 362), Maschinenbau (27 825), Bauingenieurwesen, Bautechnik (15 614), Elektrotechnik (12 692), Kinder- und Jugendpflege (8394), Volkswirtschaftslehre, Statistik, Volks- und Betriebswirtschaftslehre, kaufmännische, Handels-, Bank- und Versicherungsfächer (95 251), Organisation, Verwaltung, Büro (10 684)

bildung, dem Geschlecht, der Religionszugehörigkeit und der Beteiligung am Erwerbsleben

von		nach der Beteiligung am Erwerbsleben																Systematische Nr.
Erwerbs- personen		im Alter von . . . Jahren ²⁾								Nichterwerbs- personen		im Alter von . . . Jahren ²⁾						
		bis unter 40		40 bis unter 60		60 bis unter 65		65 und mehr				bis unter 60		60 bis unter 65		65 und mehr		
Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	
2 805	85,2	1 120	34,0	1 236	37,5	344	10,4	103	3,1	489	14,8	184	5,6	52	1,6	252	7,7	01-04
1 904	85,0	751	33,5	830	37,0	249	11,1	73	3,3	337	15,0	153	6,8	42	1,9	141	6,3	01
7 431	84,0	3 194	36,1	3 308	37,4	463	5,2	454	5,1	1 416	16,0	884	10,0	97	1,1	433	4,9	05-09
2 928	91,6	1 452	45,4	1 190	37,2	120	3,8	160	5,0	270	8,4	94	2,9	10	0,3	165	5,2	05
2 956	79,0	1 175	31,4	1 397	37,3	220	5,9	161	4,3	787	21,0	555	14,8	67	1,8	164	4,4	06
1 152	82,5	377	27,0	545	39,0	106	7,6	121	8,7	245	17,5	143	10,2	16	1,1	86	6,2	09
72	94,7	36	47,4	31	40,8	4	5,3	1	1,3	4	5,3	4	5,3	—	—	—	—	10-19
14 974	91,6	7 032	43,0	6 211	38,0	1 178	7,2	534	3,3	1 366	8,4	301	1,8	100	0,6	964	5,9	20-27
6 169	91,6	2 599	38,6	2 719	40,4	587	8,7	252	3,7	563	8,4	121	1,8	46	0,7	395	5,9	21
4 187	90,6	2 171	47,0	1 617	35,0	234	5,1	164	3,5	433	9,4	85	1,8	25	0,5	323	7,0	25
3 708	94,7	1 860	47,5	1 487	38,0	272	6,9	84	2,1	209	5,3	74	1,9	25	0,6	110	2,8	26
7 975	82,2	3 112	32,1	4 049	41,7	543	5,6	266	2,7	1 725	17,8	900	9,3	102	1,1	722	7,4	30-38
1 397	81,4	722	42,1	554	32,3	77	4,5	44	2,6	320	18,6	98	5,7	14	0,8	208	12,1	30
1 763	91,7	1 078	56,1	614	31,9	48	2,5	23	1,2	160	8,3	109	5,7	5	0,3	46	2,4	32
3 105	82,1	1 392	36,8	1 231	32,5	327	8,6	154	4,1	679	17,9	368	9,7	44	1,2	267	7,1	34
31 778	80,5	14 883	37,7	12 455	31,6	3 238	8,2	1 168	3,0	7 691	19,5	2 860	7,2	737	1,9	4 085	10,3	40-54
3 085	84,3	1 162	31,7	1 547	42,3	269	7,3	104	2,8	575	15,7	151	4,1	48	1,3	375	10,2	40
3 308	90,4	953	26,0	1 734	47,4	269	7,3	345	9,4	352	9,6	89	2,4	20	0,5	242	6,6	41
1 170	77,2	535	35,3	540	35,6	76	5,0	18	1,2	345	22,8	245	16,2	31	2,0	69	4,6	52
21 868	79,1	11 369	41,1	7 541	27,3	2 347	8,5	590	2,1	5 790	20,9	2 170	7,8	578	2,1	3 037	11,0	54
18 861	88,2	8 800	41,2	7 972	37,3	1 334	6,2	727	3,4	2 522	11,8	1 049	4,9	200	0,9	1 270	5,9	60-67
10 322	87,7	4 422	37,6	4 695	39,9	726	6,2	467	4,0	1 442	12,3	444	3,8	98	0,8	898	7,6	60
5 856	87,7	2 878	43,1	2 301	34,5	458	6,9	208	3,1	819	12,3	437	6,5	80	1,2	302	4,5	61
2 449	92,8	1 390	52,7	875	33,1	132	5,0	47	1,8	191	7,2	130	4,9	15	0,6	45	1,7	62
20 189	89,7	7 260	32,3	10 456	46,5	1 118	5,0	1 320	5,9	2 311	10,3	1 516	6,7	127	0,6	667	3,0	70-78
12 418	89,9	4 008	29,0	6 971	50,5	600	4,3	823	6,0	1 392	10,1	932	6,7	79	0,6	380	2,8	70
3 617	93,9	1 252	32,5	1 816	47,2	290	7,5	247	6,4	233	6,1	156	4,1	17	0,4	60	1,6	71
949	88,3	372	34,6	470	43,7	43	4,0	62	5,8	126	11,7	28	2,6	4	0,4	94	8,7	72
3 205	85,1	1 628	43,2	1 199	31,8	185	4,9	188	5,0	560	14,9	400	10,6	27	0,7	133	3,5	73
8 697	71,3	4 197	34,4	3 610	29,6	558	4,6	326	2,7	3 493	28,7	2 093	17,2	167	1,4	1 230	10,1	80-98
1 808	69,7	877	33,8	691	26,6	162	6,2	77	3,0	787	30,3	424	16,3	51	2,0	312	12,0	80
2 592	70,1	1 123	30,4	1 184	32,0	177	4,8	106	2,9	1 107	29,9	582	15,7	56	1,5	468	12,7	89
196	70,8	82	29,6	73	26,4	18	6,5	21	7,6	81	29,2	29	10,5	7	2,5	44	15,9	00
112 978	84,3	49 716	37,1	49 401	36,8	8 798	6,6	4 920	3,7	21 098	15,7	9 820	7,3	1 589	1,2	9 667	7,2	
³⁾ 3 584 690	⁴⁾ 65,3	⁵⁾ 1 861 977	⁶⁾ 33,0	⁷⁾ 1 350 947	⁸⁾ 24,0	⁹⁾ 209 167	¹⁰⁾ 3,8	¹¹⁾ 156 019	¹²⁾ 2,8	¹³⁾ 1 902 218	¹⁴⁾ 34,7	¹⁵⁾ 1 073 077	¹⁶⁾ 19,0	¹⁷⁾ 197 493	¹⁸⁾ 3,0	¹⁹⁾ 627 774	²⁰⁾ 11,4	

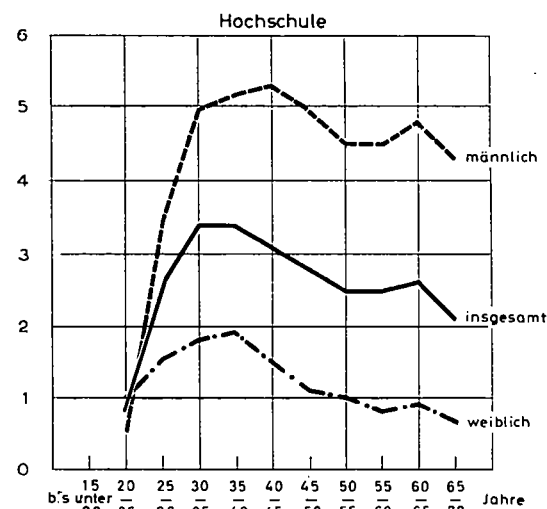
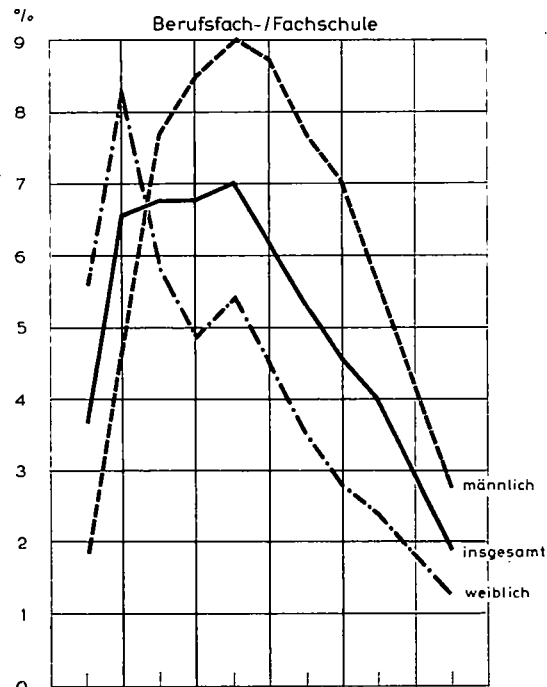
der Wohnbevölkerung im Alter von 20 und mehr Jahren. — ⁵⁾ Im Alter von 20 bis unter 40 Jahren. — ⁶⁾ Im Alter von 20 bis unter 60 Jahren.

sowie Säuglings- und Krankenpflege, Krankengymnastik (35 425). Bei den Hochschulabsolventen sind zu erwähnen: Architektur (3198), Musikwissenschaft, Musik (3743), Maschinenbau (6732), Bauingenieurwesen, Bautechnik (4620), Elektrotechnik (3917), Chemie (3784), Evangelische Theologie, Religionslehre, Missionsdienst, Gemeindehilfe (3660), Katholische Theologie, Religionslehre, Kanonisches Recht, Seelsorgehilfe (3660), Volksschullehramt einschl. Lehramt an Sonder- und Hilfsschulen (27 658), Rechtswissenschaft (11 764), Volkswirtschaftslehre, Statistik, Volks- und Betriebswirtschaftslehre, kaufmännische, Handels-, Bank- und Versicherungsfächer (6675), Betriebswirtschaftslehre, Wirtschafts- und Betriebstechnik (2640), Allgemeine Medizin (13 810), Zahnmedizin (3850), Pharmazie (3765), Philosophie, Pädagogik (2595) und Philologie ohne nähere Angabe (3699). Weitere Angaben können den Tabellen 1 und 2 entnommen werden.

Evangelische unter den Fachschul- und Hochschulabsolventen stärker vertreten als im Gesamtdurchschnitt der Bevölkerung

Von den 296 301 Fachschulabsolventen haben sich bei der Volkszählung 1961 54,8 % als Angehörige evangelischer Landes- oder Freikirchen bezeichnet; 39,5 % gaben an, römisch-katholisch zu sein, und 5,8 % gehörten einer anderen oder keiner Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaft an bzw. hatten keine Angabe über ihre Religionszugehörigkeit gemacht. Die entsprechenden Anteile für die 134 076 Hochschulabsolventen sind: evangelisch 55,6 %, römisch-katholisch 37,3 %, Sonstige 7,1 %. Demnach sind die Evangelischen unter den Fachschulabsolventen, vor allem aber unter den Hochschulabsolventen stärker vertreten, als es dem Anteil der evangelischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung (48,9 %) entsprechen würde. Dasselbe gilt für die Sonstigen, die unter

Altersspezifische Anteilsquoten der Personen mit abgeschlossener Ausbildung an einer Berufsfach-/Fachschule oder Hochschule



3 65

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

der Bevölkerung insgesamt 4,3 % ausmachen. Umgekehrt bleibt der Anteil der römisch-katholischen Fachschul- und Hochschulabsolventen hinter dem römisch-katholischen Bevölkerungsanteil von 46,8 % zurück. Die Frage ist nun, woher dieses Zurückbleiben der Katholiken kommt. Im Rahmen dieses Beitrags kann sie nur damit beantwortet werden, daß man feststellt, in welchen Ausbildungsrichtungen die Katholiken besonders schwach bzw. die Nichtkatholiken besonders stark vertreten sind.

Unter dem Gesamtanteil der römisch-katholischen Fachschulabsolventen überhaupt bleiben die römisch-katholischen Absolventen vor allem der Gebiete Geisteswissenschaften

(28,8 %), Naturwissenschaften (30,9 %), künstlerische (33,6 %), technische (36,3 %) sowie gewerbliche (37,9 %) Fachrichtungen. Bei den Hochschulabsolventen sind es vor allem die Gebiete Naturwissenschaften (28,2 %), technische (29,5 %) und künstlerische (30,2 %) Fachrichtungen sowie Land- und Forstwirtschaft (33,5 %). Entsprechendes ließe sich für die Evangelischen bzw. die Sonstigen aussagen; hier seien nur Beispiele gebracht: bei den Hochschulabsolventen sind die Evangelischen in der Fachrichtung Naturwissenschaften (Physik 63,4 %, Chemie 59,6 %, Mathematik 58,9 %) und die Sonstigen in den technischen Fachrichtungen (Elektrotechnik 12,9 %, Maschinenbau 12,1 %) besonders stark vertreten.

Bemerkenswert ist u. a. auch die Tatsache, daß die Zahl der Hochschulabsolventen der Fachrichtungen Evangelische und Katholische Theologie mit je 3660 Personen genau übereinstimmt. Evangelische Theologie hatten nach dem Stand von Mitte 1961 auch 36 Katholiken und 42 Sonstige studiert, katholische Theologie hingegen nur 9 Evangelische und 19 Sonstige.

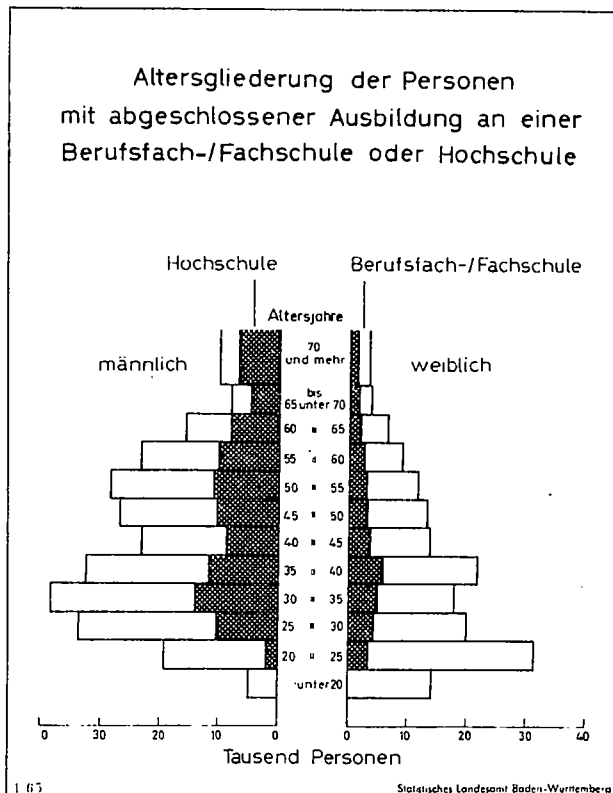
Höchste Quote an Ausgebildeten bei den 30- bis 40jährigen

Neben der bereits einleitend erwähnten allgemeinen Quote des Anteils der Fachschul- und Hochschulabsolventen an der Wohnbevölkerung lassen sich auch *altersspezifische Anteilsquoten nach Geschlecht* ermitteln. Das Ergebnis einer solchen Berechnung kann am deutlichsten graphisch dargestellt werden, weshalb auch in der Besprechung hauptsächlich auf das nebenstehende *Schaubild* Bezug genommen sei.

Von der Wohnbevölkerung im Alter von 15 und mehr Jahren waren nach dem Ergebnis der Volkszählung 1961 4,9 % Fachschulabsolventen, und zwar vom männlichen Bevölkerungsteil 5,9 % und vom weiblichen 4,1 %. Nach Altersgruppen geordnet ergeben sich hiervon beachtliche Abweichungen. Bei den männlichen Fachschulabsolventen steigt die Anteilsquote bis zur Altersgruppe 35 bis unter 40 Jahre, die mit 9,0 % die höchste Ausgebildetenquote aufzuweisen hat, steil an, wohl hauptsächlich infolge der unterschiedlichen Ausbildungsdauer, zum Teil aber auch infolge verhältnismäßig spät begonnener Ausbildungsgänge vornehmlich technischer Fachrichtungen. Ab der Altersgruppe 40 bis unter 45 Jahre ist ein fast ebenso starkes Abfallen festzustellen. Bei den weiblichen Fachschulabsolventen ist die höchste Quote mit 8,3 % bereits bei den 20- bis unter 25jährigen festzustellen; dies sicherlich deshalb, weil die Ausbildungsdauer bei den weiblichen Berufsfach- bzw. Fachschulern angesichts der von ihnen bevorzugt gewählten Fachrichtungen vergleichsweise kürzer sein dürfte, zum anderen auch, weil Frauen in der Regel eine abgeschlossene Ausbildung nicht durch weitere Ausbildungsgänge ergänzen. Ab der Altersgruppe 25 bis unter 30 Jahre sinkt, wenn man von den 35- bis unter 40jährigen Frauen absieht, die Ausgebildetenquote kontinuierlich, allerdings nicht ganz so stark wie bei den Männern.

Ähnliche Aussagen lassen sich für die Hochschulabsolventen machen, deren Anteil an der Wohnbevölkerung im Alter von 20 und mehr Jahren 2,4 % beträgt (männliche Bevölkerung 4,0 %, weibliche Bevölkerung 1,2 %). Die Quote männlicher Hochschulabsolventen nimmt bis zum Höchststand in der Altersgruppe 40 bis unter 45 Jahre (5,3 %) zu und geht dann – weniger stark als bei den männlichen Fachschulabsolventen – zurück bis zu 4,5 % bei den 50- bis 60jährigen. Eine höhere Quote haben mit 4,8 % die Männer im Alter von 60 bis unter 65 Jahre aufzuweisen; dies ist übrigens auch bei den gleichaltrigen Frauen festzustellen. Es kann dahingestellt bleiben, ob sich hierin ein gewisser erhöhter Nachholbedarf aus den Zeiten nach dem ersten Weltkrieg widerspiegelt. Auch bei den Hochschulabsolventinnen ergeben sich Unterschiede der altersspezifischen Ausgebildetenquoten. So ist die Quote der Hochschulabsolventinnen bis zur Altersgruppe 35 bis unter 40 Jahre leicht im Zunehmen begriffen, in den höheren Altersgruppen geht der Anteil wieder zurück.

Altersspezifische Quoten von Fachschul- bzw. Hochschulabsolventen gehen nicht nur einen Zustand wieder, sie zeigen auch – wenn man so will – Entwicklungen in zeitlicher Sicht auf. Dabei muß jedoch unterstellt werden, daß die Personen mit qualifiziertem schulischem Abschluß denselben Einwirkungen auf den Bestand, z. B. hinsichtlich der Sterblichkeit, unterliegen wie die Wohnbevölkerung. Folgt man dieser Prämisse, so kommt man zu der Feststellung, daß im Betrachtungszeitraum der letzten 40 Jahre etwa das Streben nach Fachschul- bzw. Hochschulausbildung – gemessen an dem heutigen Anteil der Ausgebildeten in den verschiedenen Altersgruppen – größer geworden ist, wohl nicht zuletzt deshalb, weil der Zugang zu vielen Berufen im Zeichen erhöhter Anforderungen an das spezialisierte Wissen und Können und auch im Hinblick auf das gesteigerte Sozialprestige immer mehr nur über eine entsprechende Vorbildung ermöglicht wird bzw. werden kann. Daß dies vor allem den Bereich der Fachschulausbildung betrifft, galt schon seither als Erfahrungstatsache, kann nach den Zählungsergebnissen aber als statistisch gesichert gelten. Im Ergebnis wirkt sich die im Zeitverlauf zunehmende Geneigtheit zur Fachschul- und Hochschulausbildung in einer auch im Verhältnis zur Altersgliederung der Gesamtbevölkerung vergleichsweise günstigen Altersschichtung der Personen mit höherer schulischer Ausbildung aus, d. h. in einer relativ dichten Besetzung der jüngeren Altersgruppen bei den Fachschul- und Hochschulabsolventen beiderlei Geschlechts (vgl. hierzu auch das untenstehende *Schaubild*).



Höhere Erwerbsquote der Fachschul- und Hochschulabsolventen

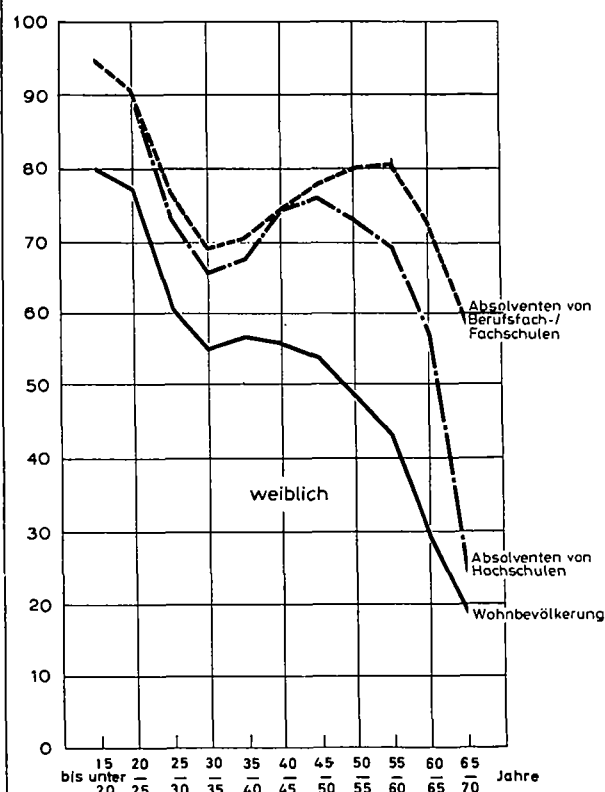
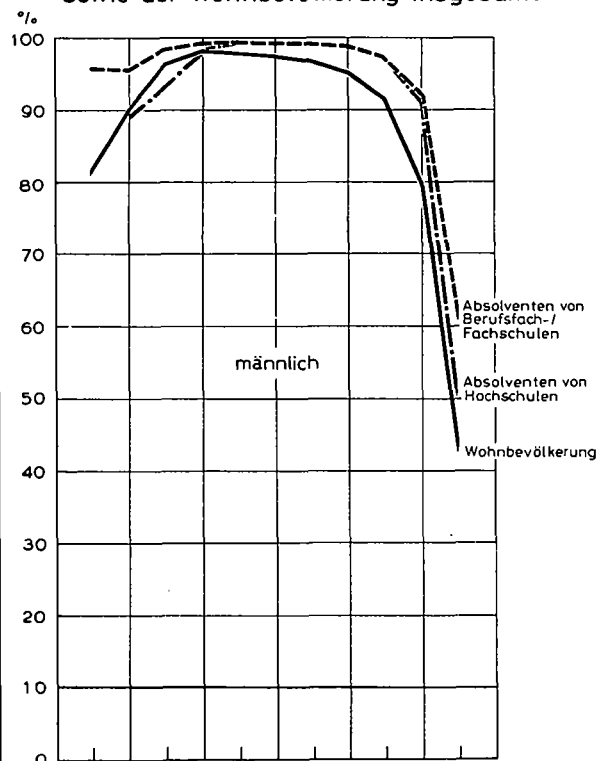
Als Gradmesser für die Beteiligung am Erwerbsleben dient gewöhnlich die sogenannte Erwerbsquote, das ist der Anteil der Erwerbspersonen an der Gesamtbevölkerung oder an einer Bevölkerungsgruppe. Diese Erwerbsquote beträgt bei den Fachschulabsolventen 88,8 % und bei den Hochschulabsolventen 84,3 %, bei der Wohnbevölkerung – aus Vergleichsgründen beschränkt auf die Personen im Alter von 20 und mehr Jahren – hingegen lediglich 65,3 %. Auch bei der Berechnung altersspezifischer Erwerbsquoten nach Geschlecht zeigen sich diese Differenzierungen, vor allem bei den Frauen.

Wie das *Schaubild* auf S. 16 zeigt, liegen die Erwerbsquoten der männlichen Fachschul- und Hochschulabsolventen aller Altersgruppen – mit Ausnahme der Hochschulabsolventen bis zum Alter von 35 Jahren – über den entsprechenden Erwerbsziffern der Wohnbevölkerung insgesamt. Diese Ausnahme dürfte in der verhältnismäßig langen Studiendauer gerade der männlichen Hochschulabsolventen begründet sein, da ja vielfach an eine erste Abschlußprüfung eine noch weitergehende Ausbildung angeschlossen wird (z. B. Doktorat). Die Unterschiede zwischen den Erwerbsquoten werden sehr deutlich vom 55. Altersjahr an. So stehen beispielsweise von den Fachschul- bzw. Hochschulabsolventen der Altersgruppe 60 bis unter 65 Jahre noch 92,2 % bzw. 91,1 % im Erwerbsleben, bei der Wohnbevölkerung insgesamt sind es lediglich 79,5 %. Noch deutlicher, und zwar ausnahmslos über alle Altersgruppen hinweg, sind die Unterschiede beim weiblichen Geschlecht ausgeprägt. Wie bei den männlichen Fachschul- und Hochschulabsolventen entspricht zwar auch bei den weiblichen Fachschul- und Hochschulabsolventen die nach den altersspezifischen Erwerbsquoten gezeichnete Kurve in der Tendenz dem Bild bei der Gesamtbevölkerung. Indessen sind jedoch die Abstände der Erwerbsquoten beträchtlich größer als beim männlichen Geschlecht. So sind, um nur ein Beispiel zu nennen, von 100 Fachschul- bzw. Hochschulabsolventinnen im Alter von 50 bis unter 55 Jahren immerhin 80 bzw. 73 Erwerbspersonen, von 100 der weiblichen Wohnbevölkerung überhaupt dagegen nur 49. Es scheint, daß die Faktoren, die Frauen normalerweise zur Aufgabe der Erwerbstätigkeit veranlassen (Verheiratung, Fürsorge für die Familie u. ä.), Fachschul- bzw. Hochschulabsolventinnen nicht in demselben Maße davon abhalten, erwerbstätig zu sein oder berufstätig zu bleiben. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß die Verheirateten unter der weiblichen Wohnbevölkerung im Alter von 20 und mehr Jahren 61,0 % ausmachen, bei den Fachschul- bzw. Hochschulabsolventinnen dagegen nur 33,7 % bzw. 45,7 %. Ein weiterer Grund für die höhere Erwerbsquote der Absolventinnen von Fach- und Hochschulen dürfte in der Sozialstruktur dieses Personenkreises zu suchen sein. Die Ausbildung an einer Fachschule und noch mehr an einer Hochschule tendiert vielfach zu freiberuflichen Tätigkeiten, die zum einen nicht an die gewissermaßen starren Bedingungen eines Arbeitsverhältnisses in abhängiger Stellung gebunden sind, zum anderen auch viel eher als sonst bei Verheirateten zu mithelfender Erwerbstätigkeit bei Ehepartnern führen. Daß es sich im letzteren Falle oftmals um nur geringfügige Tätigkeiten hinsichtlich des Arbeitsaufwandes an Zeit handelt, ist für die Ermittlung der Erwerbsquote nach dem sogenannten Umfassenden Konzept¹ der Volks- und Berufszählung 1961 belanglos; geringfügige und die Arbeitszeit voll ausfüllende Erwerbstätigkeiten werden nämlich nach diesem Zählungsmodus gleich behandelt. Schließlich scheint die Ausbildung an einer Fach- oder Hochschule schlechthin ein erhöhter Ansporn zu sein, die erworbenen Kenntnisse praktisch tatsächlich auch zu verwerten. Anders läßt es sich wohl kaum deuten, daß die bis dahin erklärlicherweise sinkende altersspezifische Erwerbsquote der Frauen von der Altersgruppe 35 bis unter 40 Jahre ab wieder ansteigt, und zwar bei den Fachschul- bzw. Hochschulabsolventinnen in wesentlich stärkerem Maße als bei der weiblichen Wohnbevölkerung überhaupt. Es bleibt noch auf eine Besonderheit der Erwerbsquote bei den Hochschulabsolventinnen hinzuweisen. Während die Erwerbsziffer der Fachschulabsolventinnen bis zur Altersgruppe 55 bis unter 60 Jahre noch steigt im Vergleich zu den darunter liegenden Altersgruppen, fällt sie bei den Hochschulabsolventinnen bereits ab der Altersgruppe 45 bis unter 50 Jahre, und zwar in etwas stärkerem Grade als bei der gesamten weiblichen Wohnbevölkerung.

Faßt man die nach Geschlechtern getrennte Erwerbsquote zu einer Gesamterwerbsziffer zusammen, so ergibt sich eine als verhältnismäßig stark zu bezeichnende Differenzierung

¹ Vgl. hierzu auch die Definition in dem Beitrag „Unterhaltsquellen und Erwerbstätigkeit der Bevölkerung am 6. Juni 1961“ in Heft 10/1963 dieser Zeitschrift (S. 282 ff.).

Altersspezifische Erwerbsquoten der Personen mit abgeschlossener Ausbildung an einer Berufsfach-/Fachschule oder Hochschule sowie der Wohnbevölkerung insgesamt



8 65

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

zwischen Fachschul- und Hochschulabsolventinnen und der Wohnbevölkerung, vor allem in den Altersgruppen zwischen dem 35. und 55. Lebensjahr, aber auch in der Altersgruppe, die man gewöhnlich schon dem beruflichen Ruhestand zurechnet: Von 100 der Wohnbevölkerung im Alter von 65 bis unter 70 standen Mitte 1961 noch 29 im Erwerbsleben, von 100 Fachschul- bzw. Hochschulabsolventen dagegen 61 bzw. 46.

Besteht tatsächlich ein Bildungsgefälle zwischen Stadt und Land?

Es gibt gewiß mancherlei Möglichkeiten, die heute oft gestellte Frage, ob es ein Bildungsgefälle zwischen Stadt und Land gibt, zu beantworten. Auch mit dem Zahlenmaterial und den Erhebungsmethoden der amtlichen Statistik können mehrere Wege zu einer diesbezüglichen Aussage gewählt werden. Aus dem bis jetzt aufbereiteten Teil der Volks- und Berufszählung 1961 jedoch lassen sich nur zwei Fragen direkt beantworten, nämlich die regionale Verteilung der Fachschul- und Hochschulabsolventen und die Verteilung nach Gemeindegrößenklassen. Es kann aber mit guter Begründung gesagt werden, daß diese beiden Fragen einen wesentlichen Teil des gesamten Problems beleuchten.

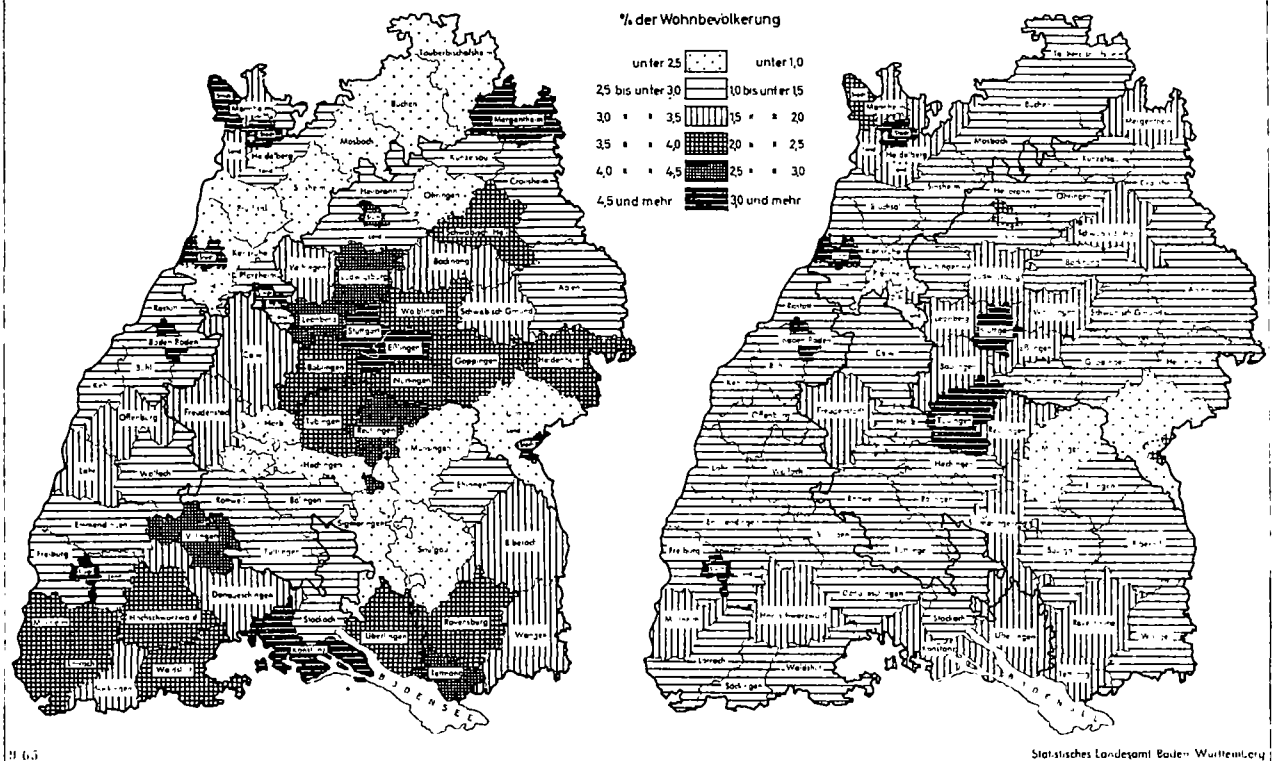
Zur Darstellung der regionalen Verteilung der Fachschul- und Hochschulabsolventen bezieht man zweckmäßigerweise diesen Personenkreis auf die Wohnbevölkerung, und zwar auf die Gesamtbevölkerung ohne Altersbegrenzung, da ja die Tätigkeit und der Einsatz der Absolventen der meisten Fachrichtungen, geradezu typisch beispielsweise bei den Gesundheitspflegerischen Berufen, auf die Bevölkerung insgesamt ausgerichtet ist. Zunächst zu den Fachschulabsolventen: Das Schaubild auf S. 18 zeigt beachtliche Unterschiede der regionalen Anteilsquoten der Fachschulabsolventen, die in der Spanne von 1,7% im Landkreis Hechingen bis zu 6,7% im Stadtkreis Freiburg im Breisgau reichen. Verhältnismäßig hohe Prozentsätze an Fachschulabsolventen haben sämtliche Stadtkreise, außerdem die ebenfalls stark industrieorientierten und vom Fremdenverkehr frequentierten Landkreise aufzuweisen, und zwar als Folge davon, daß das dort vorherrschende Produzierende und Dienstleistungsgewerbe wie auch Handel und Verkehr Fachschulabsolventen in großer Zahl benötigen. Als Beispiele für die mehr auf Industrie ausgerichteten Gebiete seien die an den Stadtkreis Stuttgart direkt angrenzenden Landkreise sowie, um nur einige zu nennen, die Landkreise Göppingen, Heidenheim, Nürtingen, Reutlingen und Tübingen aufgeführt. Zur zweiten Gruppe, nämlich der fremdenverkehrsmäßig bevorzugten Landkreise, gehören beispielsweise die Schwarzwaldkreise Hochschwarzwald, Villingen und Waldshut sowie die Bodenseeanrainer Konstanz, Überlingen und Tettnang, wobei allerdings bei dem letztgenannten Landkreis zusammen mit Ravensburg der Einfluß des Produzierenden Gewerbes nicht zu gering sein dürfte. Kleinere Anteilsquoten von Fachschulabsolventen haben die mehr landwirtschaftlich ausgerichteten Gebiete, wie zum Beispiel die Landkreise Hechingen, Horb, Münsingen, Saulgau, Sigmaringen, Ulm, Bruchsal, Buchen, Mosbach, Sinsheim und Tauberbischofsheim.

Bei der entsprechenden Untersuchung über die Verteilung der Hochschulabsolventen zeigen sich keine so deutlichen Unterschiede, wie schon aus der Helligkeitsverteilung des für die Hochschulabsolventen mit geringeren Schwellenwerten als für die Fachschulabsolventen gezeichneten Schaubildes hervorgeht. Zwar treten auch hier die Stadtkreise und, wie besonders zu erwähnen ist, der Landkreis Tübingen mit der weitbekannten Universität optisch hervor; im übrigen aber zeigen die restierenden Gebiete ein einheitlicheres Bild, wenn auch die bei den Fachschulabsolventen einzeln genannten Gebiete hier unter denselben Gesichtspunkten ebenfalls anzusprechen wären. Der Grund für diese weniger unterschiedliche Verteilung dürfte wohl darin zu finden sein, daß ein gewissermaßen konstanter Basisbedarf an Hochschulabsolventen, vor allem der Fachrichtungen Erziehung- und Gesundheitswesen, in allen Gebieten besteht und einen Niederschlag in der verhält-

Tabelle 3 Regionale Verteilung der Personen mit abgeschlossener Ausbildung an einer Berufsfach-/Fachschule oder an einer Hochschule

Stadtkreis / Landkreis Regierungsbezirk Land		Wohnbe- völkerung	darunter Personen mit abgeschlossener Ausbildung an einer													
			Berufsfach- / Fachschule	von diesen waren					Hochschule	von diesen waren						
				Erwerbs- personen	ausgebildet in den Fachrichtungen			Erwerbs- personen		ausgebildet in den Fachrichtungen						
					Gewerb- liche, Tech- nische, Natur- wiss.	Theo- log. u. Er- zie- hung, Geis- tes- wiss.	Gesund- heits- wesen			Gewerb- liche, Techn., Natur- wiss.	Theolog. und Er- ziehung, Geistes- wiss.	Gesund- heits- wesen				
		Anzahl	%	Anzahl	%		%	Anzahl	%	Anzahl	%		%			
Stuttgart	Stadtkr.	637 539	39 281	6,2	34 815	88,6	30,9	4,1	11,9	18 879	3,0	16 273	86,2	23,5	18,2	12,5
Heilbronn	"	89 100	3 891	4,4	3 444	88,5	32,6	3,7	12,4	1 826	2,0	1 565	85,7	18,5	25,5	17,5
Ulm	"	92 701	4 787	5,2	4 234	88,4	33,6	3,6	14,7	2 194	2,4	1 895	86,4	24,1	23,8	14,0
Aalen	Landkr.	142 126	3 953	2,8	3 478	88,0	31,5	3,7	11,3	1 765	1,2	1 506	85,3	13,7	39,2	13,9
Backnang	"	89 362	2 893	3,2	2 545	88,0	36,6	3,4	10,6	1 111	1,2	955	86,0	22,3	37,1	14,0
Böblingen	"	145 616	5 707	3,9	5 049	88,5	38,7	3,3	7,5	2 152	1,5	1 861	86,5	22,7	28,3	12,3
Crailsheim	"	63 325	1 703	2,7	1 539	90,4	18,0	3,8	11,5	681	1,1	600	88,1	5,9	53,6	15,1
Esslingen	"	198 579	9 244	4,7	8 187	88,6	38,4	3,2	7,4	3 365	1,7	2 881	85,6	22,7	28,3	12,7
Göppingen	"	201 967	7 622	3,8	6 903	90,6	33,1	3,6	10,6	2 471	1,2	2 127	86,1	15,2	35,0	18,7
Heidenheim	"	113 453	4 278	3,8	3 832	89,6	38,1	3,3	10,1	1 619	1,4	1 415	87,4	25,0	32,1	14,8
Heilbronn	"	162 658	4 503	2,8	4 045	89,8	26,2	3,6	13,8	1 565	1,0	1 362	87,0	10,7	46,6	16,9
Künzelsau	"	30 948	848	2,7	763	90,0	23,0	3,5	8,4	388	1,3	341	87,9	12,1	46,6	16,0
Leonberg	"	99 219	4 375	4,4	3 825	87,4	34,9	3,8	10,1	1 857	1,9	1 581	85,1	24,0	27,3	12,4
Ludwigsburg	"	243 849	10 373	4,3	9 206	88,7	32,3	3,4	9,5	3 617	1,5	3 150	87,1	19,2	30,1	15,1
Mergentheim	"	40 349	1 909	4,7	1 761	92,2	16,0	3,3	22,8	649	1,6	527	81,2	6,9	36,5	24,3
Nürtingen	"	131 620	4 740	3,6	4 239	89,4	39,2	3,5	9,2	1 747	1,3	1 489	85,2	16,0	37,4	14,9
Öhringen	"	43 587	981	2,3	865	88,2	21,3	3,4	9,0	487	1,1	420	86,2	9,4	46,4	14,2
Schwäbisch Gmünd	"	100 501	3 094	3,1	2 740	88,6	28,8	4,7	12,8	1 377	1,4	1 174	85,3	10,7	41,8	15,4
Schwäbisch Hall	"	59 273	2 060	3,5	1 855	90,0	21,0	3,3	19,5	863	1,5	735	85,2	10,7	40,1	14,7
Ulm	"	82 926	1 908	2,3	1 740	91,2	28,2	4,1	9,7	735	0,9	658	89,5	10,2	53,9	13,9
Vaihingen	"	75 392	2 303	3,1	2 097	91,1	31,1	3,1	9,4	771	1,0	682	88,5	13,0	46,3	14,8
Waiblingen	"	193 688	7 643	3,9	6 832	89,4	34,5	3,2	11,3	3 000	1,5	2 601	86,7	21,4	30,6	12,8
Nordwürttemberg		3 037 778	128 096	4,2	113 994	89,0	32,3	3,7	11,2	53 119	1,7	45 798	86,2	20,0	28,3	14,0
Karlsruhe	Stadtkr.	241 929	13 178	5,4	11 248	85,4	30,8	3,7	12,8	8 069	3,3	6 762	83,8	26,5	18,8	11,5
Heidelberg	"	125 264	6 987	5,6	6 082	87,0	19,9	4,9	26,2	5 758	4,6	4 548	79,0	14,5	24,0	17,1
Mannheim	"	313 890	15 386	4,9	13 683	88,9	34,9	3,6	11,0	6 889	2,2	5 983	86,8	24,8	19,8	13,4
Pforzheim	"	82 524	4 257	5,2	3 818	89,7	31,2	2,8	13,1	1 584	1,9	1 362	86,0	19,7	25,1	18,3
Bruchsal	Landkr.	119 009	2 717	2,3	2 475	91,1	28,0	3,4	11,9	1 205	1,0	1 046	86,8	12,1	42,3	15,5
Buchen	"	62 073	1 407	2,3	1 257	89,3	23,5	3,5	14,8	686	1,1	602	87,8	6,7	54,5	16,2
Heidelberg	"	146 816	4 193	2,9	3 716	88,6	27,7	4,0	16,8	2 237	1,5	1 792	80,1	14,0	34,6	15,1
Karlsruhe	"	166 460	4 041	2,4	3 608	89,3	33,8	2,9	9,4	1 768	1,1	1 513	85,6	20,8	35,0	13,1
Mannheim	"	158 860	5 428	3,4	4 805	88,5	34,0	3,3	8,6	2 491	1,6	2 096	84,1	19,7	30,2	13,2
Mosbach	"	64 467	1 425	2,2	1 268	89,0	23,4	4,0	15,8	734	1,1	620	84,5	8,7	44,4	15,8
Pforzheim	"	63 088	1 568	2,5	1 446	92,2	38,5	3,1	6,6	463	0,7	407	87,9	17,9	43,8	16,2
Sinsheim	"	76 202	1 523	2,0	1 370	90,0	20,1	3,8	16,5	730	1,0	624	85,5	7,4	45,8	17,3
Tauberbischofsheim	"	76 436	1 799	2,4	1 572	87,4	23,2	3,8	14,3	957	1,3	814	85,1	8,9	47,5	15,4
Nordbaden		1 697 018	63 909	3,8	56 348	88,2	30,2	3,7	13,0	33 571	2,0	28 169	83,9	19,8	26,8	14,3
Freiburg i. Br.	Stadtkr.	145 016	9 745	6,7	8 185	84,0	17,9	4,2	19,9	6 547	4,5	4 952	75,6	13,0	21,5	16,9
Baden-Baden	"	40 029	2 240	5,6	1 947	86,9	19,2	4,1	18,4	1 383	3,5	1 066	77,1	10,8	21,5	15,6
Bühl	Landkr.	79 859	2 256	2,8	2 013	89,2	22,9	4,9	18,5	914	1,1	766	83,8	11,3	38,5	17,8
Donaueschingen	"	66 519	2 155	3,2	1 924	89,3	32,6	4,5	11,2	675	1,0	600	88,9	9,6	48,1	14,4
Emmendingen	"	102 345	2 994	2,9	2 717	90,7	25,0	3,7	22,0	1 035	1,0	878	84,8	10,5	39,1	18,3
Freiburg	"	76 886	2 039	2,7	1 816	89,1	25,6	3,3	14,1	1 083	1,4	879	81,2	12,4	34,9	16,4
Hochschwarzwald	"	42 001	1 646	3,9	1 505	91,4	19,6	9,5	18,8	699	1,7	593	84,8	8,7	40,5	18,3
Kehl	"	53 222	1 405	2,6	1 268	90,2	21,8	3,5	16,1	507	1,0	438	86,4	8,3	44,4	20,9
Konstanz	"	158 337	7 461	4,7	6 587	88,3	28,3	3,5	13,5	2 931	1,9	2 404	82,0	16,6	27,0	17,9
Lahr	"	80 301	2 416	3,0	2 177	90,1	22,9	5,0	14,5	868	1,1	737	84,9	10,6	42,3	17,9
Lörrach	"	136 333	4 890	3,6	4 373	89,4	33,0	3,5	12,6	1 818	1,3	1 539	84,7	15,3	35,0	16,1
Müllheim	"	54 471	1 956	3,6	1 776	90,8	23,3	4,7	22,6	867	1,6	712	82,1	11,8	32,5	21,5
Offenburg	"	98 555	3 254	3,3	2 870	88,2	25,1	3,8	16,5	1 414	1,4	1 208	85,4	10,5	38,4	16,4
Rastatt	"	119 139	3 410	2,9	3 065	89,9	32,0	3,3	12,2	1 309	1,1	1 130	86,3	14,7	37,7	15,6
Säckingen	"	65 797	2 137	3,2	1 944	91,0	34,1	4,4	14,9	869	1,3	753	86,7	17,5	36,7	19,0
Stockach	"	47 219	1 290	2,7	1 154	89,5	26,4	3,6	14,0	466	1,0	401	86,1	6,7	47,0	17,8
Überlingen	"	58 812	1 991	3,4	1 759	88,3	27,5	3,3	16,5	1 092	1,9	823	75,4	13,3	31,3	13,8
Villingen	"	83 312	3 347	4,0	3 019	90,2	32,9	6,4	16,1	1 159	1,4	969	83,6	12,4	37,6	16,0
Waldshut	"	65 266	2 257	3,5	2 031	90,0	28,6	3,7	12,4	818	1,3	715	87,4	11,6	42,7	17,2
Wolfach	"	52 742	1 379	2,6	1 249	90,6	26,8	5,3	18,6	555	1,1	469	84,5	8,1	45,6	15,9
Südbaden		1 626 161	60 268	3,7	53 379	88,6	26,0	4,3	16,2	27 009	1,7	22 032	81,6	12,7	32,2	17,0
Balingen	Landkr.	98 127	2 722	2,8	2 485	91,3	34,9	3,5	11,8	1 027	1,0	905	88,1	8,2	43,4	18,9
Biberach	"	100 043	2 957	3,0	2 733	92,4	29,6	3,6	16,7	1 227	1,2	1 066	86,9	12,0	39,7	19,4
Calw	"	117 745	3 771	3,2	3 352	88,9	28,5	4,0	20,1	1 537	1,3	1 274	82,9	9,6	39,2	19,1
Ehingen	"	43 432	1 167	2,7	1 079	92,5	26,5	5,1	17,6	508	1,2	442	87,0	9,4	51,2	13,4
Freudenstadt	"	58 409	1 768	3,0	1 571	88,9	26,9	7,8	17,4	850	1,5	679	79,9	8,8	35,2	19,5
Heddingen	"	50 777	878	1,7	797	90,8	32,7	4,0	13,4	560	1,1	471	84,1	7,0	43,9	13,2
Horb	"	42 168</														

Regionale Anteilsquoten der Personen mit abgeschlossener Ausbildung an einer Berufsfach-/Fachschule Hochschule



nismäßig wenig differenzierten regionalen Verteilung der Hochschulabsolventen findet.

Im Gegensatz zu den Unterschieden der regionalen Verteilung von Fachschul- und Hochschulabsolventen zeigen sich bei der Gliederung nach Gemeindegrößenklassen einheitliche Tendenzen. Der Anteil der Personen mit qualifiziertem schulischem Abschluß steigt nämlich mit wachsender Gemeindegröße kontinuierlich. Haben in den Gemeinden mit 500 bis unter 1000 Einwohnern durchschnittlich 1,7 % der Bevölkerung eine abgeschlossene Ausbildung an einer Berufsfach- oder Fachschule aufzuweisen, so sind es in den Gemeinden von

5000 bis unter 10 000 Einwohnern schon 3,8 % und in den Gemeinden von 50 000 bis unter 100 000 Einwohnern 5,3 %. Die entsprechenden Quoten für Hochschulabsolventen betragen 0,7 %, 1,6 % und 2,2 %. Insgesamt gesehen liegt der Anteil der Fachschul- bzw. Hochschulabsolventen in den Gemeinden bis unter 10 000 Einwohnern niedriger als im Gesamtdurchschnitt, umgekehrt in den Gemeinden ab 10 000 Einwohnern höher (vgl. hierzu auch das nebenstehende Schaubild).

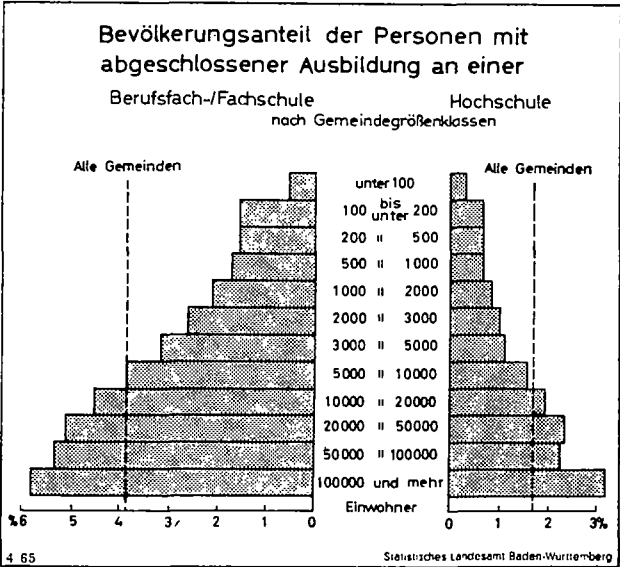
In diesem Zusammenhang ist auch aufschlußreich, daß der Anteil der noch in der Ausbildung stehenden Schüler und Studierenden im Alter von 15 bis unter 20 Jahren mit stei-

Tabelle 4 Personen mit abgeschlossener Ausbildung an einer Berufsfach-/Fachschule oder an einer Hochschule nach Gemeindegrößenklassen

Gemeindegrößenklassen (von ... bis unter ... Einwohner)	Wohnbevölkerung	darunter Personen mit abgeschlossener Ausbildung an einer											
		von diesen waren						von diesen waren					
		Berufsfach-/Fachschule		ausgebildet in den Fachrichtungen				Hochschule		ausgebildet in den Fachrichtungen			
		Anzahl	%	Erwerbspersonen	Gewerbliche, Technische, Naturwiss.	Theologische, Erziehungs-, Geisteswiss.	Gesundheitswiss.	Anzahl	%	Erwerbspersonen	Gewerbliche, Technische, Naturwiss.	Theologische, Erziehungs-, Geisteswiss.	Gesundheitswiss.
unter 100	1 260	6	0,5	6	100	33,3	-	16,7	4	0,3	4	100	25,0
100 bis unter 200	26 908	401	1,5	382	95,3	9,0	4,2	4,2	191	0,7	175	91,6	4,2
200 " " 500	312 587	4 819	1,5	4 465	92,7	18,2	4,0	9,2	2 082	0,7	1 845	88,6	4,3
500 " " 1 000	662 674	11 511	1,7	10 667	92,7	23,0	5,8	14,9	4 927	0,7	4 345	88,2	5,9
1 000 " " 2 000	1 001 819	20 691	2,1	18 834	91,0	28,7	4,3	13,6	8 050	0,8	7 003	87,0	8,9
2 000 " " 3 000	594 318	15 554	2,6	14 007	90,1	30,2	4,0	12,8	5 738	1,0	4 900	85,4	10,4
3 000 " " 5 000	781 863	24 118	3,1	21 768	90,3	31,7	3,7	12,5	8 769	1,1	7 542	86,0	13,4
5 000 " " 10 000	867 283	32 717	3,8	29 023	88,7	32,8	3,5	12,2	13 612	1,6	11 378	83,6	16,2
10 000 " " 20 000	593 671	26 824	4,5	23 768	88,6	30,6	3,3	15,1	11 358	1,9	9 456	83,3	15,2
20 000 " " 50 000	912 002	46 325	5,1	40 938	88,4	31,9	3,6	13,6	21 184	2,3	17 653	83,3	18,1
50 000 " " 100 000	541 131	28 758	5,3	25 353	88,2	32,8	3,5	11,9	12 019	2,2	10 159	84,5	20,1
100 000 " " 200 000	270 280	16 732	6,2	14 267	85,3	18,8	4,5	22,5	12 305	4,6	9 500	77,2	13,7
200 000 " " 500 000	555 819	28 564	5,1	24 931	87,3	33,0	3,6	11,8	14 958	2,7	12 745	85,2	25,7
500 000 und mehr	637 539	39 281	6,2	34 815	88,6	30,9	4,1	11,9	18 879	3,0	16 273	86,2	23,5
Insgesamt	7 759 154	296 301	3,8	263 224	88,8	30,3	3,8	13,4	134 076	1,7	112 978	84,3	17,2

gender Gemeindegrößenklasse größer wird. Die Quote der nach Erfüllung der gesetzlichen Schulpflicht weiter in Schul- oder Hochschulausbildung befindlichen Jugendlichen beläuft sich nämlich in Gemeinden von 500 bis unter 1000 Einwohnern auf durchschnittlich 8,8 %, in Gemeinden von 5000 bis unter 10 000 Einwohnern auf 17,5 % und in Gemeinden von 50 000 bis unter 100 000 Einwohnern auf 20,8 %; der Gesamtdurchschnitt für sämtliche Gemeinden beträgt 17,2 %. Wenn auch diesen Angaben gewisse Ungenauigkeiten deshalb anhaften, weil dabei auf den Ausbildungsort und derzeitigen Wohnort der Schüler und Studierenden (z. B. bei Internatsunterbringung) und nicht auf den Herkunftsort bzw. Wohnort der Eltern oder gesetzlichen Vertreter abgehoben ist, so wird doch wenigstens die Tendenz als der Wirklichkeit entsprechend angesehen werden können. Demnach stimmen die mit wachsender Gemeindegröße steigenden Anteile der bereits Ausgebildeten und der noch Auszubildenden hinsichtlich der Veränderungsrichtung durchaus überein.

Stimmt man dem Kriterium Gemeindegrößenklasse als Indiz oder wenigstens Merkmalskomponente für die Unterscheidung Stadt/Land zu, so hat die Frage nach dem Bildungsgefälle eine vielleicht nicht voll befriedigende, aber doch fundierte Antwort gefunden: Das Bildungsniveau, gemessen am Prozentsatz der Personen mit abgeschlossener Berufsfach-, Fach- oder Hochschulausbildung, ist im Durchschnitt je nach Gemeindegröße unterschiedlich; es scheint, daß die Be-



wohner größerer Gemeinden ein höhere Geneigtheit oder auch eine bessere Chance zur qualifizierten Ausbildung besitzen.
 Dr. Eberhard Gawatz

ABSCHNITT V

**Rechtsgrundlagen
und
Zählungsdrucksachen
der
Volks- und Berufszählung 1961**

Bundesgesetzblatt

Teil I

437

1961

Ausgegeben zu Bonn am 18. April 1961

Nr. 25

Gesetz über eine Zählung der Bevölkerung und der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten und Unternehmen im Jahre 1961 sowie über einen Verkehrszensus im Jahre 1962 (Volkszählungsgesetz 1961)

Vom 13. April 1961

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

(1) Am 6. Juni 1961 werden eine Volks- und Berufszählung mit Feststellungen über die bewohnten Gebäude sowie eine Zählung der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten und Unternehmen (allgemeine Arbeitsstättenzählung) durchgeführt.

(2) Am 30. September 1962 wird ein Verkehrszensus durchgeführt, der alle in § 5 Nr. 1 und 3 bezeichneten Arbeitsstätten und Unternehmen sowie bis zu 15 vom Hundert der in § 5 Nr. 2 bezeichneten Arbeitsstätten und Unternehmen umfaßt.

§ 2

Zu den in § 1 bezeichneten Zählungen können Probebefragungen und Kontrollbefragungen sowie eine Gebäudevorerhebung durchgeführt werden.

§ 3

Bei der Volks- und Berufszählung werden erhoben:

1. Als Merkmale zu Person, Familie und Haushalt
 - a) Angaben zur Person, Stellung zum Haushaltsvorstand, Religionszugehörigkeit, Staatsangehörigkeit, zweiter Wohnsitz; Zugang in den Geltungsbereich dieses Gesetzes, Angaben über Vertriebene, Sowjetzonenflüchtlinge, ehemalige Kriegsgefangene und Internierte; abgeschlossene Ausbildung an einer Berufsfach-, Fach- oder Hochschule;
 - b) für abwesende Haushaltsmitglieder außerdem Grund der Abwesenheit und Art der Unterkunft am Aufenthaltsort, für besuchsweise Anwesende Grund der Anwesenheit und ständiger Wohnort;
 - c) für bestehende Ehen das Eheschließungsjahr;
 - d) Stellung im Erwerbsleben; Arbeitsstätte, Umfang der Erwerbstätigkeit, ausgeübter Beruf, Stellung im Beruf;
 - e) für Personen mit getrennter Wohn- und Arbeits- bzw. Ausbildungsstätte, außerdem Angaben über den Weg zur Arbeits- bzw. Ausbildungsstätte;
 - f) für Inhaber oder Leiter einer nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätte, außerdem Angaben über die beschäftigten Personen.

2. Für bewohnte Gebäude, Bodenbewirtschaftung und Binnenfischerei

- a) Baujahr, Art und Ausstattung der Gebäude und ihre räumliche Einteilung;
- b) Größe der bewirtschafteten Bodenfläche, Beschäftigung familienfremder Arbeitskräfte; bei bewirtschafteten Gesamtflächen unter 0,5 ha Art der Nutzung;
- c) Bestand und Art von Binnenfischereibetrieben.

§ 4

Bei der allgemeinen Arbeitsstättenzählung werden erhoben:

1. Art der Arbeitsstätten und Unternehmen und der ausgeübten Tätigkeiten;
2. Zahl und Art der Voll- und Teilbeschäftigten;
3. Rechtsform der Unternehmen;
4. Unternehmen von Vertriebenen und Sowjetzonenflüchtlingen;
5. Art der vorhandenen Transportmittel und Verkehrseinrichtungen sowie Zahl der vorhandenen Kraftfahrzeuge.

§ 5

Bei dem Verkehrszensus 1962 werden erhoben:

1. Bei Arbeitsstätten und Unternehmen des gewerblichen Verkehrs
 - a) Art und Tätigkeiten dieser Arbeitsstätten und Unternehmen;
 - b) Zahl der Voll- und Teilbeschäftigten nach der Art ihrer im Verkehr ausgeübten Funktionen und nach der Stellung im Betrieb sowie die von ihnen in einem Monat geleisteten Arbeitsstunden;
 - c) Zahl, Art und Kapazität der Transportmittel und Verkehrseinrichtungen;
 - d) Umsatzstruktur, Aufwendungen für wichtige Fremdleistungen und für Löhne und Gehälter im Geschäftsjahr 1961;
 - e) Anschaffung und Verkauf von Anlagevermögen in den Geschäftsjahren 1960 und 1961
2. Bei Arbeitsstätten und Unternehmen mit Werkverkehr
 - a) Art und Tätigkeiten dieser Arbeitsstätten und Unternehmen im Verkehr;
 - b) Zahl der Voll- und Teilbeschäftigten nach der Art ihrer im Verkehr ausgeübten Funktionen sowie die von ihnen in einem Monat geleisteten Arbeitsstunden;

- c) Zahl, Art und Kapazität der selbst genutzten Transportmittel und Verkehrseinrichtungen.
3. Bei Arbeitsstätten und Unternehmen, die neben anderen Tätigkeiten auch Verkehrsleistungen für fremde Rechnung ausführen, außer den Angaben zu Nummer 2 auch Angaben über die Erlöse für diese Verkehrsleistungen im Geschäftsjahr 1961.

§ 6

Auskunftspflichtig sind

1. für die Volks- und Berufszählung die Haushaltsvorstände und die volljährigen Mitglieder der Haushalte sowie die Grundstücks- bzw. Gebäudeeigentümer oder -verwalter oder deren Vertreter;
2. für die allgemeine Arbeitsstättenzählung sowie für den Verkehrszensus die Inhaber oder Leiter der Arbeitsstätten und Unternehmen.

§ 7

(1) Die Landesregierungen bestimmen die Erhebungsstellen.

(2) Zur Übernahme der ehrenamtlichen Zählertätigkeit ist jeder Deutsche vom 18. Lebensjahr an verpflichtet. Die Zählertätigkeit darf nur aus wichtigem Grunde abgelehnt werden. Jugendliche, die das 16. Lebensjahr vollendet haben, können mit Zustimmung des Erziehungsberechtigten als Zähler eingesetzt werden.

(3) Der Zähler ist berechtigt und verpflichtet, die notwendigen Eintragungen selbst vorzunehmen, soweit dies zur Erfüllung des Zählungszweckes erforderlich und der Auskunftspflichtige hiermit einverstanden ist.

§ 8

(1) Der Bund, die Länder, die Gemeinden, Gemeindeverbände und sonstige Körperschaften des öffentlichen Rechts sind verpflichtet, ihre Bediensteten auf Anforderung der Erhebungsstellen für die Zählertätigkeit zur Verfügung zu stellen.

(2) Lebenswichtige Tätigkeit öffentlicher Dienste darf durch diese Verpflichtung nicht unterbrochen werden.

§ 9

(1) Alle mit den Zählungen und Befragungen nach §§ 1 und 2 sowie mit der Bearbeitung der Zählpapiere befaßten Personen sind zur Verschwiegenheit über alle persönlichen und sachlichen Angaben verpflichtet, die bei der Zählung zu ihrer Kenntnis gelangen. Die Vorschriften des § 12 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1314) bleiben unberührt.

(2) Die Weiterleitung von Einzelangaben nach §§ 3 und 4 mit Ausnahme der Angaben über Namen und Anschrift der befragten Personen, Arbeitsstätten und Unternehmen für wissenschaftliche Zwecke ist zugelassen, wenn die Geheimhaltung (§ 12 Abs. 1 und 4 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke) gewährleistet ist.

(3) Die Gebäude- und Haushaltslisten der Volks- und Berufszählung können mit entsprechenden Unterlagen der Gemeinden verglichen werden; die Angaben über den Vor- und Zunamen, das Geburtsdatum und die Anschrift können zur Berichtigung der Melderegister benutzt werden.

§ 10

Der Bund gewährt den Ländern zum Ausgleich der Mehrbelastungen, die ihnen und den Gemeinden durch dieses Gesetz und die damit zusammenhängenden ergänzenden Zählungen der Landwirtschaft und des Handels auferlegt werden, eine Finanzausweisung in Höhe von 1,35 DM je Einwohner. Maßgebend ist die Wohnbevölkerung, die das Statistische Bundesamt für den 6. Juni 1961 feststellt. Die Finanzausweisung ist in drei gleichen Teilbeträgen am 1. Juli 1961, 1. Juli 1962 und 1. Juli 1963 zu zahlen.

§ 11

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

§ 12

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 13. April 1961

Der Bundespräsident
Lübke

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Ludwig Erhard

Der Bundesminister des Innern
Dr. Schröder

Auszug aus:

Staatsanzeiger für Baden-Württemberg

Stuttgart 22. 4. 1961

Verordnung der Landesregierung zur Durchführung des Volkszählungsgesetzes 1961.

Vom 19. April 1961.

Auf Grund des § 7 des Gesetzes über eine Zählung der Bevölkerung und der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten und Unternehmen im Jahre 1961 sowie über einen Verkehrszensus im Jahre 1962 (Volkszählungsgesetz 1961) vom 13. April 1961 (BGBl. I S. 437) wird verordnet:

§ 1

Erhebungsstellen sind die Gemeinden. Sie bestellen geeignete Personen als ehrenamtliche Zähler.

§ 2

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 19. April 1961 in Kraft.

Die Regierung des Landes Baden-Württemberg

Dr. Wolfgang Haußmann

Dr. Storz

Dr. Hermann Müller

Dr. Leuze

Leibfried

Schüttler

Schwarz

Staatsanzeiger für Baden-Württemberg

Stuttgart 22. 4. 1961

Anordnung der Landesregierung zur Durchführung des Volkszählungsgesetzes 1961.

Vom 19. April 1961.

Nach § 1 Abs. 1 des Gesetzes über eine Zählung der Bevölkerung und der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten und Unternehmen im Jahre 1961 sowie über einen Verkehrszensus im Jahre 1962 (Volkszählungsgesetz 1961) vom 13. April 1961 (BGBl. I S. 437) wird am 6. Juni 1961 eine Volks- und Berufszählung mit Feststellungen über die bewohnten Gebäude sowie eine Zählung der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten und Unternehmen (allgemeine Arbeitsstättenzählung) stattfinden.

Zur Durchführung dieser Zählungen wird angeordnet:

1. Die Durchführung der Zählungen obliegt dem Statistischen Landesamt und den Erhebungsstellen (Gemeinden). Das Statistische Landesamt erteilt hierzu die erforderlichen technischen Anweisungen.

2. Die Behörden des Bundes, des Landes, der Gemeinden, der Gemeindeverbände und der sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts sind nach dem Gesetz verpflichtet, ihre Bediensteten in dem von den Erhebungsstellen angeforderten Umfang zur Ausübung der Zählertätigkeit zur Verfügung zu stellen.

Lebenswichtige Tätigkeit öffentlicher Dienste darf durch diese Verpflichtung nicht unterbrochen werden, gleichviel, ob es sich um den technischen Dienst lebenswichtiger öffentlicher Betriebe (z. B. des Verkehrs, der Elektrizitäts- und Wasserversorgung usw.) handelt oder um sonstige lebenswichtige öffentliche Dienste (z. B. Polizei, Feuerwehr, Kranken- und Heilanstalten, Strafvollzugsbehörden usw.).

Die Erhebungsstellen können für ihre Einsatzplanung von den örtlichen Landesbehörden und -betrieben die erforderlichen Auskünfte über ihre einsatzfähigen Bediensteten einholen.

3. Im Bereich des Schul- und Bildungswesens sind außer den Lehrpersonen auch Schüler(-innen) der oberen Klassen, Fachschüler(-innen) und Studierende, soweit sie das 18. Lebensjahr vollendet haben, als Zähler heranzuziehen. Schüler(-innen) vom 16. Lebensjahr an können mit Zustimmung ihrer Erziehungsberechtigten als Zähler eingesetzt werden.

Die Erhebungsstellen können für ihre Einsatzplanung von den Schulleitern die erforderlichen Auskünfte über ihre einsatzfähigen Lehrpersonen und Schüler(-innen) einholen.

4. Die Leiter der Landesbehörden und -betriebe sind verpflichtet, den als Zähler herangezogenen Bediensteten für einen Arbeitstag oder für zwei halbe Arbeitstage nach dem Zählungstichtag Dienstbefreiung unter Fortzahlung der Bezüge zu gewähren. Dabei ist gegebenenfalls in Kauf zu nehmen, daß einzelne Dienststellen zeitweise für den Publikumsverkehr geschlossen bleiben müssen.

Für die Unterrichtsbefreiung von Lehrkräften und Schülern(-innen), die als Zähler eingesetzt werden, gilt Entsprechendes. Soweit der Schulunterricht durch diese Zählertätigkeit gehemmt wird, trifft das Kultusministerium die erforderlichen Anordnungen.

5. Den Erhebungsstellen wird empfohlen, einen „wichtigen Grund“ im Sinne des § 7 Abs. 2 Satz 2 des Volkszählungsgesetzes 1961 dann anzuerkennen, wenn die Voraussetzungen des § 16 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg vom 25. Juli 1955 (Ges. Bl. S. 129) vorliegen.

Den Behörden des Bundes, der Gemeinden, der Gemeindeverbände und der sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts wird empfohlen, entsprechend zu verfahren.

Die Regierung des Landes Baden-Württemberg

Drucksache Nr. 1

VOLKS-, BERUFS- UND ARBEITSSTATENZÄHLUNG 1961

Baden-Württemberg

GEBÄUDELISTE

Die Liste ist vom Gebäudeeigentümer oder dessen Vertreter
(z. B. dem Verwalter oder Hausmeister) auszufüllen.

Beachten Sie bitte beim Ausfüllen die Erläuterungen im Merkblatt, auf die durch Ziffern im ☐ verwiesen wird!

Regierungsbezirk:

Landkreis:

Gemeinde:

Gemeindeteil:

(Ort, Wohnplatz, Stadtteil)

Straße und Hausnummer:

Zählbezirk Nr.:

Gebäudeliste Nr.:

Eine Gebäudeliste ist auszufüllen für jedes bewohnte Gebäude, gleich welcher Art, also für

- jedes Mehrfamilienhaus, Ein- und Zweifamilienhaus, Bauernhaus u. dgl. und zwar auch dann, wenn das Gebäude vorübergehend leersteht (z. B. ein Wochenendhaus)
- jede behelfsmäßige Wohngelegenheit (Behelfsheim, Baracke, Wohnlaube, Nissenhütte, Waggon, Wohnschiff u. ä.) soweit sie zum Zeitpunkt der Zählung benutzt wird
- jedes Nichtwohngebäude mit ständig benutzter Wohngelegenheit, wie Fabrik- oder Verwaltungsgebäude mit Pflörtnerwohnung, Hotel, Gasthof oder Fremdenheim mit Wohnung u. dgl.

Für von ausländischen Streitkräften voll in Anspruch genommene Gebäude ist keine Gebäudeliste auszufüllen, es sei denn, sie sind privatrechtlich vom Gebäudeeigentümer vermietet.

A. ANGABEN ÜBER DEN GEBÄUDEEIGENTÜMER

1) Name und Anschrift des Eigentümers:

(Name und Vorname, Firma oder Behörde)

(Wohnort, Straße, Hausnummer) (Telefon Nr.)

Falls der Eigentümer die Liste nicht selbst ausfüllt:

Mit dem Ausfüllen der Gebäudeliste beauftragter Vertreter:

(Name und Vorname, Firma oder Behörde)

(Wohnort, Straße, Hausnummer) (Telefon Nr.)

2) Eigentümer des Gebäudes ist (Zutreffendes ankreuzen!) ①

Arbeiter
Angestellter
Beamter
Selbständiger Gewerbetreibender
Freiberuflich Tätiger
Selbständiger Landwirt
Sozialversicherungsrentner
Pensionär (nur öffentl. Dienst)
sonstiger Nichterwerbstätiger
eine Erbengemeinschaft

ein freies Wohnungsunternehmen
eine sonst. Firma od. ein sonst. priv. Unternehmen
der Bund
das Land
die Gemeinde
eine sonst. Körperschaft des öffentl. Rechts
ein gemeinnütziges Wohnungsunternehmen
(oder eine Heimstätte)

oder (bitte eintragen)

B. GEBÄUDEBESCHREIBUNG (Beachten Sie bitte die Erläuterungen zum Begriff des „Gebäudes“ im Merkblatt I)

Kreuzen Sie bei den Fragen, für die Antworten vorgedruckt sind, das zutreffende Kästchen ☒ an. Wenn für Ihre Antwort kein Kästchen vorgedruckt ist, schreiben Sie bitte die Antwort aus.

Lage des Gebäudes zur Straße	Art des Gebäudes		
1	2		
Freistehendes Haus ① <input type="checkbox"/>	Behelfsheim <input type="checkbox"/>	Einfamilienhaus <input type="checkbox"/>	Fabrikgebäude <input type="checkbox"/>
Reihenhaus <input type="checkbox"/>	Baracke <input type="checkbox"/>	Zweifamilienhaus <input type="checkbox"/>	Geschäftshaus <input type="checkbox"/>
Vordorgebäude <input type="checkbox"/>	Nissenhütte <input type="checkbox"/>	Mehrfamilienhaus <input type="checkbox"/>	Verwaltungsgebäude <input type="checkbox"/>
Hintergebäude <input type="checkbox"/>	Wohnlaube <input type="checkbox"/>	Bauernhaus <input type="checkbox"/>	Hotel <input type="checkbox"/>
Seitengebäude <input type="checkbox"/>	Sonstige behelfsmäßige Wohngelegenheit	Kleinsiedlerstelle <input type="checkbox"/>	Sonstiges Nichtwohngebäude:
Sonstige Lage zur Straße: (bitte eintragen)	(bitte eintragen)	Nebenerwerbsstelle <input type="checkbox"/>	(bitte eintragen)
		Sonstiges Wohngebäude: ①	Für hier angekreuzte bzw. eingetragene Gebäude entfällt die Beantwortung der weiteren Fragen auf der Vorderseite
		(bitte eintragen)	

→ Nur für Wohngebäude und behelfsmäßige Wohngelegenheiten ausfüllen: ←

Geschoßzahl ③	Baujahr ④	Bauart		Bedachung	
3	4	5a	5c	6a	6b
1 Geschoß <input type="checkbox"/>	vor 1870 <input type="checkbox"/>	massiv <input type="checkbox"/>	Stein <input type="checkbox"/>	Ziegel <input type="checkbox"/>	Neu gedeckt oder völlig erneuert ②
2 Geschoße <input type="checkbox"/>	1870 - 1900 <input type="checkbox"/>	behelfsmäßig <input type="checkbox"/>	Skelettbau <input type="checkbox"/>	Schiefer <input type="checkbox"/>	vor 1919 <input type="checkbox"/>
3 " <input type="checkbox"/>	1901 - 1918 <input type="checkbox"/>		Fachwerk <input type="checkbox"/>	Pappe auf Holz <input type="checkbox"/>	1919 - 1932 <input type="checkbox"/>
4 " <input type="checkbox"/>	1919 - 1932 <input type="checkbox"/>		Holz <input type="checkbox"/>	Pappe auf Beton <input type="checkbox"/>	1933 - 1948 <input type="checkbox"/>
5 " <input type="checkbox"/>	1933 - 1948 <input type="checkbox"/>		Sonstige Bauart: (bitte eintragen)	Metall (auch Wellblech) <input type="checkbox"/>	nach 1948 <input type="checkbox"/>
mehr als 5 " (Zahl eintragen)	nach 1948 (Jahr eintragen)	voll unterkellert <input type="checkbox"/>		Asbestzement, Elterit u. ä. <input type="checkbox"/>	Seit Erstellung des Gebäudes weder neu gedeckt noch völlig erneuert <input type="checkbox"/>
		teilweise unterkellert <input type="checkbox"/>		Sonstiger Dachbelag: ①	
		nicht unterkellert <input type="checkbox"/>		(bitte eintragen)	
Wasserversorgung		Abwasser- und Fäkalienbeseitigung ⑧		Toilette mit Wasserspülung (WC)	
7		8		9	
Anschluß an Wassernetz im Gebäude ⑥ <input type="checkbox"/>	Anschluß an Kanalisation für Abwasser und Fäkalien <input type="checkbox"/>	Für jede einzelne Wohnung des Gebäudes eigenes WC <input type="checkbox"/>		Für jede einzelne Wohnung des Gebäudes <input type="checkbox"/>	
Eigene Wasserversorgungsanlage mit Zapfstelle (Hahn) im Gebäude <input type="checkbox"/>	nur für Abwasser <input type="checkbox"/>	Für alle Wohnungen des Gebäudes nur gemeinsame WC's <input type="checkbox"/>		Nur für einen Teil der Wohnungen des Gebäudes <input type="checkbox"/>	
Sonstige Wasserversorgung (Pumpe oder Brunnen) im Gebäude <input type="checkbox"/>	nur für Fäkalien <input type="checkbox"/>	Nur für einen Teil der Wohnungen des Gebäudes eigenes oder gemeinsames WC <input type="checkbox"/>		Zahl der Wohnungen:	
Keine Wasserversorgung im Gebäude, dagegen aber auf dem Grundstück <input type="checkbox"/>	Hauskläranlage <input type="checkbox"/>	Kein WC im Gebäude <input type="checkbox"/>		Keine Wohnung mit Bad oder Dusche, aber Gemeinschaftsbad im Gebäude <input type="checkbox"/>	
Keine Wasserversorgung auf dem Grundstück <input type="checkbox"/>	Fäkalienabfuhr <input type="checkbox"/>			Kein Bad im Gebäude <input type="checkbox"/>	
	Ableitung ohne Kläranlage in Graben oder Bach <input type="checkbox"/>				
	Keine Fäkalienableitung oder -abfuhr <input type="checkbox"/>				

Bitte Rückseite noch ausfüllen ▼

C. VERZEICHNIS DER WOHNUNGEN, WERKSTÄTTEN, LÄDEN, BÜROS USW. IM GEBÄUDE

Was gilt als Wohnung? Eine Wohnung liegt vor, wenn folgende Merkmale vorhanden sind: a) eine eigene Küche oder Kochnische, b) ein eigener Wohnungseingang unmittelbar vom Treppenhause oder von einem Vorraum oder von außen. Hierbei ist es gleichgültig, ob in dieser Wohnungseinheit gegenwärtig ein oder mehrere Haushalte untergebracht sind, auch wenn für jeden dieser Haushalte eine eigene Kochgelegenheit eingerichtet wurde. Ein Einfamilienhaus gilt als eine Wohnung. In einem Zweifamilienhaus kann die zweite Wohnung eine Einliegerwohnung sein. Bei baulichen Anwesen gilt in der Regel das ganze Bauernhaus als eine Wohnung. Beachten Sie bitte ergänzend die ausführlichen Erläuterungen zum Begriff der „Wohnung“ im Merkblatt!

Wohnungen des Gebäudeeigentümers sind vom Eigentümer in seinem Gebäude selbst bewohnte Wohnungen; Eigentumswohnungen sind solche Wohnungen, die im Eigentumsrecht erworben (gekauft) und als solche in das Grundbuch eingetragen wurden. Reine Mietwohnungen sind alle Mietwohnungen, die nicht zu den „Sonstigen Mietwohnungen“ zählen. Sonstige Mietwohnungen sind Dienst-, Werks-, Stifts-, Berufs-, Geschäfts-mietwohnungen und Wohnungen im Dauerwohnrecht.

Lfd. Nr.	Lage		Zweckbestimmung z. B. Wohnung, Laden, Werkstätte, Fremdenheim, Wohnung mit Büro, Wohnung und Arztpraxis	Name des Wohnungsinhabers (Eigentümer im eigenen Haus, Wohnungseigentümer, Hauptmieter) oder Name der Firma usw. [jeweils in die mit „Wohnungsinhaber“ © gekennzeichnete Zeile eintragen!] (Gegenseitig „Leerstehend“ abtragen) In die folgenden schraffierten Zeilen werden die Namen evtl. Untermieterparteien vom Zähler nachgetragen]		Die Spalten 6 bis 9 sind nur für Wohnungen auszufüllen				Vom Zähler auszufüllen!		
	im Gebäude Keller- geschoß = K Erd- geschoß = E 1. Stock = 1 2. Stock = 2 usw. Dach- geschoß = D Ganzes Haus = G	innerhalb des Ge- schosses links = l mitte = m rechts = r ganzes Geschoß = g		Wohnungsart Wohnung des Gebäude- eigen- tümers = 1 Eigentums- wohnung = 2 Reine Miet- wohnung = 3 Sonstige Miet- wohnung = 4	Besitz die eigenen Wohn- ungs- ab- schluß?	Wohnung eine eigene Küche oder Koch- nische?	Zahl der Räume mit 6 und mehr qm © (einschl. der Küchen und gewerb- lich genutzten Wohn- räume)	Num- mer der Haus- halts- liste	Zahl der Per- sonen in der Haus- halts- liste	Bemerkungen		
Beispiel	1	5	Wohnung	Wohnungsinhaber oder Name der Firma	Karl Winter Eugen Bach	3	ja	ja	4			
				Untermieter- parteien								
1				Wohnungsinhaber oder Name der Firma								
				Untermieter- parteien								
2				Wohnungsinhaber oder Name der Firma								
				Untermieter- parteien								
3				Wohnungsinhaber oder Name der Firma								
				Untermieter- parteien								
4				Wohnungsinhaber oder Name der Firma								
				Untermieter- parteien								
5				Wohnungsinhaber oder Name der Firma								
				Untermieter- parteien								
6				Wohnungsinhaber oder Name der Firma								
				Untermieter- parteien								
7				Wohnungsinhaber oder Name der Firma								
				Untermieter- parteien								
8				Wohnungsinhaber oder Name der Firma								
				Untermieter- parteien								
9				Wohnungsinhaber oder Name der Firma								
				Untermieter- parteien								
10				Wohnungsinhaber oder Name der Firma								
				Untermieter- parteien								

Bei Gebäuden mit mehr als 10 Wohnungen sind die weiteren Wohnungen in eine zweite Gebäudeliste einzutragen.

Ich versichere, daß die Angaben in dieser Gebäudeliste vollständig und richtig gemacht worden sind.

Datum

Unterschrift des Eigentümers oder seines Vertreters

Zahl
der
Haus-
halts-
listen

VOLKS-, BERUFS- UND ARBEITSSTÄTTENZÄHLUNG 1961

MERKBLATT zur Gebäudeliste

An den Gebäudeeigentümer oder dessen Vertreter!

Im Zusammenhang mit der bevorstehenden Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung sollen von Ihnen in der Gebäudeliste einige Feststellungen über die Gebäude und die darin liegenden Wohnungen, Werkstätten, Läden, Büros usw. getroffen werden.

Die dabei gewonnenen Unterlagen sind für die künftigen wohnungspolitischen Maßnahmen zur qualitativen Verbesserung des Gebäude- und Wohnungsbestandes früherer Bauperioden sowie für die Entscheidungen über den künftigen Wohnungsneubau unentbehrlich.

Durch Ihre verständnisvolle Mithilfe können Sie wesentlich zum Gelingen der Zählung beitragen.

Was gilt als Gebäude?

Als Gebäude gilt jedes freistehende oder durch Brandmauer von einem anderen getrennte Bauwerk. Bei Doppel-, Gruppen- oder Reihenhäusern zählt jedes einzelne, von dem anderen durch eine vom Dach bis zum Keller reichende Trennungswand geschiedene Bauwerk als selbständiges Gebäude.

Als „Wohngebäude“ gelten ausschließlich oder überwiegend zu Wohnzwecken benutzte Gebäude; „Nichtwohngebäude“ sind Gebäude, die ausschließlich oder überwiegend zu anderen als Wohnzwecken verwendet werden.

Was gilt als Wohnung?

Als Wohnung gilt in der Regel die Gesamtheit der Räume, die der baulichen Anlage nach zur Unterbringung eines Haushalts bestimmt ist und folgende Merkmale aufweist:

- a) eine **eigene** Küche oder Kochnische (vergl. hierzu auch die Erläuterung zu (11)).
- b) einen **eigenen** Wohnungseingang unmittelbar vom Treppenhaus oder von einem Vorraum oder von außen. Hierbei ist es gleichgültig, ob in dieser Wohnungseinheit gegenwärtig ein oder mehrere Haushalte untergebracht sind, auch wenn für jeden dieser Haushalte eine eigene Kochgelegenheit eingerichtet wurde.

Bei einem **Mehrfamilien-** bzw. **Etagenmiethaus** ist jede abgeschlossene Etagenwohnung einschließlich der dazugehörigen, gegebenenfalls auch außerhalb des Abschlusses liegenden Einzelräume (z. B. Mansarden, separate Zimmer) als Ganzes eine Wohnung (vergl. hierzu auch die Erläuterung zu (12)). Liegen in einem Mehrfamilienhaus keine stockwerksweise abgeschlossenen Wohnungen vor, so gelten im Sinne der Zählung die Räume als Wohnung, die unter normalen (Vorkriegs-) Verhältnissen zusammen mit der dazugehörigen Küche von einem Haushalt bewohnt bzw. gemietet werden.

Einfamilienhäuser sollen nach ihrer Bestimmung und nach ihrer baulichen Gestaltung nur einem Haushalt als Wohnung dienen. Ein Einfamilienhaus gilt demnach als eine Wohnung.

In einem **Zweifamilienhaus** kann die zweite Wohnung auch eine Einliegerwohnung sein. Eine Einliegerwohnung ist eine abgeschlossene oder nicht abgeschlossene zweite Wohnung, die gegenüber der Hauptwohnung von untergeordneter Bedeutung ist, d. h. sowohl eine geringere Wohnfläche als auch eine geringere Ausstattung hat. Eine zweite Wohnung (auch Einliegerwohnung) liegt jedoch nur dann vor, wenn die dazugehörigen Räume im Geschoß zusammenliegen, eine eigene, **vollausgebaute** Küche (Kochnische) umfassen und nicht nur vorübergehend zur Unterbringung eines Haushalts vorgesehen sind.

Bei **bäuerlichen Anwesen** gilt in der Regel das ganze Bauernhaus als eine Wohnung, zu der gegebenenfalls auch Einzelräume in den dazugehörigen Wirtschaftsgebäuden (z.B. Knechtekammer im Stallgebäude, Altenteilerzimmer in einem Anbau) zu zählen sind.

Bitte Rückseite beachten!

Erläuterungen zu einzelnen Fragen der Gebäudeliste

Die Erläuterungen beziehen sich auf die durch Kreise eingefassten Hinweisnummern in der Gebäudeliste.

- ① Handelt es sich um ein Gebäude, in dem sich **nur Eigentumswohnungen** befinden, so ist die Gebäudeliste von dem nach den Bestimmungen des Wohnungseigentumsgesetzes bestellten Verwalter auszufüllen. In diesen Fällen darf keines der hier vorgesehenen Kästchen angekreuzt werden; es ist vielmehr in Klartext auf der Leerzeile „Eigentumswohnungen“ zu vermerken.
Von z. Z. arbeitslosen Gebäudeeigentümern ist das für ihre frühere berufliche Tätigkeit zutreffende Kästchen anzukreuzen.
- ② Hierzu zählen auch Doppelhäuser.
- ③ Z. B. Wochenendhaus mit mindestens 50 qm Wohnfläche (oder 60 qm überbauter Fläche). Wochenendhäuser unter 50 qm sind als Behelfsheime, Baracken o. ä. nachzuweisen und zusätzlich in Klartext als „Wochenendhaus“ zu bezeichnen.
- ④ In die Geschößzahl sind Keller- und Dachgeschöß nicht miteinzubeziehen, selbst wenn diese ausgebaut und bewohnt sind. Dagegen ist das Erdgeschöß mitzuzählen.
Als Kellergeschöß gilt das unterhalb des Erdgeschosses (bzw. Hochparterre) gelegene Geschöß; bei Gebäuden am Hang gilt das talwärts in Höhe der Erdoberfläche (= Fußbodenhöhe) gelegene Geschöß als Erdgeschöß, sofern es eine Wohnung im oben beschriebenen Sinne enthält.
Als Dachgeschöß ist dasjenige Geschöß zu verstehen, das oberhalb des letzten Vollgeschosses liegt und nach außen ganz oder teilweise durch das Dach abgeschlossen wird, ein Kniestockwerk gilt als das letzte Vollgeschöß.
- ⑤ Bei einer Wiederherstellung des Gebäudes gilt das ursprüngliche, bei Wiederaufbau nach Totalschaden das Jahr des Wiederaufbaues als Baujahr.
- ⑥ Z. B. Schindel-, Stroh-, Schilf- oder Rohrdächer. Bei den sogenannten „Notdächern“ ist hier in Klartext auf der Leerzeile „Notdach“ zu vermerken.
- ⑦ Unter „neugedeckt“ ist die völlige Erneuerung oder Umdeckung des gesamten Dachbelages zu verstehen, unter „völlig erneuert“ die vollständige Erneuerung oder Umdeckung des gesamten Dachbelages und zugleich die Erneuerung der Dachkonstruktion.
- ⑧ Hierunter ist nur der Anschluß an das öffentliche oder an ein genossenschaftliches oder werkseigenes Wasserversorgungsnetz zu verstehen.
- ⑨ Fäkalien sind die menschlichen Abfallprodukte, die in der Regel über die Toilette (Abort) abgeleitet werden.
- ⑩ Ist eine Wohnung an mehrere Hauptmietparteien vermietet, so ist in die mit „Wohnungsinhaber“ gekennzeichnete Zeile der Name des am längsten in der Wohnung wohnenden Haushalts einzutragen.
- ⑪ Zu den Küchen gehören auch Wohnküchen. Nicht als Küchen gelten nur behelfsmäßig zum Kochen eingerichtete Nebenräume oder Zimmer mit Kochgelegenheit oder behelfsmäßige Kochecken. Bei der Wohnung des Inhabers eines Hotels, Gasthofs u. dgl., zu der keine besondere Küche gehört, zählt die Küche des Hotels, Gasthofs usw. als Küche der Wohnung. Als Kochnische gilt nur eine zu einem Wohnraum gehörende Nische, die zum Kochen vorgesehen und eingerichtet ist.
- ⑫ Als Räume gelten außer der Küche (ohne Rücksicht auf ihre Größe) nur Zimmer sowie Wohn- und Schlafkammern mit 6 und mehr qm Fläche, welche ein Fenster aufweisen und durch Wände vom Fußboden bis zur Decke abgeschlossen sind. Mitzuzählen sind die Zimmer, Wohn- und Schlafkammern außerhalb des Wohnungsabschlusses (z. B. Mansardenzimmer, Zimmer mit separatem Eingang), jedoch nur dann, wenn sie zu der betr. Wohnung gehören und nicht als eigene Wohnung vom Gebäudeeigentümer an einen Haushalt vermietet sind. Nicht als Zimmer, Wohn- und Schlafkammern gelten Nebenräume (z. B. Bad, Korridor, Speisekammer) und **bauplanmäßig** für gewerbliche oder landwirtschaftliche Zwecke vorgesehene Räume (wie z. B. Werkstättenräume, Verkaufsläden, Vorratsräume). Dagegen sind Zimmer, Wohn- und Schlafkammern mit 6 und mehr qm Fläche, die statt zu Wohnzwecken zu gewerblichen oder landwirtschaftlichen Zwecken benutzt werden, (wie z. B. als Praxis- oder Wartezimmer, Mehl- und Kornkammern) mitzuzählen.

Kreis: _____

Gemeinde: _____

Gemeindeteil: _____
(Ort, Wohnplatz, Stadtbezirk)

Straße und Haus-Nr.: _____

Zählbezirk Nr.: _____

Gebäudeliste Nr.: _____

Haushaltsliste Nr.: _____

HAUSHALTSLISTE

Bitte füllen Sie die Haushaltsliste genau und vollständig aus! Ihre Angaben dienen statistischen — nicht etwa steuerlichen — Zwecken. Nach den gesetzlichen Vorschriften sind alle Personen, die mit der Zählung zu tun haben, zur Verschwiegenheit verpflichtet.

Bei vielen Fragen sind die Antwortmöglichkeiten schon vorgegedruckt; in diesen Fällen brauchen Sie das neben der zutreffenden Antwort stehende Kästchen nur noch anzukreuzen (☒). Damit wollen wir Ihnen beim Ausfüllen Mühe und Zeit ersparen. Sollten Sie bei der Beantwortung der einzelnen Fragen Zweifel haben, so wird der Zähler Ihnen gern behilflich sein.

Bitte halten Sie die Haushaltsliste rechtzeitig zum Abholen bereit! Sie erleichtern dem Zähler damit die Arbeit. Er ist ehrenamtlich tätig und muß viel Mühe aufwenden, um seine Aufgabe zu erfüllen.

**VOLKS-
UND
BERUFS-
ZÄHLUNG**

am 6. Juni 1961

angeordnet durch das
Volkszählungsgesetz 1961.

Näheres siehe Druck-
sache Nr. 12

Für jeden Haushalt ist eine Haushaltsliste auszufüllen!

Zu einem Haushalt zählen alle Personen, die in einer Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaft zusammenleben. Wohnt und wirtschaftet eine einzelne Person für sich allein, so gilt sie als eigener Haushalt.

Untermieter (Familien oder Einzelpersonen) füllen eine eigene Haushaltsliste aus.

Familien und Einzelpersonen, die ständig in Anstalten, Pensionen, Gasthöfen oder dgl. leben und dort einen eigenen Haushalt bilden, füllen gleichfalls eigene Haushaltslisten aus, auch wenn sie zum Personal oder zu den Insassen gehören.

In Anstalten, Lagern usw. wohnende Einzelpersonen (Personal und Insassen), die keinen eigenen Haushalt bilden, werden dagegen in eine besondere grüne Liste — Anstaltsliste — eingetragen.

Welche Personen sind einzutragen?

Einzutragen sind alle Personen, die zu Ihrem Haushalt gehören, auch wenn sie am Tage der Zählung nicht anwesend sind, also

alle Familienmitglieder, selbstverständlich auch Säuglinge und Kleinkinder,
sonstige Personen, die mit Ihnen im Haushalt wohnen, z. B. Hausgehilfinnen, Lehrlinge.
Personen, die an zwei Stellen Wohnraum haben, sind an beiden Stellen in die Listen einzutragen. Die genaue Beantwortung der Fragen 10 und 11 verhindert Doppelzählungen.

Vergessen Sie nicht Haushaltsmitglieder, die abwesend sind, weil sie

sich auf einer Besuchs- oder Ferienreise oder zur Kur befinden, sich als Patienten in einem Krankenhaus aufhalten, auf Geschäftsreise oder als Fernfahrer unterwegs sind oder den Grundwehrdienst oder eine Wehrübung ableisten.

Vergessen Sie ferner auch nicht längere Zeit abwesende Haushaltsmitglieder, die

aus beruflichen Gründen (Bauarbeiter, Monteure, Seeleute usw.) oder zu ihrer Ausbildung (Schüler, Studenten, Lehrlinge) an einem anderen Ort wohnen und nur von Zeit zu Zeit — z. B. über das Wochenende, in den Schul- oder Semesterferien — in Ihren Haushalt zurückkehren. Diese Personen werden außerdem am anderen Ort in die dortige Liste eingetragen.

Personen, die sich am Zählungstag nur vorübergehend bei Ihnen aufhalten, sonst aber nicht zum Haushalt gehören, z. B. Besucher oder durchreisende Gäste, sind nur auf der Rückseite der Haushaltsliste im Abschnitt VIII als vorübergehend Anwesende einzutragen.

Name des Haushaltsvorstandes: _____
(Familienname) (Vorname)

Sind Sie:

Hauptmieter ☐ (Kreuzen Sie bitte eines
der vier Kästchen an)

Untermieter ☐Eigentümer der Wohnung ☐Eigentümer des Hauses, in dem Sie wohnen ☐

Zahl der zum Haushalt gehörenden Personen
(einschl. Haushaltsvorstand):

Bei mehr als 6 Personen fordern Sie bitte
beim Zähler eine zweite Haushaltsliste an!

Bitte halten Sie die ausgefüllte
und unterschriebene Haushalts-
liste vom 6. Juni 1961 an zur
Abholung bereit!

Für Hauptmieter und Eigentümer:

Wohnen noch weitere Haushalte (z. B. Untermieter) in der Wohnung? ja ☐ nein ☐

Wenn ja, Name des Vorstandes weiterer Haushalte:

Zweiter Haushalt: _____
(Familienname) (Vorname)

Dritter Haushalt: _____
(Familienname) (Vorname)

Bitte vor dem
Ausfüllen beachten!

Kreuzen Sie bei den Fragen, für die Antworten vorgedruckt sind, das zutreffende Kästchen ☒ an.

Wo keine Kästchen vorgedruckt sind, schreiben Sie bitte die Antwort aus oder, wenn die Frage für Sie nicht zutrifft, machen Sie einfach einen Strich (-).
Beachten Sie bitte die Erläuterungen im Merkblatt, auf die durch Ziffern in ☐ verwiesen wird.

Reihenfolge der Eintragungen: Erste Spalte für Haushaltsvorstand, die folgenden Spalten für Ehefrau, Kinder, andere Verwandte, Hausgehilfen, Gesellen usw., die zum Haushalt gehören.

Auch vorübergehend Abwesende eintragen.

I. Angaben zur Person	1. Person (Haushaltsvorstand)	2. Person	3. Person	4. Person	5. Person	6. Person Bei mehr als 6 Personen ist eine weitere Haushaltsliste auszufüllen.
1 Familienname (bei Frauen auch Mädchennamen) _____ Vorname _____	männl. <input type="checkbox"/> weibl. <input type="checkbox"/>	männl. <input type="checkbox"/> weibl. <input type="checkbox"/>	männl. <input type="checkbox"/> weibl. <input type="checkbox"/>	männl. <input type="checkbox"/> weibl. <input type="checkbox"/>	männl. <input type="checkbox"/> weibl. <input type="checkbox"/>	männl. <input type="checkbox"/> weibl. <input type="checkbox"/>
2 Stellung zum Haushaltsvorstand (z. B. Ehefrau, Sohn, Schwägerin, Hausgehilfin)						
3 Geboren am: _____	Tag, Monat, Jahr	Tag, Monat, Jahr	Tag, Monat, Jahr	Tag, Monat, Jahr	Tag, Monat, Jahr	Tag, Monat, Jahr
4 Familienstand	ledig <input type="checkbox"/> verheir. <input type="checkbox"/> verwitw. <input type="checkbox"/> geschied. <input type="checkbox"/>	ledig <input type="checkbox"/> verheir. <input type="checkbox"/> verwitw. <input type="checkbox"/> geschied. <input type="checkbox"/>	ledig <input type="checkbox"/> verheir. <input type="checkbox"/> verwitw. <input type="checkbox"/> geschied. <input type="checkbox"/>	ledig <input type="checkbox"/> verheir. <input type="checkbox"/> verwitw. <input type="checkbox"/> geschied. <input type="checkbox"/>	ledig <input type="checkbox"/> verheir. <input type="checkbox"/> verwitw. <input type="checkbox"/> geschied. <input type="checkbox"/>	ledig <input type="checkbox"/> verheir. <input type="checkbox"/> verwitw. <input type="checkbox"/> geschied. <input type="checkbox"/>
5 Nur für verheiratete Personen: In welchem Jahr wurde die Ehe geschlossen?						
6 Religion ① (Anzugeben ist z. B. röm. kath., ev. luth. Landeskirche (= ev. luth. LK), ev. Freikirche (= ev. FK), neapostolische Kirche, Zeugen Jehovas)						
7 Staatsangehörigkeit ②						
8 Nur für Personen, die nach Kriegsende in das Gebiet der heutigen Bundesrepublik einschl. Berlin (West) zugezogen sind: a) Wann sind Sie zugezogen? b) Lag der vorherige Wohnsitz in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands oder im Sowjetsektor von Berlin?	Jahr ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/>	Jahr ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/>	Jahr ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/>	Jahr ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/>	Jahr ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/>	Jahr ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/>
9 Besitzen Sie einen Bundesvertriebenenausweis A oder B oder einen Bundesflüchtlingsausweis C? Für Personen, die im Ausweis ihres Vaters oder ihrer Mutter eingetragen sind, ist der Buchstabe des Ausweises ebenfalls anzukreuzen.	A <input type="checkbox"/> B <input type="checkbox"/> C <input type="checkbox"/>	A <input type="checkbox"/> B <input type="checkbox"/> C <input type="checkbox"/>	A <input type="checkbox"/> B <input type="checkbox"/> C <input type="checkbox"/>	A <input type="checkbox"/> B <input type="checkbox"/> C <input type="checkbox"/>	A <input type="checkbox"/> B <input type="checkbox"/> C <input type="checkbox"/>	A <input type="checkbox"/> B <input type="checkbox"/> C <input type="checkbox"/>
10 Haben Sie noch anderswo weiteren Wohnraum, z. B. ein möbliertes Zimmer, eine Wohnung oder eine sonstige Unterkunft? ③ Wenn ja: a) Genaue Anschrift dieses weiteren Wohnraums ③ b) Gehen Sie von dort aus zur Arbeit oder zur Ausbildung? ③	ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> (Gemeinde, Kreis) (Straße, Haus-Nr.) ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/>	ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> (Gemeinde, Kreis) (Straße, Haus-Nr.) ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/>	ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> (Gemeinde, Kreis) (Straße, Haus-Nr.) ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/>	ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> (Gemeinde, Kreis) (Straße, Haus-Nr.) ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/>	ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> (Gemeinde, Kreis) (Straße, Haus-Nr.) ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/>	ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> (Gemeinde, Kreis) (Straße, Haus-Nr.) ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/>
11 Nur für Haushaltsmitglieder, die z. Z. der Zählung abwesend sind: (Haushaltsmitglieder, die sich als Patienten vorübergehend in einem Krankenhaus befinden, gelten nicht als abwesend.) a) Grund der Abwesenheit: Berufsausübung, Wehrdienst, Studium, Lehrgang, Urlaub, Besuch oder welche sonstigen Gründe? b) Art der Unterkunft am Aufenthaltsort: z. B. möbliertes Zimmer, Wohnung, Pension, Hotel, Lehrlingsheim, Bauarbeiterlager, Sanatorium, Kaserne, Schiff.						
12 Sind Sie in irgendeiner Weise erwerbs- oder berufstätig , hauptberuflich oder nur nebenher, auch mithelfend im Familienbetrieb?	ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/>	ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/>	ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/>	ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/>	ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/>	ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/>
13 Sind Sie: (Bitte kreuzen Sie die Antworten an, die für Sie zutreffen)	arbeitslos ④ <input type="checkbox"/> Renten-, Pensions- oder Unterstützungsempfänger <input type="checkbox"/> Hausfrau <input type="checkbox"/> Schüler/Student <input type="checkbox"/> Soldat <input type="checkbox"/> im Grundwehrdienst auf Wehrübung <input type="checkbox"/> Zeit-/Berufssoldat <input type="checkbox"/>	arbeitslos ④ <input type="checkbox"/> Renten-, Pensions- oder Unterstützungsempfänger <input type="checkbox"/> Hausfrau <input type="checkbox"/> Schüler/Student <input type="checkbox"/> Soldat <input type="checkbox"/> im Grundwehrdienst auf Wehrübung <input type="checkbox"/> Zeit-/Berufssoldat <input type="checkbox"/>	arbeitslos ④ <input type="checkbox"/> Renten-, Pensions- oder Unterstützungsempfänger <input type="checkbox"/> Hausfrau <input type="checkbox"/> Schüler/Student <input type="checkbox"/> Soldat <input type="checkbox"/> im Grundwehrdienst auf Wehrübung <input type="checkbox"/> Zeit-/Berufssoldat <input type="checkbox"/>	arbeitslos ④ <input type="checkbox"/> Renten-, Pensions- oder Unterstützungsempfänger <input type="checkbox"/> Hausfrau <input type="checkbox"/> Schüler/Student <input type="checkbox"/> Soldat <input type="checkbox"/> im Grundwehrdienst auf Wehrübung <input type="checkbox"/> Zeit-/Berufssoldat <input type="checkbox"/>	arbeitslos ④ <input type="checkbox"/> Renten-, Pensions- oder Unterstützungsempfänger <input type="checkbox"/> Hausfrau <input type="checkbox"/> Schüler/Student <input type="checkbox"/> Soldat <input type="checkbox"/> im Grundwehrdienst auf Wehrübung <input type="checkbox"/> Zeit-/Berufssoldat <input type="checkbox"/>	arbeitslos ④ <input type="checkbox"/> Renten-, Pensions- oder Unterstützungsempfänger <input type="checkbox"/> Hausfrau <input type="checkbox"/> Schüler/Student <input type="checkbox"/> Soldat <input type="checkbox"/> im Grundwehrdienst auf Wehrübung <input type="checkbox"/> Zeit-/Berufssoldat <input type="checkbox"/>

14 Woraus beziehen Sie gegenwärtig überwiegend die Mittel für Ihren Lebensunterhalt? ⑤ (Nur die überwiegende Unterhaltsquelle bitte ankreuzen oder in der freien Zeile eintragen.) Unter „oder woraus sonst“ ist beispielsweise einzutragen: Ruhegehalt, Hinterbliebenenpension, Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe, Fürsorgeunterstützung, KB-Rente, KB-Witwenrente, eigenes Vermögen, Unterhalt durch geschiedenen Ehemann, Kriegsschadenrente	Erwerbs-/Berufstätigkeit <input type="checkbox"/>	Erwerbs-/Berufstätigkeit <input type="checkbox"/>	Erwerbs-/Berufstätigkeit <input type="checkbox"/>	Erwerbs-/Berufstätigkeit <input type="checkbox"/>	Erwerbs-/Berufstätigkeit <input type="checkbox"/>	Erwerbs-/Berufstätigkeit <input type="checkbox"/>
	Unterhalt durch Eltern, Ehemann, Sohn usw. <input type="checkbox"/>	Unterhalt durch Eltern, Ehemann, Sohn usw. <input type="checkbox"/>	Unterhalt durch Eltern, Ehemann, Sohn usw. <input type="checkbox"/>	Unterhalt durch Eltern, Ehemann, Sohn usw. <input type="checkbox"/>	Unterhalt durch Eltern, Ehemann, Sohn usw. <input type="checkbox"/>	Unterhalt durch Eltern, Ehemann, Sohn usw. <input type="checkbox"/>
	Sozialversicherungsrente oder woraus sonst: <input type="checkbox"/>	Sozialversicherungsrente oder woraus sonst: <input type="checkbox"/>	Sozialversicherungsrente oder woraus sonst: <input type="checkbox"/>	Sozialversicherungsrente oder woraus sonst: <input type="checkbox"/>	Sozialversicherungsrente oder woraus sonst: <input type="checkbox"/>	Sozialversicherungsrente oder woraus sonst: <input type="checkbox"/>

II. Für Erwerbs- und Berufstätige sowie Arbeitslose

Zu den Erwerbs- und Berufstätigen gehören auch Lehrlinge, ferner Haushaltsmitglieder, die im Betrieb eines Familienangehörigen mithelfen, sowie Personen, die nebenher erwerbstätig sind.
Für Arbeitslose ohne gegenwärtige Tätigkeit sind die Fragen 15 bis 20 für die zuletzt ausgeübte Tätigkeit zu beantworten.

15 Name der Firma, des Arbeitgebers, der Dienststelle, des Geschäftes, der Praxis, des eigenen Betriebes						
16 Geschäftszweig (Branche) des Betriebes, der Firma des Arbeitgebers usw. (Bitte genau angeben: z. B. Werkzeugmaschinenfabrik, nicht Maschinenfabrik; Eisenhütte, nicht Hüttenwerk; Lebensmittel-Einzelhandel, nicht Handel; Volksschule, nicht Schulverwaltung; Krankenhaus, nicht Stadtverwaltung) ⑥						
17 Wo arbeiten Sie? Anschrift der Arbeitsstätte, gegebenenfalls der Filiale, der Baustelle ⑦ Für Personen auf Schiffen ist der Name des Schiffes und der Heimathafen anzugeben.	(Gemeinde, Kreis) (Straße, Haus-Nr.)	(Gemeinde, Kreis) (Straße, Haus-Nr.)	(Gemeinde, Kreis) (Straße, Haus-Nr.)	(Gemeinde, Kreis) (Straße, Haus-Nr.)	(Gemeinde, Kreis) (Straße, Haus-Nr.)	(Gemeinde, Kreis) (Straße, Haus-Nr.)
18 An dieser Arbeitsstätte ausgeübte Tätigkeit / Beruf (Bitte genau angeben: z. B. Lagerarbeiter, Bauhilfsarbeiter, Landarbeiter, nicht Arbeiter; Stenotypistin, nicht kfm. Angestellte; Buchhändler, Möbelschneider, nicht Kaufmann) ⑧						
19 Wird diese Tätigkeit ausgeübt: als Arbeiter, Geselle, Lehrling, Heimarbeiter, Angestellter, Beamter (Amtsbezeichnung); als Selbstständiger, Hausgewerbetreibender, Zwischenmeister oder als Mithelfender im Betrieb eines Familienangehörigen? ⑨						
20 Wie lange in der Woche arbeiten Sie normalerweise in dieser Tätigkeit? Haushaltsmitglieder, die im Betrieb eines Familienangehörigen mithelfen, geben nur die für den Betrieb, nicht aber im eigenen Haushalt geleistete Arbeitszeit an.	unter 15 Std. <input type="checkbox"/> 15-24 Std. <input type="checkbox"/> 25-40 Std. <input type="checkbox"/> über 40 Std. <input type="checkbox"/>	unter 15 Std. <input type="checkbox"/> 15-24 Std. <input type="checkbox"/> 25-40 Std. <input type="checkbox"/> über 40 Std. <input type="checkbox"/>	unter 15 Std. <input type="checkbox"/> 15-24 Std. <input type="checkbox"/> 25-40 Std. <input type="checkbox"/> über 40 Std. <input type="checkbox"/>	unter 15 Std. <input type="checkbox"/> 15-24 Std. <input type="checkbox"/> 25-40 Std. <input type="checkbox"/> über 40 Std. <input type="checkbox"/>	unter 15 Std. <input type="checkbox"/> 15-24 Std. <input type="checkbox"/> 25-40 Std. <input type="checkbox"/> über 40 Std. <input type="checkbox"/>	unter 15 Std. <input type="checkbox"/> 15-24 Std. <input type="checkbox"/> 25-40 Std. <input type="checkbox"/> über 40 Std. <input type="checkbox"/>
21 Üben Sie noch eine weitere – landwirtschaftliche oder nichtlandwirtschaftliche – Tätigkeit aus? Gemeint ist jede Tätigkeit (auch Mithilfe im Betrieb eines Familienangehörigen), die derzeit – auch wenn nur gelegentlich – ausgeübt wird und nicht schon oben (Fragen 15 bis 20) angegeben ist.	landwirtschaftl. Tätigkeit <input type="checkbox"/> sonstige Tätigkeit <input type="checkbox"/>	landwirtschaftl. Tätigkeit <input type="checkbox"/> sonstige Tätigkeit <input type="checkbox"/>	landwirtschaftl. Tätigkeit <input type="checkbox"/> sonstige Tätigkeit <input type="checkbox"/>	landwirtschaftl. Tätigkeit <input type="checkbox"/> sonstige Tätigkeit <input type="checkbox"/>	landwirtschaftl. Tätigkeit <input type="checkbox"/> sonstige Tätigkeit <input type="checkbox"/>	landwirtschaftl. Tätigkeit <input type="checkbox"/> sonstige Tätigkeit <input type="checkbox"/>

III. Weg zur Arbeits- oder Ausbildungsstätte, auch Schulweg ⑩

Zu beantworten für Erwerbstätige, bei denen sich Wohnung und Arbeitsstätte nicht auf dem gleichen Grundstück befinden, sowie für Schüler und Studierende.

22 Durchschnittlicher Zeitaufwand für den Hinweg zu der in Frage 17 angegebenen Arbeitsstätte oder der in Frage 24 angegebenen Schule, Hochschule usw. Eintragungen für den letzten Winter sind nur dann vorzunehmen, wenn Wohnung und Arbeits- oder Ausbildungsstätte die gleichen geblieben sind. a) in diesem Monat für den einmaligen Hinweg täglich etwa b) im letzten Winter für den einmaligen Hinweg täglich etwa	unter 15 Minuten	15 bis 29 Minuten	30 bis 44 Minuten	45 bis 59 Minuten	1 bis 1 1/2 Stunden	über 1 1/2 Stunden	unter 15 Minuten	15 bis 29 Minuten	30 bis 44 Minuten	45 bis 59 Minuten	1 bis 1 1/2 Stunden	über 1 1/2 Stunden	unter 15 Minuten	15 bis 29 Minuten	30 bis 44 Minuten	45 bis 59 Minuten	1 bis 1 1/2 Stunden	über 1 1/2 Stunden	unter 15 Minuten	15 bis 29 Minuten	30 bis 44 Minuten	45 bis 59 Minuten	1 bis 1 1/2 Stunden	über 1 1/2 Stunden	unter 15 Minuten	15 bis 29 Minuten	30 bis 44 Minuten	45 bis 59 Minuten	1 bis 1 1/2 Stunden	über 1 1/2 Stunden	
23 Wichtigstes Verkehrsmittel, das normalerweise benutzt wird ⑪ (Anzugeben ist, auf welche Weise in der Regel die größte Strecke des Weges zurückgelegt wird, z. B. Straßenbahn, Motorrad, Fahrrad, zu Fuß.) a) in diesem Monat b) im letzten Winter																															
24 Für Schüler (auch Volksschüler) und Studierende: Anschrift der Schule, Hochschule usw.	(Gemeinde) (Straße, Haus-Nr.)	(Gemeinde) (Straße, Haus-Nr.)	(Gemeinde) (Straße, Haus-Nr.)	(Gemeinde) (Straße, Haus-Nr.)	(Gemeinde) (Straße, Haus-Nr.)	(Gemeinde) (Straße, Haus-Nr.)																									

↓ Bitte Rückseite noch ausfüllen!

Bitte Rückseite noch ausfüllen! ↓

IV. Personen mit abgeschlossener Ausbildung an einer Berufsfach- oder Fachschule, Universität oder anderen Hochschule ② – Nicht anzugeben ist der pflichtmäßige Besuch von Fortbildungsschulen und Berufsschulen mit geringer Wochenstundenzahl. –

Familienname und Vorname	Haben Sie eine Berufsfach- oder Fachschule, Universität oder andere Hochschule besucht?	Name und Anschrift der Schule	Jahr der Abschlußprüfung	Bezeichnung	Hauptfach (z. B. Rechtswissenschaft - Maschinenbau - Chemotechnik - Kaufm. Fächer - Krankenpflege)
	Berufsfachschule } <input type="checkbox"/> Fachschule } <input type="checkbox"/> Universität } <input type="checkbox"/> andere Hochschule } <input type="checkbox"/>				
	Berufsfachschule } <input type="checkbox"/> Fachschule } <input type="checkbox"/> Universität } <input type="checkbox"/> andere Hochschule } <input type="checkbox"/>				
	Berufsfachschule } <input type="checkbox"/> Fachschule } <input type="checkbox"/> Universität } <input type="checkbox"/> andere Hochschule } <input type="checkbox"/>				

V. Gärten, Haus- und Kleingärten sowie land- oder forstwirtschaftlich genutzte Flächen ③

Wird eine Bodenfläche – auch von kleinstem Umfange – selbständig bewirtschaftet oder genutzt, so sind die nachfolgenden Fragen zu beantworten.

<p>1. Wie groß ist die gesamte Fläche einschl. Haus- und Hofraum, Wege, Odland, Gewässer usw.? (eigene und gepachtete Flächen, ohne verpachtete Flächen)</p> <table border="1"> <tr> <th>Hektar</th> <th>Ar</th> <th>Quadratmeter</th> </tr> <tr> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </table>			Hektar	Ar	Quadratmeter				<p>Wenn die Gesamtfläche kleiner als 5000 Quadratmeter*) ist, so sind die nachstehenden Fragen 5a-e und 6 zu beantworten.</p>		
Hektar	Ar	Quadratmeter									
<p>2. Name des Haushaltsmitgliedes, das diese Fläche bewirtschaftet oder nutzt (Inhaber):</p> <p>_____</p> <p>(Familienname, Vorname)</p>			<p>3. Wieviel Quadratmeter werden genutzt als:</p> <p>a) Kleingarten, Hausgarten, Park-, Rasenfläche</p> <p>b) Ackerland (einschl. Flächen des Erwerbsgartenbaues)</p> <p>c) Rebland</p> <p>d) Sonstige landwirtschaftl. genutzte Fläche (z. B. Wiesen, Weiden)</p> <p>e) Wald (Holzung)</p>								
<p>3. Wer von den Haushaltsmitgliedern hilft bei der Bewirtschaftung dieser Fläche sonst noch mit? (Bitte Familien- und Vornamen eintragen.)</p> <p>_____</p> <p>_____</p> <p>_____</p>			<p>4. Werden auf diesen Flächen Gemüse, Obst, Blumen oder sonstige Gartengewächse für den Verkauf angebaut?</p> <p>ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/></p>								
<p>4. Werden für die Bewirtschaftung dieser Fläche derzeit familienfremde Arbeitskräfte beschäftigt?</p> <p>ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/></p>			<p>*) 1 Hektar = 100 Ar = etwa 1 1/2 Tagewerk</p>								

VI. Binnenfischerei

Betreibt der Haushaltsvorstand oder ein anderes Mitglied des Haushaltes selbständig Flußfischerei, Seenfischerei, Teichwirtschaft oder Fischzucht, so sind die Fragen 1 und 2 zu beantworten. Sportfischerei ist nicht anzugeben.

1. Inhaber des Fischereibetriebes:	_____
	(Familienname) (Vorname)
2. Art des Fischereibetriebes:	_____
	z. B. Flußfischerei, Forellenzucht

VII. Selbständige Gewerbetreibende, freiberuflich Tätige und sonstige selbständige Erwerbstätige außerhalb der Landwirtschaft ④ Auch eine Nebentätigkeit, die in selbständiger Stellung ausgeübt wird, ist anzugeben.

Familienname und Vorname	Geschäftszweig des eigenen oder gepachteten Betriebes, Büros, Geschäfte, der Praxis usw.	Anschrift (Gemeinde, Kreis, Straße, Haus-Nr.)	Tätige Personen	
			Insgesamt (einschl. tätige Inhaber, Leiter, Mithelfende Familienangehörige)	Wieviele davon sind: Lohn- und Gehaltsempfänger (einschl. Lehrlinge u. dergl.)

VIII. Vorübergehend Anwesende – Zur Zeit der Zählung vorübergehend Anwesende, z. B. auf Besuch weilende Personen oder Gäste, die normalerweise nicht zum Haushalt gehören. – ⑤

Familienname und Vorname	Stellung zum Haushaltsvorstand	Geburts-tag, -monat, -jahr	Grund der Anwesenheit	Ständiger Wohnort (Gemeinde, Kreis, Straße, Haus-Nr.)

IX. Ehemalige Kriegsgefangene, Zivilinternierte oder Zivilverschleppte des Zweiten Weltkrieges

Familienname und Vorname	Waren Sie Kriegsgefangener ⑥, Zivilinternierter oder Zivilverschleppter?	Beginn und Beendigung des Gewahrsams (Monat, Jahr)	Gewahrsamsmacht ⑦
	Kriegsgefangener <input type="checkbox"/> Zivilinternierter <input type="checkbox"/> Zivilverschleppter <input type="checkbox"/>	von _____ 19____ bis _____ 19____	
	Kriegsgefangener <input type="checkbox"/> Zivilinternierter <input type="checkbox"/> Zivilverschleppter <input type="checkbox"/>	von _____ 19____ bis _____ 19____	

Ich versichere, daß die Angaben in dieser Haushaltsliste vollständig und richtig gemacht worden sind.

(Unterschrift des Haushaltsvorstandes oder seines Vertreters)

VOLKS- UND BERUFSZÄHLUNG

MERKBLATT zur Haushaltsliste

Drucksache Nr. 2b

An den Haushaltsvorstand!

Eine **Volkszählung** ist eine umfassende statistische Bestandsaufnahme der Bevölkerung. Sie ist erforderlich, um Angaben über Zahl und Zusammensetzung der Bevölkerung sowie über die Wirtschaftsverhältnisse zu erhalten. Solche Angaben werden von Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft dringend benötigt. Die letzte derartige Zählung liegt über 10 Jahre zurück. Ihre Ergebnisse sind inzwischen zum größten Teil überholt.

Bitte fragen auch Sie durch Ihre verständnisvolle Mithilfe zum Gelingen der Volks- und Berufszählung bei.

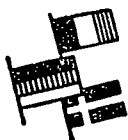
Sollten Sie mit einzelnen Fragen in der Haushaltsliste und den Erläuterungen in diesem Merkblatt nicht zurecht kommen, so wenden Sie sich bitte an den Zähler. Er wird Ihnen gern behilflich sein, den Erhebungsbogen auszufüllen.

Es steht Ihnen frei, die Haushaltsliste dem Zähler auch in einem verschlossenen Briefumschlag auszuhändigen, der erst durch die Zählungsdienststelle geöffnet werden darf. Auf dem Umschlag müssen dann aber der Name des Haushaltsvorstandes, Straße, Hausnummer und die Zahl der zu Ihrem Haushalt gehörenden Personen deutlich angegeben sein.

Erläuterungen zu den mit ○ gekennzeichneten Fragen in der Haushaltsliste



- ① Zu Frage 6:
Geben Sie bitte die genaue Bezeichnung der Kirche, Religionsgesellschaft oder religiös-weltanschaulichen Gemeinschaft an, der Sie rechtlich zugehören. Besteht bei evangelischem Bekenntnis Zugehörigkeit zu einer Freikirche, bitte zusätzlich Freikirche (=FK) angeben.
Falls Sie keiner Kirche, Religionsgesellschaft usw. angehören, bitte „keine“ eintragen.

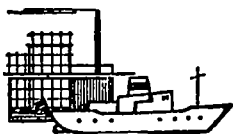


- ② Zu Frage 7:
Personen mit mehreren Staatsangehörigkeiten tragen alle ein. Personen, die die deutsche und eine andere Staatsangehörigkeit besitzen, müssen auch die fremde Staatsangehörigkeit angeben.
Staatenlose tragen „staatenlos“ ein.
Personen, deren Staatsangehörigkeit ungeklärt ist, tragen „ungeklärt“ ein.

- ③ Zu Frage 13:
Als **arbeitslos** gilt, wer im Zeitpunkt der Zählung nicht erwerbstätig ist, jedoch eine Arbeitsstelle oder Berufsausbildungsstelle sucht, unabhängig davon, ob er zu diesem Zeitpunkt beim Arbeitsamt als Arbeitsloser bzw. Arbeitsuchender registriert ist und Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe bezieht.

- ④ Zu Frage 14:
Als **Sozialversicherungsrente** gelten Bezüge aus der Rentenversicherung für Arbeiter (früher Invalidenversicherung), der Angestelltenversicherung und der Knappschaftlichen Rentenversicherung. Auf **eigenem Vermögen** beruht der Lebensunterhalt, wenn er z. B. aus der Verpachtung eines Geschäftes oder landwirtschaftlichen Betriebes, aus den Mieteinnahmen aus Hausbesitz, aus den Zins-einnahmen oder der Substanz eines Wertpapierbestandes oder den Auszahlungen aus einem Lebens-versicherungsvertrag bestritten wird. **Zu den Einkünften aus eigenem Vermögen rechnen auch** solche aus einem Altenteil, unabhängig davon, ob sie mit einer Altershilfe für Landwirte verbunden sind.

- ⑤ Zu Frage 16:
Umfaßt die Firma, in der Sie beschäftigt sind, mehrere Betriebe oder Teilbetriebe, Filialen oder dgl., so ist der Geschäftszweig (Branche) des Betriebes anzugeben, in dem Sie tätig sind.



- ⑥ Zu Frage 17:
Wenn Sie in einer Filiale, auf einer Baustelle oder dgl. arbeiten, geben Sie bitte **nicht** die Anschrift der Firma, sondern die der **tatsächlichen Arbeitsstätte** an, also der Filiale, Baustelle usw., denn die Angaben werden u. a. zur Feststellung der Entfernung zwischen Wohnung und Arbeitsstätte benötigt.

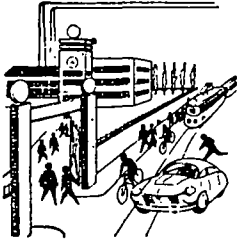
- ⑦ Zu Frage 18:
Tragen Sie bitte ein, welche Tätigkeit oder welchen Beruf Sie an der angegebenen Arbeitsstätte **tatsächlich** ausüben, auch wenn diese Tätigkeit sich nicht mit einem früher erlernten und ausgeübten Beruf deckt.
Lehrlinge geben ihren Lehrberuf an.

⑧ Zu Frage 19:

Einzutragen ist auch Anlernling, Volontär oder Praktikant. Als Mithelfende gelten diejenigen Personen, die ohne Lohn oder Gehalt im Betrieb eines Familienangehörigen mitarbeiten und keine Sozialversicherungs-Pflichtbeiträge entrichten. Personen, die im Betrieb eines Familienangehörigen in einem Lohn-, Gehalts- oder Lehrverhältnis stehen, sind nicht als Mithelfende, sondern als Arbeiter, Angestellte oder Lehrlinge einzutragen.

⑨ Zu den Fragen 22 bis 24:

Wer an mehreren Arbeitsstätten tätig ist (z. B. Stundenbuchhalter, Putzfrau) sowie Studierende mit mehreren Ausbildungsstätten (z. B. Universität und Klinik), machen die Angaben für den Weg, den sie normalerweise täglich zuerst zur Arbeits- oder Ausbildungsstätte zurücklegen. Für Personen mit ständig wechselndem Arbeitsweg (z. B. Vertreter, Reisende) sind keine Angaben zu machen. Für Berufsschüler, deren Erwerbstätigkeit in der Woche nur an einzelnen Tagen durch den Berufsschulbesuch unterbrochen wird, ist nur der Weg zur Arbeitsstätte anzugeben. Der Zeitaufwand für den Arbeitsweg ergibt sich aus der Zeit vom Verlassen des Hauses bis zum Betreten der Arbeitsstätte (Fabrik, Baubarracke, Geschäft, Büro) oder des Schul- bzw. Universitätsgebäudes.



⑩ Zu Frage 23:

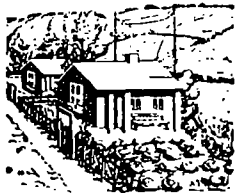
Bei Verwendung verschiedener Verkehrsmittel ist das für die größte Entfernung (in km) benutzte anzugeben. Wird der größte Teil der Strecke zu Fuß zurückgelegt, so ist anzugeben „zu Fuß“.

⑪ Zu Abschnitt IV:

Berufsfachschulen sind berufsvorbereitende oder berufsausbildende Schulen, die a) freiwillig, b) von schulentlassenen oder vorzeitig abgegangenen Jugendlichen unter 18 Jahren, c) in mindestens 1 Jahr umfassendem Vollunterricht besucht werden, z. B. Handelsschulen, Kinderpflegeschulen, Hauswirtschaftsschulen.

Fachschulen sind berufsfortbildende Schulen, die a) freiwillig, b) auf der Grundlage einer schon erworbenen Berufsausbildung, c) von nicht mehr berufsschulpflichtigen Personen über 18 Jahre, d) mit Vollunterricht von mindestens einem halben Jahr zur weiteren beruflichen Fortbildung auf einen in der Regel höher qualifizierten Beruf besucht werden, z. B. Bauschulen, Ingenieurschulen, Technikerschulen, Meisterschulen, Lehrerbildende Anstalten, Krankenpflegeschulen.

Haben Sie an einer der genannten Schularten mehr als eine Ausbildung abgeschlossen, so geben Sie bitte auch diese zusätzlich abgeschlossene Ausbildung an. Der Einfachheit halber bitten wir Sie, die 2. Eintragung in einer der freigebliebenen Zeilen in Abschnitt IV vorzunehmen mit einem Hinweis zu der Person, für die die Eintragung gilt.



⑫ Zu Abschnitt V:

Anzugeben sind auch abseits vom Wohngrundstück oder in einer anderen Gemeinde gelegene Flächen.

Das Ackerland (einschl. Flächen des Erwerbsgartenbaus) umfaßt den Anbau landwirtschaftlicher Feldfrüchte wie Getreide, Hackfrüchte, Handelsgewächse (auch unter Obstbäumen). Zu den Flächen des Erwerbsgartenbaus rechnet der Erwerbsanbau von Gemüse, Erdbeeren, Blumen und Zierpflanzen sowie die gesamte Grundfläche der Gewächshäuser und Frühbeete.

Rebland umfaßt die ertragfähigen Flächen, die Junganlagen, Rebschulen und die z. Z. nicht bestockten Flächen, auf denen im nächsten oder übernächsten Jahr wieder Reben angepflanzt werden.

Zu den sonstigen landwirtschaftlich genutzten Flächen gehören neben Wiesen und Weiden (auch unter Obstbäumen) auch Baumschulflächen, Obstanlagen ohne Unterkulturen und Korbweidenanlagen.

Anbau für den Verkauf: Werden Gurken, Spargel, Tomaten oder andere Gemüsearten, Obst oder andere Gartengewächse angebaut, um die Ernte zu verkaufen, so ist die Frage mit „ja“ zu beantworten.

⑬ Zu Abschnitt VII:

Gemeint sind alle selbständig Erwerbstätigen außerhalb der Landwirtschaft, also die Personen, die ihre Erwerbstätigkeit z. B. nicht als Arbeitnehmer oder Mithelfende Familienangehörige ausüben. Demgemäß kann es sich hier nur um Inhaber eines gewerblichen Betriebs oder Büros, eines Geschäfts, einer Arzt- oder Anwaltspraxis, um Schriftsteller, selbständige Agenten, um Straßenhändler, Schausteller, Hausschneiderinnen, Hebammen und dgl. Selbständige handeln. Dieser Abschnitt muß von allen Personen (außerhalb der Landwirtschaft) ausgefüllt werden, die in Frage 19 „selbständig“ eingetragen haben.

⑭ Zu Abschnitt VIII:

Vorübergehend anwesende Personen, die z. Z. keinen ständigen Wohnsitz haben, sind nicht hier, sondern bei den zum Haushalt gehörenden Personen mit einzutragen.

⑮ Zu Abschnitt IX:

Sind Kriegsgefangene unmittelbar in ein Zivilinternierungslager überführt worden, so endet die Kriegsgefangenschaft mit dem Zeitpunkt, von welchem ab deutsche Stellen zur Entscheidung über die Entlassung befugt waren. Derselbe Zeitpunkt muß dann auch in der betreffenden Spalte als Beendigung des Gewahrsams eingetragen werden.

⑯ Zu Abschnitt IX:

Unter Gewahrsamsmacht ist der Staat einzutragen, in dessen Gewahrsam der Kriegsgefangene, Zivilinternierte, Zivilverschleppte die längste Zeit der Gefangenschaft usw. zugebracht hat. Wenn ein Kriegsgefangener z. B. drei Jahre in amerikanischer Gefangenschaft zubrachte, sich aber vor der Entlassung einige Wochen in einem französischen Lager befand, so ist als Gewahrsamsmacht USA einzutragen.

Regierungsbezirk: _____

Kreis: _____

Gemeinde: _____

Gemeindeteil: _____

(Ort, Wohnplatz, Stadtbezirk)

ANSTALTSLISTE

Straße und Haus-Nr.: _____

Zählbezirk Nr.: _____

Anstaltsliste Nr.: _____

Bitte füllen Sie die Anstaltsliste genau und vollständig aus. Alle Angaben dienen statistischen – nicht etwa steuerlichen – Zwecken. Nach den gesetzlichen Vorschriften sind alle Personen, die mit der Zählung zu tun haben, zur Verschwiegenheit verpflichtet.

Halten Sie die ausgefüllten Erhebungsbogen rechtzeitig zum Abholen bereit. Sie erleichtern dem Zähler damit die Arbeit. Er ist ehrenamtlich tätig und muß viel Mühe aufwenden, um seine Aufgabe zu erfüllen.

VOLKS-**UND****BERUFS-****ZÄHLUNG**

am 6. Juni 1961

Rechtsgrundlage:

Volkszählungsgesetz 1961.

Näheres siehe

Drucksache Nr. 12

Für welche Einrichtungen ist eine Anstaltsliste auszufüllen?

Die Anstaltsliste ist auszufüllen für öffentliche und private Einrichtungen, die der **gemeinsamen Unterkunft, Verpflegung und Betreuung von Personen** dienen und damit die Erfüllung bestimmter Ziele auf sozialem, religiösem, gesundheitlichem, erzieherischem oder auf einem anderen Gebiet anstreben, also für:

Altersheime, Klöster, Waisenhäuser,
Krankenhäuser, Heil- und Pflegeanstalten, Sanatorien, sonstige Krankenanstalten,
Internate, Schülerheime, Lehrlingsheime, Erziehungsanstalten,
Strafanstalten,
Flüchtlingslager, Arbeiterunterkünfte, sonstige Massenunterkünfte,
Erholungsheime, Hotels und größere Beherbergungsbetriebe.

Welche Personen sind in die Anstaltsliste einzutragen?

Alle in der Anstalt ständig wohnenden, zum Personal oder zu den Insassen gehörenden Personen sind einschließlich ihrer auf dem Anstaltsgelände wohnenden Familienangehörigen in die Anstaltsliste einzutragen. Sie haben einen Einzelbogen bzw. eine Haushaltsliste auszufüllen.

Die Eintragungen sind getrennt vorzunehmen, und zwar:

In Abschnitt A der Anstaltsliste

Einzelpersonen – **Personal und Insassen** –, die keinen eigenen Haushalt führen;
diese füllen **außerdem Einzelbogen** aus.

In Abschnitt B der Anstaltsliste

1. **Personal**, das innerhalb der Anstalt einen **eigenen Haushalt** führt und eine **eigene Wohnung bewohnt**, z. B. Anstaltsleiter mit Familie, Arzt, Pförtner,
ferner Personal, das innerhalb der Anstalt einen eigenen Haushalt bildet, z. B. Ehepaar des Personals, das in der Anstalt lediglich ein Zimmer bewohnt.

2. **Insassen**, die in der Anstalt wohnen, dort aber einen **eigenen Haushalt** bilden, z. B. Flüchtlingsfamilien, wohnungslos Eingewiesene, Ehepaare, die in der Anstalt ein Zimmer oder eine Wohnung bewohnen.

Alle in Abschnitt B eingetragenen Personen füllen **außerdem Haushaltslisten** aus.

Die wegen Wohnungsmangels in der Anstalt untergebrachten Personen und Haushalte sind in den Abschnitten A und B bei der laufenden Nr. mit Rotstift anzukreuzen; die Gesamtzahlen sind in Abschnitt C nachzuweisen.

Personen, die sich zum Zeitpunkt der Zählung **nur vorübergehend** in der Anstalt aufhalten, z. B. Gäste, kürzere Zeit anwesende Patienten, deren Aufenthalt in der Anstalt bei der Meldebehörde **nicht angemeldet** ist, sind **nicht** in die Anstaltsliste einzutragen, mit Ausnahme der Personen, die **außerhalb dieser Anstalt keinen anderen Wohnraum haben**.

Für die zur Zeit der Zählung abwesenden Personen hat die Anstaltsleitung die Ausfüllung der Erhebungspapiere zu veranlassen.

Alle auf dem Anstaltsgelände befindlichen **Arbeitsstätten** sind in Abschnitt D der Anstaltsliste einzutragen, mit Ausnahme der überwiegend für den eigenen Bedarf arbeitenden anstaltseigenen Arbeitsstätten.

Außerdem ist für die Anstalt selbst und für jede in Abschnitt D eingetragene weitere **Arbeitsstätte** ein **Arbeitsstättenbogen** auszufüllen.

Für jedes im Anstaltsgelände liegende bewohnte **Gebäude** ist auch eine **Gebäudeliste** auszufüllen.

Die unter A erwähnten Einzelbogen, die zu Abschnitt B gehörenden Haushaltslisten und die zu Abschnitt D gehörenden Arbeitsstättenbogen sowie die Gebäudelisten bitten wir in die Anstaltsliste einzulegen. Prüfen Sie bitte vorher, ob auf den Einzelbogen, Haushaltslisten, Arbeitsstättenbogen und Gebäudelisten auch alle Fragen beantwortet sind.

Anstaltsbezeichnung:

(Bei Bauarbeiterlagern
Angabe der Firma)

(z. B. Altersheim St. Georg, Umsiedlerlager III, Baubarracke der Hochbau AG,
Hotel Europäischer Hof)

Art und Zweckbestimmung:

(Genau Angaben erheben)

(z. B. Lehrlingsheim, Internat für Mädchen, Landesgefängnis, Kneippkuranstalt,
Hotel- und Gaststättenbetrieb)

Name des Eigentümers, Pächters,
Leiters, des Vorstandes oder Ver-
walters:

(Familienname)

(Vorname)

(Fernsprecher)

Bitte zuerst alle **Einzelpersonen**, die zum Personal gehören, eintragen, dann alle Insassen, anschließend

Bei den wegen Wohnungsmangels in der Anstalt untergebrachten

[illegible]

die vorübergehend Anwesenden, die außerhalb dieser Anstalt keinen weiteren Wohnraum haben.
am Zählungstichtag vorübergehend abwesend sind.

auch ein grüner Einzelbogen vorliegen.

Personen, die innerhalb der Anstalt einen eigenen Haushalt bilden, sind nicht hier, sondern unter B einzutragen.

[illegible]

235

B. Verzeichnis des Personals und der Insassen, die innerhalb der Anstalt einen eigenen Haushalt bilden.

Hier sind alle Haushalte von Personen einzutragen, die in der Anstalt einen eigenen Haushalt bilden (z. B. Anstaltsleiter mit Familie, Arzt, Pförtner, Flüchtlingsfamilien, wohnungslos Eingewiesene, Ehepaare mit eigenem Zimmer).

Bei den wegen Wohnungsmangels in der Anstalt untergebrachten Haushalten ist die laufende Nr. mit **Rotstift** anzukreuzen.

Für jeden hier aufgeführten Haushalt muß eine eigene weiße Haushaltsliste vorliegen.

[illegible]

C. Wie viele der in Abschnitt A eingetragenen Personen sind nur deshalb in der Anstalt untergebracht, weil sie keine Wohnung haben? Personen
Wie viele der in Abschnitt B eingetragenen Haushalte sind nur deshalb in der Anstalt untergebracht, weil sie keine Wohnung haben? Haushalte
Haben Sie auch alle wegen Wohnungsmangels in der Anstalt untergebrachten Personen und Haushalte in den Abschnitten A und B mit Rotstift angekreuzt?

D. Verzeichnis der Arbeitsstätten auf dem Anstaltsgelände

Hier sind einzutragen: 1. Alle anstaltseigenen selbständigen Arbeitsstätten, die überwiegend für fremde Kundschaft arbeiten (z. B. Korbflechtereien in Blindenheimen, Wäschereien in Klöstern)

2. Alle nicht anstaltseigenen Arbeitsstätten (z.B. Kantinen, Verkaufsstände, Friseure)

3. Auch alle Insassen, die eine selbständige freiberufliche oder gewerbliche Tätigkeit ohne feste Arbeitsstätte ausüben.

Für jede hier aufgeführte Arbeitsstätte oder Person muß ein Arbeitsstättenbogen vorliegen. In jedem Fall muß für die Anstalt selbst ein Arbeitsstättenbogen vorliegen.

[illegible]

Dieser Anstaltsliste liegen bei:

- grüne Einzelbogen für die Personen, die in Abschnitt A eingetragen sind.
..... weiße Haushaltslisten für die Haushalte, die in Abschnitt B eingetragen sind.
..... rosa Arbeitsstättenbogen für Arbeitsstätten oder Personen, die in Abschnitt D eingetragen sind.
..... gelbe Gebäudelisten für die im Anstaltsgelände liegenden bewohnten Gebäude.

(Unterschrift des Eigentümers, Pächters, Leiters, Vorstandes,
Verwalters bzw. Vertreters)

E. In der Anstalt erfaßte Personen

Vom Zähler auszufüllen	m	w
Einzelpersonen in Abschnitt A		
Haushaltsmitglieder in Abschnitt B		
Insgesamt		

Drucksache Nr. 3a

Volks- und Berufszählung
am 6. Juni 1961Rechtsgrundlage:
Volkszählungsgesetz 1961.
Näheres siehe Drucksache Nr. 12

Original : Größe 245 x 350 mm, Farbe grün

Einzelbogen zur Anstaltsliste

für alle in Anstalten lebenden Einzelpersonen,
die keinen eigenen Haushalt führen

Name und Anschrift der Anstalt:

Einzelbogen Nr.:
(übereinstimmend mit der lfd. Nr. im
Abschnitt A der Anstaltsliste)

Zur Anstaltsliste Nr.:

Bitte vor dem Ausfüllen beachten!

Kreuzen Sie bei den Fragen, für die Antworten vorgedruckt sind, das zutreffende Kästchen ☒ an. Wo keine Kästchen vorgedruckt sind, schreiben Sie bitte die Antwort aus oder, wenn die Frage für Sie nicht zutrifft, machen Sie einfach einen Strich (-).

Beachten Sie bitte die Erläuterungen im Merkblatt, auf die durch Ziffern im O verwiesen wird.

I. Angaben zur Person	
1 Familienname (bei Frauen auch Mädchenname) _____	
Vorname _____	männlich <input type="checkbox"/> weiblich <input type="checkbox"/>
2 Gehören Sie zum Personal (z. B. Koch, Hausgehilfin) der Anstalt oder leben Sie als Insasse (z. B. Patient, Internatsschüler) in der Anstalt? Nur für Insassen: Seit wann sind Sie in der Anstalt?	Personal <input type="checkbox"/> Insasse <input type="checkbox"/> Monat, Jahr
3 Geboren am: _____	Teg. Monat, Jahr
4 Familienstand	ledig <input type="checkbox"/> verw. <input type="checkbox"/> verh. <input type="checkbox"/> gesch. <input type="checkbox"/>
5 Nur für verheiratete Personen: In welchem Jahr wurde die Ehe geschlossen?	
6 Religion ① (Anzugeben ist z. B. ev. Landeskirche, ev. Freikirche, röm. kath., neuapostolische Kirche)	
7 Staatsangehörigkeit ②	
8 Nur ausfüllen, falls Sie nach Kriegsende in das Gebiet der heutigen Bundesrepublik einschl. Berlin (West) zugezogen sind: a) Wann sind Sie zugezogen? b) Lag der vorherige Wohnsitz in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands bzw. im Sowjetsektor von Berlin?	Jahr ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/>
9 Besitzen Sie einen Bundesvertriebenenausweis A oder B oder einen Bundesflüchtlingsausweis C? Für Personen, die im Ausweis ihres Vaters oder ihrer Mutter eingetragen sind, ist der Buchstabe des Ausweises ebenfalls anzukreuzen.	A <input type="checkbox"/> B <input type="checkbox"/> C <input type="checkbox"/>
10 Haben Sie noch anderswo weiteren Wohnraum, z. B. ein möbliertes Zimmer, eine Wohnung oder eine sonstige Unterkunft? Wenn ja: a) Genaue Anschrift dieses weiteren Wohnraums b) Gehen Sie von dort aus zur Arbeit oder zur Ausbildung?	ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> (Gemeinde, Kreis) (Straße, Haus-Nr.) ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/>
11 Für abwesende Personen: (Personen, die sich als Patienten vorübergehend in einem Krankenhaus befinden, gelten nicht als abwesend.) a) Grund der Abwesenheit: Berufsausübung, Wehrdienst, Studium, Lehrgang, Urlaub, Besuch oder welche sonstigen Gründe? b) Art der Unterkunft am Aufenthaltsort: z. B. möbliertes Zimmer, Wohnung, Pension, Hotel, Lehrlingsheim, Bauarbeiterlager, Sanatorium, Kaserne, Schiff.	
12 Sind Sie in irgendeiner Weise erwerbs- oder berufstätig , hauptberuflich oder nur nebenher, auch mithelfend im Familienbetrieb?	ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/>
13 Sind Sie: (Bitte kreuzen Sie die Antworten an, die für Sie zutreffen)	arbeitslos ③ <input type="checkbox"/> Renten-, Pensions- oder Unterstützungsempfänger <input type="checkbox"/> Hausfrau <input type="checkbox"/> Schüler/Student <input type="checkbox"/>
14 Woraus beziehen Sie gegenwärtig überwiegend die Mittel für Ihren Lebensunterhalt: ④ (Nur die überwiegende Unterhaltsquelle bitte ankreuzen oder in der freien Zeile eintragen) Unter „oder woraus sonst“ ist beispielsweise einzutragen: Ruhegehalt, Hinterbliebenenpension, Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe, Fürsorgeunterstützung, KB-Rente, KB-Witwenrente, eigenes Vermögen, Unterhalt durch geschiedenen Ehemann, Kriegsschadenrente.	Erwerbs-/Berufstätigkeit <input type="checkbox"/> Unterhalt durch Eltern, Ehemann, Sohn usw. <input type="checkbox"/> Sozialversch.-Rente <input type="checkbox"/> oder woraus sonst:

Bitte die Rückseite auch ausfüllen.

Personen, die keine berufliche Tätigkeit ausüben und nicht in beruflicher Ausbildung stehen, brauchen die Fragen 15 bis 24 nicht auszufüllen.
Schüler und Studierende haben dagegen im Abschnitt III (Fragen 22 bis 24) Eintragungen vorzunehmen.

II. Für Erwerbs- und Berufstätige sowie Arbeitslose

Zu den Erwerbs- und Berufstätigen gehören auch Lehrlinge, ferner solche Personen, die im Betrieb eines Familienangehörigen mithelfen, sowie Personen, die nebenher erwerbstätig sind.

Für Arbeitslose ohne gegenwärtige Tätigkeit sind die Fragen 15 bis 20 für die zuletzt ausgeübte Tätigkeit zu beantworten.

15 Name der Firma, des Arbeitgebers, der Dienststelle, des Geschäftes, der Praxis, des eigenen Betriebes	
16 Geschäftszweig (Branche) des Betriebes, der Firma, des Arbeitgebers usw. (Genau angeben: z. B. Werkzeugmaschinenfabrik, nicht Maschinenfabrik; Eisenhütte, nicht Hüttenwerk; Lebensmittel-Einzelhandel, nicht Handel; Volksschule, nicht Schulverwaltung; Krankenhaus, nicht Stadtverwaltung) ⑥	
17 Wo arbeiten Sie? Anschrift der Arbeitsstätte, gegebenenfalls der Filiale, der Baustelle ⑥. Für Personen auf Schiffen ist der Name des Schiffes und der Heimathafen anzugeben.	(Gemeinde, Kreis) (Straße, Haus-Nr.)
18 An dieser Arbeitsstätte ausgeübte Tätigkeit/Beruf (Genau angeben: z. B. Lagerarbeiter, Bauhilfsarbeiter, nicht Arbeiter; Stenotypistin, nicht kfm. Angestellte; Buchhändler, Möbelhändler, nicht Kaufmann) ⑦	
19 Wird diese Tätigkeit ausgeübt: als Arbeiter, Geselle, Lehrling, Heimarbeiter, Angestellter, Beamter (Amtsbezeichnung), als Selbständiger, Hausgewerbetreibender, Zwischenmeister oder als Mithelfender im Betrieb eines Familienangehörigen? ⑧	
20 Wie lange in der Woche arbeiten Sie normalerweise in dieser Tätigkeit? Personen, die im Betrieb eines Familienangehörigen mithelfen, geben nur die für den Betrieb geleistete Arbeitszeit an.	unter 15 Stunden <input type="checkbox"/> 15-24 Stunden <input type="checkbox"/> 25-40 Stunden <input type="checkbox"/> über 40 Stunden <input type="checkbox"/>
21 Üben Sie noch eine weitere – landwirtschaftliche oder nichtlandwirtschaftliche – Tätigkeit aus? Gemeint ist jede Tätigkeit (auch Mithilfe im Betrieb eines Familienangehörigen), die derzeit – auch wenn nur gelegentlich – ausgeübt wird und nicht schon oben (Fragen 15 bis 20) angegeben ist.	landwirtschaftliche Tätigkeit <input type="checkbox"/> sonstige Tätigkeit <input type="checkbox"/>

III. Weg zur Arbeits- oder Ausbildungsstätte, auch Schulweg ⑨

Zu beantworten für Erwerbstätige, bei denen sich Wohnung und Arbeitsstätte nicht auf dem gleichen Grundstück befinden, sowie für Schüler und Studierende.

22 Durchschnittlicher Zeitaufwand für den Hinweg zu der in Frage 17 angegebenen Arbeitsstätte oder der in Frage 24 angegebenen Schule, Hochschule usw. Eintragungen für den letzten Winter sind nur dann vorzunehmen, wenn Wohnung und Arbeits- oder Ausbildungsstätte die gleichen geblieben sind.	unter 15 15 bis 29 30 bis 44 45 bis 59 1 bis 1 1/2 über 1 1/2 Minuten Stunden
a) in diesem Monat für den Hinweg täglich etwa	
b) im letzten Winter für den Hinweg täglich etwa	
23 Wichtigstes Verkehrsmittel, das normalerweise benutzt wird (Anzugeben ist, auf welche Weise in der Regel die größte Strecke des Weges zurückgelegt wird, z. B. mit Straßenbahn, Motorrad, Fahrrad, zu Fuß) ⑩	a) in diesem Monat b) im letzten Winter
24 Für Schüler (auch Volksschüler) und Studierende: Anschrift der Schule, Hochschule usw.	(Gemeinde) (Straße, Haus-Nr.)

IV. Personen mit abgeschlossener Ausbildung an einer Berufsfach- oder Fachschule, Universität oder anderen Hochschule ⑪

Nicht anzugeben ist der pflichtmäßige Besuch von Fortbildungsschulen und Berufsschulen mit geringer Wochenstundenzahl

25 Haben Sie eine Berufsfach- oder Fachschule, Universität oder andere Hochschule besucht?	Berufsfachschule } <input type="checkbox"/> Fachschule } <input type="checkbox"/> Universität } <input type="checkbox"/> andere Hochschule } <input type="checkbox"/>
26 Name und Anschrift der Schule	
27 Jahr der Abslußprüfung	
28 Bezeichnung der Abslußprüfung	
29 Hauptfach (z. B. Rechtswissenschaft – Maschinenbau – Chemotechnik – Kaufmännische Fächer – Krankenpflege)	

V. Ehemalige Kriegsgefangene, Zivilinternierte oder Zivilverschleppte des Zweiten Weltkrieges

30 Waren Sie: (Zutreffendes bitte ankreuzen)	Kriegsgefangener ⑫ <input type="checkbox"/> Zivilinternierter <input type="checkbox"/> Zivilverschleppter <input type="checkbox"/>
31 Beginn und Beendigung des Gewahrsams (Monat, Jahr)	von 19..... bis 19.....
32 Gewahrsamsmacht ⑬	

Unterschrift:

VOLKS- UND BERUFSZÄHLUNG

MERKBLATT

zum Einzelbogen der
Anstaltsliste

Für alle in Anstalten lebenden Einzelpersonen

Eine **Volkszählung** ist eine umfassende statistische Bestandsaufnahme der Bevölkerung. Sie ist erforderlich, um Angaben über Zahl und Zusammensetzung der Bevölkerung sowie über die Wirtschaftsverhältnisse zu erhalten. Solche Angaben werden von Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft dringend benötigt. Die letzte derartige Zählung liegt über 10 Jahre zurück. Ihre Ergebnisse sind inzwischen zum größten Teil überholt.

Bitte tragen auch Sie durch Ihre verständnisvolle Mithilfe zum Gelingen der Volks- und Berufszählung bei.

Sollten Sie mit der einen oder anderen Frage im Einzelbogen und den Erläuterungen in diesem Merkblatt nicht zurechtkommen, so wenden Sie sich bitte an den Zähler. Er wird Ihnen gern behilflich sein, den Erhebungsbogen auszufüllen.

Es steht Ihnen frei, den Einzelbogen dem Zähler auch in einem verschlossenen Briefumschlag auszuhändigen, der erst durch die Zählungsdienststelle geöffnet werden darf. Auf dem Umschlag muß dann aber der Name deutlich angegeben sein.

Erläuterungen zu den mit ○ gekennzeichneten Fragen im Einzelbogen

- ① Zu Frage 6:
Geben Sie bitte die genaue Bezeichnung der Kirche, Religionsgesellschaft oder religiös-weltanschaulichen Gemeinschaft an, der Sie rechtlich zugehören. Besteht bei evangelischem Bekenntnis Zugehörigkeit zu einer Freikirche, bitte zusätzlich Freikirche (= FK) angeben.
Falls Sie keiner Kirche, Religionsgesellschaft usw. angehören, bitte „keine“ eintragen.
- ② Zu Frage 7:
Personen mit mehreren Staatsangehörigkeiten tragen alle ein. Personen, die die deutsche und eine andere Staatsangehörigkeit besitzen, müssen auch die fremde Staatsangehörigkeit angeben.
Staatenlose tragen „staatenlos“ ein.
Personen, deren Staatsangehörigkeit ungeklärt ist, tragen „ungeklärt“ ein.
- ③ Zu Frage 13:
Als arbeitslos gilt, wer im Zeitpunkt der Zählung nicht erwerbstätig ist, jedoch eine Arbeitsstelle oder Berufsausbildungsstelle sucht, unabhängig davon, ob er zu diesem Zeitpunkt beim Arbeitsamt als Arbeitsloser bzw. Arbeits-suchender registriert ist und Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe bezieht.
- ④ Zu Frage 14:
Als **Sozialversicherungsrente** gelten Bezüge aus der Rentenversicherung für Arbeiter (früher Invalidenversicherung), der Angestelltenversicherung und der Knappschaftsversicherung. Auf **eigenem Vermögen** beruht der Lebensunterhalt, wenn er z. B. aus der Verpachtung eines Geschäftes oder landwirtschaftlichen Betriebes, aus den Mieteinnahmen aus Hausbesitz, aus den Zinseinnahmen oder der Substanz eines Wertpapierbestandes oder den Auszahlungen aus einem Lebensversicherungsvertrag bestritten wird. **Zu den Einkünften aus eigenem Vermögen rechnen auch** solche aus einem Altenteil, unabhängig davon, ob sie mit einer Altershilfe für Landwirte verbunden sind.
- ⑤ Zu Frage 16:
Umfaßt die Firma, in der Sie beschäftigt sind, mehrere Betriebe oder Teilbetriebe, Filialen oder dgl., so ist der Geschäftszweig (Branche) des Betriebes anzugeben, in dem Sie tätig sind.
- ⑥ Zu Frage 17:
Wenn Sie in einer Filiale, auf einer Baustelle oder dgl. arbeiten, geben Sie bitte nicht die Anschrift der Firma, sondern die der tatsächlichen Arbeitsstätte an, also der Filiale, Baustelle usw., denn die Angaben werden u. a. zur Feststellung der Entfernung zwischen Wohnung und Arbeitsstätte benötigt.
- ⑦ Zu Frage 18:
Tragen Sie bitte ein, welche Tätigkeit oder welchen Beruf Sie an der angegebenen Arbeitsstätte tatsächlich ausüben, auch wenn diese Tätigkeit sich nicht mit einem früher erlernten und ausgeübten Beruf deckt.
Lehrlinge geben ihren Lehrberuf an.
- ⑧ Zu Frage 19:
Einzutragen ist auch Anlernling, Volontär oder Praktikant. Als **Mithelfende** gelten diejenigen Personen, die ohne Lohn oder Gehalt im Betrieb eines Familienangehörigen mitarbeiten und keine Sozialversicherungs-Pflichtbeiträge entrichten. Personen, die im Betrieb eines Familienangehörigen in einem Lohn-, Gehalts- oder Lehrverhältnis stehen, sind nicht als mithelfende Familienangehörige, sondern als Arbeiter, Angestellte oder Lehrlinge einzutragen.

⑨ Zu den Fragen 22 bis 24:

Wer an **mehreren Arbeitsstätten** tätig ist (z. B. Stundenbuchhalter, Putzfrau) sowie **Studierende** mit mehreren Ausbildungsstätten (z. B. Universität und Klinik), machen die Angaben für den Weg, den sie normalerweise täglich zuerst zur Arbeits- oder Ausbildungsstätte zurücklegen. Für Personen mit ständig **wechselndem Arbeitsweg** (z. B. Vertreter, Reisende) sind keine Angaben zu machen. Für **Berufsschüler**, deren Erwerbstätigkeit in der Woche nur an einzelnen Tagen durch den Berufsschulbesuch unterbrochen wird, ist nur der Weg zur Arbeitsstätte anzugeben. Der Zeitaufwand für den Arbeitsweg ergibt sich aus der Zeit vom Verlassen des Hauses bis zum Betreten der Arbeitsstätte (Fabrik, Baubaracke, Geschäft, Büro) oder des Schul- bzw. Universitätsgebäudes.

⑩ Zu Frage 23:

Bei Verwendung verschiedener Verkehrsmittel ist das für die größte Entfernung (in km) benutzte anzugeben. Wird der größte Teil der Strecke zu Fuß zurückgelegt, so ist anzugeben „zu Fuß“.

⑪ Zu Abschnitt IV:

Berufsfachschulen sind berufsvorbereitende oder berufsausbildende Schulen, die a) freiwillig, b) von schulentlassenen oder vorzeitig abgegangenen Jugendlichen unter 18 Jahren, c) in mindestens 1 Jahr umfassendem Vollunterricht besucht werden, z. B. Handelsschulen, Kinderpflegeschulen, Hauswirtschaftsschulen.

Fachschulen sind berufsfortbildende Schulen, die a) freiwillig, b) auf der Grundlage einer schon erworbenen Berufsausbildung, c) von nicht mehr berufsschulpflichtigen Personen über 18 Jahre, d) mit Vollunterricht von mindestens einem halben Jahr zur weiteren beruflichen Fortbildung auf einen in der Regel höher qualifizierten Beruf besucht werden, z. B. Bauschulen, Ingenieurschulen, Technikerschulen, Meisterschulen, Lehrerbildende Anstalten, Krankenpflegeschulen. Haben Sie an einer der genannten Schularten mehr als eine Ausbildung abgeschlossen, so geben Sie bitte auch diese zusätzlich abgeschlossene Ausbildung an. Der Einfachheit halber bitten wir Sie, die zweite Eintragung in dem freien Raum unter der Frage 25 vorzunehmen.

⑫ Zu Abschnitt V:

Sind Kriegsgefangene unmittelbar in ein Zivilinternierungslager überführt worden, so endet die Kriegsgefangenschaft mit dem Zeitpunkt, von welchem ab deutsche Stellen zur Entscheidung über die Entlassung befugt waren. Derselbe Zeitpunkt muß dann auch in der betreffenden Spalte als Beendigung des Gewahrsams eingetragen werden.

⑬ Zu Abschnitt V:

Unter Gewahrsamsmacht ist der Staat einzutragen, in dessen Gewahrsam der Kriegsgefangene, Zivilinternierte, Zivilverschleppte die längste Zeit der Gefangenschaft usw. zugebracht hat. Wenn ein Kriegsgefangener z. B. drei Jahre in amerikanischer Gefangenschaft zubrachte, sich aber vor der Entlassung einige Wochen in einem französischen Lager befand, so ist als Gewahrsamsmacht USA einzutragen.

Arbeitsstättenbogen 1961

Dieser Abschnitt wird im Stat. Landesamt ausgefüllt!

Reg.-Bez./Kreis		2-4	Lfd. Nr.		9-12
Gemeinde		5-7	OE-Kl.		13-17
Gem. Gr.-Kl.		8	Unt-Kl.		18-22

Regierungsbezirk: _____

Kreis: _____

Gemeinde: _____

Gemeindeteil: _____

Straße u. Haus-Nr.: _____

Zählbezirk Nr.: _____

Gebäudeliste Nr.: _____

Arbeitsstättenbogen Nr.: _____

Rechtsgrundlage: Volkszählungsgesetz 1961. Näheres siehe Drucksache Nr. 12

Bitte an den mit O gekennzeichneten Stellen die Erläuterungen auf Seite 4 beachten!

Ein Arbeitsstättenbogen ist für alle **nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten** ① auszufüllen, in denen regelmäßig mindestens eine Person ② erwerbstätig ist, also für jede Hauptniederlassung, jede Zweigniederlassung, jeden Filialbetrieb, jedes Büro, jede Behörde, jede Praxis, jede Werkstatt u. dgl., auch für ständig bemannte Schiffe. Baustellen gelten dagegen nicht als besondere Arbeitsstätten. **Keinen Arbeitsstättenbogen erhalten grundsätzlich die Betriebe im Bereich der Land- und Forstwirtschaft sowie die Betriebe der Binnenfischerei (Fluß- und Seenfischerei).** Ausnahmen hierzu vgl. Erläuterung ③. Behörden, Anstalten und Einrichtungen des öffentlichen Rechts ④ sowie Arbeitsstätten von Organisationen ohne Erwerbscharakter ⑤ beantworten nur die mit ► gekennzeichneten Fragen.

A Allgemeine Angaben über die Arbeitsstätte, für welche dieser Fragebogen ausgefüllt wird.

- 1. Vollständige Anschrift – Name, Bezeichnung (gegebenenfalls Stempel) – der Arbeitsstätte: _____

Gemeinde: _____ Straße u. Haus-Nr.: _____

- 2. Bei Anstalten oder Einrichtungen von Körperschaften des öffentlichen Rechts sowie von kirchlichen, religiösen und weltanschaulichen Gemeinschaften, wirtschaftlichen und kulturellen Organisationen bitte den Träger angeben, soweit er nicht aus der Anschrift unter A 1 erkennbar ist ⑥ _____

B Kennzeichnung der Arbeitsstätte

- 1. Genaue Bezeichnung des betriebenen Gewerbes, der ausgeübten Tätigkeit bzw. des Aufgabengebietes: _____

2. Bezeichnung der hauptsächlichsten

a) gewonnenen und erzeugten Güter oder hergestellten Waren: ⑦ _____

b) reparierten Waren: ⑦ _____

c) im Großhandel gehandelten Waren: ⑦ _____

d) im Einzelhandel gehandelten Waren: ⑦ _____

e) vermittelten Waren und vermittelten Leistungen: ⑧ _____

f) Transportleistungen für andere: ⑨ _____

g) sonstigen Tätigkeiten, auch Dienstleistungen: ⑩ _____

Bitte
in jeder
Zeile
die
jeweils
wichtigste
Ware
oder
Leistung
unter-
streichen!

- 3 Falls Sie in mehreren der Zeilen 2a) – g) Angaben gemacht haben, welche Tätigkeit überwiegt?
-
- (wirtschaftlicher Schwerpunkt): _____

Zutreffendes ankreuzen ☒ Nicht ausfüllen!

4. Meldet der Betrieb zur Industrie- oder Bauberichterstattung (monatlich oder jährlich)? ja ☐ nein ☐

5. Gehört der Betrieb der Industrie- und Handelskammer an? ja ☐ nein ☐

6. a) Ist der Inhaber in der Handwerksrolle eingetragen? ja ☐ nein ☐
 b) Wenn 6 a) bejaht, gilt die Eintragung nur für einen handwerklichen **Nebenbetrieb** im Sinne der Handwerksordnung? ja ☐ nein ☐

7. a) Sind Sie Heimarbeiter oder Hausgewerbetreibender? ja ☐ nein ☐
 b) Liegen für Sie beim Auftraggeber Entgeltbücher (Entgeltzettel, Arbeitszettel) gem. § 9 des Heimarbeitergesetzes vom 14. 3. 1951 vor? ja ☐ nein ☐
 c) Leiten Sie diese Arbeitsstätte als Zwischenmeister? ja ☐ nein ☐

HaRo	23
Heim	24
Zwi	25
GKLO	26-27
GKLU	28-29
EHZ	30
Rf	31
VS	32

C Beschäftigte Personen dieser Arbeitsstätte (einschl. Inhaber)

am 6. Juni 1961

Bitte vergessen Sie nicht, hier auch sich selbst (wenn tätiger Inhaber) sowie vorübergehend Erkrankte und Urlauber mitzuzählen ⑩

1. Tätige Inhaber der Arbeitsstätte
2. In der Arbeitsstätte mithelfende Familienangehörige ⑩
- ▶ 3. Beamte (im öffentl.-rechtl. Dienstverhältnis)
- ▶ 4. Angestellte (ohne Lehrlinge, Anlernlinge, Praktikanten, Volontäre) ⑩
- ▶ 5. Arbeiter (einschl. Gesellen, ohne Lehrlinge und ohne Heimarbeiter)
- ▶ 6. Lehrlinge, Anlernlinge, Praktikanten, Volontäre
- ▶ 7. **Beschäftigte insgesamt** (Summe 1-6)

	Zahl der beschäftigten Personen (Voll- u. Teilbeschäftigte) ⑩			von den links angegebenen Personen sind Teilbeschäftigte ⑩	
	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich
1	1	2	3	4	5
2					
3					
4					
5					
6				X	X
7					
			33-36		

D Einzige Arbeitsstätte, Haupt- oder Zweigniederlassung

Zutreffendes ankreuzen ☒

1. Besteht die Firma (oder Unternehmen, Praxis u. dgl.) **nur** aus dieser **einzigen** Arbeitsstätte (Betrieb, Büro oder dgl.)? ja ☐ nein ☐
2. Wenn nein:
 - a) Ist diese Arbeitsstätte die **Hauptniederlassung** ⑩ der Firma (des Unternehmens, der Praxis u. dgl.), zu der noch andere Arbeitsstätten (Zweigniederlassungen) ⑩ gehören? ja ☐ nein ☐
 - b) Oder ist diese Arbeitsstätte selbst eine **Zweigniederlassung**? ⑩ ja ☐ nein ☐
3. Wenn die Arbeitsstätte **Hauptniederlassung** (also Frage 2a bejaht) ist:
 - a) Bitte alle Zweigniederlassungen ⑩ des Unternehmens hierunter einzeln angeben:

Nicht ausfüllen!

Land	Gruppe

Bezeichnung der Zweigniederlassungen usw.	Land	Gemeinde ⑩	Angabe des betriebenen Gewerbes ⑩	Zahl der Beschäftigten (ohne Heimarbeiter)

Angaben für weitere Zweigniederlassungen bitte nach vorstehendem Schema auf einer Anlage machen

Zus.:

Nicht ausfüllen!

36-40

- b) Welchen wirtschaftlichen Schwerpunkt (hauptsächlichen Geschäftszweig) hat das gesamte Unternehmen (die gesamte Firma)? ⑩

4. Wenn die Arbeitsstätte selbst eine Zweigniederlassung usw. ⑩ (also Frage 2b bejaht) ist, dann bitte hier genaue Anschrift der Hauptniederlassung und den Geschäftszweig des Unternehmens (der Firma) angeben:

Firma: _____ Geschäftszweig: ⑩ _____

Land: _____ Gemeinde: _____ Straße u. Haus-Nr.: _____

E Rechtsform (nur am Hauptsitz des Unternehmens oder von Selbstständigen auszufüllen, nicht dagegen von Zweigniederlassungen)

Zutreffendes ankreuzen ☒

1. Nur 1 Person als Inhaber ☐
2. Mehrere Personen als Inhaber, jedoch nicht in einer der unter 3–8 genannten Gesellschaftsformen ☐
3. Offene Handelsgesellschaft ☐
4. Kommanditgesellschaft ☐
5. Gesellschaft mit beschränkter Haftung ☐
6. Akt.-Gesellschaft bzw. KG auf Aktien ☐
7. Eingetragene Genossenschaft ☐
8. Sonstige private Rechtsformen (z. B. eingetr. bzw. nichteingetragener Verein, Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit, bergrechtl. Gewerkschaft usw.). Zutreffendes unterstreichen bzw. hier eintragen: _____ ☐
9. Wirtschaftliche Unternehmen von Körperschaften, Anstalten oder Stiftungen des öffentl. Rechts, soweit sie nicht unter einer der bei 1–8 aufgeführten privaten Rechtsformen betrieben werden ¹⁰ _____ ☐

F Ermittlung der Unternehmen von Vertriebenen und Sowjetzonenflüchtlingen (nur am Hauptsitz des Unternehmens oder von Selbstständigen in freien Berufen usw. auszufüllen, nicht dagegen von Zweigniederlassungen)

Diese Fragen sind von allen Unternehmen zu beantworten, auch wenn sie keine Unternehmen von Vertriebenen oder Flüchtlingen sind!

Zutreffendes ankreuzen ☒

1. Besitzt der Inhaber des unter E 1 gekennzeichneten Unternehmens einen Bundesvertriebenenausweis (A oder B) oder einen Bundesflüchtlingsausweis (C)? ja ☐ nein ☐
2. Sind mindestens 50 vH des Kapitals des unter E 2–8 gekennzeichneten Unternehmens in Händen von Personen, die einen Bundesvertriebenenausweis (A oder B) oder einen Bundesflüchtlingsausweis (C) besitzen? ja ☐ nein ☐
3. Wenn 1 oder 2 bejaht, welche Ausweisart liegt vor?
(Wenn beide Ausweisarten vorliegen, nur die überwiegende ankreuzen!) A/B ☐ C ☐

G Transportmittel und Verkehrseinrichtungen

- Anzugeben sind die in der Arbeitsstätte eingesetzten eigenen und angemieteten Fahrzeuge, einschl. der in Reparatur befindlichen und vorübergehend stillgelegten Fahrzeuge, doch ausschl. der vermieteten.

1. Zahl der Kraftfahrzeuge, -anhänger und Gespannfahrzeuge am 6. Juni 1961:

Personenkraftwagen (einschl. Krankenkraftwagen)	Omnibusse, Obusse	Sattelzugmaschinen
Kombinationskraftwagen	Anhänger zur Personenbeförderung	Sonstige Zugmaschinen
Krafträder (einschl. Motorroller)	Lastkraftwagen, Lieferwagen (einschl. solcher mit Spezialaufbau)	Anhänger zur Güterbeförderung (einschl. solcher mit Spezialaufbau)
Mopeds	Sonderkraftfahrzeuge (z. B. f. Feuerwehr, Straßenreinigung, z. Abschleppen usw.)	Gespannfahrzeuge

2. Wenn noch **andere Fahrzeuge und Verkehrseinrichtungen** der nachstehenden Arten am 6. Juni 1961 vorhanden sind, bitte diese **ankreuzen**:

Schienenfahrzeuge zur Pers.-Bef. <input type="checkbox"/>	Luftfahrzeuge <input type="checkbox"/>	Umschlagseinrichtungen für den Schiffsverkehr (Kräne, Elevatoren usw.) <input type="checkbox"/>
Schienenfahrzeuge zur Güterbef. <input type="checkbox"/>	Überlandschwebbahnen zur Güterbeförderung <input type="checkbox"/>	Laderampen für den Kraft- fahrzeugverkehr <input type="checkbox"/>
Seeschiffe <input type="checkbox"/>	Anschlußgleise <input type="checkbox"/>	Umschlagslager <input type="checkbox"/>
Binnenschiffe <input type="checkbox"/>	Hafenanlagen <input type="checkbox"/>	

3. Werden Personen oder Güter für andere gegen Entgelt befördert? . . . ja ☐ nein ☐

Diese Kästchen werden im Stat. Landesamt ausgefüllt!

<input type="checkbox"/> E Klasse	<input type="checkbox"/> E Besch.	E H Z	Unt Klasse	Unt Besch.
-----------------------------------	-----------------------------------	-------	------------	------------

Ich versichere, daß ich die Fragen nach bestem Wissen und Gewissen beantwortet habe.

Ort und Datum _____

Straße und Hausnummer der Arbeitsstätte _____

Stempel und Unterschrift _____

Erläuterungen siehe Rückseite ►

Erläuterungen

- ① Die Arbeitsstättenzählung erfaßt u. a.: Industrie, Handwerk, Hausgewerbe, Handel, Geld- und Versicherungswesen, Verkehr einschl. Privatbahnen (Bundesbahn und Bundespost werden gesondert erfaßt), auch ständig bemannte Schiffe. Behörden, öffentl.-rechtl. Verwaltungen sowie deren Anstalten, Einrichtungen, wirtschaftl. Werke und Betriebe; Büros, auch von Verbänden, Vereinen usw. (bei Betriebs-, Büro- und Ladengemeinschaften ist für jede der zur Gemeinschaft gehörenden Parteien ein besonderer Bogen auszufüllen). Selbständige Angehörige freier Berufe (z. B. Künstler, Schriftsteller, Ärzte u. Rechtsanwälte mit eig. Praxis, Steuerberater, Hebammen, Haus-schneiderinnen). Hochsee- und Küstenfischerei. Die nicht an eine feste Arbeitsstätte gebundenen Gewerbe (z. B. Schausteller, Straßenhändler).
- ② Dies gilt auch, wenn eine Person nur **nebenberuflich**, nicht dagegen nur ehrenamtlich tätig ist.
- ③ Für solche Betriebe im Bereich der Land- und Forstwirtschaft, die bei der Besteuerung (Gewerbe-, Umsatz- und Einkommensteuer) als **Gewerbebetriebe** gelten, ist jedoch auch ein Arbeitsstättenbogen auszufüllen. Dazu gehören z. B.:
 - a) Betriebe der **gewerblichen Gärtnerei** (Einrichtung und Pflege gärtnerischer Anlagen) sowie Betriebe der gewerblichen **Tierhaltung** jeder Art (z. B. Schweinemästereien, Geflügelfarmen, Pelztierfarmen, Hundezüchtereien und dgl.);
 - b) **Dienstleistungsbetriebe** für die Land- und Forstwirtschaft (z. B. Betriebe der Lohndrescherei, der Lohnpflügerei, der Saatgutreinigung oder -beizung, der Schädlingsbekämpfung, Schafschurbetriebe und dgl.);
 - c) Sonstige **gewerbliche** Betriebe in der Hand von Personen, die auch Inhaber eines land- oder forstwirtschaftlichen Betriebes sind.**Nicht** zu erfassen sind Betriebe gewerblicher bzw. handwerklicher Art, die bei der Besteuerung als **Nebenbetriebe** oder **Hilfsbetriebe** der Land- und Forstwirtschaft angesehen werden.
- ④ Hierzu gehören u. a. die Arbeitsstätten der Gebietskörperschaften sowie der Zweckverbände und Sondervermögen, ferner die Arbeitsstätten der Arbeitsverwaltung und der Sozialversicherung sowie sonstiger Körperschaften des öffentlichen Rechts, soweit sie nicht erwerbswirtschaftlichen Zwecken dienen.
- ⑤ Das sind Organisationen, Verbände, Vereinigungen usw., die zumindest überwiegend **nicht** zur Erzielung eines wirtschaftlichen Ertrags tätig sind, sondern religiöse, caritative, kulturelle, politische u. ä. Ziele verfolgen. Hierzu gehören z. B. die Kirchen sowie religiöse oder weltanschauliche Vereinigungen, caritative Organisationen, kulturelle, wissenschaftliche und im Erziehungswesen tätige Vereinigungen, politische Parteien, Gewerkschaften, Arbeitgeber- und andere Wirtschaftsverbände, Kammern, Sportverbände und -vereine und dergleichen. Organisationen ohne Erwerbscharakter können als Körperschaft des öffentlichen Rechts, aber auch in privater Rechtsform auftreten. Dagegen gehören Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften nicht zu den Organisationen ohne Erwerbscharakter. Ausgeschlossen sind auch Arbeitsstätten, die zwar einer Organisation ohne Erwerbscharakter gehören, deren Zweck aber vorwiegend darin besteht, wirtschaftliche Leistungen hervorzubringen und gegen ein Entgelt abzusetzen, das mindestens annähernd die Kosten deckt. Diese haben **alle** Fragen zu beantworten. Dabei ist es gleichgültig, ob diese Arbeitsstätten in **eigener Rechtsform** auftreten oder nicht.
- ⑥ Anzugeben ist hier, ob die Anstalt oder Einrichtung einer Gebietskörperschaft, wie z. B. dem Bund, einem Land, einer Gemeinde, einem Gemeindeverband oder einer sonstigen Körperschaft des öffentl. Rechts, einem gemeinnützigen Verband, einer religiösen und weltanschaulichen Gemeinschaft, einem wirtschaftlichen oder kulturellen Verband u. dgl. gehört.
- ⑦ Bitte hier für die Waren **keine** Sammelbezeichnungen, wie z. B. Fahrzeuge oder Metallwaren oder Holzwaren oder Kunststoffwaren oder Bekleidung, **sondern** z. B. Motorräder, Fahrräder oder Metallmöbel, Beschläge, Bestecke oder Holzmöbel, Fässer, Kisten oder Herrenoberbekleidung, Damenoberbekleidung, Wäsche, Hüte, Krawatten usw. angeben.
- ⑧ Hierzu gehören z. B. Handelsvertreter und -vermittler (sowie Art der Waren angeben, auch ob Versandhandelsvertreter), Grundstücks-, Hypotheken- und Finanzierungsmakler, Versicherungsvertreter und -makler, Stellenvermittler, Schiffsmakler.
- ⑨ Geben Sie hier an, ob es sich bei den Transportleistungen für andere (gegen Entgelt) um **Personenverkehr** (z. B. Kraftomnibus-, Kraftdroschken-, Mietwagenbetrieb, Autovermietung u. dgl.) oder **Güterverkehr** (Nah- oder Fernverkehr), um Fuhrgewerbe, um See- oder Binnenschifffahrt, um Luftverkehr, um Spedition und Lagerei oder sonstigen Güterverkehr handelt. Werkverkehr (z. B. Transport von Ihnen selbst erzeugter oder gehandelter Waren oder Transporte für den Eigenverbrauch) ist hier nicht anzugeben.
- ⑩ Hierher gehören z. B.: Gaststätten, Hotels, Pensionen, Banken, Versicherungen, Ärzte, Rechtsanwälte, Steuerberater, Vermögensverwaltungen, Immobiliengesellschaften, Privatlehrer, Theater, Varietés, Filmateliers, Filmverleih, Filmtheater, Rundfunk- und Fernsehbetriebe, Fotografen, Friseure, Wäschereien, Färbereien, Chemische Reinigung, Bade- und Schwimmanstalten, Korrespondenz-, Nachrichten- und Übersetzungsbüros, Schaustellungs-, Bewachungs-, Bestattungs-, Dienstmann- und Trägergewerbe.
- ⑪ Mitzuzählen sind hier auch vom Betrieb angestellte **keiseneae** (nonnsteuerpflichtige), ferner das Personal, das zur Ausführung von Bauten, Montagen usw. auswärtig und auf Fahrzeugen des Betriebes tätig ist, dagegen **nicht** Personen, die zur Ableistung des Grundwehrdienstes einberufen sind. Das Personal **ständig** bemannter Schiffe dagegen ist auf einem besonderen Bogen (vgl. ⑩) zu zählen.
- ⑫ Als **beschäftigte Personen** gelten alle Personen, die am Stichtag in einem Arbeitsverhältnis zu dem Betrieb standen (also in der Lohn- und Gehaltsliste geführt wurden) zuzüglich tätiger Inhaber und mithelfender Familienangehöriger. Als **Teilbeschäftigte** gelten alle beschäftigten Personen am Stichtag, die zur Ableistung einer kürzeren als der betriebsüblichen Wochenarbeitszeit eingestellt sind. Tätige Inhaber und mithelfende Familienangehörige gelten als teilbeschäftigt, wenn sie üblicherweise während einer kürzeren als der betriebsüblichen Wochenarbeitszeit der Arbeitnehmer im Betrieb tätig sind.
- ⑬ Mithelfende Familienangehörige, die in einem Lohn-, Gehalts- oder Lehrverhältnis stehen, sind nicht unter 2, sondern unter 4–6 aufzuführen.
- ⑭ Angestellte sind Arbeitnehmer, die der Beitragspflicht zur Angestelltenversicherung unterliegen oder auf Grund gesetzlicher Bestimmungen von dieser befreit oder frei sind. Betriebsleiter, Direktoren u. dgl., die nicht Inhaber sind, sondern im Angestelltenverhältnis stehen, sind hier mitzuzählen.
- ⑮ Als Hauptniederlassung gilt nur die Arbeitsstätte, von der aus das ganze Unternehmen geleitet wird. Zwischenverwaltungen sind nicht Haupt-, sondern Zweigniederlassungen.
- ⑯ Als Zweigniederlassung gelten alle von der Hauptniederlassung räumlich – ggf. auch in derselben Gemeinde – getrennt liegenden Arbeitsstätten wie: Zweigwerke, Zweiggeschäfte, Zweigbüros, Verkaufsfilialen, Betriebsteile, Werkstätten u. dgl., auch ständig bemannte Schiffe; ebenso Niederlassungen, die anderen Zweigniederlassungen nachgeordnet sind.
- ⑰ Bei mehreren Zweigniederlassungen in **einer** Gemeinde bitte diese einzeln auflisten!
- ⑱ Eine allgemeine Bezeichnung des Gewerbes (z. B. Bergbau, Stahlbau, Fahrzeugbau, Kunststoffverarbeitung, Herstellung von Metallwaren, Textilfabrikation, Konfektion u. dgl.) genügt nicht. Machen Sie bitte die besondere Art des Gewerbes ersichtlich, wie z. B. Steinkohlenbergbau, Eisenerzbergbau, Waggonbau, Kesselbau, Bau oder Reparatur von Kraftfahrzeugen, von Gespannfahrzeugen, von Kinderwagen, von Fahrrädern, Herstellung von Werkzeugen, von Schlössern, Herstellung von Herrenoberbekleidung, Damenoberbekleidung, von Wäsche, Großhandel mit Düngemitteln, Einzelhandel mit Fischwaren usw. Vergleiche auch ⑦.
- ⑲ Hierher gehören wirtschaftliche Unternehmen von Bund, Ländern, Gemeinden, Zweckverbänden u. ä. ohne eigene Rechtspersönlichkeit wie gemeindliche Eigenbetriebe der Energie- und Wasserversorgung, Regiebetriebe u. ä.

ANSTALTSLISTE

Bundeswehr

Land:

Bis zurückzusenden an Standortverwaltung in:

Bundeswehrunterkunft:

.....
(Ort, Straße, Hausnummer)

Anstaltsliste Nr.

Dieser Anstaltsliste liegen ausgefüllte Einzelbogen bei.

Für jeden in einer Truppenunterkunft — nicht Wohnung — lebenden Bundeswehrangehörigen ist bei seiner Stammeinheit ein Einzelbogen zur Anstaltsliste (Bundeswehr) auszufüllen. Die Ausfüllung erfolgt grundsätzlich durch jeden Soldaten selbst im Rahmen einer gemeinsamen Unterrichtsstunde.

VOLKS- UND BERUFS- ZÄHLUNG

am 6. Juni 1961

Rechtsgrundlage:
Volkszählungsgesetz 1961.

Sonderregelungen:

1. Soldaten, die sich zum Zeitpunkt der Zählung nicht bei ihrer Stammeinheit aufhalten, z. B. weil sie zu einem Lehrgang abgeordnet sind oder im Lazarett liegen, werden dort gezählt, wo sie sich am Stichtag aufhalten.
Stammeinheit ist diejenige Einheit, bei welcher ein Soldat eine Stelle eines Stellenplanes oder eine Planstelle z. B. V. innehat.
2. Für Soldaten, die am Zählungstichtag beurlaubt oder vom Dienst befreit sind oder sich zu diesem Zeitpunkt auf Dienstreise befinden, ist von deren Stammeinheit ein Einzelbogen auszufüllen. Falls die Angaben nicht lückenlos gemacht werden können, ist die Ausfüllung erst nach Rückkehr des Soldaten, soweit diese innerhalb der Abgabefrist der Zählbogen liegt, vorzunehmen.

Zu 1 und 2:

Die nachstehend aufgeführten Beispiele sollen zur Klärung der Frage, wo ein Soldat im Zweifelsfalle zu zählen ist, dienen:

- a) Versetzung wird mit Wirkung vom 6. 6. 1961 ausgesprochen; Reisetage sind der 6. und 7. 6.; Eintreffen bei der neuen Einheit am 7. 6. 1961.
Der versetzte Soldat ist nach seinem Eintreffen bei der neuen Einheit zu zählen, da seine Versetzung dorthin bereits mit Wirkung vom Zählungstichtag ausgesprochen war.
 - b) Versetzung wird mit Wirkung vom 7. 6. 1961 ausgesprochen; Reisetage sind der 5. und 6. 6.; Eintreffen bei der neuen Einheit am 6. 6. 1961.
Der versetzte Soldat ist noch bei der abgebenden Einheit zu zählen, da er am Zählungstichtag noch zu dieser gehörte.
 - c) Ein Soldat befindet sich vom 2. bis 7. 6. 1961 auf einer Dienstreise. Er ist, unabhängig davon, wo er sich am 6. 6. 1961 aufhält, bei seiner Stammeinheit zu zählen.
3. Bei Soldaten, die sich am Zählungstichtag im Ausland aufhalten, ist folgende Gruppierung zu treffen:
 - a) Zur Dienstleistung (nicht Ausbildung) bei einer deutschen oder ausländischen Dienststelle mit Sitz im Ausland abgeordnete Soldaten (z. B. bei der NATO).
 - b) Zur Ausbildung bzw. auf Dienstreise im Ausland befindliche Soldaten.
 - c) Auf See befindliche Marineeinheiten.

Fortsetzung 4. Seite

Zu a) Diese Soldaten werden in der Volkszählung nicht erfaßt.

Zu b) Für diese Soldaten ist von der Stammeinheit ein Einzelbogen so vollständig wie möglich auszufüllen und mit den übrigen Bogen abzugeben.

Zu c) Bei den auf Fahrt befindlichen Marineeinheiten wird die Zählung der Schiffsbesatzungen bei ihrer Rückkehr in den Heimathafen nachgeholt, wenn das Schiff innerhalb von 6 Wochen nach dem Zählungstichtag, also bis zum 18.7. 1961, zurückkommt. Liegt die planmäßige Rückkehr nach diesem Termin, sind die Bogen sofort nach Erhalt an den nächsten erreichbaren Anlaufhafen des Schiffes oder des Schiffsverbandes zur Ausfüllung dort weiterzugeben. Dabei ist unverzügliche Rücksendung der ausgefüllten Bogen zu fordern.

Falls die Abreise zu einem Zeitpunkt erfolgt, zu dem die Anstaltslisten den Dienststellen bereits vorliegen, ist die Ausfüllung noch vor dem Auslaufen vorzunehmen. Dies gilt nur, wenn die Rückkehr erst nach dem Zählungstichtag vorgesehen ist. Zwischen dem Ausfüllungstag und dem Zählungstichtag eintretende Änderungen — z. B. Überführung eines Soldaten in ein Lazarett an Land — sind vor Rückgabe der Zählpapiere an die Standortverwaltung (dies erfolgt in jedem Falle nach dem Zählungstichtag) zu berücksichtigen.

Weitere Einzelheiten sind den einschlägigen Erlassen des BMVtdg zur Volkszählung 1961 zu entnehmen.

Richtlinien für die Bestimmung des Wohnsitzes, Frage 4 des Einzelbogens für Soldaten

Zeit- und Berufssoldaten beantworten die Frage nach dem früheren Wohnsitz nicht.

Verheiratete Soldaten im Grundwehrdienst und auf Wehrübung setzen, soweit sie nicht vor Eintritt in die Bundeswehr getrennt von ihrer Familie bzw. Ehefrau lebten, deren Wohnsitz ein.

Soldaten im Grundwehrdienst und auf Wehrübung, die im Zeitpunkt der Einberufung neben der elterlichen Wohnung noch eine weitere Wohnung am Arbeits- oder Ausbildungsort hatten, geben diese als ihre letzte Anschrift an, sofern sie sich dort nicht vor der Einberufung abgemeldet haben. Die bloße Mitteilung der Einberufung an die Meldebehörde ist nicht als Abmeldung anzusehen. Für den Fall der Abmeldung gilt die elterliche Wohnung als letzte Anschrift (Beispiele 1 und 2).

War im Zeitpunkt der Einberufung nur eine Wohnung vorhanden, ist diese immer als letzte Anschrift anzugeben (Beispiel 3).

Beispiele:

1. Ein Student, dessen Eltern in Konstanz wohnen, studierte in Tübingen und wohnte dort im Studenten-Wohnheim. Er unterbrach das Studium, um seinen Grundwehrdienst abzuleisten. Als „letzte Anschrift“ gilt:
 - a) für den Fall, daß er nach Beendigung des Grundwehrdienstes sein Studium in Tübingen wieder aufnehmen will und sich deshalb dort auch nicht abgemeldet hat: die Anschrift des Studenten-Wohnheimes in Tübingen;
 - b) sofern er jedoch sein Studium dann an einer anderen Universität fortsetzen will und sich daher abgemeldet hat: die Wohnungsanschrift der Eltern in Konstanz.
2. Ein Handwerker, der bei seinem Meister in Frankfurt zur Untermiete wohnte, wurde zum Grundwehrdienst einberufen. Seine Eltern wohnen in Bingen am Rhein. Als „letzte Anschrift“ gilt:
 - a) für den Fall, daß er nach Beendigung des Grundwehrdienstes wieder an den gleichen Arbeitsplatz zurückkehrt (auf Grund gesetzlicher Bestimmungen bleibt der Arbeitsplatz erhalten) und sich deshalb dort auch nicht abgemeldet hat: die Anschrift seines Meisters;
 - b) sofern er jedoch vorhat, nach Beendigung des Grundwehrdienstes an einem anderen Ort Arbeit aufzunehmen oder z. B. eine Fachschule an einem anderen Ort zu besuchen und sich aus diesem Grunde in Frankfurt abgemeldet hat: die Wohnungsanschrift der Eltern in Bingen.
3. Ein Schlossergeselle (der weder Eltern noch andere Angehörige hat) wohnte in Düsseldorf zur Untermiete. Auf Grund seiner Einberufung zum Wehrdienst gab er sein Zimmer auf, um keine Miete zahlen zu müssen. In diesem Falle muß er trotz der Kündigung des Zimmers als seine „letzte Anschrift“ die Anschrift der Vermieterin angeben, bei der er zuletzt wohnhaft war.

(Unterschrift und Dienstgrad des Einheitsführers)

(Datum)

Einzelbogen zur Anstaltsliste

Bundeswehr

Standortverwaltung

Zur Anstaltsliste Nr.

Bitte vor dem Ausfüllen beachten!

Kreuzen Sie bei den Fragen, für die Antworten vorgedruckt sind, das zutreffende Kästchen ☒ an. Wo keine Kästchen vorgedruckt sind, schreiben Sie bitte die Antworten aus, oder, wenn die Frage für Sie nicht zutrifft, machen Sie einfach einen Strich (-). Beachten Sie bitte die Erläuterungen, auf die durch Ziffern im ☐ verwiesen wird.

I. Angaben zur Person	
1. Familienname	
Vorname	
2. Geboren am:	<div style="text-align: right;">(3)</div> <div style="display: flex; justify-content: space-between;"> Tag Monat Jahr </div>
3. Familienstand	<div style="text-align: right;">(4)</div> <div style="display: flex; justify-content: space-around;"> <div>ledig <input type="checkbox"/></div> <div>verh. <input type="checkbox"/></div> </div> <div style="display: flex; justify-content: space-around;"> <div>verw. <input type="checkbox"/></div> <div>gesch. <input type="checkbox"/></div> </div>
4. Nur von Wehrpflichtigen im Grundwehrdienst und auf Wehrübung auszufüllen: Letzte Anschrift vor der Dienstaufnahme in der Bundeswehr (Anzugeben ist auch der Name des Haushaltsvorstandes bzw. des Vermieters, der Zimmervermieterin)	<div style="text-align: right;">(11)</div> <div style="text-align: center;">(Gemeinde, Kreis)</div> <div style="text-align: center;">(Straße, Haus-Nr.)</div> <div>bei: (Name, Vorname)</div>
5. Nur für verheiratete Personen: In welchem Jahre wurde die Ehe geschlossen?	
6. Religion ① (Anzugeben ist z. B. ev. Landeskirche, ev. Freikirche, röm.-kath., neuapostolisch)	
7. Staatsangehörigkeit ②	deutsch /
8. Nur auszufüllen, falls Sie nach Kriegsende in das Gebiet der heutigen Bundesrepublik einschl. Berlin (West) zugezogen sind: a) Wann sind Sie zugezogen? b) Lag der vorherige Wohnsitz in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands bzw. im Sowjetsektor von Berlin?	<div style="text-align: right;">(12)</div> <div style="text-align: center;">Jahr</div> <div style="display: flex; justify-content: space-around;"> <div>ja <input type="checkbox"/></div> <div>nein <input type="checkbox"/></div> </div>
9. Besitzen Sie einen Bundesvertriebenenausweis A oder B, oder einen Bundesflüchtlingsausweis C? Für Personen, die im Ausweis ihres Vaters oder ihrer Mutter eingetragen sind, ist der Buchstabe des Ausweises ebenfalls anzukreuzen.	<div style="display: flex; justify-content: space-around;"> <div>A <input type="checkbox"/></div> <div>B <input type="checkbox"/></div> <div>C <input type="checkbox"/></div> </div>
10. Für abwesende Personen: Grund der Abwesenheit:	<div style="text-align: right;">(13)</div> <div style="display: flex; justify-content: space-between;"> <div> Urlaub, Dienstbefreiung, Dienstreise im Inland } <input type="checkbox"/> Dienstreise bzw. Ausbildung im Ausland } <input type="checkbox"/> sonstige Gründe </div> </div>
11. Nur von Berufssoldaten und Soldaten auf Zeit auszufüllen, die sich am Zählungstichtag nicht bei ihrer Stammeinheit aufhalten (z. B. Teilnehmer an auswärtigen Lehrgängen) Standort der Stammeinheit:	<div style="text-align: right;">(14)</div> <div style="text-align: center;">(Gemeinde, Kreis)</div>
12. Sind Sie: (Zutreffendes bitte ankreuzen)	<div style="text-align: right;">(15)</div> <div style="display: flex; justify-content: space-between;"> <div> Soldat im Grundwehrdienst auf Wehrübung } <input type="checkbox"/> Zeit- / Berufssoldat <input type="checkbox"/> </div> </div>

Bitte die Rückseite auch ausfüllen!

II. Personen mit abgeschlossener Ausbildung an einer Berufsfach- oder Fachschule, Universität oder anderen Hochschule ③
Nicht anzugeben ist der pflichtmäßige Besuch von Fortbildungsschulen und Berufsschulen mit geringer Wochenstundenzahl

(IV)

13. Haben Sie eine Berufsfach- oder Fachschule, Universität oder andere Hochschule besucht?	Berufsfachschule } <input type="checkbox"/> Fachschule } <input type="checkbox"/> Universität } <input type="checkbox"/> andere Hochschule } <input type="checkbox"/>
14. Name und Anschrift der Schule	
15. Jahr der Abschlußprüfung	
16. Bezeichnung der Abschlußprüfung	
17. Hauptfach (z. B. Rechtswissenschaft – Maschinenbau – Chemotechnik – Kaufmännische Fächer – Krankenpflege)	

III. Ehemalige Kriegsgefangene, Zivilinternierte oder Zivilverschleppte des Zweiten Weltkrieges

(IX)

18. Waren Sie: (Zutreffendes bitte ankreuzen)	Kriegsgefangener ④ <input type="checkbox"/> Zivilinterner <input type="checkbox"/> Zivilverschleppter <input type="checkbox"/>
19. Beginn und Beendigung des Gewahrsams (Monat, Jahr)	von 19..... bis 19.....
20. Gewahrsamsmacht ⑤	

(Unterschrift)

Erläuterungen zu vorstehenden Fragen

① Zu Frage 6:

Geben Sie bitte die genaue Bezeichnung der Kirche, Religionsgesellschaft oder religiös-weltanschaulichen Gemeinschaft an, der Sie rechtlich zugehören. Besteht bei evangelischem Bekenntnis Zugehörigkeit zu einer Freikirche, bitte zusätzlich Freikirche (= FK) angeben. – Falls Sie keiner Kirche, Religionsgesellschaft usw. angehören, bitte „keine“ eintragen.

② Zu Frage 7:

Personen mit mehreren Staatsangehörigkeiten tragen alle ein. Personen, die die deutsche und eine andere Staatsangehörigkeit besitzen, müssen auch die fremde Staatsangehörigkeit angeben. Personen, deren Staatsangehörigkeit ungeklärt ist, tragen „ungeklärt“ ein.

③ Zu Abschnitt II:

Berufsfachschulen sind berufsvorbereitende oder berufsausbildende Schulen, die a) freiwillig, b) von schulentlassenen oder vorzeitig abgegangenen Jugendlichen unter 18 Jahren, c) in mindestens 1 Jahr umfassendem Vollunterricht besucht werden, z. B. Handelsschulen, Chemieschulen.

Fachschulen sind berufsfortbildende Schulen, die a) freiwillig, b) auf der Grundlage einer schon erworbenen Berufsausbildung, c) von nicht mehr berufsschulpflichtigen Personen über 18 Jahre, d) mit Vollunterricht von mindestens einem halben Jahr zur weiteren beruflichen Fortbildung auf einen in der Regel höher qualifizierten Beruf besucht werden, z. B. Bauschulen, Ingenieurschulen, Technikerschulen, Meisterschulen, Lehrerbildende Anstalten, Krankenpflegeschulen.

Haben Sie an einer der genannten Schularten mehr als eine Ausbildung abgeschlossen, so geben Sie bitte auch diese zusätzlich abgeschlossene Ausbildung an. Der Einfachheit halber bitten wir Sie, die zweite Eintragung in dem freien Raum unter der Frage 13 vorzunehmen.

④ Zu Frage 18:

Sind Kriegsgefangene unmittelbar in ein Zivilinternierungslager überführt worden, so endet die Kriegsgefangenschaft mit dem Zeitpunkt, von welchem ab deutsche Stellen zur Entscheidung über die Entlassung befugt waren. Derselbe Zeitpunkt muß dann auch bei der Frage 19 als Beendigung des Gewahrsams eingetragen werden.

⑤ Zu Frage 20:

Unter Gewahrsamsmacht ist der Staat einzutragen, in dessen Gewahrsam der Kriegsgefangene, Zivilinternierte, Zivilverschleppte die längste Zeit der Gefangenschaft usw. zugebracht hat. Wenn ein Kriegsgefangener z. B. drei Jahre in amerikanischer Gefangenschaft zubrachte, sich aber vor der Entlassung einige Wochen in einem französischen Lager befand, so ist als Gewahrsamsmacht USA einzutragen.

Gemeindekennzahl

Ich versichere, daß die Zählung im ganzen Zählbezirk ordnungsgemäß durchgeführt worden ist.
Die Zählpapiere liegen vollständig vor und sind geprüft worden.

Unterschrift des Zählers

Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung 1961

Leitfaden für den Zähler mit Schlagwortverzeichnis

INHALT

A. Zeitplan	Seite 2
B. Leitfaden	Seite 3
C. Schlagwortverzeichnis	Seite 9

In Zweifelsfällen erhalten Sie Auskunft durch den Gemeindezählungsleiter

.....
Anschrift, Telefon der Zählungsdienststelle (gegebenenfalls Stempel)

A. Zeitplan für den Zähler

*Bis spätestens Sonnabend,
den 27. Mai*

Empfang der Zählpapiere

*Bis spätestens Dienstag,
den 30. Mai*

Teilnahme an der Zählerversammlung

Zählungsdrucksachen vorher zu Hause schon einmal durchsehen

Bis Freitag, den 2. Juni

Erster Rundgang durch den Zählbezirk

Zählbezirk aufsuchen

Aufstellung der zum Zählbezirk gehörenden Grundstücke auf der Zählbezirksliste (Entwurf) überprüfen

Austeilen der Gebädelisten an die Grundstücks- bzw. Gebäudeeigentümer (sofern nicht schon alle Gebädelisten ausgefüllt vorliegen)

Abholtermin vereinbaren

Ausgegebene Gebädelisten in der Zählbezirksliste (Entwurf) vermerken

*Ab Dienstag, den 30. Mai
bis Montag, den 5. Juni*

Austeilen der Haushaltslisten und Arbeitsstättenbogen

Vor dem Austeilen der Haushaltslisten ausgefüllte Gebädelisten einsammeln

Beim Einsammeln prüfen anhand des Prüfmusters (mit roten Eindrucken)

Für eingesammelte Gebädelisten den Schrägstrich (/) in Spalte 4 der Zählbezirksliste durchkreuzen

An der Wohnungstür nach Zahl und Größe der Haushalte sowie nach Arbeitsstätten fragen (Untermieter nicht vergessen)

Ausgeteilte Erhebungsbogen in der Zählbezirksliste vermerken

Dienstag, den 6. Juni

Stichtag, für den alle Angaben zu machen sind

*Ab Dienstag, den 6. Juni
bis Sonnabend, den 10. Juni*

Einsammeln der Erhebungsbogen

Das Einsammeln erfolgt anhand der Zählbezirksliste (Entwurf)

Beim Einsammeln prüfen, ob die Bogen vollständig und richtig ausgefüllt sind

Durchsehen der Erhebungsbogen auf die in den Prüfmustern der Haushaltsliste und des Arbeitsstättenbogens angegebenen häufig vorkommenden Fehler

*Beginnend nach dem Einsammeln
bis Donnerstag, den 15. Juni*

Abschlußarbeiten zu Hause

Ordnen der Erhebungsbogen

Vollzähligkeitskontrolle anhand der Gebädeliste

Gründliche Prüfung der Eintragungen in den Erhebungsbogen anhand der Prüfmuster

Numerierung der Haushaltslisten und Arbeitsstättenbogen

Reinschrift der Zählbezirksliste

Ermittlung der Summe der ausgeteilten und eingesammelten Erhebungsbogen und der erfaßten Personen

*Nach den Abschlußarbeiten,
jedoch bis spätestens Freitag,
den 16. Juni abliefern*

Persönliches Abliefern der Erhebungsbogen in der Zählungsdienststelle

B. Leitfaden für den Zähler

(Bitte sogleich nach Empfang lesen!)

Besuch der Zählerversammlung

Wir können uns denken, daß Sie die Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung mit ihren zahlreichen Zählpapieren, Fragen und Erläuterungen für eine sehr schwierige Aufgabe halten. Wir wollen Ihnen Ihre Arbeit so leicht wie möglich machen und haben in diesem Leitfaden beschrieben, wie Sie die Zählung am raschesten und einfachsten durchführen können. Sie werden außerdem — vielleicht sind Sie es schon — zu einer Zählerversammlung eingeladen werden. Sie erfahren dort Näheres über die Organisation der Zählung, über Empfang und Ablieferung der Zählpapiere. Vor allem aber lernen Sie dabei die Zählpapiere kennen. Das ist sehr wichtig, weil Sie von den Haushalten um Auskunft gebeten werden, wenn Fragen nicht verstanden wurden. Gelegentlich werden auch alte Leute und Kranke Sie bitten, die ganze Haushaltsliste auszufüllen, weil sie selbst damit nicht zurechtkommen. Da lange Erklärungen nicht viel nützen würden, lesen Sie in diesen Fällen lieber die Fragen der Haushaltsliste vor und tragen die Antworten in die vorgesehenen Spalten ein. Deswegen müssen Sie mit den Erhebungsbogen völlig vertraut sein. Sehen Sie bitte schon vor dem Besuch der Zählerversammlung die Erhebungsbogen und den Leitfaden einmal durch, damit Sie Zweifelsfragen mit dem Zählungsleiter gleich besprechen können. Er wird Ihnen gern Auskunft geben und Ihnen auch sagen, wo Sie bei Schwierigkeiten, die später während der Zählung auftauchen, Rat holen können.

Zählungsleiter gibt Auskunft in Zweifelsfragen

Bei Krankheit: Zählungsdienststelle unterrichten

Da Sie für die Zählung in Ihrem Zählbezirk verantwortlich sind, beauftragen Sie bitte keine andere Person mit den Zählarbeiten. Sollten Sie jedoch während der Zählung plötzlich *krank* werden, so müssen Sie dies der Gemeindebehörde auf schnellstem Wege mitteilen, damit sie einen anderen Zähler bestimmen kann, der Ihre Arbeiten zu Ende führt.

Verschwiegenheit

Alle Personen, die mit der Zählung zu tun haben, auch Sie, sind gegenüber jedermann zur Verschwiegenheit verpflichtet. Sie dürfen nichts, was Sie bei der Zählung über die persönlichen Verhältnisse, über Grundstücke bzw. Gebäude, Wohnungen und Arbeitsstätten erfahren, anderen Personen mitteilen. Durch diese Geheimhaltungspflicht sollen die befragten Personen vor Mißbrauch ihrer Angaben geschützt werden. Eine Verletzung der Schweigepflicht wird gesetzlich bestraft.

1. Ihr Zählbezirk

Erster Gang durch den Zählbezirk

In Ihrer Zählermappe finden Sie Zählbezirkslisten und in deren oberen Drittel ein Verzeichnis der Grundstücke, die zu Ihrem Zählbezirk gehören. Beim Austeilen brauchen Sie nur die als Entwurf vorgesehene Zählbezirksliste mitzunehmen. Es wäre sehr zweckmäßig, wenn Sie Ihren Zählbezirk schon vor dem Austeilen der Zählpapiere aufsuchen, weil Sie sich dann beim Austeilen bestimmt besser zurechtfinden werden. Sie könnten außerdem schon an die Grundstücks- bzw. Gebäudeeigentümer Ihres Zählbezirks Gebäudelisten austeilen. Sie haben es leichter, wenn Ihnen später beim Austeilen der Haushaltslisten schon ausgefüllte Gebäudelisten zur Verfügung stehen.

Finden Sie in Ihrer Zählermappe bereits alle oder einen Teil der Gebäudelisten ausgefüllt vor, so hat in Ihrem Zählbezirk bereits eine vollständige oder teilweise Gebäudevorerhebung stattgefunden. Sie brauchen dann nur noch für die nicht erfaßten Gebäude Gebäudelisten auszuteilen und ausfüllen zu lassen.

Vielleicht entdecken Sie bei Ihrem ersten Rundgang sogar, daß die Zählbezirksbeschreibung nicht dem neuesten Stand entspricht. Es kann sein, daß ein Grundstück in der Aufstellung fehlt, ein neues Haus nicht eingetragen oder ein abgebrochenes Gebäude noch aufgeführt ist. Ändern Sie in diesem Falle bitte die Aufstellung der zum Zählbezirk gehörenden Grundstücke, indem Sie das betreffende Gebäude (Hausnummer) nachtragen bzw. streichen und einen kurzen Vermerk hinzusetzen wie „Neubau“, „abgebrochen“ oder dgl.

2. Wie gehen Sie beim Austeilen der Erhebungsbogen am besten vor?

Beginn des Austeilens: 30. Mai

Mit dem Austeilen der Erhebungsbogen können Sie schon am 30. Mai beginnen. Sie müssen also Ihre Zählpapiere bis zum 27. Mai bekommen haben. Sollten Sie die Zählpapiere bis zu diesem Termin nicht erhalten haben, verständigen Sie bitte die Gemeinde-dienststelle, die Sie mit Ihrem Amt betraut hat (Zählungsdienststelle). Nehmen Sie beim Austeilen folgende Drucksachen mit:

Nr. 1 und 1a	Gebäudelisten mit Merkblatt
Nr. 2 und 2b	Haushaltslisten mit Merkblatt
Nr. 3, 3a und 3b	Anstaltsliste mit Einzelbogen und Merkblatt
Nr. 4	Arbeitsstättenbogen
Nr. 5	Zählbezirksliste (Entwurf)
Nr. 6 und 7	Leitfaden für den Zähler mit Schlagwortverzeichnis
Nr. 12	Rechtsgrundlage

<i>Zählbezirksliste (Entwurf)</i>	Es wird grundstücksweise gezählt. Überlegen Sie sich genau, in welcher Reihenfolge Sie die einzelnen Gebäude und Arbeitsstätten aufsuchen wollen. Vermerken Sie auch in den Spalten 1 bis 3 der Zählbezirksliste, an wen Sie Gebäudelisten, Haushaltslisten und Arbeitsstättenbogen ausgegeben haben, und tragen Sie in den Spalten 4 bis 6 einen Schrägstrich (/) für „ausgeteilt“ ein. Diese Ausgabeliste wird Ihr wichtigstes Hilfsmittel beim <i>Einsammeln</i> der Erhebungsbogen sein.
<i>Erhebungsbogen nicht in den Briefkasten werfen!</i>	Werfen Sie die Erhebungsbogen bitte nicht einfach in den Briefkasten; überreichen Sie sie auch nicht wortlos dem überraschten Haushaltsmitglied. Stellen Sie sich als Zähler der Volkszählung vor und erklären Sie kurz, wozu es geht. Da schon vor der Zählung in den Zeitungen, im Rundfunk, im Fernsehen und in der Wochenschau über die Volkszählung berichtet wird, können Sie darauf hinweisen und sagen: „Sie haben doch sicher in der Zeitung schon über die Volkszählung gelesen.“
<i>Wonach müssen Sie an der Wohnungstür fragen?</i>	Wie viele Listen geben Sie an jeder Wohnungstür ab? Das ist ganz verschieden. Zunächst erhält jeder Haushalt eine eigene Haushaltsliste. Auch Untermieter und alleinstehende Personen bilden Haushalte und bekommen eine eigene Haushaltsliste. Wenn ein Haushalt aus mehr als sechs Personen besteht, braucht er sogar zwei Haushaltslisten, weil eine Haushaltsliste nur für sechs Personen ausreicht. Sie brauchen sich also nur angeben zu lassen, welche Haushalte in der Wohnung leben und geben für jeden eine Haushaltsliste aus. Fragen Sie bei jedem Haushalt aber auch, aus wie vielen Personen er besteht, damit Sie für „Großhaushalte“ gleich zwei Haushaltslisten dalassen können.
<i>Haushalt nicht anzutreffen</i>	Vielleicht kommt es auch in Ihrem Zählbezirk vor, daß Sie in einer Wohnung oder in einem Haus trotz mehrfachen Besuchs niemanden antreffen. Versuchen Sie dann bitte festzustellen, woran das liegt. Sollten alle Mitglieder des Haushalts verreist sein, füllen Sie bitte eine Haushaltsliste und — falls es sich z. B. um ein Einfamilienhaus handelt — auch eine Gebäudeliste so gut es geht selbst aus. Vermerken Sie dann bitte auf jeder Liste: „Vom Zähler ausgefüllt“ und den Grund der Abwesenheit, damit die Zählungsdienststelle erkennt, wann die fehlenden Angaben eingeholt werden können. Es ist in seltenen Fällen auch möglich, daß das Haus oder die Wohnung überhaupt leerstehen. Wenn Ihnen die Nachbarn oder der Hauseigentümer das bestätigen, brauchen Sie natürlich keine Haushaltsliste auszufüllen, müssen aber in der ausgefüllten Gebäudeliste und in der Zählbezirksliste für das Gebäude oder die Wohnung einen entsprechenden Vermerk machen. Kennzeichnen Sie bitte die Gebäudelisten von Wochenendhäusern sowie von Wohnungen, die nur gelegentlich bewohnt werden, im Kopf der Gebäudeliste mit Rotstift als „Wochenendhaus“ oder als „nur gelegentlich bewohnt“. Ebenso kennzeichnen Sie bitte die dazugehörigen Haushaltslisten, auch wenn sie evtl. von Ihnen selbst ausgefüllt worden sein sollten.
<i>Leerstehende Gebäude und Wohnungen</i>	
<i>Wochenendhäuser und nur gelegentlich bewohnte Wohnungen und Gebäude</i>	
<i>Auf kleine Arbeitsstätten achten</i>	Beim Austeilen achten Sie bitte auch auf die Arbeitsstätten . Fabriken, Geschäftshäuser, Läden, Büros und Handwerksbetriebe fallen zumeist sofort ins Auge. Schwerer zu finden sind die zahlreichen kleinen und kleinsten Arbeitsstätten, die nur wenige Personen beschäftigen oder vom Inhaber allein betrieben werden. Im Sprachgebrauch bezeichnet man sie oft gar nicht als Arbeitsstätten, sondern z. B. als Arztpraxis, Büro eines Rechtsanwalts oder Steuerberaters, Zeitungsstand, selbständige Näherin, Tankstellen u. dgl. Auch für sie muß ein Arbeitsstättenbogen ausgefüllt werden. Beachten Sie daher entsprechende Schilder an den Hauseingängen bzw. neben den Wohnungstüren. Manchmal befinden sich derartige Arbeitsstätten in nicht besonders kenntlich gemachten Wohnungen, Kellern oder Hintergebäuden. Wenn Sie sich beim Grundstücks- bzw. Gebäudeeigentümer und bei den Wohnungsinhabern ausdrücklich erkundigen, dürfte Ihnen keine dieser schwer auffindbaren Arbeitsstätten entgehen. Bei Behördenarbeitsstätten, die Sie selbstverständlich auch aufsuchen müssen, wird Ihnen, sofern diese von der Gemeinde zentral erfaßt wurden, ein von der Gemeinde gestempelter Kontrollzettel ausgehändigt werden. Das bedeutet, daß der Zählungsdienststelle von dieser Behörde bereits ein ausgefüllter Arbeitsstättenbogen vorliegt. Tragen Sie für den Empfang des Kontrollzettels bitte in Spalte 6 der Zählbezirksliste ein „K“ ein. Aber beachten Sie: Wo Sie keinen Kontrollzettel bekommen, <i>muß</i> ein Arbeitsstättenbogen ausgefüllt werden. Für jede ausgeteilte Gebäudeliste, Haushaltsliste und für jeden Arbeitsstättenbogen vermerken Sie bitte den Empfänger in den Spalten 1 bis 3 der Zählbezirksliste (Entwurf) und tragen einen Schrägstrich (/) in die entsprechende Kontrollspalte (Sp. 4 bis 6) ein.
<i>Behördenarbeitsstätten</i>	
<i>Woher wissen Sie, wie viele Einwohner die Bundesrepublik hat?</i>	Bei einigen Haushalten in Ihrem Zählbezirk werden Sie wahrscheinlich in unwilligem Ton nach Sinn und Zweck der Zählung gefragt werden. Es ist wichtig, daß Sie einige gute Gründe nennen können. Der Sinn der Volkszählung ist einfach der, daß ein hochentwickeltes Land wissen muß, wie viele Einwohner seine Städte und Dörfer, seine Kreise und Regierungsbezirke haben. Jedes Kind lernt in der Schule, wie viele Einwohner Deutschland, England, Frankreich haben, welches die größte Stadt der Welt ist u. dgl. So etwas muß aber auch einmal festgestellt und von Zeit zu Zeit überprüft werden. Sie können weiter sagen: In den Jahren 1959 bis 1961 werden in der ganzen Welt — auch in den ärmeren Ländern Afrikas und Asiens — Volkszählungen durchgeführt. Der Bundestag hat ein Gesetz verabschiedet, in dem bestimmt wird, daß auch in der Bundesrepublik eine Volkszählung durchgeführt werden muß. Denn die Ergebnisse der letzten Volkszählung von 1950 sind längst überholt. Die damalige Volkszählung hat sehr wichtige Zahlen geliefert, z. B. wie viele Wohnungen und Arbeitsplätze fehlten, wie viele Flüchtlinge aufgenommen waren usw. Jeder kann sich davon überzeugen, daß die Notstände von
<i>Auch in armen Ländern Volkszählung</i>	

1950 fast überall beseitigt sind. Dazu haben auch die Ergebnisse der Volkszählung von 1950 beigetragen. Moderne Staaten können ohne genaues Zahlenmaterial nicht mehr auskommen, insbesondere dann nicht, wenn schwierige wirtschafts- oder sozialpolitische Fragen zu lösen sind.

Finanzamt und Wohnungsamt erhalten keinen Einblick

Möglicherweise befürchtet jemand, daß das Finanzamt oder das Wohnungsamt Einblick in seine Haushaltsliste oder seinen Arbeitsstättenbogen erhält. Erklären Sie bitte, daß die Geheimhaltungspflicht auch diesen Behörden gegenüber gilt und daß die Angaben nur für statistische Zwecke benötigt werden.

3. Das Austeilen der Zählpapiere an Bewohner von Wohnwagen und sonstigen behelfsmäßigen Wohngelegenheiten

Für die Zählung der Bevölkerung und Arbeitsstätten in Wohnwagen, Notwohngebäuden u. dgl. werden die gleichen Zählpapiere verwendet. Wenn Sie in Ihrem Zählbezirk auf einen dauernd bewohnten Wohnwagen, Baracken, Wohnlauben u. dgl. stoßen sollten, finden Sie im *Schlagwortverzeichnis* (s. S. 9 ff. dieser Drucksache) weitere Hinweise, wie die Zählung durchzuführen ist.

Überblick über Verteilen und Ausfüllen der Erhebungsbogen

Grundregel:

Achten Sie beim Austeilen besonders darauf, daß jedes Gebäude und jede Wohnung Ihres Zählbezirks erfaßt wird und jeder Haushalt, jede Arbeitsstätte eine Liste erhält. Auf einigen Angaben, die häufig vergessen werden oder bei denen häufig Fehler oder Irrtümer beobachtet wurden, ist in den Mustern der Haushaltsliste, Gebäudeliste und des Arbeitsstättenbogens durch roten Aufdruck hingewiesen. Achten Sie beim Einsammeln bitte besonders auf diese Fragen.

Art des Erhebungsbogens	Austeilen	Einsammeln	Wer erhält den Erhebungsbogen?	Wofür sind Angaben zu machen?¹)
Gebäudeliste	Einige Tage vor dem Austeilen der Haushaltslisten	So rechtzeitig, daß sie beim Austeilen der Haushaltslisten <i>ausgefüllt</i> zur Verfügung stehen	Jeder Grundstücks- bzw. Gebäude-eigentümer oder sein Vertreter, z. B. Hausverwalter, Hauswart. Wenn Sie weder einen Grundstückseigentümer, noch einen Vertreter erreichen können, füllen Sie die Gebäudeliste mit Hilfe eines Hausbewohners bitte selbst aus. Vermerken Sie dann aber: Vom Zähler ausgefüllt	Für alle Gebäude mit Wohnungen, z. B. Miethäuser, Einfamilienhäuser, Verwaltungsgebäude mit Pfortnerwohnungen. Ferner alle behelfsmäßigen Wohngelegenheiten, z. B. Baracken, Bunker, Wohnlauben, Wohnwagen u. dgl., soweit sie zum Zeitpunkt der Zählung benutzt werden
Haushaltsliste	Vom 30. Mai bis 5. Juni	Ab 6. bis 10. Juni	Jeder Haushalt, z. B. Ehepaar mit Kindern, die mit ihrer verwitweten Mutter zusammenlebende Tochter, aber auch alleinstehende Personen, Mieter	Für alle zum Haushalt gehörenden Personen, auch wenn sie vorübergehend oder längere Zeit abwesend sind
Arbeitsstättenbogen	Vom 30. Mai bis 5. Juni	Ab 6. bis 10. Juni	Jeder Inhaber oder Leiter einer nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätte, z. B. Handwerksbetrieb, Ladengeschäft, Großhandel, Fabrik, Elektrizitätswerk, Krankenhaus, Schule usw. Jeder Selbständige und freiberuflich Tätige, z. B. Arzt, Rechtsanwalt, Steuerberater, Privatlehrer usw.	Für den eigenen (auch gepachteten) Betrieb oder die eigene Arbeitsstätte. Ferner für abhängige Zweigniederlassungen oder Filialen, obwohl diese einen eigenen Arbeitsstättenbogen auszufüllen haben

¹) Bei allen Zweifelsfällen ist das Schlagwortverzeichnis (s. S. 9 ff. dieser Drucksache) zu Rate zu ziehen.

4. Das Einsammeln und Prüfen der Zählpapiere

Einsammeln bis zum 10. Juni

Ebenso wie das Austeilen, können Sie sich auch das Einsammeln der Zählpapiere auf mehrere Tage verteilen. Sie können schon am Dienstag, dem 6. Juni, mit dem Einsammeln beginnen, sollten jedoch bis Sonnabend, den 10. Juni, alle ausgeteilten Zählpapiere zusammen haben.

Ankreuzen der eingesammelten Erhebungsbogen in der Zählbezirksliste

Mit dem Einsammeln beginnt der wichtigste Teil ihrer Aufgabe. Es ist für das Gelingen der Zählung von entscheidender Bedeutung, daß Sie alle, aber auch wirklich alle ausgeteilten Zählpapiere ausgefüllt zurückerhalten und daß Sie zugleich noch einmal kontrollieren, ob Ihnen beim Verteilen der Zählpapiere nicht doch ein Gebäude, eine Wohnung, ein Haushalt oder eine Arbeitsstätte entgangen ist. Beim Einsammeln kreuzen Sie dann bitte in den Kontrollspalten der Zählbezirksliste (Spalten 4 bis 6) jeden zurückerhaltenen Erhebungsbogen durch (×) an.

Auf Untermieter besonders achten!

Nehmen Sie auch beim Einsammeln noch einige leere Erhebungsbogen mit. Es hat sich gezeigt, daß die Haushalte manchmal Bogen nachfordern. Vielleicht entdecken Sie auch beim Einsammeln eine Wohnung oder Arbeitsstätte, die Sie beim Austeilen übersehen haben und die Sie nun nachträglich noch mit Erhebungsbogen versehen müssen. **Besondere Aufmerksamkeit verdienen die Untermieter**, da sie manchmal von den Wohnungsinhabern versehentlich oder absichtlich nicht angegeben werden. Wenn aber jeder Zähler nur einen Untermieter vergißt, fehlen im ganzen Bundesgebiet **600 000 Personen**. Das wirkt sich so aus, als ob 600 Dörfer mit 1000 Einwohnern einfach nicht mitgezählt werden!

Schon beim Einsammeln prüfen!

Die Erfahrung bei früheren Volkszählungen lehrt, daß nicht alle Haushalte die Erhebungsbogen vollständig und richtig ausfüllen können. Es kann vorkommen, daß man Ihnen Erhebungsbogen aushändigt, die unvollständig, widersinnig, ungenau oder unleserlich ausgefüllt sind. Sehen Sie deshalb bitte an Ort und Stelle schon jeden Erhebungsbogen aufmerksam durch und prüfen Sie, ob er vollständig und — soweit Sie das bei der ersten Durchsicht schon feststellen können — auch richtig ausgefüllt ist. (In Zweifelsfällen Schlagwortverzeichnis zu Rate ziehen!) Lückenhafte Angaben können Sie dann gleich ergänzen und festgestellte Fehler berichtigen.

Prüfmuster heranziehen!

Vergleichen Sie dabei mit Ihren Prüfmustern! Bei früheren Zählungen ergab sich, daß viele Haushalte die gleichen Fehler machen. Auf solche häufig vorkommenden Irrtümer wird auf den Mustern der Gebäudeliste, Haushaltsliste und des Arbeitsstättenbogens in **rotem Aufdruck** hingewiesen. Achten Sie bitte besonders auf diese Fehler. Der Vergleich zwischen den eingesammelten Erhebungsbogen und den Mustern mit dem roten Aufdruck verursacht keine große Mühe. Schon nach wenigen Vergleichen werden Sie die sich häufig wiederholenden Fehler kennen und die Muster kaum noch brauchen.

Auskunftsverweigerung

5. Ihr Verhalten bei Verweigerung der Auskunft

Es kann vorkommen, daß sich ein Haushaltsvorstand weigert, die Erhebungsbogen auszufüllen. Erläutern Sie dann bitte noch einmal den Zweck der Zählung, wie er auf Seite 4 beschrieben wurde. Wenn Ihre Bemühungen trotzdem erfolglos bleiben sollten, lassen Sie sich nicht auf eine hitzige Diskussion ein, sondern versehen Sie bitte eine leere Haushaltsliste mit Namen und Anschrift des betreffenden Haushalts und vermerken darauf: „Auskunft verweigert“.

6. Was ist nach dem Einsammeln zu tun?

Nach dem Einsammeln und bevor Sie die Zählpapiere an Ihre Zählungsdienststelle weitergeben können, verbleibt Ihnen noch die Aufgabe, die Zählpapiere zu ordnen, zu numerieren und zu prüfen.

Die im folgenden beschriebenen Arbeiten sollten Sie unbedingt in der angegebenen Reihenfolge abwickeln. Anders kommen Sie nicht durch!

*Ordnen der Gebäudelisten;
Numerierung*

1. Zu allererst müssen wir die Erhebungsbogen ordnen. Wir beginnen mit den Gebäudelisten und legen sie in der Reihenfolge hintereinander, wie die Gebäude (Grundstücke) auf der Zählbezirksliste (Entwurf) eingetragen sind. In dieser Reihenfolge erhalten die Gebäudelisten fortlaufende Nummern, z. B. von 1 bis 10. Müßten für ein Gebäude zwei Gebäudelisten ausgefüllt werden, so erhält die zweite Liste keine eigene, sondern die gleiche Nummer wie die erste Liste. Zur Unterscheidung hängen wir an die Nummer der ersten Liste noch ein kleines „a“ und an die Nummer der zweiten Liste ein kleines „b“ an. Wenn wir für einen Haushalt zwei Haushaltslisten ausgeben müßten, erhalten beide übrigens auch die gleiche Nummer mit dem Zusatz klein „a“ bzw. klein „b“.

a-Listen und b-Listen

Ordnen der Haushaltslisten

2. Wenn die Gebäudelisten ihre Nummern erhalten haben, legen Sie bitte alle in einem Gebäude eingesammelten Haushaltslisten und Arbeitsstättenbogen in die zugehörige Gebäudeliste ein. Auf allen Haushaltslisten und Arbeitsstättenbogen ist die Nummer der zugehörigen Gebäudeliste zu vermerken. Sodann ordnen Sie bitte die Haushaltslisten in der Reihenfolge, wie die Wohnungsinhaber und Untermieter auf der Rückseite der Gebäudeliste in Spalte 5 eingetragen sind.

*Ordnen der
Arbeitsstättenbogen*

Auch die Arbeitsstättenbogen werden innerhalb der zugehörigen Gebäudeliste in der Reihenfolge geordnet, wie die Arbeitsstätten in den Spalten 4 und 5 auf der Rückseite der Gebäudeliste eingetragen sind. Da Gebäudelisten nur für bewohnte Gebäude vorliegen, müssen wir die Bogen für Arbeitsstätten in unbewohnten Gebäuden erst einmal beiseite legen. Kontrollzettel, die wir anstelle eines Arbeitsstättenbogens erhalten haben, werden mit einsortiert und erhalten die Nummer, die sonst der Arbeitsstättenbogen erhalten hätte.

Wir haben so die Ordnung hergestellt, die wir später für das Numerieren brauchen. Die Numerierung selbst wollen wir jedoch erst am Schluß vornehmen, nachdem wir die Erhebungsbogen noch einmal überprüft haben.

*Vollzähligkeitskontrolle
anhand der Gebäudeliste*

3. Das Ordnen der Erhebungsbogen läßt sich sehr gut mit der Vollzähligkeitskontrolle verbinden. Kontrollieren Sie also bitte noch einmal, ob für jede auf der Rückseite der Gebäudeliste angegebene Wohnung die Haushaltsliste des Wohnungsinhabers vorliegt.

<i>Liegt für jeden Untermieter eine Haushaltsliste vor?</i>	Wenn Sie die Haushaltsliste gefunden haben, sehen Sie nach, ob auf ihrer Vorderseite Untermieter angegeben sind. Ist dies der Fall, muß für jeden Untermieter ebenfalls eine Haushaltsliste vorhanden sein. Außerdem muß der Name des Untermieters auf der Rückseite der Gebäudeliste in Spalte 5 unter dem Namen des Wohnungsinhabers vermerkt sein. Vervollständigen Sie bitte auch diese Eintragungen.
<i>Übereinstimmung mit der Zählbezirksliste</i>	Um ganz sicher zu gehen, haken wir jede kontrollierte Haushaltsliste in Spalte 5 der Zählbezirksliste ab. Am Schluß dieser Kontrolle wissen wir, daß die Eintragungen auf den Rückseiten der Gebäudelisten mit denen in der Zählbezirksliste (Entwurf) übereinstimmen.
<i>Prüfen der Eintragungen anhand der Prüflisten</i>	4. Da beim Einsammeln die Zeit für eine Durchsicht der Erhebungsbogen auf Eintragungsfehler im allgemeinen nur knapp bemessen ist, müssen wir Sie bitten, jede Gebäudeliste, jede Haushaltsliste und jeden Arbeitsstättenbogen noch einmal vorzunehmen und in Ruhe zu überprüfen. Benutzen Sie hierzu wieder die Prüfmuster und achten Sie vor allem auf die häufig vorkommenden Fehler.
<i>Rückfragen bei falschen und fehlenden Angaben</i>	Wenn Sie bei der Prüfung Unstimmigkeiten oder fehlende Angaben entdecken, die Sie nicht selber klären können, müssen Sie denjenigen noch einmal aufsuchen, von dem Sie die Angaben erhalten haben, um die Angaben berichtigen oder ergänzen zu können.
<i>Numerierung der Haushaltslisten</i>	5. Nach diesen Prüfungen können wir auch die Haushaltslisten und Arbeitsstättenbogen numerieren. Wir beginnen mit der Numerierung der Haushaltslisten von Gebäudeliste Nr. 1. Diese erhalten z. B. die Nummern von 1 bis 12. Die Haushaltslisten der Gebäudeliste Nr. 2 erhalten die folgenden Nummern, z. B. von 13 bis 20, und so werden alle Haushaltslisten innerhalb des Zählbezirkes fortlaufend durchnummeriert.
<i>Erhebungspapiere in verschlossenem Umschlag</i>	Wenn Ihnen jemand seine Haushaltsliste oder seinen Arbeitsstättenbogen in einem verschlossenen Umschlag ausgehändigt hat, so dürfen Sie diesen Umschlag nicht öffnen. Ordnen Sie den verschlossenen Umschlag bitte mit ein und vermerken auf ihm die Nummer, die die darin befindliche Haushaltsliste oder der darin befindliche Arbeitsstättenbogen bekommen muß. Das geht natürlich nur, wenn Sie den Namen des Ausfüllenden auf dem Umschlag oder in der Zählbezirksliste vermerkt haben.
<i>Übertragung der Haushaltslistennummer in Spalte 10 der Gebäudeliste</i>	Sofort, nachdem wir einer Haushaltsliste ihre Nummer gegeben haben, tragen wir die gleiche Nummer auf der Rückseite der Gebäudeliste in Spalte 10 ein, und zwar in die Zeile des betreffenden Wohnungsinhabers oder Untermieters. Da wir uns beim Ordnen der Haushaltslisten nach der Gebäudeliste gerichtet haben, müssen die in Spalte 10 eingetragenen Haushaltslistennummern ebenfalls fortlaufend sein.
<i>Übertragung der Zahl der zum Haushalt gehörenden Personen in Spalte 13 bzw. 14 der Zählbezirksliste und in Spalte 11 der Gebäudeliste</i>	Da wir einmal beim Übertragen sind, übertragen wir auch gleich die Zahl der zum Haushalt gehörenden Personen, getrennt nach dem Geschlecht, und zwar in Spalte 13 der Zählbezirkslisten die männlichen und in Spalte 14 der Zählbezirksliste die weiblichen Personen. Die Summe von männlichen und weiblichen Personen muß mit der auf der Vorderseite der Haushaltsliste rechts unten eingetragenen Zahl übereinstimmen. Diese ist in Spalte 11 auf der Rückseite der Gebäudeliste zu übertragen. Wir müssen hier aber aufpassen, daß wir nicht die Zeilen verwechseln und Haushaltslistennummer und Personenzahl hinter den falschen Namen schreiben. Um das zu vermeiden, ist es notwendig, die Erhebungsbogen wirklich sorgfältig zu ordnen. Für die Spalten 10 und 11 auf der Rückseite der Gebäudelisten sind anschließend die Summen zu bilden und in die beiden unten vorgesehenen Kästchen einzutragen. Bei Gebäuden mit mehr als 10 Wohnungen ist die Summe für sämtliche Wohnungen auf der zweiten, der b-Liste, zu bilden. Ebenso sind die Spalten 13 bzw. 14 der Zählbezirkslisten zu summieren. Die Summe ist in die unten auf der Liste gekennzeichneten Kästchen einzutragen.
<i>Kontrolle der Personen-Eintragungen</i>	Zur Kontrolle, ob Sie die Eintragungen der Personen in der Gebäudeliste und in der Zählbezirksliste richtig und vollständig vorgenommen haben, zählen Sie zunächst die auf der Zählbezirksliste ermittelten Summen der männlichen und weiblichen Personen zusammen und tragen sie in das dort vorgesehene Kästchen ein. Jetzt notieren Sie sich auf einem Zettel für alle Gebäude des Zählbezirkes die Summen der in den Gebäudelisten eingetragenen Personen aus Spalte 11 untereinander. Zählen Sie diese Zahlen zusammen. Die sich hier ergebende Summe muß mit der aus der Zählbezirksliste ermittelten Summe der Spalten 13 und 14 übereinstimmen.
<i>Numerieren der Arbeitsstättenbogen</i>	Das gleiche wiederholt sich bei den Arbeitsstättenbogen (und Kontrollzetteln). Wir beginnen wieder mit den Arbeitsstättenbogen von Gebäudeliste Nr. 1 und numerieren innerhalb des ganzen Zählbezirkes fortlaufend durch bis zu den Arbeitsstättenbogen der letzten Gebäudeliste. Die letzten Nummern erhalten die Bogen der Arbeitsstätten in nicht bewohnten Gebäuden, für die keine Gebäudeliste vorgelegt werden muß.
<i>Reinschrift der Zählbezirksliste</i>	6. Nun haben wir noch eine Reinschrift der Zählbezirksliste anzufertigen. Dazu benutzen Sie bitte die noch unbeschriebene Zählbezirksliste (Reinschrift). Sie dürfen aber die Zählbezirksliste (Entwurf) hierbei nicht einfach abschreiben. Sie nehmen die Gebäudeliste Nr. 1 Ihres Zählbezirkes mit den dazugehörigen Haushaltslisten und Arbeitsstättenbogen. Jeder Erhebungsbogen wird in eine Zeile der Zählbezirksliste (Reinschrift) eingetragen, zuerst für die Gebäudeliste Nr. 1 die Anschrift des Gebäudes in Spalte 1, Spalte 2 bleibt frei, der Name des Gebäudeeigentümers in Spalte 3, das

*Vergleich zwischen Entwurf
und Reinschrift der Zähl-
bezirksliste*

*Summe der ausgeteilten und
eingesammelten Erhebungsbogen*

b-Listen zählen nicht mit!

Zeichen für „eingesammelt“ in Spalte 4, vorhandene Bemerkungen, wie z. B. „vom Zähler ausgefüllt“ in Spalte 8 und die Nr. 1 der Gebäudeliste in Spalte 9, in die zweite Zeile werden die Angaben für die Haushaltsliste Nr. 1 eingetragen. Die Nummer der Haushaltsliste ist in Spalte 10 einzusetzen; außerdem ist in Spalte 13 bzw. 14 die Zahl der in der Haushaltsliste eingetragenen Personen zu übernehmen. Sind alle zur Gebäudeliste Nr. 1 gehörenden Erhebungsbogen (Haushaltslisten, Arbeitsstättenbogen und evtl. Anstaltslisten) übertragen, kommt Gebäudeliste Nr. 2 mit ihren Erhebungsbogen an die Reihe. Die Übertragung ist erst beendet, wenn Sie den letzten Erhebungsbogen in die Zählbezirksliste (Reinschrift) eingetragen haben. Zum Schluß vergleichen Sie bitte die Eintragungen der Zählbezirksliste (Entwurf) mit der Zählbezirksliste (Reinschrift) und prüfen, ob Sie auch keinen Empfänger vergessen haben. Zählen Sie unabhängig von den in der Zählbezirksliste (Entwurf) ermittelten Summen die Spalten 13 bzw. 14 in der Zählbezirksliste (Reinschrift) nochmals zusammen. Die Summen müssen mit den auf der Zählbezirksliste (Entwurf) ermittelten übereinstimmen.

7. Als letztes ermitteln wir die Summen der im ganzen Zählbezirk ausgeteilten und eingesammelten Erhebungsbogen. Zu diesem Zweck zählen wir die in den Spalten 4 bis 6 der Zählbezirksliste (Reinschrift) eingetragenen Kreuze spaltenweise zusammen und vermerken die Summe in den vorgesehenen Kästchen am Ende der Spalte. Dabei dürfen die bei Gebäuden mit mehr als 10 Wohnungen zusätzlich ausgegebenen Gebäudelisten (hinter der Gebäudelistennummer mit „b“, „c“ usw. gekennzeichnet) und die für Haushalte mit mehr als 6 Personen ausgegebenen zusätzlichen Haushaltslisten (hinter der Nummer der Haushaltsliste mit „b“ gekennzeichnet) nicht mitgezählt werden. Solche b-Listen gelten nicht als eigene Erhebungsbogen, sondern nur als Erweiterung der Gebäude- bzw. Haushaltsliste. Daher erhalten sie auch keine eigene, sondern die Nummer der ersten Liste mit dem Zusatz „b“, „c“ usw. dahinter.

Mitgezählt werden jedoch: In Spalte 6 die Kontrollzettel, für die ein „K“ eingetragen wurde, sowie die Erhebungsbogen, die in verschlossenen Umschlägen abgeliefert wurden, und für die das Kreuz (x) für „eingesammelt“ vorhanden sein muß.

Eine letzte Kontrolle: Die Summe der Gebäudelisten muß mit der höchsten Gebäudelistennummer übereinstimmen. Das gleiche gilt auch für die Haushaltslisten und Arbeitsstättenbogen.

6. Ablieferung der Erhebungsbogen

Ablieferung bis zum 16. Juni

Die Ablieferung aller Zählpapiere einschließlich des nicht verwendeten Vorrates (sowie des Zählerausweises) besorgen Sie bitte persönlich, denn Zweifelsfragen, die bei der Durchsicht durch die Zählungsdienststelle aufkommen, können nur Sie beantworten. Der letzte Ablieferungstermin ist der 16. Juni.

Für Ihre bei der Volkszählung zu leistende Arbeit möchten wir Ihnen im voraus danken.

C. Schlagwortverzeichnis

Abgeschlossene Ausbildung an einer Berufsfach-, Fach-, oder Hochschule siehe unter „Abschlußprüfung, Abschluß der Ausbildung“

Abmeldung

siehe auch unter „Stichtag der Zählung“.

Die Meldung bei der Meldebehörde spielt für die Erfassung der zu zählenden Personen keine Rolle. Abgemeldete Personen, die noch zum Haushalt gehören, sind ebenfalls in die Haushalts- und Anstaltsliste einzutragen. Für solche Personen ist es besonders wichtig anzugeben: die genaue Anschrift des weiteren Wohnraums und ob sie von dort zur Arbeit oder Ausbildung gehen, den Grund der Abwesenheit und die Art der Unterkunft am Aufenthaltsort (Fragen 10 und 11).

Abschlußprüfung, Abschluß der Ausbildung

Anzugeben ist die Abschlußprüfung der höchsten abgeschlossenen Ausbildung mit der der Besuch der Schule, der Hochschule oder des Lehrgangs beendet wurde, z. B. Abschlußprüfung als Handelslehrer, Handelsschulprüfung, Ingenieurprüfung, Diplomprüfung für Ingenieure, Chemiker usw. Vor der Abschlußprüfung **abgebrochene Ausbildungen** sind nicht einzutragen.

Abwesende Haushalte

Für längere Zeit abwesende Haushalte läßt der Zähler die Haushaltsliste durch den Gebäudeeigentümer oder dessen Vertreter ausfüllen oder füllt sie notfalls mit Hilfe eines Nachbarn selbst aus. Für längere Zeit abwesende Untermieter sind die notwendigen Angaben, so gut es geht, vom Wohnungsinhaber einzuholen. In allen diesen Fällen ist auf der Vorderseite der Haushaltsliste der Name des Haushaltsvorstandes zu vermerken und außerdem anzugeben: „Vom Zähler ausgefüllt, Haushalt längere Zeit abwesend“ mit näherer Begründung, z. B. „auf Reisen“, „im Krankenhaus“ u. dgl. Es ist möglichst noch die Zahl der Personen des abwesenden Haushalts anzugeben.

Abwesende Haushaltsmitglieder

siehe auch unter „Haushalt“.

Für Haushaltsmitglieder, die am Zählungstichtag abwesend sind, müssen die Fragen der Haushaltsliste ebenso wie für die anwesenden Personen beantwortet werden. Anzugeben ist insbesondere auch, ob sie einen weiteren Wohnraum haben, ob sie von dort zur Arbeit oder Ausbildung gehen, der Grund der Abwesenheit und die Art der Unterkunft am Aufenthaltsort sowie die genaue Anschrift dieses Wohnraums (Fragen 10 und 11).

Adoptivkinder

Adoptivkinder, die im Haushalt leben, sind in die Haushaltsliste einzutragen.

Agenten

siehe auch unter „Handelsvertreter“.

Selbständige Agenten haben einen Arbeitsstättenbogen auszufüllen.

Altenteiler

Altenteiler kreuzen in der Haushaltsliste bei Frage 13 die Antwort: Renten-, Pensions- oder Unterstützungsempfänger an. Zu Frage 14 setzen sie in der Antwortspalte unter „oder woraus sonst“ die Worte „aus eigenem Vermögen“ ein.

Altersheime

siehe unter „Anstalten“.

Ambulantes Gewerbe

siehe unter „Verkaufsstände“.

Wenn ein Haushaltsmitglied ein Gewerbe im Umherziehen (Wandergewerbe, Straßenhandel) ausübt, ist dafür ein Arbeitsstättenbogen in der Wohnung auszufüllen.

Amtsgebäude

siehe unter „Verwaltungsgebäude“.

Angestellte

Angestellte sind alle Gehaltsempfänger im Arbeitnehmerverhältnis; sie unterliegen — mit wenigen Ausnahmen — der Versicherungspflicht zur Angestelltenversicherung. Zu den Angestellten rechnen kaufmännische, technische, Verwaltungsangestellte, aber auch „Versicherungsbeamte“, „Betriebsbeamte“, „Bankbeamte“, soweit diese nicht in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis (z. B. bei der Bundesbank) stehen, ebenso Direktoren, Prokuristen, Handlungsbevollmächtigte u. ä. Personen in leitender Stellung. Hausangestellte sind in der Regel als Arbeiter anzusehen.

Anlernling

siehe unter „Lehrling“.

Anmeldung

siehe auch unter „Stichtag der Zählung“.

Die Meldung bei der Meldebehörde spielt für die Erfassung der zu zählenden Personen keine Rolle. Zum Haushalt gehörende, aber nicht oder noch nicht gemeldete Personen sind ebenfalls in die Haushalts- bzw. Anstaltsliste einzutragen.

Anschluß an Wassernetz im Gebäude

Hierunter ist nur der Anschluß an das öffentliche oder an ein genossenschaftliches oder werkseigenes Wasserversorgungsnetz zu verstehen. Eigene (private) Wasserversorgung, wie z. B. Ziehbrunnen im Haus oder auf dem Hof, öffentlicher Brunnen in der Gemeinde oder privater Brunnen auf dem Hof, Pumpen usw. bleiben außer Betracht.

Anschrift der Arbeitsstätte

Wer für die Firma, den Arbeitgeber usw. in einer Filiale, auf einer Baustelle oder dgl. arbeitet, gibt zu Frage 17 der Haushaltsliste **nicht** die Anschrift der Firma, **sondern** die seiner **tatsächlichen Arbeitsstätte**, also der Filiale, Baustelle usw. an, denn die Angaben werden u. a. zur Feststellung der Entfernung zwischen Wohnung und Arbeitsstätte benötigt.

Personen ohne feste Arbeitsstätte wie Lokomotivführer und Fernlastfahrer geben die Anschrift des Betriebes an, von dem aus über ihre Tätigkeit bestimmt wird. Handelsvertreter, Straßenhändler u. dgl. geben die Anschrift an, von der aus sie ihre Handelstätigkeit unternehmen, gegebenenfalls ihre Wohnung.

Seeleute und Binnenschiffer bezeichnen das Schiff, zu dessen Besatzung sie gehören, und dessen Heimathafen.

Anstalten

1. Als Anstalten gelten Altersheime, Klöster, Waisenhäuser, Heil- und Pflegeanstalten, Sanatorien, Krankenanstalten, Internate, Schülerheime, Lehrlingsheime, Kindergärten, Kindertagesstätten, Erziehungsanstalten, Strafanstalten, Durchgangs- und Wohnlager für Vertriebene sowie für deutsche und nichtdeutsche Flüchtlinge, Massenunterkünfte, Obdachlosenheime, Kasernen, Arbeiterlager, Erholungsheime u. dgl. Für die Durchführung der Zählung in einer Anstalt ist deren Leiter, Inhaber oder Pächter verantwortlich. Der Zähler händigt der Anstaltsleitung aus:

- a) Eine oder mehrere Gebäudelisten, sofern die Anstalt ein oder mehrere Gebäude umfaßt, in denen sich jeweils mindestens eine Wohnung befindet (s. unter „Wohnung“).

Für Gebäude ohne eine Wohnung sind somit keine Gebäudelisten anzulegen.

- b) Eine Anstaltsliste nebst Einzelbogen (siehe weiter unter 2. „Wie werden Personal und Insassen von Anstalten gezählt?“).

- c) Einen oder mehrere Arbeitsstättenbogen (siehe weiter unter 3. „Erfassung der Anstaltswerkstätten“).

- d) Haushaltslisten für die in der Anstalt wohnenden Haushalte (siehe weiter unter 2. „Wie werden Personal und Insassen von Anstalten gezählt?“).

Größere Beherbergungsbetriebe und Hotels werden wie Anstalten mit Anstaltslisten erfaßt.

2. Wie werden Personal und Insassen von Anstalten gezählt?

Personal, soweit es in der Anstalt auch wohnt, und ständige Insassen werden in die Anstaltsliste eingetragen. Diese Personen haben einen Einzelbogen auszufüllen, wenn sie keinen eigenen Haushalt führen.

Personal, das innerhalb der Anstalt eine eigene Wohnung innehat und einen eigenen Haushalt führt, füllt dagegen keinen Einzelbogen, sondern eine Haushaltsliste aus (z. B. die Familie des Anstaltsleiters, Pförtners oder Heizers). Ebenfalls eine Haushaltsliste füllen Insassen aus, wenn sie in der Anstalt einen eigenen Haushalt führen (z. B. Flüchtlingsfamilien).

Personen, die sich nur vorübergehend in einer Anstalt oder in einem Beherbergungsbetrieb aufhalten (Krankenhauspatienten, Kurgäste, Hotelgäste, Untersuchungshäftlinge), werden nur dann in die Anstaltsliste eingetragen, wenn sie außerhalb der Anstalt keinen Wohnraum haben. Dauergäste in Beherbergungsbetrieben füllen eine eigene Haushaltsliste aus.

3. Erfassung der Anstaltswerkstätten

Eine Anstalt gilt selbst als Arbeitsstätte, wenn sie Personen beschäftigt. Der Inhaber oder Leiter muß für sie dann einen Arbeitsstättenbogen ausfüllen.

Für Werkstätten in Anstalten (z. B. Korbflechtereien in Strafanstalten, Blindenanstalten usw.), die dauernd und überwiegend für den Markt (fremde Kundschaft) arbeiten, ist ein eigener Arbeitsstättenbogen auszufüllen. Arbeitsstätten, die auf dem Gelände der Anstalt liegen, aber nicht zu ihr gehören, sind beim Anstaltsleiter zu erfragen. Für sie müssen eigene Arbeitsstättenbogen ausgefüllt werden. Diese Arbeitsstätten sind ebenfalls in der Anstaltsliste im Abschnitt D einzutragen.

Anstaltspersonal

siehe unter „Anstalten“.

Anstaltswerkstätten

siehe unter „Anstalten“.

Arbeiter

Als Arbeiter gelten alle Lohnempfänger, unabhängig von der Lohnzahlungs- und Lohnabrechnungsperiode. Lohnempfänger unterliegen fast ausschließlich der Versicherungspflicht zur Arbeiterrentenversicherung. Arbeiter im Bergbau werden in der Knappschaftsversicherung versichert. Zu den Arbeitern zählen auch Hausgehilfen, Heimarbeiter und Schiffsleute.

Arbeiterlager

siehe auch unter „Anstalten“.

In Gemeinschaftsunterkünften für Arbeiter, die auch zum Schlafen bestimmt sind, ist die Zählung wie in Anstalten durchzuführen. Im Abschnitt A der Anstaltsliste: „Verzeichnis des Personals und der ständigen Insassen“ sind alle Personen einzutragen, die sich im Lager befinden. Für jede dieser Personen ist außerdem ein Einzelbogen auszufüllen.

Arbeitslose

Arbeitslose, die während ihrer Arbeitslosigkeit nicht nebenher — wenn auch geringfügig — etwas durch Arbeit verdienen, beantworten die Fragen der Haushaltsliste über Erwerbstätigkeit und Beruf für ihre zuletzt ausgeübte Erwerbstätigkeit. Arbeitslose, die während ihrer Arbeitslosigkeit eine Nebenbeschäftigung haben, beantworten diese Fragen dagegen für diese Nebenbeschäftigung.

Arbeitsort

siehe unter „Anschrift der Arbeitsstätte“.

Arbeitsstätte

siehe auch unter „Anschrift der Arbeitsstätte“.

Für jede nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätte (vgl. auch die Erläuterungen im Arbeitsstättenbogen) ist von ihrem Inhaber oder Leiter bzw. deren Vertreter ein Arbeitsstättenbogen auszufüllen. Gleichzeitig muß der Inhaber die Arbeitsstätte im Abschnitt VII seiner Haushaltsliste eintragen.

Arbeitsweg

siehe unter „Weg zur Arbeitsstätte“.

Arbeitsweg, wechselnder

Personen, die nicht regelmäßig den gleichen Weg von einer bestimmten Wohnung zu einer bestimmten Arbeits- oder Ausbildungsstätte zurücklegen (z. B. Vertreter, Reisende), machen über den Weg zur Arbeits- (Ausbildungs-) stätte keine Angaben, sondern vermerken lediglich: „Arbeitsweg wechselt.“

Arbeitszeit

Bei Frage 20 ist die „normalerweise“ in einer Woche geleistete Arbeitszeit anzugeben. Gelegentliche oder einmalige Veränderungen im regelmäßigen Wochenablauf, die durch gesetzliche Feiertage, Urlaub, Krankheit, Arbeitsplatzwechsel, Schichtwechsel, Überstunden, Kurzarbeit oder Streiks verursacht werden, sind nicht zu berücksichtigen. „Geleistete“ Arbeitszeit umfaßt die tatsächlichen geleisteten Arbeitsstunden (einschließlich Arbeitsbereitschaft), jedoch ohne die normalerweise in den Arbeitsablauf fallenden Pausen. Zur geleisteten Arbeitszeit gehört z. B.

bei Lehrpersonen nicht nur der Zeitaufwand für Unterrichtsstunden, sondern auch die Zeit der Unterrichtsvorbereitung, der Bearbeitung von Schülerarbeiten, der Teilnahme an Lehrerkonferenzen usw.,

bei mithelfenden Familienangehörigen nur der Zeitaufwand für betriebliche Arbeiten, nicht aber die für hauswirtschaftliche Arbeiten aufgewandte Zeit;

bei Lehrlingen die betriebliche Arbeitszeit ohne den Zeitaufwand für den Berufsschulbesuch.

Art des Gebäudes

siehe unter dem Schlagwort der jeweiligen Gebäudeart, z. B. „Einfamilienhäuser“, „Bauernhäuser“ usw.

Ärzte

siehe unter „Freie Berufe“.

Aufenthalt im Ausland

siehe auch unter „Abwesende Haushaltsmitglieder“ und „Haushalte“.

Haushaltsmitglieder im Ausland sind ebenfalls anzugeben, es sei denn, daß sie dauernd im Ausland bleiben wollen (Auswanderer).

Aufenthaltsort

Personen, die am Zählungstichtag von ihrem Wohnort abwesend sind (z. B. Handelsvertreter, Lokomotivführer, Fernlastfahrer, Studierende, Schüler) müssen trotzdem an ihrem Wohnort in eine Haushaltsliste eingetragen werden. Die Fragen 10a und 10b sowie 11a und 11b sind besonders zu beachten. Wird am Arbeits- oder Ausbildungsort weiterer Wohnraum bewohnt, so haben sie dort eine eigene Haushaltsliste auszufüllen.

Ausgeübte Tätigkeit

siehe auch unter „Doppelberuf“ und „Erwerbstätigkeit“.

Anzugeben ist für Erwerbstätige die im Zeitpunkt der Zählung ausgeübte Tätigkeit, und zwar auch dann, wenn diese Tätigkeit sich nicht mit einem früher erlernten und ausgeübten Beruf deckt oder der Erwerbstätige zur Zeit der Zählung wegen Urlaub, Dienstbefreiung, Krankheit o. dgl. vorübergehend seinen Arbeitsplatz nicht einnimmt.

Arbeitslose geben die vor Eintritt ihrer Arbeitslosigkeit zuletzt ausgeübte Tätigkeit an. Sofern sie während ihrer Arbeitslosigkeit jedoch eine Nebenbeschäftigung haben, geben sie diese Tätigkeit an.

Für Soldaten im Grundwehrdienst bis zu 18 Monaten oder auf Wehrübung sind in der Haushaltsliste **keine** Angaben über Erwerbstätigkeit und Beruf zu machen.

Auskunftspflichtige

Nach dem Volkszählungsgesetz 1961 sind auskunftspflichtig für:

die **Gebäudeliste**: der Grundstücks- bzw. Gebäudeeigentümer, der Hausverwalter oder dessen Vertreter;

die **Haushaltsliste**: jedes volljährige Mitglied eines Haushalts, in erster Linie der Haushaltsvorstand;

die **Anstaltsliste**: der Inhaber bzw. Leiter, Pächter, Verwalter einer Anstalt;

den **Arbeitsstättenbogen**: der Inhaber bzw. Leiter, Pächter, Verwalter einer Arbeitsstätte.

Auskunftsverweigerung

siehe unter „Weigerung Auskunftspflichtiger“.

Ausländer

siehe auch unter „Ausländische Streitkräfte“ und „Ausländische Missionen“.

Ausländer werden wie die deutsche Bevölkerung gezählt. Eine Ausnahmeregelung gilt lediglich für die Mitglieder der im Bundesgebiet einschl. Berlin (West) stationierten ausländischen Streitkräfte sowie für die im Bundesgebiet einschl. Berlin (West) tätigen Mitglieder der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen und die Familienangehörigen dieser Personenkreise.

Ausländische Missionen, Botschaften, Gesandtschaften, Konsulate u. ä. m.

1. Zu den im Bundesgebiet einschl. Berlin (West) tätigen Mitgliedern der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen gehören neben dem Leiter und den ausländischen Bediensteten dieser Vertretungen auch deren Familienangehörige. Die Mitglieder der ausländischen Vertretungen werden bei der Zählung nicht erfaßt, wohl aber das bei diesen Personen wohnende deutsche Personal, wie z. B. Hausgehilfinnen, sofern das Personal dort regelmäßig übernachtet. Zur Erfassung dieses Personals händigt der Zähler eine Haushaltsliste aus, auf deren Vorderseite er ein „A“ vermerkt. Im übrigen bleibt diese Seite leer. Nur wenn es sich beim Personal um eine Familie (z. B. des Gärtners, Heizers) handelt, ist auch die Vorderseite auszufüllen.

2. Bezüglich der Erfassung der Gebäude siehe unter „Ausländische Streitkräfte“, Ziffer 2.

3. Stößt der Zähler in der Wohnung einer ausländischen Vertretung auf Verständigungs- oder andere Schwierigkeiten, muß er die Zählungsdienststelle der Gemeinde davon unterrichten, damit die Erfassung von dort aus durchgeführt werden kann.

Ausländische Streitkräfte

1. Zu den Mitgliedern der im Bundesgebiet einschl. Berlin (West) stationierten ausländischen Streitkräfte aus den Vereinigten Staaten, aus Großbritannien, Frankreich, Belgien, den Niederlanden, Dänemark usw. gehört neben dem militärischen Personal auch das

diesen Truppen unterstellte zivile Gefolge. Ferner gelten als Mitglieder der ausländischen Streitkräfte die Familienangehörigen (Ehefrauen, Kinder und sonstige nahe Verwandte) des militärischen Personals und zivilen Gefolges.

Die Mitglieder der ausländischen Streitkräfte werden bei der Zählung nicht erfaßt, wohl aber das bei ihnen wohnende deutsche Personal, wie z. B. Hausgehilfinnen, sofern das Personal dort regelmäßig übernachtet. Zur Erfassung dieses Personals händigt der Zähler eine Haushaltsliste aus, auf deren Vorderseite er ein „A“ vermerkt. Im übrigen bleibt diese Seite leer. Nur wenn es sich beim Personal um eine Familie (z. B. des Gärtners, Heizers) handelt, ist auch die Vorderseite auszufüllen.

2. Für jedes von Angehörigen ausländischer Streitkräfte **privatrechtlich** gemietete Gebäude ist vom Gebäudeeigentümer eine Gebäudeliste auszufüllen und auf der Vorderseite der Gebäudeliste in dem freien Raum vor den Ordnungsangaben ein „A“ zu vermerken. Haushaltslisten brauchen nicht angelegt zu werden, jedoch ist die Zahl der in der Wohnung lebenden Personen für jede Wohnung in Spalte 11 auf der Rückseite der Gebäudeliste einzutragen.

Wird ein Gebäude mit mehreren Wohnungen sowohl von deutschen Haushalten als auch von Angehörigen ausländischer Streitkräfte bewohnt, so hat der Zähler in jeder für die Angehörigen ausländischer Streitkräfte ausgefüllten Wohnungszeile auf der Rückseite der Gebäudeliste in der Bemerkungsspalte (Spalte 12) ein „A“ einzutragen. In diesen Fällen muß zur Kontrolle auch für jeden ausländischen Haushalt eine Haushaltsliste angelegt werden, in welcher die Personenzahl in der Wohnung an der hierfür vorgesehenen Stelle und auf der Vorderseite oben ein „A“ vermerkt wird.

Für von Angehörigen ausländischer Streitkräfte voll in Anspruch genommene Gebäude sind keine Gebäudelisten auszufüllen.

3. Stößt der Zähler in von Mitgliedern ausländischer Streitkräfte belegten Gebäuden bzw. Wohnungen auf Verständigungs- oder andere Schwierigkeiten, muß er die Zählungsdienststelle der Gemeinde davon unterrichten, damit die Erfassung von dort aus durchgeführt werden kann.

Außer Dienst gestellte Schiffe

siehe unter „Notwohngebäude“.

Automatische Anlagen (ohne Bedienungspersonal)

Pumpwerke, Umformerstationen, Warenautomaten usw. ohne ständiges Bedienungspersonal, die nur gelegentlicher Wartung bedürfen, sind nicht als Arbeitsstätten zu zählen.

Baracken

siehe unter „Notwohngebäude“.

Bauarbeiterlager

siehe unter „Arbeiterlager“.

Bäuerliches Anwesen

siehe unter „Bauernhäuser“ und „Landwirtschaftliche Betriebe“.

Bauernhäuser

siehe auch unter „Wohnungen“.

Bauernhäuser sind Gebäude, die in landwirtschaftlichen Betrieben zum ständigen Wohnen des Bauern (Leiters des landwirtschaftlichen Betriebes) bestimmt sind, gleichgültig, ob in diesen Gebäuden noch weiterer Wohnraum (z. B. Altenteilwohnung, Landarbeiterwohnung) oder landwirtschaftlicher Nutzraum vorhanden ist oder nicht. Sie gelten in der Regel als eine Wohnung (siehe dort), zu der gegebenenfalls auch Einzelräume in den dazugehörigen Wirtschaftsgebäuden (z. B. Knechtekammer im Stallgebäude, Altenteilerzimmer in einem Anbau) zu zählen sind.

Vermietete Bauernhäuser, die nicht mehr landwirtschaftlichen Zwecken dienen, sind als Ein- bzw. Zweifamilienhäuser einzureihen. Ebenso ist zu verfahren, wenn der Eigentümer eines Bauernhauses seine Felder an eine nicht in diesem Bauernhaus wohnende Person verpachtet oder verkauft hat.

Baujahr des Gebäudes

Als Baujahr eines Gebäudes gilt das Jahr der Bezugsfertigstellung. Bei Gebäuden, die durch Kriegsschäden teilweise unbenutzbar geworden waren und wieder hergestellt wurden, gilt das Jahr der ursprünglichen Errichtung, bei total zerstörten und wieder aufgebauten Gebäuden das Jahr des Wiederaufbaues.

Baustellen

siehe auch unter „Leerstehende Gebäude“ und „Leerstehende Wohnungen“.

Für im Bau befindliche Gebäude sind nur dann Gebäudelisten auszufüllen, wenn diese noch nicht vollendeten Gebäude bereits teilweise bewohnt werden oder in einzelnen Räumen Behelfsunterkünfte z. B. für Bauarbeiter eingerichtet sind. In solchen Fällen ist auf der Gebäudeliste, im Abschnitt B, hinter „Art des Gebäudes“ der Vermerk „noch im Bau“ einzutragen. Als Art des Gebäudes ist die endgültig vorgesehene Gebäudeart anzukreuzen bzw. einzutragen. Im Abschnitt C, Spalte 5, sind auch die fertigen aber noch nicht bezogenen Wohnungen nachzuweisen und mit „leerstehend“ zu kennzeichnen.

Für die Baustellen selbst ist kein **Arbeitsstättenbogen** auszufüllen. Die beim Bau Beschäftigten werden im **Arbeitsstättenbogen** ihrer Firmen angegeben.

In der **Haushaltsliste** (Frage 17) geben Bauarbeiter jedoch die Anschrift der Baustelle und nicht des Arbeitgebers an.

Beamter

siehe auch unter „Angestellte“.

Beamte stehen in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis, in das sie durch eine Anstellungs-(Ernennungs-)urkunde berufen sind und führen eine Amtsbezeichnung des Verwaltungs- oder technischen Dienstes. Beamte unterliegen keiner Sozialversicherungspflicht, ausgenommen Posthalter.

Versicherungsbeamte, Betriebsbeamte, Bankbeamte u. ä., soweit sie nicht in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis stehen (z. B. bei der Bundesbank), sind keine Beamten, sondern Angestellte.

Bedachung

siehe unter „Dach neu gedeckt“ und „Dach völlig erneuert“.

Behelfsheime

siehe auch unter „Notwohngebäude“.

Behelfsheime sind nur behelfsmäßig (in der Regel aus fabrikmäßig hergestellten Einzelbauteilen), also nicht in massiver Bauweise errichtete Gebäude mit beschränkter Benutzungsdauer, selbst wenn sie durch Unter- oder/und Ummauerung oder ähnliche Maßnahmen winterfest gemacht wurden. Sie gelten als Notwohngebäude.

Behelfsmäßige Wohngelegenheit

siehe unter „Notwohngebäude“.

Beherbergungsgewerbe

siehe auch unter „Anstalten“.

Kleinere Beherbergungsbetriebe wie kleinere Gasthöfe, Fremdenheime, Pensionen, Herbergen usw. werden mit Haushaltslisten gezählt. Außerdem ist ein **Arbeitsstättenbogen** auszufüllen. Größere Betriebe werden dagegen wie Anstalten behandelt.

Behörden

siehe auch unter „Bundesbahn und Bundespost“.

Dienststellen, Einrichtungen u. dgl. von Behörden werden durch Sonderbeauftragte der jeweiligen Gemeindeverwal-

tung erfaßt. Der Zähler muß sie trotzdem aufsuchen. Er erhält statt des **Arbeitsstättenbogens** einen Kontrollzettel. Wo ein solcher nicht vorliegt, muß der Zähler die Ausfüllung eines **Arbeitsstättenbogens** fordern. Eine Ausnahme von dieser Regelung bilden lediglich die Dienststellen der Bundesbahn und der Bundespost.

Beruf

siehe auch unter „Ausgeübte Tätigkeit“.

Bei der Frage 18 der Haushaltsliste ist nicht der Ausbildungsberuf (erlernter Beruf) anzugeben, sondern die Tätigkeit, die tatsächlich ausgeübt wird. Ist z. B. ein gelernter Buchdrucker als Lagerverwalter tätig, oder ein gelernter Schlosser als Fernlastfahrer, so ist anzugeben „Lagerverwalter“ bzw. „Fernlastfahrer“.

Berufsfachschule

siehe auch unter „Fachschule“

Berufsfachschulen sind **berufsvorbereitende** oder **berufsausbildende** Schulen, die

- a) freiwillig
- b) von schulentlassenen oder vorzeitig abgegangenen Jugendlichen in der Regel unter 18 Jahren
- c) in mindestens 1 Jahr umfassenden **Vollunterricht** besucht werden.

(Beispiele: Handelsschulen, Haushaltsschulen, Haushalts- und Kinderpflegerinnenschulen).

Berufsschule

siehe auch unter „Berufsfachschule“ und „Fachschule“.

Berufsschulen sind **berufsbegleitende** Schulen, die

- a) pflichtmäßig
- b) während der praktischen Berufsausbildung
- c) von schulentlassenen oder vorzeitig abgegangenen Jugendlichen unter 18 Jahren
- d) 1 oder 2 Tage wöchentlich besucht werden.

(Beispiele: Gewerbliche, kaufmännische, hauswirtschaftliche, landwirtschaftliche Berufsschulen).

Berufsschulen wurden nach dem 1. Weltkrieg in den 20er Jahren eingerichtet und lösten die frühere **Fortbildungsschule** ab. — Der Besuch der Berufsschule wird im Abschnitt IV der Haushaltsliste nicht erfragt.

Berufssoldaten

siehe auch unter „Soldaten“.

Berufssoldaten beantworten — anders als die Soldaten im Grundwehrdienst oder auf Wehrübung — die Fragen im Abschnitt II der Haushaltsliste über ihre gegenwärtig ausgeübte Tätigkeit als Soldat.

Besuch

siehe unter „Vorübergehend Anwesende“.

Betriebs-, Büro- oder Ladengemeinschaften

Wenn in einem Gebäude, Raum, Laden oder Verkaufstand mehrere selbständige Gewerbe von verschiedenen selbständigen Inhabern unabhängig voneinander ausgeübt werden, so ist für jedes einzelne dieser Gewerbe oder jede einzelne dieser Tätigkeiten ein eigener **Arbeitsstättenbogen** auszufüllen.

Bewohnte Gebäude

Für jedes bewohnte Gebäude (Gebäude mit mindestens einer Wohnung oder einer ständig benutzten behelfsmäßigen Wohngelegenheit), gleich welcher Art, ist grundsätzlich je eine Gebäudeliste anzulegen.

Bezeichnung der Abschlußprüfung

siehe unter „Abschlußprüfung, Abschluß der Ausbildung“.

Blindenanstalten, -heime

siehe unter „Anstalten“.

Blumenbindereien

siehe unter „Gärtnereien“.

Botenfrauen

Botenfrauen erhalten keinen Arbeitsstättenbogen.

Brennereien

siehe auch unter „Landwirtschaftliche Betriebe“.

Zu einem landwirtschaftlichen Betrieb gehörende Brennereien erhalten nur dann einen Arbeitsstättenbogen, wenn sie steuerlich als Gewerbebetriebe gelten.

Bretterbuden

siehe unter „Notwohngebäude“.

Bücherrevisoren

Selbständige Bücherrevisoren, Wirtschaftsprüfer, Steuerberater, Helfer in Steuersachen u. dgl. füllen einen Arbeitsstättenbogen aus.

Bürogebäude

siehe unter „Verwaltungsgebäude“.

Bürogemeinschaften

Bei Bürogemeinschaften ist für jeden einzelnen Betrieb ein eigener Arbeitsstättenbogen auszufüllen.

Büros

siehe auch unter „Bücherrevisoren“.

Büros haben Arbeitsstättenbogen auszufüllen, wenn darin ständig mindestens eine Person haupt- oder nebenberuflich tätig ist. Ehrenamtliche Tätigkeit bleibt hier unberücksichtigt.

Bundesbahn und Bundespost

Dienststellen und Betriebe der Bundesbahn und Bundespost werden gesondert erfaßt.

Bundesflüchtlingsausweis

Einen Bundesflüchtlingsausweis „C“ besitzen Sowjetzonenflüchtlinge, die ihren Wohnsitz in der jetzigen sowjetischen Besatzungszone oder dem Sowjetsektor von Berlin gehabt haben und von dort flüchten mußten oder nach der Besetzung dorthin nicht zurückgekehrt sind.

Bundesvertriebenenausweis

Ausweis A besitzen Heimatvertriebene, die ihren Wohnsitz am 31. 12. 1937 oder bereits einmal vorher in den z. Z. unter fremder Verwaltung stehenden deutschen Ostgebieten oder in den Gebieten außerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches (Gebietsstand vom 31. 12. 1937) hatten und diesen infolge Vertreibung, Flucht, Ausweisung oder Aussiedlung verloren haben.

Ausweis B besitzen Vertriebene, die ihren Wohnsitz erstmalig nach dem 31. 12. 1937 in den unter fremder Verwaltung stehenden Ostgebieten oder in den Gebieten außerhalb des Deutschen Reiches (Gebietsstand 31. 12. 1937) genommen und diesen infolge Flucht, Vertreibung, Ausweisung oder Aussiedlung verloren haben.

Bundeswehr

siehe unter „Soldaten“.

Bundeswehrgelände

Bundeswehrgelände (z. B. Kasernen usw.) soll vom Zähler nicht betreten werden. Die Zählung wird von den Standortverwaltungen durchgeführt. In den außerhalb von Kasernen usw. gelegenen Dienststellen der Bundeswehr erhält der Zähler einen Kontrollzettel.

Bunker

siehe unter „Notwohngebäude“.

Dachgeschoß

Als Dachgeschoß ist dasjenige Geschoß zu verstehen, das oberhalb des letzten Vollgeschosses liegt und nach außen ganz oder teilweise durch das Dach abgeschlossen wird. Ein Kniestockwerk gilt als das letzte Vollgeschoß. Die in einem Dachgeschoß liegenden Wohnungen gelten als Dachgeschoßwohnungen.

Dachgeschoßwohnungen

siehe unter „Dachgeschoß“.

Dach neu gedeckt

Hierunter ist nur die *völlige* Erneuerung oder Umdeckung des gesamten Dachbelags, jedoch nicht eine Überholung (teilweise Erneuerung) zu verstehen.

Dach völlig erneuert

Hierunter ist die vollständige — nicht nur teilweise — Erneuerung oder Umdeckung des gesamten Dachbelages und zugleich die Erneuerung der Dachkonstruktion zu verstehen.

Dachzimmer

siehe unter „Mansarden“.

Dauergäste in Hotels

siehe unter „Anstalten“.

Dauerpatienten

siehe auch unter „Anstalten“.

Dauerpatienten sind ständig in Kranken-, Heil- und Pflegeanstalten eingewiesene Kranke. Sie sind in die Anstaltsliste einzutragen und füllen einen Einzelbogen aus. Wenn sie hierzu nicht in der Lage sein sollten, ist der Einzelbogen von der Anstaltsleitung auszufüllen.

Dauerverkaufsstände

siehe unter „Verkaufsstände“.

Dienst- oder Werkswohnungen

Dienst- oder Werkswohnungen sind Wohnungen, die sich im Eigentum eines Arbeitgebers befinden und in der Regel seinen Arbeitnehmern zum Wohnen überlassen werden.

Dienstleistungsbetriebe

Dienstleistungsbetriebe sind Betriebe des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes, des Reinigungsgewerbes, der Spedition usw. Sie gelten auch dann als Arbeitsstätten, wenn eine feste Arbeitsstätte nicht vorliegt (z. B. Schornsteinfeger, Wandermusiker). Größere Betriebe des Beherbergungsgewerbes haben außer einem Arbeitsstättenbogen auch eine Anstaltsliste auszufüllen.

Dienststellen

siehe unter „Behörden“.

Doppelberuf

siehe auch unter „Weitere Tätigkeit“.

Ein Doppelberuf ist die Verbindung von zwei Berufen, die ausbildungsmäßig (z. B. Bäcker und Konditor) oder herkömmlicherweise wirtschaftlich (z. B. Gastwirt und Metzger) in engem Zusammenhang stehen und von einer Person gleichzeitig, d. h. ohne die Möglichkeit, sie nach der Arbeitszeit zu trennen, ausgeübt werden. Er ist mit der Doppelbezeichnung bei Frage 18 anzugeben.

Doppelhäuser

siehe unter „Gebäude“.

Doppelwohnsitz

Personen mit mehreren Wohnungen sind in jeder Wohnung in die Haushaltsliste oder Anstaltsliste einzutragen. Für solche Personen muß eingetragen sein: die genaue Anschrift des weiteren Wohnraumes und ob sie von dort zur Arbeit oder Ausbildung gehen; bei Abwesenheit der Grund der Abwesenheit und die Art der Unterkunft am Aufenthaltsort (Fragen 10 und 11).

Dreschmaschinenverleihbetriebe

Dreschmaschinenverleihbetriebe gelten als nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätten und müssen einen Arbeitsstättenbogen ausfüllen.

Durchgangslager

siehe unter „Anstalten“.

Durchschnittlicher Zeitaufwand

siehe unter „Weg zur Arbeitsstätte“.

Ehepartner, abwesender

siehe auch unter „Familienstand“ und „Abwesende Haushaltsmitglieder“.

Abwesende Ehepartner, die zum Haushalt gehören, sind stets mit aufzuführen. Dabei ist insbesondere auf genaue Angaben zu den Fragen 10 und 11 der Haushaltsliste zu achten. Hat der abwesende Ehepartner an seinem Aufenthaltsort weiteren Wohnraum, wird er auch dort in eine Haushaltsliste oder Anstaltsliste eingetragen. Die Angabe des abwesenden Ehepartners entfällt nur dann, wenn zwischen den Ehepartnern wegen Ehezerstörung keine Wohngemeinschaft mehr besteht (dauernd getrennt Lebende). Wenn Ehepartner aus beruflichen Gründen zeitweise nicht zusammenleben, ist in jedem Fall die Eintragung des z. Z. Abwesenden vorzunehmen.

Ehrenamtliche Tätigkeit

Ehrenamtliche Tätigkeiten sind in der Haushaltsliste nicht anzugeben. Für sie ist kein Arbeitsstättenbogen auszufüllen.

Eigene Wasserversorgungsanlage mit Zapfstelle (Hahn) im Gebäude

Eine eigene Wasserversorgung liegt vor, wenn ein Gebäude zwar nicht an das öffentliche oder an ein genossenschaftliches oder werkseigenes Wassernetz angeschlossen ist, jedoch eine andere Einrichtung innerhalb des Gebäudes besteht, um das Gebäude mit Wasser zu versorgen. Es muß in dem Gebäude jedoch eine Wasserzapfstelle (Hahn) vorhanden sein.

Eigentümer des Gebäudes

siehe unter „Gebäudeeigentümer“.

Eigentumswohnungen

siehe unter „Gebäudeeigentümer“.

Einfamilienhäuser

siehe auch unter „Wohnungen“.

Einfamilienhäuser sind alle Wohngebäude mit 1 Wohnung. Ist in einem Einfamilienhaus eine sogenannte Einliegerwohnung vorhanden, so zählt dieses Gebäude zu den Zweifamilienhäusern. Zu den Einfamilienhäusern zählen nicht die gesondert nachzuweisenden Bauernhäuser, Kleinsiedlerstellen, Nebenerwerbsstellen, Notwohngebäude (Behelfsheime usw.) sowie Nichtwohngebäude mit Wohnraum. Dagegen sind vermietete Bauernhäuser, die nicht mehr landwirtschaftlichen Zwecken dienen, als Einfamilienhäuser einzureihen, sofern sie nur eine Wohnung aufweisen.

Einliegerwohnungen

siehe unter „Wohnungen“.

Einmannbetriebe

Auch Betriebe, in denen nur der Inhaber allein tätig ist, gelten als Arbeitsstätten und haben einen Arbeitsstättenbogen auszufüllen (z. B. alleinarbeitender Schuhmacher).

Erbengemeinschaften

Mehrere natürliche Personen, die ein Gebäude gemeinsam geerbt haben, bilden eine Erbengemeinschaft. Bewohnen Mitglieder einer Erbengemeinschaft eine oder mehrere Wohnungen in einem Gebäude selbst, so ist jede dieser Wohnungen im Abschnitt C, Spalte 6, der Gebäudeliste als „Wohnung des Gebäudeeigentümers“ zu bezeichnen.

Erdgeschoß

siehe unter „Kellergeschoß“ und unter „Geschoßzahl“.

Erfrischungshallen

siehe unter „Kantinen“ und „Verkaufsstände“.

Erholungsheime

siehe unter „Anstalten“.

Erwerbstätigkeit

Eine Erwerbstätigkeit liegt auch dann vor, wenn jemand einer noch so geringfügigen Nebenbeschäftigung nachgeht mit geringer Arbeitszeit und ohne daraus einen nennenswerten Beitrag zu seinem Lebensunterhalt zu gewinnen. Auch Lehrlinge, Anlernlinge, Praktikanten, Volontäre und Werkstudenten gelten als Erwerbstätige und haben die Fragen im Abschnitt II der Haushaltsliste zu beantworten. Ehrenamtliche Tätigkeiten sind nicht anzugeben.

Für Soldaten im Grundwehrdienst bzw. auf Wehrübung ist bei Frage 12 der Haushaltsliste „ja“ anzukreuzen, zu den Fragen 15 ff. sind keine Angaben zu machen. Dagegen sind die Fragen in Abschnitt II von Berufssoldaten und Soldaten auf Zeit zu beantworten.

Arbeitslose ohne jede Nebentätigkeit kreuzen in Frage 12 „nein“ an und beantworten die Fragen 15 ff. für ihre zuletzt ausgeübte Tätigkeit. Arbeitslose mit einer Nebentätigkeit beantworten die Fragen 15 ff. für diese Nebentätigkeit.

Für eine etwaige weitere Tätigkeit Erwerbs- oder Berufstätiger ist zu Frage 21 lediglich anzugeben, ob diese innerhalb oder außerhalb der Landwirtschaft ausgeübt wird. Wird diese weitere Tätigkeit innerhalb der Landwirtschaft ausgeübt, so ist festzustellen, ob das Haushaltsmitglied eigene Flächen bewirtschaftet. Trifft dies zu, so muß Abschnitt V auf der Rückseite der Haushaltsliste ausgefüllt werden.

Erziehungsanstalten

siehe unter „Anstalten“.

Etagengeschäfte

Etagengeschäfte erhalten wie jeder andere Handelsbetrieb einen Arbeitsstättenbogen.

Etagenmietfäuser

siehe unter „Mehrfamilienhäuser“.

Fabriken

Die Betriebsleitung hat einen Arbeitsstättenbogen auszufüllen. Befinden sich auf dem Werksgelände ständig benutzte Wohngelegenheiten (z. B. Pfortnerwohnung, Hausmeisterwohnung) so ist für die betreffenden Gebäude auch eine Gebäudeliste anzulegen und in Abschnitt C sind die Namen der Wohnungsinhaber einzutragen. An diese hat der Zähler Haushaltslisten auszugeben. Falls auf dem Werksgelände ein Lehrlingswohnheim, eine Arbeiterwohnbaracke u. dgl. liegt, ist dafür von der Betriebsleitung eine Anstaltsliste auszufüllen.

Fachrichtung

siehe unter „Hauptfach“.

Fachschule

siehe auch unter „Berufsfachschule“.

Fachschulen sind berufsfortbildende Schulen, die

- a) freiwillig
- b) auf der Grundlage einer schon erworbenen Berufsausbildung
- c) von nicht mehr berufsschulpflichtigen Personen über 18 Jahre
- d) mit Vollunterricht (30 bis 40 Wochenstunden) von mindestens einem halben Jahr zur weiteren beruflichen Fortbildung auf einen in der Regel höher qualifizierten Beruf besucht werden.

(Beispiele: Bau-, Ingenieur-, Techniker-, Seefahrt-, Kunst-, Musik-, Frauenfach-, Krankenpflegeschulen.)

Fäkalien

Unter Fäkalien versteht man die menschlichen Abfallprodukte, die in der Regel über die Toilette (Klosett, Abort) abgeleitet werden.

Fäkalienabfuhr

Unter Fäkalienabfuhr ist die Leerung einer Abortgrube und der Abtransport der Fäkalien, gleichgültig mit welchem Transportmittel, zu verstehen.

Fahrzeuge

siehe auch unter „Notwohngebäude“.

Ständig bewohnte Fahrzeuge, z. B. Wohnwagen, abgestellte Waggons, außer Dienst gestellte Schiffe u. dgl., werden als Notwohngebäude erfaßt.

Familienangehörige, Mithelfende

siehe unter „Mithelfende Familienangehörige“.

Familienstand

Personen, deren Ehegatte für tot erklärt worden ist, tragen „verwitwet“ ein; Personen, deren Ehe durch Gerichtsurteil aufgehoben wurde, geben „geschieden“ an. Leben die Ehepartner getrennt, ohne daß eine gerichtliche Scheidung ausgesprochen ist, sind sie als „verheiratet“ anzusehen. Dasselbe gilt für alle in „Scheidung lebenden Personen“, solange das Scheidungsurteil noch nicht vorliegt.

Verheiratet sind ferner alle Personen, deren Ehegatte zwar vermißt ist, für den aber keine Todeserklärung vorliegt. Ledig ist, wer noch nicht verheiratet war.

Filialen

Filialen gelten wie alle Zweigniederlassungen als selbständige Arbeitsstätten und haben eigene Arbeitsstättenbogen auszufüllen, wobei die Abschnitte E und F nicht ausgefüllt zu werden brauchen.

Fischerei

Betriebe der Hochsee- und Küstenfischerei haben Arbeitsstättenbogen auszufüllen, nicht dagegen Betriebe der Binnenfischerei. Selbständige Erwerbstätige der Binnenfischerei haben in der Haushaltsliste Abschnitt VI auszufüllen.

Flachs- und Hanfröstereien

siehe unter „Nebenbetriebe der Land- und Forstwirtschaft“.

Fleischbeschauer

Selbständige Fleischbeschauer haben Arbeitsstättenbogen auszufüllen. Der Zähler übergibt sie zusammen mit der Haushaltsliste in der Wohnung.

Fliegende Verkaufsstände

siehe unter „Verkaufsstände“.

Flüchtlinge

siehe unter „Sowjetzonenflüchtlinge“.

Flüchtlingsausweis

siehe unter „Bundesflüchtlingsausweis“.

Forstwirtschaft

siehe unter „Landwirtschaftliche Betriebe“.

Fortbildungsschulen

siehe unter „Berufsschule“.

Freie Berufe, freiberuflich Tätige

Hierzu gehören u. a. Ärzte und Rechtsanwälte mit eigener Praxis, Bücherrevisoren, Graphiker, Künstler, Schriftsteller, Privatlehrer, Steuerberater, Hebammen, sofern sie selbständig sind. Sie haben auch dann Arbeitsstättenbogen und Abschnitt VII der Haushaltsliste auszufüllen, wenn die Arbeitsstätte in der Wohnung liegt. Befinden sich jedoch Angehörige dieser Berufe nur in abhängiger Stellung (im Beamten- oder Angestelltenverhältnis), z. B. Professoren an Hochschulen, Künstler an staatlichen oder städtischen Bühnen usw., so füllen sie keinen eigenen Arbeitsstättenbogen aus.

Fremdenheime

siehe unter „Beherbergungsgewerbe“.

Fuhrunternehmen

Fuhrunternehmen (auch Spediteure und Autoverleiher) haben Arbeitsstättenbogen auszufüllen.

Gärtner auf Wochenmärkten

siehe unter „Verkaufsstände“.

Gärtnerereien

Gärtneriebetriebe füllen Arbeitsstättenbogen nur dann aus, wenn sie bei der Besteuerung als Gewerbebetriebe gelten, z. B. Landschaftsgärtnerereien, die sich mit der Anlage und Pflege von Gärten, Parks u. dgl. befassen. Friedhofsgärtnerereien, die Gräber bepflanzen und pflegen, Dekorationsgärtnerereien, Blumen- und Kranzbindereien, Handelsgärtnerereien.

Garagenbetriebe

Ein Garagenbetrieb ist eine Arbeitsstätte. Der Eigentümer oder Leiter hat einen Arbeitsstättenbogen auszufüllen, wenn in seinem Betrieb mindestens eine Person regelmäßig tätig ist (auch der Inhaber allein).

Gäste

siehe auch unter „Vorübergehend Anwesende“.

Am Stichtag anwesende Besucher (Schlafgäste) im Haushalt sind in Abschnitt VIII der Haushaltsliste (Vorübergehend Anwesende) einzutragen, ausgenommen Flüchtlinge, die z. Z. ohne weiteren Wohnsitz sind, für diese Personen sind alle Fragen der Haushaltsliste zu beantworten.

Gasthöfe

siehe unter „Beherbergungsgewerbe“.

Gaststätten

Der Inhaber oder Leiter einer Gaststätte hat einen Arbeitsstättenbogen auszufüllen.

Gebäude

siehe auch unter „Bewohnte Gebäude“ und „Leerstehende Gebäude“.

Als Gebäude gilt jedes freistehende oder durch Brandmauer von einem anderen getrennte Bauwerk.

Bei Doppel-, Gruppen- oder Reihenhäusern zählt jedes einzelne, von dem anderen durch eine vom Dach bis zum Keller reichende Trennungswand geschiedene Bauwerk als selbständiges Gebäude.

Gebäude, die Haushalten als 2. Wohnsitz dienen

siehe auch unter „Wochenendhäuser“.

Gebäude, die Haushalten als zweiter Wohnsitz dienen, sind in jedem Falle mit Gebäudelisten und Haushaltslisten zu erfassen. Es ist dabei gleichgültig, ob es sich um Wochenendhäuser oder um andere Gebäude handelt.

Trifft der Zähler den Besitzer nicht an

a) und wurde keine Gebäudevorerhebung durchgeführt, so ist vom Zähler eine Gebäudeliste anzulegen und, soweit möglich, auszufüllen. Dabei soll er versuchen, das Gebäude nach der bautechnischen Gestaltung einer der in der Gebäudeliste unter B 2 vorgedruckten Gebäudearten zuzuordnen. Zusätzlich ist hinter „Art des Gebäudes“ im Abschnitt B und im Kopf des Bogens mit Rotstift der Vermerk „Haus wird vermutlich nur über das Wochenende bewohnt“ einzutragen oder eine ähnliche Formulierung zu wählen, aus der ersichtlich ist, daß es sich um ein Gebäude handelt, das dem Haushalt vermutlich nur als 2. Wohnsitz dient. Nachbarn können vielleicht zweckdienliche Angaben machen. Für jede im Gebäude vorhandene Wohnung muß mindestens eine Haushaltsliste angelegt werden, auf der, außer den Ordnungsangaben, der Vermerk „vermutlich 2. Wohnsitz“ eingetragen und, falls möglich, die Zahl der Personen angegeben wird;

b) und fand eine Gebäudevorerhebung statt, so hat der Zähler eine ausgefüllte Gebäudeliste in Händen. Auf dieser Gebäudeliste hat er lediglich unter „Art des Gebäudes“ im Abschnitt B sowie im Kopf des Bogens noch den Vermerk „Haus wird vermutlich nur über das Wochenende bewohnt“ einzutragen oder eine ähnliche Formulierung zu wählen, aus der ersichtlich ist, daß es sich um ein Gebäude handelt, das dem Haushalt vermutlich als 2. Wohnsitz dient. Nachbarn können vielleicht zweckdienliche Angaben machen.

Für jede im Gebäude vorhandene Wohnung muß mindestens eine Haushaltsliste vom Zähler angelegt werden, auf der, außer den Ordnungsangaben, der Vermerk „vermutlich 2. Wohnsitz“ eingetragen und, falls möglich, die Zahl der Personen angegeben wird.

Trifft der Zähler den Besitzer an, gleichgültig, ob eine Gebäudevorerhebung durchgeführt wurde oder nicht, so ergeben sich im allgemeinen keine Schwierigkeiten. Ist dem Zähler bekannt oder wird ihm auf Befragen erklärt, daß das Gebäude nur in bestimmten Jahreszeiten oder über das Wochenende bewohnt wird, so hat er auf der vom Gebäudeeigentümer ausgefüllten Gebäudeliste im Abschnitt B, hinter „Art des Gebäudes“, den Vermerk „Haus wird nur über das Wochenende bewohnt“ einzutragen oder eine ähnliche Formulierung zu wählen, aus der ersichtlich ist, daß es sich vermutlich um ein Gebäude handelt, das dem Haushalt als 2. Wohnsitz dient. Außerdem ist auf der vom Besitzer ausgefüllten Haushaltsliste der Vermerk „2. Wohnsitz“ anzubringen.

Unvollständig ausgefüllte Gebäudelisten sind auf jeden Fall durch die Gemeinde zu ergänzen. Ist die Haushaltsliste nicht vollständig ausgefüllt und stellt die Gemeinde eindeutig fest, daß der betreffende Haushalt dort nur seinen zweiten Wohnsitz hat, so ist die Haushaltsliste lediglich hinsichtlich der Personenzahl zu vervollständigen.

Gebäudeeigentümer

Die Gebäudeeigentümer oder ihre Vertreter, z. B. Verwalter oder Hausmeister, sind zur Ausfüllung der Gebäudeliste verpflichtet. Zum Austeilen und Einsammeln der übrigen Zählpapiere innerhalb des Gebäudes sind sie nicht heranzuziehen; sie haben jedoch dem Zähler die für diese Arbeit erforderlichen Auskünfte zu erteilen.

Handelt es sich um Gebäude, in denen sich nur Eigentumswohnungen befinden, so ist die Gebäudeliste von dem nach den Bestimmungen des Wohnungseigentumsgesetzes bestellten Verwalter auszufüllen.

Gebäudeliste

Für jedes bewohnte Gebäude ist eine Gebäudeliste auszufüllen. Handelt es sich um ein Gebäude mit mehr als 10 Wohnungen, so sind die Angaben für die 11. und jede weitere Wohnung in eine zweite oder dritte usw. Gebäudeliste einzutragen, die dann zwar die gleiche Gebäudelistennummer wie die erste Gebäudeliste erhalten, aber durch kleine Buchstaben hinter der Nr. unterschieden werden. Die erste Gebäudeliste erhält ein „a“, die zweite ein „b“, die dritte ein „c“ usw.

Gebäudereste

siehe auch unter „Notwohngebäude“.

Gebäudereste (Ruinen) werden nur dann als „Notwohngebäude“ erfaßt, wenn in ihnen ständig jemand wohnt.

Gebäudevorerhebung

Der Zähler findet unter seinen Zählpapieren bereits ausgefüllte Gebäudelisten vor, wenn die Gemeinde eine Gebäudevorerhebung durchgeführt hat. Es ist jedoch notwendig, die Eintragungen bei der Zählung noch einmal zu überprüfen, da seit Ausfüllung der Listen Veränderungen eingetreten sein können, z. B. weil Haushalte umgezogen sind. Festgestellte Fehler oder Veränderungen sind zu berichtigen.

Geburten am Zählungstichtag

siehe auch unter „Stichtag der Zählung“ und „Patienten“.

Es wird häufig vergessen, Neugeborene in die Haushaltsliste aufzunehmen. Wenn sie vor dem Zählungstichtag (6. Juni 1961) geboren wurden, sind sie einzutragen. Mutter und Kind, die sich im Entbindungsheim befinden, sind ebenfalls in die Haushaltsliste einzutragen.

Gefangene

siehe auch unter „Anstalten“.

Es ist zu unterscheiden zwischen Strafgefangenen, Verwahrten und Untersuchungsgefangenen. Nur Strafgefangene und Verwahrte werden in der Anstalt gezählt.

Untersuchungsgefangene (-häftlinge) werden nur in dem seltenen Fall in die Anstaltsliste eingetragen und füllen nur dann Einzelbogen aus, wenn sie außerhalb der Haftanstalt keinen weiteren Wohnraum haben. Sie sind in die heimische Haushaltsliste einzutragen und werden an ihrem Wohnort gezählt.

Gefängnisse

siehe unter „Anstalten“.

Geheimhaltung

Der Zähler ist, wie alle mit der Durchführung der Zählung betrauten Personen, zur Verschwiegenheit verpflichtet. Eine Verletzung der Geheimhaltungspflicht muß bestraft werden (vgl. Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke v. 3. September 1953, BGBl I, Seite 1314, § 13).

Gemeinsamer Haushalt

siehe unter „Haushalt“.

Gemeinschaften, Betriebs-, Büro-, Laden-

siehe unter „Betriebs-, Büro- oder Ladengemeinschaften“.

Gemeinschaftsunterkünfte

siehe unter „Anstalten“.

Geschäftsgebäude

siehe unter „Verwaltungsgebäude“.

Geschäftszweig

Das Gewerbe, Tätigkeits- oder Aufgabengebiet des Betriebes, der Firma, Dienststelle usw., in welcher der Erwerbstätige arbeitet, ist genau zu bezeichnen. Umfaßt die Firma usw. (z. B. Autowerk, Schulverwaltung) mehrere Betriebe, Einrichtungen usw. als selbständige örtliche Einheiten mit verschiedenem Zweck, so ist der Geschäftszweig der örtlichen Einheit anzugeben (z. B. Autofabrik, Autoverkaufsstelle, Volksschule). Umfaßt der Betrieb mehrere Aufgabengebiete (z. B. Lebensmittel-, Groß- und Einzelhandel), so ist möglichst das überwiegende Betätigungsgebiet des Betriebes (wirtschaftlicher Schwerpunkt) anzugeben (z. B. Lebensmitteleinzelhandel). Falls der Befragte den wirtschaftlichen Schwerpunkt des Betriebes nicht beurteilen kann, ist der Geschäftszweig des Teilbetriebes anzugeben, in dem der Erwerbstätige beschäftigt ist.

Geschiedene Personen

siehe unter „Familienstand“.

Gesellen

siehe unter „Haushalt“.

Geschlossene Arbeitsstätten

siehe auch unter „Saison- und Kampagnebetrieb“.

An stillgelegte Betriebe ist nur dann ein Arbeitsstättenbogen auszugeben, wenn noch mindestens eine Person (evtl. der Inhaber) dauernd darin tätig ist. Ist diese Arbeitsstätte jedoch nur vorübergehend geschlossen (z. B. wegen Betriebsferien), so ist für sie in jedem Falle ein Arbeitsstättenbogen auszufüllen.

Trifft der Zähler niemanden an, dann soll er einen entsprechenden Vermerk auf dem für diesen Betrieb vorgesehenen Arbeitsstättenbogen machen, damit eine Nachforderung erfolgen kann.

Geschoßzahl

siehe auch unter „Dachgeschoß“.

Befinden sich in einem Dachgeschoß 2 bewohnte Stockwerke, so ist lediglich das untere (Knie-)Stockwerk bei der Ermittlung der Geschoßzahl mitzuzählen. Bei der Angabe der Geschoßzahl auf der Vorderseite der Gebäudeliste werden Keller- und Dachgeschoß nicht mitgerechnet, selbst wenn sie ausgebaut sind. Das Erdgeschoß ist in jedem Fall mitzuzählen.

Gestorbene am Zählungstichtag

siehe unter „Sterbefälle am Zählungstichtag“.

Getrennt lebende Ehepartner

siehe unter „Familienstand“ und unter „Ehepartner, abwesender“.

Gewahrsamsmacht

Unter Gewahrsamsmacht ist der Staat einzutragen, in dessen Gewahrsam der Kriegsgefangene, Zivilinternierte, Zivilverschleppte die längste Zeit der Kriegsgefangenschaft usw. zugebracht hat. Wenn ein Kriegsgefangener z. B. drei Jahre in amerikanischer Gefangenschaft war, sich aber vor der Entlassung einige Wochen in einem französischen Lager befand, so ist als Gewahrsamsmacht USA einzutragen.

Gewerberäume

siehe auch unter „Gewerblich genutzte Räume“.

Hier handelt es sich um Räume, die baulich nicht für Wohnzwecke vorgesehen sind, wie z. B. Verkaufsläden, Werkstatträume u. ä., selbst wenn sich darin Schlafstellen befinden.

Diese Räume sind in der Gebäudeliste (Rückseite, Spalte 9) nicht anzugeben.

Gewerbetreibende, selbständige

Jeder selbständige Gewerbetreibende hat einen Arbeitsstättenbogen und Abschnitt VII der Haushaltsliste auszufüllen.

Gewerblich genutzte Wohnräume

siehe auch unter „Gewerberäume“ und „Heimarbeiter“.

Wohnräume, die statt zu Wohnzwecken vorübergehend zu gewerblichen Zwecken benutzt werden, wie Sprechstundenzimmer, Praxiszimmer, Wartezimmer, Heimarbeitsraum, Fremdenzimmer für Urlaubsgäste, Verkaufsraum usw., sind in der Gebäudeliste (Rückseite, Spalte 9) mitzuzählen.

Gewerblich genutzte Wohnräume lassen auf das Vorhandensein einer Arbeitsstätte schließen. Liegt eine Arbeitsstätte vor, ist ein Arbeitsstättenbogen auszugeben.

Grund der Abwesenheit

Bei Frage 11a der Haushaltsliste ist für alle zum Haushalt gehörenden Personen, die zum Zeitpunkt der Zählung längere oder kürzere Zeit abwesend sind, der Grund der Abwesenheit zu nennen, z. B. Urlaubsreise, Geschäftsreise, Studium, Berufstätigkeit an einem anderen Ort, Besuchsreise u. dgl. Stundenweise Abwesenheit ist nicht gemeint. Personen, die sich z. Z. der Zählung vorübergehend als Patienten in einem Krankenhaus befinden, sind als anwesend zu betrachten, so daß die Frage 11 für sie entfällt.

Grund der Anwesenheit

siehe auch unter „Vorübergehend Anwesende“.

Für Personen, die nicht zum Haushalt gehören, aber zum Zeitpunkt der Zählung im Haushalt anwesend sind, ist in Abschnitt VIII der Haushaltsliste der Grund der Anwesenheit zu nennen, z. B. Besuch. Solche Personen sind auf keinen Fall in die Innenseite der Haushaltsliste bei den zum Haushalt gehörenden Personen mit einzutragen.

Grundbesitzverwaltungen

Verwaltungsbüros größerer Grundbesitzungen, die nicht unmittelbar mit der Bewirtschaftung eines land- oder forstwirtschaftlichen Betriebes betraut sind, haben Arbeitsstättenbogen auszufüllen.

Grundstücksverwaltungen

siehe unter „Grundbesitzverwaltungen“.

Grundwehrdienst

siehe unter „Soldaten“.

Gruppenhäuser

siehe unter „Gebäude“.

Gutsschmieden

siehe unter „Nebenbetriebe der Land- und Forstwirtschaft“.

Haftanstalten

siehe unter „Anstalten“ und unter „Gefangene“.

Häftlinge

siehe unter „Gefangene“.

Handelsbetriebe

Handelsbetriebe müssen einen Arbeitsstättenbogen ausfüllen.

Handelsgärtnereien

siehe unter „Gärtnereien“.

Handelsvertreter

Selbständige Handelsvertreter müssen einen Arbeitsstättenbogen ausfüllen. Der Zähler übergibt ihn zusammen mit der Haushaltsliste in der Wohnung, sofern der Handelsvertreter sein Büro nicht an einer anderen Stelle hat. Handelsvertreter, die Arbeitnehmer eines Unternehmens sind, erhalten keinen eigenen Arbeitsstättenbogen, da sie auf dem Arbeitsstättenbogen ihres Arbeitgebers angegeben werden müssen. In der Haushaltsliste ist für Handelsvertreter, die am Stichtag der Zählung auf Reisen sind, bei Frage 11a der Grund der Abwesenheit und bei Frage 11b die Art der Unterkunft am Aufenthaltsort einzutragen.

Handwerksbetriebe

Handwerksbetriebe müssen einen Arbeitsstättenbogen ausfüllen.

Hanfröstereien

siehe unter „Nebenbetriebe der Land- und Forstwirtschaft“.

Hauptfach

Unter Hauptfach ist das Lehrgebiet zu verstehen, in dem die Ausbildung an einer Berufsfach-, Fach- oder Hochschule erfolgt ist, das zu der Abschlußprüfung geführt hat und das für die mit der Abschlußprüfung gewonnene Berechtigung ausschlaggebend ist. Bei zwei oder mehreren Fächern ist nur ein Hauptfach einzutragen.

Hauptmieter

siehe auch unter „Wohnungen“.

Als Hauptmieter gilt, wer mit dem Gebäude- oder Wohnungseigentümer einen Mietvertrag abgeschlossen hat, gleichgültig ob Miete gezahlt wird oder nicht (z. B. in Dienstwohnungen oder in an Verwandte kostenlos überlassenen Mietwohnungen). Wohnen in einer Wohnung mehrere Haushalte, die alle mit dem Gebäudeeigentümer einen Mietvertrag abgeschlossen haben, dann gilt derjenige als Hauptmieter, der am längsten in der Wohnung wohnt; die übrigen Haushalte gelten als Untermieter. Haushalte, die einzelne Räume der Wohnung des Gebäudeeigentümers (oder auch des Inhabers einer Eigentumswohnung) gemietet haben, z. B. in einem Einfamilienhaus, gelten nicht als Mieter, sondern als Untermieter.

Hauptgescharte

siehe unter „Hauptniederlassungen“.

Hauptniederlassungen

siehe auch „Zweigniederlassungen“.

Hauptniederlassung ist stets die Arbeitsstätte, von der aus das Unternehmen geleitet wird (Sitz des Unternehmens).

Hauseigentümer

siehe unter „Gebäudeeigentümer“.

Hausfrauen

Hausfrauen kreuzen bei Frage 13 „Hausfrau“ an und zwar auch dann, wenn sie neben ihrer Tätigkeit als Hausfrau eine Erwerbstätigkeit ausüben oder Renten-, Pensions- oder Unterstützungsempfänger sind.

Hausgehilfinnen

Im Haushalt beschäftigte und wohnende Hausgehilfinnen zählen zum Haushalt ihres Arbeitgebers und werden in dessen Haushaltsliste eingetragen. In einem größeren Gasthof, Hotel u. dgl. tätige und wohnende Hausgehilfinnen, die nur im Gasthofbetrieb beschäftigt werden, sind in der für den Gasthof auszufüllenden Haushalts- oder Anstaltsliste als Personal, in dem für den Gasthof auszufüllenden Arbeitsstättenbogen unter den „Beschäftigten“ zu zählen.

Hausgewerbetreibende

Wer mit fremden Hilfskräften in eigener Arbeitsstätte im Auftrag von Gewerbetreibenden oder Zwischenmeistern Waren herstellt, bearbeitet oder verpackt, dabei selbst wesentlich am Stück mitarbeitet und die Verwertung der Arbeitserzeugnisse dem Auftraggeber überläßt, trägt sich zu Frage 19 der Haushaltsliste als „Hausgewerbetreibender“ ein. Die Zahl der gleichzeitig mithelfenden Familienangehörigen ist für die Eigenschaft als Hausgewerbetreibender unerheblich.

Hausgewerbetreibende haben für ihre Arbeitsstätte einen Arbeitsstättenbogen und in der Haushaltsliste Abschnitt VII auszufüllen.

Haushalt

siehe auch unter „Wohnpartner“ und „Abwesende Haushaltsmitglieder“.

Personen, die zusammen wohnen und eine gemeinsame Hauswirtschaft führen, bilden einen Haushalt. Einige Beispiele:

Ehepaare ohne Kinder und mit Kindern, die mit ihrer verwitweten Mutter zusammenwohnende Tochter, aber auch alleinstehende Personen, Einzeluntermieter.

Zum Haushalt rechnen auch die Personen, die am Zählungstichtag abwesend sind, normalerweise aber zum Haushalt gehören. Dabei ist gleichgültig, aus welchem Grunde sie abwesend sind, also z. B. wegen einer Geschäfts-, Urlaubs- oder Besuchsreise, oder weil das Haushaltsmitglied an einem anderen Ort arbeitet oder zur Ausbildung geht.

Zum Haushalt rechnen ferner:

Wirtschafterinnen, Hausgehilfinnen, Kindermädchen, Gesellen und Lehrlinge, landwirtschaftliche Arbeitskräfte, Pflegekinder und Altenteiler, Wohnpartner, wenn sie **Kost und Wohnung erhalten**. Für alle diese zum Haushalt gehörenden Personen sind alle in der Haushaltsliste gestellten Fragen zu beantworten. Besteht ein Haushalt aus mehr als 6 Personen, so ist die 7., 8. usw. Person in eine zweite Haushaltsliste einzutragen. Die zweite Liste erhält die gleiche Nummer wie die erste. Hinter der Haushaltslistennummer ist die erste Haushaltsliste mit „a“ und die zweite mit „b“ zu kennzeichnen.

Personen, die z. Z. der Zählung auf Besuch sind, beantworten nur die Fragen in Abschnitt VIII der Haushaltsliste, sie rechnen nicht zum Haushalt. Haben diese vor-

übergehend anwesenden Personen z. Z. keinen ständigen Wohnsitz, z. B. Flüchtlinge, so sind sie jedoch nicht in Abschnitt VIII, sondern bei den zum Haushalt gehörenden Personen mit einzutragen.

Haushaltsmitglieder

siehe unter „Haushalt“.

Hausierhandel

siehe unter „Ambulantes Gewerbe“.

Hauskläranlage

Zur Hauskläranlage zählen sowohl biologische als auch mechanische (Senkgruben, Sickergruben usw.) Kläranlagen.

Hausmeister, Hausverwalter

Hausmeister, Hausverwalter u. dgl. sind als Vertreter des Gebäudeeigentümers ebenfalls zur Ausfüllung der Gebäudeliste verpflichtet.

Hausschlächter

siehe unter „Lohnwerker“.

Hausschneiderinnen

siehe unter „Lohnwerker“.

Hausverwaltungen

Für private Hausverwaltungen ist ein Arbeitsstättenbogen auszufüllen, wenn ein eigenes Büro vorhanden ist, in dem mindestens eine fremde Hilfskraft beschäftigt wird.

Hebammen

Hebammen und Krankenschwestern, die selbständig tätig sind, haben einen Arbeitsstättenbogen auszufüllen. Der Zähler übergibt ihn zusammen mit der Haushaltsliste in der Wohnung.

Heilanstalten

siehe unter „Anstalten“.

Heimarbeiter

Wer allein oder nur unter Mithilfe von Familienangehörigen in eigener Arbeitsstätte im Auftrage von Gewerbetreibenden oder Zwischenmeistern Waren herstellt, bearbeitet oder verpackt und die Verwertung der Arbeitserzeugnisse dem Auftraggeber überläßt, trägt sich zu Frage 19 der Haushaltsliste als „Heimarbeiter“ ein und füllt Abschnitt VII der Haushaltsliste sowie einen Arbeitsstättenbogen aus.

Auch wer als fremde Hilfskraft in der Arbeitsstätte eines Hausgewerbetreibenden mitarbeitet, trägt sich zu Frage 19 der Haushaltsliste als „Heimarbeiter“ ein, braucht jedoch weder Abschnitt VII der Haushaltsliste noch einen Arbeitsstättenbogen auszufüllen.

Heimatvertriebene

siehe auch unter „Bundesvertriebenenausweis“.

Als Heimatvertriebene gelten die Inhaber des Bundesvertriebenenausweises „A“ sowie die im Ausweis des Vaters oder der Mutter eingetragenen Personen.

Heime

siehe unter „Anstalten“.

Herbergen

siehe unter „Beherbergungsgewerbe“.

Hochschulen

Unter Hochschulen werden hier verstanden:

Universitäten, Techn. Hochschulen, Tierärztl. Hochschulen, Forsthochschulen, Landw. Hochschulen, Bergakademien, Handels- und Wirtschaftshochschulen, Philosophisch-Theologische Hochschulen, Kirchliche Hochschulen, Musikhochschulen, Hochschulen für bildende Künste, Sporthochschulen, Pädagogische Hochschulen, Akademien, Institute und sonstige Anstalten für die Lehrer-

bildung. Es gehören nicht dazu: Hochschulen, die allein der Forschung und Erwachsenenfortbildung dienen sowie die Volkshochschulen.

Hochseefischerei
siehe unter „Fischerei“.

Hospiz
siehe unter „Beherbergungsgewerbe“ und unter „Anstalten“.

Hotels
siehe unter „Beherbergungsgewerbe“ und unter „Anstalten“.

Hühnerfarm
siehe unter „Tierzüchtereien“.

Im Bau befindliche Gebäude
siehe unter „Baustellen“.

Insassen von Anstalten
siehe unter „Anstalten“.

Internate
siehe unter „Anstalten“.

Kampagnebetriebe
siehe unter „Saison- und Kampagnebetriebe“.

Kanalisation, Anschluß
Ein Anschluß an die Kanalisation liegt vor, wenn das Gebäude an das öffentliche Netz zur Beseitigung der Abwässer und/oder Fäkalien angeschlossen ist.

Kantinen
Kantinen, Erfrischungs-, Zeitungs-, Warenverkaufsstände und ähnliche Betriebe innerhalb anderer Arbeitsstätten (z. B. in Bahnhöfen, Behörden, Fabriken, Theatern, Warenhäusern, auf Schiffen usw.) haben, sofern sie von selbständigen Bewirtschaftern geleitet werden, eigene Arbeitsstättenbogen auszufüllen.

Kasernen
siehe unter „Bundeswehrgelände“.

Kaufeigenheime
Ein Kaufeigenheim ist ein Wohngebäude mit höchstens 2 Wohnungen, das von einem Bauherrn mit der Bestimmung errichtet worden ist, es einem Bewerber als Eigenheim zu übertragen. Ist die Eigentumsübertragung zum Zeitpunkt der Erhebung noch nicht erfolgt, so ist in der Gebäudeliste der Bauherr als Eigentümer einzutragen; die darin befindlichen Wohnungen sind als Mietwohnungen zu kennzeichnen. In der Gebäudeliste ist im Abschnitt B „Einfamilienhaus“ bzw. „Zweifamilienhaus“ anzukreuzen.

Kellergeschoß
Als Kellergeschoß gilt das unterhalb des Erdgeschosses (bzw. Hochparterre) gelegene Geschoß; bei Gebäuden am Hang gilt das talwärts in Höhe der Erdoberfläche (= Fußbodenhöhe) gelegene Geschoß als Erdgeschoß.
Wohnungen im Kellergeschoß gelten als Kellerwohnungen.

Kellerwohnungen
siehe unter „Kellergeschoß“.

Kinder
siehe unter „Geburten am Zählungstichtag“ und „Stichtag der Zählung“.

Kindergärten, Kindertagesstätten
siehe auch unter „Anstalten“.

Kindergärten, Kindertagesstätten sind, sofern dort Personal oder Insassen dauernd wohnen, wie Anstalten zu behandeln. Die Kinder werden im heimischen Haushalt gezählt.

In jedem Fall ist ein Arbeitsstättenbogen auszufüllen.

Kinder mädchen
siehe unter „Haushalt“.

Kinos
Für Kinos ist ein Arbeitsstättenbogen auszufüllen.

Kioske
siehe unter „Verkaufsstände“.

Kirchen
Kirchengebäude sind nicht als Arbeitsstätten zu zählen; die in der Kirche tätigen Personen sind in dem für das Pfarramt auszufüllenden Arbeitsstättenbogen aufzuführen, jedoch ohne die nur ehrenamtlich tätigen Personen. Auch für sonstige kirchliche Dienststellen sind Arbeitsstättenbogen auszufüllen, wenn in ihnen mindestens eine Person haupt- oder nebenberuflich tätig ist.

Kleinsiedlerstellen
Kleinsiedlerstellen sind Wohngebäude mit angemessenem Wirtschaftsraum und angemessener Landzulage, die dem Siedler die Möglichkeit bieten, sein Einkommen durch Selbstversorgung zu ergänzen.

Klöster
siehe unter „Anstalten“.
Für ein Kloster ist eine Anstaltsliste auszufüllen, für die Klosterverwaltung und für jede mit dem Kloster verbundene gewerbliche oder sonstige nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätte, die überwiegend für fremde Kundschaft arbeitet, je ein Arbeitsstättenbogen.

Kochnische
Als eigene Kochnische gilt nur eine zu einem Wohnraum gehörende Nische, die zum Kochen vorgesehen und eingerichtet ist. Behelfsmäßig eingerichtete Kochnischen oder Kochecken in einem Zimmer sind nicht einzutragen.

Krankenhäuser
siehe unter „Anstalten“.

Krankenschwestern
Selbständig tätige Krankenschwestern, auch Hebammen, müssen einen Arbeitsstättenbogen ausfüllen. Der Zähler übergibt ihn zusammen mit der Haushaltsliste in der Wohnung.
Alleinstehende Krankenschwestern, die in einer Krankenanstalt angestellt sind und dort eine Unterkunft besitzen, werden von der Anstaltsverwaltung in die Anstaltsliste eingetragen und füllen einen Einzelbogen aus. Haben sie außerhalb der Anstalt eine weitere Unterkunft, so haben sie dort auch noch eine Haushaltsliste auszufüllen. In der Haushaltsliste sowie im Einzelbogen in der Anstalt ist jeweils die genaue Anschrift der weiteren Unterkunft anzugeben.

Kranzbindereien
siehe unter „Gärtnereien“.

Kriegsgefangene
siehe auch unter „Gewahrsamsmacht“.

Sind Kriegsgefangene unmittelbar in ein Zivilinternierungslager überführt worden, so endet die Kriegsgefangenschaft mit dem Zeitpunkt, von welchem ab deutsche Stellen zur Entscheidung über die Entlassung befugt waren. Derselbe Zeitpunkt muß dann auch in der betreffenden Spalte als Beendigung des Gewahrsams eingetragen werden.

Kriegsschäden
siehe unter „Baujahr des Gebäudes“.

Küche
Zu den Küchen gehören auch Wohnküchen. Nicht als Küchen gelten nur behelfsmäßig zum Kochen eingerichtete Nebenräume oder Zimmer mit Kochgelegenheit oder behelfsmäßige Kochecken. Die eigene Küche oder Kochnische ist in der Regel Kennzeichen einer Wohnung.

- Bei der Wohnung des Inhabers in einem Hotel, Gasthof u. dgl., zu der keine besondere Küche gehört, zählt die Küche des Hotels, Gasthofs usw. als Küche der Wohnung.
- Künstler**
siehe unter „Freie Berufe“.
- Läden**
Der Inhaber oder Leiter eines Verkaufsladens hat für diesen einen Arbeitsstättenbogen auszufüllen.
- Ladengemeinschaften**
siehe unter „Betriebs-, Büro- und Ladengemeinschaften“.
- Lager**
siehe unter „Anstalten“.
- Lagerplätze**
Für Lagerplätze, Lagerräume, -keller, -schuppen u. dgl., die von dem Betrieb, zu dem sie gehören, örtlich getrennt liegen, ist nur dann ein eigener Arbeitsstättenbogen auszufüllen, wenn auf ihnen ständig mindestens eine Person beschäftigt ist.
- Lagerräume**
siehe unter „Lagerplätze“.
- Landwirtschaftliche Arbeitskräfte**
siehe unter „Haushalt“.
- Landwirtschaftliche Betriebe**
siehe auch unter „Nebenbetriebe der Land- und Forstwirtschaft“ und „Bauernhäuser“.
Ein Arbeitsstättenbogen darf für reine land- oder forstwirtschaftliche Betriebe nicht ausgefüllt werden, wohl aber für gewerbliche Nebenbetriebe, wenn sie steuerlich als Gewerbebetriebe gelten.
- Landwirtschaftlichen Zwecken dienende Räume**
Zimmer, Wohn- und Schlafkammern mit 6 und mehr qm Fläche, die statt zu Wohnzwecken vorübergehend zu landwirtschaftlichen Zwecken benutzt werden (z. B. als Mehl- und Kornkammern) sind in der Gebäudeliste (Rückseite, Spalte 9) mit anzugeben.
Räume, die baulich nicht für Wohnzwecke vorgesehen sind und ständig dem landwirtschaftlichen Betrieb z. B. als Geräteraum, Vorratskammer, Abstellraum, Futterküche und dgl. dienen, sind dagegen bei der Angabe der Raumzahl in Spalte 9 nicht mitzuzählen.
- Laube**
siehe unter „Notwohngebäude“.
- Lebensunterhalt**
Zu Frage 14 der Haushaltsliste ist nur die Quelle anzugeben, aus welcher der Lebensunterhalt überwiegend bestritten wird. Es ist durchaus möglich, daß ein Erwerbstätiger seinen überwiegenden Lebensunterhalt nicht aus Erwerbstätigkeit bezieht (z. B. Mithelfender Familienangehöriger / Unterhalt durch Ehemann; Lehrling / Unterhalt durch Eltern), und daß ein Rentner in der Hauptsache von einer Nebenbeschäftigung lebt (z. B. Rentnempfänger / Erwerbstätigkeit) usw. Soweit die zum Ankreuzen vorgesehenen Unterhaltsquellen nicht zutreffen, ist die Art der Unterhaltsquelle in der Zeile unter „oder woraus sonst“ genau zu bezeichnen (z. B. eigenes Vermögen).
- Ledigenheim**
siehe unter „Anstalten“.
- Ledige Personen**
siehe unter „Familienstand“.
- Leerstehende Gebäude**
siehe auch unter „Leerstehende Wohnungen“.
Auch für leerstehende Gebäude mit Wohnraum ist eine Gebäudeliste anzulegen, soweit es sich nicht um eine behelfsmäßige Wohngelegenheit (z. B. Baracke) handelt. Vermerken Sie aber bitte „Gebäude steht leer“ hinter der Frage „Art des Gebäudes“ im Abschnitt B der Gebäudeliste und weisen, wenn möglich, auch auf den Grund des Leerstehens hin, z. B. abbruchreifes Gebäude, Haus steht zum Verkauf u. dgl. Ist der Grund des Leerstehens nicht festzustellen, so machen Sie bitte hinter Ihrer Eintragung „Gebäude steht leer“ ein Fragezeichen.
- Leerstehende Wohnungen**
Wenn der Wohnungsinhaber zum Zeitpunkt der Zählung verweist, ist mit Hilfe des Gebäudeeigentümers oder eines Hausbewohners, so gut es geht, selbst eine Haushaltsliste auszufüllen. Auf der Vorderseite vermerken Sie bitte: „Vom Zähler ausgefüllt“.
Treffen Sie niemanden, der Ihnen Angaben über den abwesenden Haushalt geben kann, so tragen Sie bitte Namen und Anschrift in eine leere Haushaltsliste ein und vermerken wiederum „Vom Zähler ausgefüllt“.
Für eine Wohnung, die z. Z. unbewohnt ist, brauchen Sie keine Haushaltsliste auszufüllen. Hier genügt ein Vermerk wie „leerstehend“ in der für diese Wohnung vorgesehenen Zeile in Spalte 5 auf der Rückseite der Gebäudeliste und die weiteren Angaben in den Spalten 2—4 und 6—9. In den Spalten 10 und 11 hat der Zähler in solchen Fällen Striche (—) einzusetzen.
- Lehrling**
siehe auch unter „Haushalt“.
Lehrlinge geben in der Haushaltsliste (Frage 18) den Beruf an, in dem sie ausgebildet werden und bezeichnen sich bei der Frage 19 als Lehrling. Das gleiche gilt für Anlernlinge, Praktikanten und Volontäre.
- Lehrlingsheim**
siehe unter „Anstalten“.
- Lohnwerker**
Selbständige Handwerker, die zur Ausübung handwerksmäßiger Tätigkeiten bei ihren Kunden von Haus zu Haus wechselnd tätig sind, wie Störschneiderinnen, Hausfrieseure, Hausschlächter u. dgl. haben Arbeitsstättenbogen auszufüllen. Der Zähler übergibt den Arbeitsstättenbogen zusammen mit der Haushaltsliste in der Wohnung.
- Mansarden**
Mansardenzimmer bzw. Mansardenwohn- und Schlafkammern, die zu einer Mietwohnung oder Eigentümerwohnung gehören, sind als Raum dieser Wohnung mitzuzählen. Werden dagegen Mansardenräume, die nicht oder nicht mehr zu einer Wohnung gehören vom Gebäudeeigentümer direkt an Haushalte vermietet, dann gelten sie als selbständige Wohnungen und sind im Abschnitt C der Gebäudeliste in eine eigene Wohnungszeile einzutragen. An die Mieter dieser Mansarden sind Haushaltslisten auszugeben.
- Mantel- und Scheingesellschaften**
Gesellschaften des Handelsrechts, die nur rechtlich durch eine Eintragung in das Handelsregister bestehen, die kein eigenes Personal haben, also keinerlei gewerbliche, kaufmännische oder verwaltende Tätigkeit ausüben, werden von der Arbeitsstättenzählung nicht erfaßt.
- Massenunterkünfte**
siehe unter „Anstalten“.
- Mehrfamilienhäuser**
Mehrfamilienhäuser sind alle Wohngebäude mit 3 und mehr Wohnungen, wie z. B. Etagenmiethäuser. Ferner zählen dazu vermietete Bauernhäuser mit 3 und mehr Wohnungen, die nicht mehr landwirtschaftlichen Zwecken dienen. Hierzu rechnen nicht die gesondert auszuweisenden Bauernhäuser, Behelfsheime, Kleinsiedlerstellen, Nebenerwerbsstellen, Ein- und Zweifamilienhäuser, Notwohngebäude und die Nichtwohngebäude mit Wohnraum.

Mietwohnungen

siehe auch unter „Hauptmieter“.

Als Mietwohnungen gelten alle Wohnungen, die sich nicht im Eigentum des Wohnungsinhabers befinden. Hierbei ist es gleichgültig, ob für diese Wohnung z. Z. tatsächlich eine Miete bezahlt wird oder nicht (z. B. bei kostenloser Überlassung der Wohnung an Verwandte des Gebäudeeigentümers). Als sonstige Mietwohnungen gelten Dienst- oder Werkwohnungen, Stiftswohnungen, Mietwohnungen mit im Grundbuch eingetragenen Dauerwohnrecht sowie Berufs- und Geschäftsmietwohnungen.

Reine Mietwohnungen sind alle übrigen Mietwohnungen.

Mithelfende Familienangehörige

Als Mithelfende gelten diejenigen Personen, die ohne Lohn oder Gehalt in einem Betrieb mitarbeiten, der von einem Familienmitglied — in der Regel dem Haushaltsvorstand oder einem anderen Haushaltsmitglied — als Selbständigem geleitet wird; sie entrichten keine Sozialversicherungs-Pflichtbeiträge. Zu Frage 18 und 19 der Haushaltsliste bezeichnen sich diese Personen als „Mithelfende Familienangehörige“. Wird diese Mithilfe als weitere Tätigkeit ausgeübt, so ist bei Frage 21 das Zutreffende anzukreuzen und im Falle einer Tätigkeit in der Landwirtschaft im Abschnitt V auf der Rückseite der Haushaltsliste zu Frage 3 eine entsprechende Angabe zu machen. Der Umfang der für den Betrieb geleisteten Arbeitszeit ist für die Einordnung als „Mithelfende Familienangehörige“ unerheblich. Mithelfende Familienangehörige beantworten in jedem Fall Frage 12 mit „ja“.

Personen, die im Betrieb eines Familienmitgliedes in einem Lohn-, Gehalts- oder Lehrverhältnis stehen, sind nicht als Mithelfende Familienangehörige, sondern als Arbeiter, Angestellte oder Lehrlinge einzutragen.

Mittagstische

Für gewerbliche Mittagstische, auch wenn sie mit einem Privathaushalt verbunden sind, ist ein Arbeitsstättenbogen auszufüllen.

Molkereien

Für Molkereien ist ein Arbeitsstättenbogen auszufüllen.

Musikkapellen, Orchester

Auch für Musikkapellen, die z. B. von einem vom Zähler erfaßten Tanzcafé beschäftigt werden, ist ein Arbeitsstättenbogen auszufüllen. Sind die Musiker (im Haupt- oder Nebenberuf) vom Kapellmeister angestellt, so hat allein dieser einen Arbeitsstättenbogen auszufüllen. Sind die Mitglieder jedoch selbständig, so erhält jeder einen eigenen Arbeitsstättenbogen.

Nebenberuf

siehe unter „Erwerbstätigkeit“.

Nebenbetriebe (gewerbliche oder handwerkliche) der Land- und Forstwirtschaft

Für Nebenbetriebe der Land- und Forstwirtschaft ist ein Arbeitsstättenbogen auszufüllen, wenn sie steuerlich, d. h. bei der Einkommen-, Gewerbe- oder Umsatzsteuer, als Gewerbebetrieb behandelt werden. Das wird in der Regel zutreffen bei Zuckerfabriken, Brennereien, Sägewerken, Flachs- und Hanfrostereien u. dgl.

Nebenerwerbsstellen

Nebenerwerbsstellen sind kleinbäuerliche Anwesen, die dem Inhaber die Möglichkeit geben, sein Einkommen durch Selbstversorgung und evtl. Verkauf von landwirtschaftlichen Erzeugnissen aufzubessern.

Nebenerwerbstätigkeit

siehe unter „Erwerbstätigkeit“.

Neubauten

siehe unter „Baustellen“.

Neugeborene am Zählungstichtag

siehe unter „Geburten am Zählungstichtag“ und „Stichtag der Zählung“.

Nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätten

Unter „nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätten“ werden alle Betriebe und Arbeitsstätten außerhalb der Landwirtschaft verstanden. Zu ihnen gehören aber auch gewerbliche oder handwerkliche Nebenbetriebe eines land- oder forstwirtschaftlichen Betriebes, wenn sie steuerlich als Gewerbebetrieb gelten. Auch Selbständige und freiberuflich Tätige zählen dazu, selbst wenn sie allein arbeiten und keine Arbeitnehmer beschäftigen, z. B. Ärzte, Rechtsanwälte, Steuerberater, Privatlehrer, Hebammen und Krankenschwestern, Handelsvertreter, Makler, Besitzer von kleinen Läden und Verkaufsständen u. dgl.

Nichtwohngebäude

siehe auch unter „Notwohngebäude“.

Massive Nichtwohngebäude sind in massiver Bauweise (Mauerwerks-, Schüttbeton-, Stahl-, Holzbauweise — jedoch nicht behelfsmäßige Holzbauweise — und Fachwerkbauweise) errichtete Gebäude, die überwiegend zu anderen als Wohnzwecken verwendet werden, z. B. Schulen, Hotels, Krankenhäuser, Anstaltsgebäude, Geschäfts- und Bürogebäude, Amtsgebäude, Verwaltungsgebäude, Fabriken u. ä. Nur behelfsmäßig errichtete Nichtwohngebäude gelten als Notwohngebäude, sofern sie von mindestens einer Person ständig bewohnt sind. Für Nichtwohngebäude (auch die als Notwohngebäude eingereihten) ist nur dann eine Gebäudeliste anzulegen, wenn sie von mindestens einer Person ständig bewohnt werden. Für Nichtwohngebäude ohne Wohnraum ist keine Gebäudeliste anzulegen.

Nissenhütten

siehe unter „Notwohngebäude“.

Notwohngebäude

Notwohngebäude sind Behelfsheime, Wochenendhäuser unter 50 qm Wohnfläche, Steinbaracken, Holzbaracken, Bretterbuden, Wohnlauben, Nissenhütten, Bunker, Wohnwagen, außer Dienst gestellte Schiffe, Waggonen und sonstige Fahrzeuge sowie Gebäudereste (Ruinenkeller). Sie werden nur erfaßt, wenn sie zum Zeitpunkt der Zählung bewohnt werden. Außerdem gelten auch behelfsmäßig errichtete Nichtwohngebäude als Notwohngebäude, wenn sie von mindestens einer Person ständig bewohnt werden.

Obdachlose

siehe unter „Anstalten“.

Obdachlosenasylo

siehe unter „Anstalten“.

Organisationen ohne Erwerbscharakter

Hierzu gehören z. B. die Kirchen, religiöse und weltanschauliche Vereinigungen, caritative Organisationen, kulturelle, wissenschaftliche und im Erziehungswesen tätige Vereinigungen, politische Parteien, Gewerkschaften, Arbeitgeber- und andere Wirtschaftsverbände, Kammern, Sportverbände und -vereine usw. Von diesen ist ein Arbeitsstättenbogen auszufüllen, wenn dort mindestens eine Person ständig beschäftigt ist.

Pächter

siehe unter „Auskunftspflichtige“.

Pachtland

Zu den von Haushaltsmitgliedern bewirtschafteten Flächen, die in Abschnitt V der Haushaltsliste eingetragen sind, gehört auch gepachtetes Land.

Dagegen sind verpachtete Flächen vom Eigentümer nicht anzugeben.

Pachtungen

Verpachtete Garderoben, Kleiderablagen, Büfets, Schokoladenverkaufsstände, Bedürfnisanstalten in Kinos, Gaststätten, Theatern, Warenhäusern u. dgl. sind als besondere Arbeitsstätten zu erfassen.

Parteibüros

siehe unter „Organisationen ohne Erwerbscharakter“.

Patienten

Siehe auch unter „Dauerpatienten“ und „Anstalten“.
Für Haushaltsmitglieder, die im Krankenhaus sind, müssen alle zutreffenden Fragen der Haushaltsliste beantwortet werden. Bei den Fragen 11a und 11b sind sie jedoch nicht als abwesend anzugeben.

Pensionen

siehe unter „Beherbergungsgewerbe“.

Pensionsempfänger

Personen, die ihren überwiegenden Lebensunterhalt aus Ruhegehalt (als ehemaliger Beamter), Hinterbliebenenpension (als Hinterbliebener eines ehemaligen Beamten) und Privatpension (auf Grund einer betrieblichen Altersversorgung) beziehen, geben dies zu Frage 14 der Haushaltsliste unter „oder woraus sonst“ an.

Personal und Insassen von Anstalten

siehe unter „Anstalten“.

Pfarrämter

siehe unter „Kirchen“.

Pflegeanstalten

siehe unter „Anstalten“.

Pflegekinder

Pflegekinder sind in die Haushaltsliste einzutragen.

Polizei

Jede auf einem besonderen Grundstück gelegene Dienststelle der Polizei (z. B. Polizeirevier) hat einen eigenen Arbeitsstättenbogen auszufüllen.

Praktikant

siehe unter „Lehrling“.

Pumpwerke

siehe unter „Automatische Anlagen“.

Rechtsanwälte

siehe unter „Freie Berufe“.

Räume

Als Räume gelten außer der Küche (ohne Rücksicht auf ihre Größe) nur Zimmer sowie Wohn- und Schlafkammern mit 6 und mehr qm Fläche, welche ein Fenster aufweisen und durch Wände vom Fußboden bis zur Decke abgeschlossen sind. Mitzuzählen sind die Zimmer, Wohn- und Schlafkammern außerhalb des Wohnungsabschlusses (z. B. Mansardenzimmer, Zimmer mit separatem Eingang). Nicht als Zimmer, Wohn- und Schlafkammern gelten Nebenräume (z. B. Bad, Korridor, Speisekammer) und bauplanmäßig für gewerbliche oder landwirtschaftliche Zwecke vorgesehene Räume (wie z. B. Werksträume, Verkaufsläden, Vorratsräume). Dagegen sind Zimmer, Wohn- und Schlafkammern mit 6 und mehr qm Fläche, die statt zu Wohnzwecken zu gewerblichen oder landwirtschaftlichen Zwecken benutzt werden (wie z. B. als Praxis oder Wartezimmer, Mehl- oder Kornkammern), mitzuzählen.

Reihenhäuser

siehe unter „Gebäude“.

Reisende

siehe unter „Handelsvertreter“.

Rentenempfänger

Personen, die ihren überwiegenden Lebensunterhalt aus einer Sozialversicherungsrente (Arbeiter-, Angestellten- oder Knappschaftsrente) beziehen, kreuzen zu Frage 14 der Haushaltsliste das betreffende Kästchen an. Personen, die ihren überwiegenden Lebensunterhalt aus einer anderen öffentlichen Rente (z. B. KB-Rente) beziehen, bezeichnen diese Rente zu Frage 14 unter „oder woraus sonst“.

Ruhegehalt

siehe unter „Pensionsempfänger“.

Ruhende Arbeitsstätten

siehe unter „Geschlossene Arbeitsstätten“.

Ruinen

siehe unter „Notwohngebäude“.

Sägewerke

siehe auch unter „Nebenbetriebe der Land- und Forstwirtschaft“.

Für Sägewerke muß in der Regel ein Arbeitsstättenbogen ausgefüllt werden.

Saison- und Kampagnebetriebe

Saison- und Kampagnebetriebe sind zu erfassen, wenn in ihnen am Stichtag der Zählung mindestens eine Person ständig tätig ist. Solche Arbeitsstätten sind z. B. Zuckerfabriken, Konservenfabriken, Mälzereien usw.

Selbständiger

Wer einen Betrieb oder eine Arbeitsstätte gewerblicher oder landwirtschaftlicher Art wirtschaftlich und organisatorisch als Eigentümer oder Pächter leitet, ist selbständig. Ausschlaggebend ist die wirtschaftliche Selbständigkeit. Zu den Selbständigen zählen auch alle freiberuflich Tätigen wie Ärzte, Rechtsanwälte, Schriftsteller, Künstler usw. Hausgewerbetreibende und Zwischenmeister sind gesondert anzugeben.

Soldaten

Soldat ist, wer aufgrund freiwilliger Verpflichtungen oder aufgrund der Wehrpflicht Wehrdienst in der Bundeswehr leistet. Es gibt Berufssoldaten, Soldaten auf Zeit, Soldaten im Grundwehrrdienst und Soldaten auf Wehrübung.

Berufssoldaten haben sich auf Lebenszeit zum Wehrrdienst verpflichtet. Für sie ist in Frage 12 der Haushaltsliste die Frage nach Erwerbs- und Berufstätigkeit zu bejahen und in Frage 13 bei „Zeit-/Berufssoldat“ ein Kreuz zu machen. Die Fragen 15 ff. sind für die ausgeübte Tätigkeit bei der Bundeswehr zu beantworten. Dabei genügt es, wenn bei Frage 15 und 16 „Bundeswehr“ und bei Frage 18 „Soldat“ angegeben wird.

Soldaten auf Zeit (Verpflichtung bis höchstens 12 Jahre) werden in der Haushaltsliste in gleicher Weise wie die Berufssoldaten erfaßt.

Für Soldaten im Grundwehrrdienst (bis zu 12 Monaten sowie im verlängerten Grundwehrrdienst bis 18 Monate) ist in Frage 12 der Haushaltsliste die Erwerbs- oder Berufstätigkeit zu bejahen und in Frage 13 Grundwehrrdienst anzukreuzen. Die Fragen 15 ff. sind für sie nicht zu beantworten.

Für Soldaten auf Wehrübung ist zu verfahren wie bei Soldaten im Grundwehrrdienst. Zu Wehrübungen können Personen herangezogen werden, die in der Bundeswehr oder der früheren Wehrmacht bereits Wehrrdienst geleistet haben.

Für Kriegsdienstverweigerer, die zu einem zivilen Ersatzdienst außerhalb der Bundeswehr herangezogen werden, sind die Angaben für den Ersatzdienst wie für andere Erwerbstätige zu machen.

Alle Soldaten, die außerhalb des Geländes der Bundeswehr Wohnraum haben, sind in Haushaltslisten einzutragen. Z. B.: die Soldaten im Grundwehrdienst oder auf Wehrübung bei ihren Familien; die Berufssoldaten und Soldaten auf Zeit in ihrer Privatwohnung außerhalb der Truppenunterkunft, sofern sie eine solche besitzen. Dabei ist für Soldaten im Grundwehrdienst oder auf Wehrübung die Frage 11 (Abwesende Haushaltsmitglieder) immer auszufüllen. Für Berufssoldaten und Soldaten auf Zeit, die täglich von ihrer Privatwohnung zum Dienst gehen, entfällt die Frage 11. Zeitweilige Unterbrechung des Dienstes am Standort durch Abordnung, Kommandierung oder Truppenübung gilt für sie nicht als Abwesenheit.

Soldaten auf Zeit
siehe unter „Soldaten“.

Soldaten im Grundwehrdienst
siehe unter „Soldaten“.

Sonderzählbezirke
Anstalten, d. h. Krankenhäuser, Altersheime, Arbeiterlager, Wohnlager u. dgl. bilden Sonderzählbezirke; sehr häufig aber auch große Geschäfts- und Bürogrundstücke, Fabrikanlagen und Laubenkolonien. In diesen Zählbezirken wird die Zählung zumeist von einem Angestellten der Anstalt bzw. Arbeitsstätte durchgeführt.
Wenn ein Sonderzählbezirk im Gebiet eines normalen Zählbezirks liegt, ist das Grundstück in der Aufzählung der zum Zählbezirk gehörenden Grundstücke oben auf der Zählbezirksliste mit „S“ gekennzeichnet und braucht vom Zähler nicht aufgesucht zu werden.

Sowjetzonenflüchtlinge
siehe auch unter „Bundesflüchtlingsausweis“.
Als Sowjetzonenflüchtlinge gelten die Inhaber des Bundesflüchtlingsausweises „C“ sowie die im Ausweis des Vaters oder der Mutter eingetragenen Personen.

Sozialversicherungsrentner
siehe unter „Rentenempfänger“.

Schankwirtschaften auf dem Bahnhofsgelände
siehe auch unter „Pachtungen“.
Für Schankwirtschaften auf einem Bahnhofsgelände ist ein Arbeitsstättenbogen auszufüllen.

Schankwirtschaften in Vereinshäusern
Für Schankwirtschaften in Vereinshäusern ist ein Arbeitsstättenbogen auszufüllen, wenn sie von selbständigen Bewirtschaftern geführt werden, auch wenn sie nicht täglich in Betrieb sind.

Schaustellerunternehmen
siehe auch unter „Anstalten“.
Schaustellerunternehmen füllen einen Arbeitsstättenbogen aus, und zwar an dem Ort, an dem sie sich z. Z. der Zählung befinden.

Bei einem Kleinunternehmen ohne haushaltsfremdes Personal füllt der Inhaber außerdem eine Gebäude- und Haushaltsliste aus, sofern er ständig in einem Wohnwagen wohnt und keine andere Wohnung hat. Besitzt er dagegen an einem anderen Ort einen festen Wohnsitz (Wohnung), so braucht er am gegenwärtigen Aufenthaltsort weder eine Haushaltsliste noch eine Gebäudeliste auszufüllen. Bei Großunternehmen (z. B. Zirkusse, größere Fahrgeschäfte u. dgl.) wird die Zählung wie in Anstalten durchgeführt.

Scheingesellschaften
siehe unter „Mantel- und Scheingesellschaften“.

Schiffe

Für in Betrieb befindliche Schiffe, deren Besatzung ständig an Bord wohnt oder übernachtet, ist von der Reederei ein Arbeitsstättenbogen auszufüllen.

Für außer Dienst gestellte Schiffe, die als Wohnschiffe, als Hotels, als Gaststätten usw. benutzt werden, ist eine Gebäudeliste auszufüllen. Die Zählung auf diesen Schiffen ist wie in Gebäuden durchzuführen (Ausgabe von Haushaltslisten, Arbeitsstättenbogen usw.).

Schlafgänger

Schlafgänger sind Personen, die im Gegensatz zu Untermietern keinen eigenen Raum, sondern nur eine Schlafstätte zur Verfügung haben. Sie sind in die Haushaltsliste des Vermieters einzutragen. Zu Frage 2 „Stellung zum Haushaltsvorstand“ ist einzusetzen: „Schlafgänger“.

Schriftsteller

siehe unter „Freie Berufe“.

Schule

Von der Leitung jeder Schule ist eine Gebäudeliste auszufüllen, wenn in dem Schulgebäude eine oder mehrere Wohnungen vorhanden sind. In diesen Wohnungen sind vom Zähler Haushaltslisten auszugeben. Die Leitung der Schule muß einen Arbeitsstättenbogen ausfüllen, es sei denn, sie kann einen von der Gemeindebehörde gestempelten Kontrollzettel vorweisen. Die Lehrer und das sonstige Personal der Schule sind — wenn ein Arbeitsstättenbogen ausgefüllt wird — in dessen Abschnitt C aufzuführen.

Schulentlassene

Schulentlassene, die noch keine Berufsausbildung oder Erwerbstätigkeit angetreten haben, kreuzen in der Haushaltsliste bei Frage 13 „arbeitslos“ an und setzen „schulentlassen“ hinzu.

Schülerheime (Schullandheime)
siehe unter „Anstalten“.

Schweinemästereien

siehe unter „Nebenbetriebe der Land- und Forstwirtschaft“ sowie unter „Tierzüchtereien“.

Spediteure

siehe unter „Verkehrsbetriebe“.

Staatenlose

Staatenlose sind Personen, die keine Staatsangehörigkeit besitzen. Sie beantworten die Frage 7 der Haushaltsliste mit „staatenlos“.

Staatsangehörigkeit

Deutsche wie Ausländer tragen in der Haushaltsliste ihre Staatsangehörigkeit ein, Staatenlose geben „staatenlos“ an.

Personen mit mehreren Staatsangehörigkeiten tragen alle ein. Wer die deutsche und eine andere Staatsangehörigkeit besitzt, trägt auch die fremde Staatsangehörigkeit ein; bei ungeklärter Staatsangehörigkeit ist „ungeklärt“ einzutragen.

Ständige Insassen von Anstalten

siehe unter „Anstalten“.

Stellung zum Haushaltsvorstand

Die „Stellung zum Haushaltsvorstand“ bezeichnet das Verwandtschafts- oder ein anderes Abhängigkeitsverhältnis zum Haushaltsvorstand. Im Haushalt mitlebende Eltern oder Schwiegereltern des Haushaltsvorstandes sind z. B. mit „Vater“, „Schwiegermutter“ zu bezeichnen.

Weitere Beispiele: Hausgehilfin, Kindermädchen, Wohnpartner.

Sterbefälle am Zählungstichtag

siehe auch unter „Stichtag der Zählung“.

Personen, die vor dem Zählungstichtag (6. Juni 1961) verstorben sind, werden nicht mehr in die Haushalts- bzw. Anstaltsliste eingetragen. Erst nach dem 5. Juni 1961 24.00 Uhr Verstorbene sind jedoch anzugeben.

Steuerberater

siehe unter „Freie Berufe“.

Stichtag der Zählung

Maßgebend sind die Verhältnisse im Haushalt am 6. Juni 1961, 0.00 Uhr (Mitternacht vom Montag, den 5. Juni, auf Dienstag, den 6. Juni).

In die Haushalts- und Anstaltsliste sind danach **aufzunehmen**:

Alle vor dem 6. Juni 1961 geborenen Kinder

Alle sonstigen vor dem 6. Juni 1961 aufgenommenen Personen

Alle am 6. Juni 1961 oder danach gestorbenen Personen

Alle am 6. Juni 1961 oder danach weggezogenen Personen

Nicht aufzunehmen sind dagegen:

Alle am 6. Juni oder danach geborenen Kinder

Alle am 6. Juni 1961 oder danach aufgenommenen sonstigen Personen

Alle vor dem 6. Juni 1961 verstorbenen Personen

Alle vor dem 6. Juni 1961 weggezogenen Personen

Zieht der Haushalt zwischen der Aushändigung der Zählpapiere und dem 6. Juni 1961 um, sind die Zählpapiere mitzunehmen und mit der neuen Anschrift dem Zähler in der neuen Wohnung abzugeben.

Stifte

siehe unter „Anstalten“.

Stiftswohnungen

Stiftswohnungen sind Wohnungen im Eigentum von Stiftungen, welche an bevorrechtigte Bevölkerungsgruppen — in der Regel verbilligt — abgegeben werden.

Störschneiderinnen

siehe unter „Lohnwerker“.

Strafanstalten

siehe unter „Anstalten“.

Strafgefangene

siehe unter „Gefangene“.

Straßenhandel

siehe unter „Ambulantes Gewerbe“.

Studenten

Studenten gehören in der Regel noch zum Haushalt ihrer Eltern. Studieren sie an einer auswärtigen Hochschule, so sind sie gleichwohl in die Haushaltsliste ihrer Familie einzutragen. Es ist besonders darauf zu achten, daß die Fragen 10a und 10b sowie 11a und 11b der Haushaltsliste (genaue Anschrift des weiteren Wohnraumes, Grund der Abwesenheit, Art der Unterkunft am Aufenthaltsort) genau beantwortet werden.

Am Studienort haben Studenten, sofern sie dort einen Wohnraum besitzen, eine eigene Haushaltsliste auszufüllen und darin auch ihre Heimatanschrift anzugeben. (Wenn sie in einem Wohnheim untergebracht sind, werden sie in die Anstaltsliste des Wohnheimes eingetragen und haben außerdem einen Einzelbogen auszufüllen.)

Für Studenten, die sich z. Z. der Zählung nicht am Studienort aufhalten, dort jedoch einen Wohnraum besitzen, hat der Zähler mit Hilfe des Wohnungsinhabers eine Haushaltsliste anzulegen. Dabei ist die genaue Angabe der Heimatanschrift (Frage 10a) besonders wichtig. Auf der Haushaltsliste ist zu vermerken „Vom Zähler ausgefüllt“.

Studenten kreuzen zu Frage 13 „Schüler/Student“ an und machen außerdem, wenn sie als Werkstudent tätig sind, zu Frage 12 und Abschnitt II der Haushaltsliste Angaben über ihre Erwerbstätigkeit.

Tätigkeit

siehe unter „Ausgeübte Tätigkeit“.

Taubenzüchtereien

siehe unter „Tierzüchtereien“.

Teilbeschäftigte

Teilbeschäftigte sind Personen, die zum Zeitpunkt der Zählung zur Ableistung einer kürzeren als der betriebsüblichen Wochenarbeitszeit eingestellt sind. Dies gilt sinngemäß auch für tätige Inhaber und Mithelfende Familienangehörige.

Tierzüchtereien

Gewerblich betriebene Tierzüchtereien (Tierhaltereien) haben nur dann einen Arbeitsstättenbogen auszufüllen, wenn sie bei der Besteuerung als Gewerbebetriebe gelten (z. B. Schweinemästereien, Geflügelfarmen, Pelztierfarmen, Hundezüchtereien u. dgl.).

Toiletten mit Wasserspülung

Hierunter sind nur Toiletten (Klosetts, Aborte) zu verstehen, die über Spülkästen oder Druckspüler an ein Wassernetz angeschlossen sind.

Es ist zu beachten, daß im Abschnitt B, Spalte 9, der Gebäudeliste nur die WC's innerhalb des Gebäudes erfragt werden.

Beispiel: Hat ein Mehrfamilienhaus 4 Wohnungen, zu denen je 1 WC gehört, von denen 3 im Gebäude liegen und eines außerhalb des Hauses (im Hof), so ist nicht das erste, sondern das dritte Kästchen anzukreuzen.

Übernachtungsheime

siehe unter „Beherbergungsgewerbe“ und „Anstalten“.

Umformerstationen, automatische

siehe unter „Automatische Anlagen“.

Umzug

siehe unter „Stichtag der Zählung“ und „Zuzug in das Gebiet der Bundesrepublik einschl. Berlin (West)“.

Unbebaute Grundstücke

Unbebaute Grundstücke werden nicht erfaßt.

Unbewohnte Gebäude

siehe unter „Leerstehende Gebäude“.

Untermieter

Als Untermieter gelten alle zweiten und weiteren Haushalte (auch Einzeluntermieter), welche Teile der Wohnung von einem Wohnungsinhaber (Gebäudeeigentümer, Wohnungseigentümer, Hauptmieter) überlassen erhielten, gleichgültig, ob gegen Mietzahlung oder ohne Mietzahlung.

Bei einem zweiten Haushalt in einem Einfamilienhaus kommt es darauf an, ob zu den gemieteten Räumen eine Küche oder Kochnische gehört. Ist dies der Fall, dann zählt dieses Gebäude nicht als Einfamilienhaus, sondern als Zweifamilienhaus und der Mieter gilt als Hauptmieter und ist in der Gebäudeliste — Abschnitt C — in eine besondere Wohnungszeile einzutragen. Hat er keine eigene Küche, gilt er als Untermieter und wird in der Gebäudeliste unter der Namenszeile des Wohnungsinhabers eingetragen.

Jeder Untermieter hat für sich eine eigene Haushaltsliste auszufüllen, auch wenn zwei Untermieter einen Raum gemeinsam bewohnen, z. B. zwei Studenten in einem Zimmer. Hat ein Hauseigentümer Teile einer Wohnung an mehrere Haushalte direkt vermietet (mit jedem einzelnen besteht ein Mietvertrag), dann gilt nur der Haushalt als Hauptmieter, der am längsten in der Wohnung

wohnt, die übrigen Haushalte gelten als Untermieter. Im Zweifelsfalle entscheidet der Zähler, wer als Hauptmieter gilt.

Hat ein Untermieter von mehreren Wohnungsinhabern Räume gemietet, z. B. in einem Dachgeschoß 2 Mansarden, von denen eine zur Wohnung A, die andere zur Wohnung B gehört, so ist der Name des Untermieters in der Gebäudeliste (Rückseite, Spalte 5) sowohl beim Inhaber der Wohnung A als auch bei dem der Wohnung B einzutragen; in Spalte 11 darf die Personenzahl des Untermieterhaushalts jedoch nur in einer Wohnungszeile (Wohnung A oder B) vermerkt werden, ebenso darf die Nummer der Haushaltsliste nur einmal angegeben sein. In der Spalte 12 „Bemerkungen“ ist ein zweckdienlicher Hinweis zu geben.

Untersuchungsgefangene
siehe unter „Gefangene“.

Verkaufsläden
siehe auch unter „Verkaufsstände“.

Der Eigentümer (Pächter, Geschäftsführer) hat einen Arbeitsstättenbogen auszufüllen.

Verkaufsstände
Verkaufsstände auf Grundstücken, Straßen oder Plätzen können sein:

1. **Dauerverkaufsstände**, ständig an ein und derselben Stelle betrieben, z. B. in Markthallen, und zwar:
 - a) Feste Verkaufsstände mit Dach und Wänden, wie Kioske, Bretterbuden u. dgl.
 - b) Offene Verkaufsstände, ohne bauliche Einrichtung oder nur mit Schutzdach, Schirm oder Zelt.Beide erhalten einen Arbeitsstättenbogen an ihrem Standort.
2. **Fliegende Verkaufsstände**, mit wechselndem Standort, Verkaufsstände des ambulanten Gewerbes, des Straßenhandels, auf Wochen- und Jahrmärkten.
Sie erhalten den Arbeitsstättenbogen nicht an ihrem jeweiligen Standort, sondern in der Wohnung des Inhabers zusammen mit der Haushaltsliste.

Verkehrsbetriebe
Verkehrsbetriebe erhalten einen Arbeitsstättenbogen. Hierzu gehören z. B. Privatbahnen, Straßenbahnen, Omnibus-, Kraftverkehrsbetriebe usw., ferner Spediteure u. dgl. Bundesbahn und Bundespost werden gesondert erfaßt.

Vermißte, Verschollene
siehe auch unter „Familienstand“.

Vermißte und Verschollene der beiden Weltkriege und aus anderen Gründen. Vermißt und Verschollene sind nicht in die Zählpapiere aufzunehmen.

Verschiedene Gewerbebezüge einer Arbeitsstätte
Auch wenn von einem Inhaber wesensverschiedene Gewerbebezüge in einer Arbeitsstätte betrieben werden, z. B. Bäckerei und Kohlenhandlung, ist nur ein Fragebogen auszufüllen. Die Tätigkeiten sind alle im Arbeitsstättenbogen, Abschnitt B, aufzuführen.

Versorgungsbetriebe
Öffentliche Versorgungsbetriebe, wie Wasser-, Gas-, Elektrizitätswerke, erhalten wie ein gewerblicher Betrieb einen Arbeitsstättenbogen.

Vertreter
siehe unter „Handelsvertreter“.

Vertriebene
siehe auch unter „Bundesvertriebenenausweis“.
Als Vertriebene gelten die Inhaber des Bundesvertriebenenausweises „A“ und „B“ sowie die im Ausweis des Vaters oder der Mutter eingetragenen Personen.

Vertriebenenausweis
siehe unter „Bundesvertriebenenausweis“

Verwaltungen
siehe unter „Behörden“.

Verwaltungsgebäude
Der Zähler sucht zunächst den Eigentümer des Gebäudes oder den Hausverwalter u. dgl. auf und stellt fest, ob sich in dem Gebäude eine Wohnung befindet. Nur wenn dies zutrifft, ist eine Gebäudeliste auszufüllen. Auf der Rückseite der Gebäudeliste sind dann sämtliche im Gebäude befindlichen Wohnungen und Arbeitsstätten einzutragen. An die Inhaber der Wohnungen und Arbeitsstätten verteilt der Zähler sodann Haushaltslisten bzw. Arbeitsstättenbogen.

Verweigerer
siehe unter „Weigerung Auskunftspflichtiger“.

Verwitwete Personen
siehe unter „Familienstand“.

Volontär
siehe unter „Lehrling“.

Vorübergehend Abwesende
siehe unter „Abwesende Haushaltsmitglieder“, „Aufenthaltort“ und „Haushalt“.

Vorübergehend Anwesende
siehe auch unter „Anstalten“.

Personen, die z. Z. der Zählung in einem Haushalt auf Besuch sind, ohne zu den Haushaltsmitgliedern zu gehören, sind in der Innenseite der Haushaltsliste nicht einzutragen. Sie haben nur die Fragen in Abschnitt VIII der Haushaltsliste (Rückseite) zu beantworten. Vorübergehend anwesende Personen, die z. Z. keinen ständigen Wohnsitz haben, z. B. Flüchtlinge, sind jedoch nicht in Abschnitt VIII, sondern bei den zum Haushalt gehörenden Personen auf der Innenseite miteinzutragen.

Vorübergehend Anwesende in Hotels, Pensionen u. dgl. werden nicht in die Haushalts- bzw. Anstaltsliste eingetragen; es sei denn, sie haben anderswo keinen Wohnraum.

Waggons, zum Wohnen benutzt
siehe unter „Notwohngebäude“.

Waisenhäuser
siehe unter „Anstalten“.

Wandergewerbe
siehe unter „Ambulantes Gewerbe“.

WC
siehe unter „Toiletten mit Wasserspülung“.

Weg zur Arbeitsstätte
Mit dem durchschnittlichen Zeitaufwand für den Weg zur Arbeitsstätte ist die Zeitspanne zwischen dem Verlassen der Wohnung und der Ankunft an der Arbeitsstätte gemeint, wie sie normalerweise ohne Umwege benötigt wird. Fußwege zur Einsteigehaltestelle u. dgl. sind dabei ebenso mitzuzählen wie Wartezeiten, z. B. beim Umsteigen.

Personen, die ausschließlich zu Fuß gehen, geben bei Frage 23 der Haushaltsliste „zu Fuß“ an. Personen, die zwei und mehr Verkehrsmittel benutzen, z. B. Omnibus und Straßenbahn, Omnibus und Eisenbahn usw. geben nur ein Verkehrsmittel an, und zwar das, mit dem sie die größte Entfernung zurücklegen. Wird jedoch bei Benutzung eines Verkehrsmittels oder mehrerer Verkehrsmittel der größte Teil der Strecke zu Fuß zurückgelegt, so ist „zu Fuß“ anzugeben.

Die Angaben für den letzten Winter sind nicht zu machen, wenn der Betreffende in der Zwischenzeit Wohnung oder Arbeitsstätte gewechselt hat. Es ist dann einzutragen: „umgezogen“ oder „Stellung gewechselt“

Wird eine weitere Tätigkeit ausgeübt, sind die Fragen nach dem Weg zur Arbeitsstätte nur für die erste Tätigkeit zu beantworten.

Wird der Hinweg zur Arbeits- oder Ausbildungsstätte zweimal am Tag zurückgelegt — etwa infolge geteilter Arbeitszeit —, so sind die Angaben nur für den ersten Hinweg zu machen.

Weg zur Ausbildungsstätte
siehe unter „Weg zur Arbeitsstätte“.

Wehrdienst
siehe unter „Soldaten“.

Wehrübung
siehe unter „Soldaten“.

Weigerung Auskunftspflichtiger

Wenn ein Grundstücks- bzw. Gebäudeeigentümer, der Leiter einer Arbeitsstätte oder ein Haushaltsvorstand sich weigert, den Erhebungsbogen auszufüllen, weisen Sie bitte noch einmal auf die ihm obliegende Auskunftspflicht (Drucksache Nr. 12) und auf den Zweck der Zählung hin. Wenn Ihre Bemühungen trotzdem ohne Erfolg bleiben sollten, lassen Sie sich nicht auf eine Diskussion ein, sondern benachrichtigen Sie umgehend die Zählungsdienststelle. Außerdem versehen Sie bitte den betreffenden Erhebungsbogen mit Namen und Anschrift des betreffenden Grundstücks- bzw. Gebäudeeigentümers, Haushaltsvorstandes usw. und vermerken darauf: „Auskunft verweigert“.

Weitere Tätigkeit
siehe auch unter „Erwerbstätigkeit“.

Die Frage 21 der Haushaltsliste bezieht sich auf weitere Tätigkeiten, die also neben einer unter Ziffer 15—20 angegebenen Tätigkeit ausgeübt werden. Die weitere Tätigkeit ist nur anzugeben, wenn sie zum Zeitpunkt der Zählung ausgeübt wird. Ein erlernter aber nicht ausgeübter Beruf ist nicht als weitere Tätigkeit anzusehen. Eine weitere Erwerbstätigkeit liegt auch dann vor, wenn jemand einer noch so geringfügigen Nebenbeschäftigung nachgeht. Nicht anzugeben sind aber ehrenamtliche Tätigkeiten als Schöffe, Vormund u. dgl.

Weiterer Wohnraum

Unter dem weiteren Wohnraum eines Haushaltsmitgliedes wird verstanden:

Eine weitere Wohnung oder auch nur ein weiteres Zimmer oder irgendeine andere Schlafstätte, die ein Haushaltsmitglied am Wohnort oder an einem anderen Ort hat, z. B. um von dort aus einer Arbeit oder Ausbildung nachzugehen. Dabei ist es gleichgültig, ob das Haushaltsmitglied dort polizeilich gemeldet ist. Die genaue Anschrift dieses zweiten Wohnsitzes ist in der Haushaltsliste zu Frage 10a einzutragen. Nicht gemeint sind z. B. Hotelzimmer, die ein Haushaltsmitglied auf der Durchreise nur ganz kurzfristig bewohnt, ebenfalls nicht die Unterbringung als Patient in einem Krankenhaus, dagegen zählt die Kasernenunterkunft als weiterer Wohnraum.

Aufenthaltsräume bei Ladengeschäften, Werkstätten, Arztpraxen u. dgl. gelten nur dann als weiterer Wohnraum, wenn Personen (z. B. der Inhaber), die außerhalb dieser Arbeitsstätte noch einen festen Wohnsitz haben, in diesen Aufenthaltsräumen regelmäßig übernachten. Ist dies nicht der Fall, dann ist die Frage 10a mit „nein“ zu beantworten.

Werksgelände
siehe unter „Fabriken“.

Werkstätten in Anstalten
siehe unter „Anstalten“.

Werkstudent

Studierende, die zum Zeitpunkt der Zählung irgendeine Erwerbstätigkeit ausüben, sei es als Gelegenheitsarbeit, als Praktikum oder als Beruf, gelten als erwerbstätig und müssen in der Haushaltsliste die Frage 12 bejahen, zu Frage 13 bei „Schüler/Studenten“ ein Kreuz machen und die Fragen des Abschnitts II beantworten.

Wichtigstes Verkehrsmittel
siehe unter „Weg zur Arbeitsstätte“.

Wirtschafterinnen
siehe unter „Haushalt“.

Wochenarbeitszeit
siehe unter „Arbeitszeit“.

Wochenendhäuser

siehe auch unter „Gebäude, die Haushalten als 2. Wohnsitz dienen“.

Es ist sowohl für die bewohnten Wochenendhäuser als auch für diejenigen, in denen der Zähler den Besitzer (Mieter, Pächter) am Zählungstichtag nicht antrifft, eine Gebäudeliste anzulegen. Dabei ist — evtl. unter Benutzung von Unterlagen bei der Gemeinde — zu unterscheiden zwischen Wochenendhäusern mit mindestens 50 qm Wohnfläche (oder 60 qm überbauter Fläche) und solchen unter 50 qm. Die letzteren zählen zu den behelfsmäßigen Wohngelegenheiten, d. h. sie sind als Behelfsheime, Baracken o. ä. nachzuweisen, müssen jedoch zusätzlich in Klartext im Kopf des Erhebungsbogens mit Rotstift als „Wochenendhaus“ gekennzeichnet werden.

Nicht zu berücksichtigen sind Gartenlauben, Buden und Hütten, die nur eine gelegentliche Übernachtungsmöglichkeit bieten und keine weiteren Räume aufweisen, es sei denn, sie dienen Personen zur ständigen Unterkunft.

Für jede im Gebäude vorhandene Wohnung muß mindestens eine Haushaltsliste angelegt werden; sind mehrere Haushalte untergebracht, die entsprechende Zahl an Haushaltslisten. Trifft der Zähler den Haushalt nicht an, so muß er den Grund des Nichtantreffens auf der Gebäude- und Haushaltsliste mit Rotstift vermerken, also „Haus wird nur über das Wochenende (in bestimmten Monaten usw.) bewohnt“ oder „vermutlich zweiter Wohnsitz“. Er soll hierbei möglichst die Zahl der Personen des Haushalts eintragen (evtl. Erkundigung bei Nachbarn). Der Zähler muß die Zählungsdienststelle auf diese Fälle aufmerksam machen, damit sich die betreffende Gemeinde um die Ergänzung der Gebäudeliste und der Haushaltsliste bemüht. Stellt die Gemeinde hierbei fest, daß der betreffende Haushalt dort nur seinen zweiten Wohnsitz hat, so ist die Haushaltsliste von der Gemeinde nur hinsichtlich der Personen zu vervollständigen.

Wochenmärkte
siehe auch unter „Verkaufsstände“.

Wochenmärkte sind vom Zähler nicht aufzusuchen.

Wohngebäude

Als Wohngebäude gelten alle Gebäude, die ausschließlich oder überwiegend zu Wohnzwecken benutzt werden.

Wohnheime

siehe unter „Beherbergungsgewerbe“ und „Anstalten“.

Wohnlager

siehe unter „Anstalten“ und „Arbeiterlager“.

Wohnlauben

siehe unter „Notwohngebäude“.

Wohnpartner

siehe auch unter „Haushalt“.

Personen, die zusammen wohnen und einen gemeinsamen Haushalt führen, z. B. auch Personen, die eine Lebensgemeinschaft bilden, ohne verheiratet zu sein, füllen eine gemeinsame Haushaltsliste aus. Bei der Frage „Stellung zum Haushaltsvorstand“ ist anzugeben: „Wohnpartner“.

Wohnschiffe

siehe unter „Notwohngebäude“ und „Schiffe“.

Wohnung als Arbeitsstätte

siehe unter „Gewerblich genutzte Wohnräume“.

Wohnung des Gebäudeeigentümers

siehe auch unter „Wohnungen“.

Als Wohnung des Gebäudeeigentümers gilt die vom Eigentümer in seinem Gebäude selbst bewohnte Wohnung. Handelt es sich bei einem Wohnungsinhaber um einen Mieter oder Pächter, so zählt die Wohnung als Mietwohnung.

Wohnungen

siehe auch unter „Küche“ bzw. „Kochnische“ und „Mansarden“.

Als Wohnung gilt in der Regel die Gesamtheit der Räume, die der baulichen Anlage nach zur Unterbringung eines Haushalts bestimmt ist und folgende Merkmale aufweist:

- a) eine eigene Küche oder Kochnische.
- b) einen eigenen Wohnungseingang unmittelbar vom Treppenhaus oder von einem Vorraum oder von außen. Hierbei ist es gleichgültig, ob in dieser Wohnungseinheit gegenwärtig ein oder mehrere Haushalte untergebracht sind, auch wenn für jeden dieser Haushalte eine eigene Kochgelegenheit eingerichtet wurde.

Bei einem Mehrfamilien- bzw. Etagenmiethaus ist jede abgeschlossene Etagenwohnung einschließlich der dazugehörigen, gegebenenfalls auch außerhalb des Abschlusses liegenden Einzelräume (z. B. Mansarden, separate Zimmer) als Ganzes eine Wohnung. Liegen in einem Mehrfamilienhaus keine stockwerkweise abgeschlossenen Wohnungen vor, so gelten im Sinne der Zählung die Räume als Wohnung, die unter normalen (Vorkriegs-)Verhältnissen zusammen mit der dazugehörigen Küche von einem Haushalt bewohnt bzw. gemietet werden.

Einfamilienhäuser sollen nach ihrer Bestimmung und nach ihrer baulichen Gestaltung nur einem Haushalt als Wohnung dienen. Ein Einfamilienhaus gilt demnach als eine Wohnung.

In einem Zweifamilienhaus kann die zweite Wohnung auch eine Einliegerwohnung sein. Eine Einliegerwohnung ist eine abgeschlossene oder nicht abgeschlossene zweite Wohnung, die gegenüber der Hauptwohnung von untergeordneter Bedeutung ist, d. h. sowohl eine geringere Wohnfläche als auch eine geringere Ausstattung hat. Eine zweite Wohnung (auch Einliegerwohnung) liegt jedoch nur dann vor, wenn die dazugehörigen Räume im Geschoß zusammenliegen, eine eigene, vollausgebaute Küche (Kochnische) umfassen und nicht nur vorübergehend zur Unterbringung eines Haushalts vorgesehen sind.

Bei bäuerlichen Anwesen gilt in der Regel das ganze Bauernhaus als eine Wohnung, zu der gegebenenfalls auch Einzelräume in den dazugehörigen Wirtschaftsgebäuden (z. B. Knechtekammer im Stallgebäude, Altenteilerzimmer in einem Anbau) zu zählen sind.

Wohnungen in Beherbergungsbetrieben wie Hotels, Gasthöfen u. dgl.

In Hotels, Gasthöfen u. dgl. wird für die Wohnung des Inhabers usw. häufig keine eigene Küche oder Kochnische vorhanden sein. Der Haushalt bereitet seine Mahlzeiten vielmehr in der Hotel- usw. Küche mit. In diesem Fall ist in Abschnitt C, Spalte 9 der Gebäudeliste die Hotel- usw. Küche bei der Wohnung mit anzugeben. Außerdem ist eine Haushaltsliste (falls mehrere Haushalte darin wohnen, entsprechend mehrere Haushaltslisten) auszufüllen. Die zur Unterbringung von Personal, Insassen und Dauergästen vorgesehenen Einzel- und Gemeinschaftsräume gelten nicht als Wohnung und zählen auch nicht zu den Räumen der Wohnung des Inhabers usw.

Wohnungsabschluß, eigener Wohnungseingang

siehe unter „Wohnungen“.

Wohnungsinhaber

Als Wohnungsinhaber gelten nur Haushalte, die in einer Wohnung als Hauptmieter, als Eigentümer des Gebäudes, in welchem sich die Wohnung befindet, oder als Eigentümer der Wohnung wohnen.

Wohnwagen

Der Zähler stellt zunächst fest, ob der Wohnwagen bewohnt ist und falls ja, ob die Bewohner außerdem noch eine feste Wohnung haben. Trifft dies nicht zu, dann hat er eine Gebäudeliste und eine oder mehrere Haushaltslisten ausfüllen zu lassen.

Zählungstichtag

siehe unter „Stichtag der Zählung“.

Zeitungsstände

siehe unter „Verkaufsstände“.

Zerstörte Gebäude

Zerstörte unbenutzte Gebäude werden durch die Zählung nicht erfaßt. Wohnt jedoch mindestens eine Person noch ständig in einer Gebäuderuine (Gebäuderest), so ist eine Gebäudeliste anzulegen und eine Haushaltsliste auszugeben.

Zigeunerlager (Landfahrer-Lager)

siehe unter „Schaustellerunternehmen“.

Ziviler Ersatzdienst

siehe unter „Soldaten“.

Zuchtställe

siehe unter „Tierzüchtereien“.

Zuckerfabriken

siehe unter „Nebenbetriebe der Land- und Forstwirtschaft“ und „Saison- und Kampagnebetriebe“.

Zuzug in das Gebiet der Bundesrepublik einschließlich Berlin (West)

Zuzug bedeutet allgemein den Bezug einer Wohnung oder sonstigen Unterkunft. In der Haushaltsliste wird nur nach dem Zuzug über die Grenzen des Bundesgebietes einschl. Berlin (West) gefragt, ein Umzug innerhalb des Bundesgebietes interessiert nicht.

Ein Zuzug in das Bundesgebiet einschl. Berlin (West) liegt auch dann vor, wenn jemand zurückgekehrt ist, der schon früher hier gewohnt hat (z. B. Heimgekehrte aus Kriegsgefangenschaft, Evakuierung, Internierung, Verschleppung); ferner, wenn die bisherige Wohnung außerhalb des Bundesgebietes einschl. Berlin (West) nicht auf-

gegeben worden ist. Umzüge zwischen Berlin (West) und dem übrigen Bundesgebiet sind keine Zuzüge in das Bundesgebiet.

Zweifamilienhäuser

siehe auch unter „Wohnungen“.

Zweifamilienhäuser sind alle Wohngebäude mit 2 Wohnungen. Die zweite Wohnung kann auch eine Einliegerwohnung sein. Zu den Zweifamilienhäusern zählen nicht die gesondert nachzuweisenden Bauernhäuser, Kleinsiedlerstellen, Nebenerwerbsstellen, Notwohngebäude (Behelfsheime usw.) sowie die Nichtwohngebäude mit Wohnraum.

Dagegen sind vermietete Bauernhäuser mit zwei Wohnungen, die nicht mehr landwirtschaftlichen Zwecken dienen, als Zweifamilienhäuser zu zählen.

Zweigniederlassungen




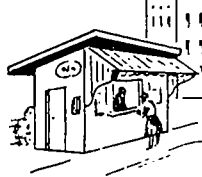


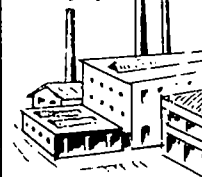

Für jede Zweigniederlassung ist ein eigener Arbeitsstättenbogen auszufüllen.

Zwischenmeister

Wer die ihm von Gewerbetreibenden übergebene Arbeit an Heimarbeiter oder Hausgewerbetreibende weitergibt und mit diesen für den Auftraggeber über die geleistete Arbeit abrechnet, trägt sich zu Frage 20 der Haushaltsliste als „Zwischenmeister“ ein.

Zählbezirksliste			
Gebäudelisten	Haushaltslisten	Arbeitsstättenbogen	Anstaltslisten
8	14	9	2

Zählpapiere und ihre Numerierung im Zählbezirk 35 (Numerierungsbeispiel)

81492				Zählbezirksliste Nr. 35							
Gebäudeliste	<div>Kinderheim mit Wohnung</div> <div></div> <div>Nr.: 1</div> <div>Wohnung der Kindergärtnerin</div>	<div>Mehrfamilienhaus</div> <div></div> <div>Nr.: 2</div> <div></div>	<div>Pfarramt u. Pfarrerwohnung an der Kirche</div> <div></div> <div>Nr.: 3</div> <div>Pfarrerwohnung</div>	<div>Kiosk</div> <div></div> <div></div> <div></div>	<div>Zweifamilienhaus</div> <div></div> <div>Nr.: 4</div> <div>5</div>	<div>Noch im Bau, aber schon bezogen</div> <div></div> <div>Nr.: 6</div> <div></div>	<div>Fabrik</div> <div></div> <div>Nr.: 7</div> <div>Pförtnerwohnung</div>	<div>Hotel</div> <div></div> <div>Nr.: 8</div> <div>Wohnung des Hoteliers</div> <div>Hausmeisters</div>			
	Haushaltsliste	Nr.: 1	Nr.: 2 3 4 5 6 7	Nr.: 8		Nr.: 9 10	Nr.: 11	Nr.: 12	Nr.: 13 14		
Arbeitsstättenbogen	<div>Kinderheim</div> <div>Nr.: 1</div>	<div>Laden</div> <div>Nr.: 2</div> <div>Heimarbeiter</div> <div>3</div> <div>Schneider</div> <div>4</div>	<div>Pfarramt</div> <div>5</div>	<div>Kiosk</div> <div>Nr.: 9</div>	<div>Schriftsteller</div> <div>Nr.: 6</div>		<div>Fabrik</div> <div>Nr.: 7</div>	<div>Hotel</div> <div>Nr.: 8</div>			
	Anstaltsliste	<div>Kinderheim</div> <div>Nr.: 1</div>						<div>Hotel</div> <div>Nr.: 2</div>			

Im Zählbezirk 35 fallen an: 8 Gebäudelisten
14 Haushaltslisten
9 Arbeitsstättenbogen
2 Anstaltslisten
(siehe oben links)

ANLEITUNG FÜR DIE GEMEINDEBEHÖRDE

Inhaltsverzeichnis	Seite
A. Was ist bei der Vorbereitung und Durchführung der Zählung unbedingt zu beachten? . . .	2
1. Aufgaben der Gemeindebehörde	2
2. Zeitplan	2
3. Verschwiegenheit	2
B. Die Durchführung der Zählung	2
I. Aufgaben vor dem Zählungstichtag	2
1. Leitung der Zählung	2
2. Einrichtung einer Zählungsdienststelle	2
3. Unterrichtung über den Aufbau der Erhebungsbogen und die Organisation der Zählung	3
4. Einteilung des Gemeindegebiets in Zählbezirke	3
5. Werbung und Bestellung von Zählern	4
6. Zählerversammlungen	4
7. Anlieferung der Zählpapiere	5
8. Bekanntmachung der Zählung	5
9. Beschriften und Bereitstellen der Zählpapiere	5
10. Austeilen der Erhebungsbogen	5
II. Aufgaben während der Zählung	5
III. Aufgaben nach dem Stichtag	6
1. Einsammeln der Erhebungsbogen	6
2. Entgegennahme der von den Zählern eingesammelten Erhebungsbogen und erste Prüfung auf Vollzähligkeit	6
3. Prüfung der Erhebungsbogen auf vollständige und richtige Ausfüllung	6
4. Erstellung einer Liste der Bewirtschafter von Flächen mit einer Gesamtgröße bis unter 5000 qm (= 0,5 ha), auf denen Obst, Gemüse und andere Gartengewächse zu Erwerbszwecken angebaut werden	6
5. Feststellung der Zahl der ausgefüllten Erhebungsbogen und der erfaßten Personen	6
6. Absendung des Zählmaterials	7

Anhang

1. Bildung von Sonderzählbezirken	8
2. Numerierung der Zählbezirke	8
3. Bundesbahn, Bundespost	8
4. Bundeswehr, Bundesgrenzschutz	8
5. Wochenendhäuser	9
6. Ausländische Streitkräfte	9
7. Ausländische Missionen (Botschaften, Konsulate und dgl.)	11
8. Erfassung der Behörden für die Arbeitsstättenzählung	11

In dieser Anleitung sind die mit der Durchführung der Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung für die Gemeinden verbundenen Arbeiten dargestellt. Der Anhang enthält eine Reihe von Hinweisen, die im allgemeinen nur für größere Städte von Bedeutung sind. Das vorstehende Inhaltsverzeichnis zeigt, welche Punkte in der Anleitung selbst und im Anhang im einzelnen behandelt werden.

A. Was ist bei der Vorbereitung und Durchführung der Zählung unbedingt zu beachten?

1. Aufgaben der Gemeindebehörde

Die unmittelbare Durchführung der Zählung am 6. Juni 1961 ist Aufgabe der Gemeinde. Um die Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung mit Erfolg durchführen zu können, ist es notwendig, daß die Gemeindebehörde sich rechtzeitig an Hand der Zählungsdrucksachen (siehe Seite 3) über die erforderlichen Aufgaben und Arbeiten unterrichtet.

2. Zeitplan

Einen ersten Überblick über die Aufgaben gibt der Zeitplan (s. Anlage 1). Von den angegebenen Terminen müssen die unterstrichenen unbedingt eingehalten werden, da hiervon die fristgemäße Auswertung der Zählung abhängt. Die übrigen Termine gelten als Richttermine, die den jeweiligen örtlichen Verhältnissen angepaßt werden können.

3. Verschwiegenheit

Alle mit der Durchführung der Zählung betrauten Stellen und Personen, insbesondere die Zähler, sind nach dem Volkszählungsgesetz 1961 gegenüber jedermann zur **Verschwiegenheit** über die Tatsachen verpflichtet, die bei der Zählung über die persönlichen Verhältnisse der erfaßten Haushalte und Personen, über die Verhältnisse auf den Grundstücken sowie in den Wohnungen, Anstalten und Arbeitsstätten zu ihrer Kenntnis gelangen. Näheres über die Rechtsgrundlage und einzelne wichtige Bestimmungen siehe Drucksache Nr. 12. Die Gemeindebehörde hat die von ihr zur Durchführung der Zählung eingesetzten Personen (Mitglieder der Zählungsdienststelle, Zähler) auf ihre Schweigepflicht hinzuweisen und zur Verschwiegenheit besonders zu verpflichten. Die ausgefüllten Zählpapiere dürfen innerhalb der Gemeinde nur den Stellen zur Einsicht überlassen werden, die an der Durchführung der Zählung beteiligt sind.

B. Die Durchführung der Zählung

I. Aufgaben vor dem Zählungstichtag

1. Leitung der Zählung

Die Leitung der Zählung innerhalb der Gemeinde obliegt dem Leiter der Gemeindeverwaltung (Bürgermeister). Sie kann einem vom Leiter der Gemeindeverwaltung möglichst frühzeitig einzusetzenden **Zählungsleiter** übertragen werden, der dem Leiter der Gemeindeverwaltung gegenüber für die ordnungsgemäße Durchführung der Zählung verantwortlich ist.

2. Einrichtung einer Zählungsdienststelle

Zur Durchführung der Zählungsarbeiten hat der Leiter der Gemeindeverwaltung bzw. der Zählungsleiter eine **Zählungsdienststelle** — in größeren Gemeinden nach Bedarf mehrere — einzurichten.

Wenn in der Gemeinde kein Statistisches Büro besteht, wird die Zählungsdienststelle aus Mitgliedern der Gemeindebehörde zu bilden sein. Es können aber auch geeignete Bürger der Gemeinde zur Mitarbeit herangezogen werden. In kleinen Landgemeinden wird der Leiter der Gemeindeverwaltung mit Unterstützung geeigneter Personen die Aufgaben der Zählungsdienststelle selbst übernehmen können. Zu den Aufgaben der Zählungsdienststelle gehören insbesondere:

- Die Einteilung des Gemeindegebietes in Zählbezirke,
(s. hierzu auch Anlage zum Schreiben des Statist. Landesamtes Nr. II 113—4334 v. 12. 12. 1960)
- die Werbung und Bestellung von Zählern,
- die Durchführung von Zählerversammlungen zur Unterrichtung der Zähler,
- das Beschriften und Bereitstellen der Zählpapiere,
- die Entgegennahme der von den Zählern eingesammelten Erhebungsbogen,
- die Prüfung, Berichtigung und Ergänzung der Eintragungen in den Erhebungsbogen und die damit verbundenen Rückfragen bei den Auskunftspflichtigen.

Schließlich hat die Zählungsdienststelle die geprüften und geordneten Erhebungsbogen über das zuständige Landratsamt an das Statistische Landesamt zu senden. **Die Zählungsdienststelle ist so frühzeitig einzurichten, daß die Zählung in den vorgeschriebenen Fristen durchgeführt werden kann.** Die Anschriften des Zählungsleiters und der Zählungsdienststelle(n) sind öffentlich bekanntzugeben.

**Was hat die
Zählungs-
dienststelle
zu tun?**

3. Unterrichtung über den Aufbau der Erhebungsbogen und die Organisation der Zählung

Eine der ersten Aufgaben der Gemeindebehörde besteht darin, das Personal der Zählungsdienststelle zu unterrichten. Zunächst muß es mit dem Inhalt der Zählungsdrucksachen genauestens vertraut gemacht werden, und zwar mit

**Zählungs-
drucksachen**

- Drucksache Nr. 1 u. 1 a: Gebäudeliste mit Merkblatt (gelb)
- Drucksache Nr. 1 b : Muster der Gebäudeliste mit rot eingedrucktem Prüfprogramm für den Zähler (gelb)
- Drucksache Nr. 2 u. 2 b: Haushaltsliste mit Merkblatt (weiß)
- Drucksache Nr. 2 a : Muster der Haushaltsliste mit rot eingedrucktem Prüfprogramm für den Zähler (weiß)
- Drucksache Nr. 3 : Anstaltsliste (Mantelbogen) mit Merkblatt (hellgrün)
- Drucksache Nr. 3 a u. 3 b: Einzelbogen zur Anstaltsliste (hellgrün) mit Merkblatt
- Drucksache Nr. 4 : Arbeitsstättenbogen (rosa)
- Drucksache Nr. 4 a : Muster des Arbeitsstättenbogens mit rot eingedrucktem Prüfprogramm für den Zähler (rosa)
- Drucksache Nr. 5/5 a : Zählbezirksliste (Entwurf, Reinschrift)
- Drucksache Nr. 6 u. 7 : Leitfaden für den Zähler mit Schlagwortverzeichnis (weiß)
- Drucksache Nr. 6 a : Leitfaden für den Anstaltszähler (weiß)
- Drucksache Nr. 8 : Anleitung für die Gemeindebehörde (weiß)
- Drucksache Nr. 9 : Anleitung für die Unterrichtung der Zähler (weiß)
- Drucksache Nr. 10 : Anleitung für das Prüfen der Zählpapiere in den Gemeinden (weiß)
- Drucksache Nr. 11 : Gemeindebogen (weiß)
- Drucksache Nr. 12 : Begleitzettel mit Rechtsgrundlage
- ohne Nr. : Zählermappe (grau)
- ohne Nr. : Zählerausweis (grün)

In die Gebäudelisten, die Haushaltslisten, die Anstaltslisten sowie in die Arbeitsstättenbogen sind von den Befragten die Angaben über die Gebäude und Wohnungen, Haushalte, Personen und Arbeitsstätten einzutragen.

**Zweck der
Drucksachen**

Wie die Zählung im einzelnen durchzuführen ist, wird in der vorliegenden Anleitung sowie im Leitfaden für den Zähler ausführlich erläutert.

Die Zählbezirksliste erfüllt zwei Aufgaben. Die Erstschrift dient dem Zähler als Hilfsmittel zur Kontrolle des Austeilens und Einsammelns und verbleibt in der Gemeinde. Die Zweitschrift wird vom Statistischen Landesamt als Ordnungspapier benötigt.

Das Schlagwortverzeichnis soll sowohl dem Zähler als auch der Gemeindebehörde in Zweifelsfragen Auskunft geben. Die Gemeinde kann sich außerdem noch an folgende Stellen wenden:

1. Kreiszahlungsleiter beim Landratsamt
2. Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart 1, Postschließfach 898
Bei telefonischen Anrufen werden die Auskünfte im Statistischen Landesamt von folgenden Stellen erteilt:
 - a) Allgemeine Fragen der Zählungsorganisation (auch Anforderungen von Zählpapieren) sowie Auskünfte zu den Haushalts- und Anstaltslisten
29 97 21
bei Durchwahl 2 99 72/21 76 Dipl.-Ing. Kaeser
/21 62 Dr. Gawatz
/21 94 Herr Staudenraus
 - b) Auskünfte zu den Gebäudelisten
29 56 53 oder 29 56 54 Reg.-Rat Dr. Fiedler
Herr Gremmelspacher
 - c) Auskünfte zu den Arbeitsstättenbogen
29 97 21
bei Durchwahl 2 99 72/23 09 Reg.-Rat Dr. Vestner
/23 11 Herr Kienle

Diese Telefonnummern gelten nur bis etwa einen Monat nach dem Zählungstichtag. Die anschließend gültigen Telefonnummern der Zählungsdienststelle werden rechtzeitig bekanntgegeben werden.

4. Einteilung des Gemeindegebietes in Zählbezirke

Das Gemeindegebiet muß vollständig in Zählbezirke eingeteilt werden. Dem Zähler sollten nicht mehr als 25 bis 30 Haushalte oder 100 Personen übertragen werden. Keinesfalls sollten zu große Zählbezirke gebildet werden. Sie führen zu einer Überlastung des Zählers. Er kann dann seine wichtigste Aufgabe, die lückenlose Erfassung der bewohnten Gebäude, der Bevölkerung und der Arbeitsstätten, nicht erfüllen. Damit aber würde der Erfolg der Volkszählung gefährdet.

**Kleine Zähl-
bezirke bilden!**

Für die Abgrenzung der Zählbezirke sind Gebäudekarteen, Straßenverzeichnisse, genaue Stadtpläne und andere vorhandene Unterlagen (z. B. die Ergebnisse der Gebäudevorerhebung) heranzuziehen. Sorgfältig ist darauf zu achten, daß die einzelnen Zählbezirke sich nicht überschneiden, z. B. ein Grundstück oder Gebäude mehreren Zählbezirken zugeteilt wird (Eckgrundstücke,

**Abgrenzung
der Zählbe-
zirke**

**Erneuerungs-
bedürftige
Wohngebiete**

Grundstücke an zwei Straßen). Andererseits darf aber auch kein Grundstück vergessen werden! Für jeden Wohnplatz ist ein besonderer Zählbezirk zu bilden und zwar auch dann, wenn er wegen seiner geringen Bedeutung nicht im Wohnplatzverzeichnis aufgeführt wird.

Sind diese Wohnplätze als Zählbezirke sehr klein, so können mehrere einem Zähler übertragen werden. Für jeden muß jedoch eine Zählermappe angelegt werden (wegen der Bildung von Sonderzählbezirken siehe Anhang Punkt 1).

Die Zählbezirke sollen möglichst **bis Ende April** gebildet und in einem „Verzeichnis der Zählbezirke“ festgelegt sein.

Ferner ist – sofern die örtlichen Verhältnisse dies erfordern – ein Verzeichnis anzufertigen, aus dem hervorgeht, zu welchem Zählbezirk jedes Grundstück gehört. Die Verzeichnisse, für die sich im Anhang dieser Anleitung je ein Muster befindet, sind dem Statistischen Landesamt auf Anforderung zu überlassen.

Im Rahmen der wohnungsstatistischen Feststellungen werden für Auswertungszwecke auch Angaben über erneuerungsbedürftige Wohngebiete bereitzustellen sein. Über die Grundsätze, nach denen die erneuerungsbedürftigen Wohngebiete auszusondern und bei der Zählbezirkseinteilung kenntlich zu machen sind, unterrichtet eine besondere „Anleitung für die Aussonderung erneuerungsbedürftiger Wohngebiete“. Die Abgrenzung dieser Gebiete wird von den für die Planung zuständigen Dienststellen vorgenommen. Die Gemeindebehörde hat alle in die betreffenden Gebietseinheiten fallenden Zählbezirke durch den Zusatz „E“ zu ihrer Nummer (z. B. im Verzeichnis der Zählbezirke und im Gemeindebogen) kenntlich zu machen. Den kreisangehörigen Gemeinden werden diese Richtlinien bei Bedarf durch das Landratsamt zugestellt.

**Wer kommt als
Zähler in
Frage?**

5. Werbung und Bestellung von Zählern

Die Gemeinde benötigt für jeden Zählbezirk einen Zähler und außerdem eine angemessene Zahl von Ersatzzählern. Für das Zähleramt werden hauptsächlich Beamte einschließlich Lehrpersonen, Behördenangestellte, Studierende, aber auch Schüler der obersten Klassen höherer Lehranstalten in Frage kommen. Zwecks Gewinnung der Zähler wende sich die Zählungsdienststelle zunächst an die Gemeindeverwaltung, die Bundes- und Landesbehörden, die Körperschaften des öffentlichen Rechts sowie an die Schulen. Außerdem können auch alle anderen Bürger der Gemeinde gemäß §§ 15–19 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg vom 25. Juli 1955 zur ehrenamtlichen Mitwirkung herangezogen werden.

**Die Bestim-
mungen des
Volkszählungs-
gesetzes**

Nach § 8 des Volkszählungsgesetzes sind die Behörden des Bundes, der Länder, der Gemeinden und Gemeindeverbände sowie der sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts verpflichtet, so viele ihrer Bediensteten für die Zählung abzustellen, wie vom Zählungsleiter der Gemeinde angefordert werden. Ausnahme: Lebenswichtige Tätigkeit öffentlicher Dienste darf durch diese Verpflichtung nicht unterbrochen werden; jedoch sollen von der Zählertätigkeit nur die für den **technischen Dienst** unbedingt notwendigen Personen freigestellt werden.

Wenn auf diese Weise nicht genügend Zähler gewonnen werden, muß die Zählungsdienststelle auch andere geeignete Personen zur Zählertätigkeit heranziehen, z. B. Hausfrauen, Schüler, Rentner u. a. m. Nach § 7 des Volkszählungsgesetzes ist jeder Deutsche vom 18. Lebensjahr an zur Übernahme der Zählertätigkeit verpflichtet. Jugendliche, die das 16. Lebensjahr vollendet haben, können mit Zustimmung des Erziehungsberechtigten als Zähler eingesetzt werden. Die Zählertätigkeit darf nur aus einem wichtigen Grund abgelehnt werden.

Die verantwortungsvolle Aufgabe des Zählers sollte keinesfalls Personen übertragen werden, die geistig, charakterlich oder auch körperlich für die Zählertätigkeit nicht geeignet sind. Die Tätigkeit ungeeigneter Zähler verursacht erfahrungsgemäß zeitraubende Berichtigungen und erneute Befragungen und stört dadurch den Ablauf des Zählgeschäfts empfindlich.

Die Berufung zum Zähler erfolgt schriftlich. Der Zähler bestätigt die Annahme des Amtes durch eine schriftliche Erklärung, in der er sich zur gewissenhaften Erfüllung seiner Aufgaben und zur Verschwiegenheit verpflichtet.

20. Mai 1961

Zwei Wochen vor dem Stichtag, also bis zum 20. Mai, müssen alle Zähler einschließlich einer angemessenen Zahl von Ersatzzählern berufen sein. Dem Zähler ist ein mit dem Dienstsiegel der Gemeinde versehener und vom Zählungsleiter oder Bürgermeister unterschriebener Ausweis auszuhändigen.

6. Zählerversammlungen

30. Mai 1961

Zur Einführung der Zähler in ihre Aufgabe sind Zählerversammlungen (nicht mehr als 40 Teilnehmer) abzuhalten, und zwar bis etwa eine Woche vor dem Stichtag. Jedem Zähler ist einige Tage vor der Zählerversammlung eine Zählermappe mit den erforderlichen Zählpapieren auszuhändigen.

**Unterweisung
der Zähler
(Drucksache Nr. 9)**

Einzelheiten über die Durchführung der Unterrichtung (Hinweise für die Zeiteinteilung, die zweckmäßige Reihenfolge bei der Ausgabe der Zählpapiere, die Kontrolle des Ausgebens und Einsammelns, die lückenlose Erfassung der bewohnten Gebäude, der Wohnungen, Haushalte und Personen — insbesondere der Untermieter — und für das Verhalten bei Auskunftsverweigerungen) enthält die „Anleitung für die Unterrichtung der Zähler“, Drucksache Nr. 9.

Da gründliche Unterrichtung der Zähler für das Gelingen der Zählung entscheidend ist, muß sichergestellt sein, daß alle Zähler — auch die Ersatzzähler — an einer Zählerversammlung teilnehmen. Ort und Zeit sind für die Zähler möglichst günstig anzusetzen.

Die Unterweisung der Zähler ist durch die Sachbearbeiter der Zählungsdienststelle oder geeignete sachkundige Gemeindebedienstete vorzunehmen. Die Vortragenden müssen mit der „Anleitung für die Unterrichtung der Zähler“ und mit den einzelnen Zählpapieren genau vertraut sein, damit sie den Zählern Auskunft über Zweifelsfragen geben können.

Der Kreiszahlungsleiter beim Landratsamt und dessen Stellvertreter sind gehalten, die Gemeindezahlungsleiter bei der Unterweisung der Zähler weitgehend zu unterstützen.

7. Anlieferungen der Zählpapiere

Die Zählpapiere werden den Gemeinden spätestens bis zum 10. Mai 1961 zugesandt. Sollten die Zählpapiere bis zu diesem Termin nicht eingegangen sein, so ist dies dem Landratsamt sofort telefonisch oder telegraphisch mitzuteilen. Nach Eingang der Zählpapiere ist zu prüfen, ob die gelieferten Zählpapiere dem mutmaßlichen Bedarf entsprechen.

Etwa fehlende Mengen sind mit Angabe der Drucksachennummer sofort nachzufordern.

10. Mai 1961

8. Bekanntmachung der Zählung

Die Bevölkerung muß auf die bevorstehende Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung hingewiesen werden. Das geschieht am besten durch Plakatanschlüsse oder amtliche Bekanntmachungen in den Zeitungen von Ende Mai an. Plakate und dgl. bleiben einige Tage über den Zählungstichtag hinaus angeschlagen. Amtliche Bekanntmachungen müssen enthalten:

Stichtag der Zählung (6. Juni 1961),

Rechtsgrundlage,

Anschrift der Zählungsdienststelle(n),

Hinweis, daß die Zählungsdienststelle Auskünfte erteilt, die Bitte, daß alle Personen, die bis zum 3. Juni keine Haushaltsliste erhalten haben, bei der Zählungsdienststelle vorsprechen.

Zählungstermin bekanntgeben!

9. Beschriften und Bereitstellen der Zählpapiere

Die Vorbereitung und das Zusammenstellen der Zählpapiere und der Musterexemplare ist die erste größere Aufgabe der Zählungsdienststelle. Für jeden Zählbezirk ist eine Zählermappe anzulegen, auf die folgende Angaben zu übertragen sind:

Regierungsbezirk,

Kreis,

Gemeinde,

Gemeindeteil,

Zählbezirksnummer,

Name und Anschrift des Zählers.

Auf der Zählermappe ist die „**Gemeindekennzahl**“, die als Stempel in der Gemeinde vorliegt, in das dafür vorgesehene Feld einzustempeln.

Außerdem sind jedem Zähler anhand des Verzeichnisses der zum Zählbezirk gehörenden Grundstücke im Kopf der „Zählbezirksliste“ die Grenzen seines Zählbezirks — sowie für jedes zu erfassende Grundstück bzw. Gebäude Straße und Hausnummer — genau anzugeben (vgl. die Ausführungen zu B-I 4). Auch die Zählbezirkslisten sind auf Vorder- und Rückseite mit der Gemeindekennzahl zu versehen.

Zählermappen anlegen und an Zähler verteilen

10. Austeilen der Erhebungsbogen

Die Zähler sollen die Zählpapiere ab 30. Mai verteilen. Daher müssen die Zählpapiere spätestens bis zum 27. Mai, auf jeden Fall aber einige Tage vor der Zählerversammlung, in ihren Händen sein.

27. Mai 1961

II. Aufgaben während der Zählung

Während der ganzen Zeit, in der die Zähler mit dem Austeilen und Einsammeln der Zählpapiere beschäftigt sind und die Bevölkerung die Papiere ausfüllt, muß die Zählungsdienststelle durchgehend besetzt sein, damit jederzeit Auskünfte an Zähler und Bevölkerung gegeben werden können. Für eilige Nachforderungen von Zählpapieren ist ein angemessener Vorrat bereitzuhalten. Zähler, die infolge Erkrankung oder aus anderen wichtigen Gründen ausfallen, sind sofort durch Ersatzzähler abzulösen.

Auskunftsdienst

Wenn jemand bei der Zählungsdienststelle vorspricht und angibt, keine Haushaltsliste, Gebäudeliste oder keinen Arbeitsstättenbogen erhalten zu haben, so sind die gewünschten Erhebungsbogen auszugeben. Name und Anschrift des Empfängers sowie Zahl und Art der ausgegebenen Erhebungsbogen werden in einer Liste festgehalten. Des weiteren ist sofort zu prüfen, warum der Betreffende keinen Erhebungsbogen erhalten hat.

Gebäude, Haushalte, Arbeitsstätten vom Zähler übersehen?

Zunächst ist anhand des Zählbezirksverzeichnisses festzustellen, ob das Grundstück, auf dem er wohnt, überhaupt einem Zählbezirk zugeordnet wurde. Wurde das Grundstück ordnungsgemäß zugeteilt, so ist Verbindung mit dem zuständigen Zähler aufzunehmen und zu klären, ob er die Zählerarbeiten durchgeführt (oder vielleicht krank geworden ist) und **beim Austeilen nicht etwa noch weitere Gebäude, Haushalte und Arbeitsstätten übersehen** hat. Beim Abliefern der Zählpapiere durch den zuständigen Zähler ist zu prüfen, ob die von der Zählungsdienststelle ausgegebenen Bogen vorhanden sind.

Wenn ein Gebäudeeigentümer, ein Haushaltsvorstand oder der Leiter einer Arbeitsstätte die Auskunft verweigert, muß sich die Zählungsdienststelle einschalten, d. h. es soll zunächst versucht werden, den Verweigerer durch gutes Zureden umzustimmen. Erfolge dürften dann erzielt werden,

Verhalten bei Auskunftsverweigerung

wenn ein in der Menschenbehandlung erfahrenes Mitglied der Zählungsdienststelle die Verweigerer aufsucht, noch einmal auf Sinn und Zweck der Volkszählung hinweist, ferner auf die Zeitungsartikel (mitnehmen), Rundfunk- und Fernsehsendungen, in denen die Volkszählung ausführlich und positiv besprochen worden ist. Wenn es nicht gelingt, die Bedenken des Verweigerers zu zerstreuen – und erst dann – sollte auf das Volkszählungsgesetz verwiesen werden, das eine Auskunftspflicht begründet. Die ganz wenigen hartnäckigen Verweigerer, die dann immer noch keine Auskunft geben, sind zum Schluß mit den Strafbestimmungen des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. September 1953 (Bundesgesetzblatt I, S. 1314) bekanntzumachen.

§ 14 dieses Gesetzes lautet:

- (1) Eine Ordnungswidrigkeit begeht, wer vorsätzlich oder fahrlässig Auskünfte, zu denen er nach § 10 verpflichtet ist, ganz oder teilweise verweigert oder nicht rechtzeitig erteilt oder unrichtige oder unvollständige Angaben macht.
- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu zehntausend Deutsche Mark geahndet werden.

Vielfach lohnt es sich, dem Verweigerer noch eine Bedenkzeit zu gewähren und die Hinweise auf die Auskunftspflicht und die Strafbestimmungen erst bei einem zweiten Besuch, ein bis zwei Tage später, vorzubringen.

Sollte auch der zweite Besuch erfolglos bleiben, so ist der Verweigerer mit eingeschriebenem Brief unter Nennung eines Termins auf seine Auskunftspflicht hinzuweisen und um die Ausfüllung der Erhebungspapiere zu bitten (Muster siehe Anlage 8). Die Durchschrift dieses Mahnschreibens ist zusammen mit dem Einschreiben-Einlieferungsschein von der Gemeinde aufzubewahren und im Falle der endgültigen Verweigerung oder nicht fristgerechten Beantwortung des Mahnschreibens zusammen mit dem aktenkundig gemachten Vorgang dem Statistischen Landesamt zur Einleitung eines Bußgeldverfahrens zuzuleiten.

III. Die Aufgaben nach dem Stichtag

1. Das Einsammeln der Erhebungsbogen

Die Zähler beginnen mit dem Einsammeln am 6. Juni und müssen es bis zum 10. Juni abends beendet haben. Die Zählpapiere sind von ihnen bis zum 16. Juni an die Zählungsdienststelle abzuliefern. Säumige Zähler sind sofort zu mahnen. Möglicherweise müssen Ersatzzähler für ausgefallene oder ungeeignete Zähler einspringen und die Arbeiten zu Ende führen.

2. Entgegennahme der von den Zählern eingesammelten Erhebungsbogen und erste Prüfung auf Vollzähligkeit

Bei Entgegennahme der Zählpapiere muß der Bearbeiter in der Zählungsdienststelle prüfen, ob der Zähler seine Aufgabe vollständig und sorgfältig durchgeführt hat. Wie diese Prüfung vorzunehmen ist und was dabei zu beachten ist, geht aus der Anleitung für das Prüfen der Zählpapiere in den Gemeinden (Drucksache Nr. 10) hervor.

3. Prüfung der Zählpapiere auf vollständige und richtige Ausfüllung

In der Zählungsdienststelle sind die Erhebungsbogen auf vollständige und richtige Ausfüllung zu überprüfen. Diesen Kontrollen ist der Abschnitt II der Anleitung für das Prüfen der Zählpapiere in den Gemeinden zugrunde zu legen. Es ist unerlässlich, daß sich die Mitarbeiter der Zählungsdienststelle vor Beginn des Prüfens mit dem Inhalt dieser Anleitung völlig vertraut machen. Das dort beschriebene Prüfprogramm ist als Mindestprogramm aufzufassen, dessen Durchführung vom Zählungsleiter durch seine Unterschrift auf dem Gemeindebogen bescheinigt wird. Wenn eine Gemeinde von sich aus weitergehende Kontrollen vornimmt, so sind diese zusätzlichen Kontrollen auf dem Gemeindebogen anzugeben.

4. Erstellung einer Liste der Bewirtschafter von Flächen mit einer Gesamtgröße bis unter 5 000 qm (= 0,5 ha), auf denen Obst, Gemüse und andere Gartengewächse zu Erwerbszwecken angebaut werden

Im Anschluß an die Volkszählung findet eine Gartenbauerhebung statt. Für diese Erhebung müssen aus den Haushaltslisten die Namen der betreffenden Bewirtschafter von Betrieben mit weniger als 5 000 qm Gesamtfläche herausgezogen und in eine Liste eingetragen werden (s. Anlage 3). Es ist auch möglich, die so festgestellten Gartenbaubetriebe in den den Gemeinden bis etwa Juni 1961 vom Statistischen Landesamt zugehenden „Anschriftenliste der in die Gartenbauliste einzubeziehenden Betriebe“ nachzutragen. Diese Arbeit kann mit dem Prüfen der Angaben zu Abschnitt V in den Haushaltslisten verbunden oder in einem besonderen Arbeitsgang durchgeführt werden. Wenn im Abschnitt V zu Frage 6 „ja“ angekreuzt und zu Frage 1 eine Gesamtfläche unter 5 000 qm angegeben wurde, ist der zu Frage 2 eingetragene Name des Bewirtschafters mit seiner Anschrift in die Liste aufzunehmen.

Diese Liste ist so zeitig aufzustellen, daß sie bis 10. Juli für die Gartenbauerhebung fertig vorliegt. Sie ist sorgfältig aufzubewahren. Die Liste ist bei der Durchführung der Gartenbauerhebung heranzuziehen, wofür noch besondere Anweisung ergeht.

5. Feststellung der Zahl der ausgefüllten Erhebungsbogen und der erfaßten Personen

Für die Bearbeitung im Statistischen Landesamt wird eine Zusammenstellung der ausgefüllten Gebäudelisten, Haushaltslisten, Anstaltslisten und Arbeitsstättenbogen sowie der Zahl der in

**Ablieferung
der Zähl-
papiere durch
Zähler bis
16. Juni 1961
und Prüfung**

**Anschriften-
liste für die
Gartenbau-
erhebung 1961**

den Haushalts- bzw. Anstaltslisten eingetragenen Personen benötigt. Bereits während der Prüf- arbeiten – sobald geprüfte und endgültig abgeschlossene Zählbezirke vorliegen – ist mit der Auf- stellung des **Gemeindebogens** zu beginnen. Der Gemeindebogen ist zunächst mit der Gemein- de- kennzahl zu versehen. Dann sind die Summen der Spalten 4 bis 7 sowie 13 und 14 der Zählbe- zirksliste in die entsprechenden Spalten des Gemeindebogens zu übertragen. Nachdem die Zahl der ausgefüllten Erhebungsbogen und erfaßten Personen¹⁾ für alle Zählbezirke in den Ge- meindebogen übertragen worden ist, muß die Summe für alle Zählbezirke der Gemeinde gebil- det werden. Zählungsleiter und Bürgermeister unterschreiben dann den abgeschlossenen Ge- meindebogen und bescheinigen damit die Vollständigkeit der Zählung und die ordnungs- gemäße Prüfung der Zählpapiere.

**Aufstellung
des Gemeinde-
bogens**

6. Absendung des Zählmaterials

Anschließend ist das gesamte Zählungsmaterial in folgender Reihenfolge zu verpacken:

a) Gemeindebogen (liegt oben auf)

b) Zählernappen in der Reihenfolge der Zählbezirksnummern; darin eingelegt:

Zählbezirksliste (Reinschrift) an erster Stelle; dann

Gebäudelisten (in der Reihenfolge des Eintrags in der Zählbezirksliste), in die die zugehö- rigen Haushaltslisten, Arbeitsstättenbogen, Anstaltslisten etc. eingelegt sind (jeweils in der Reihenfolge, in der sie in der Gebäudeliste eingetragen sind).

Arbeitsstättenbogen von Arbeitsstätten, die nicht in einem bewohnten Gebäude (ohne Ge- bäudeliste) liegen.

In der Gemeinde verbleiben die Entwürfe der Zählbezirkslisten und eine Durchschrift des Gemeindebogens. Die Sendung ist mit folgender Anschrift zu versenden:

**Versand an
Landratsämter
bis 22. Juli 1961**

Volkszählung 1961	
Kreis	Gemeinde
Anzahl der Pakete	Paket Nr.
An das Landratsamt 	

Werden mehrere Pakete in einer Kiste versandt, so sind die in der Kiste liegenden Pakete genauso zu kennzeichnen. Bei Versand in Kisten sind die Zählbezirksmappen nicht lose ein- zulegen, sondern in Bündeln zu etwa 10 Stück zu verschnüren.

Spätestens bis zum 22. Juli sollen die Gemeinden die Kisten (Pakete) an das zuständige Land- ratsamt abgesandt haben.

Über den Versand der Zählpapiere von den Landratsämtern und von den Stadtkreisen an das Statistische Landesamt ergeht noch besondere Weisung.

¹⁾ Diese **Personenzahl** gibt nur annäherungsweise die Einwohnerzahl der Gemeinde wieder. Sie entspricht nicht der **Wohnbevölkerung**, die im allgemeinen niedriger sein wird. Die endgültige Wohnbevölkerung wird vom Stati- stischen Landesamt festgestellt.

Es folgen:

Anhang (besonders in größeren Städten zu beachten)

Anlagen

1. Zeitplan für die Gemeindebehörde
2. Übersicht über die wichtigsten Anstaltsarten
3. Muster einer Liste der Bewirtschafter von Gartenbaubetrieben mit weniger als 5000 qm Gesamtfläche
4. Verzeichnis der Zählbezirke
5. Alphabetisches Straßenverzeichnis
6. Kontrollzettel der Arbeitsstättenzählung 1960
7. Muster eines Schreibens an nicht angetroffene Auskunftspflichtige
8. Muster eines Schreibens bei Auskunftsverweigerung

ANHANG

1. Bildung von Sonderzählbezirken

Was sind Anstalten?

a) Für Anstalten

Für jede im Gemeindegebiet gelegene Anstalt ist ein eigener Zählbezirk zu bilden. Das Verzeichnis der Anstaltsarten (Anlage 2) zeigt, welche Institutionen hiervon betroffen sind. Am besten setzt sich die Zählungsdienststelle mit der Anstaltsleitung in Verbindung und vereinbart, daß ein Angehöriger der Anstaltsleitung die Zählung in der Anstalt durchführt. Ist dies nicht möglich, muß von der Gemeinde ein Sonderzähler bestimmt werden. Fällt eine Anstalt in das Gebiet eines normalen Zählbezirks, so ist das betreffende Grundstück in der Aufzählung der zum Zählbezirk gehörenden Grundstücke auf dessen Zählbezirksliste als **Sonderzählbezirk** zu kennzeichnen, mit dem Hinweis, daß dort von einem besonderen Zähler gezählt wird. Vertriebene sowie deutsche und nichtdeutsche Flüchtlinge können in Durchgangs- und Wohnlagern untergebracht sein.

Durchgangs- und Wohnlager

Die Erfassung der Durchgangs- und Wohnlager bei der Volks- und Berufszählung 1961 ist so vorgesehen, daß jedes Lager, z. B. eine Barackensiedlung, ein ehemaliges Kasernengelände und dgl., einen Sonderzählbezirk bildet. Die Zählung wird mit Anstaltslisten durchgeführt. Auf den Anstaltslisten ist zu vermerken, ob es sich um ein Durchgangslager oder ein Wohnlager handelt.

Besondere Unterrichtung der Anstaltszähler

Befinden sich Durchgangs- oder Wohnlager für Vertriebene, deutsche und nichtdeutsche Flüchtlinge in Wohnhäusern, zweckentfremdeten Hotels und dgl., gleichgültig, ob die Unterkunft für ein längeres oder vorübergehendes Wohnen bestimmt ist, sind sie ebenfalls als Lager anzusehen und die Zählung wird in ihnen wie in einer Anstalt durchgeführt.

Die in Sonderzählbezirken für Anstalten eingesetzten Zähler erhalten den „Leitfaden für Anstaltszähler“. Sie sind nicht zusammen mit den übrigen Zählern, sondern gesondert über ihre Aufgaben zu unterrichten, wobei der Inhalt ihres Leitfadens und evtl. weitere Besonderheiten mit ihnen besprochen werden.

Warum Sonderzählbezirk?

b) Für größere Arbeitsstätten, Geschäftshäuser, Kleingartengebiete und dgl.

Die Bildung von Sonderzählbezirken empfiehlt sich ferner bei Grundstücken mit einer besonders großen Zahl von Bewohnern oder mit größeren Arbeitsstätten, wie Geschäfts- und Bürogrundstücke, Fabrikanlagen und dgl. Zusammenhängende große Fabrikanlagen, Schachtanlagen und dgl. ein und derselben Firma sind dabei auch dann nur **einem** Zählbezirk zuzuordnen, wenn sie z. B. durch eine öffentliche Straße durchschnitten werden. Auch besonders schwierig zu erfassende Wohn- und Arbeitsstätten, wie Schrebergärten (Laubenkolonie), Großbaustellen und dgl., werden zweckmäßig als Sonderzählbezirke behandelt. Die hier eingesetzten Zähler erhalten den „Leitfaden für den Zähler“ und können zusammen mit den übrigen Zählern über ihre Aufgaben unterrichtet werden.

Wie sind die Zählbezirke zu numerieren?

2. Numerierung der Zählbezirke

Die Nummern der Zählbezirke dürfen nicht mehr als dreistellig sein. Bei der Numerierung ist mit dem Ortskern zu beginnen. Außenbezirke und besondere Wohnplätze außerhalb des Ortskerns sind erst anschließend zu berücksichtigen. In **Stadtkreisen** werden die Zählbezirke am zweckmäßigsten innerhalb jedes Stadtbezirkes (kleinste Einheit) von 1 beginnend dreistellig numeriert.

In **Großen Kreisstädten**, die auf das Schreiben des Statistischen Landesamtes vom 29. 12. 1960, Nr. II 113 - 4786, eine Auswertung nach Stadtteilen beantragt haben, ist gemäß o. a. Schreiben für jeden Stadtteil mit einer neuen ersten Stelle des Zählbezirks zu beginnen. Zum Beispiel:

Stadtteil	Zählbezirk
Innenstadt	001 – 088
Weststadt	101 – 190
Oststadt	201 – 273
Vorstadt A	301 – 327
Vorstadt B	401 – 433
usw. bis	
Vorstadt G	901 – 968

3. Bundesbahn, Bundespost

Sonder-
erfassung

Für abgeschlossene Bahn-(Post-)gelände mit allen darauf befindlichen Betriebs- und Wohngebäuden sind Sonderzählbezirke zu bilden und Bedienstete der Bundesbahn (-post) als Zähler einzusetzen. Durch diese Zähler sind alle auf dem Gelände wohnenden Personen sowie alle nicht der Bundesbahn (-post) unterstehenden Arbeitsstätten zu erfassen, wie Bahnhofsgaststätte, Zeitungsstand, Blumenladen und andere Verkaufsstände. Die Dienststellen der Bundesbahn und Bundespost werden von diesen Behörden jedoch **selbst** gezählt.

4. Bundeswehr, Bundesgrenzschutz

In geschlossenen Anlagen der Bundeswehr und des Bundesgrenzschutzes wird die Zählung von den Standortverwaltungen ohne Einschaltung der Gemeinde durchgeführt. Für diese Gelände ist kein Zählbezirk und kein Zähler vorzusehen.

In von der Bundeswehr oder vom Bundesgrenzschutz benutzten Gebäuden außerhalb militärischer Anlagen wird die Zählung vom örtlich zuständigen Zähler durchgeführt, sofern das Gebäude nicht zu einer militärischen Anlage gehört, z. B. die Unterkunft für eine Radarbewachung. Die in Frage kommenden Gebäude können einmal nur von Soldaten oder Soldatenfamilien, zum anderen auch von Soldaten und Zivilisten gemeinsam bewohnt werden, außerdem kann sich in ihnen eine Bundeswehr- oder Bundesgrenzschutzdienststelle befinden. Für von der Bundeswehr gemietete Gebäude hat der Eigentümer die Gebäudeliste auszufüllen, z. B. eine Siedlungsgesellschaft. Für Gebäude, die der Bundeswehr von der Bundesvermögensverwaltung überlassen wurden, muß diese die Gebäudeliste ausfüllen. Es ist zweckmäßig, wenn sich die örtlichen Zählungsleiter wegen der Abgrenzung der Zählgebiete mit den Standortverwaltungen ins Benehmen setzen.

5. Wochenendhäuser und nur gelegentlich bewohnte Gebäude und Wohnungen, die Haushalten als 2. Wohnsitz dienen

Wochenendhäuser befinden sich in der Regel außerhalb des geschlossenen Bebauungsgebiets einer Gemeinde. Es ist unbedingt darauf zu achten, daß diese Gebäude bei der Zählbezirkseinteilung des Gemeindegebiets **nicht vergessen** werden.

Es ist sowohl für die bewohnten Wochenendhäuser als auch für diejenigen, in denen der Zähler den Besitzer am Zählungstichtag nicht antrifft, eine Gebäudeliste anzulegen.

Dabei ist zu unterscheiden zwischen Wochenendhäusern mit mindestens 50 qm Wohnfläche (oder 60 qm überbauter Fläche) und solchen unter 50 qm. Die letzteren zählen zu den behelfsmäßigen Wohngelegenheiten, sind also als Behelfsheime, Baracken o. ä. nachzuweisen.

Wochenendhäuser und gelegentlich bewohnte Gebäude oder Wohnungen sind im Kopf der Gebäudeliste zusätzlich mit Rotstift als „Wochenendhaus“ bzw. als „gelegentlich bewohnt“ zu kennzeichnen. Ebenso sind die Haushaltslisten für diese Gebäude bzw. Wohnungen kenntlich zu machen.

Ist ein Gebäude bereits bei der Gebäudevorerhebung erfaßt worden und weist die Gebäudeliste die Eintragung „Wochenendhaus“ auf, ohne daß eine der vorgegebenen Gebäudearten angekreuzt worden ist, so ist zu prüfen, ob auf Grund des Augenscheins oder der Auskunft Anwesender die Gebäudeliste durch zusätzliches Ankreuzen einer der bei Frage B 2 vordruckten Gebäudearten ergänzt werden muß. Hat keine Gebäudevorerhebung stattgefunden und wird vom betreffenden Gebäudeeigentümer das Bauwerk als „Wochenendhaus“ bezeichnet, so ist dies mit Rotstift im Kopf der Gebäudeliste kenntlich zu machen und zusätzlich eine der vorgegebenen Gebäudearten entsprechend der Unterscheidung nach Wochenendhäusern mit weniger als 50 qm Wohnfläche und Wochenendhäuser mit mindestens 50 qm Wohnfläche (oder 60 qm überbauter Fläche) anzukreuzen. Die Haushaltslisten dieser Wochenendhäuser sind ebenfalls mit Rotstift im Kopf der Liste mit „Wochenendhaus“ zu kennzeichnen.

Wird ein Gebäude nur in bestimmten Jahreszeiten oder nur über das Wochenende bewohnt, so ist dies auf der Gebäudeliste als „gelegentlich bewohnt“ zu vermerken. Das gleiche gilt, wenn es sich um einen zweiten Wohnsitz handelt. Der Haushalt ist wie üblich mit Haushaltslisten zu erfassen. Die Haushaltslisten sind mit Rotstift ebenfalls als „gelegentlich bewohnt“ kenntlich zu machen. Auf der Gebäudeliste muß auf der Rückseite die Nummer der betreffenden Liste und die Zahl der zum Haushalt gehörenden Personen eingetragen werden.

Ist der Gebäudeeigentümer am Zählungstichtag nicht anwesend, so muß vom Zähler eine Gebäudeliste angelegt und soweit als möglich die Fragen ausgefüllt werden, wobei im Kopf der Gebäudeliste mit Rotstift „Wochenendhaus“ oder „nur gelegentlich bewohnt“ oder eine ähnliche Formulierung einzutragen ist, aus der ersichtlich ist, daß es sich nur um eine Wochenendunterkunft oder einen zweiten Wohnsitz handelt. Für jede im Gebäude vorhandene Wohnung muß vorsorglich mindestens eine Haushaltsliste, die ebenso mit „Wochenendhaus“ o. ä. zu kennzeichnen ist, mit Angabe der Zahl der Personen angelegt werden. Die Personenzahl ist auf die Rückseite der betreffenden Gebäudeliste in Spalte 11 – wie bei allen anderen Haushalts- und Gebäudelisten – zu übernehmen.

6. Ausländische Streitkräfte

Die Mitglieder ausländischer Streitkräfte und deren Angehörige rechnen nicht zur Wohnbevölkerung und sind folglich nicht zu zählen. Dieser Personenkreis setzt sich wie folgt zusammen:

1. Militärisches Personal,
2. den ausländischen Truppen unterstelltes ziviles Gefolge mit Staatsangehörigkeit der Entsendestaaten und
3. Familienangehörige des militärischen Personals und des zivilen Gefolges ohne Rücksicht auf deren Staatsangehörigkeit (z. B. auch deutsche Ehefrauen).

Erfassung von zur Wohnbevölkerung gehörenden Personen auf von den Streitkräften in Anspruch genommenen Grundstücken

Zu erfassen sind Handwerker, Bewachungsmannschaften, Dienstgruppen u. dgl., die in geschlossenen militärischen Anlagen ausländischer Streitkräfte untergebracht sind, **aber nicht die Staatsangehörigkeit der betreffenden ausländischen Macht haben**, also z. B. Deutsche, Polen,

Behandlung und Erfassung von Wochenendhäusern und nur gelegentlich bewohnten Gebäuden und Wohnungen

Ukrainer, Ungarn. Ebenfalls zu zählen sind Hausangestellte, z. B. Hausgehilfinnen, Heizer, Hausmeister, die in Gebäuden bzw. Gebäudeteilen leben, die von den ausländischen Streitkräften in Anspruch genommen sind, z. B. in geschlossenen Wohnsiedlungen.

Die Erfassung dieser — vermutlich wenigen — zur Wohnbevölkerung gehörenden Personen führen die Streitkräfte durch ihre Mitglieder oder ihre deutschen Bediensteten am besten selbst durch. Der Zählungsleiter der Gemeinde muß also rechtzeitig mit der zuständigen örtlichen Dienststelle der ausländischen Streitkräfte Verbindung aufnehmen. Sollte der Gemeinde diese Dienststelle nicht bekannt sein, so kann sie beim Statistischen Landesamt erfragt werden. Die Dienststellen der ausländischen Streitkräfte werden über das Auswärtige Amt über die bevorstehende Volkszählung unterrichtet. Zu klären sind jedoch Einzelheiten über die technische Durchführung der Zählung innerhalb geschlossener militärischer Anlagen oder Wohnsiedlungen der Streitkräfte und in sonstigen von ihnen in Anspruch genommenen Gebäuden. Es ist insbesondere darauf hinzuwirken, daß die von den Streitkräften eingesetzten Zähler durch ihre Zählertätigkeit und durch den Besuch der Zählerversammlung keinen Verdienstausfall erleiden. Die benötigten Erhebungsbogen sind der Dienststelle der ausländischen Streitkräfte von der Gemeinde zur Verfügung zu stellen, nachdem jene ihren Bedarf mitgeteilt hat. Ferner ist zu vereinbaren, daß die ausgefüllten Erhebungspapiere an die Gemeinde zurückgeleitet werden. Selbstverständlich brauchen für die genannten Anlagen und Grundstücke keine regulären Zählbezirke mit deutschen Zählern eingeteilt zu werden. Die von den Streitkräften eingesetzten Zähler müssen von einem Gemeindebeauftragten über ihre Aufgaben unterrichtet werden. Hierbei muß vor allem klar herausgearbeitet werden, wann eine Haushalts- und wann eine Anstaltsliste auszugeben ist.

Eine **Haushaltsliste** erhalten alle Einzelpersonen oder Familien, die nicht zu den Streitkräften gehören und in Wohnungen untergebracht sind; zumeist also Hausangestellte, wie Hausgehilfinnen, Gärtner, Hausmeister mit Familie.

Eine **Anstaltsliste** ist anzulegen, wenn nicht zu den Streitkräften gehörende Personen in Gruppen in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht sind, also z. B. Wachmannschaften, Dienstgruppen u. dgl. Die einzelnen Personen sind in Abschnitt A der Anstaltsliste einzutragen und füllen außerdem noch einen Einzelbogen aus. Die Abschnitte B bis E der Anstaltsliste bleiben leer. Der Zähler hat jedoch alle ausgefüllten Haushalts- und Anstaltslisten auf ihrer Vorderseite durch „A“ zu kennzeichnen, als Hinweis darauf, daß die eingetragenen Personen im Bereich der ausländischen Streitkräfte gezählt worden sind.

In der Regel dürften diese kurzen Ausführungen bereits ausreichen, um mit den von den Streitkräften bestimmten Zählern ihre Aufgaben durchzusprechen. Sollten noch Unklarheiten bestehen, so sind vom Statistischen Landesamt weitere Auskünfte einzuholen.

Von Mitgliedern ausländischer Streitkräfte privatrechtlich gemietete Gebäude und Wohnungen sowie darin lebende, zur Wohnbevölkerung gehörende Personen. Keine besonderen Absprachen sind wegen der Mitglieder ausländischer Streitkräfte zu treffen, die in privatrechtlich gemieteten Häusern und Wohnungen leben. Da diese Gebäude und Wohnungen zum Gebäude- bzw. Wohnungsbestand der Gemeinde zählen, muß der **örtlich zuständige deutsche Zähler**, in dessen Zählbezirk sie liegen, dafür sorgen, daß für diese Gebäude und Wohnungen Zählpapiere angelegt werden, aus denen hervorgeht, daß sie von Mitgliedern ausländischer Streitkräfte privatrechtlich gemietet sind.

Wurde ein ganzes Gebäude gemietet, ist vom Gebäudeeigentümer eine Gebäudeliste auszufüllen. Auf der Rückseite der Gebäudeliste sind die Namen aller Wohnungsinhaber einzutragen und selbstverständlich die Fragen für die Wohnung zu beantworten. In Sp. 11 auf der Rückseite muß vom Gebäudeeigentümer oder aber vom Zähler die Zahl der in der Wohnung lebenden Personen angegeben werden. Die Liste ist auf der Vorderseite links neben den Ordnungsangaben außerdem durch ein „A“ zu kennzeichnen. Das besagt, daß in dem Gebäude alle Wohnungen an Mitglieder ausländischer Streitkräfte vermietet sind und daß bei der Vollzähligkeitskontrolle für die ausländischen Wohnparteien **keine Haushaltslisten vorzuliegen brauchen**.

Wurde nur eine Wohnung gemietet, z. B. von einem amerikanischen Offizier eine Wohnung in einem Mehrfamilienhaus, so ist es aus Gründen der Kontrolle notwendig, **für diesen Haushalt eine Haushaltsliste anzulegen**. Auf ihr braucht nur auf der Vorderseite die Personenzahl und das Kennzeichen „A“ eingetragen zu sein, alle übrigen Eintragungen entfallen. Selbstverständlich ist die Personenzahl des amerikanischen Haushaltes in Sp. 11 auf der Rückseite der Gebäudeliste vom Hauseigentümer oder Zähler einzutragen. Außerdem sind die Fragen für die von diesem Haushalt bewohnte Wohnung zu beantworten und in der Wohnungszeile dieses ausländischen Wohnungsinhabers in Sp. 12 ein „A“ zu vermerken.

In den beiden beschriebenen Fällen hat sich der zuständige Zähler zu erkundigen, ob in einer solchen Wohnung oder in einem solchen Gebäude ein deutscher Gärtner, Hausmeister, eine deutsche Hausgehilfin o. dgl. wohnt. **An diese zur Wohnbevölkerung gehörenden Personen** muß der Zähler eine **Haushaltsliste** ausgeben.

Stößt der von der Gemeinde bestimmte Zähler in einer Wohnung der Streitkräfte auf Verständigungsschwierigkeiten, soll er die Zählungsdienststelle davon unterrichten, damit von dort aus eine Nacherfassung durchgeführt werden kann. Die Dienststellen der Streitkräfte haben ihre Mitglieder auf die bevorstehende Volkszählung hingewiesen und sie gebeten, die Zählung zu unterstützen.

7. Ausländische Missionen (Botschaften, Konsulate und dgl.)

Gemeinden, die Anweisungen für die Erfassung ausländischer Missionen benötigen, werden gebeten, diese beim Statistischen Landesamt anzufordern.

8. Erfassung der Behörden für die Arbeitsstättenzählung

Es empfiehlt sich, die Erfassung aller im Gemeindebereich ansässigen Behörden (mit Ausnahme von Bundespost, Bundesbahn, Bundeswehr und Bundesgrenzschutz) durch Sonderbeauftragte, die von der Gemeindeverwaltung bestellt werden, vornehmen zu lassen.

In diese gesonderte Erhebung sind einzubeziehen:

- sämtliche Dienststellen, Einrichtungen, Anstalten, Regiebetriebe und dgl., die unmittelbar der Verwaltung durch die Gemeindebehörde unterliegen,
- sämtliche Dienststellen usw. von Gemeindeverbänden und Kreisbehörden,
- sämtliche Behörden, Dienststellen usw. eines Landes oder des Bundes, jedoch ohne Bundespost, Bundesbahn, Bundeswehr und Bundesgrenzschutz.

Was wird gesondert erfaßt?

Der Bürgermeister oder Zählungsleiter beauftragt eine Person, die mit den örtlichen Verhältnissen in dieser Hinsicht genügend vertraut ist, mit der Erfassung der Behördenarbeitsstätten. In größeren Städten wird diese Aufgabe zweckmäßigerweise dem Statistischen Amt zu übertragen sein, bei dem erfahrungsgemäß ausreichende Unterlagen über alle im Gemeindebereich ansässigen Bundes-, Landes- und anderen Behörden mit ihren örtlichen Dienststellen, Einrichtungen und dergleichen vorliegen.

Das Austeilen der Bogen ist bereits etwa 1 bis 2 Wochen vor dem allgemeinen Zählungstichtag durchzuführen, damit der allgemeine Zählungsablauf durch diese Erfassung nicht berührt wird. Die Arbeitsstättenbogen für sämtliche Dienststellen der Gemeindebehörde können vom Bürgermeisteramt (Gemeindebüro, Rathaus, Personalamt oder dgl.) ausgefüllt werden. Es ist unbedingt notwendig, daß für jede Verwaltungsstelle, Feuerwache, Polizeirevier, Städtisches Krankenhaus, Versorgungsbetrieb usw. ein besonderer Arbeitsstättenbogen ausgefüllt wird.

Dienststellen der Gemeinde

Die nichtkommunalen Behörden, Dienststellen usw. erhalten die Arbeitsstättenbogen am besten durch einen besonders qualifizierten Beauftragten der Gemeindebehörde. Auch sie sollen für jede ihrer in der Gemeinde befindlichen Dienststellen einen Arbeitsstättenbogen ausfüllen.

Sowohl bei der Erfassung der kommunalen Dienststellen, als auch bei den Länder-, Bundes- und sonstigen Behörden ist darauf zu achten, daß für jede örtlich getrennte Arbeitsstätte, also auch für jeden ausgelagerten Teil einer Dienststelle, gesonderte Fragebogen von ihrer im **Gemeindegebiet befindlichen** Zentrale ausgefüllt werden.

Wofür einen Arbeitsstättenbogen?

Es muß darauf geachtet werden, daß alle mit ► bezeichneten Fragen beantwortet sind. Unter „Allgemeine Angaben“ im Abschnitt A des Fragebogens muß angegeben sein, ob es sich bei der betreffenden Arbeitsstätte um eine Behörde, Dienststelle usw. der Gemeinde, der Kreisverwaltung, eines Gemeindeverbandes, eines Landes oder des Bundes handelt. Jede Behörde, Dienststelle usw., die auf diese Weise einen Arbeitsstättenbogen erhalten und ausgefüllt hat oder deren örtliche Zentrale für sie einen Arbeitsstättenbogen ausgefüllt hat, erhält einen Kontrollzettel (s. Muster), der die Bezeichnung und Anschrift der betreffenden Arbeitsstätte (Behörde, Dienststelle) enthält und den Stempel der Gemeindebehörde trägt. Dieser Kontrollzettel wird den Zählern beim Austeilen der Haushaltslisten, Gebäudelisten und Arbeitsstättenbogen oder beim Einsammeln statt des Arbeitsstättenbogens ausgehändigt. Die Arbeitsstättenbogen selbst werden entweder durch die Sonderbeauftragten wieder eingesammelt oder auf dem Postwege der Zählungsdienststelle zugeleitet. Die von der Gemeindebehörde oder von anderen Dienststellen zentral ausgefüllten Bogen laufen ebenfalls auf einem dieser Wege an die Zählungsdienststelle zurück.

Ausfüllung des Arbeitsstättenbogens

Verteilung der Kontrollzettel

Weitergabe des Kontrollzettels an den Zähler

Die allgemeinen Zähler sind über dieses Verfahren bei der Zählerunterrichtung zu informieren und darauf hinzuweisen, daß bei Dienststellen von Behörden nur die Abgabe des Kontrollzettels von der Ausfüllung eines Arbeitsstättenbogens entbindet.

Die durch die Sondererhebung eingesammelten Arbeitsstättenbogen werden nach Zählbezirken sortiert. Für jeden Arbeitsstättenbogen muß ein Kontrollzettel vorhanden sein, für jeden Kontrollzettel muß ein Arbeitsstättenbogen vorliegen. Nach der Kontrolle werden die Arbeitsstättenbogen in die Zählermappen eingeordnet.

Vollzähligkeitskontrolle Einordnung in Zählermappen

Außerhalb der geschlossenen Anlagen der Bundeswehr und des Bundesgrenzschutzes (einschl. der Kasernements) liegende Dienststellen der Bundeswehr erhalten einen Kontrollzettel von ihrer Standortverwaltung und händigen ihn dem zuständigen Zähler bei dessen Besuch aus. Der Kontrollzettel für diese Dienststellen kann bei der Zusammenführung nicht gegen einen Arbeitsstättenbogen ausgetauscht werden, da die Dienststellen der Bundeswehr aus der Arbeitsstättenzählung ausgeklammert sind. Sie verbleiben daher in den Zählermappen und werden mit an das Statistische Landesamt abgeliefert.

Kontrollzettel für Bundeswehrdienststellen

ZEITPLAN

Anlage 1
zur Anleitung für die Gemeindebehörde

Die unterstrichenen Termine sind unbedingt einzuhalten.

Mitte März

Berufung eines Zählungsleiters, Einrichtung einer Zählungsdienststelle

Bis Ende April

**Abschluß der Gebäudevorerhebung;
Einteilung des Gemeindegebietes in Zählbezirke**

Wohnplätze bilden eigenen Zählbezirk.

Sonderzählbezirke für Anstalten; mit der Anstaltsleitung verständigen.

Anlegen eines Verzeichnisses der Zählbezirke sowie eines alphabetischen Straßenverzeichnisses mit Haus-Nr. und Zählbezirks-Nr.

Bis spätestens

Anlieferung der Zählpapiere

10. Mai

Wenn die Zählpapiere bis zu dem genannten Termin nicht oder nicht vollständig eingegangen sind, sofort telefonisch oder telegraphisch beim Landratsamt bzw. beim Statistischen Landesamt anfordern.

Bis 20. Mai

Werbung und Bestellung von Zählern

Anwerbung von Zählern bei Behörden und Körperschaften des öffentlichen Rechts (Beamte, Angestellte), bei Schulen und sonstigen Lehranstalten (Lehrer, Studenten, Schüler).

Anwerbung von freiwilligen Zählern (Arbeitsamt, Zeitung, Plakat).

Bei Anstalten Verständigung mit den Anstaltsleitungen über Benennung eigener Zähler.

Bei Gelände der Bundesbahn und -post mit Wohnraum, aber nicht der Bahn bzw. Post unterstehenden Arbeitsstätten, Verständigung mit der zuständigen Bundesbahn (-post) -dienststelle über Benennung eigener Zähler.

Schriftliche Ernennung, schriftliche Annahmeerklärung der Zähler.

Zuordnung der Zähler zum Zählbezirk; Bestellung von Ersatzzählern.

Bis Ende Mai

Beschriften und Bereitstellen der Zählpapiere

Aus dem Verzeichnis der Zählbezirke die zum Zählbezirk gehörenden Grundstücke in eine Zählbezirksliste übertragen.

Für jeden Zählbezirk die voraussichtlich benötigte Zahl von Gebäudelisten, Haushaltslisten und Arbeitsstättenbogen abzählen; ferner ist eine angemessene Reserve beizulegen.

Auf jedem Zählpapier auf der Vorderseite rechts oben die Ordnungsangaben wie Regierungsbezirk, Kreis, Gemeinde, Gemeindekennzahl usw. eintragen (einstempeln).

Einordnen der bei der Gebäudevorerhebung ausgefüllten Gebäudelisten in die Zählermappen.

Bis 27. Mai

Ausgabe der vorbereiteten Zählermappen an die Zähler

Bis 30. Mai

Zählerversammlungen

Ausgabe je eines Exemplars der Zählungsdrucksachen Nr. 1 bis 7 an die Zähler einige Tage vor der Unterrichtung zusammen mit der Einladung zum Besuch der Zählerversammlungen.

**Ab Anfang Mai
bis zum 6. Juni**

Bekanntmachung der Zählung

Vom 30. Mai bis 5. Juni

Austeilen der Erhebungsbogen durch die Zähler an die Bevölkerung

6. Juni

Stichtag der Volkszählung

Auskunftsdienst in der Zählungsdienststelle.

Bis 10. Juni

Abschluß der Vorbereitungen in der Zählungsdienststelle für die Entgegennahme der Zählpapiere und die anschließenden Prüfarbeiten

Räume und Personal bereitstellen; gegebenenfalls Personal der Zählungsdienststelle verstärken.

6. bis 10. Juni

Einsammeln der Erhebungsbogen durch die Zähler

Bis 16. Juni

Ablieferung der Zählpapiere durch die Zähler an die Zählungsdienststelle

Eingangskontrolle (Vollständigkeit der Zählung, Vorliegen aller Erhebungsbogen, ordnungsgemäße Abschlußarbeiten des Zählers).

Bis 10. Juli

Erstellung der Anschriftenliste für die Gartenbauerhebung 1961

Bis zum 20. Juli

Prüfen der Zählpapiere in der Zählungsdienststelle

Abschlußarbeiten

Vollständige Erfassung des ganzen Zählbezirks; Vorliegen aller Erhebungsbogen; vollständige Ausfüllung aller Erhebungsbogen; Richtigkeit der Eintragungen.

Nacherhebungen bei Vorliegen falscher und unvollständiger Angaben, bei Auskunftsverweigerern und bei vom Zähler nicht angetroffenen Personen.

Aufstellen des Gemeindebogens.

Bis zum 22. Juli

Verpackung und Absendung des Zählmaterials an das zuständige Landratsamt, bzw. Stadtkreise an das Statistische Landesamt

Übersicht über die Anstaltsarten und Beherbergungsbetriebe

Anstalten für Unterricht, Bildung und Erziehung

- 11 Anstalten für Unterricht, Bildung und Erziehung für Kinder und Jugendliche.
- 12 Waisenhäuser, Kinderdörfer.
- 13 Anstalten für Erwachsenenförderung.

Anstalten der Erholung und des Gesundheitswesens

- 21 Erholungsheime, Urlaubsheime.
- 22 Kranken-, Heil- und Pflegeanstalten.

Nur der Unterkunft dienende Einrichtungen (außer Beherbergungsgewerbe)

- 31 Alters- und Invalidenheime.
- 32 Wohnheime — ohne Alters- und Invalidenheime.
- 33 Arbeiterlager, firmeneigene Unterkünfte.
- 34 Durchgangslager für Vertriebene, deutsche und nichtdeutsche Flüchtlinge.
- 35 Wohnlager für Vertriebene, deutsche und nichtdeutsche Flüchtlinge.
- 36 Auswandererlager, Überseeheime.
- 37 Anstalten nur zur Unterbringung wohnungslos Eingewiesener — soweit nicht Arbeiterlager, Durchgangs- und Wohnlager für Vertriebene, deutsche und nichtdeutsche Flüchtlinge oder Auswandererlager.
- 38 Asyle für Obdachlose.
- 39 Caritative Unterkünfte.
- 41 Anstalten für religiöse Zwecke.
- 51 Anstalten der Streitkräfte, der öffentlichen Sicherheit und Ordnung.
- 61 Straf-, Besserungs- und Verwahrungsanstalten.
- 71 Sonstige Massenunterkünfte.
- 81 Schiffe.
- 91 Beherbergungsbetriebe (nur größere).

Land: Baden-Württemberg

Regierungsbezirk:

Kreis:

Gemeinde:

Gemeindeteil:

M u s t e r

**Liste der Bewirtschafter von Flächen mit einer Gesamtgröße bis unter 5 000 qm (= 0,5 ha),
auf denen Obst, Gemüse und andere Gartengewächse zu Erwerbszwecken angebaut
werden ¹⁾**

(Gartenbauerhebung 1961)

Lfd. Nr.	Name	Anschrift
	des Bewirtschafters	
1		
2		
3		
4		

¹⁾ Vgl. hierzu die Eintragungen im Abschnitt V der Haushaltsliste, insbesondere Frage 6

**Volks-, Berufs- und
Arbeitsstättenzählung 1961**

Anlage 4
zur Anleitung für die Gemeindebehörde

Land: Baden-Württemberg

Regierungsbezirk:

Kreis:

Gemeinde:

M u s t e r

Verzeichnis der Zählbezirke

Nr. des Zähl- bezirks	Zum Zählbezirk gehören folgende Grundstücke (Straße und Hausnummer)	Bemerkungen ¹⁾ „S“ / „R“ / „E“
1	2	3
Sonder- zähl- bezirke:		

¹⁾ Sonderzählbezirke (größere Anstalten oder Arbeitsstätten u. dgl.) sind in Spalte 3 mit „S“ zu kennzeichnen und am Schluß des Verzeichnisses noch einmal gesondert aufzuführen. Von ausländischen Streitkräften in Anspruch genommene Grundstücke sind mit „R“ zu kennzeichnen. Zählbezirke, die in erneuerungsbedürftige Wohngebiete fallen, sind in Spalte 3 durch ein „E“ zu kennzeichnen.

**Volks-, Berufs- und
Arbeitsstättenzählung 1961**

Anlage 5
zur Anleitung für die Gemeindebehörde

M u s t e r

Land: Baden-Württemberg

Regierungsbezirk:

Kreis:

Gemeinde:

Alphabetisches Straßenverzeichnis

Bei Gemeinden ohne Straßennamen: Verzeichnis der zu den Zählbezirken
gehörenden Grundstücke

Straße und Hausnummer oder sonstige Bezeichnung der Grundstücke, die zu dem in Sp. 2 aufgeführten Zählbezirk gehören	Nummer des Zählbezirks, zu dem die in Sp. 1 aufgeführten Grundstücke gehören	Bemerkungen
1	2	3
Angerstraße 3 bis 5	26	
Bahnhofstraße 1 bis 4	14	

An alle Behörden, Dienststellen und Einrichtungen der Gemeinden, Gemeindeverbände, der Länder und des Bundes sowie sonstiger Körperschaften des öffentlichen Rechts

Muster

Anlage 6
zur Anleitung für die Gemeindebehörde

Gemeinde:

Gemeindeteil:

Kreis:

Zählbezirk Nr.:

Kontrollzettel (Arbeitsstättenbogen) Nr.:

Kontrollzettel der Arbeitsstättenzählung 1961

Ihre Dienststelle wurde durch das Bürgermeisteramt gesondert gezählt. An Stelle des Arbeitsstättenbogens händigen Sie dem Zähler, wenn er Sie aufsucht, um Ihnen einen Arbeitsstättenbogen auszuhändigen, bitte diesen Kontrollzettel aus. Nur die Abgabe dieses Kontrollzettels entbindet von der Abgabe eines Arbeitsstättenbogens.

1. Bezeichnung der Arbeitsstätte (der Behörde, Dienststelle, Einrichtung u. dgl.):

.....

2. Träger der Dienststelle (Gemeinde, Gemeindeverband, Land, Bund u. dgl.):

.....

3. Straße und Haus-Nr. der Arbeitsstätte:

Stempel der
Gemeindebehörde

M u s t e r

eines Schreibens an nicht angetroffene Auskunftspflichtige

Herrn / Frau / Fräulein

Betr.: Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung 1961; hier: Ausfüllung von Zählpapieren

Anl.: Gebäudeliste(n)

..... Haushaltsliste(n)

..... Arbeitsstättenbogen

Drucksache Nr. 12

Sehr geehrte(r/s) Herr
 Frau
 Fräulein

Am hat der Zähler, Herr
 Frau
 Fräulein Sie nicht angetroffen.

Er hatte den Auftrag, sie um die Ausfüllung der in der Anlage beigefügten Zählpapiere zu bitten. Die Ihnen obliegende Auskunftspflicht ergibt sich aus § 6 des Volkszählungsgesetzes 1961 (siehe hierzu Drucksache Nr. 12).

Der Zähler wird sich erlauben, Sie am vormittags/nachmittags/abends nochmals aufzusuchen. Sollte es Ihnen nicht möglich sein, ihn an diesem Tage zu empfangen, wollen Sie bitte die ausgefüllten Zählpapiere entweder einem von Ihnen Beauftragten oder der Zählungsdienststelle beim Bürgermeisteramt übergeben. Sollten Sie die Zählpapiere einem Beauftragten übergeben, sorgen Sie bitte dafür, daß der Zähler hiervon sicher Kenntnis erhält. Es ist noch zu erwähnen, daß Sie nach den gesetzlichen Bestimmungen auch berechtigt sind, die Zählpapiere in verschlossenem Umschlag abzugeben.

Für Ihre Mühe danken wir Ihnen im voraus verbindlich.

.....
Ort

.....
Datum

.....
Unterschrift des Zählungsleiters

M u s t e r
eines Schreibens bei Auskunftsverweigerung

Herrn / Frau / Fräulein

Einschreiben

Betr.: Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung 1961; hier: Auskunftsverweigerung
Anl.: Drucksache Nr. 12

Sehr geehrte(r/s) Herr
 Frau
 Fräulein

Am _____, Herrn
 Frau
 Fräulein
verweigerten Sie dem Zähler, gegenüber die Aus-
füllung der (des) Gebäudeliste/Haushaltsliste/Arbeitsstättenbogens. Sie beharrten – trotz Belehrung über die Ihnen gesetzlich obliegenden Pflichten (siehe hierzu Drucksache Nr. 12) – auf Ihrer Weigerung, als ein Beauftragter der Zählungsdienststelle am _____ und am _____ nochmals dieserhalb bei Ihnen vorsprach.

Es wird darauf hingewiesen, daß Sie damit gegen die Ihnen gemäß § 6 des Volkszählungsgesetzes 1961 auferlegte Auskunftspflicht verstoßen haben. Sollten Sie bis zum _____ die oben genannten Zählpapiere nicht vorgelegt haben, so müßte gegen Sie ein Verfahren wegen Ordnungswidrigkeit gemäß § 14 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. September 1953 (Bundesgesetzblatt I S. 1314) in die Wege geleitet werden.

Hochachtungsvoll

Bürgermeister

Anleitung für die Unterrichtung der Zähler

A. Einführung für den Leiter der Zählerversammlung

Diese Anleitung stellt eine umfassende Materialsammlung für die Einweisung der Zähler in ihre Aufgaben dar. Wir empfehlen Ihnen als dem Leiter der Zählerversammlung, sie gründlich durchzuarbeiten und die Abschnitte

- B III Verteilen der Gebäudelisten beim ersten Rundgang durch den Zählbezirk,
- B IV Das Austeilen der Haushaltslisten und Arbeitsstättenbogen sowie
- B V Das Einsammeln der Haushaltslisten und Arbeitsstättenbogen

unter Verwendung der für Ihre Gemeinde in Frage kommenden Beispiele zu benutzen. In kleinen Gemeinden wäre z. B. das Verteilen der Haushaltslisten nicht so ausführlich zu behandeln wie in dieser Anleitung vorgesehen. In großen Städten kann der erste Rundgang durch den Zählbezirk kürzer dargestellt werden. Auch kann der eine oder andere Absatz fortgelassen und auf die örtlichen Besonderheiten zugeschnitten werden. Die Abschnitte

- B I Die Bedeutung der Volkszählung,
- B II Wichtige allgemeine Hinweise und
- B VI Abschlußarbeiten nach dem Einsammeln

vertragen keine Kürzung, wenn das Verständnis nicht erschwert werden soll. Hier dürfte von Fall zu Fall sogar eine ausführlichere Darstellung am Platze sein.

Der Rand ist für **Ergänzungen und Notizen** der Vortragenden gedacht. Die Hinweise auf dem Rand stellen eine vollständige Stichwortsammlung dar.

In jahrzehntelangen Erfahrungen bei der Durchführung von Großzählungen hat sich immer wieder gezeigt, daß auf eine Unterrichtung der Zähler nicht verzichtet werden kann. Es genügt nicht, den Zählern einen Leitfadens und andere Unterlagen in die Hand zu geben. Man muß bedenken, daß sie nicht wissen können, wie sie die Zählung durchführen sollen. Sie brauchen zunächst einen allgemeinen Überblick über die Organisation der Zählung, sie müssen lernen, was mit den einzelnen Erhebungsbogen zu tun ist und welche Aufgabe die verschiedenen Hilfsmittel und Anleitungen haben. Sonst ergeht es ihnen wie einigen Zählern bei einer Probezählung, die die Zählpapiere nicht genau kannten und an Stelle der Haushaltslisten die rot überdruckten Prüfbogen (Drucksache Nr. 2a) an die Bevölkerung verteilt haben! Sie haben das Versehen erst bemerkt, als ihnen beim Einsammeln die Prüfbogen fehlten. Beinahe noch wichtiger ist, daß die Zähler erfahren, warum eine Volkszählung überhaupt notwendig ist, denn sie werden sich nicht viel Mühe geben, wenn sie glauben, die Volkszählung sei eine nutzlose Spielerei der Behörden. Das ist sie nämlich nicht.

Wichtig ist, daß sämtliche Zähler, auch Oberzähler und selbstverständlich auch Ersatzzähler, an der Unterrichtung teilnehmen. Deswegen muß die Unterrichtung auf einen für die Zähler möglichst günstigen Termin gelegt werden. Es empfiehlt sich, die Zählerversammlungen nicht allzu lange vor dem Stichtag abzuhalten, damit die Zähler nicht alles wieder vergessen. Auch müssen die Zähler einige Tage vor der Unterrichtung die Zählungsdrucksachen 1 bis 7 ohne Drucksache Nr. 6a und außerdem die Drucksache Nr. 12 erhalten haben, damit sie sich die Papiere schon einmal ansehen können. Zu einer Versammlung sollten nicht mehr als 30 bis 40 Teilnehmer eingeladen werden. Große Versammlungen sind schwer zu lenken und haben wenig Erfolg. Die für Sonderzählbezirke — große Anstalten, Kleingartengebiete u. dgl. — vorgesehenen Zähler müssen **gesondert** — und zwar an Hand des Leitfadens für den Anstaltszähler (Drucksache Nr. 6a) — **unterwiesen werden**.

Der Leiter muß mit allen Zählungsdrucksachen vertraut sein. Die Zähler werden Fragen stellen, so daß weit mehr Probleme angeschnitten werden als in dieser Anleitung zur Sprache kommen. Hier sei gleich auf den verlässlichen Helfer in allen Zweifelsfragen hingewiesen:

Das Schlagwortverzeichnis gibt Auskunft auf alle Fragen, die mit der Zählung zusammenhängen.

Nach Beendigung des Vortrags sollen die Zähler an Hand eines Beispiels je eine Gebäudeliste, Haushaltsliste und einen Arbeitsstättenbogen ausfüllen. Für jeden Erhebungsbogen stehen zwei verschiedene Beispiele zur Verfügung. Wir empfehlen Ihnen, schon vor der Zählerversammlung selbst probeweise nach jedem der insgesamt 6 Beispiele einen Erhebungsbogen auszufüllen und dabei auch die angeführten Schlagwörter zu lesen. Erkennen Sie dabei, daß Beispiel I bzw. Beispiel II für die Verhältnisse in Ihrer Gemeinde nicht zutrifft, verwenden Sie bitte nur das andere Beispiel. Passen jedoch beide Beispiele, können Sie auch beide verteilen und ausfüllen lassen, so daß die eine Hälfte der Zähler das Beispiel I und die andere Hälfte das Beispiel II erhält. Das Interesse der Zähler wird sich erhöhen, wenn Sie die ausgefüllten Erhebungsbogen austauschen lassen, damit jeder kontrollieren kann, welche Fehler ein anderer Zähler gemacht hat. **Beim Ausfüllen der Beispiele erkennen Sie am besten, welche Fragen die Zähler noch nicht verstanden haben und können die eine oder andere Erklärung noch einmal wiederholen.**

Hier einige Grundsätze, die Sie beachten müssen, wenn die Unterrichtung ein Erfolg werden soll:

- (1) Es kommt darauf an, daß jeder Zähler weiß, wie ein Haushalt, ein Gebäude und eine Arbeitsstätte erfaßt wird, wie er ihre vollständige Erfassung sicherstellen kann und wie die Abschlußarbeiten vorzunehmen sind.
- (2) Die große Linie herauszuarbeiten ist wichtiger als eine Fülle von (zusammenhanglosen) Einzelheiten zu bringen.
Denken Sie immer daran, daß die Zähler in der kurzen für die Unterrichtung zur Verfügung stehenden Zeit nicht allzuviel aufnehmen können.
- (3) Die Unterrichtung sollte nicht länger als zwei, höchstens drei Stunden dauern. Halten Sie sich an einen Zeitplan. Wir schlagen den folgenden vor:
Begrüßung, Anwesenheitskontrolle, Aufgabe der Zähler und Begründung ihrer Notwendigkeit, allgemeine Hinweise, wie Geheimhaltungspflicht, Auskunftsstelle,

Dauer und
Umfang der
Unterrichtung
nach dieser
Anleitung

Unbedingt
besprechen

Warum ist eine
besondere
Unterrichtung
der Zähler
notwendig?

Organisation
der
Unterrichtung

Was Sie für die
Unterrichtung
der Zähler
alles wissen
müssen

Probeweise
Ausfüllung von
Erhebungsbogen

Vorschläge
für die
Durchführung
der
Unterrichtung

Ablieferungstermine u. dgl.	20 Minuten
„Gang durch den Zählbezirk“ einschl. Erläuterung der Zählpapiere	60 Minuten
Pause	15 Minuten
Abschlußarbeiten des Zählers	15 Minuten
Ausfüllen und Besprechen von Zählpapieren an Hand eines Beispiels	30 Minuten
zusammen	140 Minuten

(4) Nehmen Sie Rücksicht auf die Zähler, die nicht so rasch folgen können. Sie müssen genauso zählen wie die Zähler mit einer schnelleren Auffassungsgabe. Erkennen Sie jedoch, daß ein Zähler der Aufgabe offensichtlich nicht gewachsen ist, entbinden Sie ihn nach der Unterrichtung von seinem Amt.

(5) Gestatten Sie den Zählern, zwischendurch Fragen zu stellen. Es hat keinen Zweck, Fragen für den Schluß aufzusparen, dann wollen die Zähler nach Hause. Eine andere Möglichkeit wäre, „Fragepausen“ einzuschieben, entweder nach jedem Abschnitt oder etwa alle 5 bis 10 Minuten.

(6) Wählen Sie den anschaulichen Weg und zeigen Sie grundsätzlich das Zählpapier herum, von dem Sie gerade sprechen, und nennen seine Drucksachennummer.

(7) Wenn irgend möglich, sprechen Sie frei, d. h. lesen Sie die nachfolgenden Seiten dieser Anleitung nicht einfach vor. Es kommt hier nicht darauf an, einen eleganten Vortrag zu halten. Die Zähler haben viel mehr davon, wenn Sie die wichtigen Punkte mit einfachen Worten erläutern.

B. Die Unterrichtung der Zähler

**Begrüßung
der Zähler**

Der Leiter der Zählerversammlung begrüßt die Zähler und dankt ihnen für ihre Mitarbeit. Sodann erfolgt eine Anwesenheitskontrolle.

Abschnitt I: Die Bedeutung der Volkszählung

**Die letzte
Volkszählung**

Wer von Ihnen weiß, wann die letzte Volkszählung stattgefunden hat? Das war vor 11 Jahren im Herbst 1950. Damals hatten die Vereinten Nationen empfohlen, Volkszählungen in allen Ländern im gleichen Jahr abzuhalten. Solche Weltzählungen sollen sich alle 10 Jahre wiederholen. Für die Jahre um 1960 haben die Vereinten Nationen wieder eine Weltzählung empfohlen. Die Zahlen der letzten Weltzählung sind heute veraltet, da die Welt in der Zwischenzeit nicht stillstand, sondern sich rasch verändert hat.

**Wofür werden
die Zahlen
gebraucht?**

Sie werden sicher in einigen Haushalten nach dem Zweck der Zählung gefragt werden, dann müssen Sie einige gute Gründe nennen können.

Die Zahlen werden dringend gebraucht für die Arbeit der Parlamente und Regierungen, für Wirtschaft und Verwaltung sowie für wissenschaftliche Untersuchungen. Hochentwickelte Staaten können ohne solche Unterlagen nicht auskommen. Das haben schon die römischen Kaiser und andere Herrscher des Altertums gewußt. Sie sind die Erfinder der Volkszählungen und nicht etwa die heute lebenden Statistiker. In der Wirtschaft ist es allgemein üblich, einmal im Jahr Inventur zu machen. Die Umsätze werden von Monat zu Monat festgestellt und ihre Entwicklung aufmerksam verfolgt. Landwirte vergleichen ihre Ernte mit den Ernteergebnissen vergangener Jahre. Wenn also der Staat alle 10 Jahre eine umfangreiche statistische Bestandsaufnahme anstellt, so ist das wirklich nicht zuviel.

Ein kleiner Teil der ermittelten Ergebnisse gelangt in die Zeitungen und wird so an die Staatsbürger herangetragen. Viele dieser Zahlen gehören zum Allgemeinwissen, sind aber so selbstverständlich, daß sie nicht mehr mit den großen Zählungen in Verbindung gebracht werden.

Jedes Kind lernt in der Schule, wieviele Einwohner Deutschland, England, Frankreich und andere Länder haben, welches die größte Stadt der Welt ist und dergleichen mehr. So etwas muß aber auch einmal festgestellt und von Zeit zu Zeit überprüft werden. Der Bundestag hat ein Gesetz verabschiedet, in dem bestimmt wird, daß auch in der Bundesrepublik eine Volkszählung durchgeführt werden muß. Die für uns wichtigsten Bestimmungen dieses Gesetzes sind in der Drucksache Nr. 12, die zusammen mit den Erhebungsbogen verteilt wird, abgedruckt.

**Organisation
der Zählung**

Die Durchführung der Volkszählung erfordert enorme Anstrengungen. Das Gebiet von rd. 25 000 Gemeinden in der Bundesrepublik muß in Zählbezirke eingeteilt werden. Über 600 000 Zähler werden die Erhebungsbogen austeilen und wieder einsammeln. In Baden-Württemberg sind es in 3381 Gemeinden ca. 80 000 Zähler. Sie haben also eine große Zahl von „Leidensgenossen“. Die Kosten des Zählungswerkes belaufen sich auf über 100 Mill. DM. Das sind etwa 2 DM je Kopf der Bevölkerung. Mehrere tausend Personen werden für 2 bis 3 Jahre mit der Auswertung der Ergebnisse beschäftigt sein. Dabei werden die Eintragungen in den Erhebungsbogen auf Lochkarten übertragen und zur Beruhigung mißtrauischer Leute: Auf der Lochkarte steht kein Name mehr, die Angaben werden dadurch anonym. Die Lochkarten werden mit komplizierten Maschinen sortiert und zu Tabellen ausgezählt.

**Bedeutung der
Arbeit des
Zählers**

Ob der Zweck der Zählung erreicht wird, hängt von der Arbeit der Zähler ab. Wenn die Zähler nicht sorgfältig arbeiten, werden die umfangreichen Kosten umsonst aufgewendet und Steuergelder vergeudet. Wenn jeder Zähler in seinem Zählbezirk nur eine einzige Person vergessen würde, so würden im ganzen Bundesgebiet schon 600 000 Personen fehlen. Das wäre so, als ob man eine Großstadt wie Stuttgart nicht mitzählen würde.

**Worauf es in
erster Linie
ankommt**

Bei der Zählung müssen also unter allen Umständen sämtliche Personen, alle bewohnten Gebäude und alle Arbeitsstätten erfaßt werden. Dafür muß jeder Zähler in seinem Zählbezirk sorgen.

Abschnitt II: Wichtige allgemeine Hinweise

**Wo können die
Zähler während
der Zählung
Auskünfte
erhalten?**

Wenn während der Zählung Zweifelsfragen auftauchen, wenden Sie sich bitte an die Zählungsdienststelle. Am einfachsten ist es, wenn Sie anrufen. Wir werden während der Zählung in der Zählungsdienststelle einen Auskunftsdienst einrichten. Notieren Sie sich doch bitte gleich unsere Rufnummer.....! (s. auch Vorderseite des „Leitfadens für den Zähler“.)

Geheimhaltung

Was Sie bei der Zählung an Einzelheiten über Personen, Gebäude, Arbeitsstätten usw. (aus den Erhebungsbogen) erfahren, müssen Sie für sich behalten. Sie dürfen mit niemandem darüber sprechen. Auf diese Geheimhaltungspflicht wird in der Presse, aber auch auf dem Begleitzettel, den jeder erhält, ganz besonders deutlich hingewiesen. Wenn die Bevölkerung befürchtet, daß die Zähler neugierig sind und nicht dicht halten, werden viele Leute keine oder falsche Angaben machen. Daraus entstünde ein nicht absehbarer Schaden.

In den Zählpapieren werden die Haushaltsvorstände, Gebäudeeigentümer und Inhaber von Arbeitsstätten gebeten, ihre Angaben für den Stichtag zu machen. Die Erhebungsbogen müssen daher bis einen Tag **vor dem Stichtag** verteilt sein.

Die Angaben müssen unbedingt für den Stichtag gemacht werden. Dazu ein Beispiel: Wenn z. B. der Schlossergeselle Schulze von Schlossermeister Lehmann am 5. Juni fristlos entlassen und schon am folgenden Tag von der Konkurrenz mit offenen Armen aufgenommen wird, dann darf Schulze nicht im Arbeitsstättenbogen von Meister Lehmann und gleichzeitig im Arbeitsstättenbogen der Konkurrenz erscheinen. Er ist dort einzutragen, **wo er am Stichtag, also am 6. Juni, beschäftigt ist**. Wenn darauf nicht genau geachtet wird, wird der Schlossergeselle doppelt gezählt. Sollte dieser Fall häufiger vorkommen, wird man sich wundern, wo auf einmal die vielen Schlosser herkommen.

Noch ein anderer Termin muß beachtet werden: **Der Ablieferungstermin**. Wenn die Zähler die Erhebungsbogen nicht rechtzeitig abliefern, kann die Zählungsdienststelle ihre Prüfarbeiten nicht rechtzeitig beenden. Das hätte zur Folge, daß die Statistischen Ämter nicht rechtzeitig mit der Auswertung beginnen können. Die Miete für die teuren elektronischen Rechenanlagen müßte also umsonst bezahlt werden. Diese beläuft sich in Baden-Württemberg auf ca. 2500 DM je Arbeitstag.

Wenn Sie also mit der Zeit nicht ganz auskommen sollten, rufen Sie bitte die Zählungsdienststelle an und vereinbaren eine Fristverlängerung, denn die Ablieferung vollständiger und sorgfältig geprüfter Erhebungsbogen ist wichtig.

Die Vergütung für Fahrgeld, Zehrgeld usw. ist je nach örtlicher Regelung zu besprechen.

Ihnen ist ein Zählbezirk zugewiesen worden. Das ist eine kleinere Anzahl von Häusern, in denen schätzungsweise 100 Personen wohnen. Natürlich können es auch 80 oder 120 sein — so genau können wir die Zählbezirke nicht abgrenzen.

Wahrscheinlich kennen Sie Ihren Zählbezirk noch nicht. Suchen Sie ihn doch vor der Zählung schon einmal auf und vergewissern sich, welche Häuser von Ihnen gezählt werden müssen. Es ist ganz gut, wenn man das vorher schon weiß, weil man bei der Zählung nicht an alles auf einmal denken kann. Daß es nicht immer ganz einfach ist, alle Neben- und Hintergebäude und damit alle Haushalte und Arbeitsstätten aufzufinden, sehen Sie schon aus diesem **Schaubild**, das einen Zählbezirk von oben darstellt. Durch diesen hier abgebildeten Zählbezirk wollen wir jetzt gemeinsam hindurchgehen und dabei kurz über alle vorkommenden Schwierigkeiten sprechen.

**Austellen
bis zum
5. Juni**

**Ab-
lieferung
bis zum
16. Juni**

Bezahlung

Ihr Zählbezirk

Erster Rundgang

**Schaubild zur
Hand nehmen,
für alle sichtbar
aufhängen!**

Abschnitt III:

Verteilen der Gebäudelisten beim ersten Rundgang durch den Zählbezirk

Bevor Sie dann später das erste Mal in Ihren Zählbezirk gehen, lesen Sie bitte noch einmal den Leitfaden für den Zähler durch — auch wenn Sie es schon zur Vorbereitung auf die heutige Zählerversammlung getan haben. Der Leitfaden bietet eine gedrängte Übersicht über das, was Sie beim Austeilen zu beachten haben und weist auf die Schwierigkeiten hin, die auftreten können. Er kann Sie mit Hinweisen und Ratschlägen sehr gut unterstützen.

Nehmen Sie auf den ersten Rundgang bitte die folgenden Unterlagen mit:

- Zählermappe
- Zählerausweis
- Gebäudelisten (mit Merkblatt)
- Zählbezirksliste mit Aufstellung der zum Zählbezirk gehörenden Grundstücke
- Schlagwortverzeichnis (siehe unter C der Drucksache 6 u. 7)
- Anschreiben für nicht anzutreffende Haushalte (siehe Anlage Nr. 7 der Drucksache Nr. 8)
- Begleitzettel mit Rechtsgrundlage (Drucksache Nr. 12)

Ferner einige Haushaltslisten (mit Merkblatt) und Arbeitsstättenbogen.

Die Zählermappe dient zur Aufbewahrung der Erhebungsbogen. Auf der Innenseite der Zählermappe sind einige wichtige Hinweise über das Austeilen und Einsammeln der Erhebungsbogen zu finden; außerdem ein Terminkalender. Die angegebenen Termine wollen Sie bitte einhalten. Den Zählerausweis werden Sie hin und wieder brauchen. Es ist manchmal ganz gut, wenn man sich ausweisen kann. Viele Hausfrauen haben eine Abneigung gegen Handelsvertreter und Spendensammler und werden Ihnen mit den Worten „Wir geben nichts“ die Tür vor der Nase zuschlagen, falls Sie keinen Zählerausweis vorweisen können.

Jeder Zähler findet in seiner Zählermappe einen Entwurf der Zählbezirksliste, auf der alle Grundstücke aufgeführt sind, die zu seinem Zählbezirk gehören. Das ist Drucksache Nr. 5. Die Reinschrift der Zählbezirksliste, die Sie ebenfalls in Ihrer Mappe haben, nehmen Sie **nicht** mit in den Zählbezirk, die brauchen wir erst bei den Abschlusarbeiten.

Die Zählbezirksliste selbst dient der Kontrolle des Austeilens und Einsammelns. Wenn man sich in seinem Zählbezirk nicht ganz gut auskennt, ist es ziemlich schwierig, den Überblick über die ausgeteilten und eingesammelten Erhebungsbogen zu behalten. Es ist auch peinlich, wenn man beim Einsammeln nicht mehr weiß, bei wem man eine Haushaltsliste oder einen Arbeitsstättenbogen abgegeben hat. Da ist es schon besser, in den Kontrollspalten der Zählbezirksliste für jeden ausgeteilten Erhebungsbogen einen Strich (/) einzutragen, für jede ausgeteilte **Gebäudeliste** z. B. in Spalte 4. Beim Einsammeln wird der Strich durchkreuzt (X), sobald man seinen Bogen ausgefüllt zurückerhalten hat.

Gebäudelisten sind vom Grundstücks- bzw. Gebäudeeigentümer, oder auch von Hausverwaltern, Hausmeistern und anderen Vertretern des Eigentümers auszufüllen. Jedes bewohnte Gebäude ist in eine eigene Liste einzutragen.

Für **nicht bewohnte Gebäude** wird keine Gebäudeliste angelegt. Wenn Sie nicht genau wissen, für welches Gebäude eine Gebäudeliste anzulegen ist und für welches nicht, schauen Sie im Schlagwortverzeichnis nach.

Eine ausgefüllte Gebäudeliste ist für den Zähler eine große Hilfe für das Austeilen der Haushaltslisten, Anstaltslisten und Arbeitsstättenbogen. Aus der Rückseite einer richtig ausgefüllten Gebäudeliste können Sie ersehen, welche Arbeitsstätten und Wohnungen sich in dem Gebäude befinden. **Aber trauen Sie Ihren Augen mehr als der Gebäudeliste und zählen Sie auch Arbeitsstätten und Haushalte, die der Eigentümer vergessen hat. Ergänzen Sie alsdann die Gebäudeliste.**

Zur Gebäudeliste gehört ein Merkblatt mit Erläuterungen für die Grundstücks- bzw. Gebäudeeigentümer. Sie müssen aber auch selbst mit dem Inhalt dieses Merkblattes vertraut sein, damit Sie in Zweifelsfällen Auskunft geben können.

**Leitfaden für
den Zähler**

**Welche Zähl-
papiere sind
mitzunehmen?**

Zählermappe

**Zählbezirksliste
mit Zählbezirks-
beschreibung:
Drucksache Nr. 5**

Gebäudeliste

**Merkblatt zur
Gebäudeliste**

Drucksache
Nr. 12

Schlagwort-
verzeichnis
(s. unter C der
Drucksache 6 u. 7)

Die günstigste
Zeit für das
Aufsuchen der
Haushalte

Was tun, wenn
Grundstücks-
eigentümer oder
Verwalter nicht
erreichbar sind?

Wie werden
unbewohnte
Gebäude mit
Arbeitsstätten
erfaßt?

Wie werden
leerstehende
baufällige
Gebäude
behandelt?

Sonder-
zählbezirk

Schule mit
Hausmeister-
wohnung

Mehrere
Wohngebäude
auf einem
Grundstück

Ehemals
vorhandenes
Gebäude
inzwischen
abgebrochen

Ausgefüllte
Gebäudeliste
schon
vorhanden

Was tun, wenn
keine Auskunft
zu erhalten?

Neben dem Merkblatt erhält jeder Empfänger einer Gebäudeliste noch die Drucksache Nr. 12, in der einige wichtige Vorschriften des Volkszählungsgesetzes abgedruckt sind. Auch die Empfänger einer Haushaltsliste und eines Arbeitsstättenbogens müssen die Drucksache Nr. 12 erhalten. Es braucht jedoch nicht mehr als eine Drucksache Nr. 12 je Haushalt ausgegeben zu werden.

Das Schlagwortverzeichnis soll Sie auf jedem Gang in den Zählbezirk begleiten. Im Schlagwortverzeichnis sind fast alle vorhersehbaren Schwierigkeiten erläutert, so daß Sie kaum in Verlegenheit geraten können. Sollten Sie für eine Zweifelsfrage auch im Schlagwortverzeichnis keine Antwort finden, rufen Sie bitte die Zählungsdienststelle an.

Die günstigste Zeit für das Aufsuchen der Haushalte beim Austeilen oder Einsammeln ist der Spätnachmittag, etwa ab 16 Uhr. Es hat kaum Zweck, früher loszugehen, da Sie dann bei sehr vielen Haushalten niemanden antreffen werden.

Verdeutlichen Sie den Gang durch den Zählbezirk, indem Sie die im folgenden genannten Grundstücke jeweils aufzeigen.

Bahnhofsvorplatz 1: Dieses Haus brauchen wir gar nicht erst aufzusuchen, es gehört schon zu einem anderen Zählbezirk.

Bahnhofstraße 1: Hier geht alles glatt, der Eigentümer wohnt im Erdgeschoß. Er hat schon in der Zeitung von der Volkszählung gelesen und will uns die Liste bis übermorgen ausfüllen. Wir vermerken ihn in der Zählbezirksliste.

Bahnhofstraße 2: Am Hauseingang fallen uns sofort das Schild eines Zahnarztes und einer Hebamme ins Auge. An beide müssen wir später einen Arbeitsstättenbogen ausgeben. Nach der Grundstückseigentümerin fragen wir vergeblich. Schließlich teilt uns eine Hausbewohnerin mit, daß die Eigentümerin des Grundstücks für einige Wochen in eine entfernte Stadt zu ihrer Tochter gereist ist. Das ist hier besonders unangenehm, weil auf dem großen Grundstück mehrere Gebäude stehen. Wir versuchen, die Angaben für die Gebäudeliste von der Hausbewohnerin zu erfahren. Zunächst füllen wir eine Liste für das Wohngebäude an der Straße aus (zeigen) und tragen im Abschnitt A die Angaben über die Eigentümerin ein. Die Hausbewohnerin kann uns auch sagen, wieviele Wohnungen vorhanden sind und ob sie einen eigenen Wohnungsabschluß, eine eigene Küche und wieviele Räume sie haben. Auch die Namen der Mieter erfahren wir. Wir tragen diese Angaben auf der Rückseite der Gebäudeliste ein. Die Fragen im Abschnitt B über das Gebäude selbst kann uns die Hausbewohnerin jedoch nur zum Teil beantworten. Die Zählungsdienststelle wird die restlichen Angaben später nach Rückkehr der Eigentümerin nachtragen müssen. Wir vermerken in der Gebäudeliste: „Vom Zähler ausgefüllt“ und geben als Hinweis für die Zählungsdienststelle auch an, wann die Eigentümerin voraussichtlich zurückkehren wird. Außerdem füllen wir eine Zeile der Zählbezirksliste aus. In Spalte 4 gehört das Kreuz für eingesammelt (+).

Wir erfahren von der Hausbewohnerin weiter, daß sich auf dem Hof noch zwei unbewohnte Gebäude (zeigen) befinden. In dem einen ist eine Tischlerwerkstatt und in dem anderen eine Schuhmacherei untergebracht. Wir merken uns dies für das spätere Austeilen der Arbeitsstättenbogen.

Außerdem ist noch ein drittes Hintergebäude vorhanden. Wir hören, daß es früher einmal bewohnt gewesen sei und daß es jetzt wegen seines baufälligen Zustandes leerstehe. Wir sind in Verlegenheit und wissen nicht, was wir mit dem Gebäude anfangen sollen. Schließlich schauen wir im Schlagwortverzeichnis unter „Leerstehende Gebäude“ nach. Dort steht — bitte sehen Sie auch nach —, daß für leerstehende Gebäude mit Wohnraum auch eine Gebäudeliste anzulegen ist. Wir nehmen also eine Gebäudeliste, füllen Vorder- und Rückseite so gut es eben geht aus und vermerken im Abschnitt B bei der Frage nach der Art des Gebäudes „Gebäude steht leer, abbruchreif“. Natürlich müssen wir nun auch eine Zeile in der Zählbezirksliste ausfüllen.

Bahnhofstraße 3 und 4: Wie aus der Aufzählung der zum Zählbezirk gehörenden Grundstücke ersichtlich ist, bildet das Krankenhaus auf den Grundstücken Bahnhofstraße 3 und 4 einen **Sonderzählbezirk**. Wir brauchen uns nicht darum zu kümmern.

Bahnhofstraße 5: Aber die danebenstehende Schule müssen wir aufsuchen. In dem Schulgebäude befindet sich eine Hausmeisterwohnung; es ist also bewohnt, und der Hausmeister hat eine Gebäudeliste auszufüllen. Dabei muß er den Abschnitt A, aber nur die ersten beiden Fragen von Abschnitt B ausfüllen. Die Fragen 3 bis 10 im Abschnitt B brauchen nur für ausgesprochene Wohngebäude beantwortet zu werden. Die Hausmeisterwohnung muß auf der Rückseite der Gebäudeliste eingetragen werden. Die Turnhalle auf dem Hof braucht im Abschnitt C nicht angegeben zu werden. Gut, daß wir einige Haushaltslisten und Arbeitsstättenbogen mitgenommen haben, nun können wir dem Hausmeister beides gleich aushändigen: Einen Arbeitsstättenbogen für die Schulleitung und eine Haushaltsliste für seine eigene Familie.

Bahnhofstraße 6: Wir sehen schon von draußen, daß an das Vordergebäude ein Seitengebäude mit eigenem Eingang stößt; das bedeutet zwei Gebäudelisten. Wir händigen sie dem Grundstück- und Gebäudeeigentümer aus.

Bahnhofstraße 7: Das Grundstück Bahnhofstraße 7 ist in der Zählbezirksbeschreibung aufgeführt, aber wir finden kein Gebäude. Es ist inzwischen abgebrochen worden. Wir tragen das Grundstück in die Zählbezirksliste ein und schreiben „abgebrochen“ in die Spalte „Bemerkungen“.

Bahnhofstraße 8: Bahnhofstraße 8 ist ein Sonderfall. Wir erinnern uns, daß wir schon zu Hause beim Durchsehen unserer Zählermappe für dieses Gebäude eine ausgefüllte Gebäudeliste gesehen haben. In den Fällen, in denen ein Eigentümer nicht selbst in seinem Gebäude wohnt, hat die Zählungsdienststelle ihn schon vor der Zählung seine Gebäudeliste ausfüllen lassen, da der Zähler ihn in seinem Zählbezirk nicht erreichen kann. Wenn wir also in unseren Unterlagen schon ausgefüllte Gebäudelisten finden, wissen wir, daß wir die Eigentümer dieser Gebäude nicht antreffen werden. Eines müssen wir jedoch tun: Wir müssen uns vergewissern, ob die auf der Rückseite angegebenen Wohnungsinhaber tatsächlich noch in den Wohnungen leben, oder ob sie inzwischen verzogen sind. Wir klingeln also am Haus Bahnhofstraße 8 und fragen, welche Wohnungen sich in dem Gebäude befinden, und wer sie gemietet hat. Die Antworten vergleichen wir mit dem, was auf der Rückseite der Gebäudeliste vom Eigentümer eingetragen wurde.

Ackerstraße 1: Dieses Gebäude gehört nicht mehr zum Zählbezirk und wird von uns nicht aufgesucht.

Bahnhofstraße 9: Das Haus ist verschlossen, es meldet sich niemand. Da es nur ein Einfamilienhaus ist, können wir auch keinen Hausbewohner um Auskunft bitten. Wir notieren den Tag, an dem wir die Gebäudeliste wieder einsammeln wollen auf einem Anschreiben für nicht anzutreffende Auskunftspflichtige und schieben es zusammen mit einer Gebäudeliste in den Briefkasten. Auf diesem Vordruck (hochhalten und zeigen) wird der Auskunftspflichtige gebeten, den Erhebungsbogen auszufüllen und Zweifelsfragen mit dem Zähler zu besprechen.

Bahnhofstraße 10: Das Haus ist noch im Bau, aber teilweise schon bewohnt. In der Aufzählung der zum Zählbezirk gehörenden Grundstücke auf der Zählbezirksliste ist es noch nicht enthalten.

Im Bau befindliches Haus

Im Schlagwortverzeichnis — sehen Sie jedoch bitte auch nach — finden wir unter „Baustellen“ den Hinweis, daß für im Bau befindliche Gebäude nur dann eine Gebäudeliste anzulegen ist, wenn mindestens eine Wohnung schon bewohnt ist. Wir müssen also eine Gebäudeliste ausgeben, deren Ausgabe selbstverständlich in der Zählbezirksliste vermerken und das Grundstück in der Aufzählung der zum Zählbezirk gehörenden Grundstücke nachtragen.

Unbebaute Grundstücke

Die Grundstücke zwischen Bahnhofstraße 10 und 14 sind noch nicht bebaut. Sie fehlen infolgedessen in der Aufzählung der zum Zählbezirk gehörenden Grundstücke. Allerdings steht auf einem Grundstück eine Wohnlaube und auf dem Nachbargrundstück befindet sich eine Baustelle. Die Wohnlaube ist bewohnt. Müssen wir für sie eine Gebäudeliste ausgeben? Wieder müssen wir im Schlagwortverzeichnis nachsehen: Notwohngebäude werden nur erfaßt, wenn sie zum Zeitpunkt der Zählung bewohnt werden. Also klopfen wir an und geben mit ein paar erklärenden Worten eine Gebäudeliste ab. Wir müssen die Wohnlaube auch im Verzeichnis der zum Zählbezirk gehörenden Grundstücke auf der Zählbezirksliste nachtragen, ebenso wie das im Bau befindliche Haus von nebenan. Allerdings brauchen wir für dieses keine Gebäudeliste auszugeben.

Bewohnte Wohnlaube

Baustelle

Falls Sie ein Wochenendhaus oder eine Wohnung antreffen, die nur gelegentlich bewohnt wird, kennzeichnen Sie diese im Kopf der Gebäudeliste mit Rotstift als „Wochenendhaus“ oder als „nur gelegentlich bewohnt“. Ebenso kennzeichnen Sie bitte die dazugehörigen Haushaltslisten, auch wenn sie evtl. von Ihnen selbst ausgefüllt worden sein sollten.

Wochenendhäuser und nur gelegentlich bewohnte Wohnungen

Bahnhofstraße 14: Hier haben wir ein Fabrikgrundstück vor uns. Was machen wir da? Zunächst müssen wir feststellen, ob ein Gebäude auf dem Gelände bewohnt ist. Wir sprechen mit dem Pfortner. Nein, es ist kein bewohntes Gebäude vorhanden, aber auf dem Gelände sind zwei verschiedene Firmen tätig, an die wir später je einen Arbeitsstättenbogen ausgeben müssen.

Fabrikgrundstück

Damit ist unser erster Rundgang beendet. Wir wissen nun in unserem Zählbezirk Bescheid, haben die Aufzählung der zum Zählbezirk gehörenden Grundstücke berichtet und laut Zählbezirksliste 9 Gebäudelisten verteilt. Eine Gebäudeliste liegt bereits ausgefüllt vor.

Ende des ersten Rundganges

Abschnitt IV: Das Austeilen der Haushaltslisten und Arbeitsstättenbogen

Das Austeilen der Haushaltslisten und Arbeitsstättenbogen beginnt am **30. Mai** und muß bis zum **5. Juni** beendet sein:

Beginn des Austeilens

Was wir bei der Volkszählung unter einem „Haushalt“ verstehen müssen, wollen wir Ihnen mit ein paar Worten klarmachen.

Personen, die zusammen wohnen und eine gemeinsame Hauswirtschaft führen, bilden einen Haushalt, also z. B. Ehepaare ohne Kinder oder mit Kindern, die mit ihrer verwitweten Mutter zusammenwohnende Tochter usw. Zum Haushalt rechnen auch die Personen, die am Zählungstichtag abwesend sind, normalerweise aber zum Haushalt gehören. Sie müssen in der Haushaltsliste angegeben werden. Zum Haushalt gehören ferner Wirtschaftserinnen, Gesellen, Lehrlinge, Pflegekinder und Altenteiler, wenn sie Kost und Wohnung erhalten. Weitere Erläuterungen finden Sie im **Schlagwortverzeichnis** unter dem Stichwort „Haushalte“.

Was ist ein „Haushalt“, wer gehört zum Haushalt und wer erhält eine Haushaltsliste?

Alleinstehende Personen, die als Untermieter wohnen oder in einer Wohnung allein leben, gelten auch als Haushalt und erhalten eine eigene Haushaltsliste. Achten Sie bitte darauf, daß jeder Untermieter eine eigene Haushaltsliste bekommt! Fragen Sie auch (besonders in größeren Städten), ob im Dachgeschoß bzw. in den Kellerräumen auch noch jemand wohnt.

Wer erhält einen Arbeitsstättenbogen?

Mit dem Arbeitsstättenbogen sollen alle vorhandenen Arbeitsstätten erfaßt werden. Es ist klar, daß in unserem Musterzählbezirk die Fabrik und die Tischler- ebenso wie die Schusterwerkstätte auf dem Grundstück Bahnhofstraße 2 (zeigen) einen Arbeitsstättenbogen erhalten.

Auf Schilder achten!

Achten Sie bitte auf Schilder an den Hauseingängen und Wohnungstüren! Wo ein Schild ist, ist auch eine Arbeitsstätte, z. B. das Büro eines Rechtsanwaltes oder Steuerberaters, eine Arztpraxis, eine Werkstatt, ein Laden und dergleichen mehr. Bei unserem Rundgang durch den Zählbezirk werden wir noch auf einige Zweifelsfälle zu sprechen kommen. Schauen Sie aber sicherheitshalber immer im **Schlagwortverzeichnis** nach.

Dieser kurze Überblick über die Aufgaben der Haushaltsliste und des Arbeitsstättenbogens soll vorerst genügen.

Vor dem Austeilen: Einsammeln der Gebäudelisten bei den Grundstückseigentümern

Nun also begeben wir uns wieder in unseren Zählbezirk, um die Haushaltslisten und Arbeitsstättenbogen zu verteilen. Bevor wir jedoch in einem Hause damit beginnen, holen wir beim Grundstücks- bzw. Gebäudeeigentümer oder -verwalter die ausgefüllte Gebäudeliste ab. Die Schwierigkeiten, die dabei auftreten können, sollen hier ganz kurz vorangeschickt werden.

Wir nehmen hierzu die folgenden Unterlagen mit:

Welche Zählpapiere sind mitzunehmen?

Zählermappe

Zählerausweis

Gebäudelisten (mit Merkblatt)

Haushaltslisten (mit Merkblatt)

Arbeitsstättenbogen

Begleitzettel mit Rechtsgrundlage (Drucksache Nr. 12)

Prüfmuster mit aufgedrucktem Prüfprogramm für den Zähler

a) für die Haushaltsliste

b) für die Gebäudeliste

c) für den Arbeitsstättenbogen

Zählbezirksliste (Entwurf)

Anschreiben für nicht anzutreffende Auskunftspflichtige (je nach örtlicher Regelung)

Leitfaden für den Zähler mit Schlagwortverzeichnis.

Für die Grundstücke Bahnhofstraße 1 und 2 wollen wir anschließend das Austeilen der Haushaltslisten und Arbeitsstättenbogen in aller Ausführlichkeit besprechen; deswegen überschlagen wir sie zunächst und beginnen mit Bahnhofstraße 5.

Bahnhofstraße 5: Der Hausmeister entschuldigt sich, er habe noch keine Zeit gefunden, die Gebäudeliste auszufüllen. Da wir für die Schule keine Haushaltslisten zu verteilen brauchen, hat die Ablieferung der Gebäudeliste noch Zeit. Wir vereinbaren, entweder in einigen Stunden oder aber am folgenden Tag noch einmal vorbeizukommen.

Gebäudeliste noch nicht ausgefüllt

Bei Behörden
Kontrollzettel
oder Arbeits-
stättenbogen

Den bei Ihrem ersten Besuch überreichten Arbeitsstättenbogen gibt Ihnen der Hausmeister schon jetzt unausgefüllt zurück und stattdessen einen von der Gemeindeverwaltung ausgefüllten und gestempelten **Kontrollzettel**. Das geht in Ordnung, da Arbeitsstätten von Behörden und behörden-ähnlichen Einrichtungen direkt von der Gemeindeverwaltung gezählt sind. Für Sie als Zähler ist nur wichtig zu wissen, daß Sie in solchen Arbeitsstätten **entweder** einen Kontrollzettel erhalten **oder** unbedingt auf Ausfüllung eines Arbeitsstättenbogens bestehen müssen! Wo Sie einen Kontrollzettel erhalten haben, setzen Sie in der Spalte 6 der Zählbezirksliste ein „K“ ein.

Austeilen ohne
ausgefüllte
Gebäudeliste

Bahnhofstraße 6: Der uns schon bekannte Grundstückseigentümer ist nicht da. So müssen wir die Haushaltslisten ohne unser Leitpapier verteilen. Wir beginnen im Erdgeschoß und geben an jeder Wohnungstür die erforderliche Anzahl Haushaltslisten ab. Den Namen des Empfängers notieren wir in der Zählbezirksliste. Wir tragen außerdem den Strich für „ausgeteilt“ ein. Hoffentlich haben wir keine Wohnung übersehen!

Vorweg
ausgefüllte
Gebäudeliste

Bahnhofstraße 8: Für dieses Gebäude liegt uns bereits eine ausgefüllte Gebäudeliste vor.

2. Wohnung im
Einfamilienhaus

Bahnhofstraße 9: Hier hatten wir beim ersten Gang niemanden angetroffen und die Gebäudeliste zusammen mit einem erklärenden Begleitschreiben in den Briefkasten gesteckt. Diesmal ist jemand zu Hause, und die Gebäudeliste ist sogar ausgefüllt. Wir bitten, ob wir die Liste durchsehen können und werden hereingebeten. Der Eigentümer hat auf der Rückseite nur eine einzige Wohnung angegeben, sich als Wohnungsinhaber und den Namen eines Untermieters eingetragen. Im Gespräch stellt sich heraus, daß der Untermieter — eine berufstätige Dame — eine **abgeschlossene Einliegerwohnung** bewohnt. Sie besteht aus zwei Räumen und einer kleinen Küche mit Wasserhahn, Ausguß und Elektrokoher ohne einen Wohnungsabschluß. Hier haben wir es mit einer Verwechslung zu tun, wie sie leicht vorkommt. Selbst wenn der Eigentümer eines solchen Gebäudes eine ganze Wohnung vermietet hat, wird er oft irrtümlich meinen, einen Untermieter und nicht einen Mieter im Hause zu haben. Auf der Rückseite der Gebäudeliste tragen wir die Mieterin in eine eigene Wohnungszeile ein und streichen sie als Untermieterin durch.

Die Bezeichnung des Gebäudes bei Frage 2 im Abschnitt B auf der Vorderseite als Einfamilienhaus ist ebenfalls falsch. Wir streichen das angekreuzte Kästchen samt dem darunter stehenden Wort „Einfamilienhaus“ durch und kreuzen stattdessen „Zweifamilienhaus“ an.

Bahnhofstraße 14: Noch von unserem ersten Rundgang wissen wir, daß wir zwei Arbeitsstättenbogen ausgeben müssen. Wir bitten den Pförtner, je einen Arbeitsstättenbogen an die beiden Firmen weiterzuleiten und mitzuteilen, daß wir sie am ... wieder abholen wollen.

Immer zuerst die
Gebäudeliste
ausfüllen lassen!

Diese und noch andere Schwierigkeiten kann der Zähler beim Abholen der Gebäudelisten erleben. Beim Austeilen und Einsammeln der Haushaltslisten und Arbeitsstättenbogen entstehen andere Schwierigkeiten, deswegen ist es klüger, nicht alle Erhebungsbogen auf einmal zu verteilen. Auf jeden Fall ist es ein großer Vorteil, wenn man sich beim Austeilen der Haushaltslisten und Arbeitsstättenbogen auf eine ausgefüllte Gebäudeliste stützen kann. Deswegen: **Immer zuerst die Gebäudeliste ausfüllen lassen!** Nun wollen wir das Austeilen und Einsammeln der Haushaltslisten und Arbeitsstättenbogen auf den Grundstücken Bahnhofstraße 1 und 2 kurz durchgehen.

Abholen und
Prüfen der
Gebäudeliste

Bahnhofstraße 1: Zuerst suchen wir den Gebäudeeigentümer auf, um die ausgefüllte Gebäudeliste abzuholen. Bei der Durchsicht der Liste stellen wir fest, daß im Abschnitt B bei verschiedenen Fragen kein Kästchen angekreuzt ist. Das müssen wir sogleich nachholen. Wir vermerken in der Zählbezirksliste, daß wir die Gebäudeliste zurückerhalten haben. Nach dieser Prüfung der Gebäudeliste beginnen wir mit dem Austeilen der Haushaltslisten und Arbeitsstättenbogen gleich beim Gebäudeeigentümer. Wir fragen also: **wieviele Haushalte in seiner Wohnung leben.** Nur einer, behauptet der Hausbesitzer, nämlich seine Frau und er. Allerdings hätte er noch einen Untermieter, aber das wäre wohl kein Haushalt. Daß der Untermieter vom Standpunkt der Statistik doch ein eigener Haushalt ist, brauchen wir dem Hausbesitzer nicht zu erklären. Wir geben ihm einfach eine Haushaltsliste für seinen eigenen Haushalt und eine weitere für seinen Untermieter, tragen seinen Namen und den des Untermieters in die Zählbezirksliste ein und vermerken in Spalte 5 den Schrägstrich für „ausgeteilt“.

Abhaken der
Gebäudeliste

1. Frage beim
Austeilen der
Haushaltslisten
und Arbeits-
stättenbogen

Untermieter
in der
Gebäudeliste
nachtragen!

Der Untermieter erhält ferner die Drucksache Nr. 12 — der Hausbesitzer hat sie ja bereits zusammen mit der Gebäudeliste erhalten. Außerdem vermerken wir auf der Rückseite der Gebäudeliste in Spalte 5 den Namen des **Untermieters** in der schraffierten Zeile unter dem Namen des Wohnungsinhabers. Die Namen der Untermieter sind grundsätzlich vom Zähler in den schraffierten Zeilen nachzutragen, da der Gebäudeeigentümer nicht unbedingt alle Untermieter kennt. Sind in einer Wohnung mehr als 3 Untermieter vorhanden, so tragen Sie diese bitte in schraffierten Zeilen weiter unten ein, aber so, daß deutlich erkennbar ist, zu welchem Wohnungsinhaber sie gehören.

2. Frage beim
Austeilen der
Haushaltslisten
und Arbeits-
stättenbogen

Unsere zweite Frage, die wir an jeder Wohnungstür stellen müssen, lautet: **„Befindet sich in dieser Wohnung eine Arbeitsstätte?“** Der Hausbesitzer beantwortet sie mit „nein“. Wir vereinbaren noch einen Abholtermin und gehen zur nächsten Wohnung.

An allen Wohnungstüren fragen wir, ob außer dem Wohnungsinhaber noch Untermieter in der Wohnung leben, und ob eine Arbeitsstätte vorhanden ist.

Arbeitsstätte in
der Wohnung

Im ersten Stock unterhält ein Mieter in seiner Wohnung eine Schneiderwerkstatt, wie wir an dem Schild neben der Wohnungstür erkennen. Der Hauseigentümer hatte in Sp. 5 auf der Rückseite der Gebäudeliste lediglich den Namen des Wohnungsinhabers eingetragen, aber in Spalte 4 keinen Hinweis auf die Arbeitsstätte gegeben. In verschiedenen Wohnungen treffen wir niemanden an. Hier richten wir die beiden Fragen an den Nachbarn und werfen die erforderlichen Haushaltslisten zusammen mit einem erklärenden Anschreiben, das wir schon kennen, in den Briefkasten.

Wie werden
Mitglieder
ausländischer
Streitkräfte
gezählt?

In einer Wohnung im 2. Stock, so wird uns gesagt, wohnt ein amerikanischer Unteroffizier mit seiner Familie. Diese Familie braucht keine Haushaltsliste auszufüllen. Wir notieren auf der Vorderseite einer leeren Haushaltsliste den Namen der Familie, geben die Zahl der Personen an und kennzeichnen sie außerdem durch ein großes „A“, das bedeutet „Ausländische Streitkräfte“. Ein großes „A“ tragen wir auch auf der Rückseite der Gebäudeliste in die Spalte „Bemerkungen“ ein, und zwar hinter dem Namen der amerikanischen Familie. Wir fragen auch noch einmal ausdrücklich, ob in der Wohnung nicht etwa auch eine deutsche Hausangestellte wohnt, denn in diesem Falle müßten wir von der Hausangestellten eine Haushaltsliste ausfüllen lassen. Unsere Frage wird jedoch verneint.

Führung der
Zählbezirksliste

Für jede ausgeteilte Haushaltsliste und jeden ausgeteilten Arbeitsstättenbogen vermerken wir den Empfänger in Spalte 3 und das Zeichen „ausgeteilt“ (/) in Spalte 5 bzw. 6 der Zählbezirksliste. Um später nicht den Überblick über die ausgeteilten und eingesammelten Erhebungsbogen zu verlieren, ist es unbedingt ratsam, die Zählbezirksliste sorgfältig zu führen. Sie wird Ihr **wichtigstes Hilfsmittel** beim Einsammeln sein.

Im zweiten Stock angelangt stellen wir fest, daß mehr Wohnungen vorhanden sind, als der Eigentümer in die Gebäudeliste eingetragen hat. Er hätte seine Eintragungen in einem zweiten Exemplar der Gebäudeliste fortsetzen müssen.

Wir teilen aber trotzdem auch in den übrigen Wohnungen Haushaltslisten aus und gehen auf dem Rückweg noch einmal beim Gebäudeeigentümer vorbei und händigen ihm eine zweite Gebäudeliste aus mit der Bitte, auch die übrigen Wohnungen einzutragen. Auf der Vorderseite braucht er natürlich nur die Frage A 1 noch einmal zu beantworten.

Bahnhofstraße 2: Auf diesem Grundstück hatten wir bei unserem ersten Gang durch den Zählbezirk die Gebäudeeigentümerin nicht angetroffen und die Gebäudeliste so gut es ging selber ausgefüllt. Hier müssen wir also besonders gut aufpassen, daß wir keine Wohnung übersehen, wie es z. B. bei Keller- und Dachwohnungen ziemlich leicht passieren kann. Wir fragen also noch einmal, ob im Keller und auf dem Boden noch jemand wohnt und gehen sicherheitshalber noch einmal die Bodentreppe hinauf. Aber es sind keine Keller- und Dachwohnungen vorhanden. Beim Austeilen der Erhebungsbogen treten weiter keine Schwierigkeiten auf, nur von einer Familie wird uns berichtet, daß sie sich z. Z. auf einer längeren Urlaubsreise befindet. Wir legen sogleich eine provisorische Haushaltsliste für diese Familie an und tragen alles ein, was uns der Nachbar sagen kann, also Zahl der Personen, Geschlecht, Stellung zum Haushaltsvorstand und noch einige Angaben mehr. Auf der Vorderseite der Liste vermerken wir deutlich: „Vom Zähler ausgefüllt, ganze Familie verreist, voraussichtliche Rückkehr in 3 Wochen.“ Bevor wir das Grundstück verlassen, haben wir aber noch Arbeitsstättenbogen an die Tischlerwerkstatt und die Schuhmacherei auf dem Hof auszugeben, von denen wir schon bei unserem ersten Besuch gehört haben.

Das Austeilen der Erhebungsbogen in den übrigen zum Zählbezirk gehörenden Gebäuden wollen wir nicht weiter verfolgen, sondern gleich zum Einsammeln übergehen.

Hat ein Gebäude mehr als 10 Wohnungen, müssen mehrere Gebäudelisten ausgeben werden

Auf Keller- und Dachwohnungen aufpassen!

Familie verreist!

Abschnitt V: Das Einsammeln der Haushaltslisten und Arbeitsstättenbogen

Für das Ausfüllen der Erhebungsbogen stehen der Bevölkerung einige Tage zur Verfügung. Mit dem Einsammeln können Sie jedoch schon am 6. Juni beginnen. Bis zum 10. Juni sollten Sie alle Erhebungsbogen beisammen haben.

Beim Einsammeln kommt es sehr darauf an, alle Leute anzutreffen. Sie richten es am besten so ein, daß Sie mit dem Einsammeln immer erst am späten Nachmittag beginnen, das ist die günstigste Zeit. Sie müssen allerdings auch verstehen, daß z. B. Berufstätige, die gerade von der Arbeit nach Hause gekommen sind, nicht entzückt sein werden, wenn Sie nach der Haushaltsliste fragen. Das ist nur natürlich. Andererseits ist es aber doch besser, nachmittags zu gehen als manche Familie zwei- und dreimal aufzusuchen.

Welche Unterlagen nehmen wir beim Einsammeln mit? Auf jeden Fall müssen wir die Zählbezirksliste mitnehmen, ferner die ausgefüllten Gebäudelisten, die drei Prüfmuster für den Zähler (Gebäudeliste, Haushaltsliste, Arbeitsstättenbogen mit rotem Aufdruck), einige leere Haushaltslisten und Arbeitsstättenbogen, den Zählerausweis und den Leitfaden für den Zähler mit Schlagwortverzeichnis.

Kontrollieren Sie beim Einsammeln bitte noch einmal, ob Ihnen beim Austeilen nicht doch ein Gebäude, eine Wohnung oder eine Arbeitsstätte entgangen ist und achten Sie darauf, daß Sie alle ausgeteilten Erhebungsbogen ausgefüllt wieder zurückbekommen. Am besten vermerken Sie für jeden ausgeteilten Erhebungsbogen in den Kontrollspalten der Zählbezirksliste, daß Sie ihn zurück- erhalten haben.

Es ist klar, daß nicht jeder seine Haushaltsliste richtig und vollständig ausfüllen wird. Einige Leute werden immer Erhebungsbogen abliefern, die unvollständig, unleserlich oder falsch ausgefüllt sind. Nehmen Sie solche Bogen nicht gleich mit nach Hause, Sie fahren am besten, wenn Sie an der Wohnungstür höflich fragen, ob Sie den ausgefüllten Bogen gleich einmal durchsehen könnten, da Sie wegen eventueller geringfügiger Ergänzungen nicht noch einmal stören möchten. Das wird in den seltensten Fällen abgeschlagen.

Sehen Sie den Bogen dann aufmerksam durch und prüfen Sie, ob er vollständig und richtig ausgefüllt ist. Nehmen Sie dabei die entsprechenden Prüfmuster für den Zähler zur Hand. Bei früheren Zählungen hat sich gezeigt, daß immer wieder die gleichen Fehler gemacht werden. Auf solche häufig vorkommenden Fehler wird in den Prüfmustern für Gebäudeliste, Haushaltsliste und Arbeitsstättenbogen durch roten Aufdruck hingewiesen. (Die drei Prüfmuster hochhalten und vorzeigen.)

Bahnhofstraße 1: Wir beginnen wieder im Haus Bahnhofstraße 1, und zwar beim Gebäudeeigentümer im Erdgeschoß. Hier nehmen wir die zweite Gebäudeliste in Empfang und zwei Haushaltslisten, die des Eigentümers und die des Untermieters.

Wir ziehen unser Prüfmuster hervor und sehen die Haushaltslisten gleich durch. Bitte nehmen Sie alle die Haushaltsliste mit rotem Aufdruck zur Hand und verfolgen Sie die Prüfung im einzelnen.

Zeitraum für das Einsammeln

Die günstigste Zeit für das Einsammeln

Beim Einsammeln benötigte Unterlagen (vorzeigen)

Vollständige Erfassung unbedingt notwendig

Prüfung der Erhebungsbogen an Ort und Stelle

Häufig vorkommende Fehler

Prüfmuster (Haushaltsliste) für den Zähler

Vorderseite:

- (1) Ist für jede zum Haushalt gehörende Person auf der Innenseite eine Spalte ausgefüllt? Beim Gebäudeeigentümer muß hier in dem vorgedruckten Kästchen eine 2 eingetragen und auf der Innenseite müssen zwei Spalten ausgefüllt sein. In der Liste des Untermieters muß eine Person angegeben und dafür eine Spalte ausgefüllt sein. **Durch diesen Vergleich stellen wir fest, ob die Angaben für alle Personen gemacht worden sind.**
- (2) Hauptmieter und Eigentümer von Wohnungen haben auf der Vorderseite der Haushaltsliste noch anzugeben, ob weitere Haushalte in der Wohnung wohnen. Hier hat unser Gebäudeeigentümer seinen Untermieter eingetragen, obwohl er sich immer noch nicht damit abfinden kann, daß sein Untermieter einen eigenen „Haushalt“ bildet.

Alle Personen erfaßt?

Weitere Haushalte in der Wohnung

Innenseite:

- (3) Die mit einem roten Balken gekennzeichneten Fragen müssen für **alle Personen** beantwortet sein. Wir stellen fest, daß Frage 10 „Haben Sie noch anderswo weiteren Wohnraum?“ in beiden Haushaltslisten nicht angekreuzt ist. **Die Beantwortung der Fragen 10 und 11 ist für die Genauigkeit der Zählung von allergrößter Wichtigkeit.** Wir müssen zur Kontrolle immer noch einmal ausdrücklich fragen, ob ein Haushaltsmitglied weiteren Wohnraum hat oder zum Zeitpunkt der Zählung zufällig verreist oder sonst abwesend ist. Ohne diese genauen Feststellungen passiert es zu leicht, daß Personen, die zwei Wohnsitze haben, oder sich gerade an einem anderen Ort aufhalten, zweimal gezählt werden. Wir haben noch eine weitere Kontrollmöglichkeit. Wenn

Fragen nach weiterem Wohnraum und abwesenden Haushaltsmitgliedern (Fragen 10 u. 11)

	nämlich auf die Frage 17 „Wo arbeiten Sie?“ eine andere weit entfernte Gemeinde angegeben ist, hat die betreffende Person dort in den meisten Fällen weiteren Wohnraum und die Fragen 10, 10 a und 10 b müssen beantwortet sein. Achten Sie bitte auch auf solche Fälle!
Genaue Angabe des Berufs	(4) Viele Leute geben bei Frage 18 ihren Beruf nicht genau an. Das ist bei der Auswertung sehr hinderlich. Lassen Sie ungenaue Angaben nicht durchgehen.
Weg zur Schule	(5) Häufig wird auch übersehen, daß die Fragen 22 bis 24 auch für Schüler von sechs Jahren an zu beantworten sind. Denken Sie bei Familien mit schulpflichtigen Kindern bitte daran.
Zähler hilft beim Ausfüllen	In den Haushaltslisten unseres Gebäudeeigentümers und seines Untermieters haben wir nicht viele Irrtümer gefunden. Es dürften sich aber nicht alle Hausbewohner so viel Mühe gegeben haben wie er. Schon in der nächsten Wohnung treffen wir auf ein altes Ehepaar, das mit der Ausfüllung nicht zurecht gekommen ist. Hier ist es das beste, wenn wir jede einzelne Frage stellen und die Antwort selbst eintragen. Hier brauchen wir natürlich nicht mehr zu prüfen.
Familien mit mehr als 6 Personen brauchen 2 Haushaltslisten	Bei einer großen Familie im ersten Stock erhalten wir eine sehr sorgfältig für sechs Personen ausgefüllte Liste. Auf der Vorderseite sind jedoch sieben Personen angegeben. Auf unsere Frage erfahren wir, daß für ein Kind ja kein Platz mehr frei gewesen wäre. Wir tragen die Angaben für das vergessene Kind in eine zweite Liste ein. Es wäre allerdings einfacher gewesen, schon beim Austeilen zu erfragen, wieviele Personen zum Haushalt gehören und gleich zwei Listen auszugeben.
Haushaltsliste beim Nachbarn abgeben	An der Nachbarwohnung klingeln wir vergeblich, offenbar ist niemand zu Hause. Doch halt, da ist ein Zettel befestigt: „An den Zähler: Die Haushaltsliste habe ich beim Nachbarn abgegeben.“ Es gibt auch nette Leute, die dem Zähler einen zweiten Weg ersparen wollen!
Untermieter nicht angegeben?	Die Haushaltsliste ist tatsächlich bei der Nachbarin abgegeben, sie übergibt sie uns zusammen mit ihrer eigenen. Wir stellen jedoch schon nach kurzer Durchsicht fest, daß die abgegebene Liste nur mangelhaft ausgefüllt ist. Wir fragen die Nachbarin, wann Frau Schulze anzutreffen ist, und bitten ihr auszurichten, daß wir noch einmal vorbeikommen würden, um einige Zweifelsfragen zu klären. Auf unsere Frage, ob denn Frau Schulze allein in der großen Wohnung wohnt, macht die Nachbarin ein verlegenes Gesicht und behauptet, dies nicht genau sagen zu können. Auch das haben wir also noch zu klären.
Prüfung der Eintragungen im Arbeitsstättenbogen	Außer den beiden Haushaltslisten erhalten wir noch den vom Schneidermeister ausgefüllten Arbeitsstättenbogen. Wir vergleichen ihn mit dem Prüfbogen und stellen keine Fehler fest. Da der Arbeitsstättenbogen für Handwerker sehr leicht auszufüllen ist, ist dies nicht weiter verwunderlich. Haben Sie in Ihrem Zahlbezirk eine größere Arbeitsstätte, so prüfen Sie bitte, ob in dem ausgefüllten Arbeitsstättenbogen auch wirklich nur die in dieser Arbeitsstätte beschäftigten Personen angegeben sind. Evtl. vorhandene ausgelagerte Arbeitsstätten, wie Büros, Lagerplätze, Garagen und dergleichen, erhalten einen eigenen Arbeitsstättenbogen , wenn dort mindestens eine Person ständig beschäftigt ist.
Besuch auf der Innenseite eingetragen	Wir gehen weiter in den zweiten Stock. Dort haben wir Pech. In der ersten Wohnung ist der Bogen des Untermieters noch nicht ausgefüllt. Der Untermieter ist schon für das Wochenende zu seiner Familie gefahren und kommt erst am Montag wieder. Aha, hier haben wir einen Mann mit zwei Wohnsitzen. Wir notieren uns einen Hinweis darauf in unsere Zahlbezirksliste, Spalte „Bemerkungen“. Wir werden gebeten, am Montag noch einmal vorbeizukommen. Es zeichnet sich schon ab, daß wir noch einmal in den Zahlbezirk gehen müssen, um ausstehende Erhebungsbogen einzusammeln, aber das war zu erwarten. In der zweiten Wohnung wohnt die Familie des amerikanischen Unteroffiziers. Da wir die Angaben schon haben, können wir diese Wohnung überschlagen. In der dritten Wohnung klappt alles wie am Schnürchen. Wir werden hereingebeten und sehen die schon ausgefüllte Haushaltsliste durch. Neben Vater, Mutter und Tochter ist noch die Schwiegermutter eingetragen, und zwar auf der Innenseite. Sie hat weiteren Wohnraum und geht von dort aus zur Arbeit, wie zu Frage 10 eingetragen ist. Der gleiche Ort ist zu Frage 17 „Anschrift der Arbeitsstätte“ angegeben. Die Schwiegermutter arbeitet also in einer ganz anderen Stadt. Wir fragen, ob sie ständig hier wohnt. Nein, sie verbringt nur ihren Urlaub bei ihren Kindern. Nun ist es klar, die Schwiegermutter darf gar nicht auf der Innenseite eingetragen werden. Dort sind nur Angaben von Personen zu machen, die ständig zum Haushalt gehören. Wir füllen nach den Angaben den Abschnitt VIII für vorübergehend Anwesende auf der Rückseite aus und streichen die Eintragungen für die Schwiegermutter auf der Innenseite durch.
Verhalten bei Auskunftsverweigerung	In der ersten Wohnung im dritten Stock öffnet ein sehr unfreundlicher Herr, der uns erzählt, daß ihn die Volkszählung nicht interessiert. Er gebraucht noch einige andere unfeine Ausdrücke und weigert sich endlich, eine Haushaltsliste auszufüllen. Wir hören dies alles mit Geduld an. Bloß nicht aufregen! Wir weisen darauf hin, daß jeder eine Haushaltsliste auszufüllen hat, weil es vom Bundestag in einem Gesetz so angeordnet worden ist. Zur Bekräftigung zeigen wir ihm den Begleitzettel mit den Hinweisen auf das Volkszählungsgesetz (Drucksache Nr. 12). Wir er bieten uns auch — falls er mit der Haushaltsliste etwa nicht zurechtkomme — beim Ausfüllen zu helfen. Wenn alles dies nichts nützt, versehen Sie bitte eine leere Haushaltsliste mit Namen und Anschrift des betreffenden Haushalts und vermerken darauf: „Auskunft verweigert.“ Lassen Sie sich auf keinen Fall in eine hitzige Diskussion ein, drohen Sie auch keine Strafen an. Alles weitere veranlaßt die Zählungsdienststelle. In den beiden anderen Wohnungen im dritten Stock traten weiter keine Schwierigkeiten auf, so daß wir das Einsammeln nun in den übrigen Häusern des Zahlbezirks fortsetzen können. Wir wollen hier abbrechen und das Einsammeln der restlichen Listen nicht weiter verfolgen, sondern eine Pause von 15 Minuten einlegen.

— Pause —

Abschnitt VI: Abschlußarbeiten nach dem Einsammeln

Nach dem Einsammeln müssen wir uns zu Hause noch ein bis zwei Stunden hinsetzen, um zu prüfen, ob wir auch wirklich alle Erhebungsbogen bekommen haben, ob die Bogen alle gut ausgefüllt sind und um sie in eine übersichtliche Ordnung zu bringen.

Wir wollen die einzelnen Schritte hier nur kurz besprechen und dann ein paar Erhebungsbogen an Hand eines erdachten Beispiels selber ausfüllen. Im Leitfaden für den Zähler sind die Abschlußarbeiten genau beschrieben. Lesen Sie bitte dort noch einmal nach!

- (1) Zu allererst müssen wir die Erhebungsbogen ordnen. Wir beginnen mit den Gebäudelisten und legen sie in der Reihenfolge hintereinander, wie die Gebäude (Grundstücke) in der Aufzählung der zum Zählbezirk gehörenden Grundstücke auf der Zählbezirksliste eingetragen sind. In dieser Reihenfolge erhalten die Gebäudelisten fortlaufende Nummern, z. B. von 1 bis 10. Mußten für ein Gebäude — wie z. B. bei Bahnhofstraße 1 — zwei Gebäudelisten ausgefüllt werden, so erhält die zweite Liste keine eigene, sondern die gleiche Nummer wie die erste Liste. Zur Unterscheidung hängen wir an die Nummer der ersten Liste noch ein kleines „a“ und an die Nummer der zweiten Liste ein kleines „b“ an. Wenn wir für einen Haushalt zwei Haushaltslisten ausgeben mußten, erhalten beide übrigens auch die gleiche Nummer mit dem Zusatz klein „a“ bzw. klein „b“.
- (2) Wenn die Gebäudelisten ihre Nummern erhalten haben, legen Sie bitte alle in einem Gebäude eingesammelten Haushaltslisten und Arbeitsstättenbogen in die zugehörige Gebäudeliste ein und vermerken auf diesen die Nummer der zugehörigen Gebäudeliste, z. B. 3a. Sodann ordnen Sie bitte die Haushaltslisten in der Reihenfolge, wie die Wohnungsinhaber und Untermieter auf der Rückseite der Gebäudeliste in Spalte 5 eingetragen sind.
- Auch die Arbeitsstättenbogen werden innerhalb der zugehörigen Gebäudeliste in der Reihenfolge geordnet, wie die Arbeitsstätten in den Spalten 4 und 5 auf der Rückseite der Gebäudeliste eingetragen sind. Da Gebäudelisten nur für bewohnte Gebäude vorliegen, müssen wir die Bogen für Arbeitsstätten in unbewohnten Gebäuden erst einmal beiseite legen.
- Wir haben so die Ordnung hergestellt, die wir später für das Numerieren brauchen. Die Numerierung selbst wollen wir jedoch erst am Schluß vornehmen, nachdem wir die Erhebungsbogen noch einmal überprüft haben.
- (3) Das Ordnen der Erhebungsbogen läßt sich sehr gut mit der Vollzähligkeitskontrolle verbinden. Kontrollieren Sie also bitte noch einmal, ob für jede auf der Rückseite der Gebäudeliste angegebene Wohnung die Haushaltsliste des Wohnungsinhabers vorliegt.
- Wenn Sie die Haushaltsliste gefunden haben, sehen Sie nach, ob auf ihrer Vorderseite Untermieter angegeben sind. Ist dies der Fall, muß für jeden Untermieter ebenfalls eine Haushaltsliste vorhanden sein. Außerdem muß der Name des Untermieters auf der Rückseite der Gebäudeliste in Spalte 5 unter dem Namen des Wohnungsinhabers vermerkt sein. Vervollständigen Sie bitte auch die Eintragungen der Untermieter auf der Rückseite der Gebäudeliste.
- Um ganz sicher zu gehen, haken wir jede kontrollierte Haushaltsliste in Spalte 5 der Zählbezirksliste ab. Am Schluß dieser Kontrolle wissen wir, daß die Eintragungen auf der Rückseite der Gebäudelisten mit denen in der Zählbezirksliste übereinstimmen.
- (4) Da beim Einsammeln die Zeit für eine Durchsicht der Erhebungsbogen auf Eintragungsfehler im allgemeinen nur knapp bemessen ist, müssen wir Sie bitten, jede Gebäudeliste, jede Haushaltsliste und jeden Arbeitsstättenbogen noch einmal vorzunehmen und in Ruhe zu überprüfen. Benutzen Sie hierzu wieder die Prüfmuster und achten Sie vor allem auf die häufig vorkommenden Fehler.
- Wenn Sie bei der Prüfung Unstimmigkeiten oder fehlende Angaben entdecken, die Sie nicht selber klären können, müssen Sie denjenigen noch einmal aufsuchen, von dem Sie die Angaben erhalten haben, um die Angaben berichtigen oder ergänzen zu können.
- (5) Nach diesen Prüfungen können wir auch die Haushaltslisten und Arbeitsstättenbogen numerieren. Wir beginnen mit der Numerierung der Haushaltslisten von Gebäudeliste Nr. 1. Diese erhalten z. B. die Nummern von 1 bis 12. Die Haushaltslisten der Gebäudeliste Nr. 2 erhalten die folgenden Nummern, z. B. von 13 bis 20, und so werden alle Haushaltslisten innerhalb des Zählbezirks fortlaufend durchnumeriert.
- Wenn Ihnen jemand seine Haushaltsliste oder seinen Arbeitsstättenbogen in einem verschlossenen Umschlag ausgehändigt hat, so dürfen Sie diesen Umschlag nicht öffnen. Ordnen Sie den verschlossenen Umschlag bitte mit ein und vermerken auf ihm die Nummer, die die darin befindliche Haushaltsliste oder der darin befindliche Arbeitsstättenbogen bekommen muß. Das geht natürlich nur, wenn Sie den Namen des Ausfüllenden auf dem Umschlag oder in der Zählbezirksliste vermerkt haben.
- Sofort nachdem wir einer Haushaltsliste ihre Nummer gegeben haben, tragen wir die gleiche Nummer auf der Rückseite der Gebäudeliste in Spalte 10 ein, und zwar in die Zeile des betreffenden Wohnungsinhabers oder Untermieters. Da wir uns beim Ordnen der Haushaltslisten nach der Gebäudeliste gerichtet haben, müssen die in Spalte 10 eingetragenen Haushaltslistennummern ebenfalls fortlaufend sein.
- Da wir einmal beim Übertragen sind, übertragen wir auch gleich die Zahl der zum Haushalt gehörenden Personen, getrennt nach dem Geschlecht, und zwar in Spalte 13 der Zählbezirkslisten die männlichen und in Spalte 14 der Zählbezirkslisten die weiblichen Personen. Die Summe von männlichen und weiblichen Personen muß mit der auf der Vorderseite der Haushaltslisten rechts unten eingetragenen Zahl übereinstimmen. Diese ist in Spalte 11 auf der Rückseite der Gebäudelisten zu übertragen.
- Wir müssen hier aber aufpassen, daß wir nicht die Zeilen verwechseln und Haushaltslistennummer und Personenzahl hinter den falschen Namen schreiben. Um das zu vermeiden, ist es notwendig, die Erhebungsbogen wirklich sorgfältig zu ordnen. Für die Spalten 10 und 11 auf der Rückseite der Gebäudelisten sind anschließend die Summen zu bilden und in die beiden unten vorgesehenen Kästchen einzutragen. Bei Gebäuden mit mehr als zehn Wohnungen ist die Summe für sämtliche Wohnungen auf der zweiten, der b-Liste, zu bilden.
- Ebenso sind die Spalten 13 bzw. 14 der Zählbezirkslisten zu summieren. Die Summe ist in die unten auf der Liste gekennzeichneten Kästchen einzutragen.
- Zur Kontrolle, ob Sie die Eintragungen der Personen in der Gebäudeliste und in der Zählbezirksliste richtig und vollständig vorgenommen haben, zählen Sie zunächst die auf der Zählbezirksliste ermittelten Summen der männlichen und weiblichen Personen zusammen und tragen sie in das dort vorgesehene Kästchen ein. Jetzt notieren Sie sich auf einem Zettel für alle Gebäude des Zählbezirks die Summen der in den Gebäudelisten eingetragenen Personen aus Spalte 11 untereinander. Zählen Sie diese Zahlen zusammen. Die sich hier ergebende Summe muß mit der aus der Zählbezirksliste ermittelten Summe der Spalten 13 und 14 übereinstimmen.
- Das gleiche wiederholt sich bei den Arbeitsstättenbogen. Wir beginnen wieder mit den Arbeitsstättenbogen von Gebäudeliste Nr. 1 und numerieren innerhalb des ganzen Zählbezirks fortlaufend durch bis zu den Arbeitsstättenbogen der letzten Gebäudeliste. Die letzten Nummern

Ordnen der Gebäudelisten; Numerierung

a-Listen und b-Listen

Ordnen der Haushaltslisten

Ordnen der Arbeitsstättenbogen

Vollzähligkeitskontrolle an Hand der Gebäudeliste

Liegt für jeden Untermieter eine Haushaltsliste vor?

Prüfen der Eintragungen an Hand der Prüfmuster

Rückfragen bei falschen und fehlenden Angaben

Numerieren der Haushaltslisten

Zählpapiere im verschlossenen Umschlag mitzählen!

Übertragung der Haushaltslistennummer in Spalte 10 der Gebäudeliste

Übertragung der Zahl der zum Haushalt gehörenden Personen in Spalte 13 bzw. 14 der Zählbezirksliste und in Spalte 11 der Gebäudeliste

Kontrolle der Personen-Eintragungen

Numerieren der Arbeitsstättenbogen

Kontrollzettel
mitzählen!

erhalten die Bogen der Arbeitsstätten in **nicht bewohnten** Gebäuden, für die **keine Gebäudeliste** vorgelegt werden muß.

Reinschrift der
Zählbezirksliste

Der Kontrollzettel, den wir vom Hausmeister der Schule an Stelle eines Arbeitsstättenbogens erhalten haben, wird mit einsortiert und erhält die Nummer, die sonst der Arbeitsstättenbogen erhalten hätte.

Vergleich zwischen
Erstschrift und
Zweitschrift
der Zählbezirks-
liste

- (6) Nun haben wir noch eine Reinschrift der Zählbezirksliste anzufertigen. Dazu benutzen Sie bitte die noch unbeschriebene Zählbezirksliste (Reinschrift). Sie dürfen aber die **erste Zählbezirksliste hierbei nicht einfach abschreiben**. Sie nehmen die Gebäudeliste Nr. 1 Ihres Zählbezirks mit den dazugehörigen Haushaltslisten und Arbeitsstättenbogen. Jeder Erhebungsbogen wird in eine Zeile der Zählbezirksliste (Reinschrift) eingetragen, zuerst für die Gebäudeliste Nr. 1 die Anschrift des Gebäudes in Spalte 1, Spalte 2 bleibt frei, der Name des Gebäudeeigentümers in Spalte 3, das Zeichen für „eingesammelt“ in Spalte 4, vorhandene Bemerkungen, wie z. B. „vom Zähler ausgefüllt“, in Spalte 8 und die Nr. 1 der Gebäudeliste in Spalte 9. In die zweite Zeile werden die Angaben für die Haushaltsliste Nr. 1 eingetragen. Die Nummer der Haushaltsliste ist in Spalte 10 einzusetzen, außerdem ist in Spalte 13 bzw. 14 die Zahl der in der Haushaltsliste eingetragenen Personen zu übernehmen. Sind alle zur Gebäudeliste Nr. 1 gehörenden Erhebungsbogen (Haushaltslisten, Arbeitsstättenbogen und evtl. Anstaltslisten) übertragen, kommt Gebäudeliste Nr. 2 mit ihren Erhebungsbogen an die Reihe. Die Übertragung ist erst beendet, wenn Sie den letzten Erhebungsbogen in die Reinschrift eingetragen haben. Zum Schluß vergleichen Sie bitte die Eintragungen des Entwurfs der Zählbezirksliste mit der Reinschrift und prüfen, ob Sie auch keinen Empfänger vergessen haben.

Zählen Sie unabhängig von den in der Zählbezirksliste (Entwurf) ermittelten Summen die Spalten 13 bzw. 14 in der Zählbezirksliste (Reinschrift) nochmals zusammen. Die Summen müssen mit den auf der Zählbezirksliste (Entwurf) ermittelten übereinstimmen.

Summe der aus-
geteilten und
eingesammelten
Erhebungsbogen

Als letztes ermitteln wir die Summen der im ganzen Zählbezirk ausgeteilten und eingesammelten Erhebungsbogen. Zu diesem Zweck zählen wir die in den Spalten 4 bis 6 der Zählbezirksliste (Reinschrift) eingetragenen Kreuze spaltenweise zusammen und vermerken die Summe in den vorgesehenen Kästchen am Ende der Spalte. Dabei dürfen die bei Gebäuden mit mehr als zehn Wohnungen zusätzlich ausgegebenen Gebäudelisten (hinter der Gebäudelistennummer mit „b“ gekennzeichnet) und die für Haushalte mit mehr als sechs Personen ausgegebenen zusätzlichen Haushaltslisten (hinter der Nummer der Haushaltsliste mit „b“ gekennzeichnet) **nicht mitgezählt werden**. Solche b-Listen gelten nicht als eigene Erhebungsbogen, sondern nur als Erweiterung der Gebäude- bzw. Haushaltsliste. Daher erhalten sie auch keine eigene, sondern die Nummer der ersten Liste mit dem Zusatz klein „b“ dahinter.

b-Listen zählen
nicht mit!

Mitgezählt werden jedoch: In Spalte 6 die Kontrollzettel, für die ein „K“ eingetragen wurde, sowie die Erhebungsbogen, die in verschlossenen Umschlägen abgeliefert wurden, und für die das Kreuz (X) für „eingesammelt“ vorhanden sein muß.

Die Summe der Gebäudelisten muß daher mit der höchsten Gebäudelistennummer übereinstimmen. Das gleiche gilt auch für die Haushaltslisten und Arbeitsstättenbogen.

Hinweis auf
die Hilfsmittel

Mehr als das will ich Ihnen über das Zählen, die Zählpapiere und die Abschlußarbeiten nicht berichten. Es ist wirklich nicht ganz einfach, sich diese Masse von Tatsachen zu merken. Ich wollte Ihnen nur einen Überblick geben. Das Wesentliche in ähnlicher Form finden Sie in dem „Leitfaden für den Zähler“ und können es dort nachlesen. Außerdem können Sie bei jeder Zweifelsfrage im Schlagwortverzeichnis nachsehen oder in der Zählungsdienststelle anrufen. Natürlich können wir auch jetzt schon auf Dinge eingehen, die Ihnen während des Vortrages nicht klar geworden sind. Wünscht jemand weitere Auskünfte?

— Aussprache —

Im Anschluß an die Aussprache zwei verschiedene Beispiele für Gebäudeliste, Haushaltsliste und Arbeitsstättenbogen so verteilen lassen, daß nebeneinander sitzende Zähler verschiedene Beispiele erhalten und die Zähler bitten, für ihr Beispiel Erhebungsbogen auszufüllen. Hierzu ist etwa 20 Minuten Zeit zu geben. Machen Sie selbst die erforderlichen Eintragungen für beide Beispiele. Danach werden die Beispiele zwischen den Zählern ausgetauscht und dann gemeinsam kurz besprochen. Es muß im einzelnen gesagt werden, wie die Eintragungen in der Gebäudeliste, Haushaltsliste und im Arbeitsstättenbogen richtig lauten müssen. Die Zähler berichtigen die vom Nachbarn gemachten fehlerhaften Eintragungen.

Ende der Unterrichtung

Ausfüllungsbeispiele

Unterrichtung der Zähler

Beispiel I für das Ausfüllen von 2 Gebäudelisten

(Auszufüllen ist die ganze Vorderseite und die Spalten 1 bis 9 der Rückseite.)

- (1) Auf dem Grundstück Bahnhofplatz 14 befinden sich zwei Gebäude, und zwar ein an der Straße gelegenes Vordergebäude und ein durch einen Hof von dem Vordergebäude getrenntes Hintergebäude.

Vordergebäude

- (2) Das aus Backsteinen gebaute Vordergebäude wurde 1892 von dem Gastwirt Christoph Faß errichtet, der bis zu seinem Ableben 1943 im Erdgeschoß des dreigeschossigen Gebäudes eine Gastwirtschaft betrieb. Das voll unterkellerte Vordergebäude hat Anschluß an das öffentliche Wasserversorgungsnetz und an die Kanalisation (für Abwässer und Fäkalien). Für die beiden Wohnungen eines jeden Stockwerks steht nur eine Toilette (WC) zur Verfügung: Die Toilette (WC) für die Erdgeschoßwohnung liegt auf dem Hof. Das durch Kriegseinwirkungen erheblich beschädigte Schieferdach wurde 1951 neu gedeckt. Das Grundstück mit den beiden Gebäuden gehört jetzt den drei Kindern (Erbengemeinschaft Faß).
- (3) Die Gastwirtschaft wurde an den Gastwirt Emil Schlauch verpachtet, der mit seiner Ehefrau die im Erdgeschoß des Vordergebäudes gelegene Wohnung (2 Zimmer und Küche; davon 1 Zimmer unter 6 qm, 1 Zimmer und die Küche jeweils 6 und mehr qm) bewohnt.

Siehe Schlag-
wortver-
zeichnis
unter „Toilette
mit Wasser-
spülung“

- (4) **Erster Stock:** Der älteste Sohn des Christoph Faß, der kaufmännische Angestellte Adam Faß, bewohnt mit seiner Frau und seinem Sohn die links gelegene Wohnung (3 Zimmer und Küche; jeder Raum über 6 qm). Zu dieser Wohnung gehört noch ein Mansardenzimmer von 8 qm im Dachgeschoß.
- (5) Im ersten Stock rechts wohnt die Witwe Kummer. Ihre abgeschlossene Mietwohnung besteht ebenfalls aus 3 Zimmern und Küche. Von diesen 4 Räumen hat sie 2 Räume an das kinderlose Ehepaar Jung untervermietet. Die Witwe selbst bewohnt 1 Zimmer und die Küche. Das Ehepaar Jung bereitet seine Mahlzeiten in einem dieser Räume und hat das Mansardenzimmer des Adam Faß im Dachgeschoß hinzugemietet.
- (6) **Zweiter Stock:** Links (gleiche Wohnung wie im ersten Stock) wohnt das Ehepaar Reich mit 2 Kindern. In dem zur Wohnung gehörenden Mansardenzimmer (8 qm) im Dachgeschoß wohnt Gerd Reich.
- (7) Die Wohnung im zweiten Stock, rechts (gleiche Wohnung wie im ersten Stock), wird von dem kinderlosen Ehepaar Gutmuth bewohnt. Ein Zimmer wurde an den Studenten Moritz Fleißig untervermietet.

s. unt. „Wohnung des Gebäudeeigentümers“
s. unter „Mansarden“

s. unter „Untermieter“

Hintergebäude

- (8) Das Hintergebäude wurde 1912 aus Backsteinen gebaut. Es hat Anschluß an das öffentliche Wasserversorgungsnetz und an die Kanalisation und ist voll unterkellert. Das im Krieg stark beschädigte Schieferdach mußte 1949 völlig erneuert werden und erhielt dabei einen Ziegelbelag.
- (9) Im Erdgeschoß befindet sich die Werkstatt des Installateurs Berthold Faß, des Bruders des Adam Faß. Zu der Werkstatt gehört ein Büroraum, in dem Berthold Faß seine Schreibarbeiten erledigt.
- (10) Die abgeschlossene Wohnung im ersten Stock (3 Zimmer und Küche; sämtliche Räume mit 6 und mehr qm) wird von Berthold Faß und seiner Schwester Cäcilie bewohnt. Ein Zimmer der Wohnung wurde geteilt; der eine Teil des Raumes wurde als Badezimmer ausgebaut.

s. unter „Gewerberäume“

s. unt. „Wohnung des Gebäudeeigentümers“

Unterrichtung der Zähler

Beispiel II für das Ausfüllen einer Gebäudeliste

(Auszufüllen ist die ganze Vorderseite und die Spalten 1 bis 9 der Rückseite.)

- (1) Der Bauernhof „Hof Sonnenschein“ gehört dem Rechtsanwalt Kunibert Steinhafen, der den Hof an den Anselm Bodentreu verpachtet hat. Zu dem Anwesen gehören ein Wohnhaus, ein zweigeschossiges Wirtschaftsgebäude, das im rechten Winkel — jedoch getrennt durch eine Brandmauer — direkt an das Wohnhaus angrenzt, ein Stallgebäude und eine Scheune.
- (2) Das Wohnhaus ist aus Backsteinen gebaut und voll unterkellert. Es wurde während des Krieges von einer Bombe getroffen, so daß Dach und Obergeschoß wieder instandgesetzt werden mußten. Diese Arbeiten wurden 1949 durchgeführt. Dabei wurde das Obergeschoß so umgebaut, daß hier vier gleichgroße Zimmer von 20 qm entstanden, die heute als Fremdenzimmer an Urlaubsgäste vermietet werden. Das frühere Schieferdach wurde durch ein Ziegeldach ersetzt.
- (3) Der Hof hat eine eigene Wasserversorgungsanlage. Die Toiletten befinden sich in einem Anbau. Es handelt sich um Toiletten ohne Wasserspülung. Die Fäkalien werden abgefahren. In dem Anbau ist weiter eine Waschküche untergebracht. Da das Bauernhaus keine Badezimmer aufweist, wurde in der Waschküche eine Dusche eingerichtet, die in der Hauptsache den landwirtschaftlichen Arbeitern des Hofes dient.
- (4) Der Pächter Anselm Bodentreu bewohnt mit seiner Familie (Frau, zwei Söhne, Tochter, Schwiegersohn, Nichte) das gesamte Erdgeschoß des 1859 erbauten Wohnhauses. Seine Tochter ist mit dem Jungbauern Franz Grundig verheiratet. Das junge Ehepaar erhielt von seinen Eltern zwei der insgesamt sieben Räume kostenlos überlassen. Es benutzt einen Raum als Schlafzimmer, den anderen als Wohnzimmer. Das Schlafzimmer ist 16 qm, das Wohnzimmer 20 qm groß. Eine eigene Küche wird nicht benötigt, da Tochter und Schwiegersohn bei den Eltern essen. Die Küche des Bauernhauses ist 24 qm groß. Von den übrigen vier Räumen des Erdgeschosses ist einer 5,40 qm, die drei anderen je etwa 15 qm groß. Sämtliche Mitglieder der Familie Bodentreu/Grundig arbeiten auf dem Hof. Hinzu kommt noch der Knecht Gottlieb Heugabel.
- (5) Im Erdgeschoß des Wirtschaftsgebäudes liegen eine Futterküche, eine Vorratskammer, ferner zwei Räume von je 12 qm, in denen früher Flüchtlinge wohnten, die jetzt aber als Mehl- und Kornkammer verwendet werden. Im Obergeschoß befinden sich zwei Geräteräume.
- (6) In dem 1871 erbauten Stallgebäude befindet sich über den Stallungen noch ein Wohnraum von 18 qm, in dem Gottlieb Heugabel untergebracht ist. Er erhält freie Kost und Wohnung.

Siehe Schlagwortverzeichnis unter „Bauernhäuser“

Siehe unter „Gewerblich genutzte Wohnräume“

Siehe unter „Wohnung des Gebäudeeigentümers“

Siehe unter „Haushalt“

Siehe unter „Landwirtschaftl. Zwecken dienende Räume“

Unterrichtung der Zähler

Beispiel I für das Ausfüllen einer Haushaltsliste

- (1) Die Familie Reich wohnt als Hauptmieter im Hause Bahnhofplatz 14. Ingenieur Joachim Reich, geb. am 18. 1. 1915, und Ehefrau Ingeborg geb. März, geb. am 2. 11. 1919, sind seit 1940 in erster Ehe verheiratet. Ihr Sohn Gerd wurde am 3. 3. 1941 und ihre Tochter Helga am 5. 2. 1943 geboren. Die Familie ist 1952 aus Stralsund nach A-Stadt gekommen. Die Eltern besitzen den Bundesflüchtlingsausweis C. Gerd und Helga sind in dem Ausweis eingetragen. Alle Mitglieder des Haushalts sind evangelisch und besitzen die deutsche Staatsangehörigkeit.
- (2) Joachim Reich ist in der Maschinenbauirma Hensel & Sohn, A-Stadt, Dieselstraße 19-22, in seinem Beruf als Maschinenbauingenieur angestellt. Er arbeitet dort 44 Stunden in der Woche. Nebenher ist er noch als Sachverständiger tätig. Für seinen Arbeitsweg benötigt er im Sommer und Winter 1¼ Stunden. Er benutzt zu allen Jahreszeiten den Omnibus. Seine Ausbildung hat er in Berlin an der Ingenieurschule „Beuth“ N 65, Zeppelinstraße 3, erhalten und dort 1939 sein Examen als Maschinenbauingenieur abgelegt. Im Kriege geriet Reich im Mai 1945 in französische Gefangenschaft, aus der er 1946 im April entlassen wurde.
- (3) Auch Frau Ingeborg ist berufstätig. Sie arbeitet halbtags von 8 bis 12 Uhr als Kontoristin bei Schröder & Co., Immobilien- und Hausverwaltungen, in A-Stadt, Parkallee 34. Um dorthin zu gelangen, braucht sie einschließlich des Fußweges im Sommer und im Winter 20 Minuten. Sie fährt

Siehe Schlagwortverzeichnis unter „Bundesflüchtlingsausweis“

Siehe unter „Weitere Tätigkeit“

mit der Straßenbahn. Ihren Lebensunterhalt bestreitet sie im wesentlichen aus dem Einkommen ihres Ehemannes.

Siehe unter
„Weiterer
Wohnraum“

- (4) Gerd Reich befindet sich augenblicklich als Student an der Technischen Hochschule in Darmstadt, Luisenplatz 30/33. Er hat bei Frau Richter, Mühlenweg 15b, im dritten Stock ein möbliertes Zimmer. Von dort bis zur Technischen Hochschule braucht er 20 Minuten zu Fuß. Studium und Lebensunterhalt werden von seinem Vater bestritten.
- (5) Seine Schwester Helga will technische Zeichnerin werden. Sie ist gerade als Lehrling bei der „Norma“ AG, Heizungsbau, A-Stadt, Schillerstraße 64/66, eingetreten. Für den Weg dorthin benutzt sie ein Moped und braucht deswegen nur 15 Minuten. Im Winter fährt sie mit der Straßenbahn und benötigt dann für den Weg 40 Minuten.
- (6) Zur Zeit hat Familie Reich für ein paar Wochen Besuch: Ellen Krüger geb. März, Schwester von Frau Ingeborg, geb. am 17. 5. 1917, aus Hamburg, Elbchaussee 53.
- (7) Joachim Reich besitzt einen kleinen mit Obstbäumen bestandenen Garten von 1200 qm, in dem Frau Ingeborg und Helga mithelfen.

Siehe unter
„Vorübergehend
Anwesende“

Unterrichtung der Zähler

Beispiel II für das Ausfüllen einer Haushaltsliste

Siehe Schlag-
wortver-
zeichnis
unter „Haus-
halte“

- (1) Der selbständige Landwirt Anselm Bodentreu, geb. am 7. 7. 1905, bewohnt mit seiner Familie den von ihm gepachteten 23 ha großen „Hof Sonnenschein“ in Mühldorf, Dorfstraße 5. Zu seiner Familie gehören: seine Frau Anna geb. Grote, geb. am 18. 3. 1906; seine Söhne Helmut, geb. am 22. 3. 1929, und Karlheinz, geb. am 25. 8. 1939; ferner seine Tochter Elfriede, geb. am 14. 4. 1936, mit ihrem Mann, dem Jungbauern Franz Grundig, geb. am 1. 9. 1923. Außerdem hat Anselm Bodentreu seine Nichte Dorothee, geb. am 3. 6. 1948, die Tochter seines verstorbenen Bruders, in seinen Haushalt aufgenommen.
- (2) Anselm Bodentreu und seine Frau Anna sind seit 1928 verheiratet. Für Frau Anna ist dies die zweite Ehe. Ihr Sohn Georg aus erster Ehe ist im Krieg gefallen.
- (3) Die ganze Familie ist röm.-katholisch und besitzt die deutsche Staatsangehörigkeit.
- (4) Die Familie mußte ihren Hof in der sowjetischen Besatzungszone verlassen und kam 1949 in die Bundesrepublik. Vater, Mutter und Helmut besitzen einen Bundesflüchtlingsausweis C. Die Vertriebeneneigenschaft von Karlheinz ist im Ausweis seines Vaters angegeben.
- (5) Sämtliche erwachsenen Mitglieder der Familie Bodentreu/Grundig mit Ausnahme von Karlheinz arbeiten auf dem Hof. Karlheinz hat ein Handwerk gelernt. Als Elektrotechniker besuchte er mit Erfolg die Staatliche Technikerschule für Elektrotechnik, Freiburg i. Br., Engelbergerstraße 2, und legte dort 1960 die Prüfung als staatlich geprüfter Elektrotechniker ab. Nachdem er einige Monate als solcher gearbeitet hat, wurde er zur Bundeswehr eingezogen und leistet augenblicklich seinen Wehrdienst in der Blücherkaserne in Ulm, Scharnhorststraße 65/69, ab.
- (6) Helmut ist im Krieg schwer verwundet worden und nun zu 60 v. H. körperbehindert. Schwere Arbeiten kann er nicht verrichten, aber er hilft in der Woche durchschnittlich 30 Stunden im Stall und auf dem Hof. Außerdem bezieht er eine Kriegsbeschädigtenrente.
- (7) Franz Grundig wurde mit jungen Jahren bereits zur Wehrmacht eingezogen und geriet im März 1945 in russische Kriegsgefangenschaft, aus der er im September des gleichen Jahres entlassen wurde. Er soll später einmal den Hof übernehmen.
- (8) Die kleine Dorothee besucht die Mittelschule in der Kreisstadt, Waldstraße 17. Im Sommer und Winter fährt sie mit dem Omnibus dorthin. Sie braucht für den Schulweg rund 30 Minuten.
- (9) Auf dem Hof wohnt außerdem in freier Kost und Wohnung der Knecht Gottlieb Heugabel. Er ist am 2. 2. 1925 in Ostpreußen geboren, ledig, evangelisch und besitzt den Bundesvertriebenen- ausweis A. Anselm Bodentreu beschäftigt ihn in seinem Betrieb.

Siehe unter
„Soldaten“

Siehe unter
„Lebens-
unterhalt“

Haushalt

Unterrichtung der Zähler

Beispiel I für das Ausfüllen eines Arbeitsstättenbogens

Siehe Schlag-
wortver-
zeichnis
unter „Mithelfende
Familien-
angehörige“

- (1) Der Maurermeister Hermann Schulze ist alleiniger Inhaber eines mittleren Baubetriebes (Hochbau) in A-Stadt, Herzogstraße 25. Der Betrieb meldet zur Bauberichterstattung und der Inhaber ist in der Handwerksrolle eingetragen. Schulze ist als Flüchtling aus Ostpreußen Inhaber des Vertriebenenalausweises A.
- (2) Schulze leitet den Betrieb selbst, seine Tochter ist im Büro voll als Angestellte mit festem Gehalt beschäftigt und bildet ein junges Mädchen als Lehrling aus. Zur Reinigung der Büroräume ist täglich eine Frau für zwei bis drei Stunden eingestellt. Im eigentlichen Baubetrieb sind 35 Gesellen und Arbeiter sowie vier männliche Lehrlinge beschäftigt.
- (3) Für den Betrieb stehen 1 Pkw und 2 Lastkraftwagen, davon einer mit Anhänger, zur Verfügung.

Unterrichtung der Zähler

Beispiel II für das Ausfüllen eines Arbeitsstättenbogens

- (1) In B-Stadt, Holzgasse 37, befinden sich die Leitung sowie das kaufmännische und das technische Büro der hier bereits seit 1925 bestehenden Firma Maschinenfabrik Werner Groß GmbH.
- (2) In den Büros sind außer dem leitenden Direktor noch 25 männliche und 12 weibliche Angestellte, ferner 3 männliche und 2 weibliche Lehrlinge sowie 2 männliche Arbeiter beschäftigt. Für die Büroreinigung sind 2 Frauen für mehrere Stunden täglich eingestellt. Die Firma meldet monatlich zur Industrieberichterstattung, gehört der Industrie- und Handelskammer an und ist auch im Handelsregister eingetragen. Für den Leiter steht ein Pkw zur Verfügung.
- (3) Zu dieser Firma gehören 2 Fabrikationsstätten als Zweigniederlassungen. Die größte mit 240 Beschäftigten liegt ebenfalls in B-Stadt, jedoch örtlich getrennt in der Weberstraße 5. Hier werden ausschließlich Holzbearbeitungsmaschinen hergestellt. Die zweite Fabrik liegt in C-Stadt und stellt hauptsächlich Textilmaschinen her. Die Zahl der hier Beschäftigten beträgt insgesamt 185 Personen.

**Volks-, Berufs- und
Arbeitsstättenzählung 1961**

Anleitung für das Prüfen der Zählpapiere in den Gemeinden

A. Allgemeine Grundsätze

Die Zählpapiere müssen in der Zählungsdienststelle zunächst auf Vollständigkeit und danach auf Vollständigkeit und Richtigkeit der Eintragungen geprüft werden. Bei fehlenden und falsch ausgefüllten Erhebungsbogen sowie bei fehlenden und falschen Angaben sind vom Zähler oder von einem Gemeindebediensteten die Haushalte nochmals aufzusuchen und zu befragen. Die nachstehend aufgeführten Prüfungen stellen ein **Mindestprogramm** dar, **das unbedingt einzuhalten ist**. Da in den Zählungsdienststellen erfahrungsgemäß noch zahlreiche Irrtümer aufgedeckt werden, ist die Nachprüfung für die Qualität der Zählungsergebnisse von großer Bedeutung.

B. Prüfung der abgelieferten Erhebungsbogen auf Vollständigkeit

Zur Entlastung der Zählungsdienststellen empfiehlt es sich, schon beim Abliefern der Zählermappen durch die Zähler eine gründliche Vollständigkeitskontrolle vorzunehmen, weil Zählermappen mit fehlenden oder mangelhaft ausgefüllten Erhebungsbogen dann gleich zurückgegeben werden können. Läßt sich eine gründliche Vollständigkeitskontrolle beim Abliefern der Zählermappen in Gegenwart des Zählers nicht verwirklichen, so sind auf jeden Fall die nachstehenden im Abschnitt B I beschriebenen Kontrollen durchzuführen und die umfassende Vollständigkeitskontrolle später, d.h. noch vor dem Prüfen der Eintragungen in den Erhebungsbogen nachzuholen.

I. Verkürzte Prüfung auf Vollständigkeit beim Abliefern der Zählermappen

- 1 Liegt für jedes in der Aufstellung der zum Zählbezirk gehörenden Grundstücke (im Kopf der Zählbezirksliste aufgeführte Grundstücke) wenigstens
 - a) eine ausgefüllte Gebäudeliste allein
 - b) eine ausgefüllte Gebäudeliste und eine oder mehrere ausgefüllte Haushaltslisten oder
 - c) ein Arbeitsstättenbogen vor?Da nur bewohnte Gebäude erfaßt werden, müssen zu jeder Gebäudeliste in der Regel ausgefüllte Haushaltslisten vorliegen. Nur in Ausnahmefällen, bei leerstehenden Gebäuden mit Wohnraum und bei von Angehörigen ausländischer Streitkräfte privatrechtlich gemieteten **ganzen** Gebäuden, in denen keine deutschen Personen leben, braucht keine Haushaltsliste vorhanden zu sein. Gebäude, die Haushalten als 2. Wohnsitz dienen, gelten grundsätzlich als bewohnte Gebäude. Für jede in einem solchen Gebäude vorhandene Wohnung muß also mindestens eine Haushaltsliste vorliegen.
- 2 Sind auf der Rückseite der Gebäudelisten die Spalten 10 und 11 ausgefüllt und die Summen der je Gebäude eingesammelten Haushaltslisten und der in dem Gebäude gezählten Personen am Fuß der Spalten 10 und 11 eingetragen worden?
Ist für jede Gebäudeliste die auf der Rückseite, am Fuß der Spalte 10, vermerkte Zahl von Haushaltslisten vorhanden? (Die bei Haushalten mit mehr als 6 Personen auszufüllenden zwei Listen müssen die gleiche Nummer tragen und gelten infolgedessen nur als eine erweiterte Haushaltsliste).
- 3 Liefert der Zähler für jede in Spalte 4 auf der Rückseite der Gebäudeliste bezeichnete Arbeitsstätte einen Arbeitsstättenbogen ab? (Für eine Behördenarbeitsstätte kann auch ein Kontrollzettel vorliegen).
- 4 Bei 1 und 2 bitte gleichzeitig prüfen:
 - a) ob die vorliegenden Erhebungsbogen auf den ersten Blick leserlich und vollständig ausgefüllt sind,
 - b) ob die Reinschrift der Zählbezirksliste ordnungsgemäß ausgefüllt wurde.
- 5 Bei der Prüfung der Zählermappen von Anstaltszählern ist die ausgefüllte Anstaltsliste zugrunde zu legen. Es ist zu prüfen, ob die auf der letzten Seite der Anstaltsliste eingetragene Zahl der Einzelbogen, Haushaltslisten, Arbeitsstättenbogen und Gebäudelisten tatsächlich vorhanden ist.

Wird festgestellt, daß Erhebungsbogen fehlen, so sollte die Zählermappe erst abgenommen werden, nachdem der Zähler die fehlenden Bogen eingeholt hat. Kleine Verbesserungen und vor allem Mängel bei den Abschlußarbeiten sollten von den Zählern an Ort und Stelle sogleich nachgeholt werden.

Falls der Zähler keine Rückfragen mehr zu erledigen hat, wird er um Rückgabe seines Zählerausweises gebeten.

II. Ausführliche Prüfung auf Vollständigkeit

- 1 Als erstes sind in verschlossenen Umschlägen abgelieferte oder an die Zählungsdienststelle direkt geschickte Erhebungsbogen einzuordnen und evtl. in Gebäudelisten und Zählbezirkslisten nachzutragen. Verschlossene Briefumschläge, in denen Erhebungsbogen abgegeben oder an die Zählungsdienststelle gesandt wurden, dürfen in Gegenwart des Zählers nicht geöffnet werden.
- 2 Zunächst ist noch einmal zu prüfen, ob der Zähler auf jedem zum Zählbezirk gehörenden Grundstück die Zählung durchgeführt hat.
Liegt für jedes in der Aufstellung der zum Zählbezirk gehörenden Grundstücke (im Kopf der Zählbezirksliste aufgeführte Grundstücke) wenigstens
 - a) eine ausgefüllte Gebäudeliste allein
 - b) eine ausgefüllte Gebäudeliste und eine oder mehrere ausgefüllte Haushaltslisten oder
 - c) ein Arbeitsstättenbogen vor?

Da nur bewohnte Gebäude erfaßt werden, müssen zu jeder Gebäudeliste in der Regel ausgefüllte Haushaltslisten vorliegen. Nur in Ausnahmefällen, bei leerstehenden Gebäuden mit Wohnraum und bei von Angehörigen ausländischer Streitkräfte privatrechtlich gemieteten **ganzen** Gebäuden, in denen keine deutschen Personen leben, braucht keine Haushaltsliste vorhanden zu sein.

Wenn für ein bebautes Grundstück überhaupt kein Erhebungsbogen vorliegt, ist es möglicherweise vom Zähler nicht aufgesucht worden. In solchen Fällen sind Nachforschungen anzustellen.

- 3 Liegt für jeden auf der Rückseite der Gebäudeliste in Spalte 5 eingetragenen Haushalt eine Haushaltsliste und für jede in Spalte 4 bezeichnete Arbeitsstätte ein Arbeitsstättenbogen vor? Sind die Zählpapiere richtig geordnet, d. h. liegen sie in der Gebäudeliste in der gleichen Reihenfolge wie die Haushalte und Arbeitsstätten in Spalte 5 bzw. 4 auf der Rückseite eingetragen sind? Sind die Haushalte und Arbeitsstätten in gleicher Reihenfolge, d. h. nach Gebäuden geordnet, auf der Reinschrift der Zählbezirksliste eingetragen worden?
- 4 An Hand der Haushaltslisten von **Wohnungsinhabern** ist zu prüfen, ob für die auf der Vorderseite angegebenen „weiteren Haushalte“ ebenfalls eine Haushaltsliste vorhanden ist, und ob diese Haushalte in Spalte 5 auf der Rückseite der Gebäudeliste in den schraffierten Zeilen unter dem Namen des Wohnungsinhabers vom Zähler eingetragen wurden.
- 5 Sind die Gebäudelisten, Haushaltslisten, Arbeitsstättenbogen und Anstaltslisten richtig numeriert worden? Wenn vorschriftsmäßig numeriert und die Reinschrift der Zählbezirksliste richtig ausgefüllt wurde, müssen die Nummern der Erhebungsbogen in jeder der Spalten 4 bis 7 der Zählbezirksliste von 1 bis ... **fortlaufend** sein. Für Haushalte mit mehr als 6 Personen muß eine zweite, evtl. sogar eine dritte Haushaltsliste vorliegen, für Gebäude mit mehr als 10 Wohnungen eine zweite Gebäudeliste. Die ersten, zweiten und evtl. sogar dritten Haushalts- bzw. Gebäudelisten müssen die gleiche Nummer tragen, aber durch den Zusatz „a“, „b“ bzw. „c“ unterschieden sein.
- 6 Wurden die Abschlußarbeiten auf der Rückseite der Gebäudelisten ordnungsgemäß vorgenommen?
 - a) Wurden die Nummern der Haushaltslisten in Spalte 10 übertragen?
 - b) Wurde die auf der Vorderseite jeder Haushaltsliste angegebene Personenzahl in Spalte 11 übertragen?
 - c) Wurde die Zahl der in dem betreffenden Gebäude eingesammelten Haushaltslisten richtig ermittelt und am Fuß von Spalte 10 eingetragen?
 - d) Wurden die in Spalte 11 eingetragenen Personenzahlen richtig addiert? Liegen von **einem** Gebäude mehrere Gebäudelisten (a, b usw.) vor, müssen die zu 6 c) und 6 d) erforderlichen Eintragungen auf der letzten Liste gemacht sein.
- 7 Wurden die Abschlußarbeiten auf der Reinschrift der Zählbezirksliste ordnungsgemäß vorgenommen?
 - a) Sind die Spalten 1 bis 3, 4 bis 7 und 9 bis 12 vollständig ausgefüllt?
 - b) Wurde die Summe der eingesammelten Erhebungsbogen richtig ermittelt und am Fuß in die Spalten 4 bis 7 eingetragen?
 - c) Stimmt die Summe mit der Nummer des letzten Erhebungsbogens in den Spalten 9 bis 12 überein?
 - d) Wurde die Personenzahl aus den Haushaltslisten richtig in die Spalten 13 und 14 übertragen?
 - e) Stimmt die Summe der erfaßten männlichen und weiblichen Personen mit den in den Gebäudelisten (Spalte 11) eingetragenen Personenzahlen überein?
- 8 Bei der Prüfung der Zählerrappen von Anstaltszählern ist die ausgefüllte Anstaltsliste zugrunde zu legen.
 - a) Ist für jede im Abschnitt A eingetragene Einzelperson ein Einzelbogen ausgefüllt?
 - b) Liegt für jeden im Abschnitt B eingetragenen Haushalt eine Haushaltsliste vor?
 - c) Ist für jede im Abschnitt D eingetragene Arbeitsstätte ein Arbeitsstättenbogen vorhanden?
 - d) Liegt außerdem der Arbeitsstättenbogen der Anstalt selbst vor?
 - e) Stimmt die Anzahl der vorhandenen Erhebungsbogen mit dem auf der Rückseite der Anstaltsliste links unten angegebenen Summen der Erhebungsbogen überein? Hierbei ist besonders zu prüfen, ob die (für jedes Gebäude mit mindestens einer Wohnung anzulegenden) Gebäudelisten vollzählig vorhanden sind.
 - f) Wurden in den Abschnitten A und B Personen bzw. Haushalte **rot** angekreuzt? Wenn ja, ist zu kontrollieren, ob ihre Zahl in Abschnitt C richtig vermerkt worden ist. (Solche Personen sind in der Anstalt untergebracht, weil sie keine Wohnung besitzen.)
 - g) Ist die Zahl der auf Einzelbogen und Haushaltslisten erfaßten Personen richtig in Abschnitt E übertragen?

Unvollständig oder falsch ausgefüllte Erhebungsbogen:

Sind Arbeitsstättenbogen, Haushalts-, Anstalts- oder Gebäudelisten offensichtlich falsch oder unvollständig ausgefüllt, so müssen die **Angaben** vom zuständigen Zähler oder von einem Gemeindebediensteten **nacherhoben** werden. Besonders ist auf die vom Zähler selbst ausgefüllten Erhebungsbogen zu achten. Sie sollen auf der Vorderseite den Hinweis tragen „vom Zähler ausgefüllt“ und werden fast immer unvollständig ausgefüllt und zu ergänzen sein. Die **Gemeinden** sind **verpflichtet**, dafür zu sorgen, daß in **jedem Fall nur vollständig ausgefüllte Erhebungsbogen** an das Landratsamt bzw. das Statistische Landesamt weitergeleitet werden.

C. Prüfen der abgelieferten Erhebungsbogen auf Richtigkeit der Eintragungen

Auf die in den „Prüfmustern für den Zähler“ (Erhebungsbogen mit Roteindruck) gegebenen Hinweise ist grundsätzlich zu achten.

I. Prüfen der Eintragungen in den Gebäudelisten

1. **Ordnungsmerkmale** (Land, Reg.-Bez., Kreis, Gemeinde usw.)
Auf der Vorderseite jeder Gebäudeliste müssen rechts oben die geforderten Ordnungsangaben eingetragen sein. Für **Gebäude mit mehr als 10 Wohnungen** müssen **mehrere Gebäudelisten mit gleicher Nummer** vorliegen. Bei der ersten muß hinter der Gebäudelistennummer ein „a“, bei der zweiten ein „b“, bei der dritten ein „c“ usw. stehen. Auch bei den mit „a“ und „c“ gekennzeichneten Gebäudelisten müssen die **Ordnungsmerkmale** angegeben sein.
2. **Abschnitt A**
Bei Frage 1 muß Name und Anschrift des Gebäudeeigentümers oder seines Vertreters angegeben sein. Wenn der Vermerk „Vom Zähler ausgefüllt“ eingetragen ist, fehlt u. U. der Name des Eigentümers.
Bei Frage 2 muß entweder ein Kästchen angekreuzt (x) oder in der vorgesehenen Zeile eine Angabe gemacht sein.
3. **Abschnitt B (Gebäudebeschreibung)**
Für Wohngebäude und behelfsmäßige Wohngelegenheiten muß der gesamte Abschnitt B ausgefüllt sein, für Nichtwohngebäude jedoch nur der obere Teil (Spalte 1 und 2)
Frage 1: Hier muß entweder eines der 5 Kästchen ein Kreuz (x) aufweisen oder auf der Leerzeile eine Eintragung gemacht sein.

Frage 2: Die Frage nach der Art des Gebäudes ist in 3 Felder untergliedert. In jeder Gebäudeliste kann jeweils nur in **einem** dieser 3 Felder entweder ein Kästchen angekreuzt oder auf der zugehörigen Leerzeile eine entsprechende Eintragung gemacht sein. Bei leerstehenden Gebäuden mit Wohnraum muß hinter „Art des Gebäudes“ vom Zähler der Vermerk „Gebäude steht leer“ und eine entsprechende Begründung bzw. ein Fragezeichen eingetragen sein, z. B. „Haus nur über das Wochenende bewohnt“ bei leerstehenden Wochenendhäusern. Bei noch im Bau befindlichen, aber bereits **teilweise bewohnten** Gebäuden müssen hinter „Art des Gebäudes“ die Worte „noch im Bau“ vermerkt sein. Ist hinter „Art des Gebäudes“ der Vermerk „Haus wird nur über das Wochenende bewohnt“ eingetragen oder eine sonstige Eintragung gemacht, aus der ersichtlich ist, daß es sich vermutlich um ein Gebäude handelt, das dem Haushalt als 2. Wohnsitz dient, so muß die Gemeinde überprüfen, ob dies zutrifft oder nicht. Handelt es sich um einen 2. Wohnsitz, so hat die Gemeinde dies dadurch zu bestätigen, daß sie in den freien Raum links neben den Ordnungsangaben auf der Gebäudeliste **und** auf der Haushaltsliste mit Rotstift „Zweiter Wohnsitz“ vermerkt.

Frage 3: Hier muß entweder ein Kästchen angekreuzt oder bei Gebäuden mit mehr als 5 Geschossen eine Zahl über 5 eingetragen sein.

Frage 4: Es muß eine Baujahrgruppe angekreuzt bzw. eine Jahreszahl nach 1948 eingetragen sein.

Fragen 5 a, 5 b, 5 c: Die Frage nach der Bauart des Gebäudes ist in 3 Unterfragen gegliedert. Daher muß in **allen 3 Feldern** je eine Antwort angekreuzt oder zu den Fragen 5 a und 5 b je ein Kreuz und zu Frage 5 c eine sonstige Eintragung auf der Leerzeile gemacht sein.

Fragen 6 a und 6 b: Auch hier müssen in beiden Feldern Angaben eingetragen sein, zu 6 a entweder ein Kreuz oder eine Eintragung in Klartext.

Frage 7: Hier muß eines der 5 vorgedruckten Kästchen angekreuzt sein.

Frage 8: Mindestens ein Kästchen muß ein Kreuz aufweisen. Es kann aber auch ein **zweites Kästchen** angekreuzt sein, wenn z. B. ein Kanalisationsanschluß nur für Abwässer besteht (das 2. vorgedruckte Kästchen ist angekreuzt), die Fäkalien dagegen abgefahren werden.

Frage 9: Eines der 4 Kästchen muß ein Kreuz aufweisen.

Frage 10: Hier muß eines der 4 Kästchen angekreuzt sein; ist jedoch die zweite Antwortmöglichkeit angekreuzt, muß zusätzlich hinter „Zahl der Wohnungen“ eine Zahl eingetragen sein.

4. **Abschnitt C (Verzeichnis der Wohnungen, Werkstätten, Läden, Büros usw. im Gebäude)**

Im Abschnitt C muß mindestens **eine** Wohnungszeile ausgefüllt sein. Dabei ist zu beachten, daß für jede Wohnung sämtliche vorgedruckten Spalten (2—11) eine Eintragung erhalten müssen, gleichgültig, ob die Wohnung zum Zeitpunkt der Zählung leersteht oder nicht.

Spalten 2 und 3: Hier muß die Lage jeder Wohnung, jeder Werkstatt und jedes Büros im Gebäude bzw. **im Stockwerk** angegeben sein.

Spalte 5: In der ersten, nicht schraffierten Zeile, muß der Wohnungsinhaber eingetragen sein. In den schraffierten Zeilen sind vom Zähler die in der betreffenden Wohnung evtl. noch wohnenden Mieter nachgetragen.

Spalte 11: Für jeden in Spalte 5 angegebenen Namen eines Haushalts (Wohnungsinhaber oder Mieter) muß hier die Zahl der Haushaltsmitglieder eingetragen sein: Fehlt die Eintragung, so ist die Haushaltsliste des angegebenen Haushalts herauszusuchen und die Zahl der auf der Vorderseite rechts unten genannten Haushaltsmitglieder zu übertragen. Für Haushalte mit mehr als 6 Personen müssen zwei Haushaltslisten vorliegen. Bei Gebäuden, die Haushalten als 2. Wohnsitz dienen, wird in den Fällen, in denen die zugehörige Haushaltsliste durch den Zähler selbst angelegt wurde, nicht immer die Zahl der Personen angegeben sein. Die Gemeinde muß die Personenzahl feststellen — an Hand von Karteiunterlagen oder durch Nachforschungen —, auf den betreffenden Haushaltslisten vermerken und auf der Rückseite der Gebäudeliste die Nummer der Haushaltsliste (in Spalte 10) und die Zahl der betreffenden Personen nachtragen.

II. Prüfen der Eintragungen in den Haushaltslisten

1. **Vorderseite der Haushaltsliste**

Die Ordnungsmerkmale (Land, Regierungsbezirk, Kreis, Gemeinde usw.) müssen auf jeder Haushaltsliste eingetragen sein. Bei Haushalten mit mehr als 6 Personen müssen zwei Haushaltslisten mit gleicher Nummer vorliegen. Die erste muß hinter der Haushaltslistennummer mit „a“, die zweite mit „b“ gekennzeichnet sein. Liegen **Haushaltslisten** vor, die neben den Ordnungsangaben **mit einem „A“** gekennzeichnet sind, so ist in der zugehörigen Gebäudeliste zu prüfen, ob hinter dem Namen des Haushalts auf der Rückseite in Spalte 12 ebenfalls ein „A“ (oder ein Hinweis auf ausländische Streitkräfte) vermerkt ist. Fehlt der Hinweis, ist er nachzutragen.

Die auf der Vorderseite der Haushaltsliste angegebene Zahl der Haushaltsmitglieder muß mit der Zahl der in der Innenseite ausgefüllten Spalten übereinstimmen. Weichen sie voneinander ab und läßt sich die Abweichung nicht aus der Haushaltsliste erklären (siehe hierzu besonders Abschnitt VIII), so ist eine Rückfrage bei dem betreffenden Haushalt erforderlich.

An Hand der Haushaltslisten der als **Wohnungsinhaber** in Spalte 5 der Gebäudeliste aufgeführten Haushalte ist zu prüfen, ob für die auf der Vorderseite angegebenen weiteren Haushalte ebenfalls je eine Haushaltsliste vorhanden ist, und ob diese Haushalte in Spalte 5 auf der Rückseite der Gebäudeliste vom Zähler in den schraffierten Zeilen unter dem Namen des Wohnungsinhabers nachgetragen wurden.

2. **Abschnitt I**

Für die Fragen 1 bis 4, 6, 7, 10, 12 und 14 muß unbedingt für **jede** Person (auch Kinder) entweder eine Antwort angekreuzt oder eingetragen sein.

Frage 4: Wenn „verheiratet“ angekreuzt ist, muß die Frage 5 beantwortet sein.

Frage 10: Wenn mit „ja“ beantwortet, muß bei 10 a **unbedingt die genaue Anschrift** (Gemeinde, Straße und Hausnummer) genannt und bei 10 b „ja“ oder „nein“ angekreuzt sein.

Frage 11 b: Ist hier „möbliertes Zimmer“, „Lehrlingsheim“, „Wohnung“, „Bauarbeiterlager“ und dergl. angegeben, müssen auch Fragen 10 a und 10 b ausgefüllt sein.

Frage 12: Wenn „ja“ angekreuzt ist, müssen mindestens die Fragen 15 bis 20 beantwortet sein.

Frage 13: Für die gleiche Person können auch mehrere Angaben angekreuzt sein, z. B. Unterstützungsempfänger und Hausfrau.

3. **Abschnitt II**

Die Fragen 15 bis 20 müssen für Personen beantwortet sein, für die

a) bei Frage 12 „ja“ angekreuzt ist,

b) bei Frage 13 „arbeitslos“ oder „Zeit-/Berufssoldat“ angekreuzt ist.

Frage 17: Gemeinde, Straße und Hausnummer muß genannt sein.

Frage 18: Auf genaue Angaben achten: Siehe Beispiele und Merkblatt. Bei **selbständigen Landwirten** (siehe auch Frage 19) ist zu prüfen, ob sie auf der Rückseite der Haushaltsliste die Fragen im Abschnitt V beantwortet haben.

Frage 19: Bei allen **Selbständigen** (mit Ausnahme der selbständigen Landwirte) muß Abschnitt VII auf der Rückseite ausgefüllt sein.

4. **Abschnitt III**

Frage 22: Es ist zu prüfen, ob die angegebenen **Wegezeiten** stimmen können. Die Fragen 22 bis 24 werden für Schüler, vor allem für Volksschüler mit kurzem Schulweg, häufig vergessen. Die Antworten müssen evtl. nachgetragen werden.

5. **Abschnitt V:** Wenn ein Haushaltsmitglied eine Fläche von **0,5 und mehr ha** bewirtschaftet, müssen für diese landwirtschaftliche Tätigkeit auf der Innenseite der Haushaltsliste die **Fragen 15 bis 20** beantwortet sein oder — bei **neben** einem Hauptberuf betriebener Landwirtschaft — muß zu Frage 21 „landwirtschaftliche Tätigkeit“ angekreuzt sein.
6. **Abschnitt VII: Selbständige Gewerbetreibende**, freiberuflich Tätige und sonstige selbständige Erwerbstätige müssen im Abschnitt VII Eintragungen gemacht haben, wenn sie nicht als Landwirt selbständig sind. Fehlen diese Angaben, muß der Haushalt noch einmal befragt werden.

III. Prüfen der Eintragungen im Arbeitsstättenbogen

1. Die Ordnungsmerkmale (Land, Reg.-Bez., Kreis usw.) müssen auf jedem Bogen eingetragen sein.

2. **Abschnitt A**

Die Angaben zu Frage 1 müssen deutlich lesbar und ausreichend sein. Fällt die Anschrift in einen **anderen** als den bei den Ordnungsangaben vermerkten **Zählbezirk**, so ist zu prüfen, ob in dem anderen Zählbezirk nicht evtl. ebenfalls ein Bogen für die gleiche Arbeitsstätte vorliegt.

Bei Frage 2 muß zutreffendenfalls die notwendige Eintragung erfolgt sein.

3. **Abschnitt B**

Entsprechend der Eintragung zur Frage 1 ist darauf zu achten, daß sinngemäße Angaben zu den **Fragen 2 a bis g** gemacht und auch die erbetenen Unterstreichungen der jeweils **wichtigsten Waren oder Leistungen** vorgenommen wurden. Falls zu mehreren der Fragen 2 a bis g Eintragungen gemacht wurden, muß auch Frage 3 beantwortet sein.

Bei den Fragen 4 bis 7 muß entweder „ja“ oder „nein“ angekreuzt sein.

4. **Abschnitt C**

Hier ist auf eine der Gliederung der Übersicht entsprechende Eintragung der Beschäftigtenzahlen zu achten

5. **Abschnitt D**

Behörden und Organisationen ohne Erwerbscharakter beantworten die Fragen des Abschnitts **D nicht**.

Die Richtigkeit der Angaben zu den Fragen 1 und 2 wird in vielen Fällen aus der örtlichen Kenntnis beurteilt werden können.

Wenn Frage 2 a) bejaht ist, muß die Übersicht zu 3 a) ausgefüllt und auch Frage 3 b) beantwortet sein.

Wenn Frage 2 b) bejaht ist, muß Frage 4 beantwortet sein.

6. **Abschnitt E**

Behörden und Organisationen ohne Erwerbscharakter beantworten diesen Abschnitt nicht; dasselbe gilt für **Zweigniederlassungen** (die also im vorhergehenden Abschnitt D die Frage 2 b) bejaht haben). Bei **allen anderen** Fragebogen muß hier ein **Kästchen angekreuzt** sein (vgl. auch Angabe — evtl. Stempel — im Abschnitt A).

7. **Abschnitt F**

Behörden und Organisationen ohne Erwerbscharakter sowie Zweigniederlassungen beantworten diesen Abschnitt nicht.

In allen anderen Fragebogen müssen die Fragen 1 und 2 entweder bejaht oder verneint sein. Ist eine der Fragen bejaht, muß bei Frage 3 die Ausweisart angekreuzt sein.

8. **Abschnitt G**

Bei **Frage 1** soll die Zahl der **vorhandenen Fahrzeuge** angegeben, bei Frage 2 lediglich das Vorhandensein anderer Fahrzeuge usw. durch Ankreuzen kenntlich gemacht werden

Sind hier **keine** Angaben gemacht, so ist zu prüfen, ob dies nach der Art der befragten Arbeitsstätte als zutreffend angenommen werden kann. Sind zu Frage 1 und (oder) 2 Angaben gemacht, so muß auch Frage 3 beantwortet sein.

9. Am **Schluß der Seite 3** ist auf deutlich lesbare Angaben zu achten.

IV. Prüfung der Eintragungen in den Zählpapieren von Anstalts- bzw. Sonderzählbezirken

Zusätzlich zu den unter B. II beschriebenen Vollzähligkeitskontrollen ist zu prüfen:

1. Liegt für **jeden in Spalte 5** der Gebäudeliste **angegebenen Haushalt** eine Haushaltsliste vor? (Die Haushaltslisten verbleiben in der Reihenfolge ihrer Aufführung in der Anstaltsliste). Ist für **jede eingetragene Arbeitsstätte** ein **Arbeitsstättenbogen** vorhanden? (Auch die Arbeitsstättenbogen bleiben in der Anstaltsliste.)

2. An Hand der Haushaltslisten von den als **Wohnungsinhaber** in Spalte 5 der Gebäudeliste aufgeführten Haushalte ist zu prüfen, ob für die auf der Vorderseite angegebenen weiteren Haushalte ebenfalls je eine Haushaltsliste vorhanden ist, und ob diese Haushalte in Spalte 5 auf der Rückseite der Gebäudeliste vom Sonderzähler („Anstaltszähler“) in den schraffierten Zeilen unter dem Namen des Wohnungsinhabers nachgetragen wurden. Diese Haushalte müssen auch in Abschnitt B der Anstaltsliste eingetragen sein.

Es ist zu prüfen, ob die Spalten **10 und 11 auf der Rückseite der Gebäudeliste** richtig addiert wurden.

Die Prüfung der Eintragungen in den Haushaltslisten und Einzelbogen erfolgt an Hand des unter C. II beschriebenen Prüfprogramms. Für das Prüfen der Gebäudelisten ist der Abschnitt C. I und für das Prüfen der Arbeitsstättenbogen der Abschnitt C. III zugrunde zu legen.

D. Aufstellen des Gemeindebogens

Nachdem die Vollzähligkeit der Erhebungsbogen, die Eintragungen in den Erhebungsbogen und in der Reinschrift der Zählbezirksliste sowie die Abschlußarbeiten auf der Rückseite der Gebäudelisten und in der Reinschrift der Zählbezirksliste einschließlich der Summenbildung überprüft worden sind, ist die **Summe der eingesammelten Erhebungsbogen** sowie der **erfaßten Personen** von den Reinschriften der Zählbezirkslisten in den **Gemeindebogen** zu **übertragen**. Nach Abschluß dieser Arbeiten muß durch Addition im Gemeindebogen die **Gemeindesumme** ermittelt werden. Der Gemeindebogen ist zusammen mit den übrigen Zählpapieren abzuliefern.

Regierungsbezirk:

Kreis:

Gemeinde:

Gemeindeteil:

(für jeden Stadtteil einen neuen Bogen beginnen)

Blatt Nr.:

Gemeindebogen

Gemeindekennzahl

[illegible]

¹⁾ Diese **Personenzahl** gibt nur annäherungsweise die Einwohnerzahl der Gemeinde wieder. Sie entspricht **nicht der Wohnbevölkerung**, die im allgemeinen niedriger sein wird. Die endgültige Wohnbevölkerung wird vom Statistischen Landesamt festgestellt.

R i c h t l i n i e n

für die Aussonderung "Erneuerungsbedürftiger Wohngebiete"
bei den wohnungsstatistischen Feststellungen im Rahmen
der Volkszählung 1961

1. Die Aufgaben der wohnungsstatistischen Feststellungen im Rahmen der Volks-
zählung 1961

1.1 Bei der Wohnungszählung 1956 hat die Feststellung der wohnungsmäßigen Versorgung der Bevölkerung im Vordergrund gestanden. Die daran anschließenden 1 vH-Zusatzerhebungen 1957 und 1960 sollten darüber hinaus noch die Wohnungswünsche und den Wohnungsbedarf, die Mietzahlungsfähigkeit und die Mietzahlungsbereitschaft ermitteln. Gleichzeitig damit wurden die zunächst überwiegend quantitativen Feststellungen ("Wohndichte" u.dgl.) im Zusammenhang mit der Beurteilung der Miethöhe und der Wohnungsansprüche durch Feststellungen über die Ausstattung der Wohnungen ergänzt. Damit wurde begonnen, auch qualitative Gesichtspunkte stärker zu berücksichtigen.

Mit dem Übergang von der wohnungspolitischen Aufgabe, die ärgste Wohnungsnot zu beseitigen und die Bevölkerung zunächst mit einem Mindestmaß an Wohnraum zu versorgen (Beseitigung des Wohnungsdefizits), zu der Aufgabe, die Wohnungen auch ausstattungsgemäß und qualitativ an neuere Standards heranzuführen und die Wohnverhältnisse insbesondere in den Städten zu sanieren, wurde den wohnungsstatistischen Feststellungen im Rahmen der nächsten Volkszählung ursprünglich die Aufgabe gestellt, den Wohnwert der Wohnungen zu ermitteln und die in den Wohnungen der verschiedenen Qualitätsstufen wohnenden Haushalte und Personen nachzuweisen. Hierzu waren umfangreiche Pläne ausgearbeitet worden, nach denen der bauliche Zustand des Gebäudes, die Ausstattung der einzelnen Wohnungen sowie ihre "Lage" berücksichtigt werden sollte. Bei den Bestrebungen, das Programm des Zählungswerkes zu entlasten, wurden leider diese eingehenden Pläne geopfert. Es blieb zunächst nur die Aufgabe, die "Wohnwürdigkeit" der Gebäude festzustellen und die Zahl der in den Gebäuden verschiedener Wohnwürdigkeitsstufen liegenden Wohnungen und die darin lebenden Haushalte und Personen nachzuweisen.

Der Grad der Wohnwürdigkeit der Gebäude soll an Hand der Gebäudebeschreibung auf der Gebäudeliste der Volkszählung ermittelt werden. Durch Kombination der Angaben zu einzelnen Merkmalen (Baujahr, Bauart, Bedachung, Wasserversorgung, Abwasser- und Fäkalienbeseitigung, Toilettenausstattung usw.) werden Gebäudetypen verschiedener Wohnwürdigkeit gebildet;

Für sie werden die in ihnen liegenden Wohnungen mit ihren Wohnparteien nachgewiesen. Dies soll für jeden einzelnen Zählbezirk erfolgen.

- 1.2 Es ist unbestreitbar, daß mit der Beurteilung der Wohnwürdigkeit auf Grund des baulichen Zustandes (und der sanitären Ausstattung) nur ein Teil der Faktoren, die die Wohnwürdigkeit der Gebäude und damit der in ihnen liegenden Wohnungen bestimmen, erfaßt wird. Es fehlt die Berücksichtigung der Umweltbedingungen. Ein Gebiet kann schlechte Wohnverhältnisse aufweisen, obwohl die in ihm liegenden Gebäude und Wohnungen überwiegend in einem guten Zustand sind. Die baulich-räumlichen Verhältnisse auf dem Grundstück und in seiner Nachbarschaft sind in hohem Maße mitbestimmend für die Wohnwürdigkeit. Ungünstige Umweltfaktoren mindern unter Umständen die Wohnwürdigkeit eines ganzen Gebietes, auch unabhängig von dem Zustand der Wohnungen oder einzelner Gebäude. Es war daher notwendig, auch die Umweltverhältnisse mit in das Qualifizierungssystem der wohnungsstatistischen Feststellungen bei der Volkszählung 1961 hineinzubringen, so daß zum mindesten besonders ungünstige Verhältnisse zu erkennen sind. Ein völliger Verzicht auf eine derartige Ergänzung würde ein falsches Bild ergeben.

Es sind eine ganze Reihe von Merkmalen denkbar, mit denen die Umweltverhältnisse charakterisiert werden können, und es wäre möglich, aus der Kombination dieser Einzelmerkmale eine Wertskala abzuleiten. In Anbetracht der besonderen Schwierigkeiten eines solchen Unterfangens bei der erstmaligen Durchführung und der Kürze der bis zur Zählung verbleibenden Zeit muß man sich jedoch auf wenige und eindeutige Kriterien beschränken, die auch unter Fachleuten nicht oder doch kaum umstritten sind, und auf eine feinere Abstufung verzichten.

Es sollen daher lediglich diejenigen Gebiete besonders herausgestellt werden, in denen die Umwelteinflüsse die Qualität des Wohnungsbestandes derart beeinträchtigen, daß der gegenwärtige Zustand als auf die Dauer unzumutbar anzusehen ist. Der Einfachheit halber sollen diese regionalen Einheiten im folgenden als "Erneuerungsbedürftige Wohngebiete" bezeichnet werden. Bei diesen "Erneuerungsbedürftigen Wohngebieten" handelt es sich um regionale Einheiten, in denen zur Gesundung der Wohnverhältnisse irgendwann eine wesentliche bauliche Umgestaltung der vorhandenen Bebauung oder sogar eine Neubebauung erfolgen muß. Es sind dabei nur die Gebiete heranzuziehen, die ganz oder überwiegend dem Wohnen dienen (Kleinsiedlungsgebiete, reine Wohngebiete, Wohngebiete mit geringem gewerblichem Einschlag, Mischgebiete). Außer Betracht sollen Geschäfts-, Gewerbe- und Industriegebiete bleiben, wenn in ihnen Wohnungen nur in geringer Zahl vorhanden sind.

2. Das Verfahren für die Aussonderung "Erneuerungsbedürftiger Wohngebiete"

2.1 Die Feststellung der Umweltbedingungen, die für die Beurteilung hinzuzuziehen sind, hat für die wohnungsstatistischen Feststellungen 1961 nicht für einzelne Grundstücke bzw. Gebäude isoliert, sondern jeweils für geschlossene Zählbezirke zu erfolgen. Für jeden der Zählbezirke ist festzustellen, ob er (überwiegend) in ein "Erneuerungsbedürftiges Wohngebiet" fällt oder nicht.

Diese Arbeit läßt sich gemeinsam von der für die örtliche Planung zuständigen Dienststelle und der für die Einteilung des Gemeindegebietes in Zählbezirke zuständigen örtlichen Dienststelle durchführen. Dabei hat die Planungsdienststelle zunächst einmal die "Erneuerungsbedürftigen Wohngebiete" in eine Karte einzuzeichnen. Diese Karte ist später mit einer entsprechenden Karte der Zählbezirke zur Deckung zu bringen. Dabei dürften sich kaum Schwierigkeiten ergeben, da die Zählbezirke klein sind und nur wenige Gebäude umfassen, so daß stets mehrere geschlossene Zählbezirke in ein "Erneuerungsbedürftiges Wohngebiet" fallen. Nur in Ausnahmefällen können die Grenzen der "Erneuerungsbedürftigen Wohngebiete" Zählbezirke durchschneiden. Da bei den Untersuchungen eine buchhalterische Genauigkeit nicht erforderlich ist, wird man Zählbezirke, die überwiegend im "Erneuerungsbedürftigen Wohngebiet" liegen, ihm ganz zuteilen können; nur in Fällen besonderer Bedeutung wird der betreffende Zählbezirk geteilt werden müssen.

2.2 Es sind folgende Schritte zu unterscheiden:

- a) Die Planungsdienststellen der Gemeinden oder die mit der örtlichen Planung beauftragten Stellen werden in der Regel einen Überblick über die baulichen Verhältnisse im Gemeindegebiet haben, der es gestattet, zunächst in großen Umrissen die m ö g l i c h e n "Erneuerungsbedürftigen Wohngebiete" abzugrenzen. Die Grenzen sind dabei zunächst weit zu stecken, um sie später durch nähere Feststellungen enger ziehen zu können. Dadurch muß sichergestellt sein, daß keine wesentlichen Gebiete übersehen werden.
- b) Für die erste Abgrenzung kann das Alter der Bebauung ein Anhaltspunkt sein. "Erneuerungsbedürftige Wohngebiete" werden am ehesten in der Altstadt und in den Baugebieten der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts zu erwarten sein. Innerhalb einer Gemeinde können durchaus mehrere "Erneuerungsbedürftige Wohngebiete" vorhanden sein.
- c) Zur näheren Begrenzung der "Erneuerungsbedürftigen Wohngebiete" sind dann Karten heranzuziehen, welche die Bebauung und die Grundstücksgrenzen klar erkennen lassen. Zur Ergänzung sind, soweit vorhanden, Modelle, Luftaufnahmen und Bestandsaufnahmen über die Versorgung und Entwässerung sowie die sozialen und gesundheitlichen Verhältnisse geeignet.
- d) Schließlich sind durch örtliche Begehungen die aus den vorhandenen Unter-

lagen gewonnenen Ergebnisse zu überprüfen und zu ergänzen. Wenn bei der Begehung einzelne Baublöcke oder Baugebiete nicht eindeutig beurteilt werden können, so sind durch Stichproben einzelne Grundstücke eingehender zu untersuchen. Im übrigen kann wohl meist von besonderen Untersuchungen abgesehen und die Abgrenzung der "Erneuerungsbedürftigen Wohngebiete" auf Grund des Kartenmaterials und der Ortsbegehung entsprechend der Begriffsbestimmung mit Hilfe der im folgenden angegebenen Merkmale ohne Einzeluntersuchungen oder Berechnungen vorgenommen werden.

- e) Dabei ist zu bedenken, daß die Begrenzung nur für die Zwecke der Zählung bestimmt zu sein braucht und weder für eine spätere Kennzeichnung im Flächennutzungsplan noch für sonstige zukünftige baupolitische Maßnahmen oder die Zuteilung von Mitteln verbindlich ist. Es mag an dieser Stelle auch hervorgehoben werden, daß es neben den "Erneuerungsbedürftigen Wohngebieten" der hier abgegrenzten Art noch andere Gebiete gibt, die durch bauliche Maßnahmen geändert werden müssen. So kann etwa der Verkehr eine wesentliche Umgestaltung von Baugebieten erfordern. Ergibt sich auf dem angegebenen Wege nicht mit völliger Sicherheit, daß ein Gebiet erneuerungsbedürftig im Sinne der Begriffsbestimmung ist, so ist von seiner Aussonderung für die Zwecke der Zählung abzusehen.

3. Die Merkmale für die Einbeziehung in die "Erneuerungsbedürftigen Wohngebiete"

Bei der Einbeziehung in ein "Erneuerungsbedürftiges Wohngebiet" sind bei der örtlichen Begehung und in Zweifelsfällen bei Stichproben in erster Linie und nach Möglichkeit die unter a) bis e) aufgeführten Merkmale zu berücksichtigen. Diese können jedoch nur Anhaltspunkte bilden. Ausschlaggebend soll das aus dem Kartenmaterial und der Anschauung gewonnene Urteil eines sachkundigen Bearbeiters sein, daß das zu beurteilende Gebiet nur durch wesentliche bauliche Maßnahmen in seinen Wohnverhältnissen gesund und sicher gestaltet werden kann. Seinem pflichtmäßigen Ermessen bleibt es anheimgestellt, die einzelnen Merkmale zu bewerten und gegeneinander abzuwägen. Schon eines der Merkmale kann bei ungünstigen Zuständen begründen, daß ein Gebiet als "Erneuerungsbedürftiges Wohngebiet" bezeichnet wird. In der Regel dürften aber mehrere Merkmale zutreffen. Die angegebenen Werte sind so gewählt, daß die "Erneuerungsbedürftigen Wohngebiete" möglichst eng abgegrenzt werden.

a) Bebauungsgrad

Der Bebauungsgrad gibt an, wieviel von der Fläche eines Baugrundstücks mit Gebäuden bedeckt ist. Er ist das Verhältnis der überbauten Fläche eines Baugrundstückes zur Gesamtfläche.

Er kann als ungünstig angesehen werden, wenn er übersteigt.

bei ein- und zweigeschossiger Bebauung	6/10
bei dreigeschossiger Bebauung	5/10
bei vier- und mehrgeschossiger Bebauung	4/10

b) Baudichte

Die Baudichte gibt an, wieviel Bruttogeschoßfläche auf einem bebauten Grundstück je qm Grundstücksfläche vorhanden ist. Sie ist das Verhältnis der Bruttogeschoßfläche zur Fläche des Baugrundstücks (Geschoßflächenzahl).

Sie kann als ungünstig angesehen werden, wenn sie übersteigt

bei ein- und zweigeschossiger Bebauung	1,2
bei dreigeschossiger Bebauung	1,5
bei vier- und mehrgeschossiger Bebauung	2,0

c) Belichtung, Besonnung, Belüftung

Sie hängen ab von der Lage der Fensterwände zu den Himmelsrichtungen und den gegenüberliegenden Wänden. Abstände können als nicht ausreichend angesehen werden, wenn sie wesentlich geringer als die Höhe der gegenüberliegenden Wand sind. Dabei sind nicht nur die Abstände auf den Hof-, sondern auch auf den Straßenseiten zu berücksichtigen. Vorwiegende Nordlage der Wohnräume kann die Gesundheit der Bewohner stark gefährden.

d) Stör- und Gefahrenquellen

Gewerbliche Betriebe innerhalb des zu beurteilenden Gebiets oder in seiner Nähe können durch Geräusche, Gerüche, Qualm oder Erschütterung das Wohnen unzumutbar beeinträchtigen oder, weil leicht entflammbare oder explosive Stoffe gelagert oder verarbeitet werden, gefährden. Der Straßen-, Eisenbahn- und Luftverkehr kann durch starke Geräusche oder Abgase eine ähnliche Wirkung ausüben. Wohngebiete können auch durch ihre Lage in Überschwemmungs- und Bergsenkungsgebieten gefährdet sein.

e) Hoffflächen, Gemeinschaftsanlagen, Anlagen des Gemeinbedarfs

Fehlen Gärten oder Grünanlagen, Flächen für hauswirtschaftliche Zwecke, für Einstellplätze oder für das Spiel der Kinder auf den Grundstücken, im Gebiet oder in der Nähe des Gebietes, so ist dadurch ein weiteres Merkmal für die Erneuerungsbedürftigkeit gegeben.

Wenn auch für die Aussonderung erneuerungsbedürftiger Wohngebiete städtebauliche Merkmale, insbesondere die unter a-e genannten, maßgebend sein sollen,

so kann es doch zweckmäßig sein, dabei den Erhaltungszustand der Gebäude, die Lage und den Grundriß der Wohnungen und ihre sanitären Verhältnisse ergänzend zu berücksichtigen. Ausführliche Erhebungen darüber werden mit Hilfe der Gebäudelisten im Rahmen der Volkszählung angestellt.

Zur Erneuerungsbedürftigkeit eines Wohngebietes kann es beitragen, wenn der Erhaltungszustand der Gebäude überwiegend schlecht ist und nur mit unverhältnismäßigem Aufwand verbessert werden kann. Das gleiche gilt, wenn die Mehrzahl der Wohnungen nicht abgeschlossen ist oder keine eigene Toilette hat, die Toiletten nicht in den Gebäuden liegen und zahlreiche Wohnungen in Hintergebäuden oder Seitenflügeln vorhanden sind. Fehlt eine zentrale Abwässerbeseitigung in dicht bebauten Gebieten, so kann damit ein weiteres ergänzendes Merkmal für die Erneuerungsbedürftigkeit gegeben sein.